

Die CSU 1945 – 1948

Texte und Materialien
zur Zeitgeschichte

Herausgegeben vom Institut
für Zeitgeschichte

Band 4

Die CSU 1945 – 1948

Protokolle und Materialien
zur Frühgeschichte
der Christlich-Sozialen Union

Band 3
Materialien, Biographien,
Register

Herausgegeben im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte
von Barbara Fait und Alf Mintzel
unter Mitarbeit von Thomas Schlemmer

R. Oldenbourg Verlag München 1993

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Die CSU 1945 – 1948 : Protokolle und Materialien zur
Frühgeschichte der Christlich-Sozialen Union / hrsg. im Auftr.
des Instituts für Zeitgeschichte von Barbara Fait und Alf
Mintzel unter Mitarb. von Thomas Schlemmer. – München :
Oldenbourg.

(Texte und Materialien zur Zeitgeschichte ; Bd. 4)
ISBN 3-486-55982-6

NE: Fait, Barbara [Hrsg.]; GT

Bd. 3. Materialien, Biographien. – 1993

© 1993 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf

Druck: R. Oldenbourg Graphische Betriebe GmbH, München

Gedruckt auf alterungsbeständigem säurefreiem Papier

ISBN 3-486-55982-6

Anhang

Programmatik

Nr. I

Rundschreiben Karl Scharnagl, 10. August 1945

München, den 10. August 1945¹

Verehrter Herr!

General Eisenhower hat in seiner Proklamation betont, daß nunmehr auch wieder eine örtliche politische Betätigung zugelassen werden soll. Wenn es auch unklar ist, wie die Auswirkung dieser Ankündigung werden wird, so wird sie doch aktiven politischen Kreisen Veranlassung geben, eine Tätigkeit zu entfalten. Diese wiederum zwingt auch andere Kreise, aus der bisher beachteten Reserve hervorzutreten. Meines Erachtens müssen die bisherigen Formen politischer Betätigung der Parteien verschwinden. Sie sind nicht nur ihrer Vielzahl wegen, sondern vor allem ihrer beengten Zielsetzung wegen überholt und in Zukunft unmöglich. Unser Volk muß sich unbedingt darauf einstellen, lediglich zwei oder drei Gruppen verschiedener politischer Meinungen zu bilden und durch diese Gruppen seinen politischen Willen kund zu tun und zu bestätigen. Dabei bin ich persönlich der Überzeugung, daß auch wenigstens augenblicklich selbst zwischen diesen wenigen Gruppen die grundsätzlichen Unterschiede sich nur auf einige, aber sehr wesentliche Gesichtspunkte beschränken werden, daß sich im allgemeinen eine verhältnismäßig weitgehende Übereinstimmung ergeben wird. So werden alle diese Gruppen staatspolitisch auf ausgesprochen demokratischer Grundlage sich bilden. Sie werden in sozialer Hinsicht die volle Ebenbürtigkeit und Gleichberechtigung der Arbeiterschaft und der Förderung von deren wirtschaftlicher und kultureller Stellung erstreben und sie werden in wirtschaftlicher Hinsicht gezwungen sein, den in unserem Vaterlande gegebenen Notwendigkeiten der Betreuung von Landwirtschaft, des Mittelstandes und der möglichen industriellen Wirtschaft Rechnung zu tragen. Als wesentlicher Unterschied wird in Erscheinung treten die weltanschauliche Grundsatzlegung. Übereinstimmend wird man den Gedanken vertreten, daß die geistige Krankheit, die der Nationalsozialismus hervorgerufen hat, geheilt werden muß durch geistige Führung der breitesten Volksmassen, durch eine gefestigte Weltanschauung. Meines Erachtens kann für eine politische Gruppe, die hoffentlich den Hauptteil der Bevölkerung erfassen kann, diese Führung nur durch eine positive christliche Weltanschauung erfolgen. Diese Gruppe muß sich daher bewußt und entschieden zu einer christlichen Staats- und Gesellschaftsordnung bekennen und dieses Bekenntnis, so weit wie möglich, praktisch werden lassen. Unter Ausschluß aller sogenannten klerikalen Einflüsse - um ein altes Schlagwort zu gebrauchen - soll in der Erziehung wie im öffentlichen Leben, der christliche Gedanke und der christliche Einfluß ausschlaggebend sein müssen. Die Rechte der Kirchen, wie sie durch Konkordat oder Verträge festgelegt sind, sind zu achten und sind maßgebend

¹ Das Rundschreiben wandte sich an etwa 60 Personen und findet sich, teilweise in Abschrift und mit leichten inhaltlichen Varianten in zahlreichen Nachlässen. Als Vorlage diente eine von Scharnagl unterschriebene Fassung aus dem ACSF, NL Müller 1.

für das öffentliche Leben. Die Anerkennung dieses Grundsatzes wird auch von allen jenen Volkskreisen erwartet werden können, die für sich persönlich eine freiere Einstellung zu den religiösen Bekenntnissen gelten lassen wollen. Denn die Beziehung des einzelnen erwachsenen Menschen zur Religion soll und muß ihm freigestellt bleiben. Von der weiteren Gruppe nun, die sich um die politische Führung des Volkes bewirbt, wird anzunehmen sein, daß sie eine derartige positive Stellungnahme zur christlichen Weltanschauung nicht einnehmen wird; für sie wird Religion nach wie vor Privatsache bleiben. Wiederholte Gespräche, die ich mit Angehörigen der früheren sozialdemokratischen Partei nach dieser Richtung geführt habe, haben mir die Richtigkeit dieses Gegensatzes in der Auffassung als einen oder vielmehr als *den* wesentlichen Unterschied in der großen Gruppierung der politischen Gesichtspunkte erkennen lassen. Ein weiterer Unterschied wird noch in wirtschaftlicher Hinsicht bestehen. Er wird aber augenblicklich nicht stark in die Erscheinung treten können. Ich bin der Meinung, daß man wieder für eine möglichst freie Wirtschaft eintreten muß, ohne in die Extreme der liberalen Wirtschaftsordnung zu verfallen. Augenblicklich und für die nächste Zeit wird aber mit manchen Bindungen zu rechnen sein, so daß weder diese meine Auffassung noch eine Betonung einer mehr sozialistischen Wirtschaftsauffassung praktische Bedeutung haben wird.

Hinsichtlich der großen politischen Gesichtspunkte wird wiederum augenblicklich und in nächster Zeit die Frage der Reichs- bzw. Staatenbildung keine ausschlaggebende Rolle spielen können. Ich bin überzeugt, daß der Großteil der Bevölkerung sich weder nach einem zentral geleiteten Reiche, wie wir es in den letzten zwölf Jahren hatten, sehnt, noch nach einer absoluten Selbständigkeit Bayerns. Der föderative Gedanke wird meines Erachtens in beiden Gruppen daher die Grundlage der staatspolitischen Orientierung sein können und sein müssen.

Man wird bei der Schaffung einer Gruppe, die politische Führung beansprucht, unmöglich ein Programm aufstellen können, das zu sehr in Einzelheiten sich ergeht. Es handelt sich darum, die großen Gesichtspunkte, die einigen können, herauszustellen und alles zu vermeiden, was zersplittert und aufteilt.

Da hinsichtlich der Festlegung der Grundsätze und Richtlinien neue Wege gegangen werden müssen, so muß dies unbedingt auch hinsichtlich des Namens einer politischen Gruppe geschehen.

Sämtliche Namen der früheren Parteien sind unmöglich und müssen verschwinden. Sie sind belastet durch die Vergangenheit und sind beengt durch die früheren Programme. Wie ich gehört habe, ist im Rheinland bzw. in Westfalen eine Gruppierung unter dem Namen "Deutsche Demokratische Bewegung" wirksam. Ich könnte mir bei uns eine solche denken unter dem Namen "christliche Demokraten" oder "Christliche Demokratische Volksbewegung". Ich gebe Ihnen diese Gedanken zur Erwägung anheim. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir kurz mitteilen wollten, ob Sie bereit wären, an einer solchen Gruppierung auf der skizzierten Grundlage großzügiger Zusammenfassung aller Berufskreise und aller Schichten unseres Volkes mitzuwirken. Da es dringend notwendig ist, rasch zu einer Klärung zu kommen, so wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie mir Ihre Meinung in aller Kürze bis Montag, den 13. August 1945, mitteilen könnten.

Mit freundlichem Gruß

[gez.] Scharnagl
(Dr. Scharnagl)

Nr. II

Programmatische Überlegungen Eugen Rindts, 31. August 1945

Gedanken zu dem Programm einer christlich-politischen Partei in Bayern¹

Eine solche Partei müßte unter anderem eintreten:

I.

Auf dem Gebiet der internationalen Politik für:

1. die politisch-militärische Neutralitätserklärung Bayerns und des Reiches für ewige Zeiten,
2. den Grundsatz der Weltöffentlichkeit bei allen internationalen Verträgen und Maßnahmen, die eine aktive Beteiligung Bayerns oder des Reiches erforderlich machen,
3. den organischen Ausbau des internationalen Menschenaustausches hinsichtlich des Reiches wie auch des Ausländer-Fremdenverkehrs vor allem in Bayern im Zeichen einer ehrlichen Werbung um das Verständnis der Welt für eine neue Epoche christlicher Friedens- und Aufbaupolitik in Deutschland.

II.

Auf dem Gebiet der staatspolitischen Ordnung für:

4. den föderalistischen Reichsaufbau unter der Führung Bayerns,
5. einen Staat der freien körperschaftlichen Selbstverwaltung aller untergeordneten Verwaltungseinheiten und des berufständigen Aufbaus,
6. einen Staat der größten Verwaltungseinfachheit und des Freiseins von jedem Bürokratismus,
7. eine starke und zielbewußte Staatsgewalt als Ausfluß der gottgegebenen Pflicht des Volkes zur Selbsterhaltung, Selbsterziehung und Aufwärtsentwicklung,
8. die rechtswirksame Amtsverantwortlichkeit eines jeden Vertreters des Staates oder des Volkes vor dem Volk, auch in bezug auf falsche oder übertriebene Versprechungen, auf Verschleierungen oder sonstige Irreführungen,
9. die Schaffung und Erhaltung einer wahren Rechts- und Wohlfahrtsordnung als die Hauptaufgabe des Staates.

III.

Auf dem Gebiet der Rechtsordnung des Volkes für:

10. das gleiche Recht und die gleichen Pflichten für alle, ohne Ansehen der Person, des Standes und der religiösen oder politischen Zugehörigkeit,
11. eine umfassende Gesetzesreform, besonders auf sozialer und arbeitsrechtlicher Ebene, entsprechend den Normen des Naturrechts und der christlichen Lebens- und Gemeinschaftsauffassung,

¹ Der Text des Entwurfs und ein hier nicht berücksichtigtes Begleitschreiben Rindts an Pfeiffer, 31. August 1945, in: BayHStA, NL Pfeiffer 41.

12. den - vollkommenen - Rechtsschutz des einzelnen und der innerstaatlichen Gemeinschaften in allen Fragen des Lebens, des - lebensnotwendigen - Eigentums und der sonstigen - unerläßlichen - Wohlfahrt, vor allem auch dem Staat gegenüber,
13. den vollkommenen Rechtsschutz des Volkes und des Staates vor solchen Elementen und Absichten, die den Bestand, die Ruhe und Ordnung oder die Entwicklung der Gesamtheit gefährden,
14. die allgemeine Religions-, Gewissens- und Redefreiheit, soweit nicht die Rechte des einzelnen (Ziffer 12!) oder des Volkes (Ziffer 13!) entgegenstehen,
15. das Bestimmungsrecht der Eltern über den weltanschaulichen Charakter der Schulen,
16. einen unabhängigen Richterstand, der von allen die Unbestechlichkeit des Urteils gefährdenden Bindungen befreit ist,
17. eine Anwendung der staatlichen Gewalt ausschließlich nach den Gesetzen des Naturrechts und der christlichen Moral,
18. einen Strafvollzug im Sinn einer strengen, aber gerechten Erziehung zur Wiedereingliederung in die werteschaaffende Volksgemeinschaft.

IV.

Auf dem Gebiet der Wohlfahrtsordnung des Volkes für:

19. das Recht und die Pflicht eines jeden, im Rahmen der Gemeinschaft werteschaaffende Arbeit zu leisten,
20. die Zuteilung der durch den Staat vermittelten Wohlfahrtsgüter vor allem nach sozialen Gesichtspunkten,
21. die Schaffung von organischen und damit politisch gesunden Arbeitsgrundlagen, in erster Linie auch durch die Einführung einer Arbeitszeit für den Arbeiter, die - ausgehend vom Achtstundentag - den Kräfteverbrauch der einzelnen Gruppen und Zweige unter Zubilligung des entsprechenden Vollverdienstes berücksichtigt,
22. die Schaffung eines Arbeitseinkommens, das in jedem Fall zur Deckung der Lebensnotwendigkeiten wie auch der berechtigten Lebensansprüche ausreicht und einen wenigstens bescheidenen Wohlstand und die Sicherung des Alters verbürgt,
23. die Gestaltung von Erwerbslosensätzen, die letzten Endes den einzelnen bei unverschuldeter totaler Arbeitsunfähigkeit (Invalidität) nicht schlechter stellen als den in gleichen Lebensumständen befindlichen Vollerwerbsfähigen,
24. die vordringliche Fürsorge für die geistige und körperliche Gesundheit des Volkes, auch durch besondere Betonung der Charakterbildung an den Schulen und durch die Erstellung ausreichender und gesunder Ernährungs- und Wohnungsverhältnisse,
25. die größtmögliche Verwurzelung der Familien in Grund und Boden durch gesteigerte Pflege des Siedlungs- und Nutzgartenwesens,
26. eine umfassende Förderung des geistigen und kulturellen Lebens und die Erschließung dieser Wohlfahrtsgüter für alle,
27. die Förderung aller technischen Findungen [sic!] der Arbeits- und Lebenserleichterung, auch hinsichtlich der hausfraulichen Tätigkeit, mit dem Ziel, sie allen je nachdem entweder einzeln oder doch genossenschaftlich erwerbbar zu machen,
28. den Aufbau aller Vorbildungsschulen nach den Leitsätzen der leichteren Berufsfindung, Berufslenkung und Berufsförderung,

29. staatliche Maßnahmen, vor allem wirtschaftlicher Natur, um die Fortbildung und Endausbildung der Berufe dort sicherzustellen, wo die Tragfähigkeit des einzelnen notwendigerweise überschritten wird,
30. eine weitgehende Unterstützung der Existenz- und Familiengründung durch den Staat, besonders auch bei den freien geistigen Berufen.

Augsburg, den 31. August 45

[gez.] Dr. Rindt

Nr. III

Aufruf der Bayerischen Christlich-Sozialen Union München,
September/Oktober 1945Bayerische Christlich-soziale Union¹

Das deutsche Volk steht vor der Aufgabe, den schwersten Zusammenbruch seiner Geschichte zu überwinden und wieder eine feste staatliche, gesellschaftliche und wirtschaftliche Grundlage für seine Zukunft zu gewinnen.

Die diktatorischen Regierungssysteme haben völlig versagt und abgrundtiefe Not über ihre Völker und die ganze Welt gebracht. - Der vom Nationalsozialismus in Deutschland errichtete Staat ist zerbrochen, seine Gedankenwelt als Trug entlarvt. Die deutsche Heimat liegt in Schutt und Asche. Jeder Versuch zum Wiederaufbau wird nicht an alte Formen anknüpfen dürfen, sondern unter Besinnung auf die Grundwerte unseres Volkstums ein neues Gemeinschaftsleben für alle Deutschen gestalten müssen. Nur im verantwortungsbewußten, opferbereiten Zusammenstehen aller, in friedlicher und freiheitlicher Gestaltung des Staatslebens kann die Rettung gefunden werden. Auf diesem Wege werden wir uns, wenn auch unter großen Mühen und Opfern, wieder in die Höhe arbeiten können. Voraussetzung ist, daß wir unser öffentliches Leben aufzubauen lernen auf dem Gedanken der echten Demokratie, das heißt, der verantwortlichen Mitbestimmung jedes Mannes und jeder Frau innerhalb der deutschen Schicksalsgemeinschaft.

Wir sind der Überzeugung, daß Hand in Hand mit allen staatlichen Maßnahmen die Erziehung zu jener Freiheit gehen muß, die im Christentum, der Lebensquelle aller gesunden Kultur, wurzelt. Wir wollen auch nicht vergessen, daß in den letzten zwölf Jahren vor allem das Christentum den Kämpfern, die unter Einsatz von Gut und Blut den dämonischen Gewalten der nationalsozialistischen Gedankenwelt Widerstand leisteten, Halt und Stärke gab. Viele haben in diesem Kampf aus ihrer christlichen Überzeugung heraus ihr Leben dafür geopfert, daß ihrer deutschen Heimat das Kulturgut des christlichen Abendlandes erhalten blieb.

Daran wollen wir uns heute erinnern, wenn wir Weg und Maßstab für unsere fast unlösbar erscheinende Aufgabe suchen. Der feste Wille zum Aufbau der Heimat und der mutige Glaube an den gesunden Kern in unserem Volk müssen die Stimmung der Verzweiflung und Beschämung ablösen. Unser Volk wird selbst dieser schwersten aller Aufgaben gewachsen sein, wenn es seiner inneren Kraft vertraut und sich restlos abwendet von den nationalsozialistischen Irrlehren, dem militaristischen Macht- und Größenwahn und allen Methoden des Terrors und der Gewalt.

Wir erstreben ein in Freiheit lebendes Deutschland, das sich von aller imperialistischer Gewaltpolitik freimacht und seine Aufgabe in der Welt in der Mitarbeit am kul-

¹ Das gedruckte Faltblatt, undatiert, ungezeichnet, ohne Angabe der Auflagenhöhe, findet sich in verschiedenen Nachlässen, z.B. BayHStA, NL Pfeiffer 41. Es handelt sich offenbar um den in den Protokollen vom 17. September und 11. Oktober 1945 erwähnten Aufruf, dessen Drucklegung vor dem 11. Oktober erfolgt sein dürfte (Verbot des Attributs "Bayerisch" durch die Militärregierung, vgl. Dok. Nr. 3, S. 8).

turellen Fortschritt und in der Wohlfahrt der Menschheit sieht. Mit diesen Zielen vor Augen schließen wir uns zur

Bayerischen Christlich-Sozialen Union

zusammen.

Der Name soll besagen,

daß wir uns immer als Kinder unserer bayerischen Heimat fühlen wollen,

daß wir das Christentum wieder als die Grundlage unseres Kulturlebens anerkannt wissen wollen,

daß wir die Aufgaben der Zukunft nur im Rahmen einer wahrhaft sozialen Gemeinschaft als lösbar betrachten

und daß wir den Zusammenschluß aller Aufbauwilligen erstreben.

Die Zeit verlangt von uns die Durchführung folgender dringendster Aufgaben:

1. *Schaffung einer gesunden Grundlage für das öffentliche Leben unseres Volkes.*

Dazu ist notwendig, die Reinigung Bayerns vom Nationalsozialismus durch gerechte äußere Maßnahmen und durch erzieherische Einwirkung auf Geist und Moral unseres Volkes, Ausschaltung der politisch Schuldigen aus jeder Einflußmöglichkeit, Bestrafung der kriminell Schuldigen, vor allem der politischen Verleumder, Denunzianten und Spitzel, Widerruf der ungerechtfertigten Ausstellungen [sic!], Beförderungen und Bereicherungen, rücksichtslose Überprüfung aller, die sich durch das nationalsozialistische Regime Vorteile verschafft oder sich in seinem Geist aktiv betätigt haben, auch wenn sie formal außerhalb der Partei standen. - Angehörige unseres Volkes, die zwar Mitglieder der NSDAP oder ihrer Gliederungen waren, aber weder sich aktiv politisch betätigt noch persönliche Vorteile für sich erstrebt haben, sollen deswegen von der Teilhabe am künftigen öffentlichen Leben nicht ausgeschlossen sein.

2. *Erhaltung des Reiches* in neuer Gliederung auf gebiets- und kräftemäßig ausgeglichener bundesstaatlicher Grundlage, innerhalb dessen Bayern als geschlossenes staatliches Gebilde sich in freier Entfaltung seiner kulturellen Kräfte auswirken kann.

3. *Aufbau einer öffentlichen Verwaltung* auf der Grundlage der Sauberkeit, der Dienstbereitschaft am Volke und des fachlichen Könnens ihrer Glieder. Unter Anerkennung althergebrachter und dem bayerischen Volk vertrauter Einrichtungen muß das Volk in verantwortlicher Mitarbeit möglichst weitgehend zur Selbstverwaltung herangezogen werden.

4. *Setzung einer Rechtsordnung*, die sich gründet auf Gerechtigkeit und Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz. Länger als ein Jahrzehnt haben in Deutschland Willkür und Gewalt geherrscht. Das Volk soll wieder Vertrauen gewinnen dürfen zu Richter und Gesetz.

Der Schutz des einzelnen gegen ungerechtfertigte Machtansprüche des Staates muß ebenso gewährleistet werden wie der Schutz des Gemeinwesens gegen Übergriffe des einzelnen. Das gesamte Gerichtswesen, einschließlich einer unabhängigen Verwaltungsgerichtsbarkeit, wird alsbald wieder aufzubauen und mit Männern zu besetzen sein, die im Geiste der neuen sozialen Gemeinschaft das hohe Gut des Rechts zu verwalten berufen sind.

5. *Festigung der Volksgemeinschaft* aus wahrer sozialer Gesinnung ohne Rücksicht auf Stand, Herkommen oder Vermögen. Im Denken und Handeln soll künftig wirklich das Gemeinwohl stets den Vorrang haben vor dem persönlichen Erfolgsstreben des einzelnen.

Das gemeinsam erduldetes Leid verpflichtet jedes Glied der Gemeinschaft, die erlittenen Schäden mitzutragen und nach besten Kräften an ihrer Beseitigung mitzuwirken.

Es ist Ehrenpflicht des deutschen Volkes, trotz unserer Verarmung, den Alten und Invaliden, Witwen und Waisen, vor allem aber auch unseren Kriegsversehrten und allen anderen Opfern des Krieges den notwendigen Lebensunterhalt zu sichern.

Unsere heimgekehrten Soldaten erwarten, zur tätigen Mitarbeit am Wiederaufbau der Heimat in erster Linie herangezogen zu werden.

Die Wiedereingliederung in den früheren Beruf, die Überführung in anderweitige Berufe, Ausbildung und Schulung der jungen, bisher beruflich noch nicht tätigen Soldaten für den Einsatz im Zivilleben, erfordern rasche, durchgreifende praktische Maßnahmen und verständnisvolle Bereitschaft aller übrigen Glieder des Volkes, unseren heimgekehrten Soldaten in ihrer oftmals schwierigen Lage zur Seite zu stehen.

6. *Aufbau des kulturellen Gemeinschaftswesens* auf der Grundlage der christlichen Ethik und der Freiheit der religiösen Bekenntnisse.

Nicht Weltanschauungskämpfe, sondern gegenseitige Achtung und Duldung, auch entgegengesetzter Überzeugungen, werden unserem notleidenden Volk die innere Gesundung erleichtern.

Die durch den Nationalsozialismus beseitigte Freiheit in Kunst, Wissenschaft, Lehre und Schrifttum soll sobald wie möglich wiederhergestellt werden. Presse und Rundfunk müssen ausschließlich im Dienste der Wahrheit stehen.

7. *Pflege der Familie* als der Grundlage jedes gefestigten Gemeinschaftslebens.

Zu den dringendsten Aufgaben auf diesem Gebiet gehört die baldige Lösung des Evakuiertenproblems. Auch ist es notwendig, alle Anstrengungen aufzubieten, um die über das ganze Reichsgebiet versprengten unzähligen Angehörigen auseinandergerissener Familien wieder zu vereinigen und ihnen ein vorläufiges Unterkommen zu besorgen.

Auch in der Zukunft werden kinderreiche Familien auf besonderen Schutz durch die Allgemeinheit rechnen dürfen.

8. *Jugenderziehung* im Geiste der christlichen Nächstenliebe, der sozialen Gesinnung und der Treue zur Heimat.

Entwicklung eines Schulwesens, welches dem Bestimmungsrecht der Eltern über die Erziehung ihrer Kinder Rechnung trägt, und Entwicklung eines Lehrerstandes, welcher der verantwortungsvollen Aufgabe der Jugenderziehung in der Schule gerecht zu werden vermag.

9. *Schaffung eines Sozialrechtes* im gleichen Rang mit dem Staatsrecht und dem Privatrecht.

Angesichts der Verarmung des deutschen Volkes und der Zerrüttung der deutschen Wirtschaft gewinnt die Arbeit jedes schaffenden Deutschen künftig größere Bedeutung denn je zuvor. Das Recht auf Arbeit bedingt entsprechende Gestaltung der Arbeitsbedingungen und gesetzlichen Schutz der schaffenden Menschen.

Als Sachwalter der Arbeiterschaft ist den *Gewerkschaften* die ihnen gebührende Stellung wieder einzuräumen, damit sie ihre Aufgabe, die Arbeiterschaft wirtschaftlich zu unterstützen und zu vertreten und mit allen anderen Ständen und Gliederungen unseres Volkes zu verbinden, voll erfüllen können.

10. *Lenkung der Wirtschaft durch den Staat* nach den Interessen der Gesamtheit des Volkes, Beseitigung unzeitgemäßer, der vergangenen liberalen Wirtschaftsepoche

angehöriger Einrichtungen, aber Anerkennung und Schutz des Privateigentums sowie Förderung der Privatinitiative im Rahmen der vom Staat festgelegten Grenzen.

Wird danach die freie Wirtschaft als die für unsere Verhältnisse auch künftig geeignete Wirtschaftsform anerkannt, so ist dadurch doch nicht das Recht des Staates ausgeschlossen, Wirtschaftsbetriebe in die öffentliche Hand zu überführen, wenn dies aus Gründen des Gemeinwohls geboten ist.

11. *Erhaltung einer gesunden, leistungsfähigen Landwirtschaft*, die die unbedingte Voraussetzung ist für die Sicherung der Ernährung unseres Volkes, Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung, gerechte Regelung der Ablieferung und Verteilung, Schutz für den Bauern und seinen Hof, auskömmliches Entgelt für seine Leistungen.

12. *Wiederingangsetzung von Gewerbe und Industrie, Handel und Verkehr* aufgrund langfristiger Planung und unter Einsatz aller verfügbaren Hilfsmittel durch den Staat.

Die Pflege des seit jeher in unserer bayerischen Heimat bodenständigen Gewerbes und die Entwicklung einer leistungsfähigen Industrie werden in erster Linie der Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung mit Gegenständen des täglichen Bedarfs zu dienen haben. Gleichzeitig soll eine leistungsfähige Exportindustrie wieder aufgebaut werden, um die Einfuhr solcher Güter zu ermöglichen, die für die Lebenshaltung des Volkes auf die Dauer nicht mehr entbehrt werden können.

Im Rahmen des Wiederaufbaues der zerstörten Städte steht das *soziale Wohnungsbauprogramm* im Vordergrund.

Durch richtige Planung des Arbeitseinsatzes kann und muß der großen Gefahr einer Arbeitslosigkeit begegnet werden.

An Stelle des zerrissenen deutschen Wirtschaftsgefüges wird so rasch wie möglich ein neues System des Güteraustausches treten müssen, um eine gleichmäßige Versorgung der Bevölkerung mit den notwendigsten Waren sicherzustellen. Handel und Verkehr müssen für diese Aufgaben zu einer besonderen Anstrengung aufgerufen werden.

13. *Wiederherstellung eines gesunden Geldwesens.*

Ordnung und Sparsamkeit im Staatshaushalt, Regelung der öffentlichen Verschuldung, Schaffung einer stabilen Währung und durchgreifende Reorganisation des Bankwesens.

Oberster Grundsatz für alle auf diesem Gebiet zu treffenden Maßnahmen muß bleiben die Vermeidung jeglicher Inflation, möglichste Schonung des kleinen Spärrers und die Sicherung der Wertbeständigkeit für den neu erarbeiteten Entgelt des schaffenden Menschen.

Die Bedürfnisse des Staates für den Wiederaufbau der Heimat und die Erfüllung seiner sozialen Verpflichtungen machen auf lange Zeit hinaus eine hohe *steuerliche Belastung* der Bevölkerung notwendig. Die gerechte Verteilung dieser Lasten bedingt die stärkere Heranziehung der wirtschaftlich leistungsfähigeren Kreise der Bevölkerung.

14. *Baldige Wiederherstellung friedlicher Beziehungen zu den anderen Völkern* mit dem Ziel der Zusammenarbeit für einen dauernden und gerechten Weltfrieden auf der Grundlage der Gleichberechtigung und gegenseitigen Achtung.

Auf dieser Grundlage wollen wir gemeinsam die Arbeit aufnehmen. Wir müssen erkennen, daß vieles, was früher als trennend empfunden wurde, seine Bedeutung verlo-

ren hat. Heute kommt es nur auf die *Ehrlichkeit des Willens* und auf die *Entschlossenheit zum Handeln* an.

Entscheidend wichtig wird die Mitarbeit der *deutschen Frauen* sein, die in den abgelaufenen schweren Kriegsjahren bewiesen haben, daß sie treu und hilfsbereit auf jedem Platz, auf den sie gestellt wurden, ihre Pflicht und mehr als diese zu tun bereit waren.

Was wir vor uns sehen, ist ein langer, dornenvoller Weg, der uns selbst und vor allem unsere Kinder und Kindeskinde wieder in eine schönere Zeit in der deutschen Heimat führen soll.

Was wir brauchen, das ist der *Wille*, nicht zu verzweifeln und im Vertrauen auf Gottes Hilfe alle unsere Kräfte einzusetzen für unser Volk und unsere Heimat.

Nr. IV

Die zehn Punkte der Christlich-Sozialen Union, 31. Dezember 1945¹

Eingedenk der unheilvollen parteipolitischen Zersplitterung der Vergangenheit, haben sich Männer und Frauen aller Berufsstände aus einst getrennten politischen Lagern zu einer machtvollen Sammelbewegung zusammengeschlossen, deren Ziel es ist, die aus tausend Wunden blutende Heimat im Geiste des Christentums und einer wahren sozialen Gesinnung wieder aufzurichten.

Folgende Grundsätze sollen die Leitsterne ihres Handelns sein:

1. Wiederaufbau des Zerstorten mit dem Fleiß unserer Hände und der Kraft unserer Herzen, Brot für die Hungernden, Heime für die Obdachlosen, großzügige Hilfe für die Entwurzelten und die unschuldigen Opfer des Krieges und Terrors.
2. Verwirklichung christlicher Grundsätze in Erziehung, Wirtschaft und Öffentlichkeit, echte Toleranz und volle Freiheit der christlichen Bekenntnisse.
3. Schaffung eines freien demokratischen Staatswesens auf der Grundlage der Selbstverwaltung und der Selbstverantwortlichkeit des einzelnen.
4. Ausmerzung der letzten Spuren nationalsozialistischen Denkens, gerechte Bestrafung der wirklich Schuldigen. Wiedergutmachung für die vom Dritten Reich verübten Ungerechtigkeiten und Grausamkeiten.
5. Wiederherstellung des Rechtsstaates, Trennung von Verwaltung und Justiz, Gleichheit aller vor dem Gesetz, rücksichtslose Bekämpfung der Korruption.
6. Soziale Gerechtigkeit, gleichmäßige Verteilung der Lasten und Opfer des Krieges, gleiche Möglichkeiten für alle ohne Rücksicht auf Geburt, Stand und Vermögen, Hilfe für die Invaliden, Rentner, Kranken und Arbeitslosen.
7. Rückkehr zur privaten wirtschaftlichen Initiative und Verantwortlichkeit unter Aufsicht des Staates, Achtung vor dem Privateigentum, gerechte Löhne und stabile Preise, Ordnung des Finanzwesens, Schaffung eines neuen Sozialrechts und Förderung der gewerkschaftlichen Gliederungen.
8. Reform unseres Erziehungswesens im Geiste der Demokratie und der christlichen Grundsätze, Freiheit der Forschung und Lehre, der Kunst und des Schrifttums im Rahmen des Gemeinwohls.
9. Föderative Neugestaltung des Reiches, Stärkung der Verantwortlichkeit der Länder und Selbstverwaltungskörper, Pflege der besonderen Belange unserer bayerischen Heimat.
10. Überwindung des Machtgedankens durch den Geist christlicher Duldung und abendländischer Gesinnung, Bereitschaft zur Mitarbeit an allen Aufgaben internationaler Friedensgestaltung im Interesse der Sicherung unserer nationalen Zukunft und der Wiederherstellung unseres Ansehens in der Welt.

Unser Ruf ergeht an alle, die guten Willens sind.

Ihr Landsleute in den Fabriken und Kontoren, ihr Arbeiter auf Baustellen und Trümmerstätten, ihr Handwerker und Kaufleute, ihr Bauern unserer bayerischen Heimat,

¹ Anlage I zu einem Rundschreiben des Vorläufigen Landesausschusses vom 31. Dezember 1945 (vgl. Dok. Nr. XII). Das Rundschreiben nebst Anlagen wurde als Broschüre in einer Auflage von 30.000 Exemplaren gedruckt, ein Exemplar in: ACSP, NL Arnold 4.

Beamte, Lehrer, Juristen, vor allem ihr heimkehrenden Soldaten, die ihr euch ein neues Dasein zimmern wollt, auch ihr, Flüchtlinge und Heimatlose, nicht zuletzt aber ihr bayerischen Frauen, die ihr soviel Schweres tapfer ertragen habt, ihr alle sollt mit-helfen, daß unsere schöne Heimat bald wieder aus dem Schutt und Elend, das Hitler hinterlassen hat, neu erstehen kann.

Sammelt Euch um die Fahne der Christlich-Sozialen Union!

Nr. V

Aufruf der Christlich-Sozialen Union, 31. Dezember 1945

An alle!¹

1. Die Christlich-Soziale Union ist keine Partei, die da fortfährt, wo 1933 aufgehört wurde. Sie ist eine *neue Partei*. Eine Partei ohne belastende Tradition, ohne alte programmatische Bindungen. Eine Partei, die auf dem Boden der *jetzigen Zeit* steht. Eine junge Partei, geboren aus unserer Zeit und berufen für unsere Zeit.
2. Die Christlich-Soziale Union bezieht aus der Vergangenheit des bayerischen Parteiwesens lediglich das *Positive*. Dieses Positive ist der *Erfahrungsschatz* einiger aufrechter und unverzagter Führer, Aktivisten und Mitglieder aus den Lagern *verschiedener politischer Parteien*. Diese Männer haben auf früher verfochtene politische Sonderziele verzichtet. Sie sehen untereinander nicht mehr das Trennende, sondern das Verbindende. Und *geeint* und *gesammelt* dienen sie heute unter der Christlich-Sozialen Union dem größeren Ziel: dem Ziel der *allgemeinen Wohlfahrt* unseres Landes.
3. Die Christlich-Soziale Union vertritt *nicht* die *Sonderinteressen einer Schicht, einer Klasse, eines Standes, einer Konfession*. Denn erstens muß jede *einseitige* parteiliche Förderung *eines* Teiles der Bevölkerung zu einer unverantwortlichen Benachteiligung *anderer* Volksteile führen. Zweitens sind aber *alle* Schichten, *alle* Klassen, *alle* Stände, *alle* Konfessionen in Not. Vernunftgemäß kann also das Gebot der Stunde *nur* lauten, den Willen *aller* Glieder unseres Volkskörpers im Allgemeininteresse *aller* Bayern zu machtvoller Geltung zu bringen: den Willen der Stadtleute wie Landleute, der Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, der Handwerker wie Künstler, der Gelehrten wie Studenten, der Christen und Nichtchristen, der Alten wie Jungen.
4. Die Christlich-Soziale Union wird die Vertretung der Volkswünsche nach dem Grad der Dringlichkeit vornehmen. Unbeirrt wird sie ihre Aufbauarbeit da anfangen, wo die *Not* am *größten* ist. Die Fragen der *Ernährung*, der *Wohnungsbeschaffung* und der *Beschäftigung* sind die brennendsten.
5. Die Christlich-Soziale Union wird außerdem *sofort* folgende Aufgaben zu lösen haben: Schaffung einer gesunden Grundlage für das *öffentliche Leben*, Aufbau einer *öffentlichen Verwaltung*, Setzung einer *Rechtsordnung*, Festigung der *Volkskameradschaft*, Aufbau des *kulturellen* Gemeinwesens, Schutz der *Familie*, *Jugend-erziehung*, Schaffung eines *Sozialrechtes*, Lenkung der *Wirtschaft*, Erhaltung und berufsständige Förderung einer *gesunden und leistungsfähigen Landwirtschaft*, Wiederangasetzung von *Gewerbe, Industrie, Handel* und *Verkehr*, Wiederherstellung eines gesunden *Geldwesens*, baldige Erreichung friedlicher Beziehungen zu *anderen Völkern*.
6. Die Christlich-Soziale Union tritt für eine *soziale Gesinnung* ein. Gleiches Recht für alle! Aber auch: Gleiche Pflichten für alle! Gemeinsam erduldetes Leid ver-

¹ Anlage II zum Rundschreiben vom 31. Dezember 1945, vgl. S. 1713, Anm. 1.

pflichtet jedes Glied unserer Schicksalsgemeinschaft, an der Beseitigung der erlittenen Schäden nach besten Kräften mitzuarbeiten. Und dies ohne Rücksicht auf Stand, Abstammung oder Vermögen. Dem persönlichen Streben nach Erfolg soll nichts in den Weg gelegt werden. Trotzdem muß sich dieses persönliche Streben dem *Gemeinwohl* unterordnen.

7. Die Christlich-Soziale Union erkennt das *christliche Sittengesetz* als die Grundlage unserer Kultur an. Schon aus diesem Grunde wünscht sie Frieden unter den Konfessionen und ihrem Verhältnis zum Staat. Die Christlich-Soziale Union findet im Christentum den sinnfälligen Ausdruck für das, was uns allen Not tut: Glaube an die Menschenwürde und Menschenrechte, Glaube an die Gerechtigkeit, Glaube an Sitte und Anstand. Glaube an Ordnung und Glaube an Glück. Es liegt im christlichen Denken, auch andere religiöse Überzeugungen zu achten, deshalb wird auch jener seinen Weg zur Christlich-Sozialen Union finden, der sich nicht zum Dogma der christlichen Kirche bekennt.

Wer will, daß alle Stände und Klassen Schutz und Hilfe und Förderung erhalten,

Wer will, daß alle Stände und Klassen sich selbst nach eigenem Willen regieren und nicht von einer Interessengruppe regieren lassen,

Wer will, daß alle Stände und Klassen sich mit wahrer sozialer Gesinnung und beseelt von dem Gedanken des christlichen Sittengesetzes einsetzen für eine neue, bessere Zukunft unseres Volkes und unserer Heimat,

Wer dies alles will, der reihe sich ein in die

Christlich-Soziale Union.

Nr. VI

Programmwurf Eugen Rindts
zur Vorlage vor dem Landesausschuß der CSU am 4. Oktober 1946

Entwurf R.

Das Grundsatzprogramm der
*Christlich-Sozialen Union in Bayern*¹

Das deutsche Volk steht vor der Aufgabe, den schwersten Zusammenbruch seiner Geschichte zu überwinden und wieder eine feste staatliche, gesellschaftliche und wirtschaftliche Grundlage für seine Zukunft zu erringen.

Die bis an die Wurzeln des Seins gehende Zerrüttung unseres öffentlichen und privaten Lebens, die uns der Nationalsozialismus als Erbe hinterlassen hat, ist im Letzten verursacht durch die Abwendung von der göttlichen Ordnung, in der jeder einzelne und jedes Volk von allem Anfang an steht.

Unser Wollen und Handeln muß daher für den Aufbau und für alle Zukunft von vorneherein und absolut nach den ewigen Gesetzen dieser Ordnung ausgerichtet sein; einer Ordnung, die ihren höchsten und umfassenden Ausdruck in der Lehre des Christentums gefunden hat.

Die Krönung des Christentums ist die praktische Nächstenliebe, die wahrhaft soziale Tat.

Aus dieser Erkenntnis heraus haben wir in Bayern die

Christlich-Soziale Union

gegründet als die politische Tatgemeinschaft aller, die sich bekennen zur ewigen Gültigkeit des christlichen Sittengesetzes und zu einem aus ihm erwachsenen Menschheitsideal. Wir wollen durch geschlossene und zielbewußte Zusammenarbeit jenen Beitrag für Wiederaufstieg und bleibende Wohlfahrt unseres Volkes leisten, die dem christlichen Menschen unserer Heimat zukommt.

Aufgrund der gemeinsamen Weltanschauung und angesichts der grenzenlosen Not wie auch angesichts der immer gleichen Quelle aller Kraft und Wahrheit verfechten wir im klaren Bewußtsein unserer Verantwortlichkeit vor Gott und dem Volk die folgenden Ziele. Wir versprechen, uns für ihre Verwirklichung ohne jeden Eigennutz einzusetzen.

I. Staatliche Ordnung

1. Der Staat ist der gottgewollte Ordnungszustand eines Volkes:

Wir fordern den christlichen Rechts-, Sozial- und Kulturstaat!

Nur in ihm wird allgemeine Sicherheit, bleibender Wohlstand und wahrer Fortschritt verwirklicht.

¹ Der Entwurf wurde hektographiert und an die Mitglieder des Landesausschusses versandt, die ihn am 4. Oktober berieten. Ein Exemplar findet sich im ACSP, CSU-Landesausschüsse, Anlage zum Protokoll der Sitzung des Landesausschusses am 4. Oktober 1946.

2. Die staatliche Obrigkeit ist die bevollmächtigte Trägerin des Volkswillens:
Wir vertreten den demokratischen Staat!
Wir kämpfen gegen jede Art von Diktatur eines einzelnen, einer Partei oder einer Klasse. Wir kämpfen gegen Staatsbürokratismus und Staatsallmacht.
3. Jedes Volk ist eine organisch gewordene Sendungs-, Schicksals- und Interessengemeinschaft:
Wir treten ein für die Einheit und Unteilbarkeit Deutschlands!
Wir kämpfen gegen jede Form von Separatismus. Wir wenden uns gegen jede Abspaltung deutscher Gebiete.
4. Der Staatsaufbau hat sich auf den natürlichen Gegebenheiten eines Volkes zu vollziehen:
Wir fordern den föderativen Aufbau Deutschlands auf bundesstaatlicher Grundlage!
Wir kämpfen gegen Unitarismus und Zentralismus. Wir vertreten die starke Staatspersönlichkeit jedes Bundeslandes. Wir fordern in jedem Bundesland größtmögliche Selbständigkeit der nachgeordneten Verwaltungskörperschaften.
5. Gesunde und befriedete Berufsstände sind die tragenden Säulen von Wirtschaft, Wohlfahrt und Kultur:
Wir fordern eine zweite unpolitische Kammer vor allem zur Interessenvertretung der einzelnen Berufsstände!
Wir lehnen eine ausschließlich parteigebundene Volksvertretung ab.
6. Die Lösung der Staatsaufgaben entscheidet über Gegenwart und Zukunft unseres Volkes:
Wir fordern den rechten Mann am rechten Platz!
Wir kämpfen gegen jeden Dilettantismus. Wir vertreten den Grundsatz: Für das Volk sind die Besten gerade gut genug.

II. Rechtsordnung

1. Der Mensch ist nach göttlichem Willen ins Leben gerufen:
Wir vertreten das Anrecht eines jeden auf ein menschenwürdiges Dasein!
Wir bejahen den Anspruch jedes einzelnen auf ausreichende Arbeit, Nahrung, Kleidung und Wohnung, auf Familiengründung und sorgenfreies Alter.
2. Der Mensch ist als Ebenbild Gottes von hoher Würde:
Wir verlangen die Ehrfurcht vor der Unverletzlichkeit von Person und Heim!
Niemand darf verfolgt, verhaftet oder festgehalten werden, außer aufgrund der allgemein gültigen Gesetze. Jedem Angegriffenen müssen alle Möglichkeiten der Rechtfertigung zu Gebote stehen.
3. Die menschliche Willensfreiheit ist eine Tatsache der göttlichen Ordnung:
Wir vertreten die Freiheit der Meinungsäußerung in Wort und Schrift, des Handelns und der Berufswahl, des Zusammenschlusses und der Religionsausübung!
Nur am christlichen Sittengesetz und am Gemeinwohl findet die menschliche Freiheit ihre Grenzen.
4. Mann und Frau sind in ihrer Würde ebenbürtig:
Wir fordern die rechtliche und soziale Gleichstellung der Geschlechter!
Die Arbeit der Hausfrau kommt der Berufsarbeit des Mannes gleich.
5. Jeder Stand und jeder Beruf ist notwendig für das Ganze:
Wir verlangen die rechtliche und soziale Gleichstellung aller Stände und Berufe!
Wir kämpfen gegen Klassenhaß und Standeshochmut! Wir kämpfen gegen die Bevorzugung bestimmter Stände und Berufe.

6. Die Grundrechte der Menschen beruhen auf göttlichem Willen und sind all-
gemeingültig:
*Wir wollen den deutschen Staatsraum als Freistatt für alle sehen, die in Mißachtung
der Menschenrechte verfolgt sind!*
Die in der Vergangenheit so oft verletzten Menschenrechte sollen in dem neuen
Staat besonderen Schutz und Rückhalt finden.
7. Jedes Gesetz geht in seinen Normen auf das dem Menschen eingeborene Natur-
recht zurück:
*Wir verlangen eine bleibende Ausrichtung aller Gesetze nach den Richtsätzen der Ge-
rechtigkeit!*
Wir kämpfen gegen Rechtsverdrehung und Rechtswillkür! Wir vertreten ein christ-
liches Straf- und Zivilrecht! Wir wollen ein christliches Sozial- und Arbeitsrecht!
8. Der Richter ist der Künder allgemein gültiger Rechtsnormen:
Wir verlangen einen unabhängigen Richterstand!
Wir lehnen den politischen Richter ab. Wir verneinen eine gelenkte Justiz.
9. Strafvollzug ist Sühne:
*Wir fordern einen Strafvollzug im Sinne einer strengen und gerechten Erziehung mit
dem Ziel der Wiedereingliederung in die wertschaffende Volksgemeinschaft!*
Wir lehnen die dauernde Brandmarkung eines Bestraften nach Verbüßung der
Strafe ab.

III. Sozialordnung

1. Die Familie ist die Urzelle und Quelle des Volkes:
*Wir fordern weitgehende staatliche Unterstützung der Existenz- und Familiengrün-
dung bei allen Ständen und Berufen!*
Staatsbeihilfen, tragbare Löhne und Gehälter und bevorzugte Arbeitsvermittlung
für Jungvermählte sollen diesen Zwecken dienen.
2. Gesunde Familien sind die Vorbedingung für ein blühendes Volk:
*Wir verlangen umfassende und bleibende Maßnahmen des Staates für die Volksge-
sundheit, vor allem für gesunde Wohnungen!*
Wir bekämpfen die lichtlosen Hinterhöfe. Wir fordern größtmögliche Verwurzel-
ung der Familien in Grund und Boden, vor allem durch eine umfassende Sied-
lungspolitik.
3. Die seelisch gesunde Familie ist die Quelle der moralischen Kraft eines Volkes:
*Wir fordern größtmögliche staatliche Garantie gegen jede Auflockerung und Zerrüt-
tung des Familienlebens!*
Wir vertreten das Recht des Ungeborenen auf Leben. Wir lehnen die Lehre und
Praxis der freien Liebe ab. Wir sind gegen die Erleichterung der Ehescheidung.
4. Überdurchschnittliche Begabung verpflichtet den Menschen zu besonderer Lei-
stung im Leben:
Wir verlangen staatliche Förderung von besonders Begabten!
Wir verneinen das Bildungsvorrecht der begüterten Stände. Wir vertreten den
Grundsatz "Freie Bahn dem Tüchtigen!"
5. Jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert:
*Wir fordern die Gestaltung eines Arbeitseinkommens, das wenigstens einen beschei-
denen Wohlstand und die Sicherung des Alters verbürgt!*
Wir bekämpfen jede Verproletarisierung. Wir bejahen eine entsprechende Betei-
ligung der Arbeitnehmer am Reinertrag des Unternehmens. Wir fordern eine aus-
reichende allgemeine Altersversorgung.

6. Sozialversicherte sind keine Almosenempfänger des Staates:
Wir fordern eine auskömmliche Sicherung des Lebens aller, die durch Krankheit, Unfall, Alter oder als Kriegsversehrte nicht mehr arbeiten können!
Wir wenden uns gegen die Hungerrente. Wir wollen eine fortschrittliche Weiterentwicklung unseres Sozialrechtes schaffen.
7. Hilfe für die Bedürftigen ist ein Gebot der christlichen Nächstenliebe und eine Gemeinschaftspflicht des Volkes:
Wir fordern eine Wohlfahrtspflege, die dem Bedürftigen den notwendigen Lebensunterhalt gewährt!
Der Anspruch hierauf ist rechtlich zu sichern, denn der Unterstützungsempfänger ist kein Mensch zweiter Klasse.

IV. Wirtschaftsordnung

1. Die Wirtschaft ist nicht Selbstzweck; sie muß dem Wohl des einzelnen und der Gesamtheit dienen:
Wir fordern eine staatlich gelenkte Wirtschaft!
Wir lehnen die Planwirtschaft als Ausfluß eines kollektiven Geistes ab. Wir kämpfen gegen den Wirtschaftsliberalismus und treten ein für freie Entfaltung der Einzelpersönlichkeit im Rahmen des Gemeinwohls.
2. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind für die Wirtschaft in gleicher Weise wichtig:
Wir verlangen ein angemessenes Mitbestimmungsrecht der Arbeitgeber bei der Lenkung der Wirtschaft und ein Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen und Produktionsverhältnisse, vor allem in bedeutenden Betrieben!
Wir verneinen jedes Willkürrecht des Unternehmers.
3. Für Bayern ist der Klein- und Mittelbetrieb die Grundlage einer gesunden Wirtschaft:
Wir verlangen eine besondere Förderung des Klein- und Mittelbetriebes in Landwirtschaft, Handwerk und Industrie!
Wir lehnen den wirtschaftlichen Großbetrieb ab, soweit er nicht für das Gemeinwohl unbedingt notwendig ist.
4. Das Recht auf Eigentum ist ein Naturrecht; Eigentum verpflichtet gegenüber der Gemeinschaft:
Wir fordern den Schutz des rechtmäßig erworbenen Eigentums!
Wir kämpfen gegen die Aufhebung des Eigentums durch Kollektivierung oder allgemeine Sozialisierung. Wir bekämpfen den schrankenlosen Eigentumserwerb. Wir vertreten die Verstaatlichung und Zwangsenteignung gegen Entgelt als letzten Ausweg dort, wo es das Gemeinwohl fordert.
5. Die Steuerpolitik muß sozial, gerecht und wirtschaftsfördernd sein:
Wir fordern in der Steuerpolitik die Durchführung des Grundsatzes einer sozialen Tragbarkeit und wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit!
Die Steuer darf den Anreiz zur Mehrleistung und notwendigen Arbeitsbeschaffung nicht unterbinden.

V. Kulturordnung

1. Der innere Wert eines Volkes zeigt sich in seiner Kultur:
Wir wollen die Verwirklichung christlicher Grundsätze im Kulturschaffen unseres Volkes!
Wir treten ein für die Förderung und Pflege bodenständiger Kulturwerte.

2. Alle Erziehung dient der Lebensertüchtigung und Höherentwicklung des Menschen:
Wir fordern die Erziehung der Jugend zu einem angemessenen Beruf, zu Charakterstärke und sozialer Gesinnung, zur Ehrfurcht vor Gott und dem Menschen!
 Wir verlangen vor allem auch die Erziehung zur Achtung vor dem Alter und dem anderen Geschlecht. Die weibliche Jugend soll eine besondere Vorbereitung auf den Beruf der Mutter und Hausfrau erhalten.
3. Die Eltern haben das ausschließliche Erziehungsrecht über ihre Kinder; das Erziehungsrecht des Staates ist ein übertragenes Recht:
Wir verlangen die unbedingte Achtung des Staates vor dem Willen der Eltern hinsichtlich der Schulerziehung ihrer Kinder!
 Die Konfessionsschule muß überall dort eingeführt werden, wo die Eltern sie wünschen.
4. Die Güter der Kultur sind von Natur aus Gemeinbesitz:
Wir fordern die Erschließung der Kulturgüter für das ganze Volk!
 Es gibt kein Vorrecht einzelner Klassen auf Teilnahme am kulturellen Leben. Wir erstreben eine bleibende Vertiefung der Volksbildung durch großzügigen Ausbau von Volksschulen.
5. Die Wissenschaft ist frei, ihr Streben nach Wahrheit ihre einzige Richtschnur:
Wir fordern die universell verwurzelte hochstehende Fachwissenschaft und deren umfassendes Fruchtbarwerden für das Leben des Volkes!
 Wir lehnen jede Form einer tendenziösen Wissenschaft ab.
6. Die Kunst ist frei. Die Normen der Wahrheit, Schönheit und Sittlichkeit sind ihre einzigen Grenzen:
Wir fordern eine Kunst der freien Schöpferkraft und der sittlichen Tiefe!
 Wir wollen keine zweckgebundene Kunst, wir lehnen jede Oberflächlichkeit und Verzerrung ab.
7. Religion soll der tragende Pfeiler jeglicher Rechts-, Sozial- und Kulturordnung sein:
Wir fordern die freie Religionsausübung und den unbedingten Frieden des Staates mit den christlichen Kirchen und den anderen Religionsgemeinschaften!
 Wir bejahen das Recht des Staates auf Abschluß von Konkordaten. Wir verwerfen eine Trennung von Kirche und Staat. Wir fordern die Unabhängigkeit und den staatlichen Schutz der Geistlichen aller Konfessionen in der Ausübung ihres Berufes.

VI. Zwischenstaatliche Ordnung

1. Die Völker sind organische Teile der Menschheit. Sie sind aufgrund ihrer Eigenart zur Erfüllung besonderer Aufgaben im Rahmen des Ganzen berufen:
Wir treten ein für den Frieden unter den Völkern und die Gleichberechtigung aller Nationen!
 Wir lehnen jede internationale Verflachung nationaler Eigenwerte ab. Wir bekämpfen Nationalismus und Militarismus.
2. Im Rahmen der Völkerfamilie ist Europa eine übernationale Sendungs-, Schicksals- und Interessengemeinschaft:
Wir treten ein für die Schaffung einer europäischen Konföderation zur geschlossenen Wahrung und Weiterführung christlich-abendländischer Kulturtradition!
 Wir erstreben die wirksame Befriedung Europas als Beitrag zum dauerhaften Frieden der Welt.

3. Kein Land Europas kann in Zukunft für sich allein bestehen:

Wir treten ein für die Schaffung einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion!

Wir fordern den Abbau der Zollschraken zwischen den einzelnen Staaten Europas.

Nr. VII

Grundsatzprogramm der Christlich-Sozialen Union in Bayern, 31. Oktober 1946

Das Grundsatzprogramm der Christlichen-Sozialen Union in Bayern¹

Das deutsche Volk steht vor der Aufgabe, den schwersten Zusammenbruch seiner Geschichte zu überwinden und wieder eine feste staatliche, gesellschaftliche und wirtschaftliche Grundlage für seine Zukunft zu erringen.

Die bis an die Wurzeln des Seins gehende Zerrüttung unseres öffentlichen und privaten Lebens, die uns der Nationalsozialismus als Erbe hinterlassen hat, ist letztlich verursacht durch die Abwendung von der göttlichen Ordnung, in der jeder einzelne und jedes Volk von allem Anfang an steht.

Unser Wollen und Handeln muß daher für den Aufbau und für alle Zukunft nach den ewigen Gesetzen dieser Ordnung ausgerichtet sein; einer Ordnung, die ihren höchsten und umfassenden Ausdruck in der Lehre des Christentums gefunden hat.

Die Krönung des Christentums ist die tätige Nächstenliebe, die wahrhaft soziale Tat. Wir bekennen uns zu ihr ohne Unterschied der Konfession und der Stände.

Aus dieser Erkenntnis heraus haben wir in Bayern die *Christlich-Soziale Union* gegründet als die politische Tatgemeinschaft aller, die sich bekennen zur ewigen Gültigkeit des christlichen Sittengesetzes und zu einem aus ihm erwachsenen Menschheitsideal. Wir wollen in zielbewußter Zusammenarbeit den entscheidenden Beitrag für Wiederaufstieg und dauernde Wohlfahrt unseres Volkes leisten.

Verbunden durch gemeinsame Weltanschauung und gemeinsame Not und angesichts der immer gleichen Quelle aller Kraft und Wahrheit versprechen wir in vollem Bewußtsein unserer Verantwortlichkeit vor Gott und dem Volk, uns für die Verwirklichung folgender Ziele ohne jeden Eigennutz einzusetzen.

I. Staatliche Ordnung

1. Der Staat ist nach Wesen und Aufgabe der gottgewollte Ordnungszustand eines Volkes:

Wir erstreben den Staatsaufbau auf christlicher Grundlage.

Nur in einer Ordnung, die von christlichem Geist beseelt ist, wird allgemeine Sicherheit, bleibender Wohlstand und Fortschritt verwirklicht.

2. Träger und Vollzieher des Volkswillens sind die vom Volk bestellten staatlichen Organe.

Wir bekennen uns zum demokratischen Staat.

Wir kämpfen gegen jede Art von Diktatur eines einzelnen, einer Partei oder einer Klasse. Wir kämpfen gegen Staatsbürokratismus und Staatsallmacht.

¹ Das Programm wurde nach seiner Annahme durch den Landesausschuß am 31. Oktober 1946 in unbekannter Auflage gedruckt, ein Exemplar findet sich im IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel. Ein Abdruck erfolgte bereits in: Ossip K. Flechtheim, Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung, Berlin 1963, Bd. 2, S. 213ff.

3. Jedes Volk ist eine organisch gewordene Lebensgemeinschaft:
Wir treten ein für die *Einheit und Unteilbarkeit Deutschlands!*
4. Der Staatsaufbau hat sich auf den natürlichen Gegebenheiten eines Volkes zu vollziehen:
Wir fordern den *föderativen* Aufbau Deutschlands auf *bundesstaatlicher Grundlage*.
Wir lehnen jeden Militarismus und Zentralismus ab. Wir treten ein für die Staatspersönlichkeit jedes Bundeslandes. Wir fordern in jedem Bundesland größtmögliche Selbständigkeit der nachgeordneten Verwaltungskörperschaften.
5. Gesunde und befriedete Berufsstände sind die Voraussetzung für das Gedeihen von Wirtschaft und Kultur:
Wir bejahen eine *zweite unpolitische Kammer*, vor allem auch zur Interessenvertretung der Berufsstände!
Eine ausschließlich parteigebundene Volksvertretung lehnen wir ab.
6. Die Lösung der Staatsaufgaben entscheidet ausschlaggebend über Gegenwart und Zukunft unseres Volkes:
Wir fordern den rechten Mann am rechten Platz!
Wir kämpfen gegen die Unfähigkeit auf allen Gebieten der staatlichen Verwaltung. Wir treten ein für ein sachgemäß vorgebildetes Berufsbeamtentum.

II. Rechtsordnung

1. Der Mensch ist nach göttlichem Willen ins Leben gerufen:
Wir vertreten das Anrecht eines jeden auf ein *menschenwürdiges Dasein*.
Wir bejahen den Anspruch jedes einzelnen auf ausreichende Arbeit, Nahrung, Kleidung und Wohnung, auf Familiengründung und ein sorgenfreies Alter.
2. Der Mensch ist als Ebenbild Gottes von hoher Würde:
Wir verlangen die Ehrfurcht vor der Unverletzlichkeit der Person.
Niemand darf verfolgt, verhaftet oder festgehalten werden, außer aufgrund der allgemein gültigen Gesetze. Jedem Angegriffenen müssen alle Möglichkeiten einer raschen Rechtfertigung zu Gebote stehen. Das Heim des Menschen soll seine Freistatt sein.
3. Die menschliche Willensfreiheit ist eine Tatsache der göttlichen Ordnung.
Wir vertreten die *Freiheit der Meinungsäußerung* in Wort und Schrift, die Freiheit des *Handelns* und der *Berufswahl*, die Freiheit des *Zusammenschlusses* und der *Religionsausübung!*
Nur am christlichen Sittengesetz und am Gemeinwohl findet die menschliche Freiheit ihre Grenzen.
4. Mann und Frau sind in Wort und Aufgabe ebenbürtig:
Wir fordern die *rechtliche und soziale Gleichstellung der Geschlechter*.
Die Arbeit der Hausfrau kommt der Berufsarbeit des Mannes gleich.
5. Jeder Stand und Beruf ist notwendig für das Ganze:
Wir verlangen die rechtliche und soziale Gleichstellung aller Stände und Berufe!
Wir kämpfen gegen Klassenhaß und Standeshochmut sowie gegen die Bevorzugung und den Vormachtsanspruch irgendwelcher Bevölkerungsschichten.
6. Das Bewußtsein von Recht und Unrecht ist dem Menschen von Natur aus gegeben:
Wir verlangen in der Gesetzgebung die Beachtung der *Grundsätze des Naturrechts*.
Wir vertreten eine Reform des Straf- und Zivilrechts in diesem Sinne. In gleicher Weise muß das Sozial- und Arbeitsrecht neu gestaltet werden.

7. Der Richter ist der Kündler allgemein gültiger Rechtsnormen:
Wir verlangen einen *unabhängigen Richterstand!*
Wir lehnen den politischen Richter ab. Wir verneinen eine gelenkte Justiz.
8. Strafvollzug ist Sühne:
Wir fordern einen Strafvollzug im Sinne einer strengen und gerechten Erziehung mit dem Ziel der Wiedereingliederung in die werteschaffende Gemeinschaft!
Wir lehnen die dauernde Brandmarkung eines Bestraften nach Verbüßung der Strafe ab.

III. Sozialordnung

1. Die Familie ist die Urzelle und Quelle des Volkes:
Wir fordern weitgehende *staatliche Unterstützung der Existenz- und Familiengründung* bei allen Ständen und Berufen!
Staatsbeihilfen, ausreichende Löhne oder Gehälter und bevorzugte Arbeitsvermittlung für alle, die eine Familie zu ernähren haben, sollen diesen Zwecken dienen.
2. Gesunde Familien sind die Vorbedingung für ein entwicklungsfähiges Volk:
Wir verlangen umfassende Maßnahmen des Staates für die *Volksgesundheit*, vor allem den *Bau gesunder Wohnungen!*
Wir bekämpfen die Mietskasernen und die lichtlosen Hinterhöfe.
Wir treten ein für die Verwurzelung der Familie in Grund und Boden, besonders durch eine umfassende Siedlungspolitik.
3. Die seelisch gesunde Familie ist die Quelle der moralischen Kraft des Volkes:
Wir fordern jeglichen nur möglichen staatlichen Schutz des Familienlebens.
Wir verteidigen das Recht des Ungeborenen auf Leben. Wir lehnen alle Lehren und Maßnahmen ab, die geeignet sind, einen sittlichen Verfall herbeizuführen.
Wir sind gegen die Erleichterung der Ehescheidung.
4. Der innere Reichtum eines Volkes beruht nicht zuletzt auf den Begabungen seiner Glieder.
Wir verlangen staatliche Förderung der *überdurchschnittlich Begabten!*
Wir verneinen das Bildungsvorrecht der begüterten Stände. Für die Stellung des einzelnen in der Gemeinschaft sollen allein Charakter und Leistung entscheiden.
5. Jede ehrliche Arbeit hat den gleichen sittlichen Wert und verdient angemessenes Entgelt. Männer und Frauen erhalten für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn.
Wir fordern die Gestaltung eines Arbeitseinkommens, das wenigstens einen bescheidenen Wohlstand ermöglicht.
Wir bekämpfen jede Verproletarisierung. Wir bejahen eine angemessene Beteiligung der Arbeitnehmer am Reingewinn ihres Unternehmens.
6. Die Sozialversicherung soll im weitesten Umfang gegen die Wechselfälle des Lebens schützen.
Wir fordern die Sicherung des Lebens aller, die infolge *Krankheit, Alter* oder als *Versehrte* nicht mehr arbeiten können!
Sozialversicherte sind keine Almosenempfänger des Staates: Wir wenden uns gegen die Hungerrente!
Hilfe für die Bedürftigen ist eine Gemeinschaftspflicht des Volkes:
Wir fordern eine Wohlfahrtspflege, die dem Bedürftigen den *notwendigen Lebensunterhalt* gewährt!
Der Anspruch hierauf ist rechtlich zu sichern.

IV. Wirtschaftsordnung

1. *Die Wirtschaft ist nicht Selbstzweck; sie muß dem Wohl der Gesamtheit wie des einzelnen dienen:*
Wir anerkennen das Recht des Staates, die Wirtschaft nach Gesichtspunkten des *Gemeinwohls* zu lenken!
Wir lehnen die Planwirtschaft als Ausfluß eines kollektivistischen Denkens ab.
Wir kämpfen gegen den Wirtschaftsliberalismus und treten ein für freie Entfaltung der Einzelpersönlichkeit im Rahmen [ihrer] sozialen Pflichten.
2. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind für die Wirtschaft in gleicher Weise wichtig:
Wir verlangen ein angemessenes *Mitbestimmungsrecht der Arbeitgeber und Arbeitnehmer* bei der Lenkung der Wirtschaft, ein *Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer* bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen und Produktionsverhältnisse. Bei Betrieben von erheblicher Bedeutung sollen die Arbeitnehmer einen *unmittelbaren Einfluß auf die Leistung und Verwaltung* durch geeignete Vertreter ausüben.
Wir verneinen jede Willkür und Einseitigkeit von Interessengruppen innerhalb der Wirtschaft.
3. *Für Bayern ist der Mittelstandsbetrieb die Grundlage einer gesunden Wirtschaft:*
Wir verlangen eine *besondere Förderung des Klein- und Mittelbetriebes in Landwirtschaft, Handwerk, Handel, Gewerbe und Industrie* und dessen Schutz gegen Auflösung und Aufsaugung.
Soweit der wirtschaftliche Großbetrieb sich entwickelt und besteht, darf er unter keinen Umständen zu einem selbstsüchtigen und kapitalistischen Profitunternehmen ausarten.
4. Das Recht auf Eigentum ist ein natürliches Recht, auf dessen Erfüllung alle Anspruch haben; Eigentum verpflichtet gegenüber der Gemeinschaft:
Wir erwarten, daß alle Möglichkeiten geschaffen werden, um jedermann zu einem *sittlich berechtigten Eigentum* kommen zu lassen.
Wir treten für die Erfüllung der *Gemeinschaftspflicht* ein, allen jenen zu neuem Eigentum zu verhelfen, die ohne eigene Schuld ihr bisheriges Eigentum verloren haben.
Wir verlangen den Schutz des rechtmäßig erworbenen Eigentums.
Wir lehnen die Aufhebung des Eigentums durch Kollektivierung oder allgemeine Sozialisierung ab.
Wir bekämpfen den rücksichtslosen Eigentumserwerb.
Wir vertreten die Überführung von Privat- in Gemeineigentum gegen angemessene Entschädigung dann, wenn es das Gemeinwohl fordert.
5. Die Steuerpolitik muß sozial, gerecht und wirtschaftsfördernd sein:
Wir fordern in der *Steuerpolitik* die Durchführung der Grundsätze *sozialer Tragbarkeit und wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit*.
Die Steuer darf den Anreiz zur Mehrleistung nicht unterbinden.

V. Kulturordnung

1. Der innere Wert eines Volkes zeigt sich in seiner Kultur:
Wir bekennen uns als Bayern zu Deutschland als dem Land einer wertereichen Kultur und treten ein für die organische Weiterentwicklung und Pflege des *deutschen Kulturschaffens auf der Grundlage christlich-abendländischen Geistes*.

Vor allem durch seine Kultur muß das deutsche Volk die Achtung der Völker und seinen alten Platz im Kreise der Nationen wieder gewinnen. Gerade in Zeiten der Not ist daher die Pflege der Kultur eine wichtige staatspolitische Aufgabe.

2. *Die Religion muß der tragende Pfeiler jeder Kulturordnung sein.*
Wir fordern die *Freiheit der Religionsausübung* und den unbedingten *Frieden des Staates mit den christlichen Kirchen und den anerkannten Religionsgemeinschaften.*
Wir verwerfen die Trennung von Kirche und Staat, aber auch jede Art von Staatskirchentum. Wir verlangen die Anerkennung der Religionsgemeinschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechts und den Schutz der Geistlichen aller Konfessionen in der Ausübung ihres Amtes.
3. Alle Erziehung dient der Höherentwicklung und Lebensertüchtigung des Menschen.
Wir fordern die *Erziehung der Jugend* zur Ehrfurcht vor Gott und seiner Schöpfung, zu Charakterstärke und sozialer Gesinnung, zu selbständigem Denken und zu körperlicher Leistungsfähigkeit.
Wir verlangen eine Lehrerbildung, die diese Ziele sicherstellt.
4. Das Kind hat einen Anspruch auf Erziehung; die Eltern haben ein Erziehungsrecht und eine Erziehungspflicht. Das Erziehungsrecht des Staates ist ein übertragenes Recht.
Wir verlangen die unbedingte Achtung des Staates vor dem Willen der Eltern hinsichtlich der Schulerziehung ihrer Kinder. Wir bekennen uns zum eigenen Recht der Kirchen auf einen angemessenen Einfluß in der Erziehung der Jugend.
Wir stehen ein für die *Konfessionsschule.*
In Gemeinschaftsschulen dürfen die religiösen Gefühle Andersgläubiger nicht verletzt werden.
5. Die Wissenschaft ist frei, das Streben nach Wahrheit ihre einzige Richtschnur. Ihr Ziel ist Erkenntnis und Dienst am Leben.
Wir fordern die universell verwurzelte *hochstehende Fachwissenschaft* und deren umfassendes Fruchtbarwerden für das Leben des Volkes.
Wir erwarten, daß die einzelnen wissenschaftlichen Fachgebiete sich auf ihre gemeinsamen Grundlagen besinnen. Die Gefahr einer allzu großen und frühen Spezialisierung auf Kosten einer umfassenden Allgemeinbildung ist auch im gesamten Erziehungswesen zu bannen.
6. Die Kunst gedeiht nur in der Freiheit. Sie bedarf des lebendigen Anschlusses an die großen Werke der Vergangenheit und muß auch im Erziehungswesen als wichtiger Lebenswert gelten.
Wir bekennen uns zu einer *Kunst der freien Schöpferkraft.*
Wir kämpfen gegen Schmutz und Kitsch.
Wir verlangen die Aufgeschlossenheit von Gesetzgebung und Verwaltung für die freie Entwicklung der schöpferischen Kräfte unseres Volkes.
7. Die Güter der Kultur sind von Natur aus Gemeinbesitz und sollen allen zugänglich sein.
Wir fordern die *Erschließung der Kulturgüter für das ganze Volk!* Die Teilnahme am kulturellen Leben darf kein Vorrecht einzelner sein.
Wir fordern den freien Zutritt aller entsprechend Begabten zu den höheren Schulen, den Universitäten und Akademien. Wir erstreben eine bleibende Vertiefung der Volksbildung durch großzügigen Ausbau von Volkshochschulen.

VI. *Zwischenstaatliche Ordnung*

1. Die Völker sind organische Teile der Menschheit. Sie sind aufgrund ihrer Eigenart zur Erfüllung besonderer Aufgaben im Rahmen des Ganzen berufen:
Wir treten ein für den Frieden unter den Völkern und die Gleichberechtigung aller Nationen.
Wir lehnen jede Verflachung der Eigenwerte der Völker ab. Wir bekämpfen Nationalismus und Militarismus.
2. Im Rahmen der Völkerfamilie ist Europa eine übernationale Lebensgemeinschaft.
Wir treten ein für die Schaffung einer *europäischen Konföderation* zur gemeinsamen Wahrung und Weiterführung der christlich-abendländischen Kultur!
Wir erstreben die wirksame Befriedung Europas als Beitrag zum dauerhaften Frieden der Welt.
3. Kein Land Europas kann für sich allein bestehen:
Wir treten ein für die Schaffung einer *europäischen Wirtschafts- und Währungsunion!*
Wir fordern den Abbau der Zollschränken zwischen den einzelnen Staaten Europas.
Wir wollen als Partei mit Parteien ähnlicher Zielsetzung anderer Länder Erfahrungen austauschen, um damit das Vertrauen der Völker zueinander zu fördern.

Möge Gott unserem Volk die Gnade und Kraft geben, aus der tiefen Not herauszufinden, in der dieses Programm geboren wurde. Der Erreichung dieses Zieles dient die Arbeit der Christlich-Sozialen Union in Bayern.

Nr. VIII

Programm entwurf August Haußleiters
zur Vorlage vor dem Landesauschuß der Christlich-Sozialen Union
am 4. Oktober 1946

Programm der Christlich-Sozialen Union in Bayern¹

Die Christlich-Soziale Union in Bayern ist eine neue und eine junge Partei, die sich zur gesellschaftlichen Entwicklung unseres Jahrhunderts bekennt. Sie tritt ein für die volle Gleichberechtigung aller schaffenden Stände. Sie bejaht den sozialen Fortschritt in einem Staat, der Arbeiter, Bauern und Bürger in einer organischen Einheit umfaßt. Angesichts der Ruinen unserer Städte, erschüttert von der sittlichen Entartung und dem seelischen Verfall, die sich mitten in unserem Volke offenbaren, stellen wir jedoch fest: Jede Gesellschaftsordnung, die den göttlichen Urgrund der Schöpfung verläßt, führt zwangsläufig in Chaos und Untergang.

Darum soll in Zukunft als unabdingbares Grundgesetz über all unserem politischen und sozialen Handeln die Verpflichtung des Menschen vor Gott stehen. Inmitten einer unglücklichen und von Unruhe erfüllten Welt wollen wir den Neuaufbau unseres staatlichen und gesellschaftlichen Lebens unter die Leitschnur des christlichen Sittengesetzes stellen. Auf seinem Boden bekennen wir uns zu den ewigen und unveräußerlichen Rechten des Menschen, zu seiner Würde und zu seiner Freiheit, die ihm Gott verliehen hat.

In treuer Liebe zu unserer bayerischen Heimat, im Bekenntnis zu unserem bayerischen Staat, gemeinsam mit den Enterbten des Zweiten Weltkrieges, die unsere neuen, gleichberechtigten Mitbürger sein sollen, im selbstverständlichen Willen zur wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands, haben wir uns das nachfolgende Programm gegeben:

1. Wir bekennen uns zur Würde und zur Freiheit der menschlichen Persönlichkeit. Wir wenden uns mit aller Leidenschaft gegen die Vermassung des Menschen und ebenso gegen die Vergottung des Staates. An der Würde und an den unveräußerlichen Rechten der Person findet die Macht des Staates ihre Grenzen. Die Freiheit des Menschen hat ihren Rechtsgrund in der Verantwortlichkeit seines Gewissens vor Gott.
2. Als Christen wissen wir, daß der Mensch seinen Wert und sein Gewicht durch seine unsterbliche Seele erhält. Wir glauben weiter, daß Gott in der Schöpfung das Zusammenwirken und nicht die Trennung seiner Geschöpfe will. Wir glauben an ein gemeinsames Reich des Geistes unter den Menschen. Darum lehnen wir jede Art von Rassentheorie, und insbesondere die antisemitische, als schmachvollen Rückfall in eine überwundene Barbarei mit Entschlossenheit ab.
3. Die Familie ist die Urzelle von Staat und Gesellschaft. Ihre natürlichen Rechte sind uns heilig. Mann und Frau haben in der Ehe grundsätzlich die gleichen bür-

¹ Der Entwurf wurde hektographiert und an die Mitglieder des Landesauschusses versandt, die ihn am 4. Oktober berieten. Ein Exemplar findet sich im ACSP, CSU-Landesauschüsse, Anlage zum Protokoll der Sitzung des Landesauschusses am 4. Oktober 1946.

- gerlichen Rechte und Pflichten. Der Staat stellt die werdende Mutter wie das keimende Leben unter seinen Schutz. Der kinderreichen Familie gilt seine besondere Sorge. Die Erziehung der Kinder ist ebenso ein Recht wie eine Pflicht der Eltern.
4. Die Form der Schule wird durch den Willen der Erziehungsberechtigten bestimmt. In der Verwässerung und Verflachung der christlichen Erziehung erblicken wir eine der Ursachen für den sittlichen Verfall unseres Volkes. Darum sehen wir in der Bekenntnisschule die Voraussetzung einer echten sittlichen Bildung. Der Grundsatz der Toleranz soll über aller Erziehung stehen; die Gefühle Andersgläubiger dürfen nicht verletzt werden. Der Religionsunterricht ist ordentliches Lehrfach in den Schulen. Auch die Gemeinschaftsschulen sollen auf christlichem Boden stehen.
 5. Die Schule soll Wissen vermitteln; ebenso aber soll sie die Kinder erziehen und bilden. Unsere Jugend soll zu freien, aufrechten und gesellschaftlich sicheren Menschen erzogen werden; nur mit demokratischen Menschen läßt sich ein demokratischer Staat gestalten. Gesunde Liebe zur Heimat soll sich mit echtem Verständnis für fremde Völker und fremde Kulturen verbinden. Wir wollen, daß unsere Kinder zu wahrhafter Menschlichkeit und zur Achtung der geistigen Welt erzogen werden. Wir lehnen jede Übersteigerung des nationalen Gefühls ebenso ab wie die oberflächliche Halbbildung der Vergangenheit. Als wichtigste Aufgabe erscheint uns darum eine vertiefte Bildung unseres Lehrernachwuchses.
 6. Unbekümmert um Stand und soziale Stellung der Eltern ist jede echte Begabung staatlich zu fördern. Kein Stand und keine Klasse darf ein Privileg zum Besuch der höheren Schule besitzen. Im humanistischen Gymnasium sehen wir einen wesentlichen Träger echter Bildung; wir fordern seine Erhaltung. Angesichts der vom Nationalsozialismus gerissenen Bildungslücken liegt uns die Erwachsenenbildung auf Volkshochschulen besonders am Herzen.
 7. Aus den Familien bauen sich die Gemeinden auf, deren Selbstverwaltung wir fordern und deren finanzielle Grundlagen gesund erhalten werden müssen. Den vom Volke gewählten Selbstverwaltungskörperschaften soll in den Gemeinden, Kreisen und Bezirken ein breites Feld verantwortlichen Wirkens eingeräumt werden. Der Bereich der Staatsverwaltung beginnt erst dort, wo es sich um die Wahrnehmung übergeordneter hoheitlicher Aufgaben handelt.
 8. Die Union bekennt sich voller Liebe zum bayerischen Volk und Staat. Wir sind Föderalisten aus Überzeugung und Erfahrung. Jede Form von Zentralismus lehnen wir ebenso ab wie einen unfruchtbaren Separatismus, der unser bayerisches Volk zur politischen Vereinzelung und zur wirtschaftlichen Verkümmern führen würde. Der deutsche Bundesstaat soll aus dem freiwilligen Zusammenschluß der einzelnen Länder erwachsen. Die deutsche Bundesverfassung soll die staatliche Eigenständigkeit der Länder bejahen und auf ihr aufbauen.
 9. Die Union tritt für die verantwortliche Bindung der Abgeordneten an ihren Wahlkreis ein. Sie befürwortet die Errichtung einer zweiten Kammer, deren beratende Stimme im Parlament gehört werden soll. Sie lehnt den schrankenlosen Parlamentarismus ab und fordert die Bildung arbeitsfähiger Regierungen. Sie bekennt sich zum Mehrparteiensystem als einem System mehrerer großer, in der Regierung wie in der Opposition verantwortlicher Parteien. Als umfassende Sammelpartei aller derer, die sich zu ihrer christlichen und sozialen Ideenwelt bekennen, lehnt die Union insbesondere den Fraktionszwang ab, der naturnotwendig zur Bildung von

- Splitterparteien führt. Bindend sind für sie die Abstimmungen im Parlament, bei denen jeder Abgeordnete der Stimme seines Gewissens zu folgen hat.
10. Die Union lehnt die Diktatur und den Kollektivismus in allen Erscheinungsformen ab. Sie will Klassenkampf und Klassenhaß in einer sozialen, von christlicher Nächstenliebe getragenen Demokratie überwinden. Demokratie ist mehr als eine Staatsform. Sie bedeutet eine Lebenshaltung, die zur Grundlage die Achtung vor der menschlichen Persönlichkeit hat und die dem einzelnen Menschen Freiheit im Denken und Handeln gewährleistet. Solche wahre Demokratie bleibt sich bei der Ausübung des Mehrheitswillens stets der Rechte der Minderheit bewußt. Sie umfaßt alle Schichten des Volkes in gleicher Verpflichtung und gleicher Berechtigung. Nur für die Gegner der Demokratie können die Rechte der Demokratie eingeschränkt werden.
 11. Die Union tritt für eine Rechtsordnung [ein], die sich auf die Gleichheit aller vor dem Gesetz und auf Gerechtigkeit gegen jedermann gründet. Die Richter sind nur ihrem Gewissen und dem Gesetz unterworfen. Der Schutz des einzelnen gegen ungesetzliche Rechtsangriffe des Staates muß genauso gewährleistet sein wie der Schutz der Gesamtheit gegen Übergriffe des einzelnen. Die Polizei soll Hüterin der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung sein. Sie darf nicht wieder als Vollstreckerin staatlicher Willkür mißbraucht werden.
 12. Die Union bejaht das Berufsbeamtentum. Bei der Auswahl der Beamten soll das fachliche Können und nicht die Parteizugehörigkeit entscheiden. Wer jedoch der Demokratie ablehnend gegenübersteht, kann nicht in ihr Beamter sein. Die unkontrollierte Herrschaft einer selbstherrlichen Verwaltungsbürokratie wird von der Union nachdrücklich abgelehnt.
 13. Das Eigentum ist ein Naturrecht des Menschen und vom Staate zu schützen. Es verpflichtet gegenüber der Gemeinschaft. Sein Mißbrauch darf der sozialen Wohlfahrt nicht zuwiderlaufen.
 14. Der wirtschaftliche Liberalismus gehört ebenso wie die sozialistische Planwirtschaft einem vergangenen Jahrhundert an. Die liberalistische Wirtschaft führt zur Wirtschaftskrise und zu Wirtschaftschaos. Die Planwirtschaft führt ebenso naturnotwendig zum Kollektivismus, der stets totalitär und militant ist, und zur Selbstherrlichkeit der Staatsbürokratie. Der Staat soll nicht selber wirtschaften. Er soll anregen, fördern und die wirtschaftliche Betätigung des einzelnen in den Grenzen halten, die durch das Gemeinwohl gezogen sind.
 15. Der frei schaffenden Persönlichkeit ist die Möglichkeit zur Entfaltung ihrer Kräfte zu gewährleisten. Wer den Menschen der notwendigen wirtschaftlichen Freiheit beraubt, zerstört gleichzeitig die Grundlagen seiner politischen Freiheit. Nicht anonyme Mammutbetriebe, sondern zahlreiche Klein- und Mittelbetriebe sollen künftig der Volkswirtschaft das Gepräge geben. Der Staat soll sich darum die besondere Pflege der Klein- und Mittelbetriebe in Handwerk, Handel, Industrie und Gewerbe angelegen sein lassen. Sie sind die Grundlage des sozialen Aufstiegs aus unselbständiger Arbeit zu einer selbständigen und einer selbstverantwortlichen Existenz. Leistungsfähige Genossenschaften werden berufen sein, die wirtschaftliche Entwicklung des Mittelstandes zu sichern.
 16. Die Wirtschaft bedarf der planvollen Lenkung, die zweckvoll von den Organen der wirtschaftlichen Selbstverwaltung getragen wird. Die Arbeitnehmerschaft ist gleichberechtigter Träger des Wirtschaftslebens. Ihr ist daher in allen Gremien der Wirtschaftslenkung ein entsprechender Einfluß einzuräumen.

17. Die Union fordert die Verstaatlichung der Bergwerke und der sonstigen Grundstoffindustrie sowie der Monopolbetriebe, soweit die Verstaatlichung im Interesse der Allgemeinheit liegt. Die Banken als Treuhänder des gesamten Geldwesens werden unter staatliche Überwachung gestellt.
18. Der Klein- und Stadtrandsiedlung ist ganz besonderes Augenmerk zu widmen. Die Bereitstellung von Siedlungsland soll nach jährlichen Planungen erfolgen. Das Ziel muß sein, jeder Familie die Schaffung eines eigenen Heims auf eigener Scholle mit ausreichendem Gartenland zu ermöglichen. Die Union bejaht deshalb eine Boden[re]form, die der Struktur der bayerischen Landwirtschaft angepaßt ist. Sie lehnt alle aus rein propagandistischen Gründen auf diesem Gebiete unternommenen Experimente ab.
19. Die Erhaltung eines lebensfähigen Bauernstandes ist eine Existenzfrage für unser Volk. Den landwirtschaftlichen Erzeugnissen wird der gerechte Preis gewährleistet. Die landwirtschaftliche Erzeugung ist durch Bereitstellung von Maschinen und Düngemitteln, durch ständige Verbesserung der Bodenkultur und durch Modernisierung der Betriebe unablässig zu steigern. Das ländliche Berufsschulwesen, die landwirtschaftlichen Fachschulen und die hauswirtschaftlichen Schulen sind planmäßig auszubauen. Der Landflucht muß durch Bereicherung des Dorflebens und durch eine zweckvolle Sozialpolitik entgegengewirkt werden. Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen ist zu fördern.
20. Durch ein neues Arbeitsrecht soll die Würde des schaffenden Menschen im Wirtschaftsleben bestätigt werden. Der Betrieb soll aus einem Herrschafts- in ein Gemeinschaftsverhältnis umgewandelt, die Arbeitnehmerschaft soll aus der Rolle der Abhängigen in die der bewußt Mitwirkenden erhoben werden. Bezahlte Feiertage und bezahlter Urlaub sollen dem Arbeitnehmer Erholung und Entspannung ermöglichen. Die Leistungen der Sozialversicherung sollen erhöht werden. Sie ist in die Selbstverwaltung der Arbeitnehmerschaft zu überführen. Mann und Frau sind bei gleicher Leistung grundsätzlich gleich zu entlohnen.
21. Der freie Zusammenschluß aller Schaffenden ist eine Voraussetzung für eine geordnete Entwicklung in Staat und Gesellschaft. Die Union tritt daher für ein freies Koalitionsrecht ein. Zwangsmitgliedschaft jeder Art wird abgelehnt. Die Union tritt für volle Freizügigkeit der Arbeitnehmerschaft und für freie Berufswahl ein.
22. In der Sorge für die Enterbten des Zweiten Weltkrieges, für die Kriegssopfer des Hitlerkrieges, für die Ausgewiesenen, Flüchtlinge, Ausgebombten und Obdachlosen ist unser ganzes Volk auf eine entscheidende Probe gestellt. Die Union tritt ein für einen allgemeinen und gerechten Lastenausgleich, durch den die materiellen Opfer des Krieges möglichst gleichmäßig auf die Schultern der Volksgesamtheit verteilt werden. Sie fordert, daß die ganze Kraft unseres Volkes dafür eingesetzt wird, Wohnungen, Brot und Arbeit für die neuen Bürger unseres Landes zu schaffen. Wir werden dabei vor einschneidenden Maßnahmen nicht zurückschrecken. Es ist eine sittliche Pflicht der Gemeinschaft, sich der Kriegsversehrten und Kriegshinterbliebenen anzunehmen. Die lebendige Kraft des christlichen Ethos wird sich an der Überwindung des erdrückenden Nachkriegselends unseres Volkes erweisen.
23. Die Wissenschaft ist frei. Die Wahrheit ist ihre einzige Richtschnur. Auch die Kunst soll frei sein. Die Union ist weit offen für alles lebendige Kunstwollen. Im Schulwesen soll die Kunst nicht nur Unterrichtsgegenstand sein, sondern als Lebenswert angesehen werden. Wissenschaft und Kunst sind für die wahre Achtung

unseres Volkes in der Welt seit je von ausschlaggebender Bedeutung gewesen. Darum hat der Staat sie selbst in Notzeiten planmäßig zu fördern. Kunst und Wissenschaft sind die erste Brücke zu den Völkern der Welt.

24. Gewissens- und Religionsfreiheit sind Grundrechte jeder Person.
25. Am Irrweg des Nationalsozialismus haben wir erfahren, daß alle rein menschlichen Ordnungsbegriffe brüchig und hilflos sind. In der Bindung an Gott und der Verpflichtung unseres Gewissens sehen wir die einzige Gewähr für wahre Freiheit. Als die wesentliche Grundlage unserer Kultur erkennen wir das Christentum. Kirche und Staat müssen darum freundschaftlich zusammenarbeiten und sollen sich nicht gegenseitig mit Mißtrauen begegnen. Ihre Aufgaben überschneiden sich nicht, sondern sie ergänzen sich. Die Religionsverträge müssen gehalten werden. In einer tiefgreifenden inneren Erneuerung sehen wir die erste Voraussetzung einer besseren sozialen und politischen Ordnung unseres Volkes. Deshalb rufen wir den Geist lebendigen Christentums in der Seele unseres Volkes wach und vertiefen ihn mit der ganzen Kraft, die wir in der Verfolgungszeit neu aus Opfer und Martyrium gewonnen haben.
26. Der Friede unter den Konfessionen muß erhalten bleiben und gefördert werden. Dieser Friede wird nicht dadurch gesichert, daß man die Unterschiede verharmlost und verwischt, sondern dadurch, daß man in klarer Erkenntnis der Eigenart jedes Bekenntnisses einander Achtung und Rücksicht entgegenbringt. Die Union bekennt sich zur völligen Gleichberechtigung der Konfessionen im öffentlichen Leben und verwirklicht in den eigenen Reihen die gute Kameradschaft aller, die auf dem Boden der christlichen Ideenwelt stehen.
27. So wie wir den Parteienhaß und gelben Neid im Innern ablehnen, ebenso wenden wir uns mit aller Entschiedenheit gegen den Krieg und gegen den Völkerhaß nach außen. Wir glauben, daß das Schicksal der Menschheit heute unteilbar ist und daß es für sie nur einen gemeinsamen Fortschritt oder einen gemeinsamen Untergang geben kann.
28. Wir glauben, daß ein friedlicher und freiheitlicher deutscher Bundesstaat sich wieder ehrenvoll einordnen wird in die abendländische Staaten- und Kulturgemeinschaft. Grundlage dieser Gemeinschaft wird das Recht und ein gerechter Friede sein. Durch friedliche Aufbauarbeit und durch geistige Leistung wollen wir mitwirken an der Neugestaltung eines besseren, durch die gleichen Ideale geeinten Europa. Wir glauben, daß am Ende dieses Weges die Freiheit unseres Volkes und der gesicherte Friede unseres Erdteils inmitten der freien Gemeinschaft der Völker der Erde stehen wird.

Dieses unser Programm ist entstanden in der Notzeit unseres Volkes nach dem Zusammenbruch aller seiner Ordnungen und nach einem Irrweg, der es an den Rand des völligen Unterganges geführt hat. Wir lehnen hierin die extremen Lösungen ab und suchen mit vollem Bewußtsein den inneren Ausgleich. Im Ringen um die neue soziale Welt unseres Jahrhunderts wollen wir die ewigen Werte bewahren, ohne die eines Volkes Wohlfahrt nicht gedeihen kann. Es wird mit Sicherheit die Stunde kommen, in der die Not unser Volk von neuem gefährdet wird durch falsche Hoffnungen und trügerische Verführungen aller Art. Wir sind jedoch entschlossen, die hier aufgezeigte Neugestaltung unseres Staates als einer wirklichen Demokratie im Zeichen der Freiheit, des Friedens und des Rechts mit unserer Kraft bis zur Überwindung aller inneren und äußeren Not durchzuführen.

Nr. IX

Die dreißig Punkte der Union, 31. Oktober 1946

Die dreißig Punkte der Union.
Richtlinien der Christlich-Sozialen Union in Bayern
zur Überwindung der inneren und äußeren Not unseres Volkes¹

Die nachfolgenden dreißig Punkte zeigen, auf welchem Wege und aus welchem Geiste heraus die Christlich-Soziale Union in Bayern an die Lösung der Aufgaben herangehen will, vor die sie sich in vollem Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit angesichts der inneren und äußeren Not unseres Volkes gestellt sieht.

Diese *"dreißig Punkte der Union"* beruhen auf dem *"Grundsatzprogramm der Union"*, das sie erläutern und im einzelnen begründen. Sie geben zugleich die Antwort auf die brennenden Fragen, die heute unser Volk vordringlich bewegen.

"Grundsatzprogramm" und *"die dreißig Punkte der Union"* geben gemeinsam das klare und umfassende Bild des politischen Wollens der Christlich-Sozialen Union in Bayern.

Die Christlich-Soziale Union in Bayern ist eine neue und eine junge Partei, die sich zum sozialen Fortschritt unseres Jahrhunderts bekennt. Sie tritt ein für die volle Gleichberechtigung aller Schaffenden in einem Staat, der alle Stände in organischer Einheit umfaßt.

Angesichts der Ruinen unserer Städte, erschüttert von der sittlichen Entartung und dem seelischen Verfall, die sich mitten in unserem Volke offenbaren, stellen wir fest: Jede Gesellschaftsordnung, die den göttlichen Urgrund der Schöpfung verläßt, führt zwangsläufig in Chaos und Untergang.

Darum soll in Zukunft als Grundgesetz über all unserem politischen und sozialen Handeln die Verpflichtung des Menschen vor Gott stehen. Inmitten einer unglücklichen und von Unruhen erfüllten Welt wollen wir den Neuaufbau unseres staatlichen und gesellschaftlichen Lebens auf den festen Boden des christlichen Sittengesetzes stellen. In treuer Liebe zu unserer bayerischen Heimat, im Bekenntnis zu unserem bayerischen Staate, gemeinsam mit den Enterbten des Zweiten Weltkrieges, die unsere neuen, gleichberechtigten Mitbürger sein sollen, im selbstverständlichen Willen zur wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands, haben wir uns nachstehende Richtlinien zur Überwindung der inneren und äußeren Not unseres Volkes gegeben:

1. Wir bekennen uns zur Würde und zur Freiheit der menschlichen Persönlichkeit. Wir wenden uns daher mit aller Kraft gegen die Vermassung des Menschen und ebenso gegen die Vergottung des Staates. An den unveräußerlichen Menschenrechten, die uns von Gott verliehen sind, findet die Macht des Staates ihre Gren-

¹ Das Programm wurde nach seiner Annahme durch den Landesausschuß am 31. Oktober 1946 in unbekannter Auflage gedruckt, ein Exemplar findet sich im IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel. Ein Abdruck erfolgte bereits in: Berberich, Die historische Entwicklung, S. 182-190.

- zen. Wachsam und ohne Furcht wollen wir die Freiheit verteidigen, unbekümmert darum, ob es einzelne oder Organisationen sind, die sie bedrohen.
2. Als Christen wissen wir, daß der Mensch seinen Wert und sein Gewicht durch seine unsterbliche Seele erhält. Wir glauben weiter, daß Gott in der Schöpfung das Zusammenwirken und nicht die Trennung seiner Geschöpfe will. Wir glauben an ein gemeinsames Reich des Geistes unter den Menschen. Darum lehnen wir jede Art von Rassenhaß ab. Aller Antisemitismus richtet sich zwangsläufig gegen den geschichtlichen Ursprung wie gegen das Wesen des Christentums. Denn wir sehen hinter der äußeren Verschiedenheit der Menschen stets die Gleichheit ihres göttlichen Auftrages. Darum bekennen wir uns zu einer wahrhaften Menschlichkeit, die wir auch im politischen Raume verwirklichen wollen.
 3. Die Familie ist die Urzelle jeder Gemeinschaft. Ihre natürlichen Rechte sind uns heilig. Mann und Frau haben in der Ehe grundsätzlich die gleichen bürgerlichen Rechte und Pflichten. Wir werden nachdrücklich darauf achten, daß der Staat die werdene Mutter wie das keimende Leben unter wirksamen Schutz nimmt. Der kinderreichen Familie gilt unsere besondere Sorge, insbesondere in der Beschaffung des notwendigen Wohnraums. Die Erziehung der Kinder ist ebenso ein Recht wie eine Pflicht der Eltern.
 4. Die Arbeit der Hausfrau ist der Berufsarbeit des Mannes und jeder anderen Berufsarbeit gleichgestellt. Denn dies ist der erste und ursprüngliche Beruf der Frau, Hausfrau und Mutter zu sein. Doch erkennen wir die neuen Tatsachen an, die auf diesem Gebiete vom Krieg und von der wirtschaftlichen Entwicklung der Gegenwart geschaffen worden sind. Der Frau soll jede Stellung und jedes Amt offen stehen, zu denen sie die sachlichen und charakterlichen Voraussetzungen mitbringt. Bei gleichem Verantwortungsbereich und gleicher Leistung steht ihr die gleiche Entlohnung zu wie dem Mann. Ist die Frau die Ernährerin der Familie, so hat sie ein Vorzugsrecht auf Lohnarbeit; die erwerbstätige Mutter bedarf des besonderen Schutzes von Gemeinde und Staat. Am politischen Schicksal unseres Volkes soll die Frau lebendigen Anteil nehmen.
 5. Die Form der Schule wird durch den Willen der Erziehungsberechtigten bestimmt. In der Verwässerung und Verflachung der christlichen Erziehung erblicken wir eine der Ursachen für den sittlichen Verfall unseres Volkes. Darum sehen wir in der Bekenntnisschule die Voraussetzung einer echten sittlichen Bildung. Der Grundsatz der Toleranz soll über aller Erziehung stehen; die Gefühle Andersgläubiger dürfen nicht verletzt werden. Der Religionsunterricht ist ordentliches Lehrfach in den Schulen. Auch die Gemeinschaftsschulen sollen auf christlichem Boden stehen.
 6. Die Schule soll Wissen vermitteln; ebenso aber soll sie die Kinder erziehen und bilden. Unsere Jugend soll zu freien, aufrechten und gesellschaftlich sicheren Menschen erzogen werden; nur mit demokratischen Menschen läßt sich ein demokratischer Staat gestalten. Gesunde Liebe zur Heimat soll sich mit echtem Verständnis für fremde Völker und fremde Kulturen verbinden. Wir wollen, daß unsere Kinder zu wahrhafter Menschlichkeit und zur Achtung der geistigen Welt erzogen werden. Wir lehnen jede Übersteigerung des nationalen Gefühls ebenso ab wie nationale Würdelosigkeit; endlich wollen wir Deutschen hierin den rechten Weg eines ruhigen inneren Gleichgewichts gehen. In der oberflächlichen Halbbildung der Vergangenheit und im Mangel an wahrer geistiger Sammlung sehen wir eine Wurzel vielen Unheils. Als wichtigste Aufgabe erscheint uns darum eine ver-

tiefte Bildung unseres Lehrernachwuchses. Gesunden Sport, der zur Selbstzucht erzieht, bejahen wir; militärischen Drill lehnen wir ab. Unsere Jugend soll wandern, aber nicht marschieren.

7. Unbekümmert um Stand und soziale Stellung der Eltern ist jede echte Begabung staatlich in ihrer Entwicklung zu fördern. Kein Stand und keine Klasse darf ein Vorrecht zum Besuch der höheren Schule besitzen; mit diesem Grundsatz ist Ernst zu machen. Staatliche Beihilfen müssen für arme begabte Schüler in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen. Im humanistischen Gymnasium sehen wir einen wesentlichen Träger echter Bildung. Der Staat hat mit Rat und Tat die freie Berufswahl und die Berufsausbildung zu fördern. Das berufliche Fortbildungswesen ist auszubauen. Vordringlich sind Sonderlehrgänge für Kriegsversehrte. Eine umfassende Umschulung aller einst in der Kriegsindustrie eingesetzten Kräfte für die andersartigen Aufgaben des friedlichen Aufbaus ist durchzuführen. Angesichts der vom Nationalsozialismus hinterlassenen Bildungslücken liegt uns die Erwachsenenbildung auf Volkshochschulen besonders am Herzen.
8. Gegen die tiefgreifende sittliche Verwahrlosung der heranwachsenden Jugend sind entschlossene Maßnahmen durchzuführen. Wir treten ein für ein Jugendschutzgesetz, das unsere Jugend vor Schund und Schmutz aller Art bewahrt, die Quellen der Verführung ausschaltet und die Ehrbarkeit in unserem öffentlichen Leben wiederherstellt und sichert. Die Beseitigung der moralischen Nachkriegsfolgen erwarten wir jedoch nicht zuerst von Polizeimaßnahmen, so notwendig sie sein mögen, sondern von der inneren Erneuerung unseres Volkes, die unsere Jugend zu einer recht verstandenen Selbstverantwortung, Selbstdisziplin und Selbstzucht hinführen soll.
9. Aus den Familien bauen sich die Gemeinden auf, deren Selbstverwaltung wir fordern und deren finanzielle Grundlagen gesund erhalten werden müssen. Angesichts der allgemeinen Not ist einem gerechten Ausgleich der Fürsorge- und Soziallasten ein besonderes Augenmerk zu widmen. Den Gemeinden sollen keine Aufgaben zugemutet werden, deren Finanzierung nicht gleichzeitig sichergestellt wird. Den vom Volk gewählten Selbstverwaltungskörperschaften soll in den Gemeinden, Kreisen und Bezirken ein breites Feld verantwortlichen Wirkens eingeräumt werden. Wir treten für einen demokratischen Aufbau von unten ein und lehnen darum auch jeden innerbayerischen Zentralismus ab. Die untere Instanz soll jeweils alle ihr gemäßen Aufgaben verantwortlich erfüllen. Der Bereich der Staatsverwaltung beginnt erst dort, wo es sich um die Wahrnehmung übergeordneter hoheitlicher Aufgaben handelt.
10. Die Union bekennt sich voller Liebe zum bayerischen Volk und Staat. Wir sind Föderalisten aus Überzeugung und Erfahrung. Den zentralistischen Einheitsstaat lehnen wir ebenso ab wie einen unfruchtbaren Separatismus, der unser bayerisches Volk zur politischen Vereinzelung und zur wirtschaftlichen Verkümmerng führen würde. In einer einseitigen wirtschaftlichen Belastung Bayerns würden wir eine Erschwerung des gemeinsamen Weges zur Wirtschaftseinheit Deutschlands sehen. Der deutsche Bundesstaat, den wir anstreben, soll aus dem freiwilligen Zusammenschluß der einzelnen Länder erwachsen. Die deutsche Bundesverfassung soll die staatliche Eigenständigkeit der Länder bejahen und auf ihr aufbauen. Die gegenwärtige unheilvolle Aufspaltung Deutschlands in Einzelzonen erscheint uns als Gefahr für die friedliche Entwicklung unseres Volkes. Wir können nicht verschweigen, daß wir in einer gerechten Regelung der deutschen Ostgrenzen eine der entscheidenden Grundlagen eines wahren europäischen Friedens erblicken.

11. Die Union tritt für die verantwortliche Bindung der Abgeordneten an ihren Wahlkreis ein. Sie befürwortet sowohl in den Ländern wie im deutschen Bundesstaat die Errichtung einer zweiten Kammer, deren Stimme im Parlament gehört werden soll. Sie will die Gefahren eines überspitzten Parlamentarismus vermeiden und fordert die Bildung arbeitsfähiger Regierungen. Sie bekennt sich zum Mehrparteiensystem als einem System großer, in der Regierung wie in der Opposition verantwortlicher Parteien. Als umfassende Sammelpartei aller derer, die sich zu ihrer christlichen und sozialen Ideenwelt bekennen, lehnt die Union insbesondere den Fraktionszwang ab, der erfahrungsgemäß zur Bildung von Splitterparteien führt. Bindend sind für uns die Abstimmungen im Parlament, bei denen jeder Abgeordnete der Stimme seines Gewissens zu folgen hat.
12. Die Union lehnt die Diktatur und den Kollektivismus in allen Erscheinungsformen ab. Demokratie ist für uns mehr als eine Staatsform: Sie ist eine Lebenshaltung, die zur Grundlage die Achtung vor der menschlichen Persönlichkeit hat. Solche wahre Demokratie bleibt sich bei der Ausübung des Mehrheitswillens stets der Rechte der Minderheit bewußt. Nur für die Gegner der Demokratie können die Rechte der Demokratie eingeschränkt werden. Dazu bedürfen wir der besonderen Wachsamkeit. Für jede Demokratie besteht die Gefahr der Selbstaufhebung, indem aus Angst vor der Diktatur die Freiheit beseitigt wird. Noch gefährlicher sind jene Demagogen, die unter dem Deckmantel der Demokratie ihre Alleinherrschaft zu errichten versuchen. Zwischen beiden Gefahren liegt die wahre politische Freiheit, für die wir uns einsetzen.
13. Wir vertreten die Gleichheit aller vor dem Gesetz und fordern Gerechtigkeit gegen jedermann. Der Schutz des einzelnen gegen ungesetzliche Rechtsangriffe des Staates muß genauso gewährleistet sein wie der Schutz der Gesamtheit gegen Übergriffe des einzelnen. Die Polizei soll Hüterin der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung sein; sie muß zur Erfüllung ihrer Aufgaben befähigt sein. Gegen den Schwarzhandel muß mit Tatkraft durchgegriffen werden. Wir fordern den Schutz unserer Dörfer und Städte gegen Plünderung und Bandenunwesen. Rechtsunsicherheit führt zur Untergrabung des Staatswesens. Die Polizei darf niemals wieder als Vollstreckerin staatlicher Willkür mißbraucht werden. Das politische Spitzelwesen und Denunziantentum lehnen wir mit Nachdruck ab. Gesinnungsterror ist mit echter Demokratie unvereinbar.
14. Die Union bejaht das Berufsbeamtentum. Bei der Auswahl der Beamten soll die Tüchtigkeit und nicht die Parteizugehörigkeit entscheiden. Wer sich als Gegner der Demokratie erweist, kann nicht in ihr Beamter sein. Der Machtanspruch einer selbstherrlichen Verwaltungsbürokratie wird von der Union bekämpft und abgelehnt. Der Beamte ist Diener der Allgemeinheit und nicht Herr des einzelnen Staatsbürgers. Er soll volksnahe, höflich und entgegenkommend sein. Er soll es verstehen, sich unbürokratisch den örtlichen und zeitlichen Verhältnissen anzupassen, und er soll sich in seinem Bereich verantwortlich fühlen. Die militaristische Tonart lehnen wir auch auf dem Büroschemel ab.
15. Der unbegrenzte Wirtschaftsliberalismus gehört ebenso wie das marxistisch-sozialistische Planwirtschaftsprogramm einem vergangenen Jahrhundert an. Die rein liberalistische Wirtschaft führt zur Wirtschaftskrise und zum Wirtschaftschaos. Die dogmatische Planwirtschaft führt ebenso naturnotwendig zum Kollektivismus und zum Staatskapitalismus, der stets totalitär und expansiv ist. Die Union ist entschlossen, den mittleren Weg zwischen doktrinärem Liberalismus

und doktrinärem Sozialismus zu gehen. Die Stunde ist reif zum Ausgleich und zur Synthese. Zwischen dem Machtanspruch des übermächtigen einzelnen und der Herrschaft einer übermächtigen Staatsbürokratie liegt die Zone der Freiheit. Der Staat soll die Wirtschaft anregen, fördern und die wirtschaftliche Betätigung des einzelnen in den Grenzen halten, die durch das Gemeinwohl gezogen sind.

16. Nicht anonyme Mammutbetriebe, sondern zahlreiche Klein- und Mittelbetriebe sollen künftig der Volkswirtschaft das Gepräge geben. Der Staat soll sich darum die besondere Pflege der Klein- und Mittelbetriebe in Handwerk, Handel, Industrie und Gewerbe angelegen sein lassen. Sie bieten die Möglichkeit sozialen Aufstiegs aus unselbständiger Arbeit zu einer selbständigen und selbstverantwortlichen Existenz. Die Gewährung von Personalkrediten durch die öffentliche Hand ist weitgehend zu fördern. Wir setzen uns ein für die Entwicklung leistungsfähiger Genossenschaften, die berufen sind, den Mittelstand wettbewerbsfähig zu erhalten.
17. Die starke Erhöhung der Einwohnerzahl unseres Landes durch den Zuzug von Millionen neuer Bürger zwingt uns zum Aufbau hochqualifizierter Friedensindustrien, wenn wir unausdenkliches und dauerndes Massenelend vermeiden wollen. Diese neuen Industrien dürfen nie wieder zur Basis von Aufrüstung und Kriegsinindustrie werden; deshalb treten wir für jede geeignete Kontrolle und Überwachung ein. Um nicht zu verhungern, müssen wir exportieren. Wir müssen an die ganze Erfindungskraft unseres Volkes appellieren, um auf schmalster Rohstoffbasis solche Waren zu erzeugen, die der Weltmarkt abnimmt. Wir wollen nicht Kostgänger der übrigen Welt sein, sondern uns selbst den eigenen Lebensunterhalt verdienen. Jede Form überlieferter Volkskunst und handwerklicher Kunst wollen wir bewahren und fördern. Massenarbeitslosigkeit muß zum inneren Chaos und damit zu einer Gefährdung des europäischen Friedens führen; sie muß mit allen Mitteln vermieden werden. Wir werden auf lange Jahrzehnte ein armes Volk sein; wir werden gleichzeitig ein fleißiges Volk sein müssen. Das friedliche Aufbauwerk, das wir durchführen wollen, kann nur gelingen, wenn die Not unser Volk nicht zu gewaltsamen Lösungen verführt und wenn unsere friedliche Aufbauarbeit den Weg zu einem besseren Leben für unsere Kinder und Enkel bereiten kann.
18. Die Wirtschaft bedarf der sinnvollen Lenkung, an der die aus den Kreisen der Berufsverbände gewählten Selbstverwaltungsorgane der Wirtschaft teilnehmen sollen. Der Arbeitnehmerschaft ist in allen Gremien der Wirtschaftslenkung ein entsprechender Einfluß einzuräumen. Im Rahmen der gelenkten Wirtschaft bejahen wir die private Initiative als wesentliche Antriebskraft des schaffenden Menschen.
19. Wenn die Rücksicht auf die Allgemeinheit es fordert, sollen für die Allgemeinheit lebenswichtige Produktionsmittel, Großbanken und Versicherungsunternehmen gegen angemessene Entschädigung in Gemeineigentum überführt werden. Eigentum an Bodenschätzen und an wichtigen Kraftquellen, an Verkehrseinrichtungen und Unternehmen der Energieversorgung soll in der Regel Körperschaften oder Genossenschaften öffentlichen Rechtes zustehen. Besonders wenden wir uns gegen den Zusammenschluß von Unternehmungen zum Zwecke der Zusammenballung wirtschaftlicher Macht.
20. Die Arbeitnehmerschaft ist gleichberechtigter Träger des Wirtschaftslebens. Durch ein neues Arbeitsrecht soll die Würde des schaffenden Menschen im Wirtschaftsleben bestätigt werden. Das Arbeitsverhältnis soll aus einem Herrschafts- in ein Gemeinschaftsverhältnis umgewandelt werden. Not und Arbeitslosigkeit

- dürfen nicht zur Ausbeutung des schaffenden Menschen ausgenützt werden; die Arbeitskraft ist gegen Gesundheitsschädigung und Betriebsgefahren zu schützen. Die Arbeitnehmerschaft soll aus der Rolle der Abhängigen in die der bewußt Mitwirkenden erhoben werden; sie soll in Unternehmen von erheblicher Bedeutung einen unmittelbaren Einfluß auf die Verwaltung der Betriebe erhalten. Bezahlte Feiertage und bezahlter Urlaub sollen dem Arbeitnehmer Erholung und Entspannung ermöglichen. Die Leistungen der Sozialversicherung sollen vor jedem Absinken bewahrt werden. Der Arbeitnehmerschaft ist in der Sozialversicherung der notwendige Einfluß zu sichern.
21. Der freie Zusammenschluß aller Schaffenden ist eine Voraussetzung für eine geordnete Entwicklung in Staat und Gesellschaft. Die Union tritt daher für Vereinigungsfreiheit ein. Zwangsmitgliedschaft jeder Art wird abgelehnt. Die Union fordert volle Freizügigkeit der Arbeitnehmerschaft und freie Berufswahl im Rahmen der gegenwärtigen Notwendigkeiten. Die Befehlsgewalt des Staates über den einzelnen in der Wirtschaft darf nicht wiederkehren; das System der Dienstverpflichtungen, das zur Auflösung der Familien führte, lehnen wir nachdrücklich ab. Der schaffenden Persönlichkeit ist die Möglichkeit zur Entfaltung ihrer Kräfte zu gewährleisten. Wer den Menschen der notwendigen wirtschaftlichen Freiheit beraubt, zerstört gleichzeitig die Grundlagen seiner politischen Freiheit.
 22. Die Erhaltung eines lebensfähigen Bauernstandes ist eine Existenzfrage für unser Volk. Den landwirtschaftlichen Erzeugnissen wird der gerechte Preis gewährleistet. Die krassen Mißverhältnisse zwischen den Preisen der landwirtschaftlichen und der industriellen Erzeugnisse sind auszugleichen. Die landwirtschaftliche Produktion ist durch Bereitstellung von Maschinen und Düngemitteln, durch ständige Verbesserung der Bodenkultur und durch Modernisierung der Betriebe unablässig zu steigern und zu intensivieren. Der Wiederherstellung des landwirtschaftlichen Maschinenparks ist besonderes Augenmerk zuzuwenden. Das ländliche Berufsschulwesen, die landwirtschaftlichen Fachschulen und die hauswirtschaftlichen Schulen sind planmäßig auszubauen. Vordringlich ist die Gewinnung geeigneter Arbeitskräfte für die Landwirtschaft. Der Landflucht muß durch Bereicherung des Dorflebens und durch eine zweckvolle Sozialpolitik entgegengewirkt werden. Die Altersversorgung der Landarbeiter ist auszubauen. Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen ist zu fördern.
 23. Die Steuerpolitik soll unter den Grundsätzen der Sozialpolitik stehen. Die Steuern sollen nicht den Unternehmungsgeist und den Arbeitswillen des einzelnen abwürgen. Sie sollen nach dem Einkommen gestaffelt sein, und sie sollen die Bildung von Riesenvermögen in einer einzelnen Hand verhindern. Durch Verbrauchssteuern soll vor allem der nicht lebensnotwendige Bedarf belastet werden. Die Geldordnung soll im Zeichen der sozialen Gerechtigkeit stehen. Finanz- und Sachwerte sollen in angemessenem gegenseitigen Verhältnis zur notwendigen Bereinigung der Währung herangezogen werden. Der Schutz des kleinen Sparer und der Sozialversicherungen liegt uns besonders am Herzen. Das Vermögen der Nutznießer des Nationalsozialismus, der Kriegs- und Nachkriegsgewinnler ist in besonderem Maße zur Wiedergutmachung zu erfassen.
 24. In der Sorge für die Enterbten des Zweiten Weltkrieges, für die Ausgewiesenen, Flüchtlinge, Ausgebombten und Obdachlosen ist unser ganzes Volk auf eine entscheidende Probe gestellt. Die Union tritt für einen allgemeinen und gerechten Lastenausgleich ein, durch den die materiellen Opfer des Krieges möglichst

gleichmäßig auf die Schultern der Volksgesamtheit verteilt werden. Gerade weil die Union das Privateigentum bejaht und als ein Naturrecht des Menschen ansieht, muß sie das verlorene Eigentum der Flüchtlinge und Ausgebombten als gleichberechtigt ansehen. Die Union fordert, daß die ganze verfügbare Kraft unseres Volkes dafür eingesetzt wird, Wohnungen, Brot und Arbeit für die neuen Bürger unseres Landes zu schaffen. Wir werden dabei vor einschneidenden Maßnahmen nicht zurückschrecken. Für den Aufbau der neu zu schaffenden Friedensgüterindustrie sollen alle Fähigkeiten unserer Neubürger und ihr überliefertes Können eingesetzt werden. In umfassender Planung soll die Ansiedlung mit den zu schaffenden Arbeitsmöglichkeiten verbunden werden. Die berechtigten Pensions- und Rentenansprüche der Neubürger sollen erfüllt werden. Mit Ernst aber weisen wir darauf hin, daß auch die ganze Kraft unseres Volkes nicht ausreichen wird, die Millionenzahl der Ausgewiesenen und Flüchtlinge für den Verlust ihrer Heimat zu entschädigen; wir fühlen uns darum verpflichtet, vor aller Welt um des christlichen Gewissens willen die Fürsprecher ihrer unausdenklichen Not zu sein.

25. Das durch Zerstörungen und Flüchtlingsstrom ins Unerträgliche gesteigerte Wohnungselend untergräbt die Moral, löst die Familien auf und führt zur Verzweiflung. Im Kampf gegen die Wohnungsnot unterstützen wir jede Form von Selbsthilfe und lehnen jeden Bürokratismus mit Schärfe ab. Die Herstellung von Baumaterial genießt gemeinsam mit der Steigerung der Lebensmittelerzeugung den Vorzug vor jeder anderen Produktion. Baugenossenschaften sind zu fördern; modernste Bauformen sind zu entwickeln. Bodenwucher muß verhindert werden. Wir treten ein für eine Auflockerung der Städte. Der Klein- und Stadtrandsiedlung ist besonderes Augenmerk zu widmen. Die Bereitstellung von Siedlungsland soll nach jährlichen Planungen erfolgen. Das Ziel muß sein, jeder Familie die Schaffung eines eigenen Heims auf eigener Scholle mit Gartenland zu ermöglichen. Die Union bejaht deshalb eine Bodenreform, die der Struktur der bayerischen Landwirtschaft angepaßt ist. Sie lehnt alle aus rein propagandistischen Gründen auf diesem Gebiete unternommenen Experimente ab. Der Wiederaufbau der zerstörten Städte Bayerns ist mit Tatkraft durchzuführen; dabei sind in Sofortmaßnahmen die unvergänglichen Kulturdenkmäler unseres Landes vor der völligen Zerstörung zu bewahren.
26. Es ist eine sittliche Pflicht der Gemeinschaft, sich der Opfer, der Versehrten und der Hinterbliebenen der nationalsozialistischen Katastrophenpolitik anzunehmen. Die Wiedergutmachung des Unrechts, das denen zugefügt wurde, die Widerstand leisteten, muß ein Anliegen des ganzen Volkes sein. In allen staatlichen und privaten Betrieben sind ausreichende Arbeitsplätze für die Versehrten zur Verfügung zu stellen. Für die Arbeitsunfähigen und Hinterbliebenen ist eine ausreichende Versorgung zu sichern. Die lebendige Kraft des christlichen Ethos wird sich an der Überwindung des erdrückenden Nachkriegselends unseres Volkes erweisen.
27. Die Wissenschaft ist frei; die Wahrheit ist ihre einzige Richtschnur. Nur solche freie Forschung wird dem Fortschritt dienen können und helfen, die Lebensgrundlagen unseres Volkes in friedlicher Arbeit zu verbessern. Die Union unterstützt alles lebendige Kunstschaffen. Im Schulwesen soll die Kunst nicht nur Unterrichtsgegenstand sein, sondern als Lebenswert angesehen werden. Wissenschaft und Kunst sind für die wahre Achtung unseres Volkes in der Welt seit je von ausschlaggebender Bedeutung gewesen; sie sind die erste Brücke zu den Völkern der Welt. Darum hat der Staat sie auch in Notzeiten planmäßig zu fördern. Volkskunst und ihre Überlieferung sind besonders zu pflegen.

28. Am Irrweg des Nationalsozialismus haben wir erfahren, daß alle rein menschlichen Ordnungsbegriffe brüchig und hingällig sind. In der Bindung an Gott und in der Verpflichtung unseres Gewissens sehen wir die einzige Gewähr für wahre Freiheit. Als die wesentliche Grundlage unserer Kultur erkennen wir das Christentum. Kirche und Staat müssen darum freundschaftlich zusammenarbeiten und sollen sich nicht gegenseitig mit Mißtrauen begegnen. Ihre Aufgaben überschneiden sich nicht, sondern sie ergänzen sich. Eine Verkirchlichung der Politik lehnen wir ebenso ab wie eine Politisierung der Kirche. Die Religionsverträge müssen gehalten werden. In einer tiefgreifenden inneren Erneuerung sehen wir die erste Voraussetzung einer besseren sozialen und politischen Ordnung unseres Volkes. Deshalb rufen wir den Geist lebendigen Christentums in der Seele unseres Volkes wach und vertiefen ihn mit der ganzen Kraft, die wir in der Zeit der Verfolgung neu aus Opfer und Martyrium gewonnen haben.
29. Der Friede unter den Konfessionen muß erhalten bleiben und gefördert werden. Dieser Friede wird nicht dadurch gesichert, daß man die Unterschiede verharmlost und verwischt, sondern dadurch, daß man in klarer Erkenntnis der Eigenart jedes Bekenntnisses einander Achtung und Rücksicht entgegenbringt. Die Union bekennt sich zur völligen Gleichberechtigung der Konfessionen im öffentlichen Leben und verwirklicht in den eigenen Reihen die gute Kameradschaft aller, die auf dem Boden der christlichen Ideenwelt stehen.
30. So wie wir den Haß, den Neid, die Mißgunst und die Rachsucht im eigenen Volke bekämpfen wollen, ebenso verurteilen wir mit aller Entschiedenheit den Haß zwischen den Völkern, der zum Kriege führt. Wir glauben, daß das Schicksal der Menschheit heute unteilbar ist und daß es für sie nur einen gemeinsamen Fortschritt oder einen gemeinsamen Niedergang geben kann. Wir glauben, daß ein friedlicher und freiheitlicher deutscher Bundesstaat sich wieder ehrenvoll einordnen wird in die abendländische Staaten- und Kulturgemeinschaft. Grundlage dieser Gemeinschaft wird das Recht und ein gerechter Friede sein. Durch friedliche Aufbauarbeit und durch geistige Leistung wollen wir mitwirken an der Neugestaltung eines besseren, durch die gleichen Ideale geeinten Europa. Wir glauben, daß am Ende dieses Weges die Freiheit unseres Volkes und der gesicherte Friede unseres Erdteils inmitten der freien Gemeinschaft der Völker der Erde stehen wird.

Diese unsere Richtlinien zur Überwindung der inneren und äußeren Not unseres Volkes sind entstanden nach einem Irrweg, der unser Volk an den Rand des Untergangs geführt hat, und nach dem Zusammenbruch all seiner Ordnungen. Wir suchen darin mit vollem Bewußtsein den inneren Ausgleich. Wir lehnen die doktrinären Lösungen der Vergangenheit ab. Wir gehen neue und lebendige Wege, auf denen die Jugend uns folgen wird. Die bayerische Verfassung, die wir schufen, hat einen wesentlichen Teil unserer grundsätzlichen Forderungen erfüllt. Jetzt gilt es, diese Grundsätze in die Wirklichkeit zu überführen, sie im Alltag zu erproben und mit Leben zu erfüllen. Wir wenden uns gegen alle, die von neuem die Not unseres Volkes ausnützen wollen, um es durch falsche Hoffnungen und durch Verführungen aller Art zu gefährden. Wir sind entschlossen, die hier aufgezeigte Neugestaltung unseres Staates mit unserer ganzen Kraft durchzuführen und auf christlichem Boden eine wahre Demokratie im Zeichen der Freiheit, des Friedens und des Rechtes zu errichten.

Nr. X

Wirtschafts- und Sozialprogramm der Christlich-Sozialen Union
in Bayern, 31. August 1947

Das Wirtschafts- und Sozialprogramm der Christlich-Sozialen Union in Bayern.
Grundgedanken zu einem System der wirtschaftlichen Leistungssteigerung,
des gerechten Lastenausgleichs und sozialen Arbeitsfriedens.¹

Im Mittelpunkt des Wollens der Union steht der Mensch und die Sicherung seiner Grundrechte im Rahmen der heute in Deutschland gegebenen Möglichkeiten. Wir verstehen darunter:

Sicherung einer menschenwürdigen Existenz für Alle, Recht auf Arbeit, freie Arbeitswahl, gerechte Entlohnung der Leistung, Entwicklungs- und unbehinderte Aufstiegsmöglichkeit der individuellen Begabung, Schutz des Privateigentums, soweit nicht Interessen der Allgemeinheit entgegenstehen.

Wir glauben, daß diese Ziele nicht durch Ideologien allein oder durch politische Schlagworte zu erreichen sind, sondern nur durch nüchternes Denken und harte Arbeit verwirklicht werden können.

Wir lehnen gleichermaßen grundsätzlich ab den doktrinären Sozialismus ebenso wie den Monopol- und Staatskapitalismus, weil sie beide zwangsläufig zu einer Übersteigerung der Bürokratie und damit zu einer Entpersönlichung der wirtschaftlichen und sozialen Verantwortung und zur Unterdrückung der Freiheit führen. Die Fehlschläge einer solchen Politik hat die jüngste Vergangenheit innerhalb und außerhalb Deutschlands klar genug erwiesen.

Auch die schematische Planwirtschaft als Allheilmittel und Endzweck wird aus den gleichen Gründen von uns abgelehnt, insbesondere unsere derzeitige Form der staatlichen Befehlswirtschaft, die wirklichkeitsfremd und abseits der praktischen volkswirtschaftlichen Bedürfnisse den wirtschaftlichen Wiederaufbau mehr hemmt als fördert.

Wir sind uns darüber klar, daß in solchen Katastrophen- und Notzeiten planende und lenkende Maßnahmen des Staates unerläßlich sind. Wir sind aber ebenso davon überzeugt, daß der Nachdruck solcher Maßnahmen auf die *Steigerung der Produktion* gerichtet sein muß, ohne die jeder Versuch einer gerechten Verteilung zum Scheitern verurteilt ist.

Es wird alles darauf ankommen, die heute völlig unzureichende Produktion zu steigern und hierfür die uns verbliebenen Produktionskräfte möglichst wirkungsvoll einzusetzen. Diese Produktionskräfte finden wir in unserer *Landwirtschaft*, in den *vorhandenen Industrie- und handwerklichen Anlagen*, unserem *geistigen Kapital*, unserem *technischen Können* und unserer *gelernten Arbeit*.

Die erste Aufgabe der Wirtschaftspolitik in Deutschland besteht nicht darin, Ideologien und Programmen nachzujagen, sondern den *materiellen Notstand des Volkes zu über-*

¹ Das Programm wurde zur Vorlage vor der Landesversammlung am 30. und 31. August 1947 zur Verteilung an die Delegierten hektographiert. Ein Exemplar findet sich im ACSP, CSU-Landesversammlungen, Anlage zum Protokoll der Landesversammlung am 30. und 31. August 1947.

winden, das heißt *ausreichende Ernährung, Bekleidung und Wohnung* für Alle und in angemessenem Umfange Verbrauchsgüter zu schaffen. Eine Demokratie ist nicht möglich, wenn die Menschen keinen Ausweg aus dem Elend und keine feste Basis für die Zukunft ihrer Kinder sehen, wenn sie ständig ihre Kräfte in sinn- und aussichtslos erscheinenden Bemühungen um das tägliche Brot erschöpfen müssen und dadurch stumpf und egoistisch werden.

In unserem augenblicklichen Zustand kommt es daher nicht darauf an, einen Streit über Bodenreform oder Sozialisierung auszutragen, sondern *mehr Nahrungsmittel, mehr Kohle und Eisen und mehr Verbrauchsgüter zu erzeugen*, und dies auf dem schnellsten und rationellsten Wege.

Man kann vom Menschen, sei er Arbeitnehmer, Bauer oder Unternehmer, nicht verlangen, daß er auf die Dauer Leistung ohne entsprechende Gegenleistung erbringt. Alle staatlichen Bewirtschaftungsmaßnahmen und Strafen gegen Kompensationen, Schwarzmarktgeschäfte, Schwarzarbeit usw. werden vergeblich sein, solange Menschen zur Sicherung ihrer Existenz in berechtigter Notwehr zu handeln glauben.

Die zweite damit zusammenhängende *Aufgabe der Wirtschaftspolitik ist die Schaffung von Sparkapital zur Wiedervermehrung unserer volkswirtschaftlichen Substanz*, das heißt von Gebäuden, Maschinen, Werkzeugen, landwirtschaftlichen Geräten usw. Nur durch die Ergänzung und Vergrößerung unserer zerstörten und im Kriege verbrauchten Produktionsapparatur kann unsere durch den Zustrom der Ausgewiesenen ungewöhnlich vergrößerte und auf engem Raum zusammengedrückte Bevölkerung erhalten, der wirtschaftliche und technische Fortschritt gewährleistet und der Wiederanschluß Deutschlands an die Weltwirtschaft ermöglicht werden. Die deutsche Wirtschaft kann sich nicht allein erhalten; bei ihrer Abhängigkeit von der Einfuhr an Nahrungsmitteln und Rohstoffen und dem Zwang zur Ausfuhr von Fertigerzeugnissen muß sie immer mit der Entwicklung der anderen Länder und des *Weltmarktes* Schritt halten, wenn das Volk nicht untergehen will.

Dies kann aber nur durch Förderung der privaten Initiative, des persönlichen Verantwortungsbewußtseins, des Arbeits- und Sparwillens erreicht werden.

Nicht durch eine weitere Vermehrung der Bürokratie, sondern nur durch eine Befreiung der wirtschaftlichen Kräfte von allzu starrem staatlichen Zwang kann die so *dringend notwendige volkswirtschaftliche Leistungssteigerung* bewirkt werden. Wir müssen in unserer künftigen Demokratie wieder dazu kommen, daß der einzelne Staatsbürger nicht den Staat in anonymer Kollektivität für sich denken und handeln läßt, sondern selbstverantwortlich, jedoch in vernünftiger und freiwilliger Einordnung in das Gemeinwohl, sein politisches und wirtschaftliches Schicksal gestaltet.

An die Stelle der staatlichen und privaten Wirtschaftsbürokratie muß daher im Rahmen des Möglichen wieder eine wirkliche *wirtschaftliche Selbstverwaltung* treten. Solange auf eine Rohstoff- und Warenbewirtschaftung nicht verzichtet werden kann, muß danach getrachtet werden, das Bewirtschaftungssystem so zu gestalten, daß nicht die Bürokratie, sondern der Kunde selbst die Entscheidung über den Warenfluß trifft. Als Anreiz für volkswirtschaftlich höhere Leistungen müssen selbstverständlich seitens der Staatsgewalt die notwendigen Voraussetzungen, insbesondere ein *gesundes Währungssystem*, ein *arbeits- und produktionsförderndes* Steuersystem anstelle des heutigen, den Arbeits- und Sparwillen erstickenden, geschaffen werden. Dann wird auch in der Gesamtwirtschaft das ökonomische Prinzip einer rationellen Produktion und richtigen Kalkulation wieder zur Geltung kommen.

Nur auf der Grundlage der Wiederherstellung der Produktivität der Wirtschaft ist die *Aufstellung eines umfassenden Sozialprogramms* möglich und sinnvoll. Die Union setzt sich ein für *ausreichenden Schutz der Arbeit*, eine *der Leistung entsprechende Entlohnung*, *Gewinnbeteiligung und Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in den sie berührenden Fragen* sowie die Erreichung einer sozialen Frieden schaffenden Existenzgrundlage für alle Arbeitenden.

Nur die Wiederherstellung der ökonomischen Grundvoraussetzungen und eine hohe wirtschaftliche Leistungssteigerung kann die *Durchführung eines gerechten und sozialen Lastenausgleichs* ermöglichen. Es ist auch für die Ausgewiesenen und Kriegsbeschädigten wichtiger, nach ihren Fähigkeiten und Leistungen wieder in den Produktionsprozeß eingeschaltet zu werden, als unproduktive Almosenempfänger zu bleiben. Auch die Arbeitsunfähigen können von der Gemeinschaft mitgetragen werden, wenn die gesamte Volkswirtschaft wieder in Gang gebracht ist.

Der geldliche und Sachwertlastenausgleich ist hiervon nur ein Teil, und zwar der weniger umfangreiche Teil. Er ist in erster Linie ein Finanzproblem des Staates. Viel wichtiger ist es, den *Flüchtlingen* die Möglichkeit zum Neuaufbau ihrer Existenz, also die produktive Eingliederung in die werteschaaffende Arbeit in jeder Weise zu erleichtern und entgegenstehende bürokratische Hemmungen und Beschränkungen der Freizügigkeit zu beseitigen.

Erst wenn alle diese Voraussetzungen erfüllt sind, wird der Deutsche wieder frei vom täglichen Kampf um die nackte Existenz und dadurch in der Lage sein, an den kulturellen Werten der Nation und Welt teilzunehmen. Auch wird erst dann der Durchbruch zu wahrhaft demokratischer Gesinnung und die Eingliederung Deutschlands in die Nationen der Welt wieder möglich sein.

Die Christlich-Soziale Union stellt den sozialistischen, aber auch extrem liberalistischen Wirtschaftsideoen ein *System der wirtschaftlichen Leistungssteigerung, des gerechten Lastenausgleichs und sozialen Arbeitsfriedens* gegenüber, ein System also, das Leistungswirtschaft und soziale Gerechtigkeit miteinander verbindet und damit genügend Anreiz und zugleich Befriedung für Unternehmer und Arbeitnehmer geben soll.

Das Wirtschafts- und Sozialprogramm der Union enthält im einzelnen folgende Programmpunkte:

1. Die Landwirtschaft

In der Erhaltung und Förderung der Landwirtschaft sieht die Union ihre erste und wichtigste Aufgabe, denn ohne die Wiederherstellung des früheren hohen Standes der deutschen landwirtschaftlichen Erzeugung, ja sogar eine Intensivierung über diesen hinaus, ist auch die Lösung unseres Ernährungsproblems nicht denkbar. Auch wenn Deutschland wieder in den Weltmarkt eingegliedert sein wird, müssen unserer Landwirtschaft, als Voraussetzung für die notwendige Leistungssteigerung, die erforderlichen Produktionsmittel und ein ausreichender Ertrag für ihre Arbeit gesichert werden. Dazu ist die Wiederherstellung eines gesunden Verhältnisses zwischen Agrarkosten und Agrarerlösen, die ausreichende Versorgung mit Arbeitskräften, billigen Düngemitteln, Maschinen, Geräten und ausreichendem Wohnraum für die landwirtschaftlichen Arbeiter notwendig.

Bei der Bodenreform muß darauf geachtet werden, daß eine sinnvolle Vermehrung der Klein- und Mittelbetriebe erfolgt, bei denen der Einsatz der Familienangehörigen eine Aktivierung der menschlichen Arbeitskraft für die landwirtschaftliche Produktion ermöglicht. Andererseits müssen die bei Bodenreformen erfahrungsgemäß auftretenden

den Gefahren einer Verminderung der Gesamtproduktion nach Menge und Güte, die wir uns in unserer derzeitigen Lage keinesfalls leisten können, vermieden werden. Auf dem durch die Bodenreform, die Rückführung früheren Wehrmachtsgeländes usw. freiwerdenden Boden sollen in erster Linie bäuerliche Flüchtlingsfamilien angesiedelt werden.

Die Union setzt sich für den Schutz des deutschen Waldes und baldige Beendigung des derzeitigen Raubbaues an unseren Holzbeständen ein. Die hohen Exporte an Rohholz und die Verwendung des Holzes für Heizzwecke müssen auf ein tragbares Maß zurückgeführt werden; holzsparende Bauweisen, der Ersatz von Holz durch andere Werk- und Brennstoffe sollen weitestgehend gefördert werden.

2. Grundstoff- und Großindustrien

Die Union hält eine staatliche Kontrolle der wichtigsten Grundstoffindustrien und der Energiewirtschaft im Interesse der Allgemeinheit für notwendig. Sie lehnt jedoch eine schematische Sozialisierung in der Form einer Überführung in die öffentliche Hand oder an die Gewerkschaften ab, weil die Unternehmerinitiative, insbesondere in den Wirtschaftszweigen, in denen der technische und wirtschaftliche Fortschritt noch im Flusse ist, nicht durch bürokratische Organisation ersetzt werden kann. Auch bei den Grundstoff- und Schlüsselindustrien muß dafür gesorgt werden, daß die staatliche Einflußnahme in einer Form erfolgt, die nicht die wirtschaftliche Lebendigkeit und Rentabilität erdrückt. Die Union sieht daher als zweckmäßigste Form für Großbetriebe, soweit sie unter öffentlicher Kontrolle stehen sollen, die Errichtung gemischtwirtschaftlicher Unternehmungen unter Beteiligung der öffentlichen Hand an, die je nach den Verhältnissen durch die Länder oder Gemeindeverbände bzw. Gemeinden repräsentiert sein kann.

Die gleichen Grundsätze gelten für die Reform des Großbank- und Großversicherungswesens, wobei der Gedanke von uniformen Zwangsversicherungen als dem demokratischen Prinzip widersprechend abgelehnt wird. Auch hier soll der Vielfalt der Unternehmerinitiative und der mittleren Betriebe, soweit nicht bank- oder versicherungstechnische Gründe dagegen sprechen, freier Spielraum gelassen werden.

Durch die Einführung des machtsverteilenden Prinzips sollen in Zukunft alle wirtschaftlichen Machtzusammenballungen und jede mit dem Gemeinwohl unverträgliche Beherrschung wesentlicher Wirtschaftszweige durch Staat, Privatpersonen oder wirtschaftliche Gruppen, das heißt Kartelle oder Konzerne grundsätzlich verhindert werden.

Im übrigen steht die Union auf dem Boden des Privateigentums, das nur insoweit eingeschränkt werden soll, als das öffentliche Interesse dies erfordert.

3. Klein- und Mittelbetriebe

Auf das Nachdrücklichste soll der Klein- und Mittelbetrieb in Handwerk, Industrie und Handel gefördert werden, soweit nicht ausschlaggebende, technische und wirtschaftliche Vorteile für den Großbetrieb sprechen. Die Klein- und Mittelbetriebe müssen jedoch zu höherer Wirtschaftlichkeit gebracht werden, was durch arbeitsteilige Spezialisierung, genossenschaftlichen Zusammenschluß und ähnliche Formen der Gemeinschaftsarbeit und Gemeinschaftshilfe geschehen kann. Eine Stärkung der Klein- und Mittelbetriebe fördert die Krisenfestigkeit, das soziale Zusammengehörigkeitsgefühl von Arbeitgeber und Arbeitnehmer und erleichtert die Selbsthaftmachung der Betriebsangehörigen, insbesondere der Flüchtlinge, die eine der wichtigsten

Grundlagen einer gesunden Familienbildung und damit eines organischen Aufbaus des Volkes darstellt.

Eine gesunde Streuung des Klein- und mittleren Gewerbes über das flache Land ermöglicht auch die wünschenswerte engere Verbindung von Gewerbe und Landwirtschaft und vermeidet gefährliche Zusammenballungen der Industrie in den ausgebombten Großstädten mit ihrer wirtschaftlichen und sozialen Krisengefahr und periodischen Arbeitslosigkeit. Auf diese Weise kann am raschesten eine menschlich und wirtschaftlich einigermaßen befriedigende Eingliederung der Flüchtlinge, Ausgewiesenen und Ausgebombten in die Volkswirtschaft und das Gesamtleben des deutschen Volkes erreicht werden. Hier ist eine vorausschauende und langfristige staatliche Lenkung unentbehrlich.

4. Neusiedlung

Die Notwendigkeit einer staatlichen Planung gilt insbesondere auch für das Wohnungs- und Siedlungsprogramm. Für die Beseitigung der Wohnungsnot der Ausgewiesenen und Ausgebombten müssen alle Kräfte eingesetzt und alle vorhandenen Möglichkeiten ausgeschöpft werden. Stadtrandsiedlungen sollen gefördert werden, die genossenschaftliche Hilfe soll ausgebaut, städtische und ländliche Bodenreform und Flurbereinigung diesen Zwecken dienstbar gemacht werden.

Endziel dieser Siedlungspolitik soll die Förderung der Bodenständigkeit und Krisenfestigkeit, insbesondere des Arbeiters, die Möglichkeit zum Erwerb eines eigenen Heimes, eigenen Grundbesitzes und dadurch die Schaffung zusätzlicher Ernährung durch eigene Arbeit sein.

5. Selbstverwaltung der Wirtschaft

Im Sinne der Demokratisierung der Wirtschaft ist die Selbstverwaltung der Wirtschaft weitgehendst zu fördern. Die Lenkungsaufgaben der Wirtschaft sollen soweit als möglich den Selbstverwaltungsorganen übertragen werden. Der Staat soll nur dann die Bearbeitung wirtschaftlicher Aufgaben übernehmen, wenn dafür Unternehmungen und Selbstverwaltungseinrichtungen nicht vorhanden oder nicht dazu in der Lage sind. In den Selbstverwaltungskörperschaften sollen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Weise vertreten sein.

6. Die wirtschaftliche Seite der Entnazifizierung

Die bisherige Durchführung des Entnazifizierungsgesetzes hat sowohl auf wirtschaftlichem wie auf moralischem Gebiet außerordentliche Schwächen gezeigt. Die Unsicherheit, Langsamkeit und Ungleichheit in der Durchführung des Gesetzes hat auch in wirtschaftlicher Hinsicht große Schäden mit sich gebracht. Die Union vermag nicht das Säuberungsgesetz als geeignetes Mittel für eine gerechte Vermögensumschichtung anzuerkennen. Die Union legt daher Vorschläge zu einer Änderung des Gesetzes vor.

7. Außenhandel

Die hinter uns liegenden schweren Nachkriegsjahre haben gezeigt, daß Deutschland in seinen heutigen Grenzen aus eigener Kraft nicht lebensfähig ist. Die Wiedereinschaltung Deutschlands in die Weltwirtschaft und die Wiederbelebung des deutschen Außenhandels ist infolge der wirtschaftlichen und geographischen Lage Deutschlands unerläßliche Voraussetzung einer Wiedergesundung. Die zukünftige Außenwirtschaft

muß mehr denn je auf die Einfuhr von Rohstoffen und Nahrungsmitteln und die Ausfuhr von Fertigwaren abgestellt werden. Es ist notwendig, die Besatzungsmächte davon zu überzeugen, daß eine weitere Ausfuhr der wenigen im Lande vorhandenen Rohstoffe die gesamte deutsche Wirtschaft gefährdet und einen Wiederaufbau unmöglich macht. Nur eine stark vermehrte Ausfuhr hochveredelter Fertigwaren kann die zur Zeit nur durch ausländische Kredite gesicherte Ernährung und Rohstoffversorgung der deutschen Wirtschaft wieder mehr und mehr auf eigene Füße stellen und zu einer Eingliederung Deutschlands in die Weltwirtschaft führen. Unerläßliche Voraussetzung dafür ist die Anbahnung unmittelbarer Beziehungen zwischen Exporteur und Importeur, ebenso wie die Möglichkeit eines geschäftlichen Reiseverkehrs ins Ausland. Die Union wird, soweit es in ihrer Macht steht, diese Überzeugung auch gegenüber den Besatzungsmächten immer wieder zum Ausdruck bringen.

Eine staatliche Lenkung des Außenhandels ist notwendig, solange die Knappheit an ausländischen Devisen und damit an ausländischen Rohstoffen und Nahrungsmitteln anhält.

Alle Bestrebungen der europäischen Völker zu einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit wird die Union, als auch im Interesse Deutschlands liegend, in jeder ihr möglichen Weise unterstützen.

8. Verhältnis zu den Besatzungsmächten

Die Union weiß, daß der vom Nationalsozialismus hinterlassene Zusammenbruch so vollständig ist, daß - insbesondere unter Berücksichtigung der bisher nicht erreichten wirtschaftlichen Einheit Deutschlands - ohne Hilfe der Besatzungsmächte ein Weiterleben großer Teile der deutschen Bevölkerung und damit auch die praktische Verwirklichung der Wiedergutmachungspflicht nicht möglich ist. In dankbarer Würdigung der bisher auf Teilgebieten geleisteten Hilfe der Besatzungsmächte sieht sich die Union verpflichtet, immer wieder darauf hinzuweisen, daß die Zerreißung des deutschen Wirtschaftsgebiets und die zusammenhanglose Demontage in den verschiedenen Zonen, zusammen mit den übrigen wirtschaftlichen Engpässen, eine solche Desorganisation der Wirtschaft verursacht haben, daß unsere Bevölkerung noch auf Jahre hinaus zur Erhaltung ihrer einfachsten Lebensvoraussetzungen der ausländischen Hilfe bedarf. Die Union wird daher alles tun, um im Rahmen des Marshall-Hilfsplanes und der Hoover-Vorschläge mitzuarbeiten und das Verständnis der Besatzungsmächte für die vordringlichen Notwendigkeiten zur Verhinderung eines Zusammenbruchs zu vertiefen.

9. Währungsreform, Kriegslastenausgleich und Steuerreform

Die Union sieht in der Durchführung der Währungsreform die Voraussetzung für die Rückführung unseres gesamten wirtschaftlichen und sozialen Lebens auf eine gesunde Basis und für den Beginn des wirtschaftlichen Wiederaufbaus. Sie fordert eine Währungsreform, die den notwendigen harten Eingriff baldmöglichst durchführt und durch Heranziehung nicht nur des Geld-, sondern auch des Sachbesitzes das Gerechtigkeitsprinzip wahrt. Neben der Beseitigung des Geldüberhanges und des Schwarzen Marktes muß dabei die Bereinigung der Kriegsschadens- und Kriegsfolgenansprüche auf dem Wege des gerechten Lastenausgleichs erfolgen. Dabei müssen die kleinen Sparer besonders berücksichtigt sowie sozialpolitische Vorkehrungen getroffen werden, daß die Arbeitsunfähigen, die Klein- und Sozialrentner nicht in ein würdeloses Dasein als Almosenempfänger des Staates gestoßen werden. Dieser Lastenausgleich soll in erster

Linie der Beseitigung der allerdringlichsten Not dienen. Es ist unerläßliche Notwendigkeit, den noch erhaltenen Sachbesitz zu Gunsten derer, die im und durch den Krieg alles verloren haben, zu belasten.

Hand in Hand mit der Währungsreform muß eine Reform des Preissystems sowie eine Reform unseres derzeitigen unerträglichen Steuersystems gehen, das jegliche private Initiative und den Anreiz zur Arbeit erstickt. Ein produktionsförderndes Steuersystem muß dem Arbeitenden die Freude an der Arbeit erhalten, eine ausreichende Existenzgrundlage für sich und seine Familie gewährleisten und darüber hinaus den Sparwillen fördern und neue Kapital- und Vermögensbildung ermöglichen. Denn ein modernes Steuersystem darf nicht die berechtigte Vorsorge des einzelnen für sein Alter und seine Familie zunichte machen und muß vor allem den Erhaltungs- und Neuinvestitionsbedarf der Wirtschaft sicherstellen.

Der Sparwille der Bevölkerung, vor allem in der Form des Zwecksparens, verdient stärkste Förderung. Zum Aufbau von Flüchtlingsexistenzen sollen langfristige Kredite gegeben werden.

10. Förderung der wissenschaftlichen Forschung

Nachdem Deutschland in den letzten zehn Jahren durch eigenes Verschulden von der wissenschaftlichen und technischen Entwicklung der Welt nahezu völlig abgeschnitten war, ist die Förderung der wissenschaftlichen und technischen Forschung, soweit sie friedlichen Zwecken dient, einer der wichtigsten Beweise unseres Lebenswillens und unserer Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit unseren Nachbarvölkern. Die Union wird daher die wissenschaftliche Forschung, die dem Wiederaufbau und der Vertiefung unseres wirtschaftlichen und kulturellen Lebens dient, in jeder Weise unterstützen.

11. Die staatliche Sozialpolitik

Die Union, die die Lebensfragen der deutschen Gegenwart und Zukunft aus ihrer christlichen Einstellung heraus betrachten will und muß, erachtet die Lösung der wirtschaftspolitischen Fragen nur für möglich, wenn sie von einer wahrhaft sozialen Wirtschaftsgesinnung getragen ist. Wirtschafts- und Sozialpolitik müssen als ein geschlossenes Ganzes betrachtet werden. Die Union bekennt sich zum Prinzip der sozialen Gerechtigkeit als einer ersten Voraussetzung zum Wiederaufbau der Wirtschaft und einer Wiedergesundung des Lebens unseres Volkes.

Die heutigen sozialen Fragen lassen sich nicht durch klassenkämpferische Ideen bewältigen. Mit dem wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Zusammenbruch des Marxismus ist auch die Lehre vom Klassenkampf ad absurdum geführt. Es ist Aufgabe der Sozialpolitik, die Interessen aller Arbeitenden wahrzunehmen, einen sozialen Arbeitsfrieden zu schaffen und allen ein menschenwürdiges Dasein zu sichern. Die Union bekämpft die Proletarisierung und betrachtet es als eine der wichtigsten Aufgaben der staatlichen Sozialpolitik, der Vermassung aktiv entgegenzuwirken und den Menschen als freie Einzelpersonlichkeit zu schützen und zu fördern.

12. Die Arbeitskraft, ihr Schutz und ihre Förderung

Die Arbeit und die menschliche Arbeitskraft ist unser wertvollstes Gut, schon weil sie der wichtigste Produktionsfaktor jeder Wirtschaft ist. Nur durch entschlossene und zielbewußte Zusammenarbeit aller Glieder des Volkes können wir wieder zu einem bescheidenen Wohlstand kommen. Der Schutz der Arbeitskraft ist daher unerläßlich.

Bei dem Mangel an gelernten Arbeitskräften ist es notwendig, die qualifizierten geistig und körperlich Arbeitenden an der richtigen Stelle einzusetzen. Es ist jedoch angebracht, die staatliche Arbeitslenkung wieder auf ein Maß zurückzuführen, das dem Arbeitswilligen im Rahmen des Möglichen freie Berufswahl, Freizügigkeit und freie Entfaltungsmöglichkeit gewährt. Wir betonen das Recht auf Arbeit und die aus dem Recht entspringende Pflicht zur Arbeit.

Der Berufserziehung und Berufsausbildung muß größte Sorgfalt gewidmet werden. Allen jungen, tüchtigen Menschen sollen die gleichen Aufstiegsmöglichkeiten gegeben werden. Die Begabten sollen besondere Förderung erfahren. Eine sinnvolle Betreuung der Engpaßberufe ist notwendig.

Die staatliche Gesetzgebung hat durch Ausgestaltung der Arbeiterschutzgesetzgebung und des Betriebsrechts, einer lebendigen und nicht mechanisierten Sozialversicherung, durch steuerliche Maßnahmen und Ermöglichung kollektiver Arbeitsverträge für die Erhaltung und Förderung der Arbeitskraft und eines gesunden Familienlebens zu sorgen.

Kultur- und Bildungseinrichtungen für die Arbeiter sind zu schaffen und zu fördern.

Es müssen Maßnahmen getroffen werden, den Flüchtlingen, Ausgebombten und Heimkehrern die Möglichkeit einer berufsrichtigen Einordnung in das Wirtschaftsleben zu geben. Wenn dies nicht möglich ist, muß für Umschulung und ähnliche geeignete Maßnahmen zur Gewinnung eines neuen Berufes gesorgt werden.

Auch dem Landarbeiter muß Pflege zukommen.

Wichtigste Voraussetzung eines wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufstiegs ist die Hebung der Arbeitsmoral. Alle Arbeitsfähigen werden hierzu aufgerufen. Nur durch Produktionsmehrung, Leistungssteigerung und Arbeitsethos wird es möglich sein, Elend und materielle Not zu überwinden.

13. Das Arbeitseinkommen

Die Gestaltung des realen Arbeitseinkommens muß die angemessene Lebenshaltung des Arbeitenden mit seiner Familie gewährleisten. Gleichzeitig muß die individuelle Leistung des Arbeitenden in Lohn und Gehalt ihren Ausdruck finden. Die vorgesehene Steuerreform muß diesen Forderungen Rechnung tragen. Lohn- und Steuerpolitik müssen berücksichtigen, daß der Arbeitende auch wieder individuell sparen und Rücklagen für sein Alter, die Erziehung seiner Kinder usw. machen kann.

14. Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer

Die Möglichkeiten und Formen, in denen der Arbeitnehmer außer seinem Lohn auch einen Anteil am Gewinn des Unternehmens erhalten kann, sind außerordentlich vielfältig und müssen daher genau geprüft werden. Es soll dafür Sorge getragen werden, daß Gewinnanteile des Betriebes für betriebliche Sozialfonds verwandt werden. Wenn auch unsere Preis-, Lohn- und Steuerpolitik in absehbarer Zukunft bei den Unternehmungen große Gewinne überhaupt nicht erwarten lassen, so dürfte doch für eine Anzahl von Unternehmungen auch jetzt schon die Möglichkeit gegeben sein, insbesondere für die treue Stammarbeitnehmerschaft soziale Hilfeleistungen, z.B. durch billige Mieten, zu gewähren.

15. Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer

Den Arbeitnehmern ist ein Mitbestimmungsrecht im Betriebe in den sie betreffenden Fragen einzuräumen. Darüber hinaus sollen die Arbeitnehmer in entscheidenden, das

Leben des Betriebs betreffenden Angelegenheiten gehört werden. Die Arbeitnehmer bzw. ihre betrieblichen Vertreter sollen mit den Produktionszielen des Betriebes vertraut gemacht und dadurch instandgesetzt werden, ihren Anteil an der Förderung des Betriebes zu leisten. Auf die abgestufte Verbundenheit der Arbeitnehmer mit dem Betrieb, entsprechend der Betätigungsart und der Dauer des Arbeitsverhältnisses, ist in der Frage des Mitbestimmungsrechts der Arbeitnehmer Rücksicht zu nehmen. Um die Mitwirkung der Arbeiter sinnvoll zu gestalten, ist eine entsprechende Aus- und Fortbildung erforderlich.

Den Arbeitnehmern soll ein angemessenes Mitbestimmungsrecht in der Selbstverwaltung der Wirtschaft eingeräumt werden.

16. Die Gewerkschaften

Die Union anerkennt die hohe Bedeutung der Gewerkschaften und fordert die Arbeitnehmer zum Beitritt in die Gewerkschaften auf. Diese müssen jedoch eine partei- und konfessionell neutrale Organisation der Arbeitnehmer sein. Die Union lehnt aus ihrer sozialen Einstellung, im Interesse der Arbeitnehmer selbst, den Gewerkschaftskapitalismus ab, weil er ebenso untragbar ist wie der Staatskapitalismus.

17. Verhältnis zur internationalen Sozialpolitik

Die Union bekennt sich zur Idee der engen Verbundenheit der internationalen Sozialpolitik. Sie ist sich darüber im Klaren, daß Deutschland auch in der Sozialpolitik nicht isoliert denken und handeln kann, sondern sich in die Verhältnisse außerhalb unserer Grenzen einfügen muß. Die Union begrüßt daher alle Bestrebungen, die geeignet sind, die enge Verbindung zwischen den arbeitenden Menschen Deutschlands und der Welt wiederherzustellen.

18. Wissenschaftliche Ausarbeitung und praktische Verwirklichung des Sozial- und Wirtschaftsprogramms

Die Union ist sich bewußt, daß die komplizierten und schwierigen wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Zusammenhänge einer Volkswirtschaft nicht durch Parteiprogramme, sondern nur durch gründliche wissenschaftliche Untersuchungen und internationale Vergleiche geklärt und erfolgreich gemeistert werden können. Deshalb setzt sich die Union für eine gründliche Bearbeitung der von ihr aufgeworfenen Probleme durch anerkannte Sachverständige und Ausschüsse ein.

Die *praktische Verwirklichung* wird auf dem Wege der Zusammenarbeit von Sachverständigenausschüssen aus Regierung, Wirtschaft und Wissenschaft gesucht werden müssen.

Organisation und Satzung

Nr. XI

Rundschreiben des Vorbereitenden Ausschusses der Christlich-Sozialen Union München, 25. November 1945

Vorbereitender Ausschuß der
Christlich-Sozialen Union München

München, den 25. November 1945

Verehrter Freund!¹

Der Ausschuß der Christlich-Sozialen Union in München hat in voller Einigkeit die Arbeiten zur Anmeldung der Partei in München beendet.

Bisher war die Bildung einer politischen Partei nur für den einzelnen Stadt- und Landkreis zugelassen.

Nunmehr wird auch die Bildung einer allgemeinen Landesorganisation der Partei zugelassen werden. Es wird vor allem notwendig werden, daß aus dem ganzen Land Vertreter des Gedankens einer Sammelpartei sich treffen, um einheitliche Organisation, einheitliche Leitung und einheitliche Statuten zu bestimmen und gemeinsam in die politische Arbeit einzutreten. Der Ausschuß der Christlich-Sozialen Union München hat daher die nachstehenden Herren, die besonders enge Verbindung mit den Kreisen außerhalb Münchens haben, ersucht, die nötigen Vorarbeiten zu leiten:

1. D. Dr. Wilhelm Eichhorn, München 23, Drescherstr. 8, Tel. 30 7 23
2. Dr. Michael Horlacher, München, Türkenstr. 16
3. Dr. Alois Hundhammer, München 9, Arnpeckstr. 3, Tel. 40 6 38
4. Staatssekretär Krehle, München, Staatsministerium für Arbeit, Tel. 370 641
5. Dr. Carl Lacherbauer, München, Isabellastr. 11
6. Dr. W. v. Miller, München, Deutsches Museum - Verwaltungsbau, Tel. 42 3 67
7. Dr. Josef Müller, München, Gedonstr. 4, Tel. 30 2 84
8. Fritz Schäffer, Staatsrat a.D., München, Trogerstr. 36, Tel. 42 4 96
9. August Schwingenstein, München, Färbergraben 23, Tel. 42 0 61

An die gleichgesinnten Freunde im ganzen Bayernland ergeht nun folgende Bitte:

1. Wo dies noch nicht geschehen ist, bildet, bitte, sofort für jeden Landkreis eine *Organisation* und teilt dies uns in München mit; teilt es auch möglichst bald den Gessinnungsfreunden in den Hauptstädten Eures Regierungsbezirkes mit. Als Anschrift für die verschiedenen Regierungsbezirke soll dabei gelten:
 - a) Regierungsbezirk Oberbayern: Rechtsanwalt Dr. Otto Scheffbeck, München, Sendlingerstr. 48/II r
 - b) Regierungsbezirk Niederbayern: Steuerberater Dr. Holzner, Landshut, Landstr. 114/II

¹ Das Rundschreiben findet sich in verschiedenen Nachlässen, als Vorlage diente das Exemplar im ACSP, NL Arnold 4.

- c) Regierungsbezirk Oberpfalz: Dr. Schedl, Regensburg, Fröhliche Türkenstr. 2
- d) Regierungsbezirk Schwaben: Dr. Rindt, Augsburg, Schießgrabenstr.
- e) Regierungsbezirk Mittelfranken: Rechtsanwalt Dr. Nerreter, Nürnberg, Hohenlohestraße 39
- f) Regierungsbezirk Oberfranken: Dr. Gerhard Kroll, Bamberg, Markusstr. 15
- g) Regierungsbezirk Unterfranken: Dr. Kaspar Dürr, Würzburg, Bohnsmühlenstr. 16

Wir legen ein kurzes Merkblatt dafür bei, wie die Gründung einer Partei in den einzelnen Stadt- und Landkreisen vor sich zu gehen hat. Wir legen gleichzeitig einen Fragebogen bei, den wir auszufüllen und an die Geschäftsstelle: *Rechtsanwalt Dr. Schefbeck, München, Sendlingerstr. 48/II r.*, abzusenden bitten.

- 2. Es soll möglichst bald in München ein Kreis von Gesinnungsfreunden aus dem ganzen Land zusammentreten, der
 - a) Programm und Satzung endgültig festlegen soll,
 - b) eine vorbereitende Landesvorstandschafft wählen soll und in dieser wieder
 - c) dafür Sorge tragen soll, daß in jedem Regierungsbezirk möglichst eine Vorstandschafft samt Sekretariat gegründet werden kann.

Bei den heutigen Verkehrsverhältnissen wird es notwendig sein, bei der ersten vorbereitenden Besprechung die Zahl der Teilnehmer zu beschränken. Wir schlagen daher vor, daß von jedem der vorgenannten Regierungsbezirke etwa fünf Freunde nach München kommen, die im Benehmen mit der Geschäftsstelle in der Hauptstadt des Regierungsbezirkes ausgewählt werden. Wir bitten, daß uns möglichst bald ein Vorschlag zugeht, damit die Einladung von München aus erfolgen und, wenn es gewünscht wird, für Nachtquartier gesorgt werden kann.

Unser Gedanke einer großen Sammel- und Volkspartei aller Kreise, die von dem Grundgedanken christlicher Kultur und des christlichen Sittengebotes ausgeht, hat im ganzen Land Widerhall gefunden. Da es bisher nicht erlaubt gewesen ist, eine Landesorganisation zu bilden, sind allerdings verschiedene Namen für dieselbe Partei im ganzen Land gewählt worden. Unsere Aufgabe muß es sein, *als einheitliche, geschlossene Partei* im ganzen Land aufzutreten und alle Freunde aus allen Konfessionen, Landesteilen und Berufen zur tätigen Mitarbeit für das Wohl unseres Bayernlandes aufzurufen. Soweit Gründungen noch nicht durchgeführt sind, bitten wir die Einheitlichkeit auch im Namen durch die Bezeichnung "Christlich-Soziale Union" herauszustellen.

Für den vorbereitenden Ausschuß

D. Dr. W. Eichhorn

Dr. W. von Miller

Nr. XII

Rundschreiben des Vorläufigen Landesausschusses
der Christlich-Sozialen Union, 31. Dezember 1945Christlich-Soziale Union
Vorläufiger Landesausschuß

München, den 31. Dezember 1945

Lieber Parteifreund!¹

Die kurze Zeitspanne bis zur Gemeindewahl am 27. Januar 1946 ermöglicht es nicht mehr, die Organisation der Christlich-Sozialen Union in schlagkräftiger Weise bis in die kleinste Gemeinde hinein aufzuziehen. Falls in Ihrer Gemeinde noch kein örtlicher Vertrauensmann aufgestellt sein sollte, wenden wir uns an Sie mit der freundlichen Bitte, für die bevorstehende Gemeindewahl dieses Amt zu übernehmen und die damit verbundenen Arbeiten, insbesondere Aufstellung und Einreichung des Wahlvorschlages der Union in der dortigen Gemeinde durchzuführen. Wir nehmen an, daß Sie diese Arbeit gern übernehmen werden, und sagen Ihnen im voraus herzlichen Dank.

Vorab teilen wir Ihnen noch folgendes mit:

Zum vorläufigen Landesvorsitzenden der Union wurde am 17. Dezember Herr Rechtsanwalt Dr. Josef Müller gewählt. Die Mitglieder des vorläufigen Landesausschusses sind die Herren Dr. Eichhorn, Dr. von Eicken, Dr. Horlacher, Dr. Hundhammer, Dr. Lacherbauer, Krehle, Dr. von Miller, Schäffer, Schwingenstein, Steber. Das Generalsekretariat befindet sich gegenwärtig noch im Büro des Herrn Dr. von Miller, München, Deutsches Museum, Telephon 4 23 94. Demnächst bezieht das Generalsekretariat eigene Büroräume in München, Herrnstraße 6.

Um die Organisation so schnell wie möglich zu vervollständigen, bitten wir Sie, soweit dies noch nicht geschehen ist, umgehend dem Generalsekretariat und den zuständigen Kreissekretariaten Namen und Adressen der örtlichen Vertrauensleute und Parteivorsitzenden mitzuteilen. Die Anschriften der Kreisorganisationen sind:

Oberbayern: Dr. Scheffbeck, München, Sendlinger Straße 48/2.

Niederbayern: Dr. Holzner, Landshut, Landstraße 114/2.

Oberpfalz: Dr. Schedl, Regensburg, Fröhliche-Türken-Str. 2.

Schwaben: Bürgermeister Kaifer, Augsburg-Neusäß, Gartenstr. 22F.

Mittelfranken: Geschäftsstelle der Christlich-Sozialen Union, Nürnberg, Gibitzenhofstraße 138.

Unterfranken: Dr. Kaspar Dürr, Würzburg, Bohnsmühlstr. 16.

Oberfranken: Anton Hergenröder, Bamberg, Obere Königstr. 35, Telephon 17 71.

Dieses Schreiben geht an eine sehr große Zahl von Vertrauensleuten hinaus, so daß es durchaus möglich ist, daß an einem Ort zwei Schreiben gleichen Inhalts an ver-

¹ Das Rundschreiben nebst Anlagen wurde als Broschüre in einer Auflage von 30.000 Exemplaren gedruckt. Ein Exemplar findet sich z.B. im ACSP, NL Arnold 4.

schiedene Adressaten gelangen. Wir bitten in diesem Falle um entsprechende Abstimmung.

Der vorläufige Landesvorsitzende der Christlich-Sozialen Union
Dr. Josef Müller

Folgende Anlagen sind beigelegt²:

Anlage I-III: 3 Textvorschläge für Werbeplakate und Flugblätter.

Anlage IV: Überblick über die Wahlbestimmungen.

Anlage V: Bestimmungen der Militärregierung über politische Werbung.

² Von den Anlagen wurden die Anlagen I und II als Dokument Nr. IV und Nr. V sowie die Anlage V in Dokument Nr. XIV (Anlage 1) in diesem Anhang berücksichtigt.

Nr. XIII

Vorläufige Satzung der Christlich-Sozialen Union, 8. Januar 1946

Satzung der Christlich-Sozialen Union in Bayern¹

1. Name

In Bayern bildet sich eine politisch-demokratische Organisation mit dem Namen *Christlich-Soziale Union in Bayern*.

Gründungsmitglieder sind die Unterzeichneten. Sitz ist München.

2. Zweck

Die Christlich-Soziale Union in Bayern setzt sich die Aufgabe, am Wiederaufbau und der politischen Verwaltung des Staates Bayern und später an der demokratischen Gestaltung des politischen Lebens in Deutschland nach den Grundsätzen ihres Parteiprogramms mitzuarbeiten.

Hierzu wirbt sie Mitglieder und schult sie im Sinne ihres Programms

- a) durch öffentliche Versammlungen,
- b) durch Konferenzen und Sprechabende,
- c) durch Herausgabe politischen Schrifttums,
- d) durch Aufstellung und Unterstützung von Vertretern für die öffentlichen Selbstverwaltungskörperschaften im Rahmen der Bestimmungen der Militärregierung.

3. Mitgliedschaft

Mitglied kann, soweit die Gesetze und die Anordnungen der Militärregierung keine Einschränkung bestimmen, jede volljährige unbescholtene männliche und weibliche Person werden, die die Voraussetzungen des aktiven Wahlrechts erfüllt und sich zum Programm bekennt.

Der Mitgliedsbeitrag beträgt monatlich eine Reichsmark.

4. Organisation

Die Christlich-Soziale Union in Bayern baut sich auf aus den für die einzelnen Regierungsbezirke gebildeten Kreisverbänden, die ihrerseits sich aus den für die einzelnen kreisunmittelbaren Städte und Bezirke gebildeten Bezirksverbänden zusammensetzen.

Organe der Christlich-Sozialen Union in Bayern sind:

- a) die Landesversammlung:

Sie setzt sich zusammen aus je einem Vertreter aller Landkreise und kreisunmit-

¹ Anlage zum Protokoll der Sitzung des Erweiterten Vorläufigen Landesausschusses am 8. Januar 1946; ACSF, CSU-Landesausschüsse. Die vorläufige Satzung diente zur Vorlage bei der Militärregierung zur Anmeldung der CSU auf Landesebene. Der Lizenzierungsantrag selbst konnte nicht ermitelt werden. Die Satzung wurde in der Sitzung des Erweiterten Vorläufigen Landesausschusses am 8. Januar 1946 einstimmig angenommen und in Kraft gesetzt und mit Schreiben des gleiches Datums (Dokument Nr. XIV) von der Militärregierung genehmigt.

telbaren Städte Bayerns. Landkreise und kreisunmittelbare Städte über 50.000 Einwohner entsenden für je angefangene 50.000 Einwohner einen Vertreter. Die Vertreter bestimmt der betreffende Kreisverband der Christlich-Sozialen Union.

Die Landesversammlung trifft Entscheidungen von grundsätzlicher Wichtigkeit. Sie wählt den Vorstand und den Landesausschuß. Sie entscheidet mit einfacher Mehrheit, doch bedürfen Beschlüsse auf Auflösung der Partei, Änderung der Satzungen und des Programms der Zweidrittelmehrheit.

Der erste Vorsitzende hat die Landesversammlung jedes Jahr mindestens einmal, und zwar im Februar, ferner auf Aufforderung von zwei Kreisverbänden einzuberufen. Die Ladung hat schriftlich zu erfolgen und ist mindestens drei Wochen vor Versammlungstermin zur Post zu geben.

b) Landesvorstandschaft:

Sie besteht aus:

dem ersten und zweiten Vorsitzenden,

sieben Beisitzern, von denen zwei als dritter und vierter Vorsitzender den ersten und zweiten Vorsitzenden bei Verhinderung vertreten, so daß stets zwei Vorsitzende amtieren,

einem Kassier,

einem Stellvertretenden Kassier,

einer Frauenvertreterin,

einem Jugendvertreter,

dem Landessekretär als Schriftführer.

Der erste Vorsitzende leitet die Union und vertritt sie nach außen. Er beruft Landesausschuß und Landesversammlung ein. Er hat im Rahmen der von der Gesamtvorstandschaft gezogenen Richtlinien zu handeln.

Die Aufgabe der übrigen Vorstandsmitglieder ergibt sich aus ihren Ämtern.

Die Gesamtvorstandschaft hat der erste Vorsitzende mindestens einmal im Monat einzuberufen. Die Gesamtvorstandschaft ist für eine ordnungsgemäße Kassenführung verantwortlich.

Der Generalsekretär wird von der Gesamtvorstandschaft berufen. Er führt die Bürogeschäfte und den Schriftverkehr der Union.

c) Landesausschuß:

Er besteht aus der Gesamtvorstandschaft und 21 Vertretern. Jeder Kreisverband bestellt drei Vertreter. Der erste Vorsitzende beruft nun regelmäßig viermal im Jahr ein. Er lädt hierzu schriftlich mindestens drei Wochen vor Versammlungstermin.

Der Landesausschuß berät und unterstützt die Landesvorstandschaft und gibt Richtlinien für die politische Arbeit der Partei.

Nr. XIV

Genehmigungsschreiben der Militärregierung zur Bildung der
Christlich-Sozialen Union in Bayern auf Landesebene, 8. Januar 1946Übersetzung¹

Militärregierung für Bayern
APO 403

AG 000.11 OMGB 5

8. Januar 1946

Betrifft: Vorläufige Genehmigung des Gesuches von Dr. Josef Müller und anderer zur Bildung der Christlich-Sozialen Union in Bayern und vorläufige Erlaubnis zur politischen Betätigung innerhalb Bayerns.

An: Die Bürgen der Christlich-Sozialen Union in Bayern.

1. Gemäß den Richtlinien des Hauptquartiers der Streitkräfte der Vereinigten Staaten in Europa vom 23. November 1945 über die "Verwaltung der Militärregierung in der US-Zone Deutschlands" wird Ihnen hiermit zur Kenntnis gebracht, daß ich vorläufig das Gesuch Dr. Josef Müllers und anderer zur Bildung der Christlich-Sozialen Union in Bayern mit Sitz in München genehmige und eine vorläufige Erlaubnis für die politische Betätigung innerhalb Bayerns erteile nach folgenden Richtlinien.
2. *Politische Betätigung:*
 - a. Die Partei der Christlich-Sozialen Union in Bayern wird hierdurch bevollmächtigt, Wahlvorschläge zu unterbreiten und eine Kandidatenliste in jeder Gemeinde Bayerns aufzustellen.
 - b. Gemäß den Richtlinien des Hauptquartiers der US-Streitkräfte in Europa, betreffend die Verwaltung der Militärregierung in der US-Zone in Deutschland vom 27. August 1945, umfaßt die politische Betätigung folgendes:
 1. Öffentliche Versammlungen und öffentliche Diskussionen sind erlaubt nach Einreichung gesonderter Gesuche bei den örtlichen Stellen der Militärregierung mit Angabe des Ortes, der Zeit und des Zweckes der Versammlung und den Namen und den Adressen aller Redner, die auf der Versammlung sprechen sollen.
 2. Parteifunktionäre, Redner oder Personen, die außerhalb der US-Besatzungszone wohnen, müssen zu diesem Zweck, bevor eine Genehmigung erteilt werden kann, über die zuständige Militärregierung der amerikanischen Militärregierung für Deutschland, Hauptquartier der US-Streitkräfte in Europa, gemeldet werden.
 3. Die Aufforderung zur Mitgliedschaft und die Sammlung von Geldern für Ausgaben und die Verteilung von Schriften ist erlaubt.

¹ Anlage zum Protokoll der Sitzung des Vorläufigen Erweiterten Landesausschusses am 8. Januar 1946; ACSP, CSU-Landesausschüsse. Das Genehmigungsschreiben findet sich dort auch im englischen Wortlaut.

3. *Halbmonatlicher Bericht der Bürgen oder Repräsentanten der Partei:*

Bürgen, Parteifunktionäre oder Repräsentanten von zugelassenen Parteien müssen der Intelligence Branch der Militärregierung für Bayern einen eidesstattlichen halbmonatlichen Bericht übergeben, der die Quellen aller erhaltenen Geldmittel und ihren Verwendungszweck enthält.²

Der eidesstattliche Bericht muß weiterhin folgendes enthalten:

- a. Ungefähre Angabe der während dieser Zeit geworbenen Mitglieder.
- b. Bericht über jeden der Militärregierung für Bayern, Intelligence Branch, vorgeschlagenen Wechsel in den Richtlinien der Partei, ihrer Satzung und ihren sonstigen Bestimmungen.

4. *Gebrauch von Nachrichtenmitteln durch zugelassene deutsche politische Parteien:*

Sie können von der Presse, Veröffentlichungen und anderen Nachrichtenmitteln nur in Übereinstimmung mit den Anordnungen der Nachrichten-Kontroll-Abteilung Gebrauch machen, die festlegen, daß niemand Veröffentlichungsmittel ohne eine von der Militärregierung über DISCC (District Information Services Control Command) erteilte Lizenz anwenden darf. Anordnung der Nachrichten-Kontroll-Abteilung Nr. 2, betreffend Nachrichtenmittel durch zugelassene deutsche politische Parteien, die der Christlich-Sozialen Union die Lizenz erteilt, Handzettel, Plakate usw. herauszugeben, ist zu Ihrer Kenntnisnahme und Beachtung als Anlage 1 beigelegt. Die Bürgen und Parteifunktionäre der Christlich-Sozialen Union müssen gleichfalls den örtlichen Militärregierungen und der Militärregierung für Bayern, Intelligence Branch, Exemplare über alle gedruckten und verteilten Schriften zukommen lassen.

5. Die obengenannte politische Betätigung unterliegt folgenden Anordnungen:

- a. Wenn durch die örtliche Militärregierung oder die Militärregierung für Bayern festgestellt wird, daß eine politische Versammlung undemokratisch oder den alliierten Zielen feindlich sei, oder nachteilig für die militärische Sicherheit und die Aufrechterhaltung der Ordnung sei, wird die Erlaubnis für solch eine Versammlung verweigert.
- b. Alle politischen Versammlungen, die durch die örtliche Militärregierung oder die Militärregierung für Bayern erlaubt sind, sollen der Öffentlichkeit sowie der US-Militärpolizei und den Offizieren der Militärregierung zugänglich sein.
- c. Alle Unterlagen über die Organisation der politischen Parteien³ müssen der Militärregierung auf Verlangen zur Einsicht zur Verfügung gestellt werden.

6. Deutsche Aufmärsche, militärischer oder politischer, ziviler oder sportlicher Natur sind verboten.

7. Die Annahme oder das Tragen von Parteiuniformen, von Abzeichen oder Armstreifen wird hiermit verboten. Bei Übertreten dieser Anordnung wird die Genehmigung zurückgenommen.

8. Diese Genehmigung ist eine vorläufige und wird an die Militärregierung für Deutschland, US-Zone, Hauptquartier der Streitkräfte der Vereinigten Staaten in

² In der Vorlage: "enthalten".

³ In der Vorlage fehlt das Wort, in der englischen Fassung heißt es: "All political records of political party organizations ..."

Europa, weitergeleitet, wo sie erneut überprüft wird zur endgültigen Genehmigung oder deren Widerruf.

gez.: Walter J. Müller
Brigade-General

Für die Richtigkeit der Übersetzung:
(H. Haunhorst)

Abschrift
Anlage Nr. 1
Militärregierung - Deutschland
Nachrichtenkontrollanweisung Nr. 2

Gebrauch von Nachrichtermitteln durch zugelassene politische deutsche Parteien

1. Hierdurch wird jeder genehmigten deutschen politischen Partei die Zulassung erteilt, innerhalb des ihr gestatteten Tätigkeitsbereichs Handzettel und Plakate unter den folgenden Bedingungen zu veröffentlichen und zu verteilen:
 - a. Der Druck muß von einem registrierten Drucker ausgeführt werden, und wenn ein gewerbsmäßiger Verbreitungsagent beschäftigt wird, muß dieser gleichfalls ordnungsgemäß registriert sein.
 - b. Vor der Verbreitung müssen drei Kopien jeder solchen Veröffentlichung bei der örtlichen Militärregierung, bei der die betreffende Partei eingetragen ist, abgeliefert werden.
 - c. Die Zahl der von einer politischen Partei monatlich veröffentlichten Handzettel darf nicht mehr als 10% der Bevölkerungszahl im Zulassungsbereich betragen. Handzettel dürfen nicht größer sein als 15,25 : 21,5 cm. Die Zahl der von einer politischen Partei monatlich veröffentlichten Plakate darf nicht mehr als 1% der Bevölkerungszahl im Zulassungsbereich betragen. Plakate dürfen nicht größer sein als 61 : 43 cm. Sie dürfen nur an den dafür bestimmten Stellen angebracht werden.
 - d. Handzettel und Plakate, die von politischen Parteien gemäß dieser Anweisung veröffentlicht werden, dürfen folgendes Material umfassen:
 1. Zeit und Ort politischer Versammlungen.
 2. Namen der Sprecher und Parteifunktionäre.
 3. Offiziell vertretene Parteigrundsätze, Proklamationen, Parolen und Programme oder Auszüge aus ihnen.
 4. Aufforderungen, einer Versammlung beizuwohnen oder die betreffende Partei zu unterstützen.
 - e. Handzettel und Plakate, die unter diesem Paragraphen veröffentlicht werden, dürfen nicht enthalten:
 1. Lokale oder Weltnachrichten.
 2. Anzeigen.
 - f. Jeder Handzettel und jedes Plakat muß klar die fördernde Partei, die für die Veröffentlichung verantwortlich zeichnenden Parteimitglieder, deren Anschriften, den herstellenden Drucker und die Zahl der gedruckten Exemplare angeben.

2. Zugelassene politische Parteien, die Monatsschriften, Bücher, Broschüren oder andere Veröffentlichungen, für die in Paragraph 1 keine Zulassung gewährt ist, zu verlegen wünschen, müssen eine oder mehrere Vertreter ernennen, die für diese Literatur verantwortlich sind. Diese Vertreter können sich an das zuständige Nachrichtenkontrollamt mit der Bitte um Zulassung wenden, gemäß den Bestimmungen der Nachrichtenkontrollvorschrift No. 1.
3. Eine zugelassene politische Partei ist eine deutsche politische Partei, die von der Militärregierung die Erlaubnis erhalten hat, in einem bestimmten Bezirk tätig zu sein.
4. Bei Verletzung einer der vorhergehenden Bestimmungen kann die Zulassung einer Partei, Handzettel und Plakate zu veröffentlichen, zeitweilig widerrufen oder aufgehoben werden, und die Person oder Personen, die für die Veröffentlichungen der Partei verantwortlich sind, unterliegen nach Ermessen eines Militärgerichts den gesetzlichen Strafen.

Nr. XV

Satzungsänderung, 29. März 1946

Vorläufiger Landesvorsitzender
Dr. Josef Müller

29. März 1946

An die
Militärregierung für Bayern
z. Hd. Herrn Major Vacca
München
Tegernseerlandstraße

Betrifft: Christlich-Soziale Union¹

Die Landessatzung der Christlich-Sozialen Union, die der Militärregierung bei der Anmeldung vorgelegt wurde, kann erst in Kraft treten, wenn eine Landesversammlung zusammentreten und wählen kann. Dies ist im Augenblick noch nicht möglich, weil der organische und demokratische Aufbau der Kreis- und Ortsverbände noch nicht restlos abgeschlossen ist.

Es müssen aber für die Christlich-Soziale Union schon jetzt Entscheidungen getroffen werden, die voraussetzen, daß der die Entscheidung Treffende das Vertrauen der Mehrheit der Union genießt. Um diese Notwendigkeit zu sichern, hat der vorläufige Landesausschuß der Christlich-Sozialen Union am 8. Januar 1946 beschlossen, zum 31. März 1946 einen aus dem ganzen Land beschickten erweiterten Landesausschuß nach Bamberg einzuberufen und ihm die Entscheidung über den grundsätzlichen Aufbau zu übertragen. Der Tagungsort Bamberg war in der vorausgehenden Sitzung des erweiterten Landesausschusses vom 8. Januar 1946 festgelegt worden.

Aufgrund einer Rücksprache des vorläufigen Landesvorsitzenden bei der Militärregierung hat der vorläufige Landesausschuß seinen Antrag wie folgt abschließend formuliert:

1. Bei der Sitzung des erweiterten Landesausschusses haben die Bezirksverbände Oberbayern, Niederbayern, Oberpfalz, Schwaben, Ober-, Mittel- und Unterfranken je fünf Stimmen. Ferner werden als Bezirksverbände anerkannt und sind stimmberechtigt die Christlich-Soziale Union in München mit fünf Stimmen, in Nürnberg mit fünf Stimmen und in Augsburg mit drei Stimmen.

(Angekündigt ist ein Antrag der Christlich-Sozialen Union Würzburg auf deren Anerkennung als Bezirksverband mit zwei Stimmen Stimmrecht.)

Weiter sind stimmberechtigt die bisherigen Mitglieder des vorläufigen Landesausschusses:

Dr. Müller, Dr. von Miller, Dr. Eichhorn, Krehle, Schwingenstein, Dr. Lacherbauer, Schäffer, Hundhammer, Steber, Dr. Horlacher, Dr. von Eicken.

¹ Anlage zum Protokoll der Sitzung des Erweiterten Vorläufigen Landesausschusses am 30. und 31. März 1946, ACSP, NL Müller 10/1.

Schließlich haben Stimmrecht die der Union angehörenden Mitglieder der Bayerischen Regierung:

Dr. Baumgartner, Helmerich, Dr. Pfeiffer, Krehle, Ehard.

2. Dr. Josef Müller wird in Bestätigung des Beschlusses des vorläufigen Landesausschusses vom 17. Dezember 1945 durch den erweiterten Landesausschuß als Landesvorsitzender bestätigt.
3. Zur Unterstützung des Landesvorsitzenden bis zum Zusammentritt der Landesversammlung wird ein Arbeitsausschuß bestellt, bestehend aus den bisherigen Mitgliedern des vorläufigen Landesausschusses, den Kabinettsmitgliedern der Union und je einem von den Bezirksverbänden benannten Vertreter.
4. Der bisherige erweiterte Landesausschuß tagt in Zukunft bis zur Bestellung eines Landesausschusses durch die Landesversammlung als der Landesausschuß der Christlich-Sozialen Union.

Über diese Anträge wird der erweiterte Landesausschuß in Bamberg in geheimer Abstimmung beschließen.

gez. Dr. Josef Müller

Übersetzung

Militärregierung in Bayern

APO 403

29. März 1946

An den Vorläufigen Vorsitzenden der Christlich-Sozialen Union

Herrn Dr. Josef Müller

München

Gedonstraße

AG 000 12 (OMGB-5)

Betrifft: Abänderung der Statuten der Christlich-Sozialen Union²

1. Ihr Gesuch vom 29. März 1946 an die Militärregierung (Major Vacca) um Abänderung der Statuten der Christlich-Sozialen Union (Abschrift Anlage 1) ist sorgfältig geprüft worden.
2. Wenn die darin enthaltenen Punkte ordnungsgemäß den offiziell bestimmten Vertretern des Erweiterten Landesausschusses vorgelegt und von der Mehrheit anerkannt werden, hat die Militärregierung keine Einwendungen zu erheben.
3. Die Anerkennung erfolgt durch geheime Abstimmung.

Für den Chef der Militärregierung

gez. Peter Vacca

Major MI

Branch Chief of Intelligence

1 Anlage

Tel. Munich Military 3348/3055

² Anlage zum Protokoll der Sitzung des Erweiterten Vorläufigen Landesausschusses am 30. und 31. März 1946 (dort auch der englische Text), ACSP, NL Müller 10/1. Die Satzungsänderung wurde am 30. und 31. März 1946 angenommen.

Nr. XVI

Satzungsentwurf mit den von der ersten ordentlichen
Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union
am 17. Mai 1946 beschlossenen ÄnderungenSatzung der Christlich-Sozialen Union in Bayern¹

A) Name, Sitz und Aufgabe

§ 1

Name und Sitz

Die "Christlich-Soziale Union" ist eine politische Partei. Sie führt den Namen "Christlich-Soziale Union in Bayern", hat ihren Sitz in München und soll in das Vereinsregister eingetragen werden.

§ 2

Aufgabe

1. Aufgabe der Christlich-Sozialen Union (im folgenden kurz "Union" genannt) ist der politische Zusammenschluß aller auf dem Boden der christlichen Kulturauffassung, der Demokratie und des sozialen Verantwortungsbewußtseins stehenden Staatsbürger mit der Aufgabe, die im Programm der Union festgelegten Ziele mit den Mitteln einer politischen Partei im öffentlichen Leben zur Geltung zu bringen.
2. Zu diesem Zweck
 - a) wirbt sie Mitglieder,
 - b) sammelt sie Mittel zur Erfüllung ihrer Aufgaben,
 - c) veranstaltet sie Versammlungen, Lehrgänge und sonstige Zusammenkünfte zur Verbreitung und Vertiefung ihrer politischen Grundsätze,
 - d) gibt sie Zeitschriften, Zeitungen und sonstiges politisches Schrifttum heraus,
 - e) stellt sie Kandidaten für die politischen Wahlen auf.

B) Mitgliedschaft

§ 3

Voraussetzungen

Mitglieder der Union können alle ehrbaren, wahlberechtigten Männer und Frauen werden, die sich zum Programm der Union bekennen und keiner anderen politi-

¹ Der Satzungsentwurf wurde mit den von der Landesversammlung beschlossenen Änderungen am 17. Mai 1946 in Kraft gesetzt, in den folgenden Monaten jedoch u.a. wegen verschiedener Einwände der Militärregierung noch verändert und schließlich zuerst vom Landesausschuß am 4. Oktober und dann von der Landesversammlung am 14. und 15. Dezember 1946 in der veränderten Form verabschiedet (Dok. Nr. XVII, S. 1783ff.). Von der Satzung des 17. Mai 1946 kursieren verschiedene Varianten, die sich zwar als "in der am 17. Mai 1946 in München stattgefundenen Landesversammlung beschlossen" ausgeben (z.B. IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel, "Satzung der Christlich-Sozialen Union in Bayern" mit dem entsprechenden § 74), die aber bereits Änderungen enthalten, die erst nach dem 17. Mai vorgenommen wurden. Hier wird daher der Wortlaut des Textes des Satzungsentwurfes wiedergegeben, wie er vor der Landesversammlung der CSU am 17. Mai 1946 (Dokument Nr. 18) verlesen wurde. Die von der Landesversammlung an diesem Tag beschlossenen Änderungen sind in Fußnoten vermerkt.

schen Partei angehören. Vorübergehendes Ruhen des Wahlrechts wegen kurzfristigen Zuzuges steht der Aufnahme nicht im Wege, ebensowenig jugendliches Alter, wenn der Antragsteller das 17. Lebensjahr vollendet hat.

§ 4

Erwerb

1. Die Aufnahme in die Union kann jederzeit bei dem für den Wohnsitz des Bewerbers zuständigen Ortsverband beantragt werden. In Ausnahmefällen kann der Aufnahmeantrag auch bei einem Kreis- oder Bezirksverband eingebracht werden, der die Aufnahme bei einem Ortsverband veranlaßt. Der Aufnahmeantrag ist schriftlich zu stellen. Gleichzeitig sind die Satzungen, das Programm und die Schiedsgerichtsordnung der Union schriftlich anzuerkennen.
2. Über die Aufnahme entscheidet die Ortsvorstandschaft.
3. Der Beitritt wird erst mit der Aushändigung der Mitgliedskarte wirksam.
4. Lehnt die Ortsvorstandschaft die Aufnahme ab, so kann der Bewerber die Entscheidung der Kreisverbandsvorstandschaft anrufen. Gegen diesen Entscheid ist Berufung bei der Bezirksvorstandschaft zulässig.
In grundsätzlichen Fragen kann gegen die Entscheidung der Bezirksvorstandschaft die Landesvorstandschaft angerufen werden. Diese beschließt endgültig.
5. Bei Ortswechsel soll das Mitglied seine Umschreibung zum neuen Ortsverband herbeiführen.

§ 5

Rechte

Jedes Mitglied hat das Recht

- a) das Programm der Union mitzugestalten und auf die politische Arbeit Einfluß zu nehmen,
- b) die Rechenschaftsberichte der Organe und Vertreter der Union zu prüfen,
- c) an den Mitgliederversammlungen teilzunehmen,
- d) bei der Aufstellung von Bewerbern für Wahlen mitzuwirken.

Diese Rechte können nur innerhalb der Einrichtungen und auf den Tagungen der Union wahrgenommen werden. Nur Mitglieder können ein Amt oder eine Kandidatur in der Union übernehmen.

§ 6

Pflichten

Jedes Mitglied hat die Pflicht, sich an den Aufgaben der Union zu beteiligen, die Grundsätze der Union zu vertreten, sich für ihre Ziele einzusetzen und den Mitgliedsbeitrag zu entrichten.

§ 7

Verlust der Mitgliedschaft

1. Die Mitgliedschaft endet durch
 - a) Austritt,
 - b) Streichung,
 - c) Ausschluß.
2. Ein Mitglied kann jederzeit durch schriftliche Erklärung bei dem Ortsverband, bei dem es als Mitglied geführt wird, austreten. Es hat jedoch keinen Anspruch auf Rückerstattung von Beiträgen.

3. Ein Mitglied kann durch Beschluß seiner Ortsverbandsvorstandschafft gestrichen werden, wenn es trotz zweimaliger schriftlicher Mahnung schuldhaft mit mindestens sechs Monatsbeiträgen im Rückstand geblieben ist.
4. Ein Mitglied kann durch Beschluß des Schiedsgerichts ausgeschlossen werden, wenn es
 - a) gegen die guten Sitten verstoßen hat,
 - b) wegen einer ehrenrührigen Handlung verurteilt ist,
 - c) den Grundsätzen oder den Satzungen der Union bewußt entgegengearbeitet hat,
 - d) gegen die Parteidisziplin erheblich verstoßen hat,
 - e) bewußt unwahre Angaben im Aufnahmeantrag gemacht hat.
5. Das Schiedsgerichtsverfahren wird von der Vorstandschafft des Ortsverbandes beantragt. Es kann auch von den Vorstandschafften des Kreis-, Bezirks- oder Landesverbandes beantragt werden, wenn² das Mitglied Mandatsträger ist oder diesen Gliederungen als Vertreter oder gewähltes Mitglied angehört.
6. Der Ausschluß wird dem Mitgliede durch den Vorsitzenden seines Ortsverbandes schriftlich mitgeteilt.

§ 8

Streitigkeiten

Streitigkeiten unter Mitgliedern, die das Parteiinteresse berühren, sind nach der Schiedsordnung einem Ehrengericht vorzulegen. Antragsberechtigt ist jedes einzelne Mitglied.

C) Gliederung der Union

§ 9

Übersicht

Die Union gliedert sich in

- I. Ortsverbände
- II. Kreisverbände
- III. Bezirksverbände
- IV. den Landesverband

I. Ortsverbände

§ 10

Bereich

Die Mitglieder einer oder mehrerer Ortschaften einer politischen Gemeinde oder eines Stadtteils gleicher Größenordnung bilden einen Ortsverband.

§ 11

Aufgaben

Die Ortsverbände haben die Aufgabe

- a) Das Gedankengut der Union in Wort und Schrift unter der Bevölkerung zu verbreiten und unablässig für die Ziele der Union zu werben,

² Der folgende Halbsatz wurde laut Beschluß der Landesversammlung am 17. Mai 1946 gestrichen und wie folgt neu formuliert: "wenn ein wichtiger Grund vorliegt."

- b) das Verständnis für die Politik der Union unter den Mitgliedern zu pflegen, ihr politisches Interesse zu fördern und sie zur Teilnahme an der praktischen Politik zu befähigen,
- c) Kandidaten für die örtlichen Wahlen aufzustellen,
- d) die politischen Grundsätze der Union in den gemeindlichen Selbstverwaltungskörperschaften ihres Bereichs zu vertreten,
- e) die Mitgliederliste zu führen,
- f) die Beiträge einzuziehen.

§ 12

Organe

Die Organe der Ortsverbände sind:

- 1. die Mitgliederversammlung,
- 2. die Vorstandschaft,
- 3. ein nach Bedarf zu bildender Beirat,
- 4. nach Bedarf zu bildende Ausschüsse.

§ 13

Mitgliederversammlung

- 1. Die Mitgliederversammlung beschließt über:
 - a) die Wahl der Vorstandschaft,
 - b) die Wahl der Kassenprüfer,
 - c) die Jahresrechnung und Entlastung der Vorstandschaft,
 - d) die Höhe der Beiträge nach den Bestimmungen des Finanzstatuts,
 - e) die den Mitgliedern der Vorstandschaft in besonderen Fällen zu erstattenden Barauslagen und Verdienstauffälle,
 - f) die Aufstellung der Kandidaten für die kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften ihres Bereichs,
 - g) die Wahl von Vertretern zum Kreisverband,
 - h) sämtliche das Interesse des Ortsverbandes berührenden Angelegenheiten von weittragender oder grundsätzlicher Bedeutung,
 - i) die Grundsätze der örtlichen Kommunalpolitik.
- 2. Der Vorsitzende ist verpflichtet, im 1. Quartal eines jeden Geschäftsjahres eine Hauptmitgliederversammlung einzuberufen. Die Einladung hat schriftlich unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von zehn Tagen zu erfolgen.
- 3. Weitere Mitgliederversammlungen können nach Bedarf anberaumt werden.
- 4. Eine Mitgliederversammlung ist unverzüglich einzuberufen, wenn dieses von mindestens einem Drittel aller Mitglieder unter Angabe der Gründe schriftlich bei der Vorstandschaft beantragt wird, oder wenn es sonst das Interesse des Ortsverbandes erfordert, oder wenn der Bezirksvorstand oder der Landesvorstand es verlangen.

§ 14

Vorstandschaft

- 1. Die Ortsvorstandschaft besteht aus mindestens drei Mitgliedern, und zwar
 - a) dem Vorsitzenden,
 - b) zwei weiteren Mitgliedern.³

³ Die Landesversammlung am 17. Mai 1946 nahm einstimmig folgenden Antrag zur Abänderung dieser Bestimmung an, ohne diesen Beschluß redaktionell umzusetzen: "In die Vorstandschaft jedes

2. Die Vorstandschaft wird für ein Jahr gewählt, sie ist ehrenamtlich tätig.
3. Die Inhaber von Mandaten zu den kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften, dem Bezirkstag oder den Parlamenten und die Angehörigen der höheren Organisationsstufen der Union haben, sofern sie im Bereich der Ortsverbände ansässig sind, Sitz und Stimme in der Vorstandschaft, Ausnahmen hiervon § 15, Abs. 3.

§ 15

Beirat

1. Sofern die Größe des Ortsverbandes oder andere Umstände es zweckmäßig erscheinen lassen, kann die Mitgliederversammlung beschließen, der Vorstandschaft einen Beirat zuzuordnen.
2. Der Beirat soll berufsständisch gegliedert sein und insbesondere Vertreter der Landwirtschaft, des gewerblichen Mittelstandes, der Industrie, der freien Berufe, des kulturellen Sektors, der Arbeiterschaft, der Beamtschaft sowie der Frauen und der Jugend enthalten.
3. Die Mitglieder, die Vertreter der Union in den kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften im Bereich des Ortsverbandes sind, gehören dem Beirat an. Sie scheiden in diesem Falle, wenn sie nicht gewählte Vorstandsmitglieder sind, bis auf den Fraktionsführer oder einen sonst von ihnen zu benennenden Vertreter, aus der Vorstandschaft aus. § 14, Abs. 3 ist insoweit nicht auf diesen Personenkreis anzuwenden.
4. Bestehen im Bereich des Ortsverbandes Ausschüsse für besondere Aufgaben, so gehören die Obleute dieser Ausschüsse ebenfalls dem Beirat an.
5. Die Stärke des Beirats und die Anzahl der aus den einzelnen Berufsständen zu wählenden Mitglieder beschließt die Mitgliederversammlung. Die Wahlperiode beträgt ein Jahr. Der Ortsvorsitzende ist gleichzeitig Vorsitzender des Beirats.
6. Der Beirat hat die Aufgabe, die Vorstandschaft zu unterstützen und sie in allen politischen Fragen zu beraten. Die Vorstandschaft ist verpflichtet, den Beirat in allen politischen und organisatorisch bedeutsamen Fragen zu hören. In dringenden, eilbedürftigen Fällen, insbesondere solchen gemäß § 13 Abs. 1 Ziffer f - i, kann der Beirat an die Stelle der Mitgliederversammlung treten, doch ist dieser nachträglich innerhalb von sechs Wochen über die gefaßten Beschlüsse zu berichten.

§ 16

Ausschüsse

1. Aufgaben

Zur Bearbeitung besonderer Aufgaben vor allem auf den Gebieten der Kultur-, Wirtschafts- und Kommunalpolitik oder zur Pflege der Belange der dem Ortsverband angehörenden Frauen und der Jugend, kann die Mitgliederversammlung die Errichtung besonderer Ausschüsse beschließen.

2. Ausschußmitglieder

An den Arbeiten der Ausschüsse können alle Mitglieder teilnehmen, die daran interessiert sind.

Orts-, Kreis- und Bezirksverbandes ist je ein Vertreter der Jugend zu wählen, in die Landesvorstandschaft drei Vertreter, in den Landesauschuß fünf, in die Landesversammlung für jeden Bezirksverband zwei Vertreter."

3. Obleute

Die Ausschüsse wählen sich aus ihrer Mitte einen Obmann. Der Obmann lädt die Mitglieder des Ausschusses im Einvernehmen mit dem Ortsvorsitzenden zu Versammlungen ein, leitet diese und unterrichtet die Ortsverbandvorstandschaft über die Ergebnisse der Ausschußtätigkeit. Die Obleute gehören dem Beirat an.

4. Die Ortsausschüsse wählen Vertreter zu den entsprechenden Ausschüssen des Kreisverbandes.

§ 17

Auflösung

Der Ortsverband wird aufgelöst:

- a) durch Beschluß der Mitgliederversammlung,
 - b) durch Beschluß der Landesvorstandschaft.
- § 64 dieser Satzung gilt entsprechend.

§ 18

Geschäftsordnung

§§ 58 - 70 dieser Satzung gelten entsprechend.

II. Kreisverbände

§ 19

Bildung von Kreisverbänden

Die Ortsverbände eines Landkreises oder einer kreisunmittelbaren Stadt bilden einen Kreisverband.

§ 20

Aufgaben der Kreisverbände sind:

- a) Aufbau der inneren und äußeren Organisation der Union innerhalb des Kreises, Werbung für ihre Ziele in Wort und Schrift,
- b) Beteiligung am öffentlichen politischen Leben des Kreises,
- c) Errichtung von Ausschüssen für die verschiedenen Bereiche des kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens,
- d) Aufstellung von Kandidaten für die kommunalen Selbstverwaltungsorgane der zuständigen Kreisinstanz,
- e) Vorschlag von Landtagskandidaten,
- f) Wahl von Delegierten für die höheren Organisationsstufen der Union,
- g) Unterstützung und Beratung der Ortsverbandsvorstände,
- h) Unterrichtung und Schulung der Mitarbeiter.

§ 21

Organe der Kreisverbände sind:

- a) die Kreisverbandsversammlung,
- b) die Kreisverbandsvorstandschaft,
- c) der Beirat des Kreisverbandes,
- d) die nach Bedarf zu bildenden Arbeitsausschüsse,
- e) das Schiedsgericht.

§ 22

Die Kreisverbandsversammlung besteht [aus]:

- a) je zwei in geheimer Wahl von den angeschlossenen Ortsverbänden gewählten Vertretern,
- b) den im Gebiet des Kreisverbandes ansässigen Mandatsträgern zu den kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften der Kreisinstanz des Bezirkstages sowie der Parlamente,
- c) den im Gebiet des Kreisverbandes ansässigen Mitgliedern der übergeordneten Organisationsstufen der Union.

§ 23

Aufgaben der Kreisverbandsversammlung sind:

- a) Wahl der Kreisverbandsvorstandschaft und des Beirats,
- b) Wahl der Ausschußvorsitzenden,
- c) Aufstellen von Kandidaten für die kommunalen Selbstverwaltungsorgane der Kreisinstanz,
- d) Nominierung von Landtagskandidaten,
- e) Wahl von Vertretern zu übergeordneten Organisationsstufen der Union,
- f) Aufstellen von Richtlinien für die politische Tätigkeit innerhalb des Kreises nach Maßgabe der Beschlüsse der Landesvorstandschaft,
- g) Entgegennahme und Genehmigung des Haushaltsvoranschlags und der Jahresrechnung,
- h) Entlastung des Vorstandes,
- i) Festsetzung der Beiträge nach den Bestimmungen des Finanzstatuts,
- k) Beschlußfassung über sämtliche das Interesse des Kreisverbandes berührenden politischen und organisatorischen Angelegenheiten von weittragender oder grundsätzlicher Bedeutung,
- l) Beschlußfassung über die den Mitgliedern der Vorstandschaft in besonderen Fällen zu erstattenden Barauslagen und Verdienstaussfälle,
- m) Wahl von zwei Kassenprüfern.

§ 24

Einberufung

1. Die Kreisversammlung tritt mindestens halbjährlich einmal, sonst nach Bedarf zusammen. Sie ist vom Kreisvorsitzenden schriftlich unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von acht Tagen einzuberufen.
2. Die Kreisversammlung ist einzuberufen, wenn ein Drittel der Mitglieder das schriftlich unter Angabe der Gründe bei der Kreisvorstandschaft beantragt, oder wenn der Bezirksvorstand oder der Landesvorstand es verlangen.

§ 25

Kreisvorstandschaft

1. Die Kreisvorstandschaft besteht aus:
 - a) dem Vorsitzenden,
 - b) mindestens vier weiteren Mitgliedern,
 - c) dem Vorsitzenden der Kreistags- (Stadtrats-) Fraktion,
 - d) den im Kreisgebiet ansässigen Mitgliedern des Bezirkstags, den Landtagsabge-

ordneten und Mitgliedern der Vorstandschaften der höheren Organisationsstufen der Union.⁴

2. Die Vorstandschaftsmitglieder zu 1. und 2. werden von der Kreisversammlung für die Dauer eines Jahres gewählt. Sie sind ehrenamtlich tätig.

§ 26

Kreisbeirat

1. Aufgaben:

Der Kreisbeirat berät und unterstützt die Kreisvorstandschaft bei der Durchführung der dem Kreisverbände gestellten Aufgaben. Die Vorstandschaft ist verpflichtet, den Beirat in allen politisch und organisatorisch bedeutsamen Fragen zu hören. In dringenden, besonders eilbedürftigen Fällen (§ 23, Abs. c, d, e, l, k) kann der Beirat an die Stelle der Kreisversammlung treten; jedoch ist diese nachträglich innerhalb von sechs Wochen über die gefaßten Beschlüsse zu unterrichten.

Zusammensetzung

2. Der Kreisbeirat wird von der Kreisversammlung für die Dauer eines Jahres gewählt. Er soll berufsständisch gegliedert sein und insbesondere aus Vertretern der Landwirtschaft, Arbeiterschaft, des Handels und Gewerbes, der Industrie, des kulturellen Sektors, der freien Berufe, der Beamtenschaft sowie der Frauen und der Jugend bestehen.

Dem Kreisbeirat gehören ferner an:

die Vorsitzenden der Ausschüsse und die Mitglieder der Kreistags- (Stadtrats-) Fraktion.

Der Vorsitzende des Kreisverbandes übt gleichzeitig den Vorsitz im Kreisbeirat aus.

§ 27

Kreisausschüsse

1. Die Kreisverbände können für kulturelle, kommunalpolitische, wirtschaftliche und sonstige Sonderaufgaben Ausschüsse errichten.

2. Mitglieder:

a) Die Ausschußvorsitzenden werden von der Kreisversammlung für die Dauer eines Jahres gewählt.

b) Die Mitglieder der Ausschüsse werden von den Ausschußvorsitzenden aufgrund von Vorschlägen der Ortsvorstandschaften berufen.

3. Aufgaben:

Die Ausschüsse tagen nach Bedarf. Sie haben die Aufgabe, das politische Wollen der Union zu verbreiten und zu vertiefen, die politische Tätigkeit der Union durch Bereitstellen von Unterlagen anzuregen, die Mitglieder über den politischen Weg der Union zu unterrichten und sie immer wieder zur Mitarbeit anzuregen. Die Vorsitzenden berichten der Kreisvorstandschaft über das Ergebnis der Ausschußtätigkeit.

⁴ Hinzu kam laut Beschluß der Landesversammlung am 17. Mai 1946 ein Jugendvertreter, vgl. S. 1766, Anm. 3.

§ 28

Schiedsgericht

Jeder Kreisverband hat ein Schiedsgericht zu errichten. Besetzung, Zuständigkeit und Verfahren des Schiedsgerichts richten sich nach der vom Landesverband beschlossenen Schiedsordnung.

§ 29

Auflösung

Der Kreisverband wird aufgelöst:

1. Durch Beschluß der Landesvorstandschaft. § 63 Abs. 2 dieser Satzung gilt entsprechend.
2. Er gilt als aufgelöst, wenn die Zahl der angeschlossenen Ortsverbände unter 3 - drei - gesunken ist.

§ 30

Geschäftsordnung

§§ 57 - 69 gelten entsprechend.

III. Bezirksverbände

§ 31

Bildung von Bezirksverbänden

Der Landesverband gliedert sich in folgende Bezirksverbände: Oberbayern, Niederbayern, Oberfranken, Mittelfranken, Unterfranken, Oberpfalz, Schwaben und München.⁵

Städten mit mehr als 150.000 Einwohnern kann auf Antrag die Stellung eines Bezirksverbandes durch den Landesausschuß gewährt werden.

§ 32

Aufgaben:

Aufgaben des Bezirksverbandes sind:

- a) Durchführung der politischen Beschlüsse des Landesverbandes,
- b) Unterstützung und Beratung der Kreis- und Ortsverbände bei Durchführung ihrer Aufgaben,
- c) politischer und organisatorischer Erfahrungsaustausch mit den Kreisverbänden,
- d) Festigung und Ausbau der Organisation innerhalb des Bezirksverbandes,
- e) Förderung der planmäßigen Werbung für die Ziele der Union,
- f) Veranstaltung von politischen Ausbildungslehrgängen,
- g) Aufstellen von Wahlvorschlägen für die Landtagswahlen.

§ 33

Organe:

Organe des Bezirksverbandes sind:

1. die Bezirksversammlung,
2. die Bezirksvorstandschaft,

⁵ Laut Beschluß der Landesversammlung am 17. Mai 1946 wurden Nürnberg-Fürth und Augsburg als Bezirksverbände anerkannt. Der Satz lautete nun: "... Schwaben, München, Nürnberg-Fürth und Augsburg."

3. der Bezirksständerat,
4. nach Bedarf zu bildende Arbeitsausschüsse,
5. das Schiedsgericht.

§ 34

Bezirksversammlung

Die Bezirksversammlung besteht aus:

- a) je zwei Vertretern der angeschlossenen Kreisverbände, die in geheimer Wahl zu wählen sind,
- b) den im Gebiet des Bezirksverbandes ansässigen Landtagsabgeordneten und Angehörigen der Organe des Landesverbandes,
- c) den Mitgliedern der Bezirkstagsfraktion,
- d) bei städtischen Bezirksverbänden ferner aus den Mitgliedern der Stadtratsfraktion.

§ 35

Aufgaben

Aufgaben der Bezirksversammlung sind:

- a) Wahl der Vorstandschaft,
- b) Wahl der Mitglieder des Bezirksständerates,
- c) Wahl der Mitglieder der Ausschüsse,
- d) Wahl der Kassenprüfer,
- e) Beschlußfassung über den Haushaltsvoranschlag, die Jahresrechnung und die Entlastung der Vorstandschaft,
- f) Beschlußfassung über die Höhe der Beiträge nach den Bestimmungen des Finanzstatuts,
- g) Beschlußfassung über die den Vorstandsmitgliedern im besondern zu erstattenden Barauslagen und Verdienstaufschläge,
- h) Aufstellen von Wahlvorschlägen für den Landtag,
- i) Wahl von Vertretern zur Landesversammlung, zum Landesauschuß und zur Landesvorstandschaft,
- k) Aufstellen von Richtlinien für die politische und organisatorische Tätigkeit innerhalb des Bezirksverbandes nach Maßgabe der Beschlüsse des Landesverbandes,
- l) Beschlußfassung über sämtliche das Interesse des Bezirksverbandes berührenden politischen und organisatorischen Angelegenheiten von weittragender oder grundsätzlicher Bedeutung.

§ 36

Einberufung

1. Die Bezirksversammlung tritt mindestens halbjährlich, außerdem nach Bedarf zusammen. Sie wird vom Bezirksvorsitzenden schriftlich unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von zehn Tagen einberufen.
2. Die Bezirksversammlung ist einzuberufen, wenn ein Drittel der angeschlossenen Kreisverbände dies schriftlich unter Angabe der Gründe beim Bezirksvorsitzenden beantragt oder wenn die Landesvorstandschaft es verlangt.

§ 37

Bezirksvorstandschaft

1. Die Bezirksvorstandschaft besteht aus:
 - a) dem Vorsitzenden,
 - b) mindestens sechs weiteren Mitgliedern,
 - c) den im Bereich des Bezirksverbandes gewählten Landtagsabgeordneten der Union,
 - d) den im Bereich des Bezirksverbandes ansässigen Mitgliedern der Landesvorstandschaft,
 - e) dem Vorsitzenden der Bezirkstagsfraktion, bei städtischen Bezirksverbänden dem Vorsitzenden der Stadtratsfraktion.⁶
2. Die Vorstandsmitglieder zu a) und b) werden von der Bezirksversammlung für die Dauer eines Jahres gewählt. Sie sind ehrenamtlich tätig.
3. Die Bezirksvorstandschaft soll mindestens vierteljährlich zusammentreten, sie wird im übrigen nach Bedarf vom Bezirksvorsitzenden berufen. Die Einladung hat schriftlich unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von zehn Tagen zu erfolgen.

Die Sitzung ist einzuberufen, wenn ein Drittel der Mitglieder der Bezirksvorstandschaft dies schriftlich unter Angabe der Gründe beim Bezirksvorsitzenden beantragt oder wenn die Landesvorstandschaft es verlangt.

§ 38

Bezirksständerrat

1. Der Bezirksständerrat besteht aus je einem Vertreter
 - a) der Landwirtschaft,
 - b) der Arbeiter,
 - c) der Industrie,
 - d) des Handwerks,
 - e) des Handels,
 - f) des Geld- und Kreditwesens,
 - g) der freien Berufe,
 - h) der Angestellten,
 - i) der Beamten,
 - k) der Hausfrauen,
 - l) der Ausgewiesenen und Flüchtlinge.
2. Die Mitglieder des Bezirksständerrates werden auf Vorschlag der Bezirksvorstandschaft von der Bezirksversammlung gewählt.
3. Der Bezirksvorsitzende führt gleichzeitig den Vorsitz im Bezirksständerrat. Der Bezirksständerrat wählt aus seiner Mitte einen stellvertretenden Vorsitzenden.
4. Der Bezirksvorsitzende beruft den Bezirksständerrat nach Bedarf schriftlich unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von acht Tagen zu Sitzungen ein. Er tritt im übrigen regelmäßig gleichzeitig mit der Bezirksversammlung zusammen.
5. Der Bezirksständerrat hat die Aufgabe, alle Fragen zu beraten, die die Interessen der in ihm vertretenen Berufsstände betreffen. Er kann seine Anträge dem Be-

⁶ Hinzu kam laut Beschluß der Landesversammlung am 17. Mai 1946 ein Jugendvertreter, vgl. S. 1766, Anm. 3.

rufsständerrat der Landesvorstandtschaft oder der Bezirksversammlung vorlegen. Im letzten Fall beschließt die Bezirksversammlung über die Anträge unter stimmberechtigter Zuziehung der Mitglieder des Bezirksständerrats.

§ 39

Ausschüsse

1. Die Bezirksversammlung kann zur Behandlung von Sonderaufgaben und von Fachfragen die Errichtung von Ausschüssen beschließen.
2. Die Vorsitzenden der Ausschüsse werden auf Vorschlag der Bezirksvorstandtschaft von der Bezirksversammlung für die Dauer eines Jahres gewählt.
3. Die Mitglieder der Ausschüsse werden von den Ausschußvorsitzenden aufgrund von Vorschlägen der Kreisverbände berufen.
4. Die Ausschüsse werden nach Bedarf von den Vorsitzenden berufen. Sie haben die Aufgabe, die politische Zielsetzung zu vertiefen und ihre Tätigkeit durch Bereitstellen von Unterlagen anzuregen. Die Vorsitzenden berichten dem Bezirksvorstand über das Ergebnis der Ausschußtätigkeit.

§ 40

Schiedsgericht

Für das beim Bezirksverband zu bildende Schiedsgericht gelten die Bestimmungen der von der Landesvorstandtschaft beschlossenen Schiedsordnung.

IV. Landesverband

§ 41

Organe

Organe des Landesverbandes sind:

- a) die Landesversammlung,
- b) der Landesausschuß,
- c) die Landesvorstandtschaft,
- d) die geschäftsführende Landesvorstandtschaft,
- e) der berufsständische Rat der Landesvorstandtschaft,
- f) die Arbeits- und Organisationsausschüsse.

§ 42

Landesversammlung

Die Landesversammlung ist das oberste politische Organ der Christlich-Sozialen Union in Bayern.

Sie besteht aus:

- a) je zwei stimmberechtigten Vertretern der Kreisverbände,
- b) den Mitgliedern der Landesvorstandtschaft,
- c) den Mitgliedern des Landtages, soweit sie der Union angehören,
- d) den Mitgliedern des berufsständischen Rates der Landesvorstandtschaft,
- e) fünf⁷ Vertretern der Frauen und fünf⁸ Vertretern der Jugend.

⁷ Laut Beschluß der Landesversammlung am 17. Mai 1946: "zehn".

⁸ Laut Beschluß der Landesversammlung am 17. Mai 1946: "für jeden Bezirksverband zwei Vertreter", vgl. S. 1766, Anm. 3.

§ 43

Aufgaben:

Die Landesversammlung wählt den Landesvorsitzenden für die Dauer eines Jahres. Ihr obliegt ferner die Beschlußfassung über:

- a) die Satzung und deren Änderungen,
- b) das Programm,
- c) die Richtlinien der Politik,
- d) die Schiedsordnung,
- e) die Auflösung der Christlich-Sozialen Union in Bayern.

§ 44

Einberufung:

Die Landesversammlung tagt einmal im Jahr. Sie wird mit einer Frist von 14 Tagen vom Landesvorsitzenden schriftlich unter Angabe der Tagesordnung einberufen. Eine außerordentliche Landesversammlung muß in derselben Weise einberufen werden:

- a) auf Beschluß der geschäftsführenden Landesvorstandschaft,
- b) auf Antrag von mindestens fünf Bezirksverbänden.

§ 45

Landesausschuß

Zur Entlastung der Landesversammlung wird ein Landesausschuß gebildet. Er besteht aus:

- a) der Landesvorstandschaft,
- b) dem berufsständischen Rat der Landesvorstandschaft,
- c) je fünf Vertretern der Bezirksverbände,
- d) der Vorstandschaft der Landtagsfraktion,
- e) drei Vertretern der Frauen und drei⁹ Vertretern der Jugend, die der Landesausschuß auf Vorschlag der Landesvorstandschaft wählt.

§ 46

Aufgaben

1. Dem Landesausschuß obliegt die Beschlußfassung über alle im Laufe des Geschäftsjahres auftretenden politischen Fragen von grundsätzlicher oder weittragender Bedeutung, die der Landesversammlung nicht vorgelegen haben.
2. Insbesondere hat der Landesausschuß folgende Aufgaben:
 - a) die Wahl der Landesvorstandschaft,
 - b) die Wahl der Vorsitzenden der Arbeits- und Organisationsausschüsse,
 - c) die Zustimmung zu den Landtagswahlvorschlägen der Bezirksverbände,
 - d) die Entgegennahme des Rechenschaftsberichtes,
 - e) Beschlußfassung über den Haushaltsvoranschlag, Jahresrechnung und die Entlastung der Landesvorstandschaft,
 - f) Festsetzung der Beiträge,
 - g) Besetzung des Landesschiedsgerichtes,
 - h) Beschlußfassung über organisatorische Fragen,
 - i) Wahl von zwei Kassenprüfern.

⁹ Laut Beschluß der Landesversammlung am 17. Mai 1946: "fünf", vgl. S. 1766, Anm. 3.

3. Der Landesausschuß tritt mindestens zweimal im Jahre zusammen. Im übrigen kann er nach Bedarf vom Landesvorsitzenden berufen werden. Die Einladungen erfolgen schriftlich unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von zehn Tagen. Der Landesausschuß muß einberufen werden, wenn dies mindestens von einem Drittel seiner Mitglieder schriftlich unter Angabe der Gründe bei der Landesvorstandschaft beantragt wird.

§ 47

Landesvorstandschaft

Die Landesvorstandschaft besteht aus:

- a) dem Landesvorsitzenden,
- b) zehn vom Landesausschuß für die Dauer eines Jahres zu wählenden Mitgliedern,
- c) je einem von den Bezirksverbänden zu wählenden Vertreter,
- d) den Mitgliedern der Staatsregierung, soweit sie der Union angehören,
- e) der Vorstandschaft der Landtagsfraktion,
- f) der Vorstandschaft des berufsständischen Rates,
- g) zwei Vertretern der Frauen und
- h) zwei¹⁰ Vertretern der Jugend, die der Landesausschuß auf Vorschlag der Landesvorstandschaft wählt.

§ 48

Aufgaben

Zu den Aufgaben der Landesvorstandschaft gehören insbesondere:

- a) Beschlußfassung über die Durchführung der von der Landesversammlung und dem Landesausschuß beschlossenen Politik,
- b) Anstellung des Landesgeschäftsführers,
- c) Wahl eines geschäftsführenden Vorstandsmitgliedes,
- d) Überwachung der Kassenführung,
- e) Überwachung der politischen Tätigkeit der Unterverbände der Union,
- f) Herausgabe von Zeitungen, Zeitschriften und sonstigem politischen Schrifttum,
- g) Veranstaltung von Lehrgängen und Arbeitsgemeinschaften zur Schulung von Mitarbeitern und zur Vertiefung der politischen Grundsätze der Union,
- h) Anstellung von Bezirks- und Kreisgeschäftsführern,
- i) Erlaß einer Besoldungsordnung und Dienstanweisung für die Angestellten der Union,
- k) Anstellung eines Revisors.

§ 49

Die Landesvorstandschaft tritt mindestens vierteljährlich zusammen. Sie wird vom Landesvorsitzenden schriftlich mit einer Frist von sieben Tagen unter Angabe der Tagesordnung einberufen. Bei außerordentlichen Anlässen kann die Einberufung auch kurzfristig erfolgen. Sie muß erfolgen, wenn das mindestens von einem Drittel [ihrer] Mitglieder schriftlich unter Angabe der Gründe beim Landesvorsitzenden beantragt wird.

Die Landesvorstandschaft verteilt ihre Ämter selbst, sie muß jedoch mindestens ein geschäftsführendes Vorstandsmitglied und einen Schatzmeister bestellen.

¹⁰ Laut Beschluß der Landesversammlung am 17. Mai 1946: "drei", vgl. S. 1766, Anm. 3.

§ 50

Berufsständischer Rat der Landesvorstandschafft

1. Der berufsständische Rat der Landesvorstandschafft besteht aus je zwei Vertretern der katholischen und evangelischen Geistlichkeit sowie je zwei Vertretern
 - a) der Landwirtschaft,
 - b) der Arbeiter,
 - c) der Industrie,
 - d) des Handwerks,
 - e) des Handels,
 - f) des Geld- und Kreditwesens,
 - g) der freien Berufe,
 - h) der Angestellten,
 - i) der Beamten,
 - k) der Hausfrauen,
 - l) der Ausgewiesenen und Flüchtlinge.

Wahl der Mitglieder

2. Die Mitglieder des berufsständischen Rates werden auf Vorschlag der geschäftsführenden Vorstandschafft von der Landesvorstandschafft gewählt. Bei den Vorschlägen sollen die Wünsche der der Union angehörenden Mitglieder der berufsständischen Organisation[en] (Bauernverband, Gewerkschaften usw.) sowie die Anregungen der jeweils in Betracht kommenden Ausschüsse berücksichtigt werden.

Einberufung

3. Der Landesvorsitzende beruft den berufsständischen Rat schriftlich unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von zehn Tagen zu Sitzungen ein. Die Sitzungen werden vom Landesvorsitzenden geleitet. Der berufsständische Rat wählt aus seiner Mitte eine aus drei Mitgliedern bestehende Vorstandschafft.

Aufgabe

4. Dem berufsständischen Rat obliegt die Wahrnehmung aller Aufgaben, die die Interessen der in ihm vertretenen Berufsstände berühren. Der berufsständische Rat leitet seine Anträge zur Beschlußfassung an die Landesvorstandschafft; die Landesvorstandschafft beschließt in diesen Fällen unter stimmberechtigter Hinzuziehung der Mitglieder des berufsständischen Rates. Antragsberechtigt sind der berufsständische Rat insgesamt und die Vertreter der einzelnen Berufsstände gemeinsam.

§ 51

Geschäftsführende Vorstandschafft

1. Zu ihrer Entlastung und zur Vereinfachung des Geschäftsbetriebes wählt die Landesvorstandschafft aus ihrer Mitte eine aus sieben Mitgliedern bestehende geschäftsführende Landesvorstandschafft. Art und Umfang der Aufgaben der geschäftsführenden Landesvorstandschafft bestimmt die Landesvorstandschafft.
2. Die geschäftsführende Landesvorstandschafft wird nach Bedarf vom Landesvorsitzenden mit einer Frist von zwei Tagen einberufen. Sie muß einberufen werden, wenn es von mindestens drei Mitgliedern schriftlich unter Angabe der Gründe beim Landesvorsitzenden beantragt wird. In besonders dringenden Fällen kann der Landesvorsitzende die Einberufungsfrist herabsetzen.

§ 52

Landesvorsitzender

Der Landesvorsitzende führt die Geschäfte der Union und vertritt sie gerichtlich und außergerichtlich. Seine Vertretungsbefugnis ergibt sich aus dieser Satzung. Der Landesvorsitzende wird von der Landesversammlung für die Dauer eines Jahres mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt. Wiederwahl ist zulässig. Er kann sich vermöge schriftlicher Vollmacht durch jedes Mitglied der geschäftsführenden Landesvorstandschaft vorübergehend für einen Teilbereich seiner Aufgaben vertreten lassen. Für den Fall einer vorzeitigen Erledigung des Landesvorsitzes hat die geschäftsführende Landesvorstandschaft bis zur Neuwahl unverzüglich einen vorläufigen Vorsitzenden aus ihrer Mitte zu berufen. Die Genehmigung des Landesausschusses ist innerhalb von vier Wochen nachzuholen. Der Landesvorsitzende kann jederzeit an allen Sitzungen, Versammlungen und sonstigen Zusammenkünften der Organe aller Verbände der Union stimmberechtigt teilnehmen.

§ 53

Arbeits- und Organisationsausschüsse

1. Der Landesausschuß kann nach Bedarf die Bildung von Arbeits- und Organisationsausschüssen beschließen.
2. Die Arbeits- und Organisationsausschüsse beraten die Landesvorstandschaft in den politischen Fachfragen, für die sie gebildet sind.
3. Die Geschäfte der Arbeits- und Organisationsausschüsse werden von einem Vorsitzenden und einem stellvertretenden Vorsitzenden geführt, die vom Landesausschuß für ein Jahr gewählt werden.
4. Die Mitglieder der Arbeits- und Organisationsausschüsse werden von den Bezirksverbänden gewählt. Jeder Bezirksverband kann drei sachverständige Vertreter entsenden. Die Vorsitzenden können weitere fünfzehn sachkundige Mitglieder im Einvernehmen mit der Landesvorstandschaft berufen.
5. Die Arbeits- und Organisationsausschüsse werden nach Bedarf von den Vorsitzenden berufen. Sie regeln ihre Angelegenheiten selbst.

§ 54

Der Landesgeschäftsführer

Der Landesgeschäftsführer ist der Leiter der Geschäftsstelle des Landesverbandes. Er erledigt seine Aufgaben nach den Weisungen des Landesvorsitzenden und nach Maßgabe der von der Landesvorstandschaft beschlossenen Dienstanweisung. Er kann an allen Sitzungen und Versammlungen der Organe der Union teilnehmen.

§ 55

Schiedsgericht

Für das vom Landesausschuß zu bildende Schiedsgericht gelten die Bestimmungen der Schiedsordnung.

§ 56

Auflösung

Die Union wird aufgelöst

- a) durch Beschluß der Landesversammlung,
- b) durch Eröffnung des Konkursverfahrens über ihr Vermögen,

- c) durch Entziehung der Rechtsfähigkeit (§ 43 BGB),
- d) im Falle des § 73 BGB.

D) Beiträge

§ 57

Die zur Durchführung der Aufgaben der Union erforderlichen Mittel werden durch Aufnahmegebühren, Mitgliederbeiträge, Sammlungen und Spenden aufgebracht. Die Finanzgebarung der Union wird durch ein gesondertes, vom Landesausschuß zu beschließendes Finanzstatut im einzelnen geregelt.

E) Allgemeine Bestimmungen

§ 58

Geschäftsbetrieb

1. Die Geschäfte der Ortsverbände, Kreisverbände, Bezirksverbände und des Landesverbandes werden von den Vorstandschaften geführt. Diese sind dabei an die Beschlüsse und Richtlinien der Organe gebunden, von denen sie gewählt sind. Die Unterverbände haben darüber hinaus die politischen, organisatorischen und sonstigen Beschlüsse des Landesverbandes zu beachten.
2. Die Vorstandschaften verteilen ihre Ämter selbst. Sie haben jedoch mindestens einen zweiten Vorsitzenden und einen Schatzmeister aus ihrer Mitte zu wählen.
3. In besonderen Fällen kann von den Vorstandschaften zur Unterstützung des Vorsitzenden ein geschäftsführendes Vorstandsmitglied bestellt werden. Das geschäftsführende Vorstandsmitglied ist ehrenamtlich tätig. Es erhält seine Aufgaben vom Vorsitzenden und ist an dessen Weisungen gebunden.

§ 59

Geschäftsführer¹¹

1. Die Landesvorstandschaft stellt für in der Regel zwei oder mehr Kreisverbände und für jeden Bezirksverband einen Geschäftsführer an. Die Geschäftsführer führen die Bezeichnung Kreis- bzw. Bezirksgeschäftsführer.
2. Die Anstellung erfolgt auf Vorschlag der betroffenen Kreis- oder Bezirksvorstandschaften. Kommt eine Verständigung über den ersten und gegebenenfalls auch einen zweiten Vorschlag nicht zustande, ist die Landesvorstandschaft berechtigt, von sich aus einen Geschäftsführer einzusetzen.
3. Das Recht, Geschäftsführer anzustellen, einzusetzen und abuberufen, steht lediglich der Landesvorstandschaft zu.
4. Das Gehalt der Geschäftsführer wird vom Landesverband getragen, die sonstigen Kosten der Geschäftsstellen werden von den Verbänden aufgebracht, für die sie errichtet sind.
5. Die Aufgaben der Geschäftsführer werden durch eine von der Landesvorstandschaft beschlossene Dienstanweisung geregelt.

¹¹ Zu Paragraph 59 wurde am 17. Mai 1946 folgender Änderungsbeschluß gefaßt, ohne diesen Beschluß redaktionell umzusetzen: In § 59 sollte es heißen: "Das Recht, Geschäftsführer anzustellen, einzusetzen und abuberufen, steht der Landesvorstandschaft im Einvernehmen mit den Vorstandschaften der Kreis- und Bezirksverbände zu. Kommt ein Einvernehmen nicht zustande, entscheidet die Landesvorstandschaft mit Zweidrittelmehrheit endgültig."

6. Die Geschäftsführer unterstehen der Dienstaufsicht des Landesvorsitzenden. Der Landesvorsitzende kann dieses Recht auf das geschäftsführende Vorstandsmitglied oder auf den Landesgeschäftsführer delegieren. Die Geschäftsführer sind an die politischen Weisungen der Landesvorstandschaft und der Vorsitzenden, für deren Bereich sie eingesetzt sind, gebunden.
7. Die Geschäftsführer nehmen an allen Sitzungen und Versammlungen der Organe der Verbände ihres Anstellungsbereiches teil.

§ 60

Vertretung nach außen

1. Die Ortsverbände, Kreisverbände, Bezirksverbände und der Landesverband werden gerichtlich und außergerichtlich von ihren Vorsitzenden vertreten.
2. Rechtsverbindliche Willenserklärungen und politische Erklärungen von weittragender oder grundsätzlicher Bedeutung müssen vom Vorsitzenden und einem weiteren Vorstandsmitglied unterschrieben sein. Finanzielle Verpflichtungen bedürfen außerdem der Genehmigung des Schatzmeisters.

§ 61

Buchführung und Kassenprüfung

1. Alle Verbände der Union sind zur ordnungsgemäßen Buchführung verpflichtet.
2. Die Kassen- und Rechnungsführung jedes Verbandes ist am Schlusse eines Geschäftsjahres und außerdem mindestens halbjährlich noch einmal von zwei Kassenprüfern und dem Vorsitzenden oder einem von ihm zu benennenden Vertreter sachlich und formal zu prüfen.
3. Die Kassenprüfer werden von den Organen, die jeweils die Vorstandschaften wählen, für ein Jahr gewählt. Sie dürfen den Vorstandschaften nicht angehören.
4. Die Landesvorstandschaft kann die Kassen- und Rechnungsführung aller Unterverbände jederzeit unangemeldet durch einen von ihr bestellten Revisor prüfen lassen.
5. Über alle Kassen- und Rechnungsprüfungen ist eine Niederschrift zu fertigen, die von den Prüfern, den Vorsitzenden und dem Schatzmeister zu unterschreiben ist. Die Niederschrift ist zehn Jahre bei den Akten aufzubewahren.
6. Über das Ergebnis der Kassen- und Rechnungsprüfungen ist der nächsten Mitgliederversammlung zu berichten. Ernstere Beanstandungen sind unverzüglich der Landesvorstandschaft zu melden. Die Meldepflicht obliegt - unabhängig voneinander - den Kassenprüfern und dem Vorsitzenden.

§ 62

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 63

Finanzgebarung

Für die Finanzgebarung der Verbände der Union gelten die Bestimmungen des vom Landesausschuß beschlossenen Finanzstatuts.

§ 64

Abstimmungen, Auflösung

1. Alle Organe der Union fassen ihre Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit. Bei Stimmgleichheit entscheidet der Vorsitzende. Die Organe sind beschlußfähig, wenn mindestens die Hälfte ihrer Mitglieder anwesend ist. Wird Beschlußunfähigkeit festgestellt, so ist innerhalb von vier Wochen eine weitere Versammlung anzuberäumen, die dann mit einfacher Stimmenmehrheit der Erschienenen beschließen kann.
2. Auflösungsbeschlüsse können nur gefaßt werden, wenn
 - a) beim Ortsverband mindestens drei Viertel aller Mitglieder anwesend sind und davon zwei Drittel der Auflösung zustimmen,
 - b) beim Landesverband mindestens drei Viertel aller Mitglieder der Landesversammlung anwesend sind und davon zwei Drittel der Auflösung zustimmen.
3. Wird die Anwesenheit von drei Vierteln der Mitglieder bei der ersten Versammlung nicht erreicht, so kann eine zweite Versammlung berufen werden, die dann mit der einfachen Mehrheit der Erschienenen beschließt.
4. Im Falle der Auflösung gelten die letzten Vorstandsmitglieder als Liquidatoren, sofern nicht bei den Ortsverbänden die Mitgliederversammlung, bei den Kreisverbänden die Kreisversammlung und beim Landesverband die Landesversammlung andere Liquidatoren wählt. Für die Tätigkeit, Vergütung und Verantwortung der Liquidatoren gelten die Bestimmungen über den Vorstand entsprechend.
5. Bei Auflösung eines Ortsvereins geht das Vermögen auf den Kreisverband über. Das Vermögen aufgelöster Kreisverbände geht auf die Bezirksverbände über, das Vermögen aufgelöster Bezirksverbände gilt als an den Landesverband übertragen. Bei Auflösung des Landesverbandes geht das Vermögen der Union je zur Hälfte an die Caritas und an die innere Mission.

§ 65

Anträge in Landesangelegenheiten

1. Anträge können stellen:
 - a) zur Landesversammlung jeder Kreis- und Bezirksverband, ferner die Landesvorstandschaft, die geschäftsführende Landesvorstandschaft und der Landesvorsitzende,
 - b) zum Landesausschuß jeder Kreis- und Bezirksverband, ferner die Landesvorstandschaft, die geschäftsführende Landesvorstandschaft und der Landesvorsitzende,
 - c) zur Landesvorstandschaft und zur geschäftsführenden Landesvorstandschaft jedes Mitglied dieser Organe, ferner der berufsständische Rat der Landesvorstandschaft und die Vertreter der einzelnen Berufsstände gemeinsam. Wünschen Ortsverbände oder Mitglieder Anträge zu stellen, so müssen sie sich an einen Antragsberechtigten wenden.
2. Den Organen der Unterverbände gegenüber ist jeweils jeder Teilnehmer antragsberechtigt.
3. Die Anträge sind so zeitig zu stellen, daß sie noch in die mitzuteilende Tagesordnung aufgenommen werden können. Spätere Anträge sind nur zulässig, wenn sie sich erst aus der Versammlung selbst ergeben oder von der Mehrheit der Versammlung zugelassen werden.

§ 66

Teilnahmeberechtigung

1. Die Verhandlungen der Landesversammlung sind jedem eingeschriebenen Mitglied als Gast gegen Vorweis der Mitgliedskarte nach Verfügbarkeit des Raumes zugänglich. Wortmeldungen von Gästen sind durch ein Versammlungsmitglied anzubringen und bedürfen der Zustimmung der Versammlung.
2. Die Verhandlungen aller anderen Organe sind nur den satzungsmäßigen Teilnehmern zugänglich, die sich auf Verlangen legitimieren müssen. Durch Mehrheitsbeschluß können Gäste zugelassen werden.

§ 67

Wahlen

Die Aufstellung der Repräsentanten und Kandidaten der Union ist stets in schriftlicher geheimer Abstimmung durchzuführen. Sie gilt, soweit nicht gesetzlich anders bestimmt ist, für ein Jahr. Es entscheidet einfache Mehrheit, bei Bedarf erfolgt Stichwahl. Bewerber für die Wahlen sind so zeitig bekanntzugeben, daß sich die Wahlberechtigten vorher ein Urteil über sie bilden können. Jeder Stimmberechtigte ist berechtigt, Bewerber vorzuschlagen.

§ 68

Niederschriften

1. Über die Sitzungen und Versammlungen der Organe aller Verbände der Union sind Niederschriften zu fertigen.
2. Die Niederschriften sind nach Genehmigung vom Vorsitzenden und mindestens drei Teilnehmern zu unterschreiben.
3. Die Niederschriften sind mindestens zehn Jahre bei den Akten aufzubewahren.

§ 69

Aufsicht

1. Die Landesvorstandschaft hat ein Aufsichtsrecht über die Geschäftsführung und die Politik sämtlicher Unterverbände der Union.
2. Die Landesvorstandschaft kann aus ihrer Mitte ein Mitglied mit der Ausführung dieser Aufsicht beauftragen
3. Das mit der Aufsicht beauftragte Mitglied der Landesvorstandschaft kann von den Organen der Unterverbände der Union sämtliche Unterlagen anfordern und alle Auskünfte verlangen, die zur Ausübung dieses Rechtes erforderlich sind. Es kann ferner an sämtlichen Sitzungen, Versammlungen und sonstigen Zusammenkünften innerhalb der Union stimmberechtigt teilnehmen.

§ 70

Wirtschaftliche Beteiligung

1. Die Verbände der Union können keine wirtschaftlichen Beteiligungen und keine Fusionen irgendwelcher Art eingehen. Sie dürfen sich auch selbst nicht wirtschaftlich betätigen.
2. Ausnahmen kann die Landesvorstandschaft beschließen.

Nr. XVII

Satzung der Christlich-Sozialen Union vom 4. Oktober 1946,
mit den Abänderungsbeschlüssen vom 28. und 29. Februar 1948Satzung der Christlich-Sozialen Union in Bayern (Fassung vom 4. Oktober 1946),
durch Militärregierung von Bayern am 29. Oktober 1946 genehmigt¹

A. Name, Sitz und Aufgabe	§§ 1-2
B. Mitgliedschaft	§§ 3-8
C. Gliederung der Union	§§ 9-53
I. Ortsverbände	§§ 9-18
II. Kreisverbände	§§ 19-30
III. Bezirksverbände	§§ 31-42
IV. Landesverband	§§ 43-59
D. Beiträge	§ 60
E. Allgemeine Bestimmungen	§§ 61-74
Geschäftsbetrieb	§ 61
Geschäftsstellen	§ 62
Vertretung nach außen	§ 63
Buchführung und Kassenprüfung	§ 64
Geschäftsjahr	§ 65
Finanzgebarung	§ 66
Abstimmungen	§ 67
Anträge	§ 68
Teilnahmeberechtigung	§ 69
Wahlen	§ 70
Niederschriften	§ 71
Aufsicht	§ 72
Wirtschaftliche Beteiligungen	§ 73
Änderungen	§ 74
Inkrafttreten	§ 75

A) Name, Sitz und Aufgabe

§ 1

Name und Sitz

Die "Christlich-Soziale Union" ist eine politische Partei. Sie führt den Namen "Christlich-Soziale Union in Bayern", hat ihren Sitz in München und soll in das Vereinsregister eingetragen werden.

§ 2

Aufgabe

1. Aufgabe der Christlich-Sozialen Union (im folgenden kurz "Union" genannt) ist der politische Zusammenschluß aller auf dem Boden der christlichen Kulturauffassung, der Demokratie und des sozialen Verantwortungsbewußtseins stehenden

¹ Gedruckte Fassung der Satzung (Broschüre) z.B. in: IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel. Die gegenüber der Fassung vom 17. Mai 1946 veränderten Formulierungen der Satzung vom 4. Oktober sind kursiv gesetzt, um die Änderungen transparent zu machen, Streichungen sind durch "[-]" vermerkt. Diese Satzung trat nach Zustimmung der Landesversammlung der CSU am 14. und 15. Dezember 1946 in Kraft und behielt Gültigkeit bis zur Landesausschußsitzung am 28. und 29. Februar 1948. Die im Februar 1948 gefaßten Beschlüsse zur Abänderung der Satzung sind in Fußnoten vermerkt.

Staatsbürger mit der Aufgabe, die im Programm der Union festgelegten Ziele mit den Mitteln einer politischen Partei im öffentlichen Leben zur Geltung zu bringen.

2. Zu diesem Zweck

- a) wirbt sie Mitglieder,
- b) sammelt sie Mittel zur Erfüllung ihrer Aufgaben,
- c) veranstaltet sie Versammlungen, Lehrgänge und sonstige Zusammenkünfte zur Verbreitung und Vertiefung ihrer politischen Grundsätze,
- d) gibt sie Zeitschriften, Zeitungen und sonstiges politisches Schrifttum heraus,
- e) stellt sie Kandidaten für die politischen Wahlen auf.

B) Mitgliedschaft

§ 3

Voraussetzungen

Mitglieder der Union können alle ehrbaren, wahlberechtigten Männer und Frauen werden, die sich zum Programm der Union bekennen und keiner anderen politischen Partei angehören. Vorübergehendes Ruhen des Wahlrechts wegen kurzfristigen Zuzuges steht der Aufnahme nicht im Wege, ebensowenig jugendliches Alter, wenn der Antragsteller das 17. Lebensjahr vollendet hat.*

§ 4

Erwerb

1. Die Aufnahme in die Union kann jederzeit bei dem für den Wohnsitz des Bewerbers zuständigen Ortsverband beantragt werden. In Ausnahmefällen kann der Aufnahmeantrag auch bei einem Kreis- oder Bezirksverband eingebracht werden, der die Aufnahme bei einem Ortsverband veranlaßt. Der Aufnahmeantrag ist schriftlich zu stellen. Gleichzeitig sind die Satzungen, das Programm und die Schiedsgerichtsordnung der Union schriftlich anzuerkennen.
2. Über die Aufnahme entscheidet die Ortsvorstandschaft.
3. Der Beitritt wird erst mit der Aushändigung der Mitgliedskarte wirksam.
4. Lehnt die Ortsvorstandschaft die Aufnahme ab, so kann der Bewerber die Entscheidung der Kreisverbandsvorstandschaft anrufen. Gegen diesen Entscheid ist Berufung bei der Bezirksvorstandschaft zulässig.
In grundsätzlichen Fragen kann gegen die Entscheidung der Bezirksvorstandschaft die *der* Landesvorstandschaft angerufen werden. Diese beschließt endgültig.
5. Bei Ortswechsel soll das Mitglied seine Umschreibung zum neuen Ortsverband herbeiführen.

§ 5

Rechte

Jedes Mitglied hat das Recht

- a) das Programm der Union mitzugestalten und auf die politische Arbeit Einfluß zu nehmen,

* *Außerdem ist nicht aufnahmefähig, wer nach den Bestimmungen des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus*
 1. *in die Kategorie I oder II eingereicht ist,*
 2. *sich während einer bestimmten Frist bewähren muß, für die Dauer dieser Frist.*

- b) die Rechenschaftsberichte der Organe und Vertreter der Union zu prüfen,
- c) an den Mitgliederversammlungen teilzunehmen,
- d) bei der Aufstellung von Bewerbern für Wahlen mitzuwirken.

Diese Rechte können nur innerhalb der Einrichtungen und auf den Tagungen der Union wahrgenommen werden. Nur Mitglieder können ein Amt oder eine Kandidatur in der Union übernehmen.

§ 6

Pflichten

Jedes Mitglied hat die Pflicht, sich an den Aufgaben der Union zu beteiligen, die Grundsätze der Union zu vertreten, sich für ihre Ziele einzusetzen und den Mitgliedsbeitrag zu entrichten.

§ 7

Verlust der Mitgliedschaft

1. Die Mitgliedschaft endet durch
 - a) Tod,
 - b) Austritt,
 - c) Streichung,
 - d) Ausschluß.
2. Ein Mitglied kann jederzeit durch schriftliche Erklärung bei dem Ortsverband, bei dem es als Mitglied geführt wird, austreten. Es hat jedoch keinen Anspruch auf Rückerstattung von Beiträgen.
3. Ein Mitglied kann durch Beschluß seiner Ortsverbandsvorstandschafft gestrichen werden, wenn es trotz zweimaliger schriftlicher Mahnung schuldhaft mit mindestens sechs Monatsbeiträgen im Rückstand geblieben ist.
4. Ein Mitglied kann durch Beschluß des Schiedsgerichts ausgeschlossen werden, wenn es
 - a) gegen die guten Sitten verstoßen hat,
 - b) wegen einer ehrenrührigen Handlung verurteilt ist,
 - c) den Grundsätzen oder den Satzungen der Union bewußt entgegen gearbeitet hat,
 - d) gegen die Parteidisziplin erheblich verstoßen hat,
 - e) bewußt unwahre Angaben im Aufnahmeantrag gemacht hat.
5. Das Schiedsgerichtsverfahren wird von der Vorstandschafft des Ortsverbandes beantragt. Es kann auch von den Vorstandschafften des Kreis-, Bezirks- oder Landesverbandes beantragt werden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt.
6. *Im ersten Schiedsgericht muß ein oder mehrere Mitglieder des Ortsverbandes, dem das betreffende Mitglied angehörte, mit Sitz und Stimme vertreten sein. Das Schiedsgericht muß sich aus unparteiischen Richtern und Beisitzern zusammensetzen.*
7. Der Ausschluß wird dem Mitgliede durch den Vorsitzenden seines Ortsverbandes schriftlich mitgeteilt.
8. *Gegen die Entscheidung des ersten Schiedsgerichtes ist Berufung beim Schiedsgericht des Landesverbandes gestattet. Die Berufung gilt als frist- und formgerecht eingereicht, wenn sie innerhalb von zwei Wochen nach Zustellung des Ausschlusses schriftlich eingebracht wird. Das Schiedsgericht des Landesverbandes beschließt endgültig.*

§ 8

Streitigkeiten

Streitigkeiten unter Mitgliedern, die das Parteiinteresse berühren, sind nach der Schiedsordnung einem *Schiedsgericht* vorzulegen. Antragsberechtigt ist jedes einzelne Mitglied.

C) Gliederung der Union

§ 9

Übersicht

Die Union gliedert sich in

- I. Ortsverbände
- II. Kreisverbände
- III. Bezirksverbände
- IV. den Landesverband

I. Ortsverbände

§ 10

Bereich

Die Mitglieder einer oder mehrerer Ortschaften einer politischen Gemeinde oder eines Stadtteils gleicher Größenordnung bilden einen Ortsverband.

§ 11

Aufgaben

Die Ortsverbände haben die Aufgabe

- a) Das Gedankengut der Union in Wort und Schrift unter der Bevölkerung zu verbreiten und unablässig für die Ziele der Union zu werben,
- b) das Verständnis für die Politik der Union unter den Mitgliedern zu pflegen, ihr politisches Interesse zu fördern und sie zur Teilnahme an der praktischen Politik zu befähigen,
- c) Kandidaten für die örtlichen Wahlen aufzustellen,
- d) die politischen Grundsätze der Union in den gemeindlichen Selbstverwaltungskörperschaften ihres Bereichs zu vertreten,
- e) die Mitgliederliste zu führen,
- f) die Beiträge einzuziehen.

§ 12

Organe

[-] Organe der Ortsverbände sind:

1. Die Mitgliederversammlung,
2. die Vorstandschaft,
3. ein nach Bedarf zu bildender Beirat,
4. nach Bedarf zu bildende Ausschüsse.

§ 13

Mitgliederversammlung

1. Die Mitgliederversammlung beschließt über:
 - a) die Wahl der Vorstandschaft,
 - b) die Wahl der Kassenprüfer,

- c) die Jahresrechnung und Entlastung der Vorstandschaft,
 - d) die Höhe der Beiträge nach den Bestimmungen des Finanzstatuts,
 - e) die den Mitgliedern der Vorstandschaft in besonderen Fällen zu erstattenden Barauslagen und Verdienstauffälle,
 - f) die Aufstellung der Kandidaten für die kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften ihres Bereichs,
 - g) die Wahl von Vertretern *zur Kreisversammlung*,
 - h) sämtliche das Interesse des Ortsverbandes berührenden Angelegenheiten von weittragender oder grundsätzlicher Bedeutung,
 - i) die Grundsätze der örtlichen Kommunalpolitik.
2. Der Vorsitzende ist verpflichtet, im 1. Quartal eines jeden Geschäftsjahres eine Hauptmitgliederversammlung einzuberufen. [-]
 3. Weitere Mitgliederversammlungen können nach Bedarf anberaumt werden.
 4. Eine Mitgliederversammlung ist unverzüglich einzuberufen, wenn dieses von mindestens einem Drittel aller Mitglieder unter Angabe der Gründe schriftlich bei der Vorstandschaft beantragt wird, oder wenn es sonst das Interesse des Ortsverbandes erfordert, oder wenn der *Bezirksverband* oder der Landesvorstand es verlangen.
 5. *Die Hauptmitgliederversammlung und alle weiteren Mitgliederversammlungen sind schriftlich mit einer Frist von einer Woche und unter Angabe der Tagesordnung einzuberufen. Sie sind ferner unter Wahrung der Frist und Angabe der wichtigsten Verhandlungspunkte (Wahlen) in den "Mitteilungen der Christlich-Sozialen Union" oder in einer im Bereich des Ortsverbandes verbreiteten Tageszeitung anzuzeigen. In kleinen, ländlichen Ortsverbänden kann die öffentliche Bekanntgabe statt durch die "Mitteilungen" oder durch die Zeitungen in der ortsüblichen Weise (Ausruf, Anschlag) erfolgen.*

§ 14

Vorstandschaft

1. Die Ortsvorstandschaft besteht aus mindestens drei Mitgliedern und zwar
 - a) dem Vorsitzenden,
 - b) zwei weiteren Mitgliedern.²
2. Die Vorstandschaft wird für ein Jahr gewählt, sie ist ehrenamtlich tätig.
3. Die Inhaber von Mandaten zu den kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften, dem *Bezirkstag* und dem *Landtag* sowie die Angehörigen der höheren Organisationsstufen der Union haben, sofern sie im Bereich der Ortsverbände ansässig sind, Sitz und Stimme in der Vorstandschaft, Ausnahmen hiervon § 15, Abs. 3.

§ 15

Beirat

1. Sofern die Größe des Ortsverbandes oder andere Umstände es zweckmäßig erscheinen lassen, kann die Mitgliederversammlung beschließen, der Vorstandschaft einen Beirat zuzuordnen.

² Der von der Landesversammlung am 17. Mai 1946 gefaßte Beschluß, einen Jugendvertreter hinzuziehen ("In die Vorstandschaft jedes Orts-, Kreis- und Bezirksverbandes ist je ein Vertreter der Jugend zu wählen, in die Landesvorstandschaft drei Vertreter, in den Landesausschuß fünf, in die Landesversammlung für jeden Bezirksverband zwei Vertreter.", vgl. S. 1766, Anm. 3), fand keinen Eingang in die gedruckte Fassung der Satzung vom 4. Oktober 1946; der entsprechende Beschluß wurde jedoch von der Landesversammlung am 14. Dezember 1946 erneuert, vgl. S. 842.

2. Der Beirat soll berufsständisch gegliedert sein und insbesondere Vertreter der Landwirtschaft, *der Arbeiterschaft*, des gewerblichen Mittelstandes, der Industrie, der freien Berufe, des kulturellen Sektors, [-] der Beamtenschaft sowie der Frauen und der Jugend enthalten.
3. Die Mitglieder, die Vertreter der Union in den kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften im Bereich des Ortsverbandes sind, gehören dem Beirat an. Sie scheiden in diesem Falle, wenn sie nicht gewählte Vorstandsmitglieder sind, bis auf den Fraktionsführer oder einen sonst von ihnen zu benennenden Vertreter, aus der Vorstandschaft aus. § 14, Abs. 3 ist insoweit nicht auf diesen Personenkreis anzuwenden.
4. Bestehen im Bereich des Ortsverbandes Ausschüsse für besondere Aufgaben, so gehören die Obleute dieser Ausschüsse ebenfalls dem Beirat an.
5. Die Stärke des Beirats und die Anzahl der aus den einzelnen Berufsständen zu wählenden Mitglieder beschließt die Mitgliederversammlung. Die Wahlperiode beträgt ein Jahr. Der Ortsvorsitzende *übt auch den Vorsitz im Beirat aus*.
6. Der Beirat hat die Aufgabe, die Vorstandschaft zu unterstützen und sie in allen politischen Fragen zu beraten. Die Vorstandschaft ist *gehalten*, den Beirat in allen politisch und organisatorisch bedeutsamen Fragen zu hören. [-]

§ 16

Ausschüsse

1. Aufgaben
Zur Bearbeitung besonderer Aufgaben vor allem auf den Gebieten der Kultur-, Wirtschafts-, *Sozial-* und Kommunalpolitik oder zur Pflege der Belange der dem Ortsverband angehörenden Frauen und der Jugend, kann die Mitgliederversammlung die Errichtung besonderer Ausschüsse beschließen.
2. Ausschußmitglieder
An den Arbeiten der Ausschüsse können alle Mitglieder teilnehmen, die daran interessiert sind.
3. Obleute
Die Ausschüsse wählen sich aus ihrer Mitte einen Obmann. Der Obmann lädt die Mitglieder des Ausschusses im Einvernehmen mit dem Ortsvorsitzenden zu Versammlungen ein, leitet diese und unterrichtet die Ortsverbandsvorstandschaft über die Ergebnisse der Ausschußtätigkeit. Die Obleute gehören dem Beirat an.
4. Die Ortsausschüsse *benennen* Vertreter zu den entsprechenden Ausschüssen des Kreisverbandes.

§ 17

Auflösung

1. Der Ortsverband wird aufgelöst:
 - a) durch Beschluß der Mitgliederversammlung,
 - b) durch Beschluß der Landesvorstandschaft.
- § 67 dieser Satzung gilt entsprechend.
2. *Gegen den Auflösungsbeschluß der Landesvorstandschaft kann schriftlich Berufung beim Schiedsgericht des Landesverbandes eingelegt werden. Die Berufung gilt als frist- und formgerecht eingelegt, wenn sie innerhalb von zwei Wochen nach Zustellung des Auflösungsbeschlusses eingebracht wird und von mindestens einem Viertel der Mitglieder des aufgelösten Ortsverbandes unterschrieben ist.*

Gegen den Entscheid des Schiedsgerichts ist innerhalb von vier Wochen nach Zustellung Einspruch bei der nächsten Landesversammlung zulässig. Der Einspruch muß von mindestens einem Viertel der Mitglieder des aufgelösten Ortsverbandes unterschrieben sein. Die Landesversammlung entscheidet endgültig.

§ 18

Geschäftsordnung

§§ 61-73 dieser Satzung gelten entsprechend.

II. Kreisverbände

§ 19

Bildung von Kreisverbänden

Die Ortsverbände eines Landkreises oder einer kreisunmittelbaren Stadt bilden einen Kreisverband.

§ 20

Aufgaben der Kreisverbände sind:

- a) Aufbau der inneren und äußeren Organisation der Union innerhalb des Kreises, Werbung für ihre Ziele in Wort und Schrift,
- b) Beteiligung am öffentlichen politischen Leben des Kreises,
- c) Errichtung von Ausschüssen für die verschiedenen Bereiche des *politischen*, kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens,
- d) Aufstellung von Kandidaten für die kommunalen Selbstverwaltungsorgane der zuständigen Kreisinstanz,
- e) Vorschlag von Landtagskandidaten,
- f) Wahl von *Vertretern* für die höheren Organisationsstufen der Union,
- g) Unterstützung und Beratung der *Ortsvorstandschaften*,
- h) Unterrichtung und Schulung der Mitarbeiter.

§ 21

Organe

Organe der Kreisverbände sind:

- a) die Kreis[-]versammlung,
- b) die Kreis[-]vorstandschaft,
- c) der Beirat des Kreisverbandes,
- d) die nach Bedarf zu bildenden Arbeitsausschüsse,
- e) das Schiedsgericht.

§ 22

Die Kreis[-]versammlung besteht aus:

- a) je zwei in geheimer Wahl von den angeschlossenen Ortsverbänden gewählten Vertretern,
- b) den im Gebiet des Kreisverbandes ansässigen Mandatsträgern zu den kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften der Kreisinstanz, des Bezirkstages sowie der Parlamente,
- c) den im Gebiet des Kreisverbandes ansässigen Mitgliedern der übergeordneten Organisationsstufen der Union.

§ 23

Aufgaben der Kreis[-]versammlung sind:

- a) Wahl der Kreis[-]vorstandschaft und des Beirats,
- b) Wahl der Ausschußvorsitzenden,
- c) Aufstellen von Kandidaten für die kommunalen Selbstverwaltungsorgane der Kreisinstanz,
- d) Nominierung von Landtagskandidaten,
- e) Wahl von Vertretern zu übergeordneten Organisationsstufen der Union,
- f) Aufstellen von Richtlinien für die politische Tätigkeit innerhalb des Kreises nach Maßgabe der Beschlüsse *des Landesvorstandes*,
- g) Entgegennahme und Genehmigung des Haushaltsvoranschlags und der Jahresrechnung,
- h) Entlastung des Vorstandes,
- i) Festsetzung der Beiträge nach den Bestimmungen des Finanzstatuts,
- k) Beschlußfassung über sämtliche das Interesse des Kreisverbandes berührenden politischen und organisatorischen Angelegenheiten von weittragender oder grundsätzlicher Bedeutung,
- l) Beschlußfassung über die den Mitgliedern der Vorstanderschaft in besonderen Fällen zu erstattenden Barauslagen und Verdienstausschüsse,
- m) Wahl von zwei Kassenprüfern.

§ 24

Einberufung

1. Die Kreisversammlung tritt mindestens halbjährlich [-], sonst nach Bedarf zusammen. [-]
2. Die Kreisversammlung ist einzuberufen, wenn ein Drittel der Mitglieder das schriftlich unter Angabe der Gründe bei der Kreisvorstandschaft beantragt, oder wenn der Bezirksvorstand oder der Landesvorstand es verlangen.
3. *§ 13 Abs. 5 gilt entsprechend.*

§ 25

Kreisvorstandschaft

1. Die Kreisvorstandschaft besteht aus:
 - a) dem Vorsitzenden
 - b) mindestens vier weiteren Mitgliedern
 - c) dem Vorsitzenden der Kreistags- (Stadtrats-) Fraktion
 - d) den im Kreisgebiet ansässigen Mitgliedern des Bezirkstags *sowie* den Landtagsabgeordneten und Mitgliedern der Vorstanderschaften der höheren Organisationsstufen der Union.³
2. Die Vorstands[-]mitglieder zu *a.* und *b.* werden von der Kreisversammlung für die Dauer eines Jahres gewählt. Sie sind ehrenamtlich tätig.

§ 26

Kreisbeirat

1. Aufgaben:

Der Kreisbeirat berät und unterstützt die Kreisvorstandschaft bei der Durchführung

³ Der Beschluß der Landesversammlung am 17. Mai 1946 einen Jugendvertreter hinzuzuziehen, fand keinen Eingang in die gedruckte Fassung der Satzung vom 4. Oktober, vgl. S. 1787, Anm. 2.

der dem Kreisverbände gestellten Aufgaben. Die Vorstandschaft ist *gehalten*, den Beirat in allen politisch und organisatorisch bedeutsamen Fragen zu hören. [-]

2. Zusammensetzung:

Der Kreisbeirat wird von der Kreisversammlung für die Dauer eines Jahres gewählt. Er soll berufsständisch gegliedert sein und insbesondere aus Vertretern der Landwirtschaft, Arbeiterschaft, des Handels und Gewerbes, der Industrie, des kulturellen Sektors, der freien Berufe, der Beamtenschaft sowie der Frauen und der Jugend bestehen.

Dem Kreisbeirat gehören ferner an:

die Vorsitzenden der Ausschüsse und die Mitglieder der Kreistags- (Stadttrats-) Fraktion.

Der Vorsitzende des Kreisverbandes übt gleichzeitig den Vorsitz im Kreisbeirat aus.

§ 27

Kreisausschüsse

1. Die Kreisverbände können für kulturelle, kommunalpolitische, wirtschaftliche und sonstige Sonderaufgaben Ausschüsse errichten.

2. Mitglieder:

a) Die Ausschußvorsitzenden werden von der Kreisversammlung für die Dauer eines Jahres gewählt.

b) Die Mitglieder der Ausschüsse werden von den Ausschußvorsitzenden aufgrund von Vorschlägen der Ortsvorstandschaften berufen.

3. Aufgaben:

Die Ausschüsse tagen nach Bedarf. Sie haben die Aufgabe, das politische Wollen der Union zu verbreiten und zu vertiefen, die politische Tätigkeit der Union durch Bereitstellen von Unterlagen anzuregen, die Mitglieder über den politischen Weg der Union zu unterrichten und sie immer wieder zur Mitarbeit anzuregen. Die Vorsitzenden berichten der Kreisvorstandschaft über das Ergebnis der Ausschußtätigkeit.

§ 28

Schiedsgericht

Jeder Kreisverband hat ein Schiedsgericht zu errichten. Besetzung, Zuständigkeit und Verfahren der Schiedsgerichte richten sich nach der vom Landesverband beschlossenen Schiedsordnung.

§ 29

Auflösung

Der Kreisverband wird aufgelöst:

1. Durch Beschluß der Landesvorstandschaft. [-]

2. Er gilt als aufgelöst, wenn die Zahl der angeschlossenen Ortsverbände unter 3 - drei - gesunken ist.

3. § 17 Abs. 2 und § 67 Abs. 4-5 dieser Satzung gelten entsprechend.

§ 30

Geschäftsordnung

§§ 61-73 gelten entsprechend.

III. Bezirksverbände

§ 31

Bildung von Bezirksverbänden

Der Landesverband gliedert sich in folgende Bezirksverbände: Oberbayern, Niederbayern, Oberfranken, Mittelfranken, Unterfranken, Oberpfalz, Schwaben, München, Nürnberg-Fürth und Augsburg.

Städten mit mehr als 150.000 Einwohnern kann auf Antrag die Stellung eines Bezirksverbandes durch den Landesausschuß gewährt werden.

§ 32

Aufgaben:

Aufgaben des Bezirksverbandes sind:

- a) Durchführung der politischen Beschlüsse des Landesverbandes,
- b) Unterstützung und Beratung der Kreis- und Ortsverbände bei Durchführung ihrer Aufgaben,
- c) politischer und organisatorischer Erfahrungsaustausch mit den Kreisverbänden,
- d) Festigung und Ausbau der Organisation innerhalb des Bezirksverbandes,
- e) Förderung der planmäßigen Werbung für die Ziele der Union,
- f) Veranstaltung von politischen Ausbildungslehrgängen,
- g) Aufstellen von Wahlvorschlägen für die Landtagswahlen.

§ 33

Organe:

Organe des Bezirksverbandes sind:

1. die Bezirksversammlung,
2. die Bezirksvorstandschaft,
3. der Bezirksständerat,
4. nach Bedarf zu bildende Arbeitsausschüsse,
5. das Schiedsgericht.

§ 34

Bezirksversammlung

Die Bezirksversammlung besteht aus:

- a) je zwei Vertretern der angeschlossenen Kreisverbände, die in geheimer Wahl zu wählen sind,
- b) den im Gebiet des Bezirksverbandes ansässigen Landtagsabgeordneten und Angehörigen der Organe des Landesverbandes,
- c) den Mitgliedern der Bezirkstagsfraktion
- d) bei städtischen Bezirksverbänden ferner aus den Mitgliedern der Stadtratsfraktion.
- e) *je drei Vertretern der Frauen und Jugend, die auf Vorschlag der Bezirksvorstandschaft von der Bezirksversammlung hinzugewählt werden.*

§ 35

Aufgaben

Aufgaben der Bezirksversammlung sind:

- a) Wahl der Vorstandschaft,
- b) Wahl der Mitglieder des Bezirksständerates,

- c) Wahl der *Vorsitzenden* der Ausschüsse,
- d) Wahl der Kassenprüfer,
- e) *Wahl von fünf Vertretern zum Landesausschuß,*
- f) *Wahl von je einem Vertreter der Frauen und der Jugend*
 - a) *zur Landesversammlung,*
 - b) *zum Landesausschuß,*
- g) *Wahl eines Vertreters zur Landesvorstandschafft,*
- h) *Beschlußfassung über den Haushaltsvorschlag, die Jahresrechnung und die Entlastung der Vorstandschafft,*
- i) *Beschlußfassung über die Höhe der Beiträge nach den Bestimmungen des Finanzstatuts,*
- k) *Beschlußfassung über die den Vorstandsmitgliedern in besonderen Fällen zu erstattenden Barauslagen und Verdienstausfälle,*
- l) *Aufstellen von Wahlvorschlägen für den Landtag,*
- m) *Aufstellen von Wahlvorschlägen für den Bezirkstag bzw. Stadtrat in den großstädtischen Bezirksverbänden,*
- n) *Aufstellen von Richtlinien für die politische und organisatorische Tätigkeit innerhalb des Bezirksverbandes nach Maßgabe der Beschlüsse des Landesverbandes,*
- o) *Beschlußfassung über sämtliche das Interesse des Bezirksverbandes berührenden politischen und organisatorischen Angelegenheiten von weittragender oder grundsätzlicher Bedeutung.*

§ 36

Einberufung

1. Die Bezirksversammlung tritt mindestens halbjährlich, außerdem nach Bedarf zusammen. Sie wird vom Bezirksvorsitzenden schriftlich unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von zehn Tagen einberufen.
2. Die Bezirksversammlung ist einzuberufen, wenn ein Drittel der angeschlossenen Kreisverbände dies schriftlich unter Angabe der Gründe beim Bezirksvorsitzenden beantragt oder wenn die Landesvorstandschafft es verlangt.

§ 37

Bezirksvorstandschafft

1. Die Bezirksvorstandschafft besteht aus:
 - a) dem Vorsitzenden,
 - b) mindestens sechs weiteren Mitgliedern,
 - c) den im Bereich des Bezirksverbandes gewählten Landtagsabgeordneten der Union,
 - d) den im Bereich des Bezirksverbandes ansässigen Mitgliedern der Landesvorstandschafft,
 - e) dem Vorsitzenden der Bezirkstagsfraktion, bei städtischen Bezirksverbänden dem Vorsitzenden der Stadtratsfraktion,
 - f) *dem stellvertretenden Vorsitzenden des Bezirksständerrates.*⁴
- [-]

⁴ Der Beschluß der Landesversammlung am 17. Mai 1946, einen Jugendvertreter hinzuziehen, fand keinen Eingang in die gedruckte Fassung der Satzung vom 4. Oktober, vgl. S. 1787, Anm. 2.

2. Die Bezirksvorstandschafft soll mindestens vierteljährlich zusammentreten, sie wird im übrigen nach Bedarf vom Bezirksvorsitzenden berufen. Die Einladung hat schriftlich unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von zehn Tagen zu erfolgen.

Die Sitzung ist einzuberufen, wenn ein Drittel der Mitglieder der Bezirksvorstandschafft dies schriftlich unter Angabe der Gründe beim Bezirksvorsitzenden beantragt oder wenn die Landesvorstandschafft es verlangt.

§ 38

Bezirksständerat

1. Der Bezirksständerat besteht aus je einem Vertreter
 - a) der Landwirtschaft,
 - b) der Arbeiter,
 - c) der Industrie,
 - d) des Handwerks,
 - e) des Handels,
 - f) des Geld- und Kreditwesens,
 - g) der freien Berufe,
 - h) der Angestellten,
 - i) der Beamten,
 - k) der Hausfrauen,
 - l) der Ausgewiesenen und Flüchtlinge.
2. Die Mitglieder des Bezirksständerates werden auf Vorschlag der Bezirksvorstandschafft von der Bezirksversammlung gewählt.
3. Der Bezirksvorsitzende führt gleichzeitig den Vorsitz im Bezirksständerat. Der Bezirksständerat wählt aus seiner Mitte einen stellvertretenden Vorsitzenden.
4. Der Bezirksvorsitzende beruft den Bezirksständerat nach Bedarf schriftlich unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von *zehn* Tagen zu Sitzungen ein. Er tritt im übrigen regelmäßig gleichzeitig mit der Bezirksversammlung zusammen.
5. Der Bezirksständerat hat die Aufgabe, alle Fragen zu beraten, die die Interessen der in ihm vertretenen Berufsstände betreffen. Er kann seine Anträge dem Berufsständerrat der Landesvorstandschafft oder der Bezirksversammlung vorlegen. Im letzten Fall beschließt die Bezirksversammlung über die Anträge unter stimmberechtigter Zuziehung der Mitglieder des Bezirksständerats.

§ 39

Ausschüsse

1. Die Bezirksversammlung kann zur Behandlung von Sonderaufgaben und von Fachfragen die Errichtung von Ausschüssen beschließen.
2. Die Vorsitzenden der Ausschüsse werden auf Vorschlag der Bezirksvorstandschafft von der Bezirksversammlung für die Dauer eines Jahres gewählt.
3. Die Mitglieder der Ausschüsse werden von den Ausschußvorsitzenden aufgrund von Vorschlägen der Kreisverbände berufen.
4. Die Ausschüsse werden nach Bedarf von den Vorsitzenden berufen. Sie haben die Aufgabe, die politische Zielsetzung *der Union* zu vertiefen und ihre Tätigkeit durch Bereitstellen von Unterlagen anzuregen. Die Vorsitzenden berichten *der Bezirksvorstandschafft* über das Ergebnis der Ausschußtätigkeit.

§ 40

Schiedsgericht

Jeder Bezirksverband hat ein Schiedsgericht zu errichten. Zuständigkeit, Besetzung und Verfahren richten sich nach der von der Landesversammlung beschlossenen Schiedsordnung.

§ 41

Geschäftsordnung

§§ 60-72 gelten entsprechend.

§ 42

1. *Der Bezirksverband kann nur durch Beschluß der Landesvorstandschaft aufgelöst werden.*
2. *§ 17 Abs. 2 und § 67 Abs. 4-5 dieser Satzung gelten entsprechend.*

IV. Landesverband⁵

§ 43

Organe

Organe des Landesverbandes sind:

- a) die Landesversammlung,
- b) der Landesausschuß,
- c) die Landesvorstandschaft,
- d) die geschäftsführende Landesvorstandschaft,
- e) der berufsständische Rat der Landesvorstandschaft,
- f) die Arbeits- und Organisationsausschüsse.

§ 44

Landesversammlung

Die Landesversammlung ist das oberste politische Organ der Christlich-Sozialen Union in Bayern.

Sie besteht aus:

- a) je zwei stimmberechtigten Vertretern der Kreisverbände,⁶
- b) den Mitgliedern der Landesvorstandschaft,
- c) den Mitgliedern des Landtages, soweit sie der Union angehören,
- d) den Mitgliedern des berufsständischen Rates der Landesvorstandschaft,
- e) je einem von jedem Bezirksverband zu wählenden Vertreter der Frauen und der Jugend.

§ 45

Aufgaben:

Die Landesversammlung wählt den Landesvorsitzenden für die Dauer eines Jahres. Ihr obliegt ferner die Beschlußfassung über:

- a) die Satzung und deren Änderungen,
- b) das Programm,

⁵ Durch die Hinzufügung der neuen Paragraphen 41 und 42 ist die Zählung der Paragraphen gegenüber der Fassung vom 17. Mai 1946 um zwei verschoben.

⁶ Paragraph 44 a) wurde laut Beschluß des Landesausschusses am 28. und 29. Februar 1948 folgendermaßen geändert: "a) je zwei stimmberechtigten Vertretern eines jeden Kreisverbandes bis zu 500 Mitgliedern; für je weitere volle 500 Mitglieder entsendet jeder Kreisverband einen weiteren stimmberechtigten Vertreter, jedoch nicht mehr als insgesamt zwei zusätzliche stimmberechtigte Vertreter."

- c) die Richtlinien der Politik,
- d) die Schiedsordnung,
- e) die Auflösung der Christlich-Sozialen Union in Bayern.

§ 46

Einberufung:

1. Die Landesversammlung tagt einmal im Jahr. Sie wird mit einer Frist von 14 Tagen vom Landesvorsitzenden schriftlich unter Angabe der Tagesordnung einberufen. *Sie ist außerdem fristgerecht in den "Mitteilungen der Christlich-Sozialen Union" bekanntzumachen.*
2. Eine außerordentliche Landesversammlung muß in derselben Weise einberufen werden:
 - a) auf Beschluß der geschäftsführenden Landesvorstandschaft.
 - b) auf Antrag von mindestens fünf Bezirksverbänden.

§ 47

Landesausschuß

Zur Entlastung der Landesversammlung wird ein Landesausschuß gebildet. Er besteht aus:

- a) der Landesvorstandschaft,
- b) dem berufsständischen Rat der Landesvorstandschaft,
- c) je fünf Vertretern der Bezirksverbände,
- d) der Vorstandschaft der Landtagsfraktion,
- e) *je einem von jedem Bezirksverband zu wählenden Vertreter der Frauen und der Jugend.*

§ 48

Aufgaben

1. Dem Landesausschuß obliegt die Beschlußfassung über alle im Laufe des Geschäftsjahres auftretenden politischen Fragen von grundsätzlicher oder weittragender Bedeutung, die der Landesversammlung nicht vorgelegen haben.
2. Insbesondere hat der Landesausschuß folgende Aufgaben:
 - a) die Wahl der Landesvorstandschaft,
 - b) die Wahl der Vorsitzenden der Arbeits- und Organisationsausschüsse,
 - c) *die Entgegennahme des Rechenschaftsberichtes,*
 - d) *Beschlußfassung über den Haushaltsvoranschlag, die Jahresrechnung und die Entlastung der Landesvorstandschaft,*
 - e) *Festsetzung der Beiträge und Beschlußfassung des Finanzstatuts,*
 - f) *Besetzung des Landesschiedsgerichts,*
 - g) *Beschlußfassung über organisatorische Fragen,*
 - h) *Wahl von zwei Kassenprüfern,*
 - i) *Wahl der Mitglieder des berufsständischen Rates (§ 52 Abs. 2).*

Der Landesausschuß tritt mindestens zweimal im Jahre zusammen. Im übrigen kann er nach Bedarf vom Landesvorsitzenden berufen werden. Die Einladungen erfolgen schriftlich unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von zehn Tagen. Der Landesausschuß muß *in der gleichen Weise* einberufen werden, wenn dies mindestens von einem Drittel seiner Mitglieder schriftlich unter Angabe der Gründe bei der Landesvorstandschaft beantragt wird.

§ 49

Landesvorstandschaft

Die Landesvorstandschaft besteht aus:

- a) dem Landesvorsitzenden,
- b) zehn vom Landesausschuß für die Dauer eines Jahres zu wählenden Mitgliedern,
- c) zwei *Vertretern der Frauen und*
- d) zwei⁷ *Vertretern der Jugend, die der Landesausschuß auf Vorschlag der Landesvorstandschaft wählt.*
- e) je einem von den Bezirksverbänden zu wählenden Vertreter,
- f) den Mitgliedern der Staatsregierung, soweit sie der Union angehören,
- g) der Vorstandschaft der Landtagsfraktion,
- h) der Vorstandschaft des berufsständischen Rates,

§ 50

Aufgaben

Zu den Aufgaben der Landesvorstandschaft gehören insbesondere:

- a) Beschlußfassung über die Durchführung der von der Landesversammlung und dem Landesausschuß beschlossenen Politik,
- b) Anstellung des Landesgeschäftsführers,
- [-]
- c) Überwachung der Kassenführung,
- d) Überwachung der politischen Tätigkeit der Unterverbände der Union,
- e) Herausgabe von Zeitungen, Zeitschriften und sonstigem politischen Schrifttum,
- f) Veranstaltung von Lehrgängen und Arbeitsgemeinschaften zur Schulung von Mitarbeitern und zur Vertiefung der politischen Grundsätze der Union,
- [-]
- g) Erlaß einer Besoldungsordnung und Dienstanweisung für die Angestellten der Union,
- h) Anstellung eines Revisors.

§ 51

Zusammentreten

Die Landesvorstandschaft tritt mindestens vierteljährlich zusammen. Sie wird vom Landesvorsitzenden schriftlich mit einer Frist von sieben Tagen unter Angabe der Tagesordnung einberufen.

Bei außerordentlichen Anlässen kann die Einberufung auch kurzfristiger erfolgen. Sie muß erfolgen, wenn das mindestens von einem Drittel [ihrer] Mitglieder schriftlich unter Angabe der Gründe beim Landesvorsitzenden beantragt wird.

[-]

§ 52

Berufsständischer Rat der Landesvorstandschaft

1. Der berufsständische Rat der Landesvorstandschaft besteht aus je zwei Vertretern der katholischen und evangelischen Geistlichkeit sowie je zwei Vertretern
 - a) der Landwirtschaft,
 - b) der Arbeiter,

⁷ Der Beschluß der Landesversammlung am 17. Mai 1946, "drei" Jugendvertreter hinzuzuziehen, fand keinen Eingang in die gedruckte Fassung der Satzung vom 4. Oktober 1946, vgl. S. 1787, Anm. 2.

- c) der Industrie,
- d) des Handwerks,
- e) des Handels,
- f) des Geld- und Kreditwesens,
- g) der freien Berufe,
- h) der Angestellten,
- i) der Beamten,
- k) der Hausfrauen,
- l) der Ausgewiesenen und Flüchtlinge.

Wahl der Mitglieder

2. Die Mitglieder des berufsständischen Rates werden auf Vorschlag der geschäftsführenden Vorstandschaft vom *Landesausschuß* gewählt. Bei den Vorschlägen sollen die Wünsche der der Union angehörenden Mitglieder der berufsständischen Organisationen (Bauernverband, Gewerkschaften usw.) sowie die Anregungen der jeweils in Betracht kommenden Ausschüsse berücksichtigt werden.

Einberufung

3. Der Landesvorsitzende beruft den berufsständischen Rat schriftlich unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von zehn Tagen zu Sitzungen ein. Die Sitzungen werden vom Landesvorsitzenden geleitet. Der berufsständische Rat wählt aus seiner Mitte eine aus drei Mitgliedern bestehende Vorstandschaft.

Aufgabe

4. Dem berufsständischen Rat obliegt die Wahrnehmung aller Aufgaben, die die Interessen der in ihm vertretenen Berufsstände berühren. Der berufsständische Rat leitet seine Anträge zur Beschlußfassung an die Landesvorstandschaft; die Landesvorstandschaft beschließt in diesen Fällen unter stimmberechtigter Hinzuziehung der Mitglieder des berufsständischen Rates.
Antragsberechtigt sind der berufsständische Rat insgesamt und die Vertreter der einzelnen Berufsstände gemeinsam.

§ 53

Geschäftsführende Vorstandschaft

1. Zur *Entlastung der Landesvorstandschaft, zur Vereinfachung des Geschäftsbetriebes und zur Beratung dringender Angelegenheiten* bildet der Landesvorsitzende aus der Mitte der Landesvorstandschaft eine aus sieben Mitgliedern bestehende geschäftsführende Landesvorstandschaft. Art und Umfang der Aufgaben der geschäftsführenden Landesvorstandschaft bestimmt die Landesvorstandschaft.
2. Die geschäftsführende Landesvorstandschaft wird nach Bedarf vom Landesvorsitzenden mit einer Frist von *mindestens* zwei Tagen einberufen. Sie muß einberufen werden, wenn es von mindestens drei Mitgliedern schriftlich unter Angabe der Gründe beim Landesvorsitzenden beantragt wird. In besonders dringenden Fällen kann der Landesvorsitzende die Einberufungsfrist herabsetzen.

§ 54^a

Landesvorsitzender

Der Landesvorsitzende führt die Geschäfte der Union und vertritt sie gerichtlich und außergerichtlich. Seine Vertretungsbefugnis ergibt sich aus § 63 dieser Satzung.

^a Der Landesausschuß am 28. und 29. Februar 1948 beschloß, der Satzung folgenden Paragraphen 54 a) hinzuzufügen: "§ 54a) *Es werden durch den Landesausschuß zwei Stellvertreter des Landesvorsitzenden gewählt.*"

1. Der Landesvorsitzende wird von der Landesversammlung für die Dauer eines Jahres mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt. Wiederwahl ist zulässig. Er kann sich vermöge schriftlicher Vollmacht durch jedes Mitglied der geschäftsführenden Landesvorstandschaft vorübergehend für einen Teilbereich seiner Aufgaben vertreten lassen.
2. Für den Fall einer vorzeitigen Erledigung des Landesvorsitzes hat die [-] Landesvorstandschaft bis zur Neuwahl unverzüglich einen vorläufigen Vorsitzenden aus ihrer Mitte zu berufen. Die Genehmigung des Landesausschusses ist innerhalb von vier Wochen nachzuholen. [-]

§ 55

Arbeits- und Organisationsausschüsse

1. Der Landesauschuß kann nach Bedarf die Bildung von Arbeits- und Organisationsausschüssen beschließen.
2. Die Arbeits- und Organisationsausschüsse beraten die Landesvorstandschaft in den politischen Fachfragen, für die sie gebildet sind.
3. Die Geschäfte der Arbeits- und Organisationsausschüsse werden von einem Vorsitzenden und einem stellvertretenden Vorsitzenden geführt, die vom Landesauschuß für ein Jahr gewählt werden.
4. Die Mitglieder der Arbeits- und Organisationsausschüsse werden von den Bezirksverbänden gewählt. Jeder Bezirksverband kann drei sachverständige Vertreter entsenden. Die Vorsitzenden können weitere fünfzehn sachkundige Mitglieder im Einvernehmen mit der Landesvorstandschaft berufen.
5. Die Arbeits- und Organisationsausschüsse werden nach Bedarf von den Vorsitzenden berufen. Sie regeln ihre Angelegenheiten selbst.

§ 56

Der Landesgeschäftsführer

Der Landesgeschäftsführer ist der Leiter der Geschäftsstelle des Landesverbandes. Er erledigt seine Aufgaben nach den Weisungen des Landesvorsitzenden und nach Maßgabe der von der Landesvorstandschaft beschlossenen Dienstanweisung. Er kann an allen Sitzungen und Versammlungen der Organe der Union *beratend* teilnehmen.

§ 57

Schiedsgericht

Der Landesverband hat ein Schiedsgericht zu errichten. Zuständigkeit und Verfahren richten sich nach der von der Landesversammlung beschlossenen Schiedsordnung. Über die Besetzung beschließt der Landesauschuß.

§ 58

Auflösung

Die Union wird aufgelöst

- a) durch Beschluß der Landesversammlung,
- b) durch *Erklärung des Konkurses durch ein zuständiges Gericht*,
- c) durch Entziehung der Rechtsfähigkeit (§ 43 BGB),
- d) im Falle des § 73 BGB.

§ 59

§§ 61-73 gelten entsprechend.

D) Beiträge

§ 60⁹

Die zur Durchführung der Aufgaben der Union erforderlichen Mittel werden durch Aufnahmegebühren, Mitgliederbeiträge, Sammlungen und Spenden aufgebracht. Die Finanzgebarung der Union wird durch ein gesondertes, vom Landesausschuß zu beschließendes Finanzstatut im einzelnen geregelt.

E) Allgemeine Bestimmungen

§ 61

Geschäftsbetrieb

1. Die Geschäfte der Ortsverbände, Kreisverbände, Bezirksverbände und des Landesverbandes werden von den Vorstandschaften geführt. Diese sind dabei an die Beschlüsse und Richtlinien der Organe gebunden, von denen sie gewählt sind. Die Unterverbände haben darüber hinaus die politischen, organisatorischen und sonstigen Beschlüsse des Landesverbandes zu beachten.
2. Die Vorstandschaften verteilen ihre Ämter selbst. Sie haben jedoch mindestens einen zweiten Vorsitzenden und einen Schatzmeister aus ihrer Mitte zu wählen.
3. In besonderen Fällen kann von den Vorstandschaften zur Unterstützung des Vorsitzenden ein geschäftsführendes Vorstandsmitglied bestellt werden. Das geschäftsführende Vorstandsmitglied ist ehrenamtlich tätig. Es erhält seine Aufgaben vom Vorsitzenden und ist an dessen Weisungen gebunden.

§ 62

Geschäftsführer

1. *Zur Sicherung eines reibungslosen Geschäftsbetriebes kann die Landesvorstandschaft in den Bezirken und Kreisen Geschäftsstellen errichten. Diese haben rein verwaltungsmäßigen Charakter und sind nicht berechtigt, sich in die politischen inneren Angelegenheiten der Verbände einzumischen.*
2. *Das Personal der Geschäftsstelle wird durch die Landesvorstandschaft angestellt und bezahlt.*

§ 63

Vertretung nach außen

1. Die Ortsverbände, Kreisverbände, Bezirksverbände und der Landesverband werden gerichtlich und außergerichtlich von ihren Vorsitzenden vertreten.
2. Rechtsverbindliche Willenserklärungen und politische Erklärungen von weittragender oder grundsätzlicher Bedeutung müssen vom Vorsitzenden und einem weiteren Vorstandsmitglied unterschrieben sein. [-]
3. *Für das Eingehen finanzieller Verpflichtungen gelten die Bestimmungen des Finanzstatuts.*

§ 64

Buchführung und Kassenprüfung

1. Alle Verbände der Union sind zur ordnungsgemäßen Buchführung verpflichtet.

⁹ Durch Hinzufügung des neuen Paragraphen 59 (und vorher der Paragraphen 41 und 42) ist die Zählung gegenüber der Fassung vom 17. Mai um drei verschoben.

2. Die Kassen- und Rechnungsführung jedes *Unterverbandes sowie des Landesverbandes* ist am Schlusse eines Geschäftsjahres und außerdem mindestens halbjährlich noch einmal von zwei *unabhängigen, geprüften* Kassenprüfern und dem Vorsitzenden oder einem von ihm zu benennenden Vertreter sachlich und formal zu prüfen.
3. Die Kassenprüfer werden von den Organen, die jeweils die Vorstandschaften wählen, für ein Jahr gewählt. Sie dürfen den Vorstandschaften nicht angehören.
4. Die Landesvorstandschaft kann die Kassen- und Rechnungsführung aller Unterverbände jederzeit unangemeldet durch einen von ihr bestellten Revisor prüfen lassen.
5. Über alle Kassen- und Rechnungsprüfungen ist eine Niederschrift zu fertigen, die von den Prüfern, dem Vorsitzenden und dem Schatzmeister zu unterschreiben ist. Die Niederschrift ist zehn Jahre bei den Akten aufzubewahren.
6. Über das Ergebnis der Kassen- und Rechnungsprüfungen ist der nächsten Mitgliederversammlung zu berichten. Ernstere Beanstandungen sind unverzüglich der Landesvorstandschaft zu melden. Die Meldepflicht obliegt - unabhängig voneinander - den Kassenprüfern und dem Vorsitzenden.

§ 65

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 66

Finanzgebarung

Für die Finanzgebarung der Verbände der Union gelten die Bestimmungen des vom Landesausschuß beschlossenen Finanzstatuts.

§ 67

Abstimmungen, Auflösung

1. Alle Organe der Union fassen ihre Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit. *Jeder stimmberechtigte Vertreter muß seine Stimmberechtigung durch schriftliche Vollmacht des von ihm vertretenen Organs der Partei nachweisen. Mit Zustimmung des vertretenen Organs kann ein stimmberechtigter Vertreter im Falle dringender Verhinderung seine Stimme durch schriftliche Vollmacht auf einen von ihm namhaft zu machenden Vertreter fallweise übertragen. Zur Beschlußfassung ist die Beschlußfähigkeit der Organe erforderlich.* Bei Stimm[en]gleichheit entscheidet der Vorsitzende. Die Organe sind beschlußfähig, wenn mindestens die Hälfte ihrer Mitglieder anwesend ist. Wird Beschlußunfähigkeit festgestellt, so ist *gleichzeitig ein Termin zu beschließen, zu dem eine neue Versammlung frühestens nach Ablauf einer Woche und innerhalb von vier Wochen einzuberufen ist, die dann mit einfacher Stimmenmehrheit beschließen kann.*
2. Auflösungsbeschlüsse können nur gefaßt werden, wenn
 - a) beim Ortsverband mindestens drei Viertel aller Mitglieder anwesend sind und davon zwei Drittel der Auflösung zustimmen,
 - b) beim Landesverband mindestens drei Viertel aller Mitglieder der Landesversammlung anwesend sind und davon zwei Drittel der Auflösung zustimmen.
 - c) *Wird die Anwesenheit von drei Viertel der Mitglieder bei der ersten Versammlung nicht erreicht, so beschließt diese einen Termin, zu dem eine neue Versammlung*

frühestens nach Ablauf einer Woche und innerhalb von vier Wochen einzuberufen ist, die dann mit einfacher Stimmenmehrheit der Erschienenen über die Auflösung beschließt.

3. Im Falle der Auflösung gelten die letzten Vorstandsmitglieder als Liquidatoren, sofern nicht bei den Ortsverbänden die Mitgliederversammlung, bei den Kreisverbänden die *Bezirksversammlung* und beim Landesverband die *Landesversammlung* andere Liquidatoren wählt. Für die Tätigkeit, Vergütung und Verantwortung der Liquidatoren gelten die Bestimmungen über den Vorstand entsprechend.
4. *Im Falle der Auflösung durch Beschluß der Landesvorstandschaft kann dieser zugleich die Liquidatoren bestellen.*
5. Bei Auflösung eines Ortsverbandes geht das Vermögen auf den Kreisverband über. Das Vermögen aufgelöster Kreisverbände geht auf die Bezirksverbände über, das Vermögen aufgelöster Bezirksverbände gilt als an den Landesverband übertragen. Bei Auflösung des Landesverbandes geht das Vermögen der Union je zur Hälfte an die Caritas und an die innere Mission.

§ 68

Anträge in Landesangelegenheiten

1. Anträge können stellen:
 - a) zur Landesversammlung jeder Kreis- und Bezirksverband, ferner die Landesvorstandschaft, die geschäftsführende Landesvorstandschaft und der Landesvorsitzende,
 - b) zum Landesausschuß jeder Kreis- und Bezirksverband, ferner die Landesvorstandschaft, die geschäftsführende Landesvorstandschaft und der Landesvorsitzende,
 - c) zur Landesvorstandschaft und zur geschäftsführenden Landesvorstandschaft jedes Mitglied dieser Organe, ferner der berufsständische Rat der Landesvorstandschaft und die Vertreter der einzelnen Berufsstände gemeinsam. Wünschen Ortsverbände oder Mitglieder Anträge zu stellen, so müssen sie sich an einen Antragsberechtigten wenden.
2. Den Organen der Unterverbände gegenüber ist jeweils jeder Teilnehmer antragsberechtigt.
3. Die Anträge sind so zeitig zu stellen, daß sie noch in die mitzuteilende Tagesordnung aufgenommen werden können. [-]
4. *Anträge die, ohne im unmittelbaren Zusammenhang mit den Verhandlungsgegenständen zu stehen - erst während einer Sitzung oder Versammlung eingebracht werden, werden zwar entgegengenommen, doch entscheidet die Versammlung, ob sie sofort oder erst zu einem späteren Termin beraten werden sollen.*

§ 69

Teilnahmeberechtigung

1. Die Verhandlungen der Landesversammlung sind jedem eingeschriebenen Mitglied als Gast gegen Vorweis der Mitgliedskarte nach Verfügbarkeit des Raumes zugänglich. Wortmeldungen von Gästen sind durch ein Versammlungsmitglied anzubringen und bedürfen der Zustimmung der Versammlung.
2. Die Verhandlungen aller anderen Organe sind nur den satzungsmäßigen Teilnehmern zugänglich, die sich auf Verlangen legitimieren müssen. Durch Mehrheitsbeschluß können Gäste zugelassen werden.

§ 70

Wahlen

Die Aufstellung der Repräsentanten und Kandidaten der Union ist stets in schriftlicher geheimer Abstimmung durchzuführen. Sie gilt, soweit nicht gesetzlich *etwas anderes* bestimmt ist, für ein Jahr. Es entscheidet einfache Mehrheit, bei Bedarf erfolgt Stichwahl. Bewerber für die Wahlen sind so zeitig bekanntzugeben, daß sich die Wahlberechtigten vorher ein Urteil über sie bilden können. Jeder Stimmberechtigte ist berechtigt, Bewerber vorzuschlagen.

§ 71

Niederschriften

1. Über die Sitzungen und Versammlungen der Organe aller Verbände der Union sind Niederschriften zu fertigen.
2. Die Niederschriften sind [-] vom Vorsitzenden und mindestens drei Teilnehmern zu unterschreiben.
3. Die Niederschriften sind mindestens zehn Jahre bei den Akten aufzubewahren.

§ 72

Aufsicht

1. *Die Landesvorstandschaft hat das Recht, den Geschäftsbetrieb und die Kassenbücher aller Unterverbände der Union zu überprüfen, damit der Geschäftsbetrieb dieser Verbände entsprechend den Anordnungen des Landesausschusses durchgeführt wird.*
2. Die Landesvorstandschaft kann aus ihrer Mitte ein Mitglied mit der Ausführung dieser Aufsicht beauftragen
3. Das mit der Aufsicht beauftragte Mitglied der Landesvorstandschaft kann von den Organen der Unterverbände der Union sämtliche Unterlagen anfordern und [-] Auskünfte verlangen, die zur Ausübung dieses Rechtes erforderlich sind. [-]

§ 73

Wirtschaftliche Beteiligung

1. Die Verbände der Union können keine wirtschaftlichen Beteiligungen und keine *wirtschaftlichen und politischen* Fusionen, *gleich welcher Art*, eingehen. Sie dürfen sich auch selbst nicht wirtschaftlich betätigen.
2. Ausnahmen kann die Landesvorstandschaft beschließen.

§ 74

Änderungen

Änderungen dieser Satzung können nur von der Landesversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit beschlossen werden.

§ 75

Inkrafttreten

1. *Diese Satzung ist in der am 17. Mai 1946 in München stattgefundenen Landesversammlung beschlossen und durch den am 4. Oktober 1946 in München zusammengetretenen Landesausschuß in dieser überarbeiteten Form angenommen worden. Sie tritt sofort in Kraft und ist jedem Mitglied auszuhändigen.*
2. *Bereits bestehende Satzungen der Orts-, Kreis- und Bezirksverbände werden hierdurch aufgehoben.*

Nr. XVIII

Genehmigung der Satzung der Christlich-Sozialen Union
durch die Militärregierung, 29. Oktober 1946

Übersetzung

Die Militärregierung für Bayern
AG 000.1 MGBGB

29. Oktober 1946

An den
Vorsitzenden der
Christlich-Sozialen Union
München
Paul-Heyse-Str. 2-4Betrifft: Die Satzungen der Christlich-Sozialen Union.¹

1. Die Militärregierung hat keine Einwendung gegen die Satzung[en] der Christlich-Sozialen Union vom 17. Mai 1946 in der überarbeiteten Form, wie sie vom Landesausschuß am 4. Oktober 1946 angenommen wurden und hier mit einem Brief vom 11. Oktober 1946, unterschrieben von Dr. Müller, Landesvorsitzenden der Union, vorgelegt wurden.
2. Die Militärregierung ist der Ansicht, daß die Satzungen jetzt die notwendigen Erfordernisse der Demokratie erfüllen, und daß sie einen ganz entschiedenen Schritt darstellen im Fortschritt zu demokratischem Denken und Handeln. Wir hoffen, daß durch ihre Anwendung die Union ein positiver demokratischer Ausdruck des Volkswillens wird.
3. Im Zusammenhang mit den Satzungen ordnet die Militärregierung an, daß sie zur endgültigen Annahme der nächsten Landesversammlung vorzulegen sind, die gemäß den darin enthaltenen Bestimmungen zu wählen ist.
4. In der Anlage hierzu wird ein Exemplar der Satzungen zurückgereicht, in dem jede Seite von Oberstleutnant Burns gezeichnet ist. Dieses Exemplar sehen wir als das Belegexemplar der Satzungen der Union an.

Der Kommandeur der Militärregierung für Bayern
gez. Albert C. Schweizer
WD Civilian
Chief, Civil Administration DivisionFür die Richtigkeit der Übersetzung:
(H. Haunhorst)

¹ ACSP, NL Müller 2.

Nr. XIX

Schiedsordnung der Christlich-Sozialen Union, 6. Dezember 1946

Schiedsordnung der Christlich-Sozialen Union in Bayern¹

I. Aufgabe des Schiedsverfahrens

§ 1

Im Schiedsverfahren werden entschieden:

- a) Streitigkeiten zwischen Mitgliedern der Union, die das Parteiinteresse berühren (§ 8 der Satzung).
- b) Anträge auf Ausschluß eines Mitgliedes aus der Union (§ 7,4 der Satzung).
Solche Anträge können auf folgende Gründe gestützt werden:
 1. Verstoß gegen die guten Sitten,
 2. Verurteilung wegen einer ehrenrührigen Handlung,
 3. bewußtes Entgegenarbeiten gegen die Grundsätze oder die Satzungen der Union sowie erhebliche Verstöße gegen die Parteidisziplin,
 4. bewußt falsche Angaben im Aufnahmeantrag.

II. Organisatorischer Aufbau

§ 2

In jedem Kreisverband wird ein Kreisschiedsgericht bestellt (§ 28 der Satzung). Die Kreisversammlung wählt einen Vorsitzenden und einen Vertreter. Vorsitzender und Vertreter *sollen* die Fähigkeit zum Richteramt haben.

Das Kreisschiedsgericht wird in jedem Einzelfall gebildet, in dem jede der beiden beteiligten Parteien dem Schiedsrichter einen Beisitzer benennt. Ist Antrag auf Ausschluß eines Mitgliedes gestellt, gilt der Antragsteller (Mitglied oder Organ der Union) als Partei in diesem Sinn. Verweigert der Antragsgegner die Benennung eines Beisitzers, wird dieser durch den Vorsitzenden bestimmt. Das Kreisschiedsgericht wird stets in der Besetzung mit einem Vorsitzenden und zwei benannten Beisitzern tätig. Im Ausschlußverfahren soll mindestens ein Mitglied des Kreisschiedsgerichts Mitglied des Ortsverbandes sein, dem das auszuschließende Mitglied angehört.

§ 3

In jedem Bezirksverband wird ein Bezirksschiedsgericht bestellt (§ 40 der Satzung). Die Bezirksversammlung wählt einen Vorsitzenden und zwei Beisitzer, ferner für jeden der Genannten einen Vertreter. Die Vorsitzenden *müssen*, die Beisitzer *sollen* die Fähigkeit zum Richteramt haben. Das Bezirksschiedsgericht wird stets in der Besetzung mit einem Vorsitzenden und zwei Beisitzern tätig.

¹ Als Broschüre gedruckt, IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel. Die Schiedsordnung wurde vom Landesausschuß der CSU am 6. Dezember 1946 beraten und vorläufig verabschiedet und trat nach Zustimmung der Landesversammlung am 14. und 15. Dezember 1946 in Kraft.

§ 4

Der Landesausschuß wählt das Landesschiedsgericht (§ 57, § 48,2 f der Satzung). Das Landesschiedsgericht besteht aus einem Vorsitzter und vier Beisitzern. Für jeden der Genannten wird ein Vertreter gewählt. Vorsitzter und zwei Beisitzer sowie deren Vertreter müssen die Fähigkeit zum Richteramt haben. Das Landesschiedsgericht wird stets in der Besetzung mit einem Vorsitzter, zwei Beisitzern mit der Befähigung zum Richteramt und zwei weiteren Beisitzern tätig.

§ 5

Die Amtsdauer der gewählten Schiedsrichter beträgt jeweils ein Jahr. Die Bestellung erfolgt in geheimer Wahl. Die Schiedsrichter müssen Mitglieder der Union sein und durch ihre Persönlichkeit die Gewähr für unparteiische und sachkundige Behandlung der Schiedsfälle geben. Sie sind vor Aufnahme ihres Amtes vom Vorsitzenden des wählenden Verbandes durch Handschlag zur unparteiischen und gewissenhaften Wahrnehmung ihres Amtes zu verpflichten.

§ 6

Die Schiedsrichter können wegen Befangenheit abgelehnt werden oder sich selbst ablehnen, wenn ein Grund vorliegt, der geeignet ist, Mißtrauen gegen die Unparteilichkeit eines Schiedsrichters zu rechtfertigen. Bestehen Zweifel, entscheidet das Schiedsgericht der nächsthöheren Instanz, bei Zweifel hinsichtlich Besetzung des Landesschiedsgerichts die geschäftsführende Landesvorstandschafft.

§ 7

Kein Schiedsrichter darf Mitglied des Vorstandes der Union für den Bereich sein, für den das Schiedsgericht zuständig ist. Die Schiedsrichter sollen am Gerichtsort wohnhaft sein.

§ 8

Die gewählten Vorsitzter und Beisitzer bilden eine Kammer, die gewählten Vertreter eine weitere Kammer. Die Arbeitsverteilung zwischen den beiden Kammern muß vor der Aufnahme der Tätigkeit geregelt sein.

Die Zusammensetzung der Kammern darf nur geändert werden, wenn im Einzelfall Kammermitglieder wegen Behinderung oder Befangenheit ersetzt werden müssen.

III. Inhalt der Entscheidungen

§ 9

Jedes Schiedsgericht kann folgende Entscheidungen treffen:

- a) Erklärung, daß Zwangsmaßnahmen nicht angebracht seien,
- b) Verwarnung,
- c) Ruhen aller oder einzelner Rechte aus Mitgliedschaft oder Ämtern für eine gewisse Frist.

Diese Entscheidung kann vorbehaltlich der endgültigen Entscheidung zu Beginn des Verfahrens einstweilig verfügt werden.

- d) Ausschluß aus der Union.

Die Entscheidungen werden mit Stimmenmehrheit getroffen. Stimmenthaltung ist unzulässig.

§ 10

Die Entscheidung muß unter zusammenfassender Darstellung und Würdigung des Sachverhalts begründet werden.

Sie muß die Belehrung über das Einspruchsrecht enthalten. Den Parteien ist sie schriftlich zuzuleiten.

IV. Verfahren

§ 11

Das Schiedsgericht wird nur auf schriftlichen Antrag tätig. Dieser Antrag kann von jedem Parteimitglied und jedem Organ der Union (Antragsteller) gegen jedes Mitglied (Antragsgegner) gestellt werden. Abschrift ist vom Antragsteller der für den Antrag zuständigen Ortsvorstandschafft zuzuleiten.

Der Antrag muß den Antragsgegner und das ihm zur Last gelegte Verhalten so bezeichnen, daß das Schiedsgericht zweifelsfrei feststellen kann, welche tatsächlichen Vorgänge es untersuchen und aufklären soll.

§ 12

Anträge auf Ausschluß eines Mitgliedes kann die Vorstandschafft eines Verbandes der Union, dem der Antragsgegner angehört, durch schriftlichen Eintritt als Antragsteller übernehmen.

§ 13

Mitglieder, die unehrenhaften Verhaltens beschuldigt werden, können das Verfahren gegen sich selbst beantragen.

In diesem Fall gelten sie selbst als Antragsgegner, die zuständige Ortsvorstandschafft als Antragsteller. Die Orts- oder Kreisvorstandschafft kann, wenn ein solcher Antrag unterbleibt, ihrerseits den Antrag unter Fristsetzung fordern und nach Fristablauf das Ausschlußverfahren wegen Verstoß gegen die Parteidisziplin einleiten.

§ 14

Für die Durchführung des Verfahrens ist der Vorsitzende zuständig und verantwortlich. Für formale Arbeiten kann er sich eines Schriftführers bedienen.

§ 15

Das Schiedsgericht hat zunächst die Schlichtung des Streitfalles durch einen Beauftragten zu versuchen, der nach Möglichkeit einen Schiedsvergleich herbeizuführen und hierüber eine Niederschrift zu fertigen hat.

§ 16

Das Schiedsgericht kann offensichtlich unbegründete Anträge ohne Verhandlung ablehnen. Die Bestimmungen über Rechtsmittel gelten auch für diesen Fall.

§ 17

Wird der Antrag weder als offensichtlich unbegründet abgelehnt, noch durch Schiedsvergleich geregelt, ist das Schiedsverfahren durchzuführen. Die Form des Verfahrens bestimmt in sinngemäßer Anwendung der Vorschriften der Zivilprozeßordnung das

Schiedsgericht. Es kann Zeugen hören und Beweise erheben. Nichtmitglieder sollen nur gehört werden, wenn dies für die Entscheidung von wesentlicher Bedeutung ist. Stets müssen Antragsteller und Antragsgegner gehört werden. Im Ausschlußverfahren muß dem Antragsgegner Gelegenheit zur persönlichen Äußerung gegeben werden.

§ 18

Antragsteller und Antragsgegner können sich des Beistandes eines Mitgliedes der Union bedienen.

§ 19

Das Schiedsverfahren ist mit jeder möglichen Beschleunigung durchzuführen. Den Parteien können Fristen gesetzt werden.

§ 20

Verzögert ein Schiedsgericht die Verhandlungen über Gebühr oder führt es ein Verfahren unter offensichtlichen erheblichen Verstößen gegen diese Schiedsordnung durch, kann das Schiedsgericht der nächsthöheren Instanz Frist für die Entscheidung bzw. für Abhilfe setzen und nach ergebnislosem Ablauf das Verfahren an sich ziehen. Seine Entscheidung gilt als solche zweiter Instanz.

§ 21

Alle Beteiligten sind zur vertraulichen Behandlung der Verhandlungen verpflichtet.

§ 22

Das Schiedsgericht *muß* die Vorstandschaft seiner Instanz, *es kann* andere Organe der Union gutachtlich, insbesondere über politische Hintergründe und Auswirkungen des Einzelfalles hören.

§ 23

Über alle Verhandlungen sind Niederschriften zu fertigen und von den Schiedsrichtern zu unterschreiben.

§ 24

Die Beteiligten dürfen die ordentlichen Gerichte, soweit deren Zuständigkeit gegeben ist, erst angehen, wenn das Schiedsgericht rechtskräftig entschieden hat. Das Schiedsgericht kann aber vorher den Rechtsweg zulassen oder seinerseits die Verhandlung aussetzen, bis ein Verfahren vor den öffentlichen Gerichten entschieden ist.

V. Zuständigkeit

§ 25

Auseinandersetzungen innerhalb eines Kreisverbandes entscheidet in erster Instanz das Kreisschiedsgericht. Es ist für alle Entscheidungen zuständig, bei denen Antragsteller und Antragsgegner dem gleichen Kreisverband angehören.

§ 26

Alle anderen Auseinandersetzungen entscheidet in erster Instanz das Bezirksschiedsgericht. Soweit Parteien beteiligt sind, die verschiedenen Bezirken angehören, ist das Schiedsgericht des Bezirksverbandes des Antragsgegners maßgebend.

§ 27

Ist in einer Großstadt der Verband der Union als selbständiger Bezirksverband anerkannt, so können durch Beschluß der Bezirksversammlung für diesen Bereich Kreis- und Bezirksschiedsgerichte vereinigt werden. In diesem Fall sind Vertreter in der erforderlichen Anzahl zu wählen. Die Beisitzer müssen nicht die Befähigung zum Richteramt haben.

§ 28

Die Landesvorstandschaft oder eine Bezirksvorstandschaft als Antragsteller kann aus triftigen Gründen einen Fall auch dann in erster Instanz vor das ihr zugeordnete Schiedsgericht ziehen, wenn nach diesen Bestimmungen ein untergeordnetes Schiedsgericht zuständig wäre.

VI. Rechtsmittel

§ 29

Für jeden Fall bestehen zwei Instanzen:

Ist zunächst das Kreisschiedsgericht befaßt, entscheidet auf Einspruch eines Beteiligten das Bezirksschiedsgericht endgültig.

Ist das Kreisschiedsgericht erster Instanz für den Ausschluß eines Mitgliedes, so kann auf Einspruch einer der Parteien die Entscheidung des Landesschiedsgerichts angerufen werden. Dieses beschließt endgültig (§ 7,8 der Satzung).

War das Bezirksschiedsgericht erste Instanz, entscheidet auf Einspruch das Landesschiedsgericht.

Das Landesschiedsgericht als erste Instanz (im Ausnahmefall des § 29) entscheidet endgültig.

§ 30

Bei Einverständnis der Parteien kann unter Überspringung der ersten Instanz sofort die Einspruchsinstanz angegangen werden, die dann endgültig entscheidet.

§ 31

Das Bezirksschiedsgericht als Einspruchsinstanz kann wegen grundsätzlicher Bedeutung eines Falles den weiteren Einspruch zum Landesschiedsgericht zulassen.

Es hat diesen weiteren Einspruch stets zuzulassen, wenn auf Ausschluß eines Mitgliedes erkannt ist.

§ 32

Der Einspruch ist binnen zehn Tagen nach Empfang der Entscheidung schriftlich bei dem Schiedsgericht einzulegen, dessen Entscheidung angefochten wird.

§ 33

Die Akten der Schiedsgerichte sind fünf Jahre aufzubewahren.

§ 34

Soweit diese Schiedsordnung Einzelfragen nicht regelt, treffen die Schiedsrichter eine billige Regelung aus dem Geist der Schiedsordnung. Im Zweifel kann die Auslegung durch die geschäftsführende Landesvorstandschaft angefordert werden, die dann verbindlich ist.

§ 35

Diese Schiedsordnung gilt als Bestandteil der Satzung. Sie ist von jedem Mitglied der Union beim Eintritt unterschriftlich als verbindlich anzuerkennen.

Nr. XX

**Finanzstatut der Christlich-Sozialen Union in Bayern, mit rückwirkender
Geltung ab 1. Januar 1947 beschlossen am 3. Januar 1948**

Der Landesausschuß der Christlich-Sozialen Union hat in seiner am 3. Januar 1948 stattgefundenen Sitzung folgendes Finanzstatut gemäß §§ 48, 60 und 66 der Satzung der Christlich-Sozialen Union beschlossen:¹

§ 1

Finanzierung der Aufgaben

1. Die zur Durchführung der Aufgaben der Christlich-Sozialen Union in Bayern (im folgenden kurz "Union" genannt) erforderlichen Mittel werden durch Mitgliederbeiträge, Aufnahmegebühren, Sammlungen und Spenden aufgebracht.
2. Grundlage der Finanzierung sind die Mitgliederbeiträge.

§ 2

Mitgliederbeiträge

1. Die Mitgliederbeiträge werden durch die Ortsverbände oder durch die Kreisverbände, soweit keine Ortsverbände bestehen, erhoben.
2. Die Zahlung der Beiträge wird durch Beitragsmarken, die auf die Rückseite der Mitgliedskarte zu kleben und durch Datumstempel zu entwerten sind, quittiert.
3. Die Beitragsmarken werden vom Landesverband herausgegeben. Die Bezirksverbände fordern den Bedarf ihrer Kreisverbände beim Landesverband an. Die Kreisverbände statten ihre Ortsverbände mit Beitragsmarken aus.
4. Es ist den Unterverbänden nicht gestattet, selbst Beitragsmarken herzustellen.

§ 3

Höhe und Fälligkeit der Mitgliederbeiträge

1. Die Mitgliederbeiträge werden in der Regel monatlich erhoben.
2. Der Jahresbeitrag wird vom Landesausschuß festgesetzt.
3. Die Ortsvorstandschafte bzw. Kreisvorstandschafte, soweit keine Ortsverbände bestehen, können die Beiträge in besonderen Fällen auf Antrag herabsetzen, stunden oder erlassen.

Ungeachtet dessen haben die Ortsverbände jedoch die Beitragsanteile an den Kreis-, Bezirks- und Landesverband für jedes Mitglied auf der Basis des Jahresgrundbeitrages abzuführen. Hiervon abweichende Regelungen müssen mit dem Kreis-, Bezirks- oder Landesverband vereinbart werden.

§ 4

Abrechnung und Abführung von Beitragsanteilen

1. Die Ortsverbände haben jeweils bis zum 10. Januar, April, Juli und Oktober mit den Kreisverbänden über die im vorhergegangenen Vierteljahr veräußerten Bei-

¹ IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel.

- tragsmarken abzurechnen und gleichzeitig einen Beitragsanteil von 90 Teilen des Grundbeitrages per Monat und Mitglied an den Kreisverband zu überweisen.
2. Die Kreisverbände haben jeweils bis zum 17. Januar, April, Juli und Oktober mit den Bezirksverbänden über die im vorhergegangenen Vierteljahr umgesetzten Beitragsmarken abzurechnen und gleichzeitig pro Monat und Mitglied zu überweisen:
 - a. an die Geschäftsstelle des Kreisverbandes 35 Teile des Grundbeitrages (1947 = 30 Teile),
 - b. an den Bezirksverband 10 Teile des Grundbeitrages.
 3. Die Bezirksverbände haben jeweils bis zum 24. Januar, April, Juli und Oktober mit dem Landesverband über die im vorhergegangenen Vierteljahr umgesetzten Beitragsmarken abzurechnen und gleichzeitig pro Monat und Mitglied an den Landesverband 45 Teile des Grundbeitrages zu überweisen (1947 = 50 Teile).
 4. Bei den Bezirksverbänden München, Augsburg, Nürnberg erfolgt die Sonderregelung durch die Bezirksverbände im Benehmen mit ihren Kreisverbänden.

§ 5

Umlagen, Sammlungen

1. Die Bezirks-, Kreis- und Ortsverbände können für besondere Zwecke Umlagen erheben und Sammlungen durchführen.
2. Die Erhebung von Umlagen und Veranstaltung von Sammlungen ist jedoch nur in Übereinstimmung mit der Landesvorstandschafft gestattet.

§ 6

Aufnahmegebühren

1. Die Ortsverbände bzw. Kreisverbände, soweit keine Ortsverbände bestehen, können die Erhebung einer Aufnahmegebühr von neueingetretenen Mitgliedern beschließen.
2. Die Aufnahmegebühr verbleibt den Ortsverbänden. Über ihren Empfang ist auf der Vorderseite der Mitgliedskarte durch Eintragen des Betrages und Unterschrift zu quittieren.

§ 7

Legitimation

1. Die Mitglieder legitimieren sich gegenüber den Verbänden und Organen der Union durch die Mitgliedskarte.
2. Die Legitimation gilt nur dann als erbracht, wenn die Mitgliedskarte in allen Teilen ausgefüllt und über den zuletzt fälligen Betrag quittiert ist.

§ 8

Haushaltsführung

1. Die Kreis- und Bezirksverbände sowie der Landesverband decken ihren Finanzbedarf durch die gemäß § 4 abzuführenden Beitragsanteile.
2. Sie sind zur ordnungsgemäßen Buchführung verpflichtet.
3. Die Verwaltung des Vermögens steht den Schatzmeistern zu.
4. Die Orts-, Kreis- und Bezirksverbände sowie der Landesverband können vermögensrechtliche Verpflichtungen nur im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Leistungsfä-

higkeit eingehen. Für vereinsrechtliche Nachteile, die der Union und ihren Unterverbänden aus der Nichtbeachtung dieser Vorschrift entstehen, haften die Mitglieder der Vorstandschaften, die die Verpflichtungen eingegangen sind, einzeln und insgesamt.

5. Die Vorstandschaften beschließen, bis zu welchem Betrage der Schatzmeister Rechtsgeschäfte, die den Verband der Union, für den sie gewählt sind, vermögensrechtlich verpflichten, selbständig abschließen kann. Alle Rechtsgeschäfte und vermögensrechtlichen Willenserklärungen, die diesen Betrag überschreiten, müssen zuvor von der Vorstandschaft mit Dreiviertelmehrheit beschlossen sein. Sie bedürfen außerdem der Unterschrift des Vorsitzenden, des Schatzmeisters und eines weiteren Vorstandsmitgliedes.

§ 9

Haushaltsplan

1. Die Kreis- und Bezirksverbände sowie der Landesverband haben zu Beginn eines jeden Geschäftsjahres einen Haushaltsplan aufzustellen, der genaue Angaben über Herkunft und Höhe der Einnahmen sowie Höhe und Zweck der Ausgaben enthalten muß.
2. Die Haushaltspläne sind nach dem Kontenplan der Landesgeschäftsstelle zu gliedern. Bei den Kreis- und Bezirksverbänden sind mindestens die Hauptgruppen dieses Kontenplanes vorzusehen:

I. Einnahmen:

1. aus Aufnahmegebühren, Beiträgen und Umlagen von:
 - a. Kreisverbänden,
 - b. Bezirksverbänden,
 - c. Fraktionen,
 - d. Mitgliedern,
2. aus Vertrieb von Plakaten, Zeitschriften und Flugblättern,
3. aus geleisteter Werbung und Mitarbeit für die Unions-Presseorgane,
4. aus Spenden von:
 - a. unmittelbaren Spendern,
 - b. Kreisverbänden als Ausgleich für nicht geleistete Beitragszahlungen,
 - c. Unterorganisationen der Union,
 - d. Sammlungen,
5. aus Darlehen (Kreditgewährungen),
6. sonstigen Einnahmen.

II. Ausgaben:

1. Personalkosten:
 - a. Gehälter,
 - b. Honorare,
 - c. Aufwandsentschädigungen,
 - d. Vorschüsse,
 - e. Sozialabgaben,
 - f. erstattete Auslagen und Aufwandsentschädigungen an Mitglieder der Vorstandschaften gemäß §§ 13, 23 und 35 der Satzungen.
2. Raumkosten:
 - a. Mieten,
 - b. Heizung, Beleuchtung, Reinigung,

- c. Instandhaltung,
- d. sonstige Raumkosten.
3. Kosten für Werbung und Reise:
 - a. Werbedrucksachen,
 - b. Plakate, Zeitschriften und Flugblätter,
 - c. Rednerhonorare,
 - d. Wahlpropaganda,
 - e. Repräsentationskosten,
 - f. Reisespesen.
4. Kosten des Wagenparks:
 - a. Fahrzeugbeschaffung,
 - b. Wartung,
 - c. Betriebsstoff,
 - d. Ersatzteile,
 - e. Garagenmiete,
 - f. Kraftfahrzeugsteuer, Kraftfahrzeugversicherung.
5. Allgemeine Verwaltungskosten:
 - a. Porto,
 - b. Telefon- und Telegrammgebühren,
 - c. Kosten des Geldverkehrs und Zinsen,
 - d. Zeitschriften, Zeitungen und Bücher,
 - e. Bürobedarf,
 - f. Schreib- und Übersetzungsarbeiten,
 - g. Fahrtkosten und Frachtkosten,
 - h. Versicherungsprämien ohne Kfz-Versicherungen,
 - i. Anschaffung von Büromaschinen und Möbeln, Miete für Büromaschinen und Möbel,
 - k. Abschreibungen,
 - l. außerordentliche Aufwendungen,
 - m. sonstige Verwaltungskosten,
 - n. Zinsen,
 - o. Rückzahlung von Darlehen.
6. Der Haushaltsplan ist der nach §§ 23, 35 und 48 der Satzung zuständigen Versammlung zur Beschlußfassung vorzutragen und nach Genehmigung vom Vorsitzenden, Schatzmeister und Geschäftsführer zu unterschreiben.
7. Die Haushaltspläne der Kreis- und Bezirksverbände sind innerhalb einer Woche nach Genehmigung in Abschrift dem Landesverband zur Kenntnis zu bringen.

§ 10

Jahresrechnung

1. Die Orts-, Kreis- und Bezirksverbände sowie der Landesverband haben am Schluß jeden Geschäftsjahres eine Jahresrechnung zu erstellen.
2. Die Gliederung der Jahresrechnung muß der des Haushaltsplanes entsprechen (§ 9 des Finanzstatuts, Absatz 2).
3. Die Jahresrechnung ist der nach §§ 33, 23, 35 und 48 der Satzung zuständigen Versammlung zur Beschlußfassung vorzulegen und nach Genehmigung vom Vorsitzenden, Schatzmeister und Geschäftsführer zu unterschreiben.
4. Die Jahresrechnung ist innerhalb einer Woche nach Genehmigung in Abschrift dem Landesverband zur Kenntnis zu bringen.

5. Die Entlastung des Vorstandes und des Schatzmeisters obliegt der Mitgliederversammlung.
6. Die Entlastung des Landesvorstandes und des Landesschatzmeisters obliegt dem Landesausschuß.

§ 11

Kassen- und Rechnungsprüfung

1. Für die Kassen- und Rechnungsprüfung gelten die Bestimmungen des § 64 der Satzung.

§ 12

Auflösung

1. Bei einer etwaigen Auflösung der CSU in Bayern bestimmt der Landesausschuß über die Verwendung des Vermögens.
2. Bei Auflösung von Orts- oder Kreisverbänden geht deren Vermögen auf den Landesverband über.

§ 13

Finanzausschüsse

1. Den Schatzmeistern der Kreis- und Bezirksverbände sowie des Landesverbandes sind Finanzausschüsse zur Seite zu stellen. Im Finanzausschuß des Landesverbandes ist dem verantwortlichen Leiter der Landesgeschäftsstelle Sitz und Stimme einzuräumen.
2. Den Vorsitz führen die Schatzmeister.
3. Die Finanzausschüsse haben die Aufgabe, die Schatzmeister zu beraten und zu unterstützen, insbesondere aber bei der Sicherstellung der Finanzierung der Aufgaben und Einrichtungen der Union tatkräftig mitzuwirken.
4. Die Schatzmeister legen die Empfehlungen der Finanzausschüsse ihren Vorstandschaften zur Beschlußfassung vor.

§ 14

Gemeinsame Kreisgeschäftsstellen

1. Wird für mehrere Kreisverbände eine gemeinsame Kreisgeschäftsstelle errichtet, so bestellen die beteiligten Kreisvorstandschaften aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden und einen Schatzmeister, denen die Leitung der Kreisgeschäftsstelle und die Überwachung der Finanzgebarung obliegt.
2. Die Bestellung erfolgt für jeweils ein Geschäftsjahr.
3. Die beauftragten Vorsitzenden und Schatzmeister sind an die gemeinsamen Beschlüsse der beteiligten Kreisvorstandschaften gebunden.
4. Die Kreisgeschäftsführer haben die Weisungen der beauftragten Vorsitzenden und Schatzmeister nach den Bestimmungen ihrer Dienstordnung auszuführen.

§ 15

Inkrafttreten

1. Dieses Finanzstatut tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1947 in Kraft.
2. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

Nr. XXI

Vorschläge des Bezirksverbandes Oberbayern zur Satzungsänderung,
23. Dezember 1947

Christlich-Soziale Union in Bayern
Bezirksverband Oberbayern
Trogerstr. 54/2

München, den 23. Dezember 1947

An die
Mitglieder des Landesausschusses

Betrifft: Satzungsänderung¹

Beilagen: Antrag des Bezirksverbandes Oberbayern

Der Bezirksverband Oberbayern der Christlich-Sozialen Union hat bei dem Herrn Landesvorsitzenden den beiliegenden Satzungsänderungsantrag eingereicht und vorgeschlagen, daß derselbe bei der kommenden Landesausschußsitzung behandelt wird. Ich übermittle Ihnen diesen Antrag zu Ihrer Unterrichtung und bemerke hierzu:

Der Antrag zielt in erster Linie auf eine stärkere Berücksichtigung der demokratischen Grundsätze in der Parteisatzung und damit im Parteileben ab.

Zunächst erscheint es notwendig, in den verschiedenen Stufen des Parteiapparates an die Stelle des *einen* Vorsitzenden ein mehrköpfiges Gremium zu setzen, im Antrag "Vorstand" genannt. Auf die §§ 14, 25, 37 und 54 wird verwiesen.

Grundsatz einer demokratischen Körperschaft muß es ferner sein, daß die Mitglieder über das Geschick dieser Körperschaft entscheiden. Deshalb ist es notwendig, sicherzustellen, daß der Wille der Mitglieder möglichst vollkommen zum Ausdruck kommt.

Der Wille der Mitglieder findet bisher bei der Bildung der Kreis-, Bezirks- und Landesversammlung nur einen ungenügenden Ausdruck, weil die Mitgliederstärke der Verbände bei der Zusammensetzung der Kreis-, Bezirks- und Landesversammlungen völlig unberücksichtigt bleibt. Es erscheint daher notwendig, die §§ 22, 34 und 44 so zu ändern, daß zwar jeder Unterverband vertreten ist, aber gleichzeitig seine Mitgliederstärke zur Geltung kommt.

Ebenso verlangen die demokratischen Grundsätze, daß in den Organen der Partei der Wille der *gewählten* Vertreter maßgebend ist. Nach den zur Zeit geltenden Bestimmungen ist eine so große Zahl von Personen stimmberechtigt, die nicht aufgrund ihrer Wahl, sondern aufgrund einer Funktion, die sie innehaben, stimmberechtigt sind, daß dieser Grundsatz erheblich beeinträchtigt ist. In den §§ 22, 25, 34, 37 und 47 des Satzungsänderungsentwurfes ist daher vorgesehen, daß bestimmte Personen in den Parteiorganen lediglich Sitz, aber keine Stimme haben.

Um unverfälschte Abstimmungsergebnisse zu sichern, erscheint es auch notwendig, das mehrfache Stimmrecht einzelner Delegierter zu beseitigen. Ebenso ist es geboten, der Stimmrechtshäufung im Wege der Stimmrechtsübertragung vorzubeugen.

¹ BayHStA, NL Pfeiffer 533, hektographiertes Exemplar.

Diesen Zielen dienen die vorgeschlagenen Änderungen zu § 67, soweit sie die Einschaltung eines weiteren Satzes nach Satz 2 und nach Satz 3 des Absatzes 1 betreffen.

Um die Landesvorstandschaft, die bisher infolge ihrer großen Mitgliederzahl (über 40) viel zu ungefüge war und daher kaum zusammentrat, arbeitsfähig zu machen, ist es notwendig, deren Mitgliederzahl wesentlich zu vermindern (§ 49 des Entwurfes). Bei der Bedeutung dieses Organs erscheint es auch notwendig, § 51 der Satzung dahin zu ändern, daß die Landesvorstandschaft mindestens alle zwei Monate zusammentreten muß.

Die Einrichtung einer geschäftsführenden Landesvorstandschaft, wie § 53 der Satzung festlegt, entspricht nicht demokratischen Grundsätzen, weil es sich nicht um ein gewähltes, sondern um ein vom Landesvorsitzenden berufenes Gremium handelt. Auf diese Einrichtung kann künftig verzichtet werden, weil der Landesvorstand bereits ein mehrköpfiges Gremium darstellt.

Dem Grundsatz der Dezentralisierung, der zugleich eine demokratische Forderung ist, dienen die vorgeschlagenen Änderungen der §§ 4 und 17 der Satzung und des neuen § 62, Absatz 2 und 3 des Entwurfs.

Die übrigen Änderungen entspringen zum Teil praktischen Bedürfnissen, zum Teil sind sie auch lediglich redaktioneller Art und so fort, so daß auf eine Erläuterung in diesem Zusammenhang zunächst verzichtet werden kann.

Dr. Dr. A. Hundhammer

1. Vorsitzender des Bezirksverbandes Oberbayern
der Christlich-Sozialen Union in Bayern

Anlage

Antrag des Bezirksverbandes Oberbayern der Christlich-Sozialen Union in Bayern
für die Änderung der Satzung der Christlich-Sozialen Union in Bayern

§ 1

Hinter "München" ist ein Punkt zu setzen, das nachfolgende "und" ist zu streichen. An seiner Stelle ist zu setzen: "die Landesvorstandschaft".

§ 4, Absatz 4

Neufassung: Lehnt die Vorstandschaft die Aufnahme ab, kann der Bewerber die Entscheidung der Kreisvorstandschaft anrufen, lehnt ein städtischer Kreisverband die Aufnahme ab, kann der Bewerber die Entscheidung der Bezirksvorstandschaft anrufen.

§ 10

Neufassung: Die Mitglieder einer oder mehrerer Ortschaften einer politischen Gemeinde oder eines Stadtteiles gleicher Größenordnung sollen einen Ortsverein bilden. Solange kein Ortsverein gebildet ist, muß eine Ortsobmannschaft gebildet werden.

§ 13, Absatz 2

Vor "Vorsitzende" ist einzufügen: "erste".

§ 14

Neufassung des Absatz 1: Die Ortsvorstandschaft besteht in der Regel aus mindestens fünf Mitgliedern:

- a. dem ersten, zweiten und dritten Vorsitzenden, einem Schriftführer und einem Kassier (Ortsvorstand)
- b. dem Fraktionsvorsitzenden des Gemeinde- bzw. Stadtrates und dem ersten Bürgermeister, gegebenenfalls dem zweiten Bürgermeister, wenn diese CSU-Angehörige sind,
- c. zwei weiteren Mitgliedern.

Absatz 2: ist zu streichen.

Änderung des Absatz 3: Die Worte "und Stimme" sind zu streichen.

§ 15, Absatz 5, § 16, Absatz 3

Satz 3: Statt "Ortsvorsitzende" ist zu setzen: "1. Vorsitzende der Ortsvorstandschaft".

§ 17

Neufassung: Der Ortsverein wird durch Beschluß der Mitgliederversammlung aufgelöst. Dabei sind die Bestimmungen des § 67, Absatz 2 a und c zu beachten.

§ 18

zu streichen.

§ 19

Die Ortsvereine eines Landkreises oder Stadtkreises sollen sich zu einem Kreisverband zusammenschließen.

§ 22

Neufassung: Die Kreisversammlung besteht aus:

- a. mindestens je einem stimmberechtigten Vertreter der angeschlossenen Ortsvereine. Ortsvereinen mit mehr als 100 Mitgliedern steht für je 100 Mitglieder ein Delegierter zu. Verbleibt bei der Teilung der Gesamtmitgliederzahl durch 100 ein durch diese Zahl nicht mehr teilbarer Rest, der größer ist als 33, steht dem Kreisverband auch hierauf ein Delegierter zu.
- b. dem Vorsitzenden der Kreistagsfraktion in Landkreisen bzw. dem Vorsitzenden der Stadtratsfraktion in Stadtkreisen,
- c. den im Gebiet des Kreisverbandes ansässigen Mandatsträgern zu den kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften des Kreises, des Bezirkes und des Parlaments sowie den im Gebiet des Kreisverbandes ansässigen Mitgliedern der höheren Organisationsstufen der Union.

Die unter c aufgeführten Vertreter haben kein Stimmrecht.

§ 23, Buchstabe h

Statt "Vorstands" ist zu setzen "Vorstandschaft".

§ 25

Neufassung: 1. Die Kreisvorstandschaft besteht aus:

- a. dem ersten, zweiten und dritten Vorsitzenden, zwei Schriftführern und zwei Kassieren (Kreisvorstand),
- b. dem Vorsitzenden der Kreistagsfraktion in Landkreisen, der Stadtratsfraktion in Stadtkreisen,

- c. mindestens vier weiteren Mitgliedern,
 - d. den im Kreisgebiet ansässigen Mitgliedern des Bezirkstags, des Landtags und der Vorstandschaften der höheren Organisationsstufen der Union.
- Die unter d aufgeführten Vertreter haben kein Stimmrecht.

§ 25, Absatz 2

zu streichen (siehe § 14, Absatz 2).

§ 26, Absatz 2, letzter Satz

Vor Vorsitzende ist einzufügen: "erste".

§ 29

Neufassung: Der Kreisverband wird aufgelöst:

1. durch Beschluß der Landesvorstandschaft.
2. Er gilt als aufgelöst, wenn die Zahl der angeschlossenen Ortsvereine unter drei sinkt.
3. Gegen den Auflösungsbeschluß der Landesvorstandschaft kann schriftlich Berufung beim Schiedsgericht des Landesverbandes eingelegt werden. Die Berufung gilt als frist- und formgerecht eingelegt, wenn sie innerhalb von zwei Wochen nach Zustellung des Auflösungsbeschlusses eingebracht wird und von mindestens einem Viertel der angeschlossenen Ortsvereine unterschrieben ist. Gegen den Entscheid des Schiedsgerichtes ist innerhalb von vier Wochen nach Zustellung Einspruch bei der nächsten Landesversammlung zulässig. Der Einspruch muß von mindestens einem Viertel der angeschlossenen Ortsvereine unterschrieben sein. Die Landesversammlung entscheidet endgültig.

§ 30

zu streichen.

§ 34

Neufassung: Die Bezirksversammlung besteht aus:

- a. mindestens einem stimmberechtigten Vertreter jeden Kreisverbandes. Kreisverbänden mit mehr als 250 Mitgliedern steht für je 250 Mitglieder ein Delegierter zu. Verbleibt bei der Teilung der Mitgliederzahl durch 250 ein durch diese Zahl nicht mehr teilbarer Rest, der größer ist als 125, steht dem Kreisverband auch hierauf ein Delegierter zu.
- b. dem Vorsitzenden der Bezirkstagsfraktion bzw. der Stadtratsfraktion in städtischen Bezirksverbänden,
- c. den im Gebiet des Bezirksverbandes ansässigen Landtagsabgeordneten und Angehörigen der Organe des Landesverbandes,
- d. den Mitgliedern der Bezirkstagsfraktion bzw. in städtischen Bezirksverbänden der Stadtratsfraktion.

Die unter c und d aufgeführten Vertreter haben kein Stimmrecht.

Befinden sich unter den gewählten Delegierten keine Vertreter der Frauen und der Jugend, hat die Bezirksversammlung nach den Vorschlägen der Bezirksvorstandschaft je einen Vertreter hinzuzuwählen. Der Jugendvertreter darf das 28. Lebensjahr nicht vollendet haben.

§ 35

Änderung:

Buchstabe e: Wahl der Vertreter zum Landesausschuß,

Buchstabe f: Wahl je eines Vertreters der Frauen und der Jugend zur Landesversammlung. Der Jugendvertreter darf das 28. Lebensjahr nicht vollendet haben.

Buchstabe l: Aufstellen der Wahlvorschläge für den Landtag unter Zusammenfassung der bindenden Vorschläge der Kreisversammlungen gemäß § 23 Buchstabe d.

§ 36

Neufassung:

1. Die Bezirksversammlung tritt mindestens halbjährlich, außerdem nach Bedarf zusammen. Sie wird vom Bezirksvorstand schriftlich unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von mindestens 14 Tagen einberufen. Der Bezirksvorstand hat die Einberufung einer Bezirksversammlung mindestens vier Wochen vor deren Zusammentritt anzukündigen, sofern nicht eine besondere Dringlichkeit vorliegt, und die Delegierten zur Einreichung von Anträgen innerhalb einer Frist von zehn Tagen aufzufordern.

§ 37, Absatz 1

Neufassung: 1. Die Bezirksvorstandschafft besteht aus:

- a. dem ersten, zweiten und dritten Vorsitzenden, zwei Schriftführern und zwei Kassieren (Bezirksvorstand),
- b. dem Vorsitzenden der Bezirkstagsfraktion, bei städtischen Bezirksverbänden dem Vorsitzenden der Stadtratsfraktion,
- c. dem stellvertretenden Vorsitzenden des Bezirksständerrates,
- d. mindestens sechs weiteren Mitgliedern,
- e. den im Bereich des Bezirksverbandes gewählten Landtagsabgeordneten der Union,
- f. den im Bereich des Bezirksverbandes ansässigen Mitgliedern der Landesvorstandschafft.

Die unter e und f aufgeführten Vertreter haben kein Stimmrecht.

§ 41

zu streichen.

§ 42, Absatz 2

Neufassung: § 29, Absatz 3 gilt entsprechend.

§ 43

Änderung:

d. der Landesvorstand,

g. Schiedsgericht.

§ 44

Änderung: a. mindestens einem stimmberechtigten Vertreter jeden Kreisverbandes. Kreisverbänden mit mehr als 250 Mitgliedern steht für je 250 Mitglieder ein Delegierter zu. Verbleibt bei der Teilung der Mitgliederzahl durch 250 ein durch diese

Zahl nicht mehr teilbarer Rest, der größer ist als 125, steht dem Kreisverband auch hierauf ein Delegierter zu.

§ 45

Änderung: Satz 1: Die Landesversammlung wählt den Parteivorstand.

§ 46, Absatz 1

Neufassung:

1. Die Landesversammlung tagt jährlich einmal. Sie wird vom Landesvorstand mit einer Frist von mindestens 14 Tagen unter Angabe der Tagesordnung einberufen. Mindestens einen Monat vor dem Zusammentritt der Landesversammlung hat der Landesvorstand den Delegierten deren Einberufung schriftlich anzukündigen und sie dabei aufzufordern, Anträge innerhalb zehn Tagen einzureichen.

Absatz 2: Bei a. ist das Wort "geschäftsführender" zu streichen.

§ 47 c

c. Neufassung:

[c.] mindestens einem Vertreter jeden Bezirksverbandes. Bezirksverbänden mit mehr als 2000 Mitgliedern steht für je 2000 Mitglieder ein Delegierter zu. Verbleibt bei der Teilung der Mitgliederzahl durch 2000 ein durch diese Zahl nicht mehr teilbarer Rest, der größer ist als 1000, steht dem Bezirksverband auch hierauf ein Delegierter zu.

Die unter b und d aufgeführten Vertreter haben kein Stimmrecht.

Befinden sich unter den Delegierten nicht mindestens je drei Vertreter der Frauen und der Jugend, hat der Landesausschuß bis zu dieser Zahl nach den Vorschlägen der Landesvorstandschafft Vertreter der Frauen und der Jugend hinzuzuwählen. Die Vertreter der Jugend dürfen das 28. Lebensjahr nicht vollendet haben.

§ 48, Absatz 2, Satz 2

Statt "zweimal": "dreimal".

Hinter Satz 3 ist einzufügen: "mindestens drei Wochen vor dem Zusammentritt des Landesausschusses hat der Landesvorstand dessen Einberufung den Delegierten schriftlich anzukündigen und sie dabei aufzufordern, Anträge innerhalb einer Woche einzureichen".

Letzter Absatz, Änderung: Statt "Landesvorsitzenden" ist zu setzen: "Landesvorstand".

§ 49

Neufassung: Die Landesvorstandschafft besteht aus:

- a. dem Landesvorstand,
- b. zehn von den Bezirksverbänden zu wählenden Vertretern zur Landesvorstandschafft,
- c. einer vom Landesausschuß zu wählenden Vertreterin der Frauen,
- d. einem vom Landesausschuß zu wählenden Vertreter der Jugend; dieser darf das 28. Lebensjahr nicht vollendet haben,
- e. einem der Union angehörenden Mitglied der Staatsregierung, das von den Unionsmitgliedern der Staatsregierung bestimmt wird. Stellt die Union den Ministerpräsidenten, gehört dieser der Landesvorstandschafft an.

- f. dem Vorsitzenden der Landtagsfraktion,
- g. einem der Union angehörenden Mitglied des Landtagspräsidiums, das von den der Union angehörenden Mitgliedern des Landtagspräsidiums bestimmt wird. Stellt die Union den Landtagspräsidenten, gehört dieser der Landesvorstandschafft an.
- h. dem Vorsitzenden des berufsständischen Rates.

§ 51

Änderung, Satz 1: Statt "vierteljährlich": "alle zwei Monate".

In Absatz 1, Satz 2, und in Absatz 2, Satz 2, ist anstelle "Landesvorsitzende" zu setzen: "Landesvorstand".

In Absatz 2 ist hinter "beantragt wird" anzufügen: "oder wenn es ein Mitglied des Landesvorstandes verlangt."

§ 52

Änderung: In Absatz 2, Satz 1, ist "geschäftsführenden" zu streichen und vor das Wort "Vorstandschafft" zu setzen: "Landes".

In Absatz 3 ist anstelle "vom Landesvorsitzenden" zu setzen: "vom ersten Landesvorsitzenden".

§ 53

zu streichen.

§ 54

Neufassung:

1. Der Landesvorstand besteht aus dem ersten, zweiten und dritten Landesvorsitzenden, zwei Schriftführern und zwei Kassieren.
2. Der Landesvorstand führt die Geschäfte der Union und vertritt sie gerichtlich und außergerichtlich.
3. Die Landesvorstandschafft erläßt eine Geschäftsordnung für den Landesvorstand.
4. Der Landesvorstand muß mindestens alle 14 Tage zu einer Sitzung zusammentreten.
5. Scheidet ein Mitglied des Landesvorstandes vorzeitig aus, hat die Landesvorstandschafft unverzüglich aus ihrer Mitte vorläufig ein Mitglied in den Landesvorstand zu entsenden. Bei der nächsten Landesauschußsitzung hat dieser die endgültige Regelung für die Zeit bis zu einer ordnungsgemäßen Neuwahl zu treffen.

§ 56

Anstelle "Landesvorsitzenden" ist zu setzen: "Landesvorstand".

§ 59

zu streichen.

§ 61

An die Stelle des Absatz 2, Satz 2 tritt: "Der erste Vorsitzende wird im Falle seiner Verhinderung durch den zweiten Vorsitzenden und bei dessen Verhinderung durch den dritten Vorsitzenden vertreten."

Absatz 3 ist zu streichen.

§ 61 a

neu: "Die Mitglieder aller Organe der Union sind ehrenamtlich tätig. Sie erhalten lediglich Ersatz der ihnen bei der Ausübung ihrer Tätigkeit entstandenen baren Auslagen."

§ 56 und § 62 der Satzung

zu streichen. An ihre Stelle tritt:

1. Beim Landesverband wird eine Landesgeschäftsstelle unter der Leitung eines Landesgeschäftsführers unterhalten. Der Landesgeschäftsführer und die sonstigen Kräfte der Landesgeschäftsstelle werden von der Landesvorstandschafft angestellt und besoldet.
2. Jeder Bezirksverband hat eine Bezirksgeschäftsstelle zu unterhalten. Der Bezirksgeschäftsführer wird von der Bezirksvorstandschafft im Einvernehmen mit der Landesvorstandschafft angestellt. Dem Bezirksverband obliegt auch die Besoldung des Bezirksgeschäftsführers und der erforderlichen Hilfskräfte. Die Landesvorstandschafft kann leistungsschwachen Bezirksverbänden einen Beitrag zur Deckung der Unkosten der Bezirksgeschäftsstelle bewilligen.
3. Die Errichtung von Kreisgeschäftsstellen ist Aufgabe der Kreisverbände. Die Anstellung der Kreisgeschäftsführer erfolgt durch die Kreisvorstandschafft im Einvernehmen mit der Bezirksvorstandschafft. Den Kreisverbänden obliegt die Besoldung der Kreisgeschäftsführer und allenfallsiger Hilfskräfte. Die finanziellen Verpflichtungen der Kreise gegenüber dem Bezirks- und Landesverband werden durch die Leistungen des Kreises für die Kreisgeschäftsstelle nicht berührt.

§ 62 a

Die Landesvorstandschafft erläßt eine Dienstanweisung für die Landesgeschäftsstelle, einheitliche Dienstanweisungen für die Bezirks- und die Kreisgeschäftsstellen und eine verbindliche Gehaltsordnung für sämtliche in der Union beschäftigten hauptamtlichen Kräfte.

§ 63

Änderung: In Absatz 1 ist zu setzen anstelle "Vorsitzenden" das Wort: "Vorstandschafften".

In Absatz 2 ist einzufügen vor "Vorsitzenden": "ersten".

§ 64,² Absatz 2, 5, 6

Vor "Vorsitzenden" ist jeweils zu setzen: "ersten".

§ 67

Änderung: In Absatz 1 ist nach Satz 2 einzufügen: Jeder stimmberechtigte Vertreter verfügt nur über eine Stimme, auch wenn er mehrere Funktionen bekleidet, von denen jede einzelne ihm ein Stimmrecht gewährt.

Nach Satz 3 ist einzufügen: Stimmrechtübertragungen sind nur an den Vertreter eines benachbarten Gebietes zulässig. Niemand kann im Wege der Stimmrechtübertragung mehr als eine Stimme vertretungsweise übernehmen.

² In der Vorlage: "65", doch besteht § 65 der geltenden Satzung nur aus einem Satz. Dies gilt auch für § 66, es muß also § 64 gemeint sein.

Im Anschluß an den bisherigen Absatz 1 anfügen: In der Landesversammlung ist nur abstimmungsberechtigt, wer einen ordnungsmäßigen auf den Namen lautenden Delegiertenausweis in Händen hat. [...]³

Bei namentlichen Abstimmungen ist bei Abgabe des Stimmzettels der Delegiertenausweis vorzuzeigen. Aufgrund einer Stimmrechtsübertragung kann nur abstimmen, wer die Stimmrechtsübertragung durch den Delegiertenausweis des Vertretenen und eine ordnungsgemäße Vollmacht des Vertretenen, die mit der Zustimmung des vertretenen Organs versehen ist, nachweist.

In § 67, Absatz 1, Satz 5 ist vor "Vorsitzende" zu setzen: "erste".

§ 68, Absatz 1

Buchstabe a und b: Statt "Geschäftsführende Landesvorstandschaft und der Landesvorsitzende" ist zu setzen "der Landesvorstand".

Buchstabe c, zu streichen: "der geschäftsführenden Landesvorstandschaft".

§ 70, Satz 1

Die Organe der Union werden stets in schriftlicher, geheimer Abstimmung gewählt. Ebenso ist bei der Aufstellung von Kandidaten und so fort zu verfahren.

Änderung Satz 2: Alle Organe werden, soweit nicht gesetzlich etwas anderes bestimmt ist, für zwei Jahre gewählt. Die Amtsdauer endet auch vor Ablauf dieser Zeit, wenn in der Zwischenzeit eine Neuwahl stattfindet. Die neuen Organe übernehmen ihr Amt, wenn nicht etwas anderes beschlossen wird, mit dem Tag der Wahl.

§ 70 a

neu: Die Fristen für Einladungen und so fort im Sinne der §§ 13, 24, 36, 38, 46, 48 und 51 beginnen mit dem Tag der Aufgabe zur Post. Für die Berechnung des Fristablaufs gelten die Vorschriften des BGB entsprechend.

§ 71, Absatz 2

Vor "Vorsitzenden" ist einzufügen: "ersten".

³ In der hektographierten Vorlage ist eine Zeile abgeschnitten, die auch in anderen Exemplaren (ACSP, NL Arnold 4) fehlt.

Nr. XXII

Satzungsänderungsentwurf des Satzungsausschusses
der Christlich-Sozialen Union, Februar 1948

Satzungsänderungsentwurf, bearbeitet von dem in Erlangen [3./4. Januar 1948]
vom Landesausschuß gewählten Satzungsausschuß unter Berücksichtigung der
Beschlüsse der Landesversammlung in Marktredwitz [24./25. Januar 1948]¹

§ 3

Letzter Satz: Streiche 17. Lebensjahr, setze dafür 18. Lebensjahr.

Fußnote: Streiche "außerdem ist nicht aufnahmefähig", setze dafür: "Nicht aufnahmefähig ist, wer"

§ 4

Ziffer 1, letzte Zeile: Streiche "Schiedsgerichtsordnung", setze dafür "Schiedsordnung".
Ziffer 2, neue Fassung: Über die Aufnahme entscheidet nach Stellungnahme der zuständigen Ortsvorstandschafft die Vorstandschafft des Organs oder der überörtlichen Gliederung der Union, an die der Aufnahmeantrag gerichtet ist. Die Stellungnahme der zuständigen Ortsvorstandschafft hat zwei Wochen nach Eingang der Mitteilung über die Stellung des Aufnahmeantrags zu erfolgen. Wird in der vorgesehenen Frist keine Stellungnahme gegeben, so wird Zustimmung angenommen.

Ziffer 4, neue Fassung: Lehnt die Vorstandschafft des Orts-, Kreis- oder Bezirksverbandes oder der Arbeitsgemeinschaft, bei der die Aufnahme beantragt wurde, den Antrag ab, so kann die Entscheidung bei der Vorstandschafft des nächsthöheren Organs oder der nächsthöheren Gliederung bis zur Landesvorstandschafft beantragt werden, die zu schriftlicher Entscheidung verpflichtet sind. Die Landesvorstandschafft entscheidet endgültig.

§ 5

Streiche letzter Satz. Neu letzter Satz: Nur Mitglieder können ein Amt oder eine Kandidatur in der Union oder für die Union übernehmen.

3. Absatz neu: Jedes Mitglied der Union genießt gegenüber Dritten den Schutz der Partei, insbesondere dann, wenn es wegen seiner Mitgliedschaft in der Union, wegen seiner Betätigung für die Union oder wegen der Führung eines Parteiambtes oder eines öffentlichen Amtes ungerechtfertigten Angriffen ausgesetzt ist.

§ 7

Ziffer 8 neue Fassung: Gegen die Entscheidung des ersten Schiedsgerichtes ist Berufung nach der Schiedsordnung gestattet.

¹ BayHStA, NL Pfeiffer 41, hektographiertes Exemplar. Der Landesausschuß vom 28. und 29. Februar 1948 faßte zwei Beschlüsse zur Satzungsänderung, die in Dok. XVII, S. 1795, Anm. 6, und S. 1798, Anm. 8, festgehalten sind.

C

Streiche Gliederung der Union, setze dafür: C Aufbau der Union

§ 9

Neue Fassung Übersicht:

Die Union gliedert sich:

a. gebietsmäßig in:

- I. Ortsverbände,
- II. Kreisverbände,
- III. Bezirksverbände.,
- IV. den Landesverband.

b. nach Arbeitsgemeinschaften in:

- I. Die Arbeitsgemeinschaft Junge Union,
- II. Die Arbeitsgemeinschaft Frauen der Union,
- III. Die Arbeitsgemeinschaft der Union der Ausgewiesenen,
- IV. Die Arbeitsgemeinschaft der Arbeitnehmer in der Union,
- V. Die Arbeitsgemeinschaft für Handel, Gewerbe und Industrie in der Union,
- VI. Die Arbeitsgemeinschaft der Bauern in der Union.

Die Arbeitsgemeinschaften wählen ihre Vertreter in den Organen der Union selbst. Die Satzungen der Arbeitsgemeinschaften sind vom Landesausschuß zu genehmigen und den Satzungen der Union als Anlage beizufügen. Die Bildung neuer Arbeitsgemeinschaften bedarf der Genehmigung des Landesausschusses.

§ 10

Zusatz: Zur Gründung eines Ortsverbandes ist eine Mindestzahl von sieben Mitgliedern erforderlich.

§ 12

Ziffer 5 neu einfügen:

5. die nach Bedarf zu bildenden Arbeitsgemeinschaften.

§ 13

Ziffer 1, Litera g neue Fassung:

- g. die Wahl von zwei Vertretern zur Kreisversammlung,

Ziffer 1, Litera k neu einfügen:

- k. einem nach Bedarf zu bildenden Beirat,

Ziffer 1, Litera l neu einfügen:

- l. die nach Bedarf zu bildenden besonderen Ausschüsse und wählt deren Vorsitzende,

Ziffer 4: Streiche in der ersten Zeile "unverzüglich", setze dafür: binnen 14 Tagen.

Streiche 2. Zeile "einem Drittel", setze dafür: "einem Viertel".

Ziffer 5, zweiter Satz ändern in: Sie können ferner ... angezeigt werden. In kleinen ...

§ 14

Ziffer 3, neue Fassung: Der Vorsitzende der Gemeinderatsfraktion, die Vorsitzenden der örtlichen Arbeitsgemeinschaften, soweit diese mindestens sieben Mitglieder haben, haben Sitz und Stimme in der Vorstandschaft. In Städten mit mehreren Ortsver-

bänden hat in jeder Ortsvorstandschafft jeweils einer der im Bereich des Ortsverbandes wohnhaften Stadträte Sitz und Stimme.

§ 15

Ziffer 2: Streiche in der letzten Zeile die Worte: "und der Jugend".

Ziffer 3: Streiche Satz 2 und 3.

Ziffer 4: Ersetze das Wort "Obleute" durch das Wort: "Vorsitzende".

§ 15 a

Neu: Arbeitsgemeinschaften

In den Ortsverbänden bilden sich die Arbeitsgemeinschaften nach ihren Satzungen.

§ 16

Ziffer 1, Streiche: "oder zur Pflege ... Jugend", [Ziffer 1 lautet dann:] ... Sozial- und Kommunalpolitik kann die ...

Ziffer 3, Streiche: Obmann, setze dafür Vorsitzender:

3. Vorsitzende

Die Ausschüsse wählen ... einen Vorsitzenden. Der Vorsitzende ... der Ausschußtätigkeit.

Die Vorsitzenden gehören dem Beirat an.

§ 17

Ziffer 1, Litera b neu:

b. Wenn die Zahl der Mitglieder unter sieben sinkt.

Litera b alt wird Litera c.

§ 20

Litera h neue Fassung:

h. politische Unterrichtung und Bildung der Mitarbeiter,

§ 21

Litera d neue Fassung: d. die Arbeitsgemeinschaften der Union

Litera e neue Fassung: e. die nach Bedarf zu bildenden Arbeitsausschüsse

Litera f neue Fassung: f. das Schiedsgericht.

§ 22

Litera b streichen. Neue Fassung:

b. den Mitgliedern der Kreisvorstandschafft.

Litera c streichen. Neue Fassung:

c. Je zwei Vertretern der Arbeitsgemeinschaft Junge Union, der Arbeitsgemeinschaft der Frauen und der Arbeitsgemeinschaft der Ausgewiesenen, ferner je ein Vertreter der übrigen Arbeitsgemeinschaften.

§ 23

Litera 1 streichen. Neue Fassung:

1. Beschlußfassung über die Grundsätze der Politik der Union im Kreistag bzw. Stadtrat.

Litera m ist alt Litera l: m. Beschlußfassung ... und Verdienstaussfälle,
Litera n ist alt Litera m: n. Wahl von zwei Kassenprüfern.

§ 24

Ziffer 3 neue Fassung:

3. Die Kreisversammlung ist schriftlich mit einer Frist von einer Woche unter Angabe der Tagesordnungen einzuberufen und ferner unter Angabe der wichtigsten Punkte der Tagesordnung (Wahlen) in den Mitteilungen der Union oder einer im Bereich des Kreisverbandes erscheinenden Tageszeitung anzuzeigen.

§ 25

Ziffer 1 streichen. Neue Fassung:

1. Die Kreisvorstandschaft besteht aus:
 - a. dem Vorsitzenden und zwei Stellvertretern,
 - b. mindestens vier weiteren Mitgliedern,
 - c. dem Vorsitzenden der Kreistags- (Stadtrats-) Fraktion,
 - d. dem der Union angehörenden Landtagsabgeordneten bzw. Landtagskandidaten des Kreises,
 - e. den Vorsitzenden der im Kreise bestehenden Arbeitsgemeinschaften.

Ziffer 3 neu:

3. Die Kreisvorstandschaft tritt mindestens einmal im Vierteljahr zusammen.

§ 26

Ziffer 2, 2. Satz: Neue Fassung:

Er soll berufsständisch gegliedert sein und insbesondere aus Vertretern der Landwirtschaft, der Industrie, des kulturellen Lebens, der freien Berufe und der Beamtschaft der Union bestehen.

Ziffer 2, Absatz 2: Neue Fassung:

Dem Kreisbeirat gehören ferner an: Die Vorsitzenden der Ausschüsse und die Mitglieder der Kreistags- (Stadtrats-) Fraktion sowie die im Kreisverband ansässigen Mitglieder der höheren Organisationsstufen der Union. Der Vorsitzende des Kreisverbandes übt gleichzeitig den Vorsitz im Kreisbeirat aus.

§ 27

Ziffer 2, Litera b: Neue Fassung:

- b. Die Mitglieder der Ausschüsse werden von den Ausschußvorsitzenden aufgrund von Vorschlägen der Ortsvorstandschaften und der Arbeitsgemeinschaften der Union berufen.

§ 33

Neue Fassung:

Organe des Bezirksverbandes sind:

- a. die Bezirksversammlung,
- b. die Bezirksvorstandschaft,
- c. die Arbeitsgemeinschaften der Union,
- d. nach Bedarf zu bildende Arbeitsausschüsse,
- e. das Schiedsgericht.

§ 34

Litera b streichen. Neue Fassung:

- b. den Mitgliedern der Bezirksvorstandschaft.

Litera c streichen. Neue Fassung:

- c. je drei Vertretern der Jungen Union, je zwei Vertretern der übrigen Arbeitsgemeinschaften.

Litera d: Streichen.

Litera e: Streichen.

§ 35

Litera b: Streichen.

Litera c alt wird Litera b: b. ...

Litera d alt wird Litera c: c. ...

Litera e alt wird Litera d: d. ...

Litera f: Streichen.

Litera g alt wird Litera e: e. ...

Litera h alt wird Litera f: f. ...

Litera i mit o alt werden Litera g. mit m.

§ 36

Ziffer 1, letzte Zeile streichen: "von zehn Tagen". Setze dafür: "von 14 Tagen".

§ 37

Litera a neue Fassung:

- a. dem Vorsitzenden und zwei Stellvertretern,

Litera c:

- c. je einem Vertreter der Arbeitsgemeinschaften der Union,

Litera d streichen. Alt e wird Litera d:

- d. dem Vorsitzenden der Bezirkstags- (Stadtrats-) Fraktion ...

Litera f streichen.

Ziffer 2 neu:

- 2. Die Vorsitzenden der Ausschüsse nehmen an den Sitzungen mit beratender Stimme teil.

Ziffer 2 alt wird Ziffer 3:

- 3. Die Bezirksvorstandschaft soll ... verlangt.

§ 38

Wird gestrichen.

§ 39

Ziffer 3: neue Fassung:

- 3. Die Mitglieder der Ausschüsse werden von den Ausschußvorsitzenden aufgrund von Vorschlägen der Kreisverbände und der Arbeitsgemeinschaft der Union berufen.

§ 43

Litera d: neue Fassung:

- d. der Landesvorstand.

Litera e alt streichen. Neue Fassung:

- e. die Arbeitsgemeinschaften

Litera g neu:

- g. das Landesschiedsgericht.

§ 44

Litera a: Neue Fassung:

- a. je zwei stimmberechtigte Vertreter eines jeden Kreisverbandes bis zu 500 Mitgliedern; für je weitere volle 500 Mitglieder entsendet jeder Kreisverband einen weiteren stimmberechtigten Vertreter, jedoch nicht mehr als insgesamt zwei zusätzliche stimmberechtigte Vertreter.

Litera d streichen.

- d. zwei Vertretern der Jungen Union, je einem Vertreter der übrigen Arbeitsgemeinschaften jeden Bezirksverbandes.

Litera e streichen.

§ 45

Litera d: neue Fassung:

- d. die allgemeinen Richtlinien der Politik für die Partei und ihre Vertreter in Landtag und Regierung.

§ 47

Litera c alt wird Litera a:

- a. je fünf Vertreter der Bezirksverbände

Litera a alt wird Litera b:

- b. der Landesvorstandschafft

Litera b alt streichen.

Litera c neu:

- c. zwei Vertretern der Jungen Union und je ein Vertreter der übrigen Arbeitsgemeinschaften jeden Bezirksverbandes

Litera d alt streichen.

Litera e alt streichen.

§ 48

Litera b neu:

- b. Die Wahl der beiden Stellvertreter des Landesvorsitzenden.

Litera b alt mit h alt werden Litera c mit i.

Litera i alt streichen.

§ 49

Litera b neu:

- b. den beiden Stellvertretern des Landesvorsitzenden

Litera b alt wird Litera c: c. zehn vom Landesauschuß ...

Litera c alt streichen.

Litera d alt streichen.

Litera e alt streichen.

Litera d neu:

- d. dem Vorsitzenden jedes Bezirksverbandes

Litera e neu:

- e. den Staatsministern, soweit sie der Union angehören.

Litera f streichen.

Litera g alt wird Litera f: f. der Vorstandschaft der Landtagsfraktion.

Litera g neu:

- g. vier Vertretern der Jungen Union, je zwei Vertretern der übrigen Arbeitsgemeinschaften der Union.

Litera h streichen:

- h. den Mitgliedern des Landesvorstandes (§ 53) soweit diese nicht schon aus anderem Grunde Mitglieder der Landesvorstandschaft sind,

Litera i neu:

- i. dem Landtagspräsidenten, sofern dieser der Union angehört, andernfalls ein der Union angehörendes Mitglied des Landtagspräsidiums, das von den der Union angehörenden Mitgliedern des Landtagspräsidiums gewählt wird.

§ 50

Litera f: Ersetze "Schulung" durch f. ... zur politischen Bildung von Mitarbeitern ...

§ 52

streichen.

§ 53

alt streichen. Neue Fassung:

1. Zur Entlastung der Landesvorstandschaft, zur Vereinheitlichung des Geschäftsbetriebes und zur Beratung dringender Angelegenheiten bildet der Landesvorsitzende einen aus Mitgliedern [sic!] bestehenden Landesvorstand, darunter je eine Frau, ein Ausgewiesener und ein Vertreter der jungen Generation, ferner gehören die beiden Stellvertreter des Landesvorsitzenden dem Landesvorstand an. Art und Umfang der Aufgaben des Landesvorstandes bestimmt die Landesvorstandschaft.

§ 55

Ziffer 4 einfügen:

4. ... von den Bezirksverbänden sowie den Arbeitsgemeinschaften gewählt. Jeder Bezirksverband kann drei sachverständige Vertreter, jede Arbeitsgemeinschaft auf Landesbasis drei sachkundige Vertreter entsenden. Die Vorsitzenden ... im Einvernehmen mit dem Landesvorstand.

§ 61

Ziffer 2, neue Fassung:

- [2.] Sie haben jedoch, soweit in den Satzungen vorgesehen, zwei Stellvertreter, ferner Schatzmeister und Schriftführer aus ihrer Mitte zu wählen.

Ziffer 3 streichen.

§ 62

Ziffer 2 neue Fassung:

2. Die Geschäftsführer werden durch den Landesvorstand angestellt und bezahlt.

§ 64

Ziffer 2 neue Fassung:

2. Vom Kreisverband aufwärts ist die Kassen- und Rechnungsführung mindestens am Schluß eines jeden Geschäftsjahres von zwei unabhängigen, geprüften Kassenprüfern und dem Vorsitzenden oder einem von diesem zu benennenden Vertreter sachlich und formal zu prüfen.

Ziffer 4 ersetze: "Die Landesvorstandschafft" durch: "Der Landesvorstand".

§ 67

Ziffer 1 neue Fassung:

1. Alle Organe fassen ihre Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit entscheidet der Vorsitzende.

Ziffer 2 neue Fassung:

- [2.] Zur Beschlußfassung ist die Beschlußfähigkeit der Organe erforderlich. Sie sind beschlußfähig, wenn mindestens die Hälfte ihrer satzungsmäßigen Mitglieder anwesend ist. Wird Beschlußunfähigkeit festgestellt, so ist gleichzeitig ein Termin zu beschließen, zu dem eine neue Versammlung frühestens nach Ablauf einer Woche und spätestens innerhalb von vier Wochen einzuberufen ist, die dann mit einfacher Stimmenmehrheit beschließen kann.

Ziffer 3 neue Fassung:

- [3.] Jeder stimmberechtigte Vertreter muß seine Stimmberechtigung durch schriftliche Vollmacht des von ihm vertretenen Organs der Partei nachweisen. Mit Zustimmung des vertretenen Organs kann ein stimmberechtigter Vertreter im Falle dringender Verhinderung seine Stimme durch schriftliche Vollmacht auf einen von ihm namhaft zu machenden Vertreter fallweise übertragen.

Vorschlag Junge Union:

"Jeder Stimmberechtigte kann nur über eine Stimme verfügen auch wenn er kraft seiner Ämter mehrfaches Stimmrecht haben würde. Auch auf dem Wege der Stimmübertragung kann niemand mehr als eine Stimme wahrnehmen."

Alt § 67, Ziffer 2-5 wird neu § 67 a, Ziffer 1-4.

§ 68

Ziffer 1, Litera a: Einfügung nach "Bezirksverband": a. ... Bezirksverband, jede Arbeitsgemeinschaft, ferner ...

Litera b, Einfügung nach "Bezirksverband": b. ... Bezirksverband, jede Arbeitsgemeinschaft, ferner ...

Litera c neue Fassung:

- c. zur Landesvorstandschafft und zum Landesvorstand jedes Mitglied dieser Organe, ferner die Arbeitsgemeinschaften auf Landesbasis. Wünschen Ortsverbände oder Mitglieder Anträge zu stellen, so müssen sie sich an einen Antragsberechtigten wenden.

Ziffer 2 neue Fassung:

- [2.] Den Organen der Unterverbände gegenüber ist jeweils jeder stimmberechtigte Teilnehmer antragsberechtigt.

§ 69

Ziffer 2 neue Fassung:

- [2.] Die Verhandlungen aller anderen Organe der Union auf Landesbasis sind nur den satzungsgemäßen Teilnehmern zugänglich, die sich auf Verlangen legitimie-

ren müssen. Durch Mehrheitsbeschluß können Sachverständige zugezogen und Gäste zugelassen werden.

Ziffer 3 neu:

- [3.] Die Mitglieder der höheren Organisationsstufen der Union und die der Union angehörenden Träger öffentlicher Mandate können an den Sitzungen der unteren Organe bzw. der Organe, innerhalb deren Bereich sie gewählt und ansässig sind, mit beratender Stimme teilnehmen.

Kurzbiographien der erwähnten Personen

Als die Veröffentlichung von Protokollen der Führungsgremien der CSU im Institut für Zeitgeschichte in Angriff genommen wurde, stand von vornherein fest, daß auf eine Kommentierung, die über textkritische Anmerkungen hinausgeht, verzichtet werden sollte. Zugleich beschloß man jedoch, die Dokumentation möglichst weitgehend zu erschließen, um ihre Benutzbarkeit zu erleichtern. Dabei war nicht nur an ein Personen- sowie an ein Sach- und Ortsregister gedacht, sondern auch daran, die in den Quellen erwähnten Personen biographisch zu annotieren. Zunächst ging es lediglich darum, die wichtigsten Informationen - korrekte Schreibweise von Vor- und Familiennamen, Lebensdaten, Beruf, politische Tätigkeit zwischen 1945 und 1948 - zu ermitteln; im Laufe der Recherchen konnten jedoch immer mehr Daten gesammelt werden, so daß wir mehr und mehr dazu übergingen, regelrechte Kurzbiographien zu erstellen, die alle für den beruflichen und politischen Werdegang relevanten Angaben enthalten, soweit diese zu erheben waren.

Das Register umfaßt circa 740 Personen, die in Einleitung, Protokollen und im Anhang Erwähnung fanden.¹ Davon konnten 576 mit mehr oder weniger ausführlichen Biogrammen versehen werden, was einer Quote von etwa 75 Prozent entspricht. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß lediglich Personen biographisch erfaßt wurden, die im 20. Jahrhundert in Politik, Wirtschaft oder Wissenschaft hervortraten; Staatsmänner des 18. und 19. Jahrhunderts, Philosophen oder Schriftsteller, deren Werke von führenden CSU-Politikern herangezogen wurden, um ihren Reden Glanz und größeres Gewicht zu verleihen, fanden im Personenregister, nicht aber im biographischen Anhang Berücksichtigung. Von den 576 Kurzbiographien entfallen 374 auf Mitglieder der CSU, wobei die politische Führungselite der Partei ebenso vertreten ist wie Funktions- und Mandatsträger auf lokaler Ebene. 91 Biogramme beziehen sich auf mehr oder weniger prominente Persönlichkeiten der bayerischen Zeitgeschichte, die nicht der CSU angehörten. Dieser Personenkreis umfaßt zum einen Politiker aus der Zeit der Weimarer Republik, insbesondere die führenden Männer der BVP, aus der Zeit des Nationalsozialismus und vor allem aus der Nachkriegsära. Da sich die Führungsgremien der CSU wiederholt mit den politischen Gegnern und den Konkurrenzparteien in Bayern auseinandersetzten, finden sich im biographischen Anhang auch die Spitzenpolitiker von SPD, KPD, FDP und WAV. Zum anderen umfaßt dieser Personenkreis Angehörige der Ministerialbürokratie und der Hochschulen, Vertreter der Wissenschaft, Repräsentanten der großen christlichen Konfessionen und die führenden Journalisten Bayerns.

Die Protokolle spiegeln zwar hauptsächlich innerparteiliche und innerbayerische Probleme wider, greifen jedoch immer wieder über diesen Bezugsrahmen hinaus. So enthält der

¹ Die Erstellung des Personenregisters durch EDV erwies sich im Laufe des Projekts als eine mögliche Fehlerquelle, da zum einen Bedienungsfehler nicht gänzlich ausgeschlossen werden konnten und zum anderen zunächst lediglich die Nachnamen erfaßt wurden. Ob sich mehrere Personen hinter einem Namen verbargen, ließ sich somit nicht auf Anhieb feststellen; bei der Erarbeitung des biographischen Anhangs wurden zwar alle Zweifelsfälle so sorgfältig wie möglich überprüft, es besteht jedoch die Möglichkeit, daß es in Ausnahmefällen zu Irrtümern gekommen ist. Nach Abschluß des Manuskripts stellte sich heraus, daß die in den Fußnoten der Einleitung genannten Personen nicht im Index erfaßt wurden. Dies konnte noch korrigiert werden, es war jedoch nicht möglich, den biographischen Anhang dementsprechend zu vervollständigen: So entfallen im einzelnen die Biogramme für Max Gerstl, Donald R. Heath, Reuter, James W. Riddleberger und Franz Xaver Stadelmayer.

biographische Anhang auch Informationen über 74 mehr oder weniger prominente Persönlichkeiten deutscher Politik sowie über 21 Politiker der vier Besatzungsmächte und anderer europäischer Staaten. Bei ersteren fällt auf, daß häufig Repräsentanten der Weimarer Republik und des nationalsozialistischen Staates sowie Vertreter des Widerstandes gegen das Dritte Reich in den Protokollen erwähnt wurden. Dies verweist sowohl auf die Auseinandersetzung über das Ende der ersten deutschen Demokratie und den Aufstieg des Nationalsozialismus, die in der CSU zwischen Sommer 1945 und Frühjahr 1946 besonders mit Blick auf die Rolle der BVP heftig geführt wurde, sowie auf die wiederholten Versuche Josef Müllers, seine stets umstrittene Position in der Partei durch die Betonung seiner Aktivitäten im Widerstand gegen die NS-Diktatur zu stärken. Die 16 Biogramme von Angehörigen des Besatzungsapparates stammen vorwiegend aus den Reihen der amerikanischen Militärregierung. Deren Erfassung erwies sich dabei als äußerst schwierig. Einerseits waren die Angaben in den Protokollen in mehreren Fällen falsch oder irreführend, so daß nicht einmal die korrekte Schreibweise des Nachnamens ermittelt werden konnte. Andererseits fluktuierte das Personal der Militärregierungen vor Ort so stark, daß sich meist weder in den OMGUS-Akten noch in den zuständigen Archiven die notwendigen Daten erheben ließen.²

Das Frageraster, das den Recherchen zugrunde lag, zielte sowohl auf die wichtigsten biographischen Informationen als auch auf politische Erfahrungen und Orientierungen sowie auf die Tätigkeit in Parteien. Neben den genauen Lebensdaten sollten auch der Geburtsort³ und die Religionszugehörigkeit erfaßt werden, um Aussagen über die konfessionelle Bindung und - angesichts der vergleichsweise geringen Mobilität in den ländlichen Regionen Bayerns - die regionale Verteilung der Gründergeneration der CSU zu erhalten. Derartige Informationen gewinnen vor allem vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen zwischen katholischen und evangelischen Christen in der bayerischen Unionspartei einerseits und den Spannungen zwischen den drei großen Traditionszonen Bayerns⁴, der altbayerischen, der fränkischen und der schwäbischen Traditionszone, andererseits an Bedeutung. Weiterhin galt es, nach Ausbildung und beruflichem Werdegang zu fragen; um Brüche in den einzelnen Biographien, z.B. durch politische Einflüsse oder Kriegsteilnahmen, transparenter zu machen, wurde dabei gleichermaßen Wert auf alle Lebensabschnitte gelegt. In diesem Zusammenhang versuchten wir auch, etwas über das Schicksal der Mitbegründer der CSU während der NS-Zeit in Erfahrung zu bringen. Da das Spektrum der Erfahrungen von Mitläufertum, mehr oder weniger starker Anpassung an das Regime bis zu aktivem Widerstand und politischer Verfolgung reichte, erwies sich dieses Unterfangen als schwierig. Von Mandatsträgern selbst verfaßte Kurzportraits sind meist nicht frei von Selbststilierungen; Nachrufe auf Politiker auf lokaler und regionaler Ebene, die in einschlägigen Presseorganen publiziert wurden, erwiesen sich in dieser Hinsicht ebenfalls nicht immer als zuverlässig. Trotz solcher Vorbehalte wurden auch nicht zweifelsfrei zu verifizierende

² Auch die Aufstellung über das Personal der amerikanischen Militärregierung, die im Rahmen des OMGUS-Handbuchs erarbeitet worden ist, gab nicht immer oder nur unvollkommen Auskunft über Namen, Dienstgrad und Aufgabenbereich der fraglichen Offiziere. Christoph Weisz (Hrsg.), *OMGUS-Handbuch. Die amerikanische Militärregierung in Deutschland 1945-1949*, München 1994.

³ Sofern diese Orte in Bayern liegen, ist zum besseren Verständnis auch der entsprechende Regierungsbezirk angegeben; lediglich bei den Städten, die Sitz einer Bezirksregierung sind (München, Landshut, Regensburg, Augsburg, Ansbach, Bayreuth und Würzburg), sowie bei Nürnberg wurde darauf verzichtet.

⁴ Vgl. dazu Alf Mintzel, *Regionale politische Traditionen und CSU-Hegemonie in Bayern*, in: Dieter Oberndörfer, Karl Schmitt (Hrsg.), *Parteien und regionale Traditionen in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin 1991, S. 125-178.

Angaben über das Schicksal der Mitbegründer der CSU während des Dritten Reiches in die Kurzbiographien aufgenommen.

Am ausführlichsten sollten die politischen Aktivitäten der in den Protokollen erwähnten Personen für die Zeit nach 1945 dokumentiert werden. Was die Funktions- und Mandatsträger der bayerischen Unionspartei betrifft, finden sich in den Kurzbiographien Angaben zu ihren Ämtern in der Partei auf Orts-, Kreis-, Bezirks- und Landesebene, zu ihren Ämtern in Regierung und Verwaltung sowie zu ihren Mandaten in Gemeinde- und Stadträten, Kreis- und Bezirkstagen, im Bayerischen Landtag und im Bundestag. Ämter und Mandate auf lokaler und regionaler Ebene konnten aber nur insoweit erfaßt werden, als es die Aktenlage und die Auskünfte, die von den entsprechenden Archiven und Behörden zu erhalten waren, zuließen. Systematisch dokumentiert sind dagegen Mitgliedschaften im geschäftsführenden Landesvorstand - dem Nervenzentrum der Partei - und im Landesvorstand der CSU⁵ sowie im Bayerischen Landtag und im Bundestag.⁶

Umfang, Form und Schwerpunkte der Kurzbiographien folgen keinem einheitlichen Schema. Die in den Protokollen erwähnten Personen wurden vielmehr nach Herkunft, Wirkungskreis und parteipolitischer Bindung in vier Kategorien eingeteilt: Mitglieder und Funktionsträger der CSU, Angehörige der politischen und gesellschaftlichen Elite Bayerns, mehr oder weniger prominente Politiker der anderen deutschen Länder sowie Spitzenpolitiker aus Deutschland, den vier Besatzungsmächten oder anderen europäischen Staaten. Da sich die vorliegende Dokumentation primär mit der Entwicklung der CSU und Problemen der bayerischen Nachkriegsgeschichte befaßt, erschien es sinnvoll, den Politikern der CSU und der politischen und gesellschaftlichen Elite Bayerns, soweit sie nicht dieser Partei angehörte, am meisten Aufmerksamkeit zu widmen. So enthalten die Kurzbiographien von Mitgliedern und Funktionären der bayerischen Unionspartei alle relevanten Informationen, die zu ermitteln waren. Die Führungsspitze der Partei und untergeordnete Funktions- und Mandatsträger wurden dabei prinzipiell gleich behandelt, wobei sich die Biogramme der wichtigsten Persönlichkeiten auf die wesentlichen Fakten konzentrieren, während bei weniger bekannten CSU-Politikern die erhobenen Daten möglichst vollständig präsentiert werden. Die politischen Gegner der CSU in Bayern, Journalisten in Presse und Rundfunk sowie Angehörige der bayerischen Ministerialbürokratie und Professoren an den Hochschulen Bayerns wurden in ähnlicher Weise biographisch annotiert; allerdings sind die Angaben weniger ausführlich und konzentrieren sich auf die Jahre 1945-1948.

Bei Kurzbiographien von mehr oder weniger prominenten Politikern der CDU, Mitgliedern der außerbayerischen Konkurrenzparteien und Vertretern der verschiedenen Militärregierungen in Deutschland wurde auf die Angabe der genauen Lebensdaten ebenso verzichtet wie auf Angaben zu Herkunft, Konfession und beruflichem Werdegang. Der eindeutige Schwerpunkt dieser Kurzbiographien liegt auf der politischen Tätigkeit, wobei Parlamentsmandate, Ministerämter und führende Positionen in Parteien so systematisch wie möglich erfaßt wurden. Weiterhin erschien es sinnvoll, die wichtigsten Entscheidungsträger der deutschen und der internationalen Politik, die - von Ausnahmen abgesehen - ohnehin selten im Mittelpunkt der Debatten in den Führungsgremien der CSU standen, nur

⁵ Diesbezügliche Informationen wurden den Positionstableaus bei Alf Mintzel, *Die CSU. Anatomie einer konservativen Partei 1945-1972*, Opladen 1975, S. 677-730, entnommen, wobei eigene Quellenrecherchen in Einzelfällen Korrekturen notwendig machten.

⁶ Die Land- und Bundestagsabgeordneten der CSU bis 1962 finden sich systematisch aufgelistet bei Thomas Schlemmer, *Krisenjahre der CSU. Die Christlich-Soziale Union bis zum Beginn der Ära Ehard*, unveröffentlichte Magisterarbeit, München 1993, S. 269-277 und 279-282.

kursorisch zu behandeln. Dafür sprach neben arbeitsökonomischen Gründen vor allem die Tatsache, daß sich entsprechende Informationen, die über die hier präsentierten Angaben hinausgehen, ohne Probleme einschlägigen Lexika und Nachschlagewerken entnehmen lassen, während man Daten über wesentliche Teile der Gründergeneration der CSU nicht ohne größeren Aufwand erheben kann. Die dadurch entstehende Differenz zwischen der Ausführlichkeit der Kurzbiographien und der politischen Bedeutung der annotierten Persönlichkeiten wurde bewußt in Kauf genommen.

Die Personen, die in den Protokollen Erwähnung finden, lassen sich grob in drei Gruppen einteilen: Erstens, die Mitglieder der vorläufigen Gründungs- und Führungsgremien der CSU, des Landesausschusses und des Landesarbeitsausschusses, die in von den Bearbeitern rekonstruierten Anwesenheitslisten zu den hier veröffentlichten Sitzungsprotokollen erfaßt sind, zweitens, die Delegierten zu den Landesversammlungen der bayerischen Unionspartei, soweit sie sich zu Wort meldeten, und, drittens, alle Personen, die darüber hinaus in Redebeiträgen, Anträgen, Kandidatenlisten usw. angesprochen wurden. Trotz dieser eher zufälligen Zusammensetzung ist ein großer Teil der Führungselite der bayerischen Unionspartei zwischen 1945 und 1948 in dem vorliegenden biographischen Anhang erfaßt. So sind alle 10 Politikerinnen und Politiker, die zwischen 1946 und 1948 dem geschäftsführenden Landesvorstand angehörten, biographisch annotiert,⁷ von den ca. 60 Mitgliedern des Landesvorstands fehlen nur drei;⁸ auch über die acht Angehörigen des Vorstands der CSU-Fraktion im ersten Bayerischen Landtag, die zu den wichtigsten Entscheidungsträgern der Partei zählten, konnten Kurzbiographien angelegt werden.⁹

Die Sammlung biographischer Daten erwies sich vor allem in den Fällen als schwierig, in denen die fraglichen Personen nicht zur Führungselite der bayerischen Unionspartei zählten und auch sonst keine wichtigen Ämter in Staat und Gesellschaft bekleideten. Landesausschuß und Landesversammlung der CSU setzten sich ja zu einem großen Teil aus Delegierten der Bezirks- und Kreisverbände zusammen, die häufig nur vor Ort einen gewissen Bekanntheitsgrad besaßen und die in der besonderen Situation der ersten Nachkriegsjahre nach einem raschen Aufstieg oft bald wieder in der Versenkung verschwanden. Aus diesem Grund erschöpfte sich die Auswertung der einschlägigen Literatur und der biographischen Nachschlagewerke wie *Munzinger-Archiv* oder *Wer ist Wer?* relativ rasch. Wichtige Anhaltspunkte für weitere Recherchen ergaben sich dagegen bei der Durchsicht von Quellenbeständen im ACSP, im BayHStA und im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte. Insbesondere die Korrespondenzakten aus Nachlässen lieferten in vielen Fällen korrekte Namensschreibweisen, fehlende Vornamen sowie Angaben über Beruf und parteipolitische Aktivitäten von Gründungsmitgliedern der bayerischen Unionspartei auf lokaler und regionaler Ebene. Alle weiteren Daten konnten nur noch durch schriftliche Anfragen an staatliche, kommunale und private Archive, an Verwaltungsbehörden wie Standes- und Einwohnermeldeämter sowie an Familienangehörige oder - in Ausnahmefällen - an die betreffenden Personen selbst erhoben werden. Trotz der Kooperationsbereitschaft, mit der unser Ersuchen um Auskunft in den meisten Fällen aufgenommen wurde, war dieses Verfahren überaus zeit- und kostenintensiv. Oft war es mit einer Anfrage pro Person nicht

⁷ Vgl. die Übersicht bei Mintzel, CSU, S. 678-685.

⁸ Vgl. die Übersicht im Handbuch politischer Institutionen und Organisationen 1945-1949, bearb. von Heinrich Potthoff in Zusammenarbeit mit Rüdiger Wenzel, Düsseldorf 1983, S. 246f.

⁹ Zur Wahl des Fraktionsvorstands und zu den Auseinandersetzungen zwischen Parteiorganisation und CSU-Fraktion zwischen 1946 und 1950 vgl. das auf der Basis bislang weitgehend unbekannter Quellen geschriebene Kapitel bei Schlemmer, Krisenjahre, S. 122-217, insbesondere S. 137-158.

getan, und um alle gewünschten Informationen zu erhalten, mußten in Einzelfällen bis zu zehn verschiedene Institutionen bemüht werden; dieser Briefwechsel füllt mittlerweile vier Aktenordner.

Wenn die hier präsentierten biographischen Daten für weitere Forschungen ausgewertet werden, gilt es, mehrere Faktoren zu beachten, die sich aus Problemen ergeben, mit denen wir bei unseren Recherchen konfrontiert waren. Zum einen führten falsche Namensschreibungen in den Protokollen die Nachforschungen ebenso immer wieder in die Irre wie ungenaue oder unrichtige Angaben zur beruflichen und politischen Tätigkeit.¹⁰ Auch erwies es sich als schwierig, Personen mit häufig auftretenden Familiennamen, die gleich oder ähnlich geschrieben werden, korrekt zu identifizieren.¹¹ Aus diesem Grund besteht die Möglichkeit, daß trotz sorgfältiger Prüfung aller zur Verfügung stehenden Informationen Kurzbiographien erstellt wurden, die nicht zu der entsprechenden Person passen, die in den Protokollen Erwähnung findet. Zum anderen ergaben unsere Nachforschungen zu ein und derselben Biographie wiederholte Angaben, die zum Teil erheblich von einander abwichen. Da sich nicht immer ermitteln ließ, welche Angabe die richtige war, entschieden wir uns in diesen Fällen stets für die Information, die am gesichertsten erschien. Persönliche Auskünfte der betreffenden Personen oder von ihren Angehörigen rangierten dabei vor Auskünften von Archiven, Einwohnermelde- und Standesämtern und vor Angaben aus einschlägigen Handbüchern. Was die Daten betrifft, die der Literatur entnommen wurden, so gaben wir im Zweifelsfall Spezialstudien jeweils den Vorzug vor allgemeinen Nachschlagewerken.¹²

Im Laufe der Recherchen entwickelte sich der biographische Anhang immer mehr zu einer Sammlung personenbezogener Daten, die nicht nur zur Erschließung der vorliegenden Dokumentation beitragen, sondern auch Ausgangspunkt für weitere Untersuchungen sein können. Wenn der hier erfaßte Personenkreis nach systematischen Gesichtspunkten erweitert wird, lassen sich beispielsweise Analysen zu gruppenbiographischen Aspekten der Geschichte der CSU durchführen, die ebenso interessante Ergebnisse versprechen wie die Untersuchung generationsspezifischer Karrieremuster oder der politischen Sozialisation der Führungselite der bayerischen Unionspartei. Schon jetzt legen die hier präsentierten biographischen Materialien eine Revision bisheriger Interpretationen nahe. So scheint die bloße Mitgliedschaft von Mitbegründern der CSU in der ehemaligen BVP ihre Stellung in den parteiinternen Führungs- und Flügelkämpfen nicht präjudiziert zu haben, wie oft unterstellt wird; entscheidend dürfte eher gewesen sein, welche Position sie in der 1933 untergegangenen BVP bekleidet hatten. Weiterhin gilt die CSU mit Blick auf die konfessionelle Struktur ihrer Mitgliedschaft auch in der Ära Müller als dominant katholische Partei; betrachtet man jedoch den Anteil evangelischer Christen in den Führungsgremien der Partei

¹⁰ In bestimmten Fällen, z.B. bei der Debatte über die Kandidaten der CSU für die Verfassungsgebende Landesversammlung im Mai 1946 (Dok. Nr. 18, S. 328-340), erschien es sinnvoll, Angaben aus den Protokollen zu übernehmen, auch wenn sie nicht oder nicht vollständig zu verifizieren waren. Ansonsten wurde darauf verzichtet, wenn Zweifel bestanden.

¹¹ Die Kurzbiographien von Jakob Detsch, Ludwig Dötsch und Max Schell wurden aufgenommen, auch wenn deren Anwesenheit bei den hier dokumentierten Tagungen von Landesausschuß und Landesversammlung der CSU nicht zweifelsfrei geklärt werden konnte.

¹² Für die Kurzbiographien ehemaliger Abgeordneter des Reichstags zwischen 1918 und 1933 vgl. Martin Schumacher (Hrsg.), M.d.R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933-1945, Düsseldorf 1991; für die Abgeordneten des Bayerischen Landtags vgl. Peter Jakob Kock, Der Bayerische Landtag 1946-1986, Bd. 1: Chronik, Bamberg 1986.

und setzt diesen in Beziehung zum Anteil der evangelischen Christen in der CSU und zum Prozentsatz der protestantischen Bevölkerung Bayerns, dann dürfte sich ein differenzierteres Bild ergeben. Überdies fällt auf, wie viele Gründungsmitglieder der CSU in irgendeiner Form mit dem nationalsozialistischen Staat in Konflikte geraten waren; welche Auswirkungen die Erfahrung politischer Verfolgung auf die frühe Geschichte der bayerischen Unionspartei hatte, ist jedoch bisher nicht untersucht worden. Die Beantwortung dieser und anderer Fragen, die sich aus der vorliegenden Dokumentation ergeben, führt möglicherweise dazu, die Gründungsgeschichte der CSU neu zu bewerten und die innovativen Potentiale dieser Partei - wie der Historiker Hermann Mau - stärker zu gewichten als die restaurativen: Der spätere Generalsekretär des Instituts für Zeitgeschichte notierte im März 1946 nach Gesprächen mit Josef Müller und Friedrich Wilhelm von Prittwitz-Gaffron überrascht: "Weitاًus die erfreulichsten Eindrücke in politischer Hinsicht habe ich gerade dort gehabt, wo ich es am wenigsten erwartet hätte: bei der Christlich-Sozialen Union. Man ist von der Ferne allzu leicht geneigt, sie als Neuauflage der Bayerischen Volkspartei zu sehen und in ihr den Mittelpunkt aller separatistischen Bestrebungen zu vermuten. In Wirklichkeit verhält es sich damit sehr anders."¹³

Thomas Schlemmer

¹³ Hermann Graml, Zur Frage der Demokratiebereitschaft des deutschen Bürgertums nach dem Ende der NS-Herrschaft. Hermann Maus Bericht über eine Reise nach München im März 1946, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), *Miscellanea. Festschrift für Helmut Krausnick zum 75. Geburtstag*, Stuttgart 1980, S. 149-168, hier S. 161.

Adenauer, Konrad

1876-1967, Jurist und Politiker, 1917-1933 und 1945 Oberbürgermeister von Köln, 1949-1963 Bundeskanzler, 1951-1955 auch Bundesaußenminister, 1950-1966 Bundesvorsitzender der CDU.

Agartz, Viktor

1897-1964, Wirtschaftswissenschaftler, Gewerkschafter und Politiker, 1946/1947 Mitglied des Zonenbeirats der britischen Besatzungszone, Februar 1946-Januar 1947 Generalsekretär des Zentralamts für Wirtschaft der britischen Besatzungszone in Minden, Januar-Juli 1947 Vorsitzender des Verwaltungsrats und des Verwaltungsamts für Wirtschaft der Bizone in Minden, 1946/1947 MdL (SPD) in Nordrhein-Westfalen, 1947/1948 MdWR (SPD), 1957 aus der SPD, 1960 aus der IG Druck und Papier ausgeschlossen.

Albert, August

Geb. 11.11.1882 in Konstantinopel, gest. 4.9.1951 in München, Direktor des Labors für angewandte Chemie in München, seit 1946 ordentlicher Professor für angewandte Chemie an der TH München und deren Prorektor, 1946 stellvertretender Vorsitzender des Kulturpolitischen Ausschusses und Mitglied des Ausschusses der CSU für Zwischenstaatliche Beziehungen.

Albert, Martin

Geb. 5.1.1909 in Neumarkt/Opf., Schlosserlehre, dann Werkmeister in der Rundfunkindustrie, während des Dritten Reiches politisch verfolgt und im KL Dachau inhaftiert, Gerichtsverfahren wegen Vorbereitung zum Hochverrat. - 1945 SPD-Vorsitzender in Nürnberg, 1946/1947 Landessekretär der bayerischen SPD, 1946-1958 MdL (SPD), 1947 Sekretär der SPD-Landtagsfraktion, seit 1948 Redakteur, dann Werbeberater.

Albrecht, Lisa

Geb. 27.5.1896 in Hamburg, gest. 16.5.1958, Quäkerin, Sport- und Gymnastiklehrerin, seit 1914 SPD-Mitglied, 1926-1928 Frauensekretärin der SPD in der Provinz Brandenburg, 1928-1933 Parteisekretärin der SPD für die Provinzen Brandenburg und Posen-Westpreußen, nach 1933 politisch verfolgt und mehrmals verhaftet, 1943 Übersiedlung von Berlin nach Mittenwald. - Nach 1945 Angestellte der amerikanischen Militärregierung in Garmisch-Partenkirchen, Gemeinderätin (SPD) und stellvertretende Bürgermeisterin von Mittenwald, Kreisrätin (SPD) in Garmisch-Partenkirchen, 1946-1949 stellvertretende Vorsitzende der bayerischen SPD, Landesfrauensekretärin der bayerischen SPD, Vorsitzende des Frauenausschusses beim Landesvorstand der bayerischen SPD, 1947-1958 Mitglied des Parteivorstands der SPD, Vorsitzende des Frauenausschusses beim Parteivorstand der SPD, Vorsitzende des Kommunalpolitischen Beirats bzw. Ausschusses beim Parteivorstand der SPD, 1949-1958 MdB (SPD) und Mitglied des Bundestagspräsidiums, Mitglied des deutschen Rats der Europäischen Bewegung, Mitglied der Parlamentarischen Gesellschaft und diverser Frauenvereinigungen.

Allwein, Max

Geb. 18.12.1904 in München, gest. 20.11.1977, Jurastudium in München, 1935 große juristische Staatsprüfung, aus politischen Gründen nicht als Rechtsanwalt zugelassen, seit 1936 in der Versicherungsbranche, beim Heer und bei der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank tätig, seit 1937 Rechtsgutachter bei der Wehrkreisverwaltung München, Teil-

nahme am Zweiten Weltkrieg. - 1945 Notar in Bad Tölz, Mitbegründer der CSU in Bad Tölz, Vorsitzender des CSU-Orts- und Kreisverbands Bad Tölz, 1949 Übertritt zur BP, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1950 MdL (bis 1949 CSU, dann Freie Parlamentarische Vereinigung und Freie Fraktionsgemeinschaft).

Altmeier, Peter

1899-1977, Politiker, 1945 Mitbegründer der Christlich-Demokratischen Partei Hessen-Nassau und deren Vorsitzender, 1947-1966 Vorsitzender des CDU-Landesverbands Rheinland-Pfalz, Mitglied des Vorstands der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU, 1946/1947 Abgeordneter der CDU in der Beratenden Landesversammlung und 1947-1971 MdL (CDU) in Rheinland-Pfalz, 1947-1969 Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, 1948-1967 auch Minister für Wirtschaft und Verkehr.

Ammann, Erwin

Geb. 22.10.1916 in Würzburg, kath., Berufsschule für Elektrotechnik, Telegraphenbau- und Fernmeldetechnik in Nürnberg, Studium der Ingenieurwissenschaften, Jugendführer in der katholischen Jugendbewegung, nach 1933 vorübergehend verhaftet, schied wegen beruflicher Benachteiligung auf eigenen Wunsch aus seiner Stellung bei der deutschen Reichspost aus, 1941-1945 Luftwaffeningenieur. - Mitbegründer der CSU und der JU in Unterfranken, zeitweise Vorsitzender der JU in Unterfranken, 1945/1946 bei der Regierung von Unterfranken tätig, 1946/1947 Stadtrat (CSU) in Würzburg, 1946-1950 MdL (CSU), 1947-1952 Landrat in Ochsenfurt, 1952-1972 Landrat in Karlstadt, 1972-1984 Landrat des Main-Spessart-Kreises.

Ammann, Franz Xaver

Geb. 2.7.1903 in München, kath., Sohn der langjährigen BVP-Landtagsabgeordneten Ellen Ammann, seit 1920 BVP-Mitglied, Mitglied der Bayernwacht, 1922-1927 Studium an der TH München, 1929-1934 Assistent und Promotion zum Dr. Ing., 1934-1945 in der Industrie tätig, im Juni 1945 von amerikanischen Truppen aus Thüringen in die US-Zone zwangsevakuert. - Seit 1946 bei der Bayernwerk AG, seit 1954 Vorstandsmitglied der Heizkraft AG München, 1959 Direktor bei den städtischen Elektrizitätswerken München, Kraftwerksabteilung, 1962-1968 Direktor des Fernheiznetzes der städtischen Elektrizitätswerke München, seit 1946 CSU-Mitglied, von 1946 mit Unterbrechungen bis in die siebziger Jahre Vorsitzender des CSU-Ortsverbands Gräfelfing, dann Ehrenvorsitzender, 1952-1978 Gemeinderat (CSU) in Gräfelfing und Vorsitzender der CSU-Fraktion, 1950 Kandidat (CSU) für die Landtagswahl.

Andre, Josef

1879-1950, Gewerkschafter und Politiker, 1907-1933 MdL (Zentrum) in Württemberg, 1919/1920 MdVNV (Zentrum), 1920-1928 MdR (Zentrum), Kontakte zu Widerstandskreisen, nach dem 20. Juli 1944 verhaftet. - Mitbegründer der CDU in Nordwürttemberg und 1946/1947 deren Vorsitzender, 1945/1946 Wirtschaftsminister bzw. Minister ohne Geschäftsbereich in Württemberg-Baden, 1946-1950 MdL (CDU) in Württemberg-Baden.

Ankermüller, Willi

Geb. 18.3.1901 in Neustadt an der Saale/Ufr., gest. 7.7.1986 in Pullach/Obb., kath., Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Würzburg, 1925 Promotion zum Dr. jur., 1927 juristische Staatsprüfung, anschließend Geschäftsführer des Stadtjugendamts Schwein-

furt und Rechtsanwalt in Schweinfurt, BVP-Mitglied, nach 1933 vorübergehend verhaftet, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - 1945 Landrat in Hofheim und Mitbegründer des CSU-Kreisverbands Hofheim, 1946 Landrat in Neustadt an der Saale, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1966 MdL (CSU), Januar-September 1947 Staatssekretär im Bayerischen Innenministerium, September 1947-1950 Bayerischer Innenminister, 1957/1958 Bayerischer Justizminister, Vorsitzender des Koordinierungsausschusses der CSU-Landtagsfraktion und der CSU-Landesgruppe, 1947-1950 Mitglied des Landesvorstands der CSU, Mitglied des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes, seit 1950 wieder als Rechtsanwalt tätig, Mitglied verschiedener Aufsichtsräte.

Anspach, Ernst

1913, Jurist und Bankier, vor 1933 SPD-Mitglied, 1936 Emigration in die USA, 1936-1943 Finanzberater, seit 1943 bei der US-Armee. - 1945 Stabsoffizier der Rechtsabteilung der 6. Armeegruppe in Heidelberg, seit Juni 1945 bei der Special Branch, 1946-1949 Abteilungsleiter bei OMGUS, 1949-1952 politischer Berater des Direktors der amerikanischen Militärregierung für Hessen, 1948-1952 zugleich Dozent in München, Marburg und Frankfurt am Main, 1952 Teilhaber einer Investmentfirma in den USA.

Anzenhofer, Karl

Geb. 24.3.1909, kath., Elektroingenieur und Berufsschullehrer, 1930-1936 Bezirksleiter und stellvertretender Diözesanleiter des Katholischen Jungmännerverbands. - 1945 im Führungskreis der Katholischen Jungen Mannschaft, 1946 Mitbegründer des CSU-Ortsverbands München-Milbertshofen, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV sowie für Kommunal- und Landtagswahlen, Mitglied im Dienstag-Club.

Aretin, Anton Freiherr von

Geb. 15.8.1918 in München, gest. 12.6.1981, kath., Sohn Erwein von Aretins, Jurastudium in München, Prag und Lausanne, 1941 1. juristisches Staatsexamen, 1941-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - 1946 CSU-Mitglied in München, 1947 Übertritt zur BP, Vorsitzender des BP-Kreisverbands Niederbayern und Mitglied des Landesvorstands der BP, 1949-1953 MdB (bis 1952 BP), 1950/1951 MdL (BP), 1952 aus der BP ausgeschlossen.

Aretin, Erwein Freiherr von

Geb. 19.9.1887 in Bad Kissingen/Ufr., gest. 24.5.1952 in München, kath., Studium der Astronomie und Kunstgeschichte in München, Leipzig und Göttingen, Promotion zum Dr. phil., 1913/1914 Assistent an der Sternwarte Wien-Ottakring, 1914-1919 Dienst bei den Maltesern, 1924-1928 Leiter des Ressorts Innenpolitik der "Münchener Neuesten Nachrichten", 1924-1928 Vorsitzender des BHKB, politischer Berater des bayerischen Kronprinzen Rupprecht, nach 1933 mehrmals vorübergehend verhaftet, seit 1939 Schreib- und Redeverbot. - 1945 als Berater der Bayerischen Regierung vorgesehen, trat dieses Amt jedoch nicht an, 1950 Mitglied der Landesleitung des BHKB, 1950 als Teilnehmer der Gründungsversammlung der Bayerischen Königspartei in München genannt, seit September 1949 Herausgeber der "Münchener Allgemeinen Zeitung", Präsident der Genossenschaft katholischer Edelleute in Bayern, Mitglied des deutschen Rats der europäischen Bewegung, 1948 2. Präsident des Deutschen Katholikentags in Mainz.

Arnold, Wilhelm

Geb. 14.10.1911 in Nürnberg, gest. 12.12.1983 in Würzburg, kath., Studium der Psychologie in München, 1935 Promotion zum Dr. phil., 1948 Habilitation, 1943-1945 Psy-

chologe bei der Wehrmacht, dann Tätigkeit im Arbeitsamt. - 1945-1951 Leiter der Berufsberatung Nürnberg, 1951-1953 Chefpsychologe der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg, seit 1953 ordentlicher Professor für Psychologie an der Universität Würzburg, Mitbegründer der CSU in Nürnberg, 1946 Mitglied des Ausschusses der CSU für Zwischenstaatliche Beziehungen, 1952-1955 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1968-1974 MdS.

Balling, Karl August

Geb. 17.10.1909 in Trappstadt/Ufr., gest. 3.11.1947, kath., Syndikus und Abteilungsleiter, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - Nach 1945 CSU-Mitglied, 1946/1947 Kreisrat (CSU) für den Landkreis München-Land und Vorsitzender der CSU-Kreistagsfraktion.

Banzer, Georg

Geb. 22.5.1894 in Altmannstein/Ndb., gest. 5.5.1975, kath., Bankkaufmann, vor 1933 BVP-Mitglied und Geschäftsführer der BVP in Bamberg, nach 1933 vorübergehend verhaftet, anschließend beim Caritasverband in Regensburg beschäftigt, seit 1939 NSDAP-Mitglied, Übernahme in die Wehrmacht, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg (zuletzt Oberstleutnant). - Nach 1945 CSU-Mitglied, 1946 als Mitarbeiter in der CSU-Landesgeschäftsstelle mit technischen und organisatorischen Aufgaben betraut, Vorsitzender des CSU-Ortsverbands Altmannstein, Mitarbeit im Familienbetrieb (Gemischtwarenhandel, landwirtschaftliches Lagerhaus), den er später gemeinsam mit seiner Ehefrau leitete.

Bartel, Hans

Geb. 22.1.1886 in Hermsdorf (heute Tschechische Republik), gest. 4.6.1956 in Dinkelsbühl/Mfr., nach Besuch der Hochschule für Versicherungswissenschaft Versicherungsvertreter in Mährisch-Schönberg, 1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1919-1938 Mitglied der DCSVP, seit 1920 Mitglied des Parteivorstands, Bezirksparteivorsitzender für Nordböhmen, 1925-1929 Abgeordneter der CSR-Nationalversammlung (DCSVP), Stadtrat und stellvertretender Bürgermeister in Mährisch-Schönberg, 1938 Eintritt in die Sudetendeutsche Partei, Aufnahmeantrag in die NSDAP wurde abgelehnt. - Nach 1945 Aussiedlung in die US-Zone, Geschäftsführer des CSU-Kreisverbands Dinkelsbühl, Flüchtlingsamtsleiter von Dinkelsbühl, Kreisrat in Dinkelsbühl, Mitbegründer der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Mittelfranken.

Barth, Georg

Geb. 21.2.1902 in Ingolstadt/Obb., ev., nach Studium und Promotion Gymnasiallehrer. - Nach 1945 kommissarischer Leiter eines Gymnasiums in Bamberg, Mitbegründer der CSU in Oberfranken, 1947/1948 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Oberfranken, 1947/1948 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV.

Bauer, Hermann

Geb. 4.2.1905 in Ansbach, gest. 15.4.1983 in München, kath., 1923 Studium der Philosophie und Geschichte in Augsburg, 1923-1927 Jurastudium in München, Berlin und Würzburg, Staatsexamen und Promotion, 1931-1933 Rechtsanwalt in Schrobenhausen, BVP-Mitglied, im April 1933 Stadtrat (BVP) in Schrobenhausen, nach 1933 zweimal vorübergehend verhaftet, beruflich benachteiligt, 1940-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg (zuletzt Oberzahlmeister). - Oktober 1945-Dezember 1946 Stadtrechtsrat in Regensburg, seit 1948 Rechtsanwalt in München, 1946 MdVLV (CSU).

Baumeister, Leonhard

Geb. 25.10.1904 in Steinekirch/Schw., gest. 19.8.1972, kath., Mitarbeit im landwirtschaftlichen Betrieb der Eltern, 1922-1929 Vertreter verschiedener Firmen, seit 1929 wieder Landwirt im elterlichen Betrieb, den er 1933 übernahm, führte überdies ein Geschäft. - Nach 1945 CSU-Mitglied, Mitglied des Vorstands des CSU-Bezirksverbands Schwaben, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1954 MdL (CSU).

Baumgartner, Joseph

Geb. 16.11.1904 in Sulzemoos/Obb., gest. 21.1.1964 in München, kath., 1925-1929 Studium der Philosophie, Geschichte und Volkswirtschaft in München, 1929 Promotion zum Dr. rer. pol., Volontär beim Oberbayerischen Christlichen Bauernverein, 1929-1933 2. stellvertretender Generalsekretär der Bayerischen Christlichen Bauernvereine, seit 1933 Angestellter beim Allianz-Versicherungskonzern, 1942 wegen Vergehens gegen das Heimtückegesetz verhaftet, 1942-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - 1945 Personalreferent beim Amt für Ernährung und Landwirtschaft in München, Mitbegründer der CSU, 1945/1946 Mitglied des Vorläufigen Landesausschusses der CSU, 1946 Vorsitzender des Agrarpolitischen Ausschusses der CSU, 1946-1948 Mitglied des Landesvorstands der CSU, Oktober 1945-Januar 1948 und 1954-1957 Bayerischer Landwirtschaftsminister, 1954-1957 auch stellvertretender Ministerpräsident, Mitglied des Ernährungs- und Landwirtschaftsrats der Bizone, im Januar 1948 Übertritt zur BP, 1948-1952 und 1953-1959 BP-Vorsitzender, 1957 Bundesvorsitzender der Föderalistischen Union, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1962 MdL (bis 1948 CSU, anschließend fraktionslos bzw. Freie Parlamentarische Vereinigung, seit 1950 BP), 1949-1951 MdB (BP), Mitbegründer des BBV und seit 1949 Mitglied in dessen Präsidium, 1950-1959 Honorarprofessor für Agrarpolitik an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Weihenstephan.

Beck, Ludwig

1880-1944, Berufsoffizier (Generaloberst), 1933-1938 Chef des Truppenamts im Reichswehrministerium bzw. des Generalstabs des Heeres, 1938 Rücktritt aus Protest gegen die Politik Hitlers, führendes Mitglied des militärischen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus, nach dem Scheitern des Attentats am 20. Juli 1944 zum Selbstmord gezwungen.

Behrisch, Erich Arno

Geb. 6.6.1913 in Dresden, gest. 16.9.1989 in Hof/Ofr., Schriftsetzer, schriftstellerisch tätig, Mitglied des Buchdruckerverbands, der SDAJ und der SPD, nach 1933 Emigration in die Tschechoslowakei, dort Grenzarbeit für die SPD, später weitere Emigration nach Schweden, dort publizistisch und gewerkschaftlich tätig, u.a. beim Internationalen Transportarbeiterverband, wegen angeblicher Sabotage vier Jahre im Zuchthaus, anschließend Emigration nach Dänemark. - Nach 1945 Rückkehr nach Deutschland, 1946-1949 MdL (SPD), 1949-1961 MdB (SPD), 1946/1947 stellvertretender Vorsitzender der bayerischen SPD, Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Hof, Mitglied des Bezirksvorstands Franken der bayerischen SPD, bis 1961 Chefredakteur der "Oberfränkischen Volkszeitung" und Geschäftsführer der Oberfränkischen Verlagsanstalt in Hof, 1961 Austritt aus der SPD, später Mitglied der Deutschen Friedensunion, deren Vorsitzender in Nordrhein-Westfalen und langjähriges Direktionsmitglied.

Bender, August

Geb. 9.8.1911 in Kleinostheim/Ufr., gest. 15.8.1986, kath., Bankkaufmann und Buchhalter, vor 1933 in der katholischen Jugendbewegung aktiv, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. -

Seit 1945 Sparkassendirektor in Marktheidenfeld, Mitbegründer der CSU, bis 1972 Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Marktheidenfeld, bis 1972 Kreisrat (CSU) in Marktheidenfeld und bis 1970 Vorsitzender der CSU-Kreistagsfraktion, 1954-1974 Bezirksrat (CSU) für Unterfranken.

Bender, Reinhard

Kath., Leiter des Standesamts Füssen, Vorsitzender des CSU-Ortsverbands Füssen, 1946 Delegierter zum Landesauschuß der CSU für den Bezirksverband Schwaben.

Berberich, Ludwig

Geb. 23.2.1882 in Biburg/Obb., gest. 6.6.1965, kath., Studium der kath. Theologie und der Kirchenmusik, seit 1919 Domkapellmeister in München, 1921-1952 Professor für Kirchenmusik an der Staatlichen Hochschule für Musik, päpstlicher Geheimkämmerer mit dem Titel Monsignore. - 1946 Mitglied des Kunstausschusses der CSU.

Berger, Rupert

Geb. 10.2.1896 in Traunstein/Obb., gest. 9.2.1958 in Traunstein/Obb., kath., Angestellter der Ortskrankenkasse Traunstein, Teilnahme am Ersten Weltkrieg, Mitbegründer der BVP, Vorsitzender der BVP in Traunstein und Führer der Bayernwacht, entging nach 1933 seiner Verhaftung vorübergehend durch Flucht, stellte sich jedoch in Regensburg freiwillig, anschließend mehrere Monate im KL Dachau, fristlose Kündigung seiner Stellung bei der Ortskrankenkasse Traunstein, pachtete ein kleines Kolonialwarengeschäft, auf das Angehörige der SA im Februar 1934 einen Sprengstoffanschlag verübten, Aufgabe des Geschäfts, verließ Traunstein unter Zwang, anschließend Gastwirt in Regensburg und Landshut, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - Mitbegründer der CSU in Traunstein, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1958 MdL (CSU), 1946-1952 Oberbürgermeister von Traunstein, 1952-1958 Stadtrat (CSU) in Traunstein.

Bergsträsser, Martin

Geb. 22.4.1902 in Niederlösnitz/Sachsen, ev., Physiker und Prokurist, Mitbegründer der CSU in Würzburg, 1945/1946 Mitglied des Vorstands des CSU-Kreisverbands Würzburg.

Berthold, Fritz Josef

Geb. 25.4.1909, gest. 1981, Jurist, während des Zweiten Weltkriegs Angestellter im Generalgouvernement, später als Freiwilliger bei der Wehrmacht, seit 1943 in Frankreich, Kontakte zur Résistance. - Nach 1945 Rechtsanwalt in München, Rechtsvertreter Joseph Baumgartners, auch für die BP tätig, 1959 im Zusammenhang mit dem Spielbankenprozeß verhaftet, 1963 rehabilitiert.

Bevin, Ernest

1881-1951, britischer Gewerkschaftsführer und Labour-Politiker, 1940-1945 Arbeitsminister, 1945-1951 Außenminister.

Beyerle, Josef

1881-1963, Jurist und Politiker, 1919-1933 Vorsitzender des Zentrums in Württemberg, 1923-1933 Justizminister, 1928-1930 zugleich Wirtschaftsminister in Württemberg, 1924-1933 MdL (Zentrum) in Württemberg, 1934-1945 Richter. - Nach 1945 Landesdirektor der Justiz, 1946 MdVLV (CDU) in Württemberg-Baden, 1946-1951 Justizminister in Württemberg-Baden, seit 1949 auch stellvertretender Ministerpräsident.

Bezzel, Dieter

Geb. 11.12.1905 in Wald/Mfr., ev., Studium der ev. Theologie in Erlangen und Tübingen, Stadtvikar in Neustadt bei Coburg, 1934 Pfarrer in Illertissen, 1939-1964 Pfarrer in München. - 1945 als evangelischer Vertreter an der Gründung der CSU beteiligt, 1960 Kirchenrat, 1964 Pfarrer und Dekan in Würzburg, 1972 in den Ruhestand versetzt.

Bickleder, Karl

Geb. 21.10.1888 in Mausham/Ndb., gest. 4.2.1958 in Mallersdorf/Ndb., kath., bis 1908 im elterlichen und anderen landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt, 1909-1945 in bischöflichen Diensten als Verwalter wirtschaftlicher Unternehmungen in Straubing, seit 1942 bischöflicher Wirtschaftsrat, 1919-1933 BVP-Mitglied, Vorsitzender der BVP in Straubing, 1933 Stadtrat (BVP) in Straubing, 1933 MdR (BVP), nach 1933 vorübergehend verhaftet. - Mitbegründer der CSU in Straubing, 1945-1948 Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Straubing, 1945 Oberbürgermeister von Straubing, 1946-1958 Stadtrat (CSU) in Straubing, 1945-1958 Landrat in Straubing, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1950 und 1954-1958 MdL (CSU), 1948 Mitbegründer der Wohnungsbaugenossenschaft für den Landkreis Straubing GmbH und bis 1958 Mitglied in deren Aufsichtsrat.

Birkel, Rudolf

Geb. 27.11.1918 in Hof/Ofr., kath., 1938-1945 Wehrdienst und Teilnahme am Zweiten Weltkrieg (zuletzt Leutnant). - Studium der Medizin, dann Studium der Geschichte und Soziologie, 1949 Promotion zum Dr. phil., 1949-1956 politischer Redakteur und stellvertretender Chefredakteur beim "Hofer Anzeiger" und beim "Zeitungsring Oberfranken", 1956-1958 Landtagskorrespondent in München, 1958-1979 Pressereferent im Bayerischen Finanzministerium, Mitbegründer der CSU in Hof, Mitbegründer der JU in Bayern und in Deutschland, Mitglied des ersten Landesrats der JU in Bayern, 1946-1948 Mitglied des Landesvorstands der CSU, Mitglied der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU, 1952-1955 Stadtrat (CSU) in Hof, seit 1953 kommissarischer Fraktionsvorsitzender, Mitglied des Vorstands der Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise, Mitglied des Internationalen Presseclubs München und seit 1990 dessen stellvertretender Vorsitzender, Mitglied des Vereins Landtagspresse und des Bayerischen Presseclubs, zeitweise Lehrbeauftragter an der Bayerischen Beamtenfachschule und an der Bayerischen Verwaltungsschule.

Blaser, Kurt

Geb. 28.4.1912 in Landsberg am Lech/Obb., gest. 28.4.1991, ev., Studium der ev. Theologie in Erlangen, München und Halle, anschließend Pfarrer in Alsleben an der Saale, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg als Luftwaffenoffizier. - Mitbegründer der JU in Hof, 1946 Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Hof, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV, 1960-1962 Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Bayreuth-Stadt, 1960-1990 Stadtrat (CSU) in Bayreuth, nach 1945 Jugendpfarrer und Religionslehrer in Hof, 1946-1957 Religionslehrer in München, daneben Zweitstudium der Psychologie und Philosophie, Promotion zum Dr. phil., 1957-1977 Dozent an der Pädagogischen Hochschule in Bayreuth.

Blum, Léon

1872-1950, französischer Politiker, 1902 Mitbegründer, 1916 Generalsekretär, 1921 Vorsitzender der französischen sozialistischen Partei, 1936/1937 und 1938 Ministerpräsident, nach der Besetzung Frankreichs bis 1945 in mehreren deutschen KL. - 1946/1947 erneut Ministerpräsident.

Blum, Ludwig

Kaufmann in München, Vorsitzender eines CSU-Ortsverbands in München, 1946-1950 Mitglied des Vorstands des berufsständischen Rats der CSU, 1948-1950 Mitglied des Landesvorstands der CSU, Mitglied der Arbeitsgemeinschaft der CSU für Handel, Handwerk, Gewerbe und Industrie.

Böck, Toni

Geb. 18.6.1915 in München, kath., Kaufmann, 1934-1936 Diözesanführer im Katholischen Jungmännerverband (Sturmschar) in München, Arbeitsdienst, 1937 zum Wehrdienst eingezogen, 1939-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - Nach 1945 Aufbau eines Sozialbüros in München, 1948-1951 Landesleiter der Katholischen Jungen Mannschaft, 1951 Geschäftsführer des Diözesanrats der Katholiken und des Landeskomitees der Katholiken in Bayern, 1949-1984 Stadtrat (CSU) in München, Mitglied im Dienstag-Club.

Böcker, Bernhard

Geb. 17.8.1887 in Seppenrade/Westfalen, gest. 21.8.1971, kath., Schneider, Vorsitzender des Christlichen Bekleidungsarbeiterverbands, vor 1933 Zentrums-Mitglied und Stadtverordneter in Köln, nach 1933 entlassen und vorübergehend arbeitslos, wiederholt verhaftet, Hilfsarbeiter bei Ford in Köln, anschließend Angestellter. - Mitbegründer der CSU in Aschaffenburg, öffentlicher Ankläger bei der Spruchkammer Aschaffenburg, später leitender Sachbearbeiter beim Landesarbeitsamt Nürnberg, seit 1946 Arbeitsgerichtsrat beim Arbeitsgericht Würzburg und Aschaffenburg.

Boehlke, Friedrich

Geb. 19.2.1889 in Augsburg, gest. 21.1.1968 in Augsburg, kath., kaufmännischer Angestellter, Mitglied der Vorstände der CSU-Bezirksverbände Augsburg und Schwaben und zeitweise deren Kassenprüfer.

Bogendörfer, Otto

Geb. 1.4.1895 in Fürth/Mfr., gest. 27.7.1966, ev., vor 1933 Prokurist in der Holzbranche, zeitweise in Spanien tätig, 1933 Rückkehr nach Deutschland, wegen regimiekritischer Äußerungen vorübergehend verhaftet und aus seiner Stellung entlassen, mehrere Jahre arbeitslos, dann selbständiger Steuerberater, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - Nach 1945 Gutachter in Entnazifizierungsfällen, Mitbegründer der CSU in Eschenbach/Opf., 1946 Kandidat (CSU) für die VLV, Anfang der 50er Jahre aus der CSU ausgetreten.

Bolz, Eugen

1881-1945, Jurist und Politiker, 1912-1918 und 1920-1933 MdR (Zentrum), 1919/1920 MdVNV (Zentrum), 1913-1933 MdL (Zentrum) in Württemberg, 1919-1924 Justizminister und 1924-1933 Innenminister in Württemberg, 1928-1933 Württembergischer Staatspräsident und Vorsitzender des Staatsministeriums, Verbindungen zum Widerstand des 20. Juli 1944, im Dezember 1944 vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und am 23.1.1945 in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Bonhoeffer, Dietrich

1906-1945, ev. Seelsorger und Theologe, nach 1933 Emigration und bis 1935 Pfarrer in London, nach seiner Rückkehr Übernahme des Priesterseminars der Bekennenden Kirche in Finkenwalde, seit 1939 mehrmals im Auftrag der Militäropposition gegen Hitler Ver-

handlungen mit Großbritannien, 1940 Lehr-, Predigt- und Publikationsverbot, 1943 verhaftet, im April 1945 im KL Flossenbürg hingerichtet.

Boßlet, Albert

Geb. 23.1.1880 in Frankenthal/Pfalz, gest. 29.10.1957 in Würzburg, kath., 1903-1910 Mitarbeiter bei den Kirchenbauämtern Köln, Saarbrücken, Stuttgart und München, seit 1910 Architekt in Landau/Pfalz, 1915-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1919-1926 Referent für Wohnungs- und Siedlungswesen im Bayerischen Sozialministerium, anschließend freischaffender Architekt in München, Regensburg und Würzburg, seit 1928 Professor der bildenden Künste. - 1946 Mitglied des Kunstausschusses der CSU.

Bräu, Lorenz

Geb. 4.2.1916 in Kellerhof, Gemeinde Bruck/Opf., gest. 16.4.1983, kath., Landwirt, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg bis zu seiner Freistellung. - Mitbegründer der CSU, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV, 1948-1956 Gemeinderat (CSU) in Bruck, 1952-1960 Kreisrat (CSU) in Roding, 1952 Kandidat (CSU) für den Bezirkstag der Oberpfalz.

Brand, Erich

Geb. 3.6.1892 in Aeschach/Schw., gest. 22.11.1986 in Hamburg, ev., 1943-1946 Kaufmann in Dießen, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV.

Brand, Ludwig

Geb. 1.4.1893, Steuerinspektor, Dezember 1945 Mitbegründer der CSU in Aichach, 1946 Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Aichach und Mitglied des Vorstands des CSU-Bezirksverbands Oberbayern, Delegierter zum Landesausschuß der CSU, im Herbst 1946 aus der CSU ausgetreten.

Brand, Paul

Geb. 3.5.1897 in Dinkelsbühl/Mfr., gest. 30.4.1969, kath., Kaufmann und Fabrikant, 1946 MdVLV (CSU).

Brandl, Otto

Geb. 17.1.1900 in Rosenheim/Obb., gest. im Februar 1980, kath., zunächst Bankbeamter, dann Journalist, Chefredakteur bei der "Katholischen Sonntagszeitung", Rosenheim, Mitarbeiter beim "Rosenheimer Anzeiger" und beim "Rosenheimer Tagblatt". - 1945 von den amerikanischen Militärbehörden zum Stadtrat in Rosenheim ernannt.

Brandner, Johann

Geb. 27.8.1902 in Auerbach/Ndb., gest. 21.6.1991 in Dingolfing/Ndb., kath., Betonfacharbeiter und Fuhrunternehmer, 1921-1933 im Ruhrgebiet beschäftigt, seit 1922 gewerkschaftlich organisiert, Arbeiterfunktionär, vier Jahre lang Mitglied der Stadtverordnetenversammlung in Duisburg, nach 1933 mehrere Monate in Haft, dann Arbeiter in München, 1942 eingezogen zur Organisation Todt. - Nach 1945 Bürgermeister der Gemeinden Schiefweg und Waldkirchen, 1946 Landrat in Wolfstein, 1946-1950 MdL (CSU).

Braun, Alois

Geb. 9.6.1882 in Freising/Obb., gest. 16.12.1963, Lehrer, Teilnahme am Ersten Weltkrieg, vor 1933 BVP-Mitglied, nach 1933 mehrmals vorübergehend verhaftet, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg (zuletzt Major und Kommandeur der Panzerabwehrersatzabteilung 7

in München-Freimann), 1945 Mitglied der Freiheitsaktion Bayern. - Mitbegründer der CSU in Freising und 1948-1956 deren Ortsvorsitzender.

Braun, Josef

Geb. 11.3.1892 in Maierhof, Gemeinde Stubenberg/Ndb., gest. 6.4.1971, kath., nach Volks- und Fortbildungsschule in der Landwirtschaft tätig, 1912-1914 Militärdienst, 1914-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, nach Kriegsende erneut in der Landwirtschaft tätig, seit 1932 Bauer in Roßbach, Gemeinde Stubenberg. - Nach 1945 Bürgermeister von Stubenberg, Kreisrat (CSU) in Pfarrkirchen und Mitglied des Kreisausschusses, 1952 stellvertretender Landrat in Pfarrkirchen, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1950 und 1954-1966 MdL (CSU).

Braun, Otto

1872-1955, Buchdrucker und Politiker, 1913-1918 und 1921-1933 MdL (SPD) in Preußen, 1919/1920 MdVNV (SPD) und 1920-1933 MdR (SPD), 1918-1921 Preußischer Landwirtschaftsminister, 1920-1932 mit kürzeren Unterbrechungen in den Jahren 1921 und 1925 Preußischer Ministerpräsident, nach 1933 Emigration in die Schweiz.

Breidbach-Bürresheim, Freifrau Maria Anna von, gen. von Riedt

Geb. 30.9.1888 in Satzvey/Rheinland, kath., 1948 Delegierte zum Landesausschuß der CSU.

Brenner, Eduard

Geb. 4.10.1888 in München, gest. 17.1.1970 in Oberaudorf am Inn/Obb., ev., 1907-1912 Studium in München und Würzburg, 1912 Promotion, SPD-Mitglied, Lektor für Anglistik an der Universität Erlangen, 1927-1933 Professor für England- und Amerikakunde an der Hindenburg-Hochschule für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Nürnberg, 1927-1929 Leiter der deutsch-englischen akademischen Austauschstelle in London, 1925-1933 Direktor der Volkshochschule Nürnberg, nach 1933 entlassen, Vortragsreisen in die USA. - 1945-1947 Rektor der Hochschule für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Nürnberg, seit 1946 Professor für amerikanische Kulturgeschichte und 1946-1948 Rektor der Universität Erlangen, 1946-1950 Stadtrat (SPD) in Nürnberg und Mitglied des Kulturausschusses des deutschen Städtetags, 1950-1954 Staatssekretär im Bayerischen Kultusministerium, Vorsitzender des bayerischen Landesverbands für freie Volksbildung.

Brentano, Heinrich von

1904-1964, Jurist und Politiker, Mitbegründer der CDU in Hessen, 1946-1949 MdL (CDU) in Hessen, 1947-1949 Vorsitzender des Verfassungsausschusses der Arbeitsgemeinschaft von CDU/CSU, 1948/1949 MdPR (CDU), 1949-1964 MdB (CDU), 1949-1955 und 1961-1964 Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion, 1955-1961 Bundesaußenminister.

Briner, Robert

1885-1960, schweizerischer Jurist und Politiker, nach Jurastudium in Zürich und Berlin zunächst im Justizdienst tätig, 1919-1935 Leiter des Jugendamts des Kantons Zürich, 1935-1951 Mitglied des Regierungsrats in Zürich, 1935-1943 Polizei- und Militärdirektor, 1943-1951 Leiter der Erziehungsdirektion, Mitglied der Demokratischen Partei und zeitweise deren Präsident.

Brüning, Heinrich

1885-1970, Gewerkschafter und Zentrums-Politiker, 1930-1932 Reichskanzler, 1931/1932 auch Reichsaußenminister.

Brumberger, Josef

Geb. 27.5.1890 in Leibelbach/Mfr., gest. 31.8.1971, kath., Mitarbeit im landwirtschaftlichen Betrieb der Eltern, Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1915 schwer verwundet und aus dem Heer entlassen, 1918 Übernahme des elterlichen Anwesens, vor 1933 BVP-Mitglied und 1932 Kandidat für die Landtagswahl in einem oberfränkischen Wahlkreis, 2. Bürgermeister von Lammelbach, 1933 und 1944 vorübergehend verhaftet. - August 1945-1971 Bürgermeister von Lammelbach, Mitbegründer des BBV und dessen Vorsitzender im Landkreis Feuchtwangen, stellvertretender Präsident des BBV Mittelfranken, Mitglied der Kreisbauernkammer Mittelfranken, Aufsichtsratsvorsitzender der Raiffeisenkasse Herrieden und Vorsitzender der Baywa-Lagerhausgesellschaft Herrieden, 1948-1966 Kreisrat (CSU) in Feuchtwangen und 1952-1966 Mitglied des Kreisausschusses, 1946 MdVLV (CSU), 1950 MdL (CSU).

Bühner, Eustach

Geb. 22.12.1885 in Waldberg/Ufr., gest. 26.6.1949, kath., 1907-1912 Studium der Medizin in Würzburg und München, Promotion zum Dr. med., 1914-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg als Truppenarzt, seit 1919 praktischer Arzt in Waldberg, als Gegner des Nationalsozialismus in der BVP engagiert, nach 1933 mehrmals verhaftet. - Mitbegründer der CSU und Kreisrat (CSU) in Neustadt an der Saale, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1949 MdL (CSU).

Burges, Bernhard

Geb. 17.8.1910, gest. 6.11.1989, kath., nach 1945 zunächst Berufsberater im Arbeitsamt Landshut, dann dessen Direktor, Mitbegründer von CSU und JU in Donaueschingen, 1956-1963 Stadtrat (CSU) in Landshut, 1957 Kandidat auf der CSU-Landesliste für die Bundestagswahl.

Burns, Paul

Oberstleutnant, 1946-1948 Leiter der Political Activities Branch, der Civil Service Branch und amtierender Leiter der Field Operations Branch der amerikanischen Militärregierung in Bayern.

Busch, Martin

Geb. 18.8.1907 in Waldershof/Opf., gest. 11.11.1967 in München, kath., Jurist und Volkswirt, nach 1933 als Gegner des Dritten Reiches in Bad Kreuznach inhaftiert. - 1945 von den amerikanischen Militärbehörden als Treuhänder einer Bekleidungsfabrik eingesetzt, Landrat in Wunsiedel, Kemnath und Nabburg, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV, später beim Filmverleih in München tätig.

Butterhof, Franz Xaver

Geb. 7.12.1914 in Bamberg/Ofr., gest. 27.7.1989 in Schwäbisch Hall, Maler in Nürnberg, CSU-Mitglied, Mitbegründer der JU in Bayern, seit 1947 Mitglied in deren Vorstand, 1947/1948 Bundessekretär der JU Deutschlands, 1949-1952 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1948-1952 Landrat in Beilngries.

Byrnes, James Francis

1879-1972, US-amerikanischer Politiker (Demokratische Partei), 1945-1947 Außenminister.

Canaris, Wilhelm

1887-1945, Berufsoffizier (Admiral), 1935-1944 Chef des militärischen Geheimdienstes im OKW, im militärischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus aktiv, nach dem 20. Juli 1944 verhaftet, im April 1945 im KL Flossenbürg hingerichtet.

Caspar, Karl

Geb. 13.3.1879 in Friedrichshafen, gest. 22.9.1956 in Brannenburg am Inn/Obb., kath., Studium an den Kunstakademien in Stuttgart und München sowie Auslandsstudien in Frankreich und Italien, seit 1918 Professor, 1922-1937 und 1946-1949 Professor an der Kunstakademie München, seit ihrer Gründung Mitglied der Bayerischen Akademie der Schönen Künste. - 1946 Mitglied des Kunstausschusses der CSU.

Centmayer, Hans

Geb. 21.12.1903 in Obermaxfeld/Obb, ev., Landwirtschaftsschule in Neuburg an der Donau, Gutsverwalter und -inspektor in Nord- und Westdeutschland, 1940-1956 Pächter des Gutes Wildbad bei Rothenburg ob der Tauber, das er dann erwarb und bis 1968 führte. - 1946-1966 Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Rothenburg ob der Tauber, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV, 1946-1950 MdL (CSU), Bezirksrat (CSU) für Mittelfranken, Mitglied der Landesbauernkammer, Präsidiumsmitglied des BBV, Vorsitzender der Fachschulabsolventen in Bayern, Gründer und Vorsitzender der Molkereigenossenschaft Rothenburg ob der Tauber.

Chrambach, Erich

Geb. 10.12.1888 in Dresden, gest. 14.11.1957 in Deggendorf/Ndb., ev., während des Dritten Reiches in der bayerischen Heimatbewegung aktiv. - 1945/1946 Landrat in Deggendorf, seit 1948 BP-Mitglied, 1950 an führender Stelle Mitbegründer des BHKB.

Churchill, Sir Winston

1874-1965, britischer Politiker (Liberale bzw. Konservative Partei), 1940-1945 und 1951-1955 Premierminister.

Clay, Lucius Dubignon

1897-1978, US-amerikanischer General, 1945-1947 stellvertretender Militärgouverneur, 1947-1949 Militärgouverneur in Deutschland und Befehlshaber der US-Landstreitkräfte in Europa, 1961/1962 persönlicher Beauftragter Präsident Kennedys im Range eines Botschafters während der Berlin-Krise.

Clusius, Klaus

Geb. 19.3.1903 in Breslau, gest. 28.5.1963 in Zürich, 1930 Privatdozent an der Universität Göttingen, 1934 außerordentlicher Professor an der Universität Würzburg, 1936 ordentlicher Professor in München, seit 1947 Professor an der Universität Zürich und Direktor des Physikalisch-Chemischen Instituts der Universität, 1961 Ehrendoktorwürde der TH Hannover.

Dahm, Else

Geb. 16.10.1888 in Lodz/Polen, gest. 1.12.1970 in München, ev.-ref., später ev.-luth., nach Kurzausbildung als Krankenschwester bei den Johannitern im Ersten Weltkrieg Leiterin eines Lazaretts, 1938-1958 Leiterin des Deutschen Evangelischen Frauenbundes in München. - Mitbegründerin der CSU in München, 1946 in den Vorstand des CSU-Bezirks-

verbands München gewählt, 1946 stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses Frau und Familie der CSU.

Dahrendorf, Gustav

1901-1954, kaufmännischer Angestellter, Journalist und Politiker, 1928-1933 MdBü (SPD) in Hamburg, 1932/1933 MdR (SPD), Verbindungen zum Widerstand des 20. Juli 1944, vom Volksgerichtshof zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt. - 1945/1946 Mitglied des Berliner Zentralausschusses und des Vorstands der SPD, SPD-Delegierter im Zentralen Blockausschuß, Präsident des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands und Vizepräsident der deutschen Zentralverwaltung für Brennstoffindustrie (SBZ), im Februar 1946 Übersiedlung nach Hamburg, 1946/1947 MdBü (SPD) in Hamburg, 1947-1949 MdWR (SPD) und dessen Vizepräsident.

Debus, Karl

Geb. 10.9.1891 in Leistadt bei Dürkheim, gest. 29.9.1957 in Regensburg, kath., Studium und Promotion zum Dr. phil., 1914-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, zunächst Redakteur bei Wirtschaftszeitschriften, dann bei der Tageszeitung "Der Rheinpfälzer" in Landau und in einem Münchner Verlag, Redakteur bei "Neues Reich" und "Schönere Zukunft" in Wien, seit 1928 Chefredakteur des "Regensburger Anzeigers", während des Dritten Reiches vorübergehend arbeitslos, dann wissenschaftlicher Assistent in Kaufbeuren, 1938-1945 Angestellter beim Finanzamt Fürstenfeldbruck. - Nach 1945 Chefredakteur und Lizenzträger der "Mittelbayerischen Zeitung", 1946 Kandidat (CSU) für die VLV.

Deggendorfer, Emanuel

Geb. 21.8.1876 in Moorenweis/Obb., gest. 16.5.1953 in Nürnberg, nach Ende des Militärdienstes in landwirtschaftlichen Betrieben tätig, Besuch der Gendarmerieschule in München, seit 1898 bei der Gendarmeriekompanie von Unterfranken, seit 1900 bei der Schutzmannschaft Nürnberg (zuletzt Wachtmeister), Übernahme in den Verwaltungs- und Staatsdienst, Tätigkeit im Einwohneramt der Stadt Nürnberg, vor 1933 BVP-Mitglied, 1925-1933 Stadtrat (BVP) in Nürnberg. - Nach 1945 Leitung des Einwohneramts, Mitbegründer der CSU in Nürnberg, 1946 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Nürnberg-Fürth, 1946-1948 Stadtrat (CSU) in Nürnberg und Vorsitzender der CSU-Stadtratsfraktion, 1946-1948 Mitglied des Aufsichtsrats des Großkraftwerks Nürnberg.

Dehler, Thomas

Geb. 14.12.1897 in Lichtenfels/Ofr., gest. 21.7.1967 in Streitberg/Ofr., kath., Teilnahme am Ersten Weltkrieg, Jurastudium in Würzburg, Freiburg i.Br. und München, Promotion zum Dr. jur., seit 1924 Rechtsanwalt in München und Bamberg, 1926-1933 Vorsitzender bzw. Vorstandsmitglied der DDP/StP in Bamberg, Kontakte zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus, 1938 und 1944 verhaftet, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - 1945 Landrat in Bamberg, bis 1947 Generalstaatsanwalt und bis 1949 Präsident des OLG Bamberg, Mitbegründer und 1946-1956 Vorsitzender der bayerischen FDP, 1946 MdVLV (FDP), 1946-1949 MdL (FDP), 1948/1949 MdPR (FDP), 1949-1967 MbB (FDP), 1949-1953 Bundesjustizminister, 1953-1957 Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion, 1954-1957 Bundesvorsitzender der FDP, 1960-1967 Vizepräsident des Deutschen Bundestags.

Deku, Maria

Geb. 18.3.1901 in Düsseldorf, gest. 19.4.1983, kath., vor 1933 Zentrums-Mitglied und in der katholischen Frauenbewegung engagiert, kam im letzten Kriegsjahr nach Bayern. - Regierungreferentin in Regensburg, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1948 MdL (CSU).

Deku, Rudolf

Geb. 14.10.1896 in Düsseldorf, gest. 21.1.1977, kath., verheiratet mit Maria Deku, Jurastudium in Bonn, Münster, Marburg und Köln, 1920 Referendarexamen und Promotion zum Dr. jur., 1920/1921 Referendar am Amtsgericht Ratingen und am Landgericht Düsseldorf, im Dezember 1921 auf eigenen Antrag beurlaubt, im Februar 1923 aus dem Justizdienst entlassen, 1920-1923 als Geschäftsführer, juristischer Hilfsarbeiter und Syndikus tätig, 1923-1933 Syndikus der Stadtwerke Krefeld, 1926-1933 Lehrer für öffentliches und privates Recht an der Verwaltungsschule Linker Niederrhein, 1933-1945 in verschiedenen Stellungen in der freien Wirtschaft tätig, zuletzt als kaufmännischer Direktor, vor 1933 Zentrums-Mitglied und in der katholischen Jugendbewegung engagiert. - 1946/1947 Landrat in Sulzbach-Rosenberg, im September 1947 vom Bayerischen Innenministerium vom Dienst suspendiert, 1947-1953 Oberkreisdirektor in Aachen.

Detsch, Jakob

Geb. 3.3.1886 in Wunkendorf/Ofr., gest. 14.1.1967 in Rosenheim/Obb., kath., Kaufmann, Mitbegründer der CSU, 1945-1951 Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Rosenheim.

Detsch, Josef

Geb. 7.8.1916 in Bobingen/Schw., kath., Sohn von Jakob Detsch, Kaufmann, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - Mitbegründer der CSU in Rosenheim, bis 1948 Vorsitzender der JU in Oberbayern, Jugendvertreter für den CSU-Bezirksverband Oberbayern, 1957-1975 stellvertretender Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Rosenheim, 1946-1952 und 1965-1967 Stadtrat (CSU) in Rosenheim, 1950 Kandidat (CSU) für die Landtagswahl.

Dill, Hans

1887-1973, bis 1912 Porzellanmaler, dann SPD-Parteisekretär in Nürnberg, Würzburg und München, 1919-1927 Redakteur der "Münchener Post", seit 1927 SPD-Bezirksparteisekretär Franken in Nürnberg, 1919-1932 MdL (SPD), 1930-1933 MdR (SPD), 1933 Emigration in die Tschechoslowakei, dort seit Ende 1936 Angestellter bei der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei der CSR und illegal für die SOPADE tätig, im November 1938 Emigration nach England, im Juni 1939 nach Kanada. - 1966 Rückkehr nach Deutschland.

Dinkelbach, Heinrich

1891-1967, Manager in der Eisen- und Stahlbranche, 1909-1926 bei Thyssen, seit 1926 bei den Vereinigten Stahlwerken, 1936-1946 ordentliches Mitglied in deren Vorstand, vor 1933 Zentrums-Mitglied, seit 1938 NSDAP-Mitglied. - Seit 1946 im Vorstand der Treuhandverwaltung der North German Iron and Steel Control, 1949-1954 Mitglied der Stahl-treuhändervereinigung.

Döppert, Konrad

Geb. 26.11.1882 in Kitzingen/Ufr., gest. 24.8.1975 in Kitzingen/Ufr., ev., Fabrikant, nach 1945 Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Kitzingen-Stadt und -Land, stellvertretender Bürgermeister von Kitzingen.

Dörpinghaus, Bruno

1903, Hotelier, Ingenieur und Politiker, vor 1933 Zentrums-Mitglied. - Mitbegründer der CDU in Hessen, 1945/1946 Landesgeschäftsführer der CDU Hessen, 1946-1951 General-

sekretär der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU, bis 1951 Herausgeber des CDU-Informationsdienstes "Union in Deutschland", 1951-1968 Hilfsreferent im Auswärtigen Amt.

Dötsch, Berta

Geb. 29.6.1898 in Buchhof, gest. 29.2.1970, kath., Redakteurin und Hausfrau, Mitbegründerin der CSU in Niederbayern, seit 1946 Frauenvertreterin des CSU-Bezirksverbands Niederbayern.

Dötsch, Ludwig

Geb. 3.1.1886 in Regenstein/Opf., gest. 13.11.1967, kath., verheiratet mit Berta Dötsch, Lehre und Meisterprüfung als Schriftsetzer und Buchdrucker, Buchdruckereibesitzer und Verleger der "Bayerischen Waldzeitung", vor 1933 BVP-Mitglied, 1933 vorübergehend verhaftet, August-Dezember 1935 in Stadelheim inhaftiert, Entzug der Lizenz als Schriftleiter, 1936 Einstellung der "Bayerischen Waldzeitung", November/Dezember 1944 wegen Verweigerung der Teilnahme am Volkssturm in Haft. - Mitbegründer der CSU in Niederbayern, Vorsitzender der CSU in Zwiesel, im April 1945 von den amerikanischen Militärbehörden als Bürgermeister von Zwiesel eingesetzt, anschließend kurzzeitig Landrat in Regen, 1949-1968 Herausgeber und Redakteur der "Bayerischen Waldzeitung".

Dohnanyi, Hans von

1902-1945, Jurist, seit August 1939 Mitarbeiter der Abwehr, führendes Mitglied des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus, arbeitete unter anderem mit dem ebenfalls bei der Abwehr eingesetzten Josef Müller zusammen, im April 1943 verhaftet, im April 1945 im KL Sachsenhausen hingerichtet.

Dollinger, Werner

Geb. 10.10.1918 in Neustadt an der Aisch/Mfr., ev., Studium der Wirtschafts- und Staatswissenschaften in Nürnberg, Frankfurt am Main und München, 1940 Diplomkaufmann, 1942 Promotion zum Dr. rer. pol., 1943-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - Nach 1945 im elterlichen Großhandel tätig, dann Mitinhaber einer Dampfziegelei, Mitbegründer der CSU, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV, seit 1957 Mitglied des Landesvorstands und seit 1961 Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands bzw. Präsidiums der CSU, seit 1964 stellvertretender CSU-Vorsitzender, seit 1970 ehrenamtlicher Vorsitzender des Wirtschaftsbeirats der Union e.V., seit 1975 Vorsitzender des EAK der CSU und stellvertretender Bundesvorsitzender des EAK der CDU/CSU, 1946-1964 Stadtrat (CSU) in Neustadt an der Aisch, 1946-1948 und 1952-1964 Kreisrat (CSU), 1953-1990 MdB (CSU), seit 1953 Mitglied des Vorstands der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 1957-1961 und 1969-1976 stellvertretender Vorsitzender, 1961/1962 Vorsitzender der CSU-Landesgruppe, 1956-1958 Mitglied der Generalversammlung der EGKS, 1962-1966 Bundesschatzminister, November/Dezember 1966 auch Bundesminister für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, 1966-1969 Bundespostminister, 1982-1987 Bundesverkehrsminister, 1948-1962 Vorsitzender des Industrie- und Handelsgremiums in Neustadt an der Aisch, 1952-1963 Vorsitzender des Bayerischen Tonindustrieverbands im Bezirk Mittelfranken, 1953-1962 2. Vorsitzender der Landesvereinigung des bayerischen Lebensmittelgroßhandels, bis März 1987 Mitglied des Verwaltungsrats der Kreditanstalt für Wiederaufbau, seit 1965 Mitglied der Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, seit 1971 Mitglied der Synode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Deutschland.

Donderer, Karl

Geb. 28.6.1884 in Waldstetten/Schw., gest. 18.7.1976, kath., Studium der Rechts- und Staatswissenschaften, 1905-1908 Kameralpraktikant in Höchstädt an der Donau, Markt- oberdorf und Augsburg, 1909-1912 königlicher Rentamtssekretär in Zusmarshausen, 1913/1914 königlicher Finanzrechnungskommissär bei der Kreisregierung in Speyer, 1915 Rentamtsassessor in Passau, 1948-1952 Oberregierungsrat und Finanzamtsvorsteher in Passau, vor 1933 BVP-Mitglied, 1920-1924 und 1928-1932 MdL (BVP). - Mitbegründer der CSU in Passau und Kreisvorsitzender der CSU, 1945/1946 2. Bürgermeister von Passau, 1952-1964 Landrat in Wegscheid.

Donhauser, Anton

Geb. 19.9.1913 in München, gest. 10.2.1987 in München, kath., nach Maurerlehre Besuch der höheren Technischen Staatslehranstalt für Hoch- und Tiefbau und Weiterbildung zum Bauingenieur, 1939 Sonderreifprüfung an der Wirtschaftshochschule, 1942 Ingenieur-Examen an der TH Danzig, seit 1938 gehobener bautechnischer Beamter bei der Reichsbahn, 1940-1944 bei der Bauinspektion der Reichsbahn in den besetzten osteuropäischen Staaten, Mitglied der Freiheitsaktion Bayern, im April 1945 in Abwesenheit zum Tode verurteilt. - 1945 von der Reichsbahndirektion München als technischer Reichsbahn-Oberinspektor beurlaubt und Mitarbeiter des BRK, seit 1947 Landesgeschäftsführer und Generalsekretär des BRK, zunächst CSU-Mitglied, 1947 Übertritt zur BP, 1948-1950 stellvertretender BP-Vorsitzender, nach einem Schiedsgerichtsverfahren 1950 Übertritt zur BHKP, 1952 erneut CSU-Mitglied, 1949-1955 MdB (bis 1950 BP, 1950-1952 fraktionslos, 1952-1955 CSU), 1955 Verlust der Immunität als Abgeordneter, mehrere Strafverfahren und Verurteilungen.

Donsberger, Josef

Geb. 23.2.1898 in Höchstädt an der Donau/Schw., gest. 20.3.1963, kath., 1911-1914 Steinmetzlehre, 1915-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, Besuch kaufmännischer Kurse an der oberbayerischen Invalidenschule, hörte 1927/1928 Vorlesungen über bürgerliches Recht, Arbeits- und Wirtschaftsrecht und Volkswirtschaft an der Handelshochschule Nürnberg, 1920-1922 Beamtenanwärter bei der Eisenbahndirektion Augsburg, anschließend bis 1933 beim Bayerischen Eisenbahnverband, zuletzt Bezirksleiter, 1920-1933 BVP-Mitglied, nach 1933 entlassen und bis 1938 arbeitslos, dann bis 1946 Angestellter bei verschiedenen Unternehmen. - Mitbegründer der CSU in Nürnberg, 1946-1950 und 1952-1962 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1946-1958 MdL (CSU), seit 1946 Mitglied des Vorstands der CSU-Landtagsfraktion, 1946/1947 Leiter des Katholischen Volksbüros Nürnberg, Mitbegründer der Beamtenorganisation in Bayern, seit 1950 2. Landesvorsitzender des Bundes Bayerischer Beamtenverbände, Mitglied des Aufsichtsrats der Sebaldu-Verlag GmbH.

Dorn, Walter L.

1894-1961, Historiker, 1940-1944 Mitarbeiter des Coordinator of Information, später des OSS, 1945/1946 persönlicher Berater im Hauptquartier Eisenhowers, 1946/1947 persönlicher Berater für Entnazifizierungsfragen bei General Clay.

Dürr, Kaspar

Geb. 18.1.1891 in Oberschwarzach, gest. 30.9.1967 in Würzburg, kath., Studium der Volkswirtschaft, 1922 Promotion zum Dr. rer. pol., vor 1933 Sekretär, dann Landessekre-

tär des Volksvereins für das Katholische Deutschland, seit 1933 Rechnungsführer beim bischöflichen Ordinariat in Würzburg, später Rechnungsrat in der Finanzkammer und (ehrenamtlicher) Vorstandsvorsitzender des St. Bruno-Werkes (Fränkische Wohnungsgenossenschaft m.b.H). - Mitbegründer der CSU in Würzburg und 1945/1946 deren Kreisvorsitzender, 1946 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Unterfranken, gleichzeitig mit der Suspendierung des Kreisverbands Würzburg durch die amerikanische Militärregierung im Juni 1946 seiner Ämter enthoben, 1952-1966 Stadtrat (CSU) in Würzburg und 1953-1956 Vorsitzender der CSU-Stadtratsfraktion.

Eberhard, Rudolf

Geb. 1.11.1914 in Nürnberg, ev., 1935-1939 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften, 1. juristische Staats- und Diplomprüfung für Volkswirte, 1939-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg (zuletzt Hauptmann). - Nach 1945 CSU-Mitglied, 1953-1968 Mitglied des Landesvorstands (1965-1968 als Gast) und 1954-1964 Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU, 1954-1964 stellvertretender Vorsitzender der CSU, Vorsitzender des EAK der CSU, nach 1945 zunächst Nebenbeamter am Landratsamt Kronach und Ebermannstadt, seit November 1946 kommissarischer Amtsvorstand, 1947-1957 Landrat in Ebermannstadt, 1957-1964 Bayerischer Finanzminister, seit 1958 stellvertretender Ministerpräsident, 1964-1970 Präsident, dann Vorstandsvorsitzender der Bayerischen Staatsbank, 1948-1954 Bezirksrat (CSU) für Oberfranken, 1950-1974 MdL (CSU), 1951-1957 stellvertretender Vorsitzender der CSU-Landtagsfraktion, Mitglied der Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern und des Landessynodalausschusses, bis 1957 stellvertretender Vorsitzender des Landkreisverbands Bayern, Vorsitzender des Fremdenverkehrsverbands Nordbayern und des Landesfremdenverkehrsverbands Bayern, Präsident der deutschen Zentrale für Fremdenverkehr.

Eberle, Anton

Geb. 3.9.1907 in Offingen/Schw., gest. 28.6.1973 in Rosenheim/Obb., kath. getauft, seit 1947 alt-kath., nach Studium der kath. Theologie 1931 Priesterweihe, 1931-1944 Kaplan, Expositus Pfarrer und Aushilfspriester in Gersthofen, Augsburg, Meitingen, Witzighausen, Tutzing und Starnberg, 1936 Präses des Katholischen Arbeitervereins Meitingen, im April 1944 freiresigniert. - 1947 Übertritt zur alt-katholischen Kirche, alt-katholischer Pfarrer für Südostbayern, 1963 zum Dekan für Bayern ernannt, 2. Bürgermeister in Eichenau, 1952-1972 Stadtrat (SPD) in Rosenheim, als Heilpraktiker tätig.

Eder(er), Hans

Geb. 26.11.1880 in Cham/Opf., gest. 17.9.1966 in Cham/Opf., kath., Schneiderlehre, nach Übernahme des elterlichen Betriebs Landwirt in Cham, Vorsitzender der Bezirksbauernkammer Cham, seit 1929 ehrenamtlicher Vorstand des Chamer-Heimat-Zeitungs-Vereins und ehrenamtlicher Redakteur der "Chamer Heimatzeitung", 1928-1932 MdR (BBMB/Deutsche Bauernpartei), nach 1933 Verbot der "Chamer Heimatzeitung". - Nach 1945 Vorsitzender des BBV im Landkreis Cham, Mitglied des Vorstands des BBV Oberpfalz und des erweiterten Landesvorstands, CSU-Mitglied, 1946-1954 MdL (CSU).

Eggenberger, Franz Xaver

Geb. 24.2.1899 in Gmeinschwenden/Schw., gest. 17.11.1977, kath., nach Jurastudium und Promotion zum Dr. jur. Rechtsanwalt in Dillingen an der Donau, nach 1933 dreimal verhaftet, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - Mitbegründer und juristischer Beirat der

Bayerischen Heimatpartei, dann CSU-Mitglied, 1948-1951 stellvertretender Vorsitzender des Landesschiedsgerichts der CSU, 1946-1966 Stadtrat (CSU) in Dillingen und zeitweise Vorsitzender der CSU-Stadtratsfraktion, 1948-1952 stellvertretender Bürgermeister, 1956-1960 3. Bürgermeister von Dillingen.

Ehard, Hans

Geb. 10.11.1887 in Bamberg/Ofr., gest. 18.10.1980 in München, kath., Jurastudium in München und Würzburg, 1912 Promotion zum Dr. jur., 1914-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1919 Staatsprüfung für den bayerischen Justiz- und Verwaltungsdienst, im September 1919 als Staatsanwalt in das Bayerische Justizministerium berufen, nach dem gescheiterten Hitler-Putsch im November 1923 Untersuchungsführer und Anklagevertreter im Hitler-Prozeß, 1925 in das Reichsjustizministerium abgeordnet, 1931-1933 Ministerialrat im Bayerischen Justizministerium, 1933-1945 Senatspräsident am OLG München, vor 1933 BVP-Mitglied. - Mitbegründer der CSU, seit 1946 Mitglied des Landesvorstands und 1949-1965 Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU, 1949-1955 CSU-Vorsitzender, 1945/1946 Staatssekretär im Bayerischen Justizministerium, 1946-1954 und 1960-1962 Bayerischer Ministerpräsident, 1962-1966 Bayerischer Justizminister, 1947-1949 Mitglied des Rats der Ministerpräsidenten des Länderrats der US-Zone, 1948/1949 Mitglied und zeitweise Vorsitzender des Länderrats des Vereinigten Wirtschaftsgebiets, 1950/1951 und 1961/1962 Bundesratspräsident, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1966 MdL (CSU), 1954-1960 Präsident des Bayerischen Landtags.

Eichhorn, Wilhelm

Geb. 5.7.1879 in Kleinhaßlach/Mfr., gest. 20.3.1957 in München, ev., 1921-1951 Mitglied des Vorstands der Bayerischen Landwirtschaftsbank in München (seit 1971 Münchner Hypothekenbank), 1951-1957 Mitglied in deren Aufsichtsrat und 1954-1956 Aufsichtsratsvorsitzender, Mitbegründer der CSU in München, am 11.10.1945 zu einem der beiden Vorsitzenden des vorbereitenden Ausschusses der CSU in München gewählt, 1945/1946 Mitglied des Vorläufigen Landesausschusses der CSU, 1946-1951 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV, 1946/1947 Präsident, 1947-1950 Mitglied der Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern.

Eicken, Hans Hermann von

Geb. 18.11.1895 in Kehl am Rhein, ev., Studium in Breslau, Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1916-1920 in französischer Kriegsgefangenschaft, 1921 Promotion zum Dr. jur., bis 1923 (Ausweisung aus polnisch Oberschlesien) Verkaufschef der Friedenshütte, dann Abteilungsleiter eines Münchner Markenartikelsyndikats, 1929-1934 Bezirksdirektor der Schweizerischen Lebensversicherungs- und Rentenanstalt, 1934-1945 Bezirksdirektor der Nürnberger Lebensversicherungs AG, seit 1945 in deren Vorstand. - Mitbegründer der CSU, 1945/1946 Mitglied des Vorläufigen Landesausschusses der CSU, 1946 Mitglied des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der CSU und des Ausschusses der CSU für Zwischenstaatliche Beziehungen, Berater der Fraunhofer-Gesellschaft in Wirtschaftsfragen.

Eirainer, Isidor

Geb. 18.9.1900 in Großhartpenning/Obb., gest. 26.11.1976, kath., Landwirt, vor 1933 Mitglied der Bayerischen Christlichen Bauernvereine, Vorstandsmitglied des bayerischen patriotischen Bauernvereins Tuntenhausen, Vorstandsmitglied des Verbands katholischer Jungbauern, in mehreren landwirtschaftlichen Genossenschaften tätig, Mitglied der Kreis-

bauernkammer Oberbayern, BVP-Mitglied und Mitglied des Wirtschaftsbeirats der BVP, 1933 MdL (BVP), im Juni 1933 kurzzeitig im KL Dachau. - Mitbegründer der CSU, 1961-1963 Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Bad Aibling, 1946 Kreisobmann des BBV in Bad Aibling, seit 1957 stellvertretender Präsident des BBV Oberbayern, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV, Gemeinderat (CSU) in Vagen, Kreisrat (CSU) in Bad Aibling und Mitglied des Kreisausschusses, 1952-1965 MdS.

Eisenhower, Dwight David

1890-1969, US-amerikanischer General und Politiker (Republikanische Partei), 1942 Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Europa, 1943 Oberbefehlshaber der alliierten Truppen für die Invasion Frankreichs, 1945 Militärgouverneur in Deutschland, bis 1948 Chef des Generalstabs, 1950-1952 Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa, 1953-1961 Präsident.

Elhardt, Heinrich

Geb. 19.4.1880, gest. 13.1.1958, ev., Konditormeister, Obermeister der Bäcker- und Konditorinnung München, Vorsitzender des Verbands des bayerischen Konditorenhandwerks, Mitbegründer und Aufsichtsratsvorsitzender der Konditoreinkauf AG, 1946 Mitglied des Vorstands des CSU-Bezirksverbands München, zuvor Mitglied des vorläufigen Vorstands des CSU-Bezirksverbands München, 1945/1946 Stadtrat (CSU) in München, 1946 MdVLV (CSU).

Elmenau, Johannes von

Geb. 26.11.1906, Jura- und Geschichtsstudium in München und Berlin, 1931 Referendar-examen, Mitglied der Studentenorganisation der BVP, 1931-1939 Verwaltung des familieneigenen Besitzes, anschließend bei Banken tätig, 1939-1945 Vermögensverwalter, seit 1941 bei der Reichsvereinigung Kohle tätig. - Ende 1945 Eintritt in die Bayerische Staatskanzlei, Referent für Fragen des Länderrats und der Bizone, 1946 stellvertretender Generalsekretär des vorbereitenden Verfassungsausschusses in Bayern, 1947-1949 Ministerialrat in der Direktorialkanzlei des Verwaltungsrats des Vereinigten Wirtschaftsgebiets und stellvertretender Bevollmächtigter Bayerns beim Vereinigten Wirtschaftsgebiet, Juni-Oktober 1949 dort kommissarischer Bevollmächtigter Bayerns, 1949 Referent im Bundeskanzleramt, 1949-1974 Ministerialbeamter im Bayerischen Kultusministerium, zuletzt Ministerialdirigent, 1964-1972 Leiter des Hochschulausschusses der ständigen Kultusministerkonferenz der Länder, Staatskommissar für den Wittelsbacher Ausgleichsfonds, Mitglied der Aufsichtsgremien zahlreicher wissenschaftlicher Institutionen.

Emmert, Heinrich

Geb. 1901, gest. 16.2.1974, nach Besuch der Realschule kaufmännische Lehre in Nürnberg, anschließend als Werkstudent bei M.A.N., Besuch der Handelshochschule und Abschluß mit Diplom, Kaufmann in Köln, Berlin, Dresden und Hamburg, zuletzt Verkaufsdirektor, seit 1935 wieder in Bayern tätig. - 1946-1950 MdL (CSU).

Emmet, Wilhelm

Geb. 1.11.1876 in Schifferstadt/Pfalz, Jurastudium, 1. und 2. juristische Staatsprüfung, zunächst Regierungsassessor im Bayerischen Innenministerium, 1906-1916 im bezirksamtlichen Dienst, dann Regierungsrat und Oberregierungsrat in Regensburg, 1926 in das Bayerische Kultusministerium berufen, seit 1927 Ministerialrat, bis 1941 hauptsächlich als Referent für kirchliche Angelegenheiten tätig, dann aus politischen Gründen entlassen. - 1945

in das Bayerische Kultusministerium zurückberufen, zum Staatsrat ernannt, 1948 in den Ruhestand versetzt.

Endres, Fritz

1877-1963, Kupferschmied, 1901-1911 Ortsverbandsvorsitzender des Süddeutschen Eisenbahnerverbands, 1911-1918 Arbeitersekretär der Freien Gewerkschaften Würzburg, 1918/1919 Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiterverbands Würzburg, 1912-1918 und 1920-1933 MdL (SPD), 1919/1920 MdVNV (SPD), 1919/1920 zunächst Bayerischer Justizminister, dann Innenminister, nach 1933 mehrfach verhaftet.

Engelhardt, Hans

Geb. 1.8.1907 in Schwabach/Mfr., gest. 9.10.1985 in Bad Godesberg, kath., Jurastudium in Berlin, Erlangen und München, 1929 Promotion, 1932 Staatsprüfung für den höheren Justiz- und Verwaltungsdienst, 1932-1936 Notariatsassistent in Kempten und Nürnberg, anschließend Syndikus einer Baugesellschaft in München, 1939-1943 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg, 1943-1945 amerikanische und französische Kriegsgefangenschaft. - Bis 1948 juristischer Angestellter bzw. Beamter am Landratsamt Schwabach, 1948-1956 Landrat in Hilpoltstein, seit 1956 Leiter der Zentralabteilung im Bundesministerium für Atomfragen.

Englert, Rudolf

Geb. 19.4.1890 in Lohr am Main/Ufr., gest. 1.8.1965, kath., Lehre als Koch und Konditor und Besuch einer Hotelfachschule, anschließend Koch, Küchenmeister und Küchendirektor im In- und Ausland, vor 1933 Zentrums-Mitglied, nach 1933 mehrfach von der Gestapo verhört und von einem Sondergericht zu neun Monaten Haft verurteilt, 1937 Übernahme einer Feinkostfabrik in Landau/Pfalz. - Mitbegründer der CSU, 1945 mehrere Monate Bürgermeister von Lohr am Main, Herbst 1945-1958 Landrat in Lohr am Main, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV.

Ensslin, Wilhelm

Geb. 9.12.1885 in Aalen, gest. 8.1.1965, ev., 1904-1910 Geschichtsstudium in Tübingen, Berlin, München und Straßburg, Promotion zum Dr. phil., 1910-1930 Kandidat für das höhere Lehramt, wissenschaftlicher Hilfslehrer, Oberlehrer, Studienrat und Oberstudienrat in Bromberg, Frankfurt am Main und Marburg, 1923 Habilitation im Fach Alte Geschichte, bis 1929 DVP-Mitglied, Privatdozent und außerordentlicher Professor in Marburg, 1930-1936 ordentlicher Professor in Graz, 1936-1943 ordentlicher Professor in Erlangen, seit 1943 ordentlicher Professor in Würzburg. - Im Juli 1948 von der Spruchkammer Erlangen-Stadt als vom Befreiungsgesetz nicht betroffen erklärt, 1952 emeritiert.

Epp, Franz Ritter von

1868-1946, Berufsoffizier (Generalleutnant) und Politiker, 1914-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1919 mit dem Freikorps Epp an der Zerschlagung der Münchner Räterepublik beteiligt, zunächst BVP-Mitglied, seit 1928 NSDAP-Mitglied, 1928-1945 MdR (NSDAP), im März 1933 Reichskommissar, dann seit April 1933 Reichsstatthalter in Bayern, nach 1945 von der amerikanischen Besatzungsmacht interniert.

Erber, Peter

Geb. 14.11.1904 in Ebersbach/Ofr., kath., Jurastudium, 1931 2. juristisches Staatsexamen, Promotion zum Dr. jur., seit 1931 Rechtsanwalt in Nürnberg, BVP-Mitglied, seit 1933

im Staatsdienst, zunächst Staatsanwalt, 1934-1945 Amtsgerichtsrat in München und Kiel, aus politischen Gründen nicht befördert. - 1945 als Landgerichtsdirektor am Wiederaufbau der Justiz in Kiel beteiligt, seit März/April 1946 im Bayerischen Justizministerium, dann in der Bayerischen Staatskanzlei, 1947 Mitarbeiter Anton Pfeiffers im Ministerium für Sonderaufgaben, 1949-1969 Generalsekretär des Bayerischen Landespersonalamts, CSU-Mitglied.

Erzberger, Matthias

1875-1921, Journalist und Politiker, 1903-1918 und 1920/1921 MdR (Zentrum), 1919/1920 MdVNV (Zentrum), Oktober/November 1918 Staatssekretär ohne Geschäftsbereich, im November 1918 Mitglied der deutschen Waffenstillstandskommission, 1919 Reichsminister ohne Geschäftsbereich, 1919/1920 Reichsfinanzminister, im August 1921 Opfer eines Attentats.

Etterer, Hans

Geb. 7.6.1918 in Erbdorf/Opf., gest. 1.5.1990 in Singen, kath., seit 1936 Berufssoldat, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - Seit 1947 Angestellter beim Arbeitsamt Kemnath, 1946/1947 Jugendvertreter für den CSU-Bezirksverband Oberpfalz, Geschäftsführer des CSU-Kreisverbands Weiden.

Euerl, Alfred

Geb. 11.2.1897 in Nürnberg, gest. 19.4.1970 in Nürnberg, ev., Lehre in einer Anwaltskanzlei, Besuch einer kaufmännischen Fortbildungsschule und einer Fachschule für Rechtsanwaltsgehilfen, dann in verschiedenen Nürnberger Anwaltskanzleien und Firmen tätig, 1923-1962 bei der Fränkischen Überlandwerk AG in Nürnberg, vor 1933 in der kirchlichen Jugend- und Männerarbeit engagiert, 1934-1959 Mitglied der Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, Mitglied des Landes-Synodalausschusses, wegen seines Protests gegen die Verhaftung Pastor Niemöllers selbst wiederholt von der Gestapo verhaftet. - Mitbegründer der CSU in Nürnberg, 1946-1952 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Nürnberg-Fürth und bis zu seinem Tod Mitglied des Bezirksvorstands, 1946/1947 und 1958-1967 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1946-1948 Stadtrat (CSU) in Nürnberg, 1946-1966 MdL (CSU) und 1958-1966 Mitglied des Ältestenrats, Mitglied im Rundfunkrat des Bayerischen Rundfunks.

Fackler, Franz Xaver

Geb. 20.10.1895 in München, gest. 23.9.1963 in München, kath., Bäckerlehre, 1915-1917 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, seit 1917 bei der AOK Wolfstein tätig, seit 1919 Bezirksleiter der Christlichen Gewerkschaften in München, seit 1923 Sachbearbeiter im Arbeitsamt München, 1926 Betriebsratsvorsitzender, nach 1933 mehrmals verhaftet, 1939-1944 Untersuchungshaft wegen Mitgliedschaft in einer monarchistischen Widerstandsgruppe, 1944 vom Volksgerichtshof zu viereinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. - Nach 1945 Übernahme einer Reklamefirma, Mitbegründer der CSU in München, Mitglied des Vorstands des CSU-Bezirksverbands München, 1949/1950 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1946-1963 Stadtrat in München und seit 1949 Vorsitzender der CSU-Stadtratsfraktion, 1950 Kandidat (CSU) für die Landtagswahl.

Fahy, Charles

1892, US-amerikanischer Jurist und Politiker, 1914-1933 Rechtsanwalt, seit 1933 bei verschiedenen Regierungsbehörden tätig, 1941 zum stellvertretenden Justizminister ernannt. -

1945 Berater der US-Delegation auf der Konferenz von San Francisco, 1945/1946 juristischer Berater und Leiter der Rechtsabteilung von OMGUS, 1946 juristischer Berater im Außenministerium, 1946/1947 Mitglied des Rechtsausschusses der Generalversammlung der UNO und Repräsentant der USA in der Generalversammlung der UNO.

Falkner, Ernst

Geb. 24.2.1909 in München, gest. 27.10.1950, Jura-, Geschichts- und Philosophiestudium in München und Freiburg i.Br., Promotion zum Dr. phil., anschließend Journalist, 1932 Beitritt zum BHKB und Mitbegründer einer monarchistischen Hochschulgruppe an der Universität München, nach 1933 mehrfach vorübergehend verhaftet, seit 1938 Honorarkonsul der Dominikanischen Republik in Bayern, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg, Kontakte zu Widerstandskreisen. - 1945 von den amerikanischen Militärbehörden als Landrat in Bogen, später als geschäftsführender Regierungspräsident von Niederbayern/Oberpfalz eingesetzt, im Oktober 1945 entlassen, 1946 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Niederbayern, 1946 Mitglied des Ausschusses der CSU für Zwischenstaatliche Beziehungen, trat im Januar 1948 zusammen mit Joseph Baumgartner von der CSU zur BP über, bis 1950 Landesgeschäftsführer bzw. Generalsekretär und Schatzmeister der BP, Mitbegründer des parteieigenen Bayernverlags und der "Bayerischen Landeszeitung", 1949/1950 MdB (BP).

Faltermeier, Josef

Geb. 13.12.1882 in Laberweinting/Ndb., gest. 2.2.1956, kath., nach Besuch der Volks- und Fortbildungsschule Mitarbeit auf dem elterlichen Hof, Militärdienst, 1914-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, anschließend Landwirt in Tiefbrunn, vor 1933 Mitglied der BVP und ihres Landesausschusses, Bezirksobmann der Bayerischen Christlichen Bauernvereine, Mitglied der Kreisbauernkammer Oberpfalz, nach 1933 vorübergehend verhaftet. - Mitbegründer und Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Regensburg-Land, Kreisrat (CSU) in Regensburg, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1950 MdL (CSU), Vorsitzender der Kreisbauernkammer Regensburg-Land, ehrenamtlicher Leiter des Ernährungsamts A in Regensburg, Vorsitzender des BBV in Regensburg, Mitglied des Aufsichtsrats der Milchwerke und der Zuckerfabrik Regensburg.

Faulhaber, Michael von

Geb. 5.3.1869 in Klosterheidenfeld/Ufr., gest. 12.6.1952 in München, kath., 1892 Priesterweihe, Studium in Würzburg und Rom, 1895 Promotion zum Dr. theol., 1899 Habilitation und Privatdozent an der Universität Würzburg, 1903-1910 ordentlicher Professor für kath. Theologie in Straßburg, 1910-1917 Bischof von Speyer, 1917-1952 Erzbischof von München und Freising, seit 1921 im Range eines Kardinals.

Feistle, Anton

Geb. 22.5.1892 in Oberknöringen/Schw., gest. 11.4.1963, kath., vor 1933 Redakteur, April-Juni 1933 Stadtrat (BVP) in Vilsbiburg, im Juni 1933 für mehrere Wochen verhaftet. - 1945 von den amerikanischen Militärbehörden als 1. Bürgermeister von Vilsbiburg eingesetzt, amtierte bis 1946, 1946 MdVLV (CSU).

Felder, Josef

Geb. 24.8.1900 in Augsburg, kath., zunächst kaufmännische und technische Ausbildung, dann Journalist, 1924-1933 Redakteur der "Schwäbischen Volkszeitung", Mitglied der SDAJ und seit 1920 der SPD, Vorsitzender der SPD in Augsburg, 1930-1933 Stadtrat

(SPD) in Augsburg, 1932/1933 MdR (SPD), im März 1933 untergetaucht, vorübergehende Flucht nach Österreich und in die Tschechoslowakei, im Juni 1934 Rückkehr nach Deutschland, im November 1934 verhaftet und bis Januar 1936 in verschiedenen Gefängnissen und im KL Dachau inhaftiert, anschließend bis 1945 Hauptbuchhalter einer Münchner Textilfirma. - Seit 1946 Lizenzträger und Chefredakteur des "Südost-Kuriers", 1955-1957 Chefredakteur des "Vorwärts", 1957-1969 MdB (SPD).

Fendt, Franz

Geb. 24.10.1892 in München, gest. 1.1.1982 in München, nach seiner Ausbildung zum Lehrer an Volks- und Berufsschulen tätig und in der Jugendarbeiterbildung engagiert, seit 1927 Studium der Staatswissenschaften und Promotion zum Dr. oec. publ., vor 1933 Mitglied der SPD und des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. - Im Juli 1945 zum Regierungsdirektor und Leiter des oberbayerischen Schulwesens berufen, 1945/1946 Bayerischer Kultusminister, seit 1950 Rektor der Hochschule für politische Wissenschaften in München.

Ficker, Ludwig

Geb. 14.10.1904 in München, gest. 10.12.1947, seit 1919 Gewerkschaftsmitglied, seit 1929 KPD-Mitglied, 1933 als Schienenleger in München wegen seiner Parteizugehörigkeit entlassen, illegal für die KPD tätig, während einer Versammlung festgenommen, jedoch nach kurzer Zeit wieder freigelassen, im Frühjahr 1934 Emigration in die Schweiz, Aufenthalte in Frankreich, der Sowjetunion und der Tschechoslowakei, mehrmalige illegale Rückkehr nach Deutschland, 1942 in Basel festgenommen und inhaftiert, Flucht und illegale Rückkehr nach Deutschland, erneut im Widerstand tätig. - 1945/1946 Staatssekretär im Bayerischen Innenministerium, 1946 MdVLV (KPD), 1947 MdWR (KPD) und als Schriftführer Mitglied in dessen Präsidium, 1947 Vorsitzender der KPD in Bayern.

Figl, Leopold

1902-1965, österreichischer Agraringenieur und Politiker, 1945 Staatssekretär in der Regierung Renner, Landeshauptmann von Niederösterreich, Mitbegründer der ÖVP und bis 1951 deren Obmann, 1945-1953 Bundeskanzler, 1953-1959 Außenminister, 1959-1962 Präsident des Nationalrats, 1962-1965 Landeshauptmann von Niederösterreich.

Fink, Hugo

Geb. 30.8.1910 in Karlsruhe, gest. 5.6.1986 in Augsburg, kath., Studium der Philosophie und der Staats- und Wirtschaftswissenschaften in Heidelberg und Freiburg i.Br., nach dem Staatsexamen in der Industrie und der öffentlichen Verwaltung tätig. - Seit 1946 CSU-Mitglied und Mitglied des Vorstands der CSU-Bezirksverbände Augsburg und Schwaben, 1945-1952 in der bayerischen Wirtschaftsverwaltung tätig, seit 1949 Oberregierungsrat, seit 1952 Stadtrat (CSU), Kultur- und Wirtschaftsreferent sowie Stadtrechtsrat in Augsburg, 1954-1974 MdL (CSU), 1966-1970 Staatssekretär im Bayerischen Innenministerium.

Fischer, Franz

Geb. 3.3.1889 in Kadeltschhofen/Schw., gest. 16.8.1962, Studium in München, Abschluß als Dipl.-Ing., 1918-1945 im bautechnischen Staatsdienst tätig. - Seit Juni 1945 Leiter der Obersten Baubehörde im Bayerischen Innenministerium, 1947-1950 im Range eines Staatssekretärs, 1951-1954 im Range eines Ministerialdirektors, 1947-1950 Mitglied des Landesvorstands der CSU.

Fischer, Heinz

Geb. 26.11.1919 in Breslau, gest. 19.11.1973 in Erlangen/Mfr., ev., 1939 Abitur, dann nach vier Semestern Medizinstudium zur Luftwaffe eingezogen. - Mitbegründer der CSU, 1947-1949 Geschäftsführer des CSU-Kreisverbands Münchberg, 1949 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1949 Mitglied des Vorstands des CSU-Bezirksverbands Oberfranken, Bezirksobmann der JU in Oberfranken, 1948-1950 Stadtrat (CSU) in Münchberg, seit 1948 Kreisrat (CSU) in Münchberg, 1945 medizinischer Gehilfe am Krankenhaus Hof, ehrenamtliche Betreuung von Flüchtlingen und Vertriebenen, seit 1949 im Landratsamt (Flüchtlingsamt) Münchberg beschäftigt, später Verlagskaufmann.

Fischer, Josef

Geb. 2.9.1906 in Dießen/Obb., gest. 8.1.1975, kath., Schreinerlehre, seit 1923 in Augsburg in der Industrie tätig, seit 1930 kaufmännischer Angestellter, BVP-Mitglied, seit 1925 Mitglied der katholischen Arbeiterbewegung und der Christlichen Gewerkschaften, Betriebsrat. - Mitbegründer der CSU im Stadt- und Landkreis Augsburg, 1947-1949 Vorsitzender der CSU-Bezirksverbände Augsburg und Schwaben, 1949-1964 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Augsburg, 1947-1964 Mitglied des Landesvorstands der CSU, im Oktober 1945 Mitglied des Stadtbeirats Augsburg, 1946-1948 Stadtrat (CSU) in Augsburg, seit 1954 Bezirksrat (CSU) für Schwaben, später Bezirkstagspräsident, 1946-1950 MdL (CSU), 1947-1952 Arbeitsgerichtsrat, 1952-1972 Direktor bei Haindl-Papier.

Fischer, Margarete

Geb. 12.12.1902, 1946 Frauenvertreterin des CSU-Bezirksverbands Nürnberg-Fürth, 1948 Delegierte zum Landesausschuß der CSU.

Fischer, Wilhelm

Geb. 26.3.1904 in Fürth/Mfr., gest. 21.10.1951, kaufmännischer Angestellter, bis 1930 Landessekretär der Reichszentrale für Heimatdienst, dann freier Mitarbeiter der sozialistischen Tagespresse, seit 1918 SPD-Mitglied, seit 1919 gewerkschaftlich organisiert, 1934 sieben Monate in Schutz- und Untersuchungshaft, 1935-1940 Prokurist in einem Exportbetrieb, 1940-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg und Kriegsgefangenschaft. - 1945 Leiter des Ernährungsamts Fürth-Stadt, seit 1948 Referent für das Wohlfahrts-, Gesundheits- und Jugendfürsorgewesen in Fürth, Vorsitzender der SPD in Ober- und Mittelfranken, Mitglied des Parteivorstands der SPD, 1946 MdVLV (SPD), 1946-1949 MdL (SPD), 1949-1951 MdB (SPD).

Försch, Konrad

Geb. 24.3.1893 in Thüngersheim/Ufr., Packer, KPD-Mitglied, 1936 nach Versuch, die KPD in Würzburg illegal weiterzuführen, verhaftet, Konzentrationslagerhaft. - 1945 Leitung des Arbeitseinsatzes ehemaliger Nationalsozialisten in Würzburg, persönlicher Beauftragter von Sonderminister Heinrich Schmitt für den Regierungsbezirk Unterfranken.

Franckenstein, Georg von und zu

Geb. 20.8.1898 in Nördlingen/Schw., gest. 27.3.1965, kath., 1916-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, Studium in Würzburg und an der Landwirtschaftlichen Hochschule Hohenheim, landwirtschaftlicher Praktikant auf mehreren Gütern, anschließend Verwaltung des land- und forstwirtschaftlichen Familienbesitzes, den er 1931 übernahm, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - Mitbegründer des BBV, seit 1945 Landrat in Scheinfeld, 1946

Kandidat (CSU) für die VLV, 1950-1965 MdL (CSU), Präsident der Gesellschaft für Fränkische Geschichte, Vorsitzender der Genossenschaft katholischer Edelleute in Bayern.

Frank, Albert

Geb. 1874 in Altomünster/Schw., 1902 Eintritt in die richterliche Laufbahn in München, 1906-1909 Amtsrichter in Vohenstrauß, seit 1909 Amtsrichter in München, 1922 Amtsgerichtsrat, 1924 Amtsgerichtsdirektor, 1928 Amtsgerichtspräsident, 1933-1939 Präsident des Landgerichts München II, Vorsitzender des Landesverbands Bayern des Reichsbundes der höheren Beamten, Vorsitzender des Bayerischen Richtervereins. - 1946 bis zu seinem Tod im Jahre 1947 oder 1948 stellvertretender Vorsitzender des Landesschiedsgerichts der CSU.

Frankl, Franz-Xaver

Geb. 6.11.1907 in Landshut, gest. 28.8.1954, kath., Angestellter, vor 1933 Mitglied der BVP und der Bayerwacht. - Delegierter zum Landesausschuß der CSU, 1946/1947 Stadtrat in Landshut, 1947 als Leiter des Wirtschaftsamts Landshut entlassen.

Frentzel, Heinz

1921, Journalist, 1945-1947 Regierungsinspektor im Thüringischen Volksbildungsministerium, Redakteur für Innenpolitik und Kultur beim Thüringischen Landessender, Oberregierungsrat und Pressechef der Thüringischen Landesregierung, seit 1948 politischer Kommentator beim Süddeutschen Rundfunk (Radio Stuttgart), seit 1949 bei RIAS Berlin.

Frenzel, Curt

Geb. 24.12.1900 in Dresden, gest. 30.1.1970, ev., 1922-1927 Aushilfslehrer, nebenbei journalistisch tätig, vorübergehend freier Journalist in Paris, seit 1928 politischer Redakteur und seit 1931 stellvertretender Chefredakteur der "Volksstimme Chemnitz", 1933 mehrere Monate in Haft, von der Pressearbeit ausgeschlossen, seit 1936 Sachbearbeiter und Reiseführer in einem Reisebüro, 1942-1944 dienstverpflichtet. - SPD-Mitglied, seit 1945 Mitherausgeber und Chefredakteur der "Schwäbischen Landeszeitung" (seit 1959 "Augsburger Allgemeine"), 1946-1949 Vorsitzender der DENA, 1949 beteiligt an der Gründung der Deutschen Presseagentur, Mitglied des Aufsichtsrats der Deutschen Presseagentur, Vorstandsmitglied des Verbands Bayerischer Zeitungsverleger, seit 1949 zahlreiche Funktionen im Verband Deutscher Zeitungsverleger.

Freundl, Otto

Geb. 13.11.1912 in Waldsassen/Opf., gest. 17.3.1982, kath., 1925-1928 kaufmännische Lehre, anschließend im elterlichen Geschäft tätig und kaufmännischer Angestellter in Freiburg i.Br., seit 1928 in der katholischen Jugendbewegung engagiert, die er nach 1933 in der Form von Heimatabenden weiterzuführen versuchte, 1936 Fortbildung an einer Handelsschule in München, 1937-1940 leitender Angestellter in einem Rundfunkunternehmen, seit 1940 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - Mitbegründer der CSU in Waldsassen, 1946-1948 und 1966-1972 Landrat, 1948-1966 stellvertretender Landrat in Tirschenreuth, 1946-1970 MdL (CSU).

Frick, Wilhelm

1877-1946, Jurist und Politiker, seit Anfang der zwanziger Jahre NSDAP-Mitglied, 1924-1945 MdR (Nationalsozialistische Freiheitspartei, dann NSDAP), 1928-1945 Vorsitzender der NSDAP-Reichstagsfraktion, 1930/1931 Thüringischer Innenminister, 1933-1943 Reichs-

innenminister, 1943-1945 Reichsminister ohne Geschäftsbereich und Reichsprotektor von Böhmen und Mähren. - 1946 in Nürnberg hingerichtet.

Fritzsche, Hans

1900-1953, Journalist, NSDAP-Mitglied, 1933 Leiter des Nachrichtenwesens in der Presseabteilung des Reichspropagandaministeriums, 1938 Leiter der Abteilung deutsche Presse im Reichspropagandaministerium und beim Presseamt der Reichsregierung, 1942 Wechsel zur Abteilung Rundfunk im Reichspropagandaministerium und Generalbevollmächtigter für die politische Organisation des Großdeutschen Rundfunks. - 1946 im Nürnberger Prozeß von der Anklage auf Kriegsverbrechen freigesprochen, 1947 Spruchkammerverfahren, bis September 1950 in Haft.

Fröhlich, Valentin

Geb. 20.3.1888 in Herzogenaurach/Mfr., gest. 3.5.1964, kath., nach juristischen und volkswirtschaftlichen Studien Promotion zum Dr. oec. publ., dann beim Oberbayerischen Christlichen Bauernverein und in der Zentralgenossenschaft in Regensburg tätig, Teilnahme am Ersten Weltkrieg, BVP-Mitglied, 1928-1933 MdL (BVP), Vizepräsident des Oberfränkischen Christlichen Bauernvereins, seit 1931 als Schriftführer Vorstandsmitglied der Bayerischen Christlichen Bauernvereine, Vizepräsident der Kreisbauernkammer Oberfranken und Mitglied der Bayerischen Landesbauernkammer, Herausgeber des "Fränkischen Bauernblattes". - Nach 1945 Landrat in Herzogenaurach, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV, 1947-1949 MdS.

Frommknecht, Otto

Geb. 17.11.1881 in Grünenbach/Schw., kath., 1901-1905 Studium des Bauingenieurwesens in München, Mitglied der katholischen Studentenverbindung Vindelicia, seit 1909 Eisenbahnbeamter, 1914-191 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, seit 1919 BVP-Mitglied, bis 1924 Vorsitzender der BVP in Obermenzing, Mitglied des Wirtschaftsbeirats der BVP, 1919-1924 Bürgermeister von Obermenzing, bis 1930 Gemeinderat in Obermenzing, 1920-1922 Landesleiter der Technischen Nothilfe Bayern, 1939 vom Volksgerichtshof wegen antinationalsozialistischer Tätigkeit zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt und aus dem Staatsdienst entlassen. - 1945 wieder eingestellt und mit der Leitung des Reichsbahn-Baustabs der Reichsbahndirektion München beauftragt, 1947 Bayerischer Staatsminister für Verkehr und Post, 1947-1950 Bayerischer Verkehrsminister, Januar-August 1947 Mitglied des Verwaltungsrats für Verkehr der Bizone, 1947-1950 Mitglied des Landesvorstands der CSU.

Frühwald, Konrad

Geb. 5.6.1890 in Roßbach/Mfr., ev., Landwirt, 1920-1933 Mitglied der Kreisbauernkammer Mittelfranken und 1930-1933 deren Präsident, 1925-1933 Mitglied der Bayerischen Landesbauernkammer, 1928-1932 und 1933 MdL (Deutsch-Nationale Front). - Mitbegründer des BBV und Mitglied in dessen Präsidium, seit 1947 MdS, 1949-1957 MdB (FDP).

Fuchs von Bimbach und Dornheim, Freiherr Hans

Geb. 16.1.1886 in Berlin, gest. 21.5.1963 in Volkach/Ufr., kath., Offizier und Gutsbesitzer, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV.

Gamperl, Georg

Geb. 21.4.1898 in Aresing/Obb., gest. 13.9.1966 in Regensburg, kath., 1916-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1919 Angehöriger des Freikorps Oberland, 1931 Promotion

zum Dr. phil., 1938 Staatsexamen als Nahrungsmittelchemiker, 1937 an der Staatlichen Chemischen Untersuchungsanstalt in München, seit 1938 bei der Allgäuer Alpenmilch AG in Bießenhofen tätig, vor 1933 BVP-Mitglied, 1933-1936 Emigration nach Österreich, 1943-1947 Direktor der Chemischen Untersuchungsanstalt in Regensburg. - Mitbegründer der CSU in der Oberpfalz, 1947-1949 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Oberpfalz, 1946-1949 Mitglied des Landesvorstands der CSU.

Gans, Richard

Geb. 7.3.1880 in Hamburg, Physiker, 1903-1908 Privatdozent in Tübingen, 1908-1911 außerplanmäßiger Professor in Tübingen, 1911/1912 Professor in Straßburg, 1912-1925 Professor in La Plata/Argentinien, 1925-1935 Professor in Königsberg. - 1946 Professor in München, seit 1947 erneut Professor und Direktor des Instituts für Physik in La Plata/Argentinien.

Gassenmeyer, Hermann

Geb. 11.6.1918 in Nürnberg, ev., Medizinstudium und Promotion zum Dr. med., anschließend praktischer Arzt, nach 1945 Jugendvertreter und 1973-1978 Vorsitzender des Gesundheitspolitischen Arbeitskreises für den CSU-Bezirksverband Nürnberg-Fürth.

Gaßner, Alfons

Geb. 7.12.1923 in München, kath., seit 1942 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg, Flucht aus russischer Kriegsgefangenschaft, im April 1945 Mitglied der Freiheitsaktion Bayern. - Mitbegründer der BHKP, 1946/1947 und seit 1966 CSU-Mitglied, 1947-1966 BP-Mitglied, Mitglied des Landesvorstands der BP, stellvertretender Vorsitzender und 1958-1966 Vorsitzender der BP in Niederbayern, seit 1961 stellvertretender Landesvorsitzender der BP, 1950-1966 und 1969-1974 MdL (bis 1966 BP, dann CSU), 1949, 1954 und 1959 Mitglied der Bundesversammlung, 1952-1966 Kreisrat (BP) in Vilshofen, 1946-1950 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften, bis 1963 Werbeleiter eines niederbayerischen Industrieunternehmens, seit 1968 Organisationsbeauftragter eines Versicherungsunternehmens für Niederbayern.

Gaulle, Charles de

1890-1970, französischer General und Politiker, 1944 Chef der provisorischen Regierung Frankreichs, 1945/1946 Ministerpräsident, 1958-1969 Staatspräsident.

Geiger, Hugo

Geb. 1.4.1901 in Furth im Wald/Opf., gest. 8.7.1984, kath., Studium der Mathematik, Physik, Pädagogik und Volkswirtschaft, 1927/1928 Lehrer für Mathematik und Physik in Würzburg, 1929-1946 bei der Allianz-Lebensversicherungs-AG in Stuttgart, Berlin und München tätig, zuletzt Vorstandsmitglied. - 1947-1950 und 1952-1959 Mitglied des Landesvorstands sowie 1952-1959 Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU, 1949/1950 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands München, 1952-1959 Landesschatzmeister der CSU, 1947-1950 Staatssekretär im Bayerischen Wirtschaftsministerium, 1950-1953 MdL (CSU), 1953-1961 MdB (CSU), 1958-1961 MdEP, Vorsitzender mehrerer Aufsichtsräte.

Geiselberger, Hans

Geb. 18.7.1894 in Neuhaus am Inn/Ndb., gest. 22.6.1957, kath., Studium der Volkswirtschaft und der Medizin in München und Würzburg, Promotion zum Dr. rer. pol., Teil-

nahme am Ersten Weltkrieg, Gesellschafter, später Besitzer der Druckerei Gebrüder Geiselberger, vor 1933 BVP-Mitglied und Sekretär der BVP-Reichstagsfraktion, nach 1933 vorübergehend verhaftet, 1945 von einem SS-Standgericht zum Tode verurteilt. - Mitbegründer und seit März 1946 Vorsitzender der CSU im Landkreis Altötting, seit 1946 Mitglied des Vorstands des CSU-Bezirksverbands Oberbayern, Stadtrat (CSU) und Kreisrat (CSU) in Altötting.

Gentner, Hans

Geb. 26.1.1877 in Pegnitz/Ofr., gest. 24.8.1953, ev., Landwirt, SPD-Mitglied, Bürgermeister von Pegnitz, Mitglied des Bezirkstags und des Bezirksausschusses sowie der Bezirksbauernkammer, 1912-1920 und 1928-1933 MdL (SPD), nach 1933 wiederholt verhaftet. - Nach 1945 erneut Bürgermeister von Pegnitz, 1946/1947 Staatssekretär im Bayerischen Landwirtschaftsministerium, 1946 MdVLV (SPD), 1947-1953 MdS, seit Dezember 1946 Präsidiumsmitglied des BBV.

Gerathewohl, Fritz

Geb. 31.1.1896 in Dresden, gest. 18.11.1956, ev., 1918 Mitbegründer des Deutsch-Nationalen Studentenbundes, 1919 bis Ende der zwanziger Jahre DDP-Mitglied, 1924 ausserplanmäßiger Lektor, 1929 planmäßiger Lektor für Sprechkunde und Rhetorik an der Universität München, Lehrbeauftragter an der Technischen Hochschule und der Staatlichen Akademie für Tonkunst. - 1946 als Lektor entlassen, 1951 wieder eingestellt, 1952 Lektor für Sprechkunde und Sprecherziehung, 1953 beamteter Lektor an der Universität München, am Aufbau der CSU auf Landesebene beteiligt, als Abteilungsleiter im Landessekretariat der CSU zuständig für die Redner-Schulung und den Redner-Dienst der CSU.

Gerstner, Max

Inhaber eines Zigarrengeschäfts in München, Vorsitzender eines CSU-Ortsverbands in München, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV.

Gessner, Herbert

Geb. 14.5.1920 in München, konfessionslos, kurzzeitiges Maschinenbaustudium, danach Studienverbot, 1939-1944 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg, zeitweise bei einem Strafbataillon, im Dezember 1944 desertiert und Anschluß an die Freiheitsaktion Bayern. - 1945/1946 politischer Kommentator bei Radio München, Rücktritt im Zuge einer Affäre, die er durch heftige Angriffe auf die Entnazifizierungspolitik der Bayerischen Staatsregierung selbst ausgelöst hatte, Übersiedlung in die SBZ, seit 1947 beim Berliner Rundfunk und beim Deutschlandsender.

Gick, Johann

Geb. 16.5.1896 in Memmelsdorf/Ofr., gest. 6.10.1966, kath., Schneider und Landwirt, Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1918 Mitglied eines Soldatenrats, 1924-1933 BVP-Mitglied, 1924-1933 Bürgermeister von Memmelsdorf, seit 1924 Bezirksrat (BVP) in Bamberg, seit 1924 Rechner des Raiffeisenverbands, 1927 Mitbegründer des Caritasverbands in Memmelsdorf, nach 1933 seiner Ämter enthoben und vorübergehend verhaftet, in kirchlichen Einrichtungen sowie als Kleinlandwirt, Raiffeisenrechner, Fleischbeschauer und Hilfsmesner tätig, 1944 zum Volkssturm eingezogen. - Nach 1945 CSU-Mitglied, Vorsitzender und Ehrenvorsitzender des CSU-Kreisverbands Bamberg-Land, 1945 von den amerikanischen Militärbehörden zum Bürgermeister von Memmelsdorf ernannt, 1946-1966

gewählter Bürgermeister von Memmelsdorf, 1966 2. Bürgermeister von Memmelsdorf, Kreisrat (CSU) für Bamberg-Land und zeitweise Vorsitzender der CSU-Kreistagsfraktion, 1946 Beisitzer in der Spruchkammer Bamberg.

Gierl, Andreas

Geb. 14.2.1898 in Amberg/Opf., Volksschullehrer, Schulleiter und Schulrat, Mitglied der CSU in Roding.

Glockner, Hermann

Geb. 23.7.1896 in Fürth/Mfr., gest. 11.7.1979, kath., 1915-1918 Wehrdienst und Studium der Philosophie in München, Erlangen und Heidelberg, 1919 Promotion zum Dr. phil., 1924 Habilitation, 1924-1930 Dozent, 1930-1933 außerordentlicher Professor an der Universität Heidelberg, 1933-1949 ordentlicher Professor an der Universität Gießen und Direktor des Philosophischen Seminars, 1935-1937 Dekan der Philosophischen Fakultät. - 1949 in den Ruhestand versetzt, 1951-1964 außerordentlicher Professor, 1964 ordentlicher Professor an der TH Braunschweig.

Glum, Friedrich

Geb. 9.5.1891 in Hamburg, gest. 14.7.1974 in München, kath., Studium der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, 1920 Promotion zum Dr. jur. und Dr. sc. pol., 1920-1923 Regierungsassessor im Preußischen Innenministerium, 1920-1937 Generalsekretär der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft, 1923-1937 Privatdozent und außerordentlicher Professor für Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Berlin, anschließend am Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, 1939-1945 Grundstücks- und Finanzmakler. - Nach 1945 Berater der amerikanischen Militärregierung, seit 1946 CSU-Mitglied, seit 1946 als Ministerialdirigent in der Bayerischen Staatskanzlei zuständig für Verfassungs-, Wirtschafts- und Finanzrecht, im Juli 1948 beurlaubt, seit 1949 Lehrbeauftragter an der Universität München, 1953/1954 Gastdozent an der Universität Tulane und an der Johns Hopkins University in Washington.

Goebbels, Joseph

1897-1945, Politiker, seit 1926 Gauleiter von Berlin und Brandenburg, seit 1929 Reichspropagandaleiter der NSDAP, 1928-1945 MdR (NSDAP), 1932/1933 MdL (NSDAP) in Preußen, 1933-1945 Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda.

Gögler, Hermann

1887-1964, Jurist und Politiker, 1921-1936 Referent im Württembergischen Wirtschaftsministerium, von den Nationalsozialisten entlassen und seit 1937 Leiter der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft Württembergs. - Nach 1945 CDU-Mitglied, zunächst Ministerialdirektor, dann 1946-1951 Staatssekretär im Staatsministerium von Württemberg-Baden, Mitglied des Länderrats der US-Zone und des Exekutivrats der Bizone, Mitglied des Ellwanger Kreises.

Goldhammer, Bruno

Geb. 10.2.1905 in Dresden, gest. 1971, Journalist und Politiker, KPD-Mitglied, bis 1932 politischer Redakteur in Chemnitz und Parlamentsberichterstatte in Dresden, 1933-1945 Emigration in die Tschechoslowakei und in die Schweiz, dort während des Zweiten Weltkriegs interniert. - 1945/1946 Sekretär im Landesvorstand der KPD in Bayern, 1947 Übertritt in die SBZ, wo er höhere Ämter im Informationswesen bekleidete, 1950 Opfer der Säuberungen im Zuge der Noel-Fields-Affäre, 1956 rehabilitiert.

Goldschagg, Edmund

Geb. 11.10.1886 in Freiburg i.Br., gest. 7.2.1971, kath. getauft, seit 1920 konfessionslos, Studium der Volkswirtschaft, Geschichte und Sprachen in München, Berlin und Heidelberg, anschließend Volontär bei der "Chemnitzer Volksstimme", Teilnahme am Ersten Weltkrieg und französische Kriegsgefangenschaft, seit 1919 SPD-Mitglied, 1920-1927 Nachrichtenredakteur bei den politisch-parlamentarischen Nachrichten, der "Sozialistischen Korrespondenz" und dem "Sozialdemokratischen Pressedienst" in Berlin, 1927-1933 politischer Redakteur bei der "Münchener Post", 1933 vorübergehend verhaftet, nach kurzer Arbeitslosigkeit Korrektor im Buchdruckereigewerbe, während des Zweiten Weltkriegs Angestellter beim Wirtschafts- und Ernährungsamt Freiburg-Land. - Seit 1945 einer der Lizenzträger und Herausgeber der "Süddeutschen Zeitung", 1945-1951 Chefredakteur der "Süddeutschen Zeitung", Gesellschafter beim Süddeutschen Verlag.

Gonella, Guido

1905-1982, italienischer Rechtsphilosoph und Politiker, Mitbegründer der Democrazia Cristiana, 1950-1953 als Parteisekretär führender Politiker der Partei, seit 1950 wiederholt mit der Leitung verschiedener Ministerien beauftragt.

Grasmann, Max

Geb. 20.6.1889 in Tokio, gest. 9.3.1977 in München, kath., 1909-1913 Kriegs- und Artillerie-Ingenieurschule, 1908-1920 Militärdienst als Artillerie-Offizier (zuletzt Hauptmann), 1919-1921 Jura- und Volkswirtschaftsstudium in Würzburg und München, 1921 Promotion zum Dr. jur. et rer. pol., 1921 wissenschaftlicher Hilfsarbeiter beim Bayerischen Industriellen-Verband, 1921/1922 Angestellter bei den Siemens-Schuckert Werken, 1923-1936 Geschäftsführer bzw. Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Industriellen-Verbands, 1937-1947 Direktor der Industrieabteilung der Bayerischen Versicherungsbank/Allianz Versicherungs AG. - 1945-1948 Stadtrat (CSU) in München, 1946 1. Beisitzer des Finanzausschusses der CSU, 1946 Schatzmeister des CSU-Bezirksverbands München und Mitglied des Bezirksvorstands, 1946-1948 Landesschatzmeister der CSU, 1946-1948 Mitglied des Landesvorstands und des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU, 1947-1955 Präsident der Bayerischen Landeszentralbank, Mitglied des Zentralbeirats der Bank Deutscher Länder, Mitglied und Vorsitzender zahlreicher Aufsichtsräte, Japanischer Generalkonsul in München.

Grieser, Andreas

Geb. 31.3.1868 in Bliedesheim/Saarland, gest. 18.10.1955, 1902-1909 Amtsrichter und Oberamtsrichter, 1915/1916 Oberbürgermeister in Würzburg, bis 1932 Ministerialdirektor im Reichsarbeitsministerium, 1932/1933 Staatssekretär im Reichsarbeitsministerium, 1933-1945 Ministerialdirektor im Ruhestand. - 1945/1946 Landrat in St. Ingbert/Saarpfalz, 1947-1950 Staatssekretär im Bayerischen Arbeitsministerium, 1947-1950 Mitglied des Landesvorstands der CSU.

Gröber, Franziska

Geb. 14.3.1897 in Aichach/Schw., gest. 27.5.1952, kath., Verkäuferin, betrieb seit 1919 zusammen mit ihrem Mann ein Kolonialwarengeschäft in Augsburg, vor 1933 BVP-Mitglied, seit 1920 Mitglied des Katholischen Frauenbundes, 1932 2. Vorsitzende, 1945 Vorsitzende des Ortsvereins Augsburg-Pfersee. - 1946 2. Vorsitzende, 1948 Vorsitzende des Katholischen Frauenbundes in Augsburg, Mitbegründerin der CSU, 1949-1952 Mitglied

des Landesvorstands der CSU, Mitglied des Vorstands der CSU-Bezirksverbände Augsburg und Schwaben, 1952 Stadträtin (CSU) in Augsburg, 1946-1950 MdL (CSU), Mitglied des Ausschusses des Diözesankatholikentags und der Katholischen Aktion.

Grötsch, Heinrich

Geb. 11.4.1888 in Waldmünchen/Opf., gest. 16.9.1969 in Cham/Opf., kath., Spengler, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV.

Gromer, Georg

Geb. 5.3.1883 in Kimratshofen/Schw., gest. 23.10.1952, kath., Studium der Philosophie und kath. Theologie in München, 1906 Priesterweihe, anschließend als Seelsorger tätig, 1908 Promotion zum Dr. theol., 1913-1941 Studienprofessor in Neuburg an der Donau, seit 1906 Zentrums-Mitglied, 1918-1933 BVP-Mitglied, seit 1925 Stadtrat (BVP) in Neuburg an der Donau, 1933 und 1944 vorübergehend verhaftet. - Nach 1945 CSU-Mitglied, seit 1945 erneut Stadtrat in Neuburg an der Donau, 1945-1947 kommissarischer Schulrat, 1946 Kreisrat (CSU) in Neuburg an der Donau, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1952 MdL (CSU).

Gronwald, Karl

Geb. 1906, ev., Volkswirt, 1928/1929 im evangelischen Konsistorium der Kirchenprovinz Schlesien tätig, 1929-1933 Sozialreferent beim DNVP-Landesverband Pommern, 1934-1939 wechselnde Positionen in der privaten Wirtschaft, während des Zweiten Weltkriegs Hauptmann bei der Wehrmachtsverwaltung. - 1945/1946 Angestellter der Landesleitung der CSU, Mitglied der Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche in Bayern, 1946/1947 im Zentralamt für Wirtschaft in Minden, 1948/1949 in der Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebiets in Frankfurt am Main, 1949-1971 im Bundeswirtschaftsministerium tätig.

Groß von Trockau, Otto Philipp Freiherr

Geb. 10.11.1890 in Würzburg, gest. 21.2.1957, kath., Forst- und Landwirt, nach 1945 CSU-Mitglied, Delegierter zur Landesversammlung der CSU für den Kreisverband Pegnitz.

Güttler, Josef

Geb. 25.3.1895 in Augsburg, gest. 30.3.1975 in Burgebrach/Ofr., kath., Landwirt und Bäckermeister, 1915-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, vor 1933 BVP-Mitglied, in der katholischen Burschen- und Jungbauernbewegung in Oberfranken engagiert, seit 1925 Mitglied der Bezirksbauernkammer, Vorstandsmitglied des Oberfränkischen Christlichen Bauernvereins, 1928/1929 Bezirksrat (BVP), in Bamberg, 1929-1933 Gemeinderat (BVP) in Burgebrach, 1933 MdL (BVP), nach 1933 dreimal verhaftet, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - 1945-1948 Gemeinderat (CSU) und 2. Bürgermeister von Burgebrach, 1946-1972 Kreisrat (CSU) für Bamberg-Land, 1948-1972 stellvertretender Landrat in Bamberg, 1948-1958 1. Bürgermeister von Burgebrach, seit 1946 Vorsitzender des CSU-Ortsverbands Burgebrach, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV, nach 1945 Geschäftsführer der Raiffeisenkasse Burgebrach.

Guttenberg, Erich Freiherr von

Geb. 27.2.1888 in Augsburg, gest. 1.12.1952 in Erlangen/Mfr., kath., seit 1906 Offizierslaufbahn, 1912 ans Kriegsarchiv nach München abkommandiert, 1913 verabschiedet und - durch Teilnahme am Ersten Weltkrieg unterbrochen - Geschichtsstudium in Marburg,

Würzburg und München, 1925 Promotion zum Dr. phil., 1922 erneut am Kriegsarchiv, 1924-1935 Staatsarchivrat, 1935/1936 ordentlicher Professor für Mittlere und Neuere Geschichte in Gießen, 1936-1952 ordentlicher Professor in Erlangen, Mitvorstand des Historischen Seminars, Direktor des Instituts für fränkische Landesforschung, Leiter der Gesellschaft für fränkische Geschichte.

Guttenberg, Karl Theodor Freiherr von und zu

Geb. 23.5.1921 in Weisendorf/Mfr., gest. 4./5.10.1972, kath., Gymnasium in Würzburg, Kolleg in Feldkirch/Tirol und St. Blasien/Schwarzwald, seit 1938 Wehrdienst, 1939-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg (zuletzt Oberleutnant), seit 1944 in Kriegsgefangenschaft. - Nach seiner Rückkehr Übernahme des elterlichen Familienbesitzes (Land- und Forstwirtschaft, Weinbau, Kurbetriebe), Mitbegründer der CSU, 1946 Mitglied des Ausschusses der CSU für Zwischenstaatliche Beziehungen, 1946-1972 Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Stadtsteinach, 1957-1972 Mitglied des Vorstands des CSU-Bezirksverbands Oberfranken, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV, 1948-1952 und 1962-1972 Kreisrat (CSU), 1952-1957 Landrat in Stadtsteinach, 1957-1972 MdB (CSU), außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, 1967-1969 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeskanzleramt, 1961-1972 Mitglied des Landesvorstands der CSU, Mitglied des BBV und diverser Fachverbände der Land- und Forstwirtschaft, des Weinbaus und des Fremdenverkehrs.

Haas, Joseph

Geb. 19.3.1879 in Maihingen/Schw., gest. 30.3.1960 in München, kath., nach Besuch des Lehrerseminars in Lauingen Volksschullehrer in Augsburg und München, 1903-1907 Privatschüler von Max Reger, 1907/1908 Besuch des Konservatoriums Leipzig, 1911-1921 Lehrer für Komposition am Konservatorium Stuttgart, 1921-1945 Professor an der Staatlichen Akademie für Tonkunst in München. - 1946-1950 Präsident der Staatlichen Hochschule für Musik in München, seit 1930 Mitglied der Preußischen Akademie der Künste, seit 1948 Mitglied der Bayerischen Akademie der Schönen Künste, seit 1949 Präsident des Berufsverbands deutscher Komponisten, 1946 Mitglied des Kunstausschusses der CSU.

Hafenbrädl, Centa

Geb. 3.5.1894 in Übersee am Chiemsee/Obb., gest. 29.12.1973, kath., Besuch einer Handelsschule und 1916-1918 einer sozialen Frauenschule in München, anschließend Bezirkssekretärin der katholischen bayerischen Standesvereine, 1921 Referentin im bayerischen Arbeitsministerium für den Aufgabenbereich Frauen in der Industrie, 1923 Bankpraktikum, 1924-1931 Korrespondentin, Organisatorin und Prokuristin im Münchner Reisebüro Siemer, 1931-1943 Leitung des Reisebüros Mittag in Düsseldorf, 1943-1945 Amtliches Bayerisches Reisebüro in München, vor 1933 BVP-Mitglied. - 1945 im städtischen Wohlfahrtsamt München tätig und Leitung der Münchner Nothilfe zur Linderung des Nachkriegselends, seit 1946 CSU-Mitglied, 1946 stellvertretende Schriftführerin und Mitglied des Vorstands des CSU-Bezirksverbands München, Frauenvertreterin für den CSU-Bezirksverband München, Schatzmeisterin der Frauen-Union, 1955-1967 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1947-1970 Stadträtin (CSU) in München, Mitglied des Vorstands des Caritasverbands und Verwaltungsbeirätin zahlreicher städtischer und caritativer Institutionen, nach der Währungsreform Mitbegründerin des Progreß-Reisebüros in München, bis 1959 Leiterin der Münchner Niederlassung des Düsseldorfer "Handelsblatts".

Hagemann, Walter

Geb. 16.1.1900 in Euskirchen/Rheinland, kath., Studium der Geschichte, Philosophie, Germanistik und Volkswirtschaft in Münster, München, Leipzig und Berlin, 1921 Promotion, 1923-1927 Weltreisen, 1927-1933 Auslandsredakteur, 1934-1939 Chefredakteur der "Germania". - 1945/1946 Herausgeber der "Neuen Zeitung", 1946 stellvertretender Vorsitzender des Presseausschusses der CSU, 1946 Honorar- und 1948 außerordentlicher Professor an der Universität Münster und Direktor des Instituts für Publizistik.

Hagenauer, Ludwig

Geb. 8.3.1883 in Retzbach/Ufr., gest. 20.7.1949, kath., 1908-1911 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften, 1912 Promotion, anschließend Anwalt in Würzburg, 1919-1945 Staatsanwalt und Richter, 1918-1933 BVP-Mitglied. - Mai-September 1945 kommissarischer Vizepräsident der Polizeidirektion München, Oktober-Dezember 1945 kommissarischer Präsident des Landgerichts München, Dezember 1945-Januar 1947 Generalstaatsanwalt, 1947 Staatssekretär im Bayerischen Justizministerium, 1947-1949 Bayerischer Staatsminister für Sonderaufgaben, 1945/1946 Mitglied des Vorläufigen Landesausschusses der CSU, 1946-1948 Vorsitzender des Landesschiedsgerichts der CSU, 1947-1949 Mitglied des Landesvorstands der CSU.

Hagenauer, Wilhelm

Geb. 15.6.1915 in Laufen, kath., Mitglied der CSU in Garmisch-Partenkirchen, Delegierter zum Landesausschuß der CSU.

Hagn, Hans

Geb. 6.1.1899 in München, gest. 7.10.1949, Feinmechanikermeister, aktives Mitglied der Christlichen Gewerkschaften, Vorsitzender des Zentralverbands der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen in München, BVP-Mitglied, nach 1933 vorübergehend beruflich benachteiligt, dann Aufbau eines feinmechanischen Betriebs. - Seit Dezember 1946 im Vorstand des CSU-Bezirksverbands München, 1945-1947 Stadtrat (CSU) in München, 1946-1949 MdL (CSU).

Hahn, Elisabeth

Geb. 19.11.1901 in München, gest. 4.12.1987 in Tutzing/Obb., kath., 1920 Staatsexamen als Erzieherin und kleines Sprachlehrerinnenexamen in Englisch, 1921 in Französisch, 1922-1925 Erzieherin, 1925-1928 Ausbildung zur Bibliothekarin, anschließend in München in diesem Beruf tätig, seit 1925 Leiterin der Münchner Kinderlesestuben, 1928 staatliche Anerkennung als Wohlfahrtspflegerin, Mitglied des Katholischen Frauenbundes, 1929-1934 Fachreferentin an der Sozial-Caritativen Frauenschule des Katholischen Deutschen Frauendienstes, seit 1930 Mitarbeit beim Volksbund für das Deutschtum im Ausland, 1933 in den Innendienst versetzt (Volkskundliches Archiv), bis 1933 redaktionelle Mitarbeit bei verschiedenen Zeitschriften, seit 1934 Redeverbot, verdeckt regimekritische Vorträge unter Pseudonym, 1939 Versetzung an das Wohlfahrtsamt, 1941 aus gesundheitlichen Gründen als Bibliotheksoberssekretärin in den Ruhestand versetzt, Kontakte zum Widerstand, Verbindungen zu Fritz Schäffer und Thusnelda Lang-Brumann. - 1946 Vorsitzende des Ausschusses Frau und Familie der CSU, 1947 Mitbegründerin der Arbeitsgemeinschaft der Frauen in der CSU, 1946-1947/1948 Mitglied des Landesvorstands der CSU, bis 1947 hauptamtliche Mitarbeiterin der CSU, 1946 Kandidatin (CSU) für die VLV, Kreisrätin (CSU) in Starnberg, 1948 Rückzug aus der aktiven Politik, 1948 Mitbegründerin

rin der Hausfrauenvereinigung, bis 1957 deren Landesvorsitzende und Mitglied in deren Bundesvorstand, Redakteurin der Zeitschrift "Frauen an der Arbeit", Geschäftsführerin der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Volksgesundung.

Haiger, Heinrich

Geb. 25.5.1877 in Kammerstein/Mfr., gest. 8.8.1953, ev., Landwirt, 1907 Übernahme des elterlichen Hofes, seit 1896 Mitglied im Landwirtschaftlichen Verein Bayern, Mitglied im bayerischen Landwirtschaftsrat, 1908-1919 Distrikt- bzw. Bezirksrat in Schwabach, 1908-1933 Bürgermeister von Kammerstein, 1919-1932 MdL (DNVP), 1931-1933 Mitglied des engeren Vorstands der AOK, Kirchenvorstand in Kammerstein, Mitglied der Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Kirche Bayerns. - Mitbegründer der CSU im Landkreis Schwabach, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1952 Kreisrat (CSU) in Schwabach, 1946-1952 1. Bürgermeister von Kammerstein, Leiter des Ernährungsamts A in Roth, Landesökonomierat, Mitbegründer des BBV.

Halder, Franz

1884-1972, Berufsoffizier (Generaloberst), 1938-1942 Chef des Generalstabs des Heeres, nach Differenzen mit Hitler entlassen, Kontakte zum militärischen Widerstand, nach dem 20. Juli 1944 verhaftet. - 1946-1961 Leiter des Kriegsgeschichtlichen Forschungsamts (Historical Division) der US-Armee.

Halifax, Edward Frederick, 1st Earl of

1881-1959, britischer Politiker (Konservative Partei), 1938-1940 Außenminister, 1941-1946 Botschafter in Washington.

Hamacher, Hedwig

Geb. 24.2.1907 in München, gest. 1.1.1989 in München, Sekretärin, Januar 1946-September 1947 in der CSU-Landesgeschäftsstelle tätig, seit Mai 1946 in Josef Müllers persönlichem Büro.

Hanfstaengl, Edgar

Geb. 8.7.1883 in München, gest. 11.4.1958 in München, ev., Studium der Rechtswissenschaften und der Kunstgeschichte in Leipzig und München, Verleger, 1919 Mitbegründer der DDP, 1932 Kandidat (DDP/StP) für die Landtagswahl. - Nach 1945 Engagement für die CSU, 1945-1952 Stadtrat (CSU) in München, 1946 Mitglied des Ausschusses der CSU für Zwischenstaatliche Beziehungen.

Harnier, Adolf

1903-1945, 1934 zum kath. Glauben konvertiert, BVP-Mitglied, Mitglied des BHKB und Mitglied in dessen Kreisausschuß für die Oberpfalz, seit 1936 Rechtsanwalt in München, führendes Mitglied des bayerisch-monarchistischen Widerstands, 1939 verhaftet, zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt, bei Kriegsende im Zuchthaus Straubing inhaftiert, starb unmittelbar nach seiner Befreiung.

Hart, Gottfried

Geb. 12.2.1902 in Garstadt/Ufr., gest. 5.4.1987, kath., selbständiger Kaufmann und Inhaber eines landwirtschaftlichen Lagerhauses, im November 1945 Mitbegründer der CSU im Landkreis Haßfurt, 1945-1948 1. Bürgermeister von Haßfurt, seit 1946 Kreisrat (CSU) und stellvertretender Landrat in Haßfurt, 1946 MdVLV (CSU).

Hassel, Hans

Geb. 13.2.1900 in Windsheim/Mfr., gest. 8.2.1952 in Fürth/Mfr., Ingenieur, seit 1922 bei AEG in Nürnberg. - Mitbegründer der CSU in Nürnberg, 1946-1952 Stadtrat (CSU) in Nürnberg und seit 1948 Vorsitzender der CSU-Stadtratsfraktion, Mitglied des Wirtschaftspolitischen Ausschusses und des Presseausschusses des CSU-Bezirksverbands Nürnberg-Fürth.

Hassell, Ulrich von

1881-1944, Diplomat, 1932-1938 Botschafter in Rom, 1938 abberufen und in den Ruhestand versetzt, führendes Mitglied des Widerstands, nach dem 20. Juli 1944 verhaftet, am 8.9.1944 vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Hatzinger, Max

Geb. 4.4.1904 in Grafrath/Obb., gest. 27.4.1982, kath., 1926 Besuch der Sozialen Volkshochschule des Katholischen Werkvolks in Kochel, seit 1927 Diözesansekretär des Katholischen Werkvolks in München, nach 1933 Weiterführen der Versammlungstätigkeit im Untergrund, heimliche Verbreitung der Predigten Kardinal Faulhabers, 1937 vorübergehend verhaftet, 1940-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg und Kriegsgefangenschaft. - Seit November 1945 erneut Diözesansekretär des Katholischen Werkvolks (jetzt KAB), Landesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Arbeitnehmerorganisationen, Mitglied des Vorstands der Landesversicherungsanstalt Oberbayern, 1946 Kandidat (CSU) für Landtagswahl, Vorsitzender eines CSU-Ortsverbands in München, Arbeitervertreter im Kulturpolitischen Ausschuss der CSU, 1947/48 und 1954-1964 Stadtrat (CSU) in München, 1949 als Kandidat der katholischen Arbeiterschaft für die Bundestagswahl vorgeschlagen, lehnte jedoch ab, Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der Arbeitnehmer beim CSU-Landesausschuss, 1953 Bezirksvorsitzender der CSA Oberbayern.

Hauck, Georg

Geb. 24.5.1904 in Glattbach/Ufr., gest. 24.10.1978, Dreher, seit 1939 Vorarbeiter, seit 1942 Drehermeister, vor 1933 Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbands. - 1945 von den amerikanischen Besatzungsbehörden zum Bürgermeister von Glattbach ernannt, 1946 und 1948 durch Wahl bestätigt, Mitglied des BGB, seit 1945 CSU-Mitglied, seit 1946 Kreisrat (CSU) für Aschaffenburg-Land, 1946-1950 MdL (CSU).

Haugg, Pius

Geb. 16.5.1905 in Donauwörth/Schw., gest. 6.6.1978, kath., 1929 2. Staatsexamen als Altphilologe in München, anschließend Tätigkeit als Hauslehrer, Musikstudium, seit 1934 Leiter einer Gutsverwaltung, in dieser Eigenschaft Auseinandersetzungen mit der Gauleitung Mainfranken und 1937/1938 Gefängnishaft, Opersänger in Rudolstadt und Beuthen, 1943-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - 1946-1948 Assessor am Progymnasium Donauwörth, Schulrat in Donauwörth, 1946/1947 Leiter der Singschule Augsburg, seit 1948 im Vorstand des schwäbischen Kulturrings, Mitbegründer und Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Donauwörth-Stadt und -Land, 1946-1949 Stadtrat (CSU) und stellvertretender Bürgermeister in Donauwörth, 1946-1950 MdL (CSU).

Hauhorst, Hanswolf

Geb. 19.3.1921, ev., wegen "politischer Unzuverlässigkeit" im Dritten Reich vom Studium ausgeschlossen, vor Kriegsausbruch kurzes Gaststudium in Paris, Verbindungen zum Wi-

derstand, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg als Offizier. - Mitbegründer der CSU und der JU in Bayern, Sprecher des Parlaments der JU in Bayern, 1949 Mitglied des Deutschlandrats der JU, seit 1946 in der Landesgeschäftsstelle der CSU für die Verbindung zu den Besatzungsmächten zuständig, 1949 Mitglied des Landesvorstands der CSU, seit 1952 CDU-Mitglied, zeitweilig Mitglied des Medienausschusses der CDU, nach 1945 zunächst für den Rundfunk und für die Nachrichtenagentur Reuter tätig, seit 1950 Mitarbeiter im Reorientation Program der US-High Commission, seit 1952 Pressereferent der US-Botschaft und freier Korrespondent des "Time Magazine", seit 1961 bei der Deutschen Welle in Bonn tätig, zuletzt als Studioreiter, dann Chefredakteur einer Zeitschrift, Rundfunkkommentator und freier Journalist.

Haunhorst, Hans-Anna

Geb. 20.5.1883 in Hückeswagen, 1902-1906 Jurastudium in Bonn, Straßburg und Berlin, 1906 1. juristische Staatsprüfung, 1907 Promotion zum Dr. jur., 1907-1909 Referendar in Berlin, 1909 Eintritt in den diplomatischen Dienst des Deutschen Reiches, im Februar 1911 Dienstantritt an der Gesandtschaft in Tokio, im Februar 1912 in das Auswärtige Amt zurückberufen, schied im Juli 1913 auf eigenen Wunsch aus dem diplomatischen Dienst aus.

Haußleiter, August

Geb. 5.2.1905 in Nürnberg, gest. 8.7.1989 in München, ev., Studium der ev. Theologie und Philosophie in Erlangen, vor 1933 Mitglied der DVP, 1928-1940 Redakteur des "Fränkischen Kuriers" in Nürnberg, nach Konflikten mit Gauleiter Julius Streicher entlassen, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg und Kriegsgefangenschaft. - Nach 1945 Lehrer in Neudrossenfeld, Mitbegründer der CSU in Kulmbach, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1954 MdL (bis 1949 CSU, dann DG), 1947 als Militarist aus dem Bayerischen Landtag ausgeschlossen, erhielt sein Mandat jedoch 1948 durch einen Beschluß des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes zurück, 1946/1947 und 1948/1949 Mitglied des Vorstands der CSU-Landtagsfraktion, 1946-1949 Mitglied des Landesvorstands und des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU, 1948/1949 stellvertretender Vorsitzender der CSU, im September 1949 Austritt aus der CSU, im Januar 1949 Mitbegründer der Deutschen Union, im November 1949 Gründung der DG, 1965 Eingliederung der DG in die Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher und deren stellvertretender Vorsitzender, 1979 Europa-Wahlbündnis zwischen der Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher, der Grünen Aktion Zukunft und der Grünen Liste Umweltschutz, März-Juni 1980 Vorstandsmitglied der Partei Die Grünen, Leiter der Wochenzeitung "Die Grünen", 1986 erneut MdL (Die Grünen).

Heim, Georg

1865-1938, Realschullehrer, 1897-1912 MdR (Zentrum), 1897-1911 MdL (Zentrum), 1898 Stadtrat in Ansbach, Mitbegründer der Bayerischen Christlichen Bauernvereine, Direktor der Landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft bayerischer Bauernvereine, 1919/1920 MdVNV (BVP), 1920-1924 MdR (BVP), 1920-1925 Präsident der bayerischen Landesbauernkammer, 1927 Niederlegung seiner Parteiämter, 1932 Austritt aus der BVP, 1933 Aufgabe aller restlichen Ämter.

Heizler, Ladislaus

Geb. 9.2.1916 in Passau/Ndb., kath., 1935 Abitur, bis 1938 Diözesanjugendführer in Passau, zunächst Studium an der philosophisch-theologischen Hochschule Passau, dann

Studium der Physik und Promotion in München. - Nach 1945 zunächst für die amerikanische Militärregierung tätig, dann Geschäftsführer des CSU-Kreisverbands Passau, Delegierter zu Landesausschuß und Landesversammlung der CSU, Geschäftsführer beim Kreisjugendring München bzw. beim Bayerischen Jugendring, bis 1956 Jugendsozialarbeit bei der Caritas, 1956-1981 bei Siemens tätig.

Held, Heinrich

1868-1938, Journalist und Politiker, 1899 Chefredakteur des "Regensburger Morgenblattes" bzw. seit 1910 des "Regensburger Anzeigers", 1907-1933 MdL (Zentrum, seit 1919 BVP), 1924-1933 Bayerischer Ministerpräsident, nach 1933 kurzzeitige Emigration in die Schweiz.

Held, Josef

Geb. 10.6.1902 Regensburg, gest. 30.9.1964 in Regensburg, kath., Sohn Heinrich Helds, Studium und Promotion zum Dr. jur. et rer. pol., bis 1932 Rechtsanwalt in München, seit 1932 Hauptgeschäftsführer des "Regensburger Anzeigers", seit 1938 auch dessen Hauptgesellschafter, während des Dritten Reiches Entzug der Verlagsrechte und Verbot der Zeitung. - 1951 Initiator der Bayerischen Volksaktion, Herausgeber des "Tagesanzeigers" in Regensburg.

Held, Philipp

Geb. 2.12.1911 in Regensburg, kath., Sohn Heinrich Helds, Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in München, Erlangen und Berlin, 1. und 2. juristische Staatsprüfung in München, anschließend Assessor und Amtsgerichtsrat an den Amtsgerichten Lindau und Freising, 1940-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - 1945 zuerst Regierungsrat im Landratsamt Freising, seit 1948 Landrat in Freising, 1954-1974 MdL (CSU), 1966-1974 Bayerischer Justizminister, 1972-1974 stellvertretender Ministerpräsident, 1952-1966 Vorsitzender des Landkreisverbands Bayern, 1953-1960 Vizepräsident und 1960-1966 Präsident des deutschen Landkreistags.

Held, Walter

Geb. 13.1.1897 in Hattersheim am Main/Hessen, gest. 27.11.1967, kath., Neffe Heinrich Helds, Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1915 Abitur in Straßburg und volkswirtschaftliche Studien an der dortigen Universität, 1917 schwer verwundet entlassen, danach bis 1920 Praktikum auf größeren Gütern, Studium der Volkswirtschaft in Frankfurt am Main, 1925 Direktor der Bavaria Schifffahrts- und Speditions-AG, Beauftragter der Bayerischen Regierung für Schifffahrts- und Verkehrstarifwesen auf mehreren Konferenzen, seit 1926 Mitglied der BVP und des Wirtschaftsbeirats der BVP, nach 1933 politisch verfolgt. - 1946 MdVLV (CSU), 1946-1950 MdL (CSU).

Heller, Vitus

Geb. 3.5.1882 in Tauberrettersheim/Ufr., gest. 18.10.1956, kath., zunächst im landwirtschaftlichen Betrieb der Eltern tätig, Weiterbildung durch sozial- und volkswirtschaftliche Kurse an der Zentrale des Volksvereins für das Katholische Deutschland in Mönchengladbach, Sekretär des Volksvereins für das Katholische Deutschland, nach 1918 Herausgeber der Wochenzeitung "Das Neue Volk" und des "Programms des christlichen Sozialismus", 1920 Mitbegründer der Christlich-Sozialen Partei (Bayerisches Zentrum), später Christlich-Soziale Reichspartei, nach 1933 mehrmals vorübergehend verhaftet, nach seiner Entlas-

sung in einer Verchromungswerkstätte tätig. - Mitbegründer der CSU in Unterfranken, 1946-1952 Stadtrat (CSU) in Würzburg, 1948 zum Flüchtlingsamtsleiter berufen.

Hellmuth, Otto

1896-1963, Zahnarzt und Politiker, 1927-1945 Gauleiter von Mainfranken, 1928-1933 MdL (NSDAP), 1933-1945 MdR (NSDAP), seit 1934 Regierungspräsident von Unterfranken. - 1947 von einem amerikanischen Militärgericht zum Tode verurteilt, später zu lebenslänglicher Freiheitsstrafe begnadigt, 1955 aus der Haft entlassen.

Helmerich, Michael

Geb. 6.4.1885 in Amberg/Opf., gest. 8.6.1974 in München, kath., Buchdruckerlehre, anschließend Schriftsetzer und Buchdrucker, seit 1911 bei der Bayerischen Staatseisenbahn, seit 1912 Mitglied der Christlichen Gewerkschaften, 1914-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1919/1920 Sekretär beim Bayerischen Eisenbahnerverband, seit 1920 wieder bei der Eisenbahn, 1924-1927 volkswirtschaftliche Studien an der Universität München, 1924-1930 Vorsitzender des Hauptbeamtenrats bei der Reichsbahn, Gruppenverwaltung Bayern, und Mitglied des Hauptbeamtenrats der Reichsbahn in Berlin, seit 1930 Vorsitzender des Bayerischen Eisenbahnerverbands, seit 1920 BVP-Mitglied, 1930-1933 MdR (BVP), nach 1933 aller Ämter enthoben und mehrmals vorübergehend verhaftet, disziplinarische Verfolgungen und Strafversetzungen. - Nach 1945 zuerst als Personalvertreter bei der Reichsbahndirektion München tätig, 1946 Mitglied des Landesvorstands der CSU, Februar-Dezember 1946 Bayerischer Verkehrsminister, anschließend bis zu seiner Pensionierung Ministerialrat und Abteilungsleiter im Bayerischen Verkehrsministerium, 1946 Mitglied des Verwaltungsrats für Verkehr der Bizone, 1946 MdVLV (CSU), 1950-1966 MdL (CSU).

Herding, Wilhelm

Geb. 24.9.1879 in Bamberg/Ofr., gest. 11.8.1970 in Bremen, ev., zunächst Studium der ev. Theologie und kurze Zeit Vikar, 1903 auf eigenen Wunsch aus dem kirchlichen Dienst ausgeschieden und Studium der Mathematik und Physik in Erlangen, Greifswald, München und Kiel, 1906 Eintritt in den Schuldienst, 1917 Promotion, 1921-1945 an der städtischen Mittelschule in Falkenburg/Pommern tätig und deren langjähriger Konrektor, vor 1933 DVP-Mitglied, während des Dritten Reiches in der Bekennenden Kirche engagiert. - 1945 Flucht aus Pommern, 1945-1949 Lehrer für Mathematik und Physik in Erlangen, Mitbegründer der CSU in Erlangen, 1946-1948 Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Erlangen.

Hergenröder, Anton

Geb. 4.4.1910 in Bamberg/Ofr., kath., Eisengroßhändler, Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Bamberg-Stadt, 1948-1976 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Oberfranken, seit 1949 Mitglied des Landesvorstands der CSU, Oberbürgermeister von Bamberg, Präsident des Bezirkstags von Oberfranken, Aufsichtsratsvorsitzender des Überlandwerks Oberfranken AG.

Hermes, Andreas

1878-1964, Agrarfachmann und Politiker, 1920-1922 Reichslandwirtschaftsminister, 1921-1923 Reichsfinanzminister, 1924-1928 MdL (Zentrum) in Preußen, 1928-1933 MdR (Zentrum), Kontakte zum Widerstand des 20. Juli 1944, 1944 verhaftet und vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt. - Mitbegründer der CDU in Berlin und der SBZ und Juni-September 1945 deren Vorsitzender, 1947-1949 MdWR (CDU), 1948-1954 Präsident des DBV.

Herrigl, Eugen

Geb. 20.3.1884 in Lichtenau/Baden, gest. 18.4.1955 in Garmisch-Partenkirchen/Obb., ev., 1904-1908 Theologiestudium und Staatsexamen, 1909-1913 Studium der Philosophie, 1913 Promotion, 1914-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1922 Habilitation und bis 1924 Privatdozent für Philosophie in Heidelberg, 1924-1929 Professor in Tokio, 1929-1948 ordentlicher Professor für systematische Philosophie in Erlangen, 1937-1939 Dekan der Philosophischen Fakultät, seit 1938 NSDAP-Mitglied, 1938-1944 Prorektor, 1944/1945 Rektor der Universität Erlangen. - Mai-Dezember 1945 von den amerikanischen Militärbehörden erneut als Prorektor eingesetzt, 1946 entlassen, im Juni 1948 wieder zum ordentlichen Professor in Erlangen ernannt und gleichzeitig in den Ruhestand versetzt.

Heubl, Franz

Geb. 19.3.1924 in München, kath., 1943-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - Nach 1945 Studium der Rechtswissenschaften und der Volkswirtschaft in München, 1947 1. juristische Staatsprüfung und Promotion zum Dr. jur., 1948 Generalsekretär des Verfassungskonvents von Herrenchiemsee, 1950 2. juristische Staatsprüfung, 1950-1960 im Bayerischen Kultusministerium tätig, zuletzt als Regierungsdirektor, Mitbegründer der CSU, Mitglied im Dienstag-Club, 1946 Mitglied des Vorstands des CSU-Bezirksverbands München, seit 1947 stellvertretender Landesvorsitzender der JU Bayern, 1950-1952 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands München, 1946-1948 und seit 1955 Mitglied des Landesvorstands sowie 1959-1963, 1967/1968 und seit 1970 Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands bzw. Präsidiums der CSU, 1970-1989 stellvertretender Vorsitzender der CSU, 1952-1955 Stadtrat (CSU) in München, 1953-1990 MdL (CSU), 1958-1962 Vorsitzender der CSU-Landtagsfraktion, 1978-1990 Präsident des Bayerischen Landtags, 1960-1962 Staatssekretär und Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, 1962-1978 Bayerischer Staatsminister für Bundesangelegenheiten und Bevollmächtigter Bayerns in Bonn, Mitglied des Bundesrats, im Oktober 1990 vom Bayerischen Ministerpräsidenten Streibl zum Sonderbeauftragten für die Regionen Europas ernannt.

Heurich, Fridolin

1879-1960, Gewerkschafter und Politiker, 1919-1933 MdL (Zentrum) in Baden. - Mitbegründer der CDU, 1945-1953 Oberbürgermeister von Karlsruhe, 1946-1951 Vorsitzender des CDU-Landesverbands Nordbaden, 1946-1952 MdVLV bzw. MdL (CDU) in Württemberg-Baden.

Heydrich, Reinhard

1904-1942, 1932 Chef des SD, 1933 Leiter der bayerischen politischen Polizei, seit 1936 Chef des SD und der Sicherheitspolizei im Deutschen Reich, 1939-1942 Leiter des Reichssicherheitshauptamts, 1941/1942 Reichsprotektor für Böhmen und Mähren, erlag im Juni 1942 einem Attentat.

Hielscher, Erwin

Geb. 19.12.1898 in Halle an der Saale/Thüringen, gest. 16.6.1971, Banklehre, Teilnahme am Ersten Weltkrieg, seit 1916 im Bankgewerbe, wiederholt mit industriellen Rationalisierung- und Organisationsaufgaben betraut, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - SPD-Mitglied, 1945/1946 Ministerialrat im Bayerischen Finanzministerium, 1946-1964 Stadtkämmerer in München, Stadtrat (SPD) in München, 1947/1948 stellvertretender Vorsitzender der Sonderstelle Geld und Kredit in Bad Homburg, 1947-1961 MdS.

Hilpert, Werner

1897-1957, Politiker, vor 1933 Vorsitzender des Zentrums in Sachsen, 1939-1945 im KL Buchenwald. - Mitbegründer der CDU in Hessen und mehrere Jahre deren Vorsitzender, November 1945-Januar 1947 stellvertretender Ministerpräsident und Minister ohne Geschäftsbereich bzw. seit Oktober 1946 Minister für Wirtschaft und Verkehr in Hessen, 1947-1951 stellvertretender Ministerpräsident und Finanzminister in Hessen, 1946 MdVLV in Hessen, 1946-1952 MdL (CDU) in Hessen, 1949 MDB (CDU).

Himmler, Heinrich

1900-1945, Diplom-Landwirt, 1929-1945 Reichsführer-SS, seit 1936 auch Chef der Deutschen Polizei, 1930-1945 MdR (NSDAP), seit 1939 Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums, 1943-1945 Reichsinnenminister, nach dem 20. Juli 1944 Oberbefehlshaber des Ersatzheeres und Chef der Heeresrüstung, 1945 Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Weichsel, im April 1945 aller Ämter enthoben, im Mai 1945 Selbstmord.

Hindenburg und Beneckendorff, Paul von

1847-1934, Berufsoffizier (Generalfeldmarschall) und Politiker, 1916-1919 Chef der Obersten Heeresleitung, 1925-1934 Reichspräsident.

Hirschmann, Josef

Geb. 4.7.1887 in Häuselstein/Opf., gest. 8.3.1971, kath., Landwirt, Teilnahme am Ersten Weltkrieg und französische Kriegsgefangenschaft. - Nach 1945 Vorsitzender des BBV im Landkreis Neumarkt/Opf., 1946 Kandidat (CSU) für die VLV, seit 1948 stellvertretender Landrat in Neumarkt/Opf.

Hitler, Adolf

1889-1945, NSDAP-Politiker, 1933-1945 Reichskanzler, 1934-1945 Reichspräsident.

Hochstetter, Joseph

Geb. 24.1.1884 in Zwiesel/Ndb., gest. 10.6.1953, kath., Banklehre, 1907 Beamtenanwärter bei der Reichsbankstelle Görlitz, 1909-1927 in verschiedenen Funktionen als Beamter bei der Reichsbank tätig, 1928-1933 Direktor bei der Reichsbank in Ulm, 1934-1936 Direktor bei der Reichsbank in Leipzig, 1936-1939 2. Vorstandsbeamter bei der Reichsbank in Saarbrücken, 1939/1940 1. Vorstandsbeamter bei der Reichsbank in Wiesbaden, 1940-1942 1. Vorstandsbeamter bei der Reichsbank in Saarbrücken, im Oktober 1942 aus politischen Gründen seiner Stellung enthoben und an die Reichsbank nach Berlin versetzt, vor 1933 Mitglied des Zentrums. - 1945-1947 Leiter der Reichsbankhauptstelle Nürnberg, 1947 als Bankdirektor in die Landeszentralbank von Bayern übernommen, 1948 zum Treuhänder des Eigentums der Commerzbank in Bayern ernannt, CSU-Mitglied, 2. Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Nürnberg-Fürth, Delegierter zum Landesausschuß der CSU.

Hoegner, Wilhelm

Geb. 23.9.1887 in München, gest. 5.3.1980 in München, kath., Jurastudium in Berlin, Erlangen und München, 1911 Promotion zum Dr. jur., 1917 große juristische Staatsprüfung, seit 1919 SPD-Mitglied, 1920-1933 Staatsanwalt und Richter in München (zuletzt Landgerichtsrat), 1924-1932 und 1933 MdL (SPD), 1930-1933 MdR (SPD), im April 1933 aus dem Staatsdienst entlassen, Emigration nach Österreich und in die Schweiz. - Nach 1945 Senatspräsident am OLG München, Ernennung zum Staatsrat, 1946/1947 Vor-

sitzender der bayerischen SPD, September 1945-Dezember 1946 Bayerischer Ministerpräsident und zugleich Justizminister, Dezember 1946-September 1947 Bayerischer Justizminister und stellvertretender Ministerpräsident, 1950-1954 Bayerischer Innenminister und stellvertretender Ministerpräsident, 1954-1957 erneut Bayerischer Ministerpräsident, 1946 MdVLV (SPD), 1946-1970 MdL (SPD), zeitweise Vorsitzender der SPD-Fraktion und Vizepräsident des Bayerischen Landtags, 1961/1962 MdB (SPD).

Höhenberger, Fritz

Geb. 15.10.1911 in Augsburg, kath., Kaufmann, vor 1933 Mitglied des Katholischen Jungmännerverbands, nach 1933 arbeitslos und mehrmals verhaftet. - Mitbegründer der CSU in Schwaben, Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Friedberg, bis 1951 Vorsitzender der JU Bayern, 1952-1955 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Schwaben, 1948-1955 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1954-1958 MdL (CSU), Bezirksrat für Schwaben, Vizepräsident der Vereinigung Christlicher Politiker Europas, Kreisvorsitzender des BRK in Friedberg, Vorsitzender des BRK-Bezirksverbands Schwaben, 1958 aus der CSU ausgeschlossen.

Höhne, Max

Geb. 22.12.1884 in Rudolstadt/Thüringen, gest. 19.5.1965 in München, ev., Bildhauer, bis 1933 Vorsitzender des Reichswirtschaftsverbands der bildenden Künstler Deutschlands und Mitglied des Reichswirtschaftsrats. - 1946 Mitglied des Kunstausschusses der CSU.

Höltermann, Arthur Ernst

Geb. 1906 in Pirmasens, Elektromonteur, seit 1924 Inhaber eines eigenen Betriebs, seit 1924 Mitglied der SPD und des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. - 1945 Mitglied der SPD-Führungsgruppe beim Aufbau der Stadtverwaltung in München, Leiter des Verkehrsdezernats, Dezember 1946-Mai 1947 Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Sonderaufgaben, dann Staatsbeauftragter für Brennstoffragen.

Hönekopp, Willi

Geb. 12.3.1907 in Bonn, kath., Gewerbelehrer, seit 1936 in Erlangen ansässig, Übernahme eines Malergeschäfts und im Kunsthandwerk tätig, 1939-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg und amerikanische Kriegsgefangenschaft. - 1946 Stadtrat (CSU) in Erlangen und Vorsitzender der CSU-Stadtratsfraktion, 1948-1952 Landrat in Erlangen, nach 1945 zunächst Fachlehrer an der Berufsschule Erlangen, später wieder im Kunsthandwerk tätig, 1953 Gründung eines Kaufhauses in Bubenreuth, Dozent für Emaillearbeiten an der Volkshochschule Erlangen und beim Freizeitamt Erlangen, Gründer des Studios "Kunst aus dem Feuer" in Bubenreuth.

Holy, Max

Geb. 1894 in München, Eisenbahnarbeiter in Feldmoching, KPD-Mitglied, 1930-1932 Leiter der Roten Hilfe Bayern, nach deren Aufteilung Leiter des Bezirks Südbayern, zeitweise Mitglied der KPD-Bezirksleitung Südbayern, im April 1933 verhaftet. - 1945/1946 Chef der Personalabteilung im Bayerischen Staatsministerium für Sonderaufgaben, im April 1946 von der amerikanischen Militärregierung entlassen, seit 1946 im Landessekretariat der KPD in Bayern.

Holzer, Ernst

Geb. 15.10.1920, kath., Arzt, zum Kreis der katholischen Hochschulseelsorge gehörig, 1943 als Student aus politischen Gründen verhaftet. - Nach 1945 Mitbegründer der Katho-

lischen Hochschulgemeinde und Mitglied der Katholischen Jungen Mannschaft, Mitbegründer des CSU-Ortsverbands München-Obersendling, 1946 Mitglied des Vorstands des CSU-Bezirksverbands München, im Dezember 1946 zum 3. Vorsitzenden des CSU-Bezirksverbands München gewählt, 1946-1966 Stadtrat (CSU) in München.

Holzner, Sebastian

Geb. 31.3.1894, gest. 12.7.1952, kath., nach Studium und Promotion Steuerberater, im Dezember 1945 Mitbegründer und Vorsitzender der CSU für den Stadt- und Landkreis Landshut.

Hoover, Herbert

1874-1964, US-amerikanischer Politiker (Republikanische Partei), 1917/1918 Leiter des Ernährungsamts, 1921-1928 Handelsminister, 1929-1933 Präsident.

Horlacher, Michael

Geb. 18.1.1888 in Pottenstein/Ofr., gest. 12.10.1957 in Bad Tölz/Obb., kath., 1907-1913 Studium der Rechtswissenschaften und der Volkswirtschaft in München, 1913 Promotion zum Dr. rer. pol., bis 1916 Hilfsarbeiter beim Bayerischen Statistischen Landesamt, dann wissenschaftlicher Hilfsarbeiter beim Statistischen Reichsamt in Berlin und bei der Bayerischen Lebensmittelstelle, 1917/1918 Redakteur für Fragen der Volkswirtschaft bei der "Münchener-Augsburger Abendzeitung", Direktor der Bayerischen Landesbauernkammer, Mitglied des deutschen Landwirtschaftsrats und Vertreter Bayerns bei der Zentrale der deutschen Bauernvereine in Berlin, 1920-1924 MdL (BVP), 1924-1933 MdR (BVP), 1933 aller Ämter enthoben und vorübergehend verhaftet, 1944 KL Dachau. - Mitbegründer der CSU, 1945/1946 Mitglied des Vorläufigen Landesausschusses der CSU, 1946-1957 Mitglied des Landesvorstands und des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU, 1948-1952 stellvertretender Vorsitzender der CSU, Staatskommissar für das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen im Bayerischen Landwirtschaftsministerium, 1946 MdVLV und deren Präsident, 1946-1950 MdL (CSU) und dessen Präsident, seit März 1947 Vertreter Bayerns im parlamentarischen Rat des Länderrats der US-Zone, 1949-1957 MdB (CSU), Mitglied des Präsidiums des BBV, seit Mai 1947 1. stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Bauernverbände, 1945 Direktor des Bayerischen Raiffeisenverbands, 1948 stellvertretender Präsident des deutschen Raiffeisenverbands in den Westzonen, seit November 1948 geschäftsführender Präsident des Bayerischen Raiffeisenverbands, stellvertretender Vorsitzender der Bayerischen Raiffeisen-Zentralkasse und der Bayerischen Warenvermittlung landwirtschaftlicher Genossenschaften.

Hort, Sepp

Geb. 27.6.1924 in Holzkirchen/Obb., kath., 1942-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - Seit 1946 Mitglied von CSU und JU in Bayern, Mitglied und Sprecher des Vorstands des JU-Kreisverbands Miesbach, 1947-1949 hauptamtlicher Mitarbeiter der CSU-Landesgeschäftsstelle als geschäftsführender Landessekretär der JU in Bayern, seit 1948 Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft der CSU für Handel, Handwerk, Gewerbe und Industrie, seit 1950 verschiedene Tätigkeiten in der Industrie, seit 1965 leitender Mitarbeiter der Firma Bölkow, seit 1970 Geschäftsführer von Messerschmitt-Bölkow-Blohm und 1978-1988 stellvertretender Vorsitzender der Geschäftsführung, seit 1988 freiberuflicher Industrieberater.

Huber, Karl

Geb. 28.1.1899 in Eppishausen/Schw., gest. 18.2.1976 in Fürstenfeldbruck/Obb., kath., Prokurist und Kaufmann, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - Mitbegründer der CSU, 1948-1964 Vorsitzender des CSU-Ortsverbands Fürstenfeldbruck, 1948-1966 Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Fürstenfeldbruck, dann dessen Ehrenvorsitzender, 1946-1976 Stadtrat (CSU) in Fürstenfeldbruck, Vorsitzender der CSU-Stadtratsfraktion, 1956-1960 2. Bürgermeister von Fürstenfeldbruck, 1946-1976 Kreisrat (CSU), Vorsitzender der CSU-Kreistagsfraktion, 1947/1948 Landrat, 1966-1972 stellvertretender Landrat in Fürstenfeldbruck, langjähriges Mitglied im Verwaltungsrat der Sparkasse Fürstenfeldbruck.

Huber, Kurt

1893-1943, Musikwissenschaftler und Philosoph, 1917 Promotion, 1920 Habilitation, seit 1926 außerordentlicher Professor an der Universität München, Mitglied der Widerstandsgruppe Weiße Rose, 1943 verhaftet und vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt, am 13.7.1943 hingerichtet.

Huber, Sebastian

Geb. 4.4.1903 in Gmain, Gemeinde Schwindkirchen/Obb., gest. 7.12.1973, kath., Landwirtschaftsschule in Mühldorf und St. Ottilien, anschließend Landwirt, später auch Gastwirt, vor 1933 Mitglied der BVP, der Bayerischen Christlichen Bauernvereine und Vorsitzender des Katholischen Jungbauernverbands, 1933 vorübergehend verhaftet. - Mitbegründer der CSU im Landkreis Mühldorf, 1945-1951 Bürgermeister von Schwindkirchen, Kreisrat (CSU) in Mühldorf, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1970 MdL (CSU), Mitbegründer und bis 1951 Obmann des BBV in Mühldorf.

Hugenberg, Alfred

1865-1951, 1890 Mitbegründer des Alldeutschen Verbands, 1909-1918 Vorsitzender der Friedrich Krupp KG, Aufbau eines eigenen Presse-Konzerns, seit 1928 Vorsitzender der DNVP, 1919/1920 MdVNV (DNVP), 1920-1945 MdR (DNVP, seit 1933 als Gast NSDAP), 1933 Reichswirtschafts- und Reichsernährungsminister im Kabinett Hitler, im Juni 1933 zum Rücktritt gezwungen. - Nach 1945 im Entnazifizierungsverfahren als Entlasteter eingestuft.

Hundhammer, Alois

Geb. 25.2.1900 in Moos/Obb., gest. 1.8.1974 in München, kath., Klosterschule in Scheyern, Dom-Gymnasium in Freising, nach dem Abitur Militärdienst und Studium der Philosophie, Geschichte, Staatswissenschaft und Volkswirtschaft in München und Budapest, 1923 Promotion zum Dr. phil., 1925 Promotion zum Dr. oec. publ., 1923-1927 Referent für Volkswirtschaft bei der Kreisbauernkammer Oberbayern, 1927-1933 stellvertretender Generalsekretär der Bayerischen Christlichen Bauernvereine, 1932/1933 MdL (BVP), nach 1933 vorübergehend verhaftet, Inhaber einer Schuhreparaturwerkstätte und eines Schuhgeschäfts, 1939-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg und bis Herbst 1945 amerikanische Kriegsgefangenschaft. - Mitbegründer der CSU, 1945/1946 Mitglied des Vorläufigen Landesausschusses der CSU, 1946-1970 mit einer kurzen Unterbrechung im Jahr 1948 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Oberbayern, seit 1946 Mitglied des Landesvorstands und 1952-1960 Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU, 1946 MdVLV (CSU) und Vorsitzender der CSU-Fraktion, 1946-1970 MdL (CSU), 1946-1951 Vorsitzender der CSU-Landtagsfraktion, 1951-1954 Präsident des Bayerischen Landtags,

seit März 1947 Mitglied des Parlamentarischen Rats des Länderrats der US-Zone, 1946-1950 Bayerischer Kultusminister, 1957-1969 Bayerischer Landwirtschaftsminister, 1964-1969 zugleich stellvertretender Ministerpräsident.

Huth, Friedrich

Geb. 19.11.1892 in Michelbach/Ufr., gest. 20.4.1980 in Michelbach/Ufr., kath., Landwirt, bis 1912 auf dem elterlichen Hof, 1912-1914 Militärdienst, 1914-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, seit 1920 Bezirksobmann des Unterfränkischen Christlichen Bauernvereins, 1920-1925 Vorsitzender und Geschäftsführer der Bezirksbauernkammer, 1925 Mitglied der Kreisbauernkammer Unterfranken und der Landesbauernkammer, 1921 Übernahme des elterlichen Betriebes, Besuch kaufmännischer Kurse, Ökonomierat, 1925 stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender des Creolitvereins Alzenau, 1928 Mitglied des Bezirkstags und des Bezirksausschusses Alzenau, 1930-1933 MdR (BVP), nach 1933 mehrfach vorübergehend verhaftet. - Seit 1945 Bürgermeister von Michelbach, Landrat in Alzenau, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1950 MdL (CSU).

Ibler, Franz

Geb. 19.9.1876 in Amberg/Opf., gest. 19.12.1959, kath., nach Besuch der Realschule in Amberg und Freising Militärdienst, 1896 Aspirant bei der bayerischen Staatseisenbahn, seit 1905 in Amberg tätig, 1946 zum Reichsbahnamtmann ernannt, 1918 Mitbegründer der BVP und mit der Geschäftsleitung der BVP in Amberg-Stadt und -Land beauftragt, 1919-1933 Stadtrat (BVP) in Amberg, im Juni 1933 vorübergehend verhaftet. - Mitbegründer des CSU-Kreisverbands Amberg-Stadt und -Land und 1948/1949 dessen Vorsitzender, seit 1945 erneut Stadtrat (CSU) in Amberg, zwei Jahre Wohnungsreferent von Amberg, 1948/1949 2. Bürgermeister von Amberg.

Imler, Hans

Geb. 6.3.1889 in Dudweiler, gest. 3.12.1976 in Augsburg, kath., seit 1912 Gewerkschaftssekretär, 1915 Vorsitzender des Kartells der Christlichen Gewerkschaften in Augsburg, seit 1916 Mitglied des Landesausschusses des Zentrums in Bayern, 1919-1933 Mitglied des Landesausschusses der BVP, 1919-1933 Stadtrat (BVP) in Augsburg, 1921-1933 2. Vorsitzender der BVP in Schwaben, Tätigkeit in Konsum- und Baugenossenschaften und konfessionellen Vereinen, 1933 aller öffentlichen Ämter enthoben, 1933-1946 Leiter eines Heimes der Caritas. - 1945 Beirat, seit 1946 Stadtrat (CSU) in Augsburg und bis 1948 Vorsitzender der CSU-Stadtratsfraktion, 1946 MdVLV (CSU).

Jaeger, Richard

Geb. 16.2.1913 in Berlin, kath., Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in München, Berlin und Bonn, 1936 Referendarexamen, 1939 Assessorexamen, 1948 Promotion zum Dr. jur., in den dreißiger Jahren zuerst im Kartellverband der katholischen Studentenvereine Deutschlands, dann im Hochschulring des Katholischen Jungmännerverbands tätig, 1940 Gerichtsassessor am Amtsgericht Weilheim/Obb., 1943 Amtsgerichtsrat, 1939-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - Seit 1946 CSU-Mitglied und Mitglied des Vorläufigen Landesausschusses der CSU, 1946 hauptamtlicher Mitarbeiter im Landessekretariat der CSU, Mitglied im Dienstag-Club, seit 1947 stellvertretender Vorsitzender der JU in Bayern, 1963-1968 2. Landesschriftführer, 1968-1970 1. Landesschriftführer der CSU, seit 1952 Mitglied des Landesvorstands, seit 1963 Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands bzw. Präsidiums der CSU, 1947/1948 Regierungsrat und persönlicher Referent

Alois Hundhammers im Bayerischen Kultusministerium, 1948 1. Bürgermeister, 1949 Oberbürgermeister von Eichstätt, 1949-1980 MdB (CSU), 1953-1965 und 1967-1976 Vizepräsident des Deutschen Bundestags, 1965/1966 Bundesjustizminister, 1984 Leiter der deutschen Delegation bei der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen in Genf, seit 1957 Präsident der Deutschen Atlantischen Gesellschaft, Mitglied der Deutsch-Chinesischen Gesellschaft, im Mai 1987 zum Präsidenten der Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestags gewählt.

Jaenicke, Wolfgang

Geb. 17.10.1881 in Breslau, gest. 5.4.1968 in Lenggries/Obb., ev., 1900-1904 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Freiburg i.Br., Berlin und Breslau, Promotion zum Dr. jur., 1919-1930 Regierungspräsident in Breslau, 1930-1933 Regierungspräsident in Potsdam, 1930-1932 MdR (DDP/StP), nach 1933 in den einstweiligen Ruhestand versetzt. - Im Dezember 1945 zum Staatskommissar für das Flüchtlingswesen in Bayern ernannt, 1947-1950 Staatssekretär für das Flüchtlingswesen, 1952-1954 Botschafter in Pakistan, 1954-1957 Botschafter beim Vatikan.

Jahn, Walter

Geb. 1886, gest. 1959, Wirtschaftsprüfer, Mitbegründer der CSU im Landkreis Sonthofen, mit dem Aufbau der Partei in Schwaben beauftragt, 1948-1952 Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Sonthofen.

Jörg, Josef

Geb. 14.11.1874 in Groß-Auheim am Main, kath., Studium in Würzburg, Berlin und Bonn, Promotion zum Dr. jur. und Dr. phil., anschließend Journalist. - Nach 1945 Landrat in Hammelburg, 1946 MdVLV (CSU), Dozent an der Universität Würzburg.

Kaas, Ludwig

1881-1952, kath. Theologe und Politiker, seit 1917 Berater des päpstlichen Nuntius Paccelli, 1918-1924 Professor für Kirchenrecht, 1919/1920 MdVNV (Zentrum), 1920-1933 MdR (Zentrum), 1928-1933 Vorsitzender des Zentrums, nach 1933 im Vatikan tätig.

Käss, Friedrich

Geb. 3.7.1910 in München, gest. 6.2.1984, kath., Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in München, 1932-1935 juristischer Vorbereitungsdienst, 1935 Assessorexamen, 1937-1941 bei der Reichsbahnverwaltung tätig, seit 1941 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg bei der Feldeisenbahn (zuletzt Leutnant), Kriegsgefangenschaft. - 1945/1946 Mitglied des Vorläufigen Landesausschusses der CSU, zeitweise in der CSU-Landesgeschäftsstelle tätig, seit 1949 als Referent im Bundesfinanzministerium vor allem mit Fragen des Lastenausgleichs befaßt, 1956-1975 Präsident des Bundesausgleichsamts.

Kahn, Karl

Geb. 3.3.1900 in Absberg/Mfr., kath., Studium der Geschichte und Volkswirtschaft in München, Mitglied der christlichen Studentenkorporation Rhätia, 1921-1924 Vorsitzender des Jungbayern-Ringes (BVP), seit 1926 als Redakteur in Bayern tätig, 1939-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg und bis 1946 in britischer Kriegsgefangenschaft. - Geschäftsführer der CSU-Kreisverbände Regensburg-Stadt und -Land, seit 1947 Geschäftsführer des CSU-Bezirksverbands Oberpfalz, 1949-1957 MdB (CSU), stellvertretender Vorsitzender einer Baugenossenschaft in Regensburg.

Kahr, Gustav Ritter von

1862-1934, Jurist und Politiker, 1920/1921 Bayerischer Ministerpräsident, 1923/1924 Generalstaatskommissar in Bayern, bis 1930 Präsident des Bayerischen Verwaltungsgeschichtshofes, 1934 im Zusammenhang mit dem sogenannten Röhmputsch ermordet.

Kaifer, Albert

Geb. 25.3.1893 in Hafenhofen/Schw., gest. 23.1.1962 in Göggingen/Schw., kath., Bäckergehilfe in Augsburg, München und Köln, seit 1911 Mitglied der Christlichen Gewerkschaften, 1913-1918 Wehrdienst und Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1920-1924 bei der Eisenbahn beschäftigt, 1924-1933 Sekretär des Bayerischen Eisenbahnerverbands in Weiden und Regensburg, Vorstandsmitglied des Zentralwohlfahrtsamts der Reichsbahn in Rosenheim und Mitglied des Hauptbetriebsrats beim Reichsverkehrsministerium bzw. der Reichsbahngesellschaft, 1928-1931 Vorsitzender der AOK Weiden, 1924-1933 BVP-Mitglied, nach 1933 wiederholt verhaftet und bis 1935 arbeitslos, seitdem Geschäftsführer bei der Missions-Verkehrs-Arbeitsgemeinschaft. - Mitbegründer der CSU und Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Augsburg-Land, 1949-1952 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Schwaben, 1949-1955 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1945-1948 Bürgermeister von Neusäß, 1946-1948 Kreisrat (CSU) in Augsburg, 1948-1962 Landrat in Augsburg, seit 1954 Bezirksrat (CSU) für Schwaben, 1958 Bezirkstagspräsident, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1954 MdL (CSU), Vorsitzender des BRK-Kreisverbands Augsburg-Land, Vorsitzender des Verwaltungsrats der Kreissparkasse Augsburg.

Kaiser, Adam

Geb. 23.4.1900 in Hammelburg/Ufr., gest. 10.12.1987, kath., Bruder von Jakob Kaiser, Buchbindermeister, 1923 Übernahme des elterlichen Geschäfts in Hammelburg, 1920-1933 BVP-Mitglied, vor 1933 Stadtrat (BVP) in Hammelburg, 1933 vorübergehend verhaftet, 1939-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg (zuletzt Oberzahlmeister), Kontakte zum Widerstand des 20. Juli 1944, Januar-April 1945 in Berlin-Moabit inhaftiert. - 1946-1948 Bürgermeister von Hammelburg, 1948-1970 Landrat in Hammelburg, Mitbegründer der CSU in Hammelburg, 1962-1966 Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Hammelburg, Vertreter der Landkreise in der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU.

Kaiser, Fritz

Geb. 29.4.1901 in Forchheim/Ofr., gest. 20.12.1966 in Forchheim/Ofr., kath., kaufmännischer Angestellter, später Holzarbeiter in Forchheim, vor 1933 BVP-Mitglied. - Mitbegründer der CSU in Forchheim, 1946 MdVLV (CSU), nach 1945 zunächst bei der Spruchkammer, dann beim Arbeitsamt Forchheim beschäftigt.

Kaiser, Jakob

1888-1961, Gewerkschafter und Politiker, 1933 MdR (Zentrum), Kontakte zu Widerstandskreisen, 1938 mehrere Monate inhaftiert, seit Juli 1944 in Berlin untergetaucht. - Mitbegründer der CDU in Berlin und der SBZ, Dezember 1945-Dezember 1947 deren Vorsitzender, Mitglied des Vorstands der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU, 1950-1958 stellvertretender CDU-Vorsitzender, 1948/1949 MdPR (CDU), 1949-1957 MdB (CDU), 1949-1957 Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen.

Kalbskopf, Otto

Geb. 14.12.1872 in Münchberg/Ofr., gest. 27.1.1954, ev., Kaufmann und Fabrikbesitzer, 1909-1913 Gemeindebevollmächtigter, seit 1913 Magistratsrat, 1919-1921 Stadtrat in

Münchberg. - Nach 1945 Vorsitzender der CSU Münchberg, seit 1946 Kreisrat (CSU) in Münchberg und Vorsitzender der CSU-Kreistagsfraktion, 1946 Kandidat (CSU) für die VL.V.

Karpf, Hugo

Geb. 17.1.1895 in Wüstenzell/Ufr., kath., Schneidergeselle, 1912-1915 Wanderjahre, aktiv in der katholischen Gesellen- und Arbeitervereinsbewegung, 1915-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1918/1919 britische Kriegsgefangenschaft, 1922-1933 Angestellter des Verbands Christlicher Arbeitnehmer des Bekleidungsgebietes, seit 1924 auch Mitglied des Zentralvorstands, 1932/1933 MdR (BVP), nach 1933 entlassen, 1933-1939 als Hilfsarbeiter und Zuschneider in einer Kleiderfabrik tätig, 1939-1945 zur Wehrmachtsverwaltung eingezogen. - Mitbegründer der CSU in Aschaffenburg und deren Vorsitzender, 1946 MdVLV (CSU), 1947-1949 MdWR (CSU), als Schriftführer Mitglied des Präsidiums, 1949-1957 MDB (CSU), als Schriftführer Mitglied des Präsidiums, 1945-1949 Sekretär beim BGB, Ortsausschuß Aschaffenburg, Mitglied des Hauptvorstands der Gewerkschaft Textil/Bekleidung, Ehrenvorsitzender der CSU Aschaffenburg, Richter am Bundesarbeitsgericht.

Kastner, Josef

Geb. 14.3.1904 in Marktredwitz/Ofr., gest. 1.1.1959 in Bamberg/Ofr., kath., nach Banklehre Besuch der kaufmännischen Fortbildungsschule Marktredwitz, nach Ableistung der Kaufmannsgehilfenzeit in Privatbetrieben tätig, 1929 Wechsel zur Arbeitsverwaltung, seit 1929 Stadtrat (BVP) in Marktredwitz, seit 1939 Regierungsamtmann bei der Arbeitsverwaltung im Generalgouvernement. - Im Januar 1947 von der Spruchkammer für entlastet erklärt, seit 1947 stellvertretender Leiter des Arbeitsamts Bayreuth, Vorsitzender der CSU Marktredwitz, 1948-1959 Stadtrat (CSU) in Marktredwitz und 2. Bürgermeister der Stadt, 1958 MdL (CSU).

Keegan, Charles E.

1893-1966, US-amerikanischer Kommunalpolitiker (New York, Demokratische Partei), Finanz- und Immobilienmakler, Mai-September 1945 Chef der amerikanischen Militärregierung in Bayern.

Keil, Wilhelm

1870-1968, Journalist und Politiker, 1900-1933 MdL (SPD) in Württemberg, 1910-1918 und 1920-1932 MdR (SPD), 1919/1920 MdVNV (SPD), 1921-1923 Arbeits- und Ernährungsminister in Württemberg. - 1946-1952 MdL (SPD) in Württemberg-Baden und dessen Präsident.

Keller, Louis Joseph Comte de

1896, französischer Diplomat, 1925 Attaché am Konsulat in Nürnberg, 1928 Attaché an der Gesandtschaft in München, 1933 Mitglied der französischen Delegation beim Völkerbund, anschließend Deutschland-Referent im Außenministerium, 1938 Konsul in Leipzig, 1941 Botschaftssekretär in Athen, in der französischen Widerstandsbewegung engagiert. - 1945 französischer Geschäftsträger in Prag, 1947-1950 Generalkonsul in München, 1950 versetzt nach Dakar.

Kempner, Robert M.

1899, Jurist, 1928-1933 Justitiar der Polizeibehörde im Preußischen Innenministerium, 1933 Emigration, Einbürgerung in die USA, 1939-1942 Lehrtätigkeit an verschiedenen

Hochschulen und Akademien, politischer und juristischer Berater im US-Kriegs- bzw. Justizministerium. - 1945 Mitglied des Stabs des amerikanischen Hauptanklägers bei den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen, seit 1949 Jurist in Deutschland und den USA.

Kern, Ernst

Geb. 3.2.1882 in Kleinhaslach/Mfr., ev., seit 1900 im Dienst der evangelischen Landeskirche, seit 1932 Pfarrer in Nürnberg, seit 1933 NSDAP-Mitglied. - 1946 von der Spruchkammer Nürnberg I wegen Denunziation als NS-Aktivist verurteilt, 1947 im Berufungsverfahren in die Gruppe der Minderbelasteten eingestuft, im Juni 1947 Aufhebung des Urteils der Berufungskammer, im Dezember 1947 von der Berufungskammer Nürnberg II als Mitläufer eingestuft, ein Widerspruch der Special Branch im Februar 1948 blieb folgenlos.

Kiefer, Josef

Geb. 7.4.1905 in München, gest. 19.11.1977, kath., Buchbindermeister, seit 1929 Inhaber einer Verlagsbuchbinderei, 1925 Mitbegründer und Vorsitzender der Junghandwerkergruppe, 1929-1933 Vorstandsmitglied der Buchbinder-Innung München/Oberbayern, 1928-1933 BVP-Mitglied, nach 1933 seiner Ämter enthoben. - Mitbegründer der CSU, 1946 stellvertretender Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses der CSU, 1967/1968 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1958-1961 Stadtrat (CSU) in München, 1962-1970 MdL (CSU), 1946-1956 Obermeister der Buchbinder-Innung München/Oberbayern, seit 1947 Landesinnungsmeister, seit 1959 Bundesinnungsmeister des deutschen Buchbinderhandwerks, seit 1946 Vorstandsmitglied der Handwerkskammer für Oberbayern und Mitglied des Präsidiums des Bayerischen Handwerkstags, seit 1948 Mitglied des Rundfunk- und seit 1956 des Verwaltungsrats des Bayerischen Rundfunks.

Kienitz, Erwin von

Geb. 5.11.1906 in Duisburg, gest. 22.9.1948, ev. getauft, seit 1924 kath., zunächst Jurastudium in Freiburg i.Br. und Paris, dann Studium der kath. Theologie in München, 1930 Promotion zum Dr. theol., 1931 zum Dr. jur., nach Priesterweihe 1931 zunächst Kaplan und Jugendseelsorger in den Münchner Stadtteilen Solln, Milbertshofen und Harlaching, 1933 zum Domvikar ernannt und als Notar (später mit dem Titel Kanzleirat) am Diözesangericht für München und Freising tätig, Habilitation, aus politischen Gründen nicht zum Privatdozenten ernannt, 1940 Schreibverbot, 1943 zum Mitglied des Domkapitels der Erzdiözese München und Freising gewählt. - Mitbegründer der CSU, im Oktober 1945 Ernennung zum Vizeoffizial und Leiter des Metropolitangerichts, 1946 Honorarprofessor für Staatskirchenrecht und kirchliche Verwaltungspraxis in München, Leiter des 1948 gegründeten Katholischen Volksbüros.

Klein, Emil

Geb. 3.12.1905 in Oldenburg, kath., Kaufmann, seit 1923 Bankbeamter, 1925 Prokurist, seit 1929 Mitinhaber einer Revisionskanzlei, seit 1920 Mitglied der NSDAP und der SA, seit 1928 Führer der HJ in München, dann in Südbayern, seit 1932 HJ-Führer "Hochland", Obergerbietsführer der HJ, 1936-1945 MdR (NSDAP), 1933 Adjutant des Bayerischen Innenministers Adolf Wagner, bis 1945 Stabsleiter im Bayerischen Kultusministerium. - 1945-1948 interniert, 1950 von der Spruchkammer als Hauptschuldiger eingestuft und zu 3 Jahren Arbeitslager, Vermögenssuzug und 10 Jahren Berufsbeschränkung verurteilt.

Klemm, Otto

Geb. 3.2.1893, 1945-1949 Oberregierungsrat bei der Regierung von Unterfranken.

Klenk, Wilhelm

Geb. 4.12.1912 in Bad Wimpfen/Württemberg, ev., Mechaniker und Monteur, Juli-Dezember 1946 hauptamtlicher Kreisgeschäftsführer der CSU für die Landkreise Uffenheim und Scheinfeld, Januar 1947-August 1948 hauptamtlicher Geschäftsführer des CSU-Kreisverbands Uffenheim, seit Januar 1946 Vorsitzender des CSU-Ortsverbands Uffenheim, Februar-November 1946 Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Uffenheim, im Frühjahr 1946 kurzzeitig kommissarischer Landrat in Uffenheim, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV, 1946-1948 Stadtrat (CSU) in Uffenheim, 1946-1948 Kreisrat (CSU) in Uffenheim.

Kluge, Hans Günther von

1882-1944, Berufsoffizier (Generalfeldmarschall), Teilnahme am Ersten Weltkrieg als Generalstabsoffizier, nach Ausbruch des Zweiten Weltkriegs Oberbefehlshaber von Armeen und Heeresgruppen, Juli/August 1944 Oberbefehlshaber der Westfront, Kontakte zur Militäropposition gegen Hitler, ohne eindeutig Stellung zu beziehen, beging am 19.8.1944 Selbstmord.

Klytta, Waldemar

Geb. 15.6.1897 in Königshütte/Oberschlesien, gest. 3.2.1975 in Augsburg, kath., Delegierter zum Landesausschuß der CSU, 1947 Vorsitzender des Bezirksflüchtlingsausschusses der CSU-Flüchtlingsorganisation in Schwaben, 1948 Flüchtlingsvertrauensmann.

Knappe, Karl

Geb. 11.11.1884 in Kempten/Schw., gest. 20.3.1970 in München, Besuch der Kunstakademie in München, Bildhauer, Entwurfzeichner für Mosaik und Glasmalerei, 1925 Professor, 1930-1939 Dozent für Plastik an der TH München, Mitglied der Bayerischen Akademie der Schönen Künste, Ehrenmitglied der Akademie der bildenden Künste. - 1946 Mitglied des Kunstausschusses der CSU.

Knoeringen, Waldemar von

Geb. 6.10.1906 in Rechetsberg/Obb., gest. 2.7.1971 in Höhenried/Obb., kath., 1919-1922 Lehre bei der AOK Rosenheim-Land, Tätigkeit im Krankenversicherungswesen, später Bibliothekar im Arbeiterbüchereiwesen sowie Leiter des Arbeiter-Kulturkartells Rosenheim, seit 1926 SPD-Mitglied, Funktionär der SDAJ München, 1933 Emigration nach Österreich, 1934 in die Tschechoslowakei, 1938 nach Frankreich und 1939 nach England. - 1946 MdVLV (SPD), 1946-1970 MdL (SPD), 1946-1962 stellvertretender Vorsitzender bzw. Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, 1949-1951 MdB (SPD), 1947-1963 Vorsitzender der bayerischen SPD, Mitglied des SPD-Parteivorstands, 1958-1962 stellvertretender Vorsitzender der SPD.

Knothe, Wilhelm

1888-1952, kaufmännischer Angestellter und Politiker, seit 1906 SPD-Mitglied, seit 1920 Parteisekretär in Wetzlar, Stadtverordneter (SPD) und Kreisrat (SPD) in Wetzlar, nach 1933 illegal für die SPD tätig, 1934 verhaftet, 1935 zu zwei Jahren Zuchthaus und zehn Monaten Gefängnis verurteilt, 1944 erneut verhaftet, Flucht aus dem Frankfurter Polizeigefängnis. - Seit 1945 Vorsitzender der hessischen SPD, 1946/1947 stellvertretender SPD-Vorsitzender und bis 1952 Mitglied des Parteivorstands der SPD, 1946 MdVLV (SPD) in Hessen und Vorsitzender der SPD-Fraktion, seit 1946 MdL (SPD) in Hessen, 1949-1952 MdB (SPD).

Koch, Edmund

Geb. 10.11.1914 in Adorf/Vogtland, ev., Angestellter, nach 1945 Berufsberater und Betreiber einer Leihbücherei, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - Im Oktober 1945 Mitbegründer der CSU in Weiden und deren 2. Schriftführer, 1946 2. Vorsitzender des Ortsverbands Nr. 6 in Weiden, 1947 Kreisobmann der JU Weiden und Mitglied des Vorstands des CSU-Kreisverbands Weiden, 1946-1948 Stadtrat (CSU) in Weiden, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV, 1948 aus CSU und JU ausgeschieden.

Köhler, Erich

1892-1958, Volkswirt und Politiker, 1919-1933 Geschäftsführer von Arbeitgeberverbänden in Kiel, vor 1933 DVP-Mitglied. - Mitbegründer der CDU, 1946-1949 stellvertretender Vorsitzender der CDU in Hessen, 1946 MdVLV (CDU) und MdL (CDU) in Hessen, 1947-1949 Präsident des Wirtschaftsrats des Vereinigten Wirtschaftsgebiets, 1949-1957 MdB (CDU), 1949/1950 Bundestagspräsident.

Köhler, Karl

Geb. 1906 in Regensburg, kath., Studium an der TH in München und an der Akademie der bildenden Künste in München, Maler, Professor und Seminarleiter für Kunstpädagogik. - Mitbegründer der CSU in Starnberg, an der Gründung weiterer Ortsverbände der CSU beteiligt, im Dezember 1945 Mitbegründer des CSU-Bezirksverbands Oberbayern, Mitbegründer des Kulturpolitischen Ausschusses der CSU und zeitweilig dessen stellvertretender Vorsitzender, Vorsitzender des Kunstausschusses der CSU, 1948 Initiator und Organisator des Pädagogischen Kongresses der CSU in Rothenburg ob der Tauber, 1948 Begründer und Vorsitzender des Gautinger Kreises der CSU, Ehrenvorsitzender des CSU-Ortsverbands Gauting, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV, 1946 Kreisrat (CSU) in Starnberg.

Koenig, Joseph

Geb. 14.12.1907 in Birnbaum/Posen, kath., Studium in Breslau, 1933 Promotion zum Dr. rer. pol., 1931-1933 Assistent an der Universität Breslau, 1924-1927 Mitglied im Bund Neudeutschland, danach im Verband der wissenschaftlichen katholischen Studentenvereine Unitas, 1929-1933 Ortsvorsitzender der Windthorstbünde in Breslau, 1934-1936 im Landesfinanzamt in Breslau tätig, 1936-1939 bei der Reichsgruppe Handel in Berlin, 1939-1946 Prokurist der Ausfuhrgesellschaft der deutschen Brauwirtschaft. - Mitbegründer der CSU, 1945/1946 Mitglied des Vorläufigen Landesausschusses der CSU, zeitweise Beauftragter für Flüchtlingsfragen in der CSU-Landesleitung, 1946-1950 Wirtschaftsredakteur des "Münchner Merkur", seit 1950 im diplomatischen Dienst, 1950/1951 und 1954-1956 im Auswärtigen Amt in Bonn tätig, 1951-1954 Wirtschaftsreferent an der Botschaft in Rom, 1956-1960 Konsul in Windhoek, 1960-1966 außerordentlicher Botschafter auf Zypern, 1966-1970 ständiger Vertreter des Leiters der Botschaft in Irland, Generalkonsul in Rotterdam.

Konrad, Adolf

Geb. 1.3.1880 in Rheinzabern/Pfalz, kath., bis 1906 Schlosser und Monteur, anschließend Bezirksleiter des Christlichen Metallarbeiterverbands für Bayern und Vorstandsmitglied des Christlichen Metallarbeiterverbands Deutschlands, Vorsitzender des Bezirkskartells der Christlichen Gewerkschaften in Nürnberg, Landesvorsitzender des DGB in Bayern, 1919-1933 MdL (BVP). - Nach 1945 CSU-Mitglied und Delegierter zu Landesausschuß und Landesversammlung der CSU.

Kopf, Hinrich Wilhelm

1893-1961, Verwaltungsbeamter und Politiker, 1945 Oberpräsident der Provinz Hannover, 1946-1955 und 1959-1961 Ministerpräsident von Niedersachsen, 1957-1959 Innenminister von Niedersachsen, 1946-1961 MdL (SPD) in Niedersachsen.

Kothmann, Fritz

Geb. 29.1.1887 in Haidengrün/Ofr., gest. 20.11.1958, ev., Landwirt und Hausweber, vor 1933 im agrarpolitischen Bereich aktiv. - Nach 1945 Bürgermeister von Haidengrün, stellvertretender Kreisobmann des BBV, leitende Funktion in der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft Bayreuth, 1946 und 1956 in den Kreistag von Naila gewählt (zunächst CSU, dann Freie Wählergemeinschaft), 1946 Kandidat (CSU) für die VLV, Kreisvorsitzender der CSU, 1949-1952 Kassier und 1952-1958 Schriftführer beim Kreisverband Naila des Bayerischen Gemeindetags.

Krapp, Lorenz

Geb. 18.12.1882 in Bamberg/Ofr., gest. 21.5.1947 in München, kath., Jurastudium in Tübingen, München und Würzburg, 1905 1., 1909 2. juristisches Staatsexamen, 1909 Promotion zum Dr. jur. et rer. pol., seit 1910 Rechtsanwalt in Pirmasens, seit 1911 3. Staatsanwalt in Kaiserslautern, 1915-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, seit 1918 Amtsrichter in München und Arnstein, seit 1920 Staatsanwalt in Bamberg und Coburg, 1922-1930 zuerst Oberregierungsrat im Bayerischen Justizministerium, dann Staatsanwalt in München, während dieser Zeit abgestellt zum Auswärtigen Amt in Berlin, seit 1923 Geheimer Justizrat und Leiter der Abteilung Italien der Vertretung des Deutschen Reiches am deutsch-italienischen Schiedsgerichtshof, 1924-1930 überdies Vertreter des Reichsfinanzministeriums (Reichsausgleichsamt) in Rom und 1926-1930 Richter am deutschen Konsularobergericht in Kairo, 1930 Oberstaatsanwalt, 1931-1933 Präsident des Landgerichts Bamberg, am 1.8.1933 in den Ruhestand versetzt, 1918-1933 BVP-Mitglied, seit 1934 zunächst 2., dann 1. Vorsitzender des Gesamtkirchensteuerausschusses der katholischen Kirche in Bayern. - Mitbegründer der CSU in Bamberg, 1946 Ersatzmann im Landesschiedsgericht der CSU, 1946 MdVLV (CSU) und Vorsitzender des Verfassungsausschusses, im Mai 1945 von den amerikanischen Militärbehörden zunächst zum Berater für den Wiederaufbau der Gerichte des OLG Bamberg, dann im Dezember 1945 zum Präsidenten des OLG Bamberg ernannt, 1947 zum Präsidenten des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes berufen.

Kraus, Engelbert

Geb. 16.7.1901 in Holzhausen/Ufr., gest. 14.5.1974, kath., seit 1917 Praktikant und Verwalter auf verschiedenen Gütern, 1926-1934 bei der Regensburger Zentralgenossenschaft tätig, 1934 aus politischen Gründen entlassen, vor 1933 BVP-Mitglied, 1934-1945 Lagerhausverwalter in Würzburg. - Nach 1945 CSU-Mitglied, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1962 MdL (CSU), Gemeinderat (CSU) in Rimpar, Kreisrat (CSU) in Würzburg und Vorsitzender der CSU-Kreistagsfraktion, seit 1948 1. Bürgermeister von Rimpar.

Kraus, Hans

Geb. 22.4.1879 in Unterafferbach/Ufr., gest. 30.5.1952 in München, kath., Studium der Philosophie, Volkswirtschaft und Rechtswissenschaften in Würzburg und München, Promotion zum Dr. oec. publ., in den bayerischen Staatsdienst übernommen und über 40 Jahre in der bayerischen Finanzverwaltung tätig, vor 1933 BVP-Mitglied. - Nach 1945 CSU-Mitglied, 1946-1950 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1945 Ministerialdirek-

tor in der Bayerischen Staatskanzlei, Juli-Dezember 1946 Staatssekretär und Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, 1946-1950 Bayerischer Finanzminister, 1945-1949 Verbindungsmann zum Länderrat der US-Zone in München, 1946/1947 Mitglied des Verwaltungsrats des Gemeinsamen Deutschen Finanzrats der Bizone.

Krehle, Heinrich

Geb. 21.1.1892 in München, gest. 16.10.1969 in München, kath., Schreinerlehre, Weiterbildung an einer Handwerkerzeichenschule, 1909-1912 Schreinergehilfe auf Wanderschaft in Deutschland und der Schweiz, seit 1909 in der christlichen Gewerkschaftsbewegung und der konfessionellen Standesvertretung engagiert, 1912-1918 Militärdienst und Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1918-1920 britische Kriegsgefangenschaft, 1920-1922 Schreinergehilfe in München, 1922-1930 Geschäftsführer des Zentralverbands Christlicher Holzarbeiter, 1930-1933 Landessekretär der Christlichen Gewerkschaften Bayerns, zugleich Geschäftsführer des DGB, nach 1933 aller Ämter enthoben und vorübergehend arbeitslos, 1934-1939 Angestellter beim katholischen Kirchensteueramt und bei der Reichsfinanzverwaltung, 1939-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - Mitbegründer der CSU und des BGB, 1945/1946 Mitglied des Vorläufigen Landesausschusses der CSU, 1946 Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses und stellvertretender Vorsitzender des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der CSU, seit 1947 Vorsitzender der CSA, 1946-1949 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands München, 1946-1957 Mitglied des Landesvorstands und 1952-1955 Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU, 1945/1946 Stadtrat (CSU) in München, 1946 MdVLV (CSU), 1948-1958 MdL (CSU), 1945-1947 und 1950-1954 Staatssekretär im Bayerischen Arbeitsministerium, 1947-1950 Bayerischer Arbeitsminister.

Kreml, Josef

Geb. 1.3.1886 in Schwandorf/Opf., gest. 11.3.1971, kath., Studium der Philosophie in Limburg an der Lahn, Aufenthalte in Frankreich und Italien, 1910 Redakteur der "Schwandorfer Volkszeitung", als Dolmetscher Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1918/1919 Mitglied eines Freikorps, 1912-1923 Mitglied des Gemeindegremiums bzw. Stadtrat (BVP) in Schwandorf, 1923 Kandidat (BVP) für die Reichstagswahl, 1926 Gründung einer eigenen Tageszeitung, nach 1933 zweimalige Flucht nach Italien, 1934 vorübergehend verhaftet, bis 1937 als Redakteur tätig, 1943-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - Nach 1945 CSU-Mitglied, 1945 kurzzeitig 3. Bürgermeister von Schwandorf, 1948-1952 Stadtrat (CSU) in Schwandorf, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1950 MdL (CSU), Ehrenpräses der Kolpingfamilie.

Kroll, Gerhard

Geb. 20.8.1910 in Breslau, gest. 10.11.1963, kath., 1929-1934 Studium der Staatswissenschaften und der Volkswirtschaft in Breslau, Wien und Berlin, nach der Promotion Eintritt in das Berliner Institut für Konjunkturforschung, Volontär bei Siemens & Halske, anschließend Stipendiat der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, 1929-1938 Studium der Philosophie und Religionsphilosophie in Berlin, Verzicht auf Habilitation aus politischen Gründen, 1938-1942 Statistiker bei verschiedenen Wirtschaftsgruppen, 1943-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - Mitbegründer der CSU in Bamberg, 1946 Mitglied des Ausschusses der CSU für Zwischenstaatliche Beziehungen, 1946/1947 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Oberfranken, 1946/1947 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1946-1948 Landrat in Staffelstein, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV, 1946-1950 MdL (CSU),

1948/1949 MdPR (CSU), 1949-1951 Geschäftsführer bzw. Generalsekretär des heutigen IfZ in München, seit Januar 1951 Chefredakteur der Zeitschrift "Neues Abendland".

Kronthaler, Josef

Geb. 4.3.1889 in Gündlkofen/Ndb., gest. 19.3.1976 in Augsburg, kath., Schreinerlehre, 1905 Gesellenprüfung, bis 1914 sechs Jahre in der Schweiz, Teilnahme am Ersten Weltkrieg, seit 1907 Mitglied einer christlichen Standesorganisation, seit 1919 hauptamtlicher Mitarbeiter des Christlichen Holzarbeiterverbands, BVP-Mitglied, Mitglied des Kreistags für Niederbayern (BVP), 1928 vom Christlichen Holzarbeiterverband nach Augsburg versetzt, 1933 entlassen, seit 1934 beim katholischen Friedhofsamt angestellt und dort bis 1959 tätig. - Nach 1945 Mitglied des Stadtbeirats Augsburg, 1946-1960 Stadtrat (CSU) in Augsburg, seit 1946 Vorsitzender eines Kreisverbands der CSU in Augsburg, 1947 Organisationsleiter der CSU-Bezirksverbände Augsburg und Schwaben.

Kroth, Alfred

Geb. 10.3.1912 in München, gest. 29.6.1978 in München, Jurist, KPD-Mitglied, nach 1933 vermutlich von der KPD mit dem Auftrag in die NSDAP eingeschleust, Informationen aus der Umgebung des NS-Oberbürgermeisters von München zu beschaffen. - 1945 städtischer Rechtsrat in München und Leiter des Ernährungsamts, im Herbst 1945 von der Militärregierung entlassen, im Sommer 1945 von der Spruchkammer als entlastet eingestuft, 1948/1949 MdWR (KPD).

Kroth, Karl August

Geb. 12.10.1893 in Bendorf bei Koblenz, gest. 11.1.1980, kath., Studium der Germanistik, Philosophie, Kunstgeschichte und Musik, Promotion zum Dr. phil., bis 1945 Werbeleiter bei Opel/Rüsselsheim und Fichtel & Sachs/Schweinfurt. - Mitbegründer der CSU, 1946 MdVLV (CSU), 1949/1950 MdL (CSU), nach 1945 erneut als Werbeleiter tätig.

Krüger, Klara

Geb. 19.5.1898 in Breslau, gest. 27.11.1986 in Hof/Ofr., ev., seit 1943 in Hof ansässig, Journalistin und Redakteurin bei der "Frankenpost" und beim "Hofer Anzeiger", Delegierte zum Landesausschuß der CSU, 1946-1952 und 1955-1966 Stadträtin (CSU) in Hof.

Kubel, Alfred

1909, Kaufmann und Politiker, 1946 Ministerpräsident Braunschweigs, 1946-1948, 1950/1951 und 1957-1959 Niedersächsischer Wirtschaftsminister bzw. Minister für Wirtschaft und Verkehr, 1948-1950 Niedersächsischer Arbeitsminister, 1951-1955 und 1965-1970 Niedersächsischer Finanzminister, 1959-1965 Niedersächsischer Landwirtschaftsminister, 1970-1976 Ministerpräsident von Niedersachsen, 1946-1975 MdL (SPD) in Niedersachsen.

Kübler, Konrad

Geb. 15.5.1884 in Simbach am Inn/Ndb., gest. 30.10.1974 in Ruhpolding/Obb., Buchdrucker, Weiterbildung durch Fach- und Volkshochschulkurse, seit 1911 Verleger und Redakteur des BBB-Organs "Landauer Volksblatt", später Präsident des Verbands der Bauernbundpresse, vor 1933 Mitglied des BBB, 1919-1933 Stadtrat und Mitglied des Bezirksrats in Landau an der Isar, Mitglied des Kreistags für Niederbayern, Mitglied der Reichsleitung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, nach 1933 Ausschluß aus der Berufsorganisation der Journalisten und Verleger, Berufsverbot, 1933/1934 im KL Dachau, 1944 im KL Flossenbürg. - Nach 1945 CSU-Mitglied, 1946-1949 Mitglied des Landesvorstands

der CSU, 1946-1949 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Niederbayern, 1945-1950 Landrat in Landau an der Isar, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1950 MdL (CSU) und dessen Vizepräsident, im September 1949 Mitglied der ersten Bundesversammlung in Bonn, Mitglied der Industrie- und Handelskammer München und der Landesleitung des BRK.

Kuhmann, Alfred

Geb. 31.5.1911 in Ebern/Ufr., gest. 1.6.1980, kath., Jurastudium und Promotion zum Dr. jur., 1945 Gerichtsassessor, 1946 Staatsanwalt, Mitbegründer der CSU in Nürnberg und Schriftführer im vorläufigen Vorstand, 1946 Vorsitzender des Parteigerichts, später des Bezirksschiedsgerichts der CSU Nürnberg-Fürth, Vorsitzender eines Kreisverbands der CSU in Nürnberg, 1949/1950 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1946-1948 Stadtrat (CSU) in Nürnberg.

Kurz, Andreas

Geb. 29.5.1894 in Gufflham/Obb., gest. 31.12.1976, kath., bis 1914 in der Landwirtschaft tätig, Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1919 zunächst Krankenpfleger, Weiterbildung an verschiedenen Fachschulen, seit 1922 zuerst Sekretär des Christlichen Nahrungsmittelverbands, anschließend Diözesansekretär des Caritasverbands Würzburg, 1924 Diözesansekretär der Katholischen Arbeitervereine der Diözese Würzburg, seit 1929/1930 Stadtrat (BVP) in Würzburg, 1932/1933 MdL (BVP), nach 1933 vorübergehend verhaftet und aller Stellungen und Ämter enthoben, neue Existenz als Kaufmann in Würzburg und München. - Mitbegründer der CSU, Schatzmeister des CSU-Bezirksverbands Oberbayern, 1950-1958 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1946-1958 MdL (CSU).

Lacherbauer, Carl Hannsjörg

Geb. 23.6.1902 in München, gest. 30.3.1967, kath., Studium der Rechts- und Staatswissenschaften, der Volkswirtschaft und Geschichte in München, 1928 Promotion zum Dr. jur., 1929 große juristische Staatsprüfung, 1929-1945 Gerichtsassessor, Staatsanwalt und Amtsgerichtsrat in München. - Mitbegründer der CSU, 1945/1946 Mitglied des Vorläufigen Landesausschusses der CSU, 1947/1948 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1953 Übertritt zur BP, 1954-1956 stellvertretender Vorsitzender der BP, Stadtrat in München, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1958 MdL (bis 1953 CSU, dann BP), 1955-1957 Vorsitzender der BP-Fraktion, 1945/1946 kommissarisch 3. Bürgermeister von München, 1947/1948 Staatssekretär im Bayerischen Justizministerium, seit 1949 Notar in Bad Tölz.

Lades, Heinrich

Geb. 4.7.1914 in Nürnberg, gest. 4.8.1990 in Erlangen/Mfr., ev., Studium der Rechtswissenschaften und der Volkswirtschaft in Erlangen, München und London, große juristische Staatsprüfung und Promotion zum Dr. jur., 1939-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg, Kontakte zum militärischen Widerstand und zur Freiheitsaktion Bayern. - Seit 1946 CSU-Mitglied, 1948 zum Vorsitzenden des Landesschiedsgerichts der CSU gewählt, 1966-1972 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Mittelfranken, 1966-1972 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1945-1948 Referent im Bayerischen Kultusministerium, 1948-1950 Abteilungsleiter im Bayerischen Landesjugendamt, 1950-1957 Referent im Bundesinnenministerium, 1957-1959 als Unterabteilungsleiter im Bundesministerium für Familien- und Jugendfragen verantwortlich für den Bundesjugendplan, zuletzt Ministerialrat, 1959-1972 Oberbürgermeister von Erlangen, 1966-1982 Bezirksrat (CSU) für Mittelfranken und 12 Jahre Vorsitzender der CSU-Bezirkstagsfraktion, Vorsitzender des BRK-Kreisverbands Er-

langen, Mitglied des Kuratoriums der Evangelischen Akademie Tutzing und des Stifterverbands für die deutsche Wissenschaft.

Laforet, Wilhelm

Geb. 19.11.1877 in Edenkoben/Pfalz, gest. 14.9.1959 in Würzburg, kath., 1896-1900 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in München und Berlin und Promotion zum Dr. jur., 1904 Assessorexamen, seit 1908 im bayerischen Verwaltungsdienst, 1914-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1918 Vorstand des Bezirksamts Ochsenfurt, 1922-1927 Referent für Gemeindefragen (zuletzt Ministerialrat) im Bayerischen Innenministerium, seit 1927 Professor für deutsches und bayerisches Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Würzburg, 1918-1933 BVP-Mitglied. - 1945 als bayerischer Vertreter in den von der amerikanischen Militärregierung eingesetzten Ausschuß für Verwaltungsrecht in Heidelberg berufen, Sachverständiger im Vorbereitenden Verfassungsausschuß für Württemberg-Baden, 1946-1949 MdL (CSU), 1949-1953 MdB (CSU).

Lallinger, Wilhelm

Geb. 30.4.1917 in Regen/Ndb., kath., Oberregierungsrat, 1946 Schriftführer des CSU-Kreisverbands Roding, Delegierter zum Landesauschuß für den Bezirksverband Oberpfalz.

Lamla, Ernst

Geb. 21.11.1888 in Berlin, ev., Studium der Physik in Berlin, 1912 Promotion, seit 1918 Assistent an der Universität Berlin, 1924 zum Oberstudiendirektor, 1927 zum Oberschulrat ernannt, 1932 Vizepräsident des Provinzialschulkollegiums Magdeburg, seit 1933 freier Physiker. - 1947 Honorarprofessor an der Universität Göttingen, 1947-1954 Direktor des Max-Planck-Gymnasiums in Göttingen.

Lang, Andreas

Geb. 30.10.1896 in Burggen/Obb., gest. 28.11.1948, kath., Landwirt, 1914-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, nach Kriegsende in verschiedenen Gutsbetrieben und auf dem elterlichen Hof tätig, den er 1924 übernahm, 1920-1945 bei der Raiffeisenkasse Burggen, Vorstand einer Milchverwertungsgenossenschaft, 1932 Kandidat (BVP) für die Reichstagswahl, bis 1934 Kreisrat in Schongau, 1933 Vorsitzender der BVP im Landkreis Schongau, nach 1933 vorübergehend verhaftet. - Mitbegründer der CSU, 1946-1948 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1946-1948 MdL (CSU) und Mitglied des Vorstands der CSU-Landtagsfraktion, bis 1948 stellvertretender Landrat in Schongau.

Lang, Carl Peter

Geb. 2.7.1901 in Rodalben/Pfalz, gest. 25.10.1968, kath., nach Besuch der Volksschule Arbeiter in einer Schuhfabrik, Mitglied des Katholischen Arbeitervereins und der Christlichen Gewerkschaften, 1925/1926 Schüler an der Sozialen Volkshochschule Leohaus in Kochel, 1926 zunächst Sozialbetreuer in der Landesblindenanstalt, dann Bezirkssekretär der Katholischen Arbeitervereine für München, insbesondere mit der Jugendarbeit betraut, 1927 Mitarbeiter in der Verbandszentrale der Katholischen Arbeitervereine Süddeutschlands, 1939-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg (zuletzt Zahlmeister). - Nach 1945 Mitarbeit beim Wiederaufbau des Süddeutschen Verbands, 1947-1959 Vorsitzender des Katholischen Werkvolks (Süddeutscher Verband katholischer Arbeitnehmer), seit 1946 Mitglied des Vorstands des CSU-Bezirksverbands München, 1951 Mitglied des Landesvorstands der CSU, seit 1949 bei der Landesversicherungsanstalt Oberbayern tätig, Be-

förderung zum Regierungs- und Oberregierungsrat, seit 1956 Direktor und Vorsitzender der Geschäftsführung der Landesversicherungsanstalt Oberbayern.

Lang, Hugo

Geb. 3.12.1892 in Rottenburg an der Laaber/Ndb., gest. 1.6.1967 in München, kath., 1911 Eintritt in die Benediktinerabtei St. Bonifaz in München, Studium der kath. Theologie in München, 1925 Promotion zum Dr. theol., 1916 Priesterweihe, 1916-1951 Pfarr- und Akademieseelsorger sowie Religionslehrer an Volks- und Realschulen und Rundfunkprediger. - Nach 1945 am Aufbau der Volkshochschule München beteiligt, seit 1946 Honorarprofessor für Enzyklopädie der Theologie an der Universität München, seit 1951 Abt der Benediktinerklöster St. Bonifaz und Andechs, Geistlicher Rat, 1953 Gastprofessor an der Theologischen Fakultät der Universität Salzburg, Teilnehmer an Sitzungen des Ellwanger Kreises der CDU/CSU.

Lang-Brumann, Thusnelda

Geb. 15.4.1880 in Augsburg, gest. 10.6.1953 in München, kath., höhere Mädchenschule, Lehrerinnenseminar und Universität, Lehrerin an einer Volksschule, dann an einer höheren Mädchenschule und einer sozialen Frauenschule in München, 1920-1933 MdR (BVP), 1920-1924 Stadträtin (BVP) in München. - Nach 1945 CSU-Mitglied, 1950-1953 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1947 Mitinitiatorin der Arbeitsgemeinschaft der Frauen in der CSU und bis 1953 deren Vorsitzende, 1946 Kandidatin (CSU) für die VLV, 1948/1949 MdWR (CSU).

Langenfaß, Friedrich

Geb. 8.7.1880 in Hohenaltheim/Schw., gest. 5.2.1965 in München, ev., Studium der ev. Theologie und Philosophie in Göttingen, Leipzig und Greifswald, anschließend in der Seelsorge tätig, seit 1910 Pfarrer in Rothenburg ob der Tauber, 1920-1950 Pfarrer in München, seit 1930 Stadtdekan von München, 1925-1941 und seit 1946 Redakteur der evangelischen Kulturzeitschrift "Zeitenwende", 1933 Ehrendoktorwürde der Universität Erlangen. - Nach 1945 Mitbegründer der CSU, Mitbegründer der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, nach seiner Pensionierung 1950 in der evangelischen Publizistik aktiv, 1953 Mitbegründer des Zentralarchivs für evangelische Publizistik an der Universität Münster, 1960 Gründung der Friedrich-Langenfaß-Stiftung der Geschichtsschreibung der evangelischen Presse.

Lebsche, Max

Geb. 11.9.1886 in Glonn/Obb., gest. 22.9.1957 in München, kath., Studium der Medizin in München, Promotion zum Dr. med., 1928 Direktor der chirurgischen Poliklinik der Münchner Universität, nach seiner Habilitation Privatdozent bzw. außerordentlicher Professor an der Universität München, 1930 Gründung der Maria-Theresia-Klinik in München, seit 1919 BVP-Mitglied, 1936 vom Universitätsdienst suspendiert. - 1946 Chefarzt des Caritas-Krankenhauses in München-Fürstenried, 1947 ordentlicher Professor an der Universität München, seit 1951 erneut leitender Chirurg an der Maria-Theresia-Klinik, im Oktober 1945 Mitbegründer und Vorsitzender der BHKP, 1950 Neugründung der BHKP und bis 1957 deren Vorsitzender.

Leeb, Wilhelm Ritter von

1876-1956, Berufsoffizier (Generalfeldmarschall), 1914-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, in die Reichswehr übernommen und vor 1933 Landeskommandant der Reichswehr

in Bayern, 1942 als Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Nord an der Ostfront entlassen und aus der Wehrmacht ausgeschieden. - 1945 von den Alliierten verhaftet, 1948 in Nürnberg zu drei Jahren Gefängnis verurteilt.

Lehmer, Max

Geb. 21.3.1885 in Erding/Obb., gest. 26.3.1964, zunächst Studium der Forstwirtschaft, dann der Rechtswissenschaften und Volkswirtschaft, 1910 Promotion zum Dr. rer. pol., seit 1912 Leiter des elterlichen Geschäfts, 1914-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, Mitbegründer der BVP, vor 1933 Stadtrat (BVP) und 1. Bürgermeister von Erding. - Nach 1945 erneut 1. Bürgermeister und Landrat in Erding, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1950 MdL (CSU).

Lehr, Robert

1883-1956, Jurist und Politiker, 1924-1933 Oberbürgermeister von Düsseldorf, vor 1933 DNVP-Mitglied, seit 1934 Kontakte zum Widerstand. - 1945 Oberpräsident der Nordrheinprovinz, Mitbegründer der CDU in der Nordrheinprovinz und deren stellvertretender Vorsitzender, 1946-1950 MdL (CDU) in Nordrhein-Westfalen, 1948/1949 MdPR (CDU), 1949-1953 MdB (CDU), 1950-1953 Bundesinnenminister.

Leicht, Johann

1868-1940, kath. Theologe und Politiker, 1893 Priesterweihe, 1893-1899 Kaplan in Ebermannstadt und Erlangen, Pfarrverweser in Unterleinter, 1899 Domvikar und Domprediger, 1915 Domkapitular, 1931 Domdekan in Bamberg, päpstlicher Hausprälat, 1906/1907 Bezirkspräses, 1913 Diözesanpräses der Katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine, 1913-1918 und 1920-1933 MdR (bis 1918 Zentrum, dann BVP), 1919/1920 MdVNV (BVP), 1920-1933 Vorsitzender der BVP-Reichstagsfraktion, 1933 vorübergehend verhaftet.

Lemmer, Ernst

1898-1970, Gewerkschafter und Politiker, 1922-1933 Generalsekretär des Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaftsringes Deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände, 1924-1932 und 1933 MdR (DDP/StP). - Mitbegründer der CDU in Berlin und der SBZ, Dezember 1945-Dezember 1947 deren 2. Vorsitzender, Mitglied des Vorstands der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU, 1946-1949 MdL (CDU) in Brandenburg, 1950-1970 MdA (CDU) in West-Berlin, 1952-1970 MdB (CDU), 1956/1957 Bundespostminister, 1957-1962 Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen, 1964/1965 Bundesvertriebenenminister.

Lenz, Karl

Geb. 28.1.1892 in Illertissen/Schw., gest. 25.12.1960, kath., Studium der Land- und Volkswirtschaft in München, 1914-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1920 Staatsexamen für das höhere landwirtschaftliche Lehramt, dann Assessor an einer Landwirtschaftsschule, 1922 Promotion zum Dr. Ing., bis 1939 Landwirtschaftsdirektor, 1924-1933 MdL (BVP), 1939-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - Nach 1945 Landrat in Laufen, dann Oberregierungsrat bei der Siedlungsbehörde, Landrat in Memmingen, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV, 1950-1954 MdL (CSU).

Lenz, Otto

1903-1957, Jurist und Politiker, vor 1933 Zentrums-Mitglied, Kontakte zum Widerstand des 20. Juli 1944, Verteidiger Josef Müllers vor dem Reichskriegsgericht, 1945 vom

Volksgerichtshof zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. - Mitbegründer der CDU in Berlin und der SBZ, Mitglied der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU, 1951-1953 Staatssekretär im Bundeskanzleramt, 1953-1957 MdB (CDU).

Lenzenhuber, Ferdinand

Geb. 16.3.1920 in Bibertal-Bühl/Schw., kath., kaufmännischer Angestellter, 1939-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - 1947/1948 Geschäftsführer der CSU-Kreisverbände Neu-Ulm und Illertissen, nach seiner Entlassung im Zuge der Währungsreform weiterhin ehrenamtlich tätig, 1949-1961 Mitarbeiter der CSU-Geschäftsstelle des Bundeswahlkreises Dillingen/Günzburg/Neu-Ulm.

Lex, Hans Ritter von

Geb. 27.10.1893 in Rosenheim/Obb., gest. 26.2.1970 in München, kath., Jurastudium in München, 1914-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1919 an den Kämpfen gegen die Münchner Räterepublik beteiligt, 1921 Staatsprüfung für den höheren Justiz- und Verwaltungsdienst, 1921-1923 und 1927-1932 im Bayerischen Kultusministerium tätig, 1923-1927 Landrat in Rosenheim, 1919-1933 BVP-Mitglied, 1932/1933 MdR (BVP), seit 1930 Anführer der Bayernwacht München, später Landesführer der Bayernwacht, nach 1933 vorübergehend verhaftet, Herbst 1933-1945 im Reichsinnenministerium tätig. - 1945 Berater der amerikanischen Militärregierung, CSU-Mitglied, 1946 Mitglied des Ausschusses der CSU für Zwischenstaatliche Beziehungen, zunächst in das Bayerische Kultusministerium berufen, dann Wechsel in das Bayerische Innenministerium, 1949-1960 Staatssekretär im Bundesinnenministerium, 1961-1967 Präsident des DRK.

Lichti, Philipp

Geb. 5.7.1881 in Au in der Hallertau/Obb., gest. 5.11.1958, mennonitisch, nach Besuch der Landwirtschaftsschule Besitzer des Gutes Herrlehof bei Donauwörth. - Nach 1945 Präsident des BBV in Schwaben, 1953-1958 MdS, Vorsitzender des Verbands bayerischer Zuckerrübenbauer, Vorsitzender bzw. Mitglied diverser Aufsichts- und Verwaltungsräte von Unternehmen des landwirtschaftlichen Bereichs, Ehrendoktorwürde der TU München.

Liedig, Franz

Geb. 2.2.1900 in Hünfeld/Hessen, gest. 31.3.1967 in München, Berufssoldat, Teilnahme am Ersten Weltkrieg als Marineoffizier, nach 1918 Offizier in Freikorps, Jurastudium und Tätigkeit als Rechtsanwalt in Berlin, 1938/1939 Beteiligung an den Umsturzplänen der militärischen Opposition, Verbündeter und Mitwisser von Admiral Canaris und Hans Oster, 1939-1943 deutscher Militärattaché in Sofia und Athen, 1943 als Verbindungsoffizier der Marine in das Führerhauptquartier versetzt, erneut im Widerstand gegen das NS-Regime aktiv, 1944 verhaftet, u.a. zusammen mit Josef Müller in den KL Buchenwald und Flossenbürg. - Kam 1945 zusammen mit Josef Müller nach München, Mitbegründer der CSU, 1946/1947 Landesgeschäftsführer der CSU, Rücktritt aus gesundheitlichen Gründen, 1948 Landesschatzmeister der CSU, 1946-1950 Mitglied des Landesvorstands und 1947-1950 Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU.

Lill, Georg

Geb. 9.8.1883 in Würzburg, gest. 27.6.1951, kath., Studium der Geschichte, Archäologie, Philosophie und kath. Theologie in Würzburg, Studium der Kunstgeschichte in München, Berlin und Wien, 1907 Promotion zum Dr. phil., 1908-1910 wissenschaftlicher Hilfsarbeiter beim Landesamt für Denkmalpflege, Mitarbeit bei der Kunstdenkmälerinventarisierung

Bayerns, 1911-1915 wissenschaftlicher Mitarbeiter des Kunstauktionshauses Helbig, 1915-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, seit 1919 Kustos beim Bayerischen Nationalmuseum, seit 1920 dort Hauptkonservator, 1924 Professor, seit 1928 Direktor des Bayerischen Landesamts für Denkmalpflege. - 1945 als Bayerischer Kultusminister im Gespräch, 1946 Mitglied des Kunstausschusses der CSU, 1946 MdVLV (CSU).

Lippl, Alois Johannes

Geb. 21.6.1903 in München, gest. 8.10.1957 in Gräfelfing/Obb., kath., Bankangestellter, Studium der Germanistik, Theaterwissenschaft, Kunstgeschichte und Musikwissenschaften, Autor und Regisseur bei Theater, Rundfunk und Film. - 1946-1948 Präsident des Bayerischen Jugendrings, 1948-1953 Intendant des Bayerischen Staatsschauspiels, Vorsitzender des Rundfunkrats des Bayerischen Rundfunks, 1946 Mitglied des Kunstausschusses der CSU.

Lobinger, Alfred

Geb. 21.5.1894 in Polling/Obb., gest. 5.6.1979, kath., Lehre als Spediteur in München, Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1922 Gründung eines eigenen Speditionsunternehmens in Passau. - Mitbegründer und Vorsitzender der CSU in Passau, 1945-1953 Stadtrat (CSU) in Passau, 1946 kurzzeitig Oberbürgermeister bzw. 2. Bürgermeister von Passau.

Lohbauer, Josef

Geb. 16.8.1911 in Büchlhof/Opf., gest. 22.8.1970 in Büchlhof/Opf., kath., Landwirt, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV.

Loritz, Alfred

Geb. 24.4.1902 in München, gest. 14.4.1979 in Wien, kath., Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in München, 1926 Staatsexamen und Zulassung als Rechtsanwalt, 1928-1932 Mitglied der Reichspartei des deutschen Mittelstands (Wirtschaftspartei), 1932 aus der Partei ausgeschlossen, nach 1933 Kontakte zu mehreren Widerstandsgruppen, 1939 Ausschluß aus der Anwaltskammer und Flucht in die Schweiz. - Mitbegründer und Vorsitzender der WAV, 1946 MdVLV (WAV), 1946-1950 MdL (WAV), seit März 1947 Mitglied des Parlamentarischen Rats des Länderrats der US-Zone, 1949-1953 MdB (bis 1951 WAV, anschließend fraktionslos), 1946/1947 Bayerischer Staatsminister für Sonderaufgaben.

Loßmann, Julius

Geb. 24.4.1882 in Glan-Münchweiler/Pfalz, gest. 29.3.1957 in Nürnberg, Schuhmacher, 1910 Gründung eines eigenen Geschäfts in Nürnberg, Mitglied im Gesellenausschuß der Regierung von Mittelfranken, seit 1912 Vorstandsmitglied der SPD in Nürnberg, nach dem Ersten Weltkrieg Parteisekretär der SPD, 1927 Mitglied im Kreistag für Mittelfranken, 1933 Stadtrat (SPD) in Nürnberg, März 1933-Februar 1944 im KL Dachau. - Nach 1945 von den amerikanischen Militärbehörden in den Stadtbeirat von Nürnberg berufen, 1946 Stadtrat (SPD), seit Dezember 1949 Bürgermeister in Nürnberg.

Ludendorff, Erich

1865-1937, Berufsoffizier (General der Infanterie) und völkisch-nationaler Politiker, 1916-1918 Generalquartiermeister in der Obersten Heeresleitung, 1918/1919 vorübergehende Emigration nach Schweden, 1920 Teilnahme am Kapp-Putsch, 1923 Teilnahme am Hitler-Putsch, 1924-1928 MdR (Nationalsozialistische Freiheitspartei), 1925 Kandidat für das Amt des Reichspräsidenten.

Luschka, Felix Max Edler von Sellheim

Geb. 4.3.1885 in Bielitz (heute Polen), gest. 10.2.1968, Jurastudium in Wien, Promotion zum Dr. jur., seit 1909 bei der steiermärkischen Statthalterei, vier Jahre Gutsbesitzer im Hultschiner Ländchen, im politischen Verwaltungsdienst in Troppau tätig, seit 1910 Mitglied der Christlich-Sozialen Volkspartei, Mitbegründer der DCSVP in Mähren-Schlesien, seit 1924 Stadtrat in Troppau, 1920-1938 Abgeordneter der CSR-Nationalversammlung (DCSVP), 1938 Anschluß an die Sudetendeutsche Partei. - Nach 1945 CSU-Mitglied im Bezirksverband Unterfranken, später Oberregierungsrat in Konstanz.

Luther, Hans

1879-1962, Jurist und Politiker, 1918-1922 Oberbürgermeister von Essen, 1922/1923 Reichsernährungsminister, 1923-1925 Reichsfinanzminister, 1925/1926 Reichskanzler, 1930-1933 Reichsbankpräsident, vor 1933 zeitweilig DVP-Mitglied, 1933-1937 Botschafter in den USA.

Mack, Georg

Geb. 15.5.1899 in Auerbach/Mfr., gest. 12.10.1973, ev., im landwirtschaftlichen Betrieb der Eltern tätig, den er nach dem Ersten Weltkrieg übernahm, Gründung eines landwirtschaftlichen Lagerhauses, vor 1933 Kreisrat und Mitglied der Bezirksbauernkammer, nach 1933 für die evangelische Kirche engagiert und vorübergehend verhaftet. - Seit 1945 Bürgermeister und stellvertretender Landrat in Ansbach, Kreisrat (CSU) in Ansbach und Bezirksrat (CSU) für Mittel- und Oberfranken, Mitbegründer der CSU im Raum Ansbach, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1970 MdL (CSU), Vizepräsident des bayerischen Gemeindetags, Vizepräsident des deutschen Getreide-, Futter- und Düngemittelhandels, Ehrenpräsident des Landhandelsverbands Bayern und Vorsitzender des Aufsichtsrats der Vereinigten Landwarenkaufleute "Lagerland".

Maderer, Andreas

Geb. 11.5.1891 in Schirmdorf/Opf., gest. 5.7.1959, kath., Studium der Philosophie, Mathematik und Physik, 1914-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1920/1921 Lehramts-examen für Mathematik und Physik, dann Studienassessor in Marktredwitz, 1926 Studienrat, vor 1933 BVP-Mitglied und Vorsitzender der BVP im Bezirk Marktredwitz-Wunsiedel, nach 1933 wegen politischer Betätigung gegen die NSDAP vorübergehend verhaftet und nach Deggendorf versetzt, während des Dritten Reiches nicht befördert. - 1945 von den amerikanischen Militärbehörden als Bürgermeister von Deggendorf eingesetzt, 1945 Oberstudienrat und Leiter einer Oberschule in Deggendorf, 1947 Oberstudiendirektor, Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Deggendorf, 1946-1950 MdL (CSU).

Maier, Anton

Geb. 6.6.1892 in Radelkofen/Ndb., gest. 25.9.1966, kath., zunächst Studium der kath. Theologie, dann Journalist ("Isar-Zeitung"), Verleger und Druckereibesitzer in Dingolfing, vor 1933 an führender Stelle im Generalsekretariat der BVP tätig, nach 1933 vorübergehend verhaftet, 1941 Verbot der "Isar-Zeitung". - Nach 1945 erneut Herausgeber der "Isar-Zeitung", Mitbegründer der CSU in Dingolfing, Orts- und Kreisvorsitzender der CSU, Landrat in Dingolfing, 1946 MdVLV (CSU), 1948-1950 MdL (CSU).

Maier, Reinhold

1889-1971, Jurist und Politiker, 1932/1933 MdL (DDP/StP) in Württemberg, 1932/1933 MdR (DDP/StP), 1930-1933 Württembergischer Wirtschaftsminister und Bevollmächtigter

Württembergs beim Reichsrat. - 1945-1953 Ministerpräsident von Württemberg-Baden bzw. Baden-Württemberg, 1951 zugleich Finanzminister, 1953 Justizminister, 1946-1964 MdL (DVP bzw. FDP) in Württemberg-Baden bzw. Baden-Württemberg, 1953-1956 und 1957-1959 MdB (FDP), 1957-1960 Bundesvorsitzender der FDP.

Manteuffel-Szoego, Georg Heinrich Baron von

Geb. 7.3.1889 in Montreux/Schweiz, gest. 8.6.1962, ev., Schulbesuch in Kurland, 1909 Abitur in Riga, 1909-1913 Studium der Volkswirtschaft, Philologie und Geschichte in Halle und Heidelberg, Promotion zum Dr. phil., bis 1914 beim Kurländischen Kreditverein tätig, 1915 Sekretär bei der Delegation der Kurländischen Ritterschaft in Berlin, 1918/1919-1920 Freiwilliger in der Stoßtruppe der Baltischen Landwehr, Abgeordneter im Baltischen Nationalausschuß, 1920-1939 Verwaltung des Familienbesitzes in Ostpolen und Lehrbeauftragter an der Universität Berlin, 1940-1942 im Auswärtigen Amt, dann wieder auf dem Familienbesitz in Ostpolen. - Nach 1945 Übersiedlung nach Bayern, zuerst Kleinbauer, später Treuhänder eines größeren Besitzes, Vorstandsmitglied des Hauptausschusses der Flüchtlinge und Ausgewiesenen in Bayern, Mitglied des Beirats beim Staatsbeauftragten für das Flüchtlingswesen in Bayern, Vorsitzender des Beirats bei der Arbeitsgemeinschaft deutscher Flüchtlingsverwaltungen, seit 1950 Präsident des Hauptamts für Soforthilfe in Bad Homburg, 1958-1962 Mitglied des Präsidiums des Bundes der Vertriebenen, 1950-1962 Vorsitzender der Deutsch-Baltischen Landsmannschaft, 1953-1962 MdB (CSU).

Marshall, George Catlett

1880-1959, US-amerikanischer General und Politiker, 1938/1939 stellvertretender Generalstabschef der US-Armee, 1939-1945 Generalstabschef, 1945/1946 Sonderbotschafter in China, 1947-1949 Außenminister, 1950/1951 Verteidigungsminister, 1953 Träger des Friedensnobelpreises.

Martin, Rudolf

Geb. 13.2.1916 in Augsburg, kath., Studium der Volks- und Betriebswirtschaft in Nürnberg und Berlin, Promotion, nach 1933 im Widerstand aktiv und vorübergehend verhaftet, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - Mitbegründer der CSU in Augsburg und 1947 Mitbegründer der JU in Schwaben, seit 1945 Schatzmeister der CSU Augsburg, an der Ausarbeitung des Parteiprogramms der CSU in Schwaben und des Grundsatzprogramms der CSU vom Dezember 1946 beteiligt, mehrere Jahre Vorsitzender der Mittelstandsgruppe der CSU in Schwaben, beruflich nach 1945 zunächst Treuhänder für mehrere Betriebe, später freiberuflich tätig.

Marx, Franz

Geb. 26.1.1903 in Köln, gest. 25.12.1985, Maschinenschlosser, seit seiner Lehrzeit gewerkschaftlich organisiert, 1923-1933 Jugendleiter der Matallarbeiterjugend in München, 1933 im KL Dachau inhaftiert, 1934 Werkstättenmeister bei den Bayerischen Motorenwerken, jedoch aus politischen Gründen entlassen, seit 1937 bei Ford in Köln beschäftigt. - 1945 Mitglied und Bezirkssekretär der SPD in Köln, 1946 Rückkehr nach Bayern, Mitglied des Landesvorstands der bayerischen SPD, Vorsitzender der SPD in München, 1946-1949 MdL (SPD), 1949-1972 MdB (SPD).

Marx, Wilhelm

1863-1946, Jurist und Politiker, seit 1894 Landrichter in Elberfeld, 1921 Landgerichtspräsident in Limburg, 1899-1921 MdL (Zentrum) in Preußen, 1910-1918 und 1920-1932

MdR (Zentrum), 1919/1920 MdVNV (Zentrum), 1922-1928 Vorsitzender des Zentrums, 1923-1925 und 1926-1928 Reichskanzler, 1925 Kandidat für das Amt des Reichspräsidenten.

Maslowski, Peter

Geb. 25.4.1893 in Berlin, gest. 24.4.1983 in Sommerhausen/Ufr., konfessionslos, Studium der Geschichte und Philosophie in Berlin, Teilnahme am Ersten Weltkrieg, Schriftsteller und Redakteur für Zeitungen der KPD, in der Weimarer Republik dreimal aus politischen Gründen in Haft, 1924 und 1928-1930 MdR (KPD), 1933 Flucht nach Polen, im August ausgebürgert, 1934 Emigration nach Frankreich, Redakteur der "Zukunft" in Paris und Gesellschafter des Carrefour-Verlages, 1939-1941 interniert, von Mitgliedern der Résistance befreit und bis August 1944 untergetaucht. - 1945 Rückkehr nach Deutschland, Herausgeber und Chefredakteur der "Neuen Presse" in Coburg.

Mathäser, Hans

Geb. 18.2.1902 in München, kath., Lehrer, nach 1945 CSU-Mitglied und Delegierter zur Landesversammlung der CSU für den Kreisverband Schongau.

Mauerer, Josef H.

Geb. 6.10.1910 in Innernzell/Ndb., gest. 11.3.1983 in München, Journalist und Rundfunkredakteur, 1946-1949 Pressechef der CSU, u.a. Lizenzträger der "Bayerischen Rundschau", 1950-1957 Chefredakteur der "Bayerischen Staatszeitung", seit 1957 leitender Redakteur beim Bayerischen Rundfunk, 1971-1975 Leiter der Abteilung Politik beim Bayerischen Rundfunk.

Mayr, Karl Sigmund

Geb. 3.5.1906 in Nürnberg, gest. 28.6.1978 in Nürnberg, ev., Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, 1946 Mitbegründer der CSU im Stadt- und Landkreis Fürth, 1946-1952 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Mittelfranken, 1950-1953 stellvertretender Landesvorsitzender der CSU, 1955-1957 2. Landesschatzmeister der CSU, 1946-1953 und 1955-1957 Mitglied des Landesvorstands sowie 1950-1953 und 1955-1957 Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU, 1946 MdVLV (CSU), 1948/1949 MdPR (CSU).

McNarney, Joseph T.

1893-1972, US-amerikanischer General, vor Beginn des Zweiten Weltkriegs Chef der Abteilung für Kriegsplanung im Generalstab, 1941 Leiter der Reorganisation des Generalstabs, 1944 Stellvertreter des britischen Feldmarschalls Alexander in Italien. - 1945 Nachfolger Eisenhowers als Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte in Europa, gleichzeitig Gouverneur der US-Zone und Mitglied im Alliierten Kontrollrat, 1947 leitender Delegierter der USA im Militärausschuß der UNO.

Meier, Heinrich

Geb. 2.5.1898 in Nürnberg, gest. 31.8.1972, ev., nach Besuch der Handelshochschule Kaufmann und Prokurist. - Seit 1945 im Verwaltungsdienst, leitender Verwaltungsangestellter bei der Gemeinde Georgensgmünd, Mitbegründer der CSU in Georgensgmünd, 1953-1965 Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Schwabach, 1946-1966 Kreisrat (CSU) in Schwabach und seit 1960 Vorsitzender der CSU-Kreistagsfraktion, Mitglied des Kreis-ausschusses, seit 1952 stellvertretender Landrat in Schwabach, seit 1953 Bezirksrat (CSU)

für Mittelfranken, Delegierter zum Landesausschuß der CSU, 1950 Kandidat (CSU) für die Landtagswahl, 1954-1958 und 1961/1962 MdL (CSU).

Meinzolt, Hans

Geb. 27.10.1887 in Bächingen/Schw., gest. 1967, ev., Jurastudium in Erlangen und Berlin, Promotion zum Dr. jur., Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1919/1920 Assessor beim Bezirksamt Sulzbach, 1920-1930 Regierungs-, dann Oberregierungsrat im Bayerischen Kultusministerium, 1930-1932 Landrat in Kirchheimbolanden/Pfalz, 1933-1945 Oberkirchenrat und Vizepräsident des Evangelisch-Lutherischen Landeskirchenrats in München, 1934 vorübergehend entlassen, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - 1946 Mitglied des Landesvorstands der CSU, später parteilos, im Juni 1945 zum Staatsrat ernannt, 1945/1946 und 1954-1957 Staatssekretär im Bayerischen Kultusministerium, 1947-1959 Präsident der Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Kirche Bayerns, seit 1948 Honorarprofessor an der TH München, 1955 Ehrendoktorwürde der Universität Erlangen.

Meiser, Hans

Geb. 16.2.1881 in Nürnberg, gest. 8.6.1956 in Nürnberg, ev., Studium in München, Erlangen, Berlin und Halle, 1904 theologische Aufnahmeprüfung in Ansbach, 1905-1910 Vikar in Weiden, Haßfurt und Würzburg, 1911-1915 Geistlicher beim Landesverein für Innere Mission in Nürnberg, Redakteur der "Blätter für Innere Mission", 1915-1922 Pfarrer in München, 1922-1928 Direktor des evangelisch-lutherischen Predigerseminars in Nürnberg, 1928-1933 Oberkirchenrat in München, 1933-1955 Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, 1934 aus politischen Gründen kurzzeitig abberufen, jedoch nach Widerstand und Protesten der Gemeinden wieder eingesetzt. - 1949-1955 leitender Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands.

Meisner, Michael

Geb. 5.11.1904 in Würzburg, kath., Rechtsanwalt, Juli 1945-1949 Landrat in Würzburg, im Sommer 1946 auch Oberbürgermeister von Würzburg, Mitglied der Wählergemeinschaft Wiederaufbau Würzburg, seit 1949 Verleger und Mitinhaber des Mainpresse-Verlags sowie Herausgeber der "Main-Post".

Meissinger, Karl August

Geb. 30.4.1883 in Gießen, ev., 1902-1912 Studium der ev. Theologie, Philosophie, Germanistik, Geschichte und orientalischen Sprachen, 1923-1933 im höheren Schuldienst in Frankfurt am Main, nach 1933 entlassen, seitdem freier Schriftsteller. - 1946 Mitglied des Kunstausschusses der CSU, seit 1945 führendes Mitglied der Una-Sancta-Bewegung, seit 1947 Vorsitzender des Instituts für Reformationsforschung, München.

Meixner, Georg

Geb. 26.7.1887 in Ebensfeld/Ofr., gest. 28.10.1960 in Bamberg/Ofr., kath., 1906-1910 Studium der kath. Theologie und der Philosophie in Bamberg, 1910 Priesterweihe, danach in der Seelsorge tätig, seit 1919 Landessekretär des katholischen Pressevereins in Bayern und Redakteur des Sonntagsblattes "Sonntagsfriede" in Nürnberg, 1923 Leiter des St. Otto Verlages, Redakteur beim "Bamberger Volksblatt", 1932/1933 MdL (BVP), nach 1933 Rückzug aus der aktiven Politik, 1937 aus politischen Gründen seiner Ämter enthoben, in der Seelsorge tätig, seit 1941 Domkapitular in Bamberg. - Nach 1945 CSU-Mitglied, 1951-1958 Mitglied des Landesvorstands und des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU,

1946-1958 MdL (CSU), 1951-1958 Vorsitzender der CSU-Landtagsfraktion, Chefredakteur und Herausgeber des "Bamberger Volksblattes", Vorstand des erzbischöflichen Seelsorgeamts und Diözesanpräses des Katholischen Werkvolks in Bamberg, päpstlicher Hausprälat.

Melchner, August

Geb. 2.11.1899 in München, gest. 10.11.1967, kath., nach Besuch der Handelshochschule Wirtschaftsprüfer und Steuerberater. - Mitbegründer der CSU und 1945-1949 Vorsitzender des CSU-Kreisverbands München-Land, 1945-1948 2. Bürgermeister von Unterhaching, 1946 MdVLV (CSU), 1949/1950 MdL (CSU), Vorsitzender des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Bayern und stellvertretender Vorsitzender des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Düsseldorf.

Messmer, Josef Eduard

Geb. 7.2.1907 in Saarbrücken, gest. 21.6.1961, kath., Bankangestellter, vor 1933 Finanzberater der Deutschen Kolpingfamilie in Köln, nach 1933 im Widerstand, 1939 verhaftet. - Zunächst Mitglied der BHKP, dann bis November 1946 CSU-Mitglied, 1947 Ministerialrat und Leiter der Abteilung VI (Internierungs- und Arbeitslager) im Bayerischen Staatsministerium für Sonderaufgaben, 1948 von Joseph Baumgartner mit der Sammlung von Spendengeldern für die BP beauftragt.

Meyer-Spreckels, Elisabeth

Geb. 29.10.1890 in Dresden, gest. 25.5.1974, ev., Studium der Chemie, Physik und Mathematik, Leistungsstipendium an der Frauenuniversität Bryn-Mawr, Pennsylvania/USA, 1915 Staatsexamen für Nahrungsmittelchemie, 1916 Promotion zum Dr. phil., Assistentin am Chemischen Institut der TH Dresden, 1916-1918 am Chemischen Institut der Stadt Dresden und 1918-1922 am Chemischen Institut der Universität Halle, 1922 Heirat und Ende der akademischen Laufbahn. - Nach 1945 CSU-Mitglied, 1946-1951 Mitglied des Landesvorstands und 1946-1950 Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU, 1947 Mitbegründerin der Arbeitsgemeinschaft der Frauen in der CSU und deren stellvertretende Vorsitzende, 1948 stellvertretende Vorsitzende der Frauenarbeitsgemeinschaft der CDU/CSU, 1946 MdVLV (CSU), Mitwirkung im politischen Beirat des Bayerischen Staatsministeriums für Sonderaufgaben, 1948-1952 Stadträtin (CSU) in Fürth und Vorsitzende der CSU-Stadtratsfraktion, 1951-1967 Landesvorsitzende des Deutschen Evangelischen Frauenbundes in Bayern, Mitglied des Deutsch-Amerikanischen Beratenden Ausschusses, zeitweise in dessen Vorstand, Mitglied des International Council for Christian Leadership, stellvertretende Vorsitzende der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit und deren Ehrenmitglied, 2. Vorsitzende der Dachorganisation der protestantischen Frauenverbände in Bayern, Mitglied des Vorstands der Inneren Mission Fürth, 1960 auf Einladung der US-Regierung sechsmonatige Informations- und Studienreise in die USA.

Michel, Franz

Geb. 27.5.1908 in Landsberg am Lech/Obb., gest. 25.9.1989 in München, kath., kaufmännische Ausbildung, danach Tätigkeit in verschiedenen Firmen, Gründung einer Eisenwarengroßhandlung, 1939-1944 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - Mitbegründer der CSU im Landkreis Landsberg, Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Landsberg, 1949/1950 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1946-1958 MdL (bis 1956 CSU, dann fraktionslos), 1956 aus der CSU ausgeschlossen.

Miesgang, Georg

Geb. 2.4.1920 in München, gest. 3.7.1987, kath., Arbeitsdienst und Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - 1947 Jurastudium in München, juristische Staatsprüfung, anschließend für eine Versicherungsgesellschaft tätig, seit 1949 beim Bayerischen Rundfunk, Rechtsanwalt in München und seit 1961 in Burghausen, 1946 Geschäftsführer des CSU-Bezirksverbands Oberbayern und Geschäftsführer der CSU-Landtagsfraktion, 1952 Kandidat für das Amt des 1. Bürgermeisters von Burghausen, 1966-1984 1. Bürgermeister von Burghausen, 1984-1986 Stadtrat (CSU) in Burghausen, seit 1966 Kreisrat (CSU) in Altötting, seit 1972 Mitglied des Vorstands des Bayerischen Städtetags und seit 1971 Mitglied in dessen Hauptausschuß, seit 1972 Obmann der kreisangehörigen Mitglieder des Bayerischen Städtetags für den Bezirk Oberbayern, Mitglied des Verwaltungs- und Rechtsausschusses und des Ausschusses für Umweltschutz im Bayerischen Städtetag, seit 1973 Vorsitzender des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands, seit 1982 Mitglied des Rundfunkrats des Bayerischen Rundfunks, stellvertretendes Mitglied im Bezirksplanungsbeirat für Oberbayern.

Mikolaschek, Paul

Geb. 18.6.1908 in Groß-Strehlitz/Oberschlesien, kath., 1922-1926 Lehre als Maschinenbauer, 1926-1928 Gesellenjahre, dann Weiterbildung an der Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung, Arbeitersekretär der Katholischen Arbeiter- und Männervereine in Gleiwitz, vor 1933 Mitglied der Windthorst-Bünde und des Zentrums, Kreisvorsitzender in Groß-Strehlitz und Bezirksvorsitzender in Oberschlesien, nach 1933 in kirchlichen Kreisen engagiert. - Nach 1945 Vorsitzender der Union der Vertriebenen im Bezirk Oberfranken, Stadtrat (CSU) in Forchheim und 1966-1978 Vorsitzender der CSU-Stadtratsfraktion, Leiter der Außenstelle Forchheim des Arbeitsamts Bamberg.

Miller, Walther von

Geb. 17.2.1894 in München, gest. 16.9.1978 in München, kath., Sohn Oskar von Millers, Studium der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, 1921 Promotion zum Dr. jur. et rer. pol., Teilnahme am Ersten Weltkrieg, nach Kriegsende zunächst in der Industrie tätig, seit 1925 Rechtsanwalt und juristischer Berater des Ingenieurbüros Oskar von Miller GmbH in München. - Mitbegründer der CSU und 1945/1946 Mitglied des Vorläufigen Landesausschusses der CSU, am 11.10.1945 zu einem der beiden Vorsitzenden des vorbereitenden Ausschusses der CSU in München gewählt, seit Oktober 1945 Stadtrat (CSU) in München, 1949-1956 2. Bürgermeister von München.

Miltenberger, Hermann

Geb. 30.3.1900 in Ochsenfurt/Ufr., gest. 27.11.1968, kath., nach dem Ende des Ersten Weltkriegs Berufssoldat, zuletzt in der Verwaltung des Würzburger Standortlazarets tätig, vor 1933 BVP-Mitglied, 1933 aus seiner Stellung ausgeschieden und in Würzburg als Mesner tätig, 1939-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg als Sanitätsoffizier, amerikanische Kriegsgefangenschaft. - 1945 bei der Regierung von Unterfranken angestellt, seit 1946 Geschäftsführer des Regierungsbezirks Unterfranken, Mitbegründer der CSU in Würzburg und Unterfranken, Schatzmeister des CSU-Bezirksverbands Unterfranken, Mitglied der Bundesversammlung.

Molotow, Wjatscheslaw Michailowitsch

1890-1986, sowjetischer Politiker, 1921-1957 Mitglied des Zentralkomitees der KPdSU, 1926-1957 Mitglied des Politbüros der KPdSU, 1930-1941 Vorsitzender des Rats der Volkskommissare, 1939-1949 und 1953-1956 Außenminister.

Montgelas, Gräfin Anna Maria Gabrielle (Amia)

Geb. 7.6.1908 in München, gest. 12.4.1970, kath., Ausbildung in Rechnungswesen und Betriebsführung, seit dem Zweiten Weltkrieg Leitung des familieneigenen Gutsbetriebs in Egglkofen. - Mitbegründerin der CSU, 1956-1960 Kreisrätin (CSU) in Vilsbiburg, 1961-1967 Bezirksvorsitzende der Frauenunion Niederbayern.

Morgenthau, Henry

1891-1967, US-amerikanischer Politiker, 1931 von Roosevelt zum Präsidenten des beratenden Landwirtschaftsausschusses für den Staat New York berufen, 1933 zunächst Vorsitzender des Federal Farm Board, dann Unterstaatssekretär im Schatzamt, 1934-1945 Finanzminister.

Mostar, Gerhart Hermann

1901, Lehrer, Redakteur und Schriftsteller, 1933-1945 Emigration, seine Bücher waren in Deutschland verboten und wurden verbrannt. - Nach 1945 Schriftsteller und Radio-Kommentator, 1962 Mitglied des PEN-Zentrums der Bundesrepublik Deutschland.

Motzet, Josef

Geb. 19.7.1889 in Ingolstadt/Obb., gest. 1.2.1952 in Ingolstadt/Obb., kath., Eisenbahnarbeiter, später Reichsbahnbeamter, vor 1933 BVP-Mitglied, März-Juni 1933 Stadtrat (BVP) in Ingolstadt. - Nach 1945 CSU-Mitglied, 2. Vorsitzender und Geschäftsführer des CSU-Kreisverbands Ingolstadt, 1946-1952 Stadtrat (CSU) in Ingolstadt.

Müller, Hans

Geb. 25.6.1884 in Trier, gest. 19.4.1961, kath., Studium der Rechts- und Finanzwissenschaften sowie der Nationalökonomie in Bonn, Freiburg i.Br. und München, 1910 Promotion zum Dr. jur. et rer. pol., 1911 Gerichtsassessor, 1912 Stadtassessor im Verwaltungsdienst, 1913-1918 Regierungsassessor bei der preußischen Finanzverwaltung, 1919-1926 Vorsteher der Finanzämter Mühlheim an der Ruhr und Düsseldorf, 1927-1933 Präsident der Oberfinanzdirektion Karlsruhe, 1933-1945 Reichsrichter beim Reichsfinanzhof. - 1945-1951 Staatsrat und Staatssekretär im Bayerischen Finanzministerium, 1951-1955 Leiter des Bundesfinanzhofes, 1946-1950 Mitglied des Landesvorstands der CSU.

Müller, Heinrich

1900, SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei, nach dem Ersten Weltkrieg bei der bayerischen politischen Polizei, NSDAP-Mitglied, 1939-1945 Chef des Amts IV (Gestapo) im Reichssicherheitshauptamt, Schicksal bei Kriegsende ungeklärt.

Müller, Josef

Geb. 27.3.1898 in Steinwiesen/Ofr., gest. 12.9.1979 in München, kath., 1916/1917 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1919-1923 Studium der Rechtswissenschaften und der Volkswirtschaft in München, 1925 Promotion zum Dr. oec. publ., 1927 juristisches Assessor-examen, danach Rechtsanwalt in München, BVP-Mitglied, nach 1933 wiederholt vorübergehend verhaftet, bis 1939 juristischer und wirtschaftlicher Berater kirchlicher Kreise, 1939 als Offizier zur Abwehr einberufen, führte im Auftrag der Militäropposition Verhandlungen mit der englischen Regierung durch Vermittlung des Vatikans, im April 1943 verhaftet, vom Reichskriegsgericht von der Anklage des Hochverrats freigesprochen, dennoch weiterhin in verschiedenen Gefängnissen und KL in Haft. - 1945 von amerikanischen

Truppen befreit, Mitbegründer der CSU, am 17.12.1945 Vorsitzender des Vorläufigen Landesausschusses der CSU, am 8.1.1946 vorläufiger Landesvorsitzender der CSU, 1946-1949 Landesvorsitzender der CSU, 1946-1960 und 1963-1968 Mitglied des Landesvorstands sowie 1946-1949 und 1963-1965 Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU, 1946 Vorsitzender des Staatspolitischen Ausschusses und stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses der CSU für Zwischenstaatliche Beziehungen, 1952-1960 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands München, seit März 1947 Mitglied des Vorstands der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU, seit März 1947 Mitglied des Parlamentarischen Rats des Länderrats der US-Zone, 1947-1952 Bayerischer Justizminister, 1947-1950 stellvertretender Ministerpräsident, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1962 MdL (CSU), 1960 Kandidat der CSU bei der Münchner Oberbürgermeisterwahl.

Muhler, Emil

Geb. 21.4.1892 in München, gest. 19.2.1963 in München, kath., Teilnahme am Ersten Weltkrieg, Studium der kath. Theologie, Philosophie und Volkswirtschaft in München, Innsbruck und Berlin, 1919 Priesterweihe, 1923 Promotion zum Dr. oec. publ., seit 1919 Kaplan in Dachau, seit 1924 Stadtpfarrer in München, erzbischöflicher Dekan, päpstlicher Hausprälat, Honorarprofessor an der Universität München, BVP-Mitglied, 1930-1933 Stadtrat (BVP) in München, nach 1933 mehrfach verhaftet. - Mitbegründer der CSU, 1946-1963 Mitglied des Landesvorstands und des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU, 1946 Vorsitzender des Kulturpolitischen Ausschusses der CSU, 1947-1963 MdS.

Muller, Walter J.

1895-1967, US-amerikanischer General, 1944/1945 Stabschef der 3. US-Armee, 1945-1947 Direktor der amerikanischen Militärregierung für Bayern (OMGBY).

Murphy, Robert Daniel

1894-1978, US-amerikanischer Diplomat, 1943/1944 US-Bevollmächtigter in Algerien, Mitglied des Alliierten Rats für Italien, 1944 diplomatischer Berater Eisenhowers im Range eines Gesandten. - 1945-1949 Vertreter des State Department in Deutschland, 1949 Botschafter in Belgien, 1952 Botschafter in Tokio, 1953 stellvertretender Staatssekretär für UN-Angelegenheiten, 1954-1959 stellvertretender Unterstaatssekretär für politische Angelegenheiten im State Department.

Nassarow, P.F.

Oberstleutnant/Oberst und Chef der Abteilung/Referat Politische Parteien bei der Verwaltung für Propaganda und Zensur (später Verwaltung für Informationen) der SMAD.

Naumann, Johann Wilhelm

Geb. 9.7.1897 in Köln, kath., kurzzeitig Studium der Philosophie, Geschichte, Volkswirtschaft und Literaturwissenschaft, Teilnahme am Ersten Weltkrieg, seit 1920 Redakteur und Verlagskaufmann, seit 1928 Redakteur der "Neuen Augsburgers Zeitung", nach 1933 zunächst Verlagsangestellter, dann Vertreter, vorübergehend arbeitslos, seit 1937 Sekretär der päpstlichen Missionswerke. - 1945 Lizenzträger der "Schwäbischen Landeszeitung" in Augsburg sowie 1946-1951 Herausgeber und Chefredakteur der Zeitschrift "Neues Abendland", seit 1948 Lizenzträger, Herausgeber und Chefredakteur der "Augsburger Tagespost", 1945-1949 Vorsitzender des Vereins Bayerischer Zeitungsverleger, 1946-1949 Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Verlegerverbände der US-Zone, 1947 Mitbegründer des Bundes deutscher Föderalisten.

Nawiasky, Hans

Geb. 24.8.1880 in Graz, gest. 11.8.1961 in St. Gallen, kath., Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Wien und Berlin, seit 1903 im österreichischen Staatsdienst, 1910 Habilitation, dann Privatdozent, 1913 Titularprofessor, 1914 zum außerordentlichen Professor berufen, Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1922-1933 Professor an der Universität München, 1928-1930 Mitglied des Verfassungsausschusses der Länderkonferenzen, seit 1932 Vertreter Bayerns beim Staatsgerichtshof, 1933 aus dem Staatsdienst entlassen und Emigration in die Schweiz, Professor an der Handelshochschule St. Gallen. - Nach 1945 erneut Professor in München, 1946 als Berater maßgeblich an der Entstehung der bayerischen Verfassung beteiligt, 1947/1948 Teilnehmer an Tagungen des Ellwanger Kreises, 1948 Sachverständiger für den Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee.

Neckermann, Adalbert

Geb. 9.7.1890 in Schnepfenbach/Ufr., gest. 4.11.1970, kath., Studium der Forstwissenschaft in München, Teilnahme am Ersten Weltkrieg und zweijährige Kriegsgefangenschaft, nach seiner Entlassung in den bayerischen Staatsdienst übernommen und in Ansbach, Heildorsberg, Augsburg und Lauterecken tätig, 1938-1949 Forstmeister und Leiter des Forstamts Kleinwallstadt, 1944/1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - Mitbegründer und Vorsitzender der CSU im Landkreis Obernburg am Main, seit 1946 Kreisrat (CSU) in Obernburg am Main, 1946 MdVLV (CSU), im Dezember 1948 Austritt aus der CSU, dann BP-Mitglied, 1949 Kandidat (BP) für die Bundestagswahl, seit 1949 Leiter des Forstamts Aschaffenburg.

Nell-Breuning, Oswald von

1890-1991, kath. Theologe und Sozialwissenschaftler, seit 1911 Mitglied des Jesuitenordens, 1921 Priesterweihe, Studium der kath. Theologie, Volkswirtschaft und Sozialwissenschaften, seit 1928 Dozent an verschiedenen Hochschulen, 1931 maßgeblich an der Formulierung der Enzyklika "Quadrogesimo anno" beteiligt, 1936-1945 Schreib- und Publikationsverbot. - 1949-1965 Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsministerium.

Nemitz, Fritz

Geb. 29.3.1892 in Lauenburg/Pommern, kath., Studium der Kunstgeschichte, Germanistik und Philosophie in München, Prag, Berlin und Rostock, 1922 Promotion zum Dr. phil., bis 1932 Kunstkritiker bei "Das Kunstblatt" und bei der "Täglichen Rundschau" in Berlin, dann beim "Berliner Tageblatt". - 1946 Mitglied des Kunstausschusses der CSU, seit 1948 bei der "Süddeutschen Zeitung", Korrespondent der "Welt" und der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung".

Nentwig, Georg

Geb. 12.11.1906 in Kreuzburg/Oberschlesien, kath., Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Freiburg i.Br. und Breslau, 1930 1. juristische Staatsprüfung, 1934 große Staatsprüfung für den Jusitz- und Verwaltungsdienst, 1934-1938 Gerichtsassessor, 1933 SA-Anwärter, seit 1936 bei der Wehrmachtsjustiz, 1938 Kriegsgerichtsrat, Oberkriegsgerichtsrat, 1943 Oberfeldrichter, amerikanische Kriegsgefangenschaft. - 1946-1948 Mitarbeiter der Landesgeschäftsstelle der CSU, Geschäftsführer des Landesflüchtlingsausschusses beim Landesvorstand der CSU, 1948 Abteilungsleiter im Bayerischen Staatssekretariat für das Flüchtlingswesen, 1949 stellvertretender Leiter des Landeszuzugsamts, 1949 Ober-

regierungsrat, 1955 vom Bayerischen Innenministerium in das Bayerische Arbeitsministerium versetzt und zum Regierungsdirektor befördert, zuletzt Senatspräsident am Bayerischen Landessozialgericht.

Nerretter, Paul

Geb. 5.2.1905 in Nürnberg, gest. 20.4.1981, ev., zunächst Studium der Forstwissenschaft, dann Jurastudium in München und Erlangen, 1927 1. juristische Staatsprüfung, 1930 2. juristische Staatsprüfung und Promotion zum Dr. jur., danach Rechtsanwalt in Nürnberg, 1933-1935 SA-Mitglied, 1935 aus der SA ausgeschlossen, 1937-1945 Wehrdienst und Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - Mitbegründer der CSU in Nürnberg und Mittelfranken, 1946 Mitglied des Ausschusses der CSU für Zwischenstaatliche Beziehungen, 1951-1958 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1946 Landrat in Uffenheim, 1948/1949 Stadtrat (CSU), Kreisrat (CSU) und stellvertretender Landrat in Feuchtwangen, 1949-1951 Landrat in Rothenburg ob der Tauber, 1951-1954 Staatssekretär im Bayerischen Innenministerium, 1954-1958 MdL (CSU), Mitglied der Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern und Vorsitzender des Rechtsausschusses der Synode, Mitglied des Hauptausschusses des Evangelischen Hilfswerks, 1954-1968 Rechtsanwalt in München.

Neuhäusler, Johannes

Geb. 27.1.1888 in Eisenhofen/Obb., gest. 14.12.1973 in München, kath., Studium der kath. Theologie in Freising und München, 1913 Priesterweihe, anschließend als Priester in der Seelsorge und als Präses Katholischer Gesellenvereine tätig, 1918-1933 Generalsekretär des Ludwig-Missions-Vereins in Bayern, Mitbegründer des Missionsärztlichen Instituts in Würzburg, 1932 Domkapitular in München-Freising, seit 1933 Referent für kirchenpolitische Angelegenheiten bei Kardinal Faulhaber, 1941-1945 in verschiedenen Gefängnissen und KL inhaftiert. - seit 1947 Weihbischof, Titularbischof von Calydonien, 1955 Dompropst, 1956-1972 Propst des Metropolitankapitels in München, 1968-1972 Regionalbischof der Region Nord des Erzbistums München und Freising, 1947 Ehrendoktorwürde der Universität München.

Neumann, Ferdinand

Geb. 24.4.1911 in Konnersreuth/Opf., kath., Schneiderlehre, Abitur auf dem zweiten Bildungsweg, dann Studium der Philosophie, im März 1939 aus politischen Gründen verhaftet, bei Kriegsbeginn entlassen und bis 1945 dienstverpflichtet. - Nach 1945 Betriebsleiter in Neusorg, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV, 1946-1950 MdL (CSU).

Niemöller, Martin

1892-1984, ev. Seelsorger und Theologe, U-Boot-Kommandant im Ersten Weltkrieg, 1931-1937 Pfarrer in Berlin-Dahlem, führendes Mitglied der Bekennenden Kirche, 1937 verhaftet, 1938 zu sieben Monaten Festungshaft verurteilt, nach seiner Entlassung erneut verhaftet und bis 1945 in mehreren KL. - 1947-1964 Präsident der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Hessen-Nassau, 1948-1955 Mitglied des Rats der EKD, 1961-1967 Mitglied des Weltkirchenrats.

Nientimp, Hans

Geb. 12.11.1884 in Stenern/Rheinland, gest. 7.4.1947 in Rehau/Ofr., kath., Studium in Münster und Kiel, 1911-1913 Sekretär des Zentrums, 1913/1914 und seit 1919 Verbandsyndikus, 1914/1915 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1915-1918 Kriegsgefangenschaft,

seit 1919 Stadtverordneter (Zentrum) in Bochum, seit 1926 Stadtverordnetenvorsteher, 1924-1930 MdR (Zentrum), April 1933-März 1934 in Haft, vorübergehend stellungslos, dann Vertreter und Arbeiter, seit 1942 Kaufmann, im August 1944 nach Rehau überwiesen. - Nach 1945 CSU-Mitglied, 1946/1947 Stadtrat (CSU) in Rehau.

Niklas, Wilhelm

Geb. 24.9.1887 in Traunstein/Obb., gest. 12.4.1957 in München, Studium der Agrarwissenschaft, Tiermedizin und Volkswirtschaft in München, Promotion, Approbation als Tierarzt, Diplolandwirt, 1913 Assistent an der tierärztlichen Fakultät und Vorstand des Tierzuchtamts in Traunstein, 1915 Referent im Bayerischen Innenministerium, 1916-1925 Ministerialrat im Reichsernährungsministerium, anschließend Ministerialdirigent im Bayerischen Landwirtschaftsministerium, nach 1933 aus politischen Gründen entlassen und bis 1945 Leiter verschiedener Gutsverwaltungen. - Nach 1945 CSU-Mitglied, 1949-1953 Mitglied des Landesvorstands der CSU, Staatsrat und März-Dezember 1946 Staatssekretär im Bayerischen Landwirtschaftsministerium, 1948/1949 stellvertretender Direktor der Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Vereinigten Wirtschaftsgebiets seit 1948 Mitglied des Verwaltungsrats der Kreditanstalt für Wiederaufbau, 1949-1953 Bundesernährungsminister, 1951-1953 MdB (CSU), Mitbegründer des BBV, seit 1947 ordentlicher Professor und Direktor des Instituts für Tierzucht der Universität München.

Nirschl, Josef

Geb. 24.2.1901 in Deggendorf/Ndb., gest. 9.1.1985, kath., Elektroinstallateur, Betriebsmonteur in Deggendorf, Fortbildung an der staatlichen Elektrofachschule in Köln, Mitglied des Katholischen Gesellenvereins, auf Wanderschaft in Deutschland, Österreich, Holland und der Tschechoslowakei, 1923 Meisterprüfung, Gründung eines Unternehmens in Deggendorf, 1936 Ingenieur-Examen in Berlin, 1926-1933 Vorsitzender des Verbands niederbayerischer Elektrofirmen, 1933 aller Ehrenämter enthoben, 1939-1943 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg, im November 1944 vom Volksgerichtshof wegen Hochverrats zum Tode verurteilt, Haft in den Zuchthäusern München-Stadelheim und Straubing, Flucht während des Todesmarsches nach Dachau im April 1945. - Nach 1945 Stadtrat (CSU) und Kreisrat (CSU) in Deggendorf, 1946-1950 MdL (CSU), stellvertretender Präsident der Handwerkskammer von Niederbayern.

Nostitz, Gottfried von

1902, Diplomat, seit 1927 im Auswärtigen Amt, 1930-1933 Attaché in Belgrad, 1934-1938 Legationssekretär in Wien, 1940-1945 Konsul in Genf, im Widerstand gegen den Nationalsozialismus aktiv. - 1953-1957 Botschaftsrat in Den Haag, seit 1957 Generalkonsul in Sao Paulo, dann Botschafter in Chile.

Nothaft, Alfons

Geb. 13.2.1901 in Deggendorf/Ndb., gest. 13.4.1978, kath., Zeitungsverleger und Buchdruckerei-Besitzer, 1945 vorgesehen als Mitglied des Presseausschusses der CSU.

Nüssel, Adam

Geb. 17.4.1897 in Hohenknoden/Ofr., gest. 25.9.1962, ev., Besuch der Landwirtschaftsschule in Wunsiedel, Landwirt, 1916-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, in der Weimarer Republik als wirtschaftspolitischer Vertreter im bäuerlichen Verbandswesen tätig, nach 1933 mehrmals vorübergehend verhaftet. - 1945 Bürgermeister, Kreisrat und Vorsit-

zender des Kreistags, Landrat in Bayreuth, Vorsitzender der Molkereigenossenschaft Bayreuth, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1950 MdL (CSU).

Oefele, Armin Freiherr von

Geb. 10.4.1909 in La Brenta/Sumatra, kath., Studium der kath. Theologie, 1938 Priesterweihe, seit Juli 1938 Studienurlaub, 1940 Kooperator und Religionslehrer an der staatlichen Meisterschule für Keramik und an der Kreisackerbauschule. - Seit 1946 CSU-Mitglied, seit Januar 1946 Aushilfspriester in Landshut, Mai-Juli 1948 Pfarrprovisor in Landshut, ca. 1950 Aufgabe des Priesterberufes, später Rechtsanwalt (Dr. jur.) im genealogischen Verein.

Oesterle, Joseph

Geb. 14.4.1899 in Weißenberg/Schw., gest. 31.8.1959 in München, kath., 1917-1920 Teilnahme am Ersten Weltkrieg und Lazarettaufenthalt, anschließend Studium und 1924 Promotion zum Dr. oec. publ., 1925-1933 stellvertretender Generalsekretär der BVP, seit 1934 Vorstand der Verlagsanstalt Buch- und Kunstdruckerei Manz AG, 1939-1944 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - Seit 1946 Präsident des Bayerischen Landesamts für Vermögensverwaltung, 1953-1957 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1949-1959 MdB (CSU).

Olbricht, Friedrich

1888-1944, Berufsoffizier (General der Infanterie), Teilnahme am Ersten Weltkrieg als Regimentsadjutant und Generalstabsoffizier, Übernahme in die Reichswehr, 1926 in die Heeresstatistische Abteilung des Truppenamts berufen, 1933 Stabschef einer Infanteriedivision, 1935 Stabschef des IV. Armee korps, 1938-1940 Kommandeur der 24. Infanteriedivision, als Chef des Allgemeinen Heeresamts im Oberkommando des Heeres führend am Attentat des 20. Juli 1944 beteiligt, am Abend des 20. Juli 1944 in Berlin erschossen.

Ortloph, Klement

Geb. 21.5.1890 in München, gest. 24.9.1973 in Regensburg, kath., Kreisackerbauschule in Triesdorf, anschließend Praktikant in landwirtschaftlichen Betrieben, 1907-1919 Mitglied der Landesanstalt für Pflanzenbau und Pflanzenschutz in München, 1914-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, nach Kriegsende Bezirksackerbaumeister in Ingolstadt und Verwalter der Güter Holzen und Nannhofen, seit 1920 Mitglied der Bezirksbauernkammer Ingolstadt, 1924-1933 Bezirksgeschäftsführer des BBMB, Chefredakteur der "Regensburger Allgemeinen Zeitung", seit 1933 freiberuflicher Steuer- und Wirtschaftsberater. - Mitbegründer der CSU, 1946 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Oberpfalz, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1958 MdL (CSU), Vorsitzender des landwirtschaftlichen Landes schulbeirats.

Osborne, Sir Francis D'Arcy Godolphin

1884, britischer Diplomat, 1931-1935 Botschafter in Washington, 1936-1947 Botschafter beim Vatikan.

Oster, Achim

Geb. 20.2.1914 in Dresden, gest. 2.3.1983 in Dachau/Obb., ev., Sohn Hans Osters, 1933 Offiziersanwärter bei der Reichswehr, 1942 Ausbildung zum Generalstabsoffizier, 1944 Generalstabsoffizier im Stab der 1. Panzerdivision, nach dem 20. Juli 1944 dieses Postens enthoben, bei Kriegsende 1945 Major und Regimentskommandeur. - Nach Entlassung aus

amerikanischer Kriegsgefangenschaft 1946-1948 Sekretär in der Landesgeschäftsstelle der CSU, 1948/1949 Geschäftsführer beim Sozialen Helferring in Augsburg, 1950 Volontär in der kaufmännischen Abteilung des "Münchner Merkur", dann Referent bei der Dienststelle Blank und Referatsleiter im Bundesverteidigungsministerium, 1956 als Oberstleutnant in die Bundeswehr übernommen, nach einem Truppenkommando 1957-1963 Militärattaché in Madrid, 1960 Beförderung zum Oberst, 1964/1965 im Stab der 12. Panzerdivision, 1965 Korps-Artilleriekommandeur 2, 1966/1967 Brigadegeneral beim Kommando der alliierten Streitkräfte Europa-Mitte, 1968-1971 stellvertretender Kommandeur des NATO-Defence-College, 1971-1973 Generalmajor und Befehlshaber des Wehrbereichskommandos IV.

Oster, Hans

1888-1945, Berufsoffizier (Generalmajor), seit 1933 im Reichswehrministerium tätig, Chef der Zentralabteilung der Abwehr und Stabschef der Abwehr unter Admiral Canaris, führendes Mitglied des militärischen Widerstandes gegen das NS-Regime, nach dem 20. Juli 1944 verhaftet und im April 1945 im KL Flossenbürg hingerichtet.

Ostermaier, Josef

Geb. 10.12.1877 in Wolznach/Obb., gest. 23.1.1962 in München, Autodroschkenbesitzer, Vorsitzender des Landesverbands für Kraftdroschken- und Mietautounternehmen Bayerns, Vorsitzender der Innung und Genossenschaft der Droschkenunternehmer Münchens, 1925-1933 Stadtrat (BVP) in München. - Nach 1945 CSU-Mitglied und 2. Vorsitzender eines Münchner Ortsverbands, 1947/1948 Stadtrat (CSU) in München.

Ostwald, Bernhard

Geb. 4.4.1886 in Essen, gest. 17.2.1969, kath., Kaufmann, nach 1945 Besitzer einer Schuhfabrik in Rehau, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV, 1952-1958 Landrat in Rehau.

Ott, Anton

Geb. 25.8.1912 in Augsburg, kath., kaufmännische Lehre und Weiterbildung zum Bilanzbuchhalter und Helfer in Steuersachen, 1948 vereidigter Buchprüfer, 1964 Wirtschaftsprüfer, vor 1933 in der katholischen Jugendbewegung engagiert, 1940-1945 Kriegseinsatz in der Augsburger Industrie. - Mitbegründer der CSU, 1946-1948 Vorsitzender der JU Augsburg-Schwaben, 1968-1972 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Augsburg, 1968-1972 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1965-1972 MdB (CSU), 1948-1951 Gemeinderat (CSU) in Haunstetten, seit 1952 Stadtrat (CSU) in Augsburg und seit 1961 Vorsitzender der CSU-Stadtratsfraktion, 1974 Austritt aus der CSU.

Papen, Franz von

1879-1969, Berufsoffizier und Politiker, 1921-1928 und 1930-1932 MdL (Zentrum) in Preußen, 1933-1945 MdB (DNVP, dann NSDAP), 1932 Reichskanzler, 1933/1934 Vizekanzler, 1934-1938 Gesandter bzw. Botschafter in Wien, 1939-1944 Botschafter in Ankara. - 1946 im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß freigesprochen.

Papstmann, Hans

Geb. 15.8.1896 in Kronach/Ofr., gest. 31.12.1950, kath., Lehre als Schirrmacher, anschließend in verschiedenen rheinischen und badischen Städten tätig, aktive Mitarbeit in Gesellen- und Arbeitervereinen, Teilnahme am Ersten Weltkrieg, nach 1918 Gründung eines eigenen Geschäfts, BVP-Mitglied und Ortsvorsitzender der Bayernwacht. - Mitbe-

gründer und Kreisvorsitzender der CSU in Kronach, Landrat in Kronach, 1946 MdVLV, 1946-1950 MdL (CSU).

Patton, George Smith

1885-1945, US-amerikanischer General, 1942 Teilnahme an der alliierten Landung in Nordafrika als Befehlshaber der 1. US-Armee, 1943 Teilnahme an der alliierten Landung in Sizilien als Befehlshaber der 7. US-Armee, 1944 seines Kommandos enthoben, 1944/1945 als Befehlshaber der 3. US-Armee Teilnahme an der Besetzung Deutschlands. - 1945 Militärgouverneur in Bayern, im Herbst abberufen und Oberbefehlshaber der 15. US-Armee.

Petersen, Rudolf H.

1878-1962, Überseekaufmann, 1945/1946 Bürgermeister von Hamburg, CDU-Mitglied, Vorsitzender des Außenhandelsbeirats beim Bundeswirtschaftsministerium, Vizepräsident der Handelskammer Hamburg.

Pfeiffer, Anton

Geb. 7.4.1888 in Rhein Zabern/Pfalz, gest. 20.7.1957 in München, kath., seit 1907 Studium der neueren Philologie, Volkswirtschaft, Staatswissenschaften und Geschichte in München und Erlangen, 1910 und 1911 Lehramtsprüfung in englischer und französischer Philologie, 1913 Promotion zum Dr. phil., danach Tätigkeit im höheren Schuldienst, zuletzt Oberstudienrat, 1918-1933 Generalsekretär der BVP, 1928-1933 MdL (BVP), 1919-1927 Begründer und Herausgeber der Zeitschrift "Politische Zeitfragen", nach 1933 vorübergehend verhaftet, 1934-1945 im Schuldienst. - Mitbegründer der CSU, 1946-1950 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1946 Vorsitzender des Organisations- und Werbeausschusses, stellvertretender Vorsitzender des Informationsausschusses und Mitglied des Ausschusses der CSU für Zwischenstaatliche Beziehungen, Oktober 1945-Juli 1946 und Dezember 1946-1950 Staatssekretär und Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, Juli-Dezember 1946 Bayerischer Staatsminister für Sonderaufgaben, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1950 MdL (CSU), 1948/1949 MdPR (CSU) und Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion, seit 1945 Sonderbeauftragter Bayerns beim Länderrat der US-Zone, seit April 1947 Mitglied des Verwaltungsrats des Deutschen Büros für Friedensfragen, im August 1948 Vorsitzender des Verfassungskonvents auf Herrenchiemsee, 1950/1951 Generalkonsul in Brüssel, 1951-1954 Botschafter in Belgien.

Pfeuffer, Adolf

Geb. 16.4.1875 in Schernau/Ufr., gest. 8.4.1956, ev., Landwirt, seit 1912 Bürgermeister von Schernau, Vorsitzender des Bezirkstags Kitzingen, Kreisrat für Unterfranken, Landesökonomierat, Vorsitzender der Bezirksbauernkammer Kitzingen, Mitglied der Kreisbauernkammer Unterfranken und der Landesbauernkammer, Mitglied mehrerer landwirtschaftlicher Vereine und Interessenverbände, 1928-1932 MdL (DNVP). - Nach 1945 CSU-Mitglied, 1946 MdVLV (CSU), seit 1946 Landrat in Kitzingen.

Pflaum, Richard

Geb. 21.3.1884 in Augsburg, gest. 14.4.1951, ev., Verleger, 1906-1914 in England tätig, bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs Rückkehr nach Deutschland, 1918 Mitglied des Bayerischen Provisorischen Nationalrats, 1919 Gründung des Richard-Pflaum-Verlags in München, vor 1933 Herausgeber der Wochenzeitung "Welt am Sonntag". - Nach 1945 CSU-Mitglied, 1946-1949 Mitglied des Landesvorstands der CSU, im Januar 1946 Vorsitzender

des Informationsausschusses der CSU, 1946 2. Vorsitzender, nach der Absetzung Schäffers im April 1946 bis Dezember 1946 geschäftsführender Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands München, 1946-1949 Stadtrat (CSU) in München.

Pfleger, Franz Josef

Geb. 31.8.1872 in Pressath/Opf., gest. 4.2.1964 in Weiden/Opf., kath., 1891-1895 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in München, 1896 Promotion zum Dr. oec. publ., 1898 2. juristische Staatsprüfung, seit 1899 Rechtsanwalt in Weiden, 1900-1944 in einer eigenen Kanzlei, 1944 aus politischen Gründen zwangsweise in den Ruhestand versetzt, 1912-1918 und 1924-1933 MdR (bis 1918 Zentrum, dann BVP), nach 1933 politisch verfolgt, 1933 und 1944 vorübergehend verhaftet. - Im Mai 1945 von den amerikanischen Militärbehörden zum kommissarischen Oberbürgermeister von Weiden berufen, 1946-1948 gewählter Oberbürgermeister von Weiden, 1946 MdVLV (CSU).

Pflüger, Heinrich

Geb. 4.6.1908 in München, gest. 9.5.1968, kath., 1922-1925 Lehre im elektrotechnischen Handwerk und bis 1939 in seinem Beruf tätig, seit 1922 in der katholischen Jugendbewegung engagiert, danach im katholischen Arbeiterverband und bei den Christlichen Gewerkschaften, als Mitglied des monarchistischen Widerstandes in Bayern 1939 verhaftet und 1944 vom Volksgerichtshof wegen Hochverrats zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. - Nach 1945 bei der KZ-Betreuungsstelle München des BRK, 1946-1949 im Bayerischen Innenministerium (Staatskommissariat für politisch Verfolgte), 1949-1952 Vizepräsident des Bayerischen Landesentschädigungsamts, 1946 Mitbegründer des CSU-Ortsvereins in München-Milbertshofen, 1946/1947 Mitglied des Landesvorstands der CSU, seit 1953 Geschäftsführer des CSU-Bezirksverbands München, 1958-1968 MdL (CSU).

Philippi, Harry

Landwirt und Bankdirektor, 1942 verhaftet, 1944 im KL Buchenwald. - Nach 1945 zeitweilig Vorsitzender des Vereins der Verfolgten des Nationalsozialismus in Starnberg, öffentlicher Ankläger bei der Spruchkammer Starnberg.

Piechl, Josef

Geb. 14.9.1889 in Riedern/Obb., gest. 18.8.1961 in Mainburg/Ndb., kath., bis 1909 im landwirtschaftlichen Betrieb der Eltern tätig, 1912-1921 Staatsbeamter, 1914-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, seit 1921 Landwirt und Hopfenkaufmann, Bezirksrat in Mainburg, 1928-1932 MdL (BBMB), 1932/1933 MdR (Deutsche Bauernpartei), nach 1933 verhaftet und im Herbst 1933 vorübergehend untergetaucht. - Nach 1945 CSU-Mitglied, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1961 MdL (CSU), seit 1945 Landrat in Mainburg, Vorsitzender des Verbands deutscher Hopfenpflanzer und des Hopfenpflanzerverbands Hallertau, 2. Vorsitzender des europäischen Hopfenbaubüros, 2. Präsident des BBV in Niederbayern.

Piechler, Arthur

Geb. 31.3.1896 in Magdeburg, gest. 10.3.1974 in Landau an der Isar/Ndb., kath., Besuch der Akademie für Tonkunst in München, seit 1921 Konzertorganist, seit 1925 Domorganist in Augsburg, seit 1932 Kapellmeister der Basilika St. Ulrich und des Augsburger Oratorienvereins. - Seit 1945 Direktor des Augsburger Konservatoriums, 1946 Mitglied des Kunstausschusses der CSU.

Pieterrek, Hubert

Geb. 17.7.1912, kath., Studium der Tiermedizin und Promotion zum Dr. med.vet., Direktor des Schlachthofes in Würzburg, seit 1946 CSU-Mitglied und 1948 Delegierter zum Landesausschuß der CSU für den Bezirksverband Unterfranken.

Pittroff, Claus

Geb. 13.6.1896 in Stambach/Ofr., gest. 2.12.1958, ev., Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1919-1933 Volksschullehrer in Bad Berneck, 1919-1924 DDP-Mitglied, seit 1924 SPD-Mitglied, Stadtrat (SPD) und Führer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in Bad Berneck, 1933 verhaftet und aus dem Schuldienst entlassen, seit 1935 Teilhaber einer Lebensmittelgroßhandlung in Nürnberg. - April-September 1945 Bürgermeister von Schwaig bei Nürnberg, 1945/1946 und 1948-1952 Landrat in Bayreuth, 1946 MdVLV (SPD), 1946-1958 MdL (SPD), 1946/1947 Staatssekretär im Bayerischen Kultusministerium.

Pius XI. (Achille Ratti)

1857-1939, kath. Priester, 1918 als apostolischer Visitator nach Polen entsandt, 1919-1921 apostolischer Nuntius in Warschau, 1921 zum Kardinal und Erzbischof von Mailand ernannt, 1922-1939 Papst.

Pius XII. (Eugenio Maria Giuseppe Pacelli)

1876-1958, kath. Priester, 1917 zum päpstlichen Nuntius in München ernannt, seit 1924 gleichzeitig Nuntius in Berlin, Ernennung zum Kardinal, seit 1930 Kardinalstaatssekretär und Leiter der päpstlichen Diplomatie, 1939-1958 Papst.

Pix, Georg

Geb. 30.1.1901 in Greding/Mfr., kath., Journalist, 1924-1928 Referent in der bayerischen amtlichen Pressestelle in München, 1928-1933 Redakteur beim "Bayerischen Kurier", dem Zentralorgan der BVP, in München, nach 1933 aus dem Beruf verdrängt, Tätigkeit in der Landwirtschaft, 1941 Übernahme des technischen Verlags "Bezugsquellennachweis der deutschen Industrie", 1943-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - Mitbegründer und Vorstandsmitglied der CSU in Landshut, 1945/1946 Mitglied des Vorläufigen Landesausschusses der CSU, seit 1946 Lizenzträger, Mitherausgeber und Chefredakteur der "Isar-Post" in Landshut, Vorsitzender des Bayerischen Journalistenverbands.

Planck, Max

1858-1947, Physiker, 1918 Nobelpreis für Physik, 1930-1937 Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft.

Plonner, Josef

Geb. 15.2.1920 in Altötting/Obb., kath., nach Besuch der Oberrealschule Lehre bei der Bayerischen Vereinsbank, 1940 zur Wehrmacht eingezogen und Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - 1946 Schriftführer des CSU-Kreisverbands Rosenheim, 1946-1949 Mitarbeiter in der CSU-Landesgeschäftsstelle, anschließend als Bankangestellter, Vertreter und Angestellter tätig.

Podeyn, Hans G.

1894, Lehrer, kaufmännischer Angestellter und Politiker, 1924-1933 MdBü (SPD) in Hamburg, 1928 Vorsitzender der SPD-Fraktion. - 1945 Senatsdirektor beim Landeswirtschaftsamt Hamburg, 1946 Abteilungsleiter im Zentralamt für Ernährung und Landwirt-

schaft der britischen Besatzungszone in Hamburg, 1947 Abteilungsleiter im Zentralamt für Ernährung und Landwirtschaft der Bizone, 1947-1949 Generalreferent für Ernährungsfragen und stellvertretender Direktor in der Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Vereinigten Wirtschaftsgebiets, 1949 Generalreferent im Bundesernährungsministerium, 1949-1954 in verschiedenen Funktionen bei der deutschen ERP-Mission in Washington tätig, 1954-1959 Botschafter in Pakistan.

Pöhlmann, Karl Christoph

Geb. 6.8.1902 in Marktredwitz/Ofr., gest. 30.10.1964, ev., Lehre in einer Maschinen- und Schleifscheibenfabrik, Abschluß an einer kaufmännischen Berufsschule, seit 1933 Angestellter, 1935-1940 Funktionär der NSV. - Mitbegründer und Vorsitzender der CSU in Marktredwitz, 1946-1948 1. Bürgermeister von Marktredwitz, Leiter der Lohnbuchhaltung eines Industriebetriebs.

Pölnitz, Götz Freiherr von

Geb. 11.12.1906 in München, gest. 9.11.1967 in Erlangen/Mfr., kath., nach Geschichtstudium und Promotion seit 1935 Privatdozent an der Universität München, seit 1936 Direktor des Fugger-Archivs, Augsburg, seit 1942 an der Universität Erlangen. - Seit 1952 außerplanmäßiger Professor an der Universität München, seit 1954 ordentlicher Professor an der Philosophisch-Theologischen Hochschule in Dillingen, seit 1961 ordentlicher Professor an der Universität Erlangen-Nürnberg, seit 1964 ordentlicher Professor und 1964/1965 Gründungsrektor an der Universität Regensburg, Mitglied der Historischen Kommission und der Kommission für Bayerische Landesgeschichte bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften.

Pongratz, Joseph

Geb. 4.8.1889 in Furth im Wald/Opf., gest. 16.9.1978 in Eschlkam/Opf., Studium der kath. Theologie, 1915 Priesterweihe in Regensburg, 1915/1916 Kooperator in Gottfrieding, 1916-1918 Kooperator in Großmehring, 1918-1923 Kooperator und Religionslehrer in Weiden, 1923-1933 Kooperator und Diözesansekretär der Katholischen Arbeitervereine in Straubing, 1925-1933 Vorsitzender der Baugenossenschaft Arbeiterwohl in Straubing, 1930-1933 Stadtrat in Straubing, 1933-1956 Pfarrer in Eschlkam, seit 1933 politisch verfolgt, Prozeß wegen Veruntreuung 1934 eingestellt, 1935 wegen Sabotage des Winterhilfswerks verwarnt, entging wenige Monate vor Kriegsende der drohenden Verhaftung durch Flucht. - 1946-1948 Landrat in Kötzing, später Kreisrat und stellvertretender Landrat in Kötzing, seit 1951 Delegierter zum Landesauschuß der CSU für den Bezirksverband Niederbayern.

Prechtl, Wolfgang

Geb. 10.9.1893 in Trausnitz/Opf., gest. 15.8.1964 in Pattendorf/Ndb., kath., Studium der Philosophie und kath. Theologie in Regensburg, 1907 Priesterweihe, zuerst in der Seelsorge tätig, 1914/1915 Teilnahme am Ersten Weltkrieg als Feldgeistlicher, seit 1920 Studienprofessor für kath. Religionslehre in Regensburg, Diözesanpräses der Katholischen Gesellenvereine, 1924-1933 Stadtrat (BVP) in Regensburg, 1928-1933 MdL (BVP), nach 1933 vorübergehend verhaftet und seiner Stellung enthoben, Administrator der Spitalstiftung Pattendorf. - Nach 1945 CSU-Mitglied, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1950 MdL (CSU), 1945-1958 Landrat in Rottenburg an der Laaber.

Preis, Karl Sebastian

Geb. 13.11.1884 in Auerbach, gest. 9.5.1946 in München, 1908 Staatsprüfung für den Dienst in der Bayerischen Finanzverwaltung, seit 1914 im Finanzreferat der Stadt München tätig, seit 1917 SPD-Mitglied, seit 1918 Vorstand des Stadtsteueramts München, stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft der Gemeindebeamten, seit 1920 berufsmäßiger Stadtrat (SPD) in München, 1926-1933 Leiter des Wohnungs- und Siedlungsreferats in München, nach 1933 entlassen. - 1945 von der amerikanischen Militärregierung zum Leiter des Referats für Wohnungs- und Siedlungswesen in München ernannt, 1946 Regierungsflüchtlingskommissar.

Prittwitz-Gaffron, Friedrich Wilhelm von

Geb. 1.9.1884 in Stuttgart, gest. 1.9.1955 in Tutzing/Obb., ev., 1902-1906 Jurastudium in Bonn und Berlin, 1906 1. juristische Staatsprüfung, 1907 Promotion zum Dr. jur., Eintritt in den preußischen Justizdienst, 1908 Anwärter für den auswärtigen Dienst und der Botschaft in Washington zugeteilt, 1910 Dienstantritt im Auswärtigen Amt, 1911 diplomatisches Examen, 1911 zum Legationssekretär ernannt und bis 1914 an der Botschaft in St. Petersburg, 1914 kurzzeitig Teilnahme am Ersten Weltkrieg, im Dezember 1914 vom Heeresdienst zum Auswärtigen Amt kommandiert und politischer Berater im Großen Hauptquartier, seit Juli 1917 Vertreter des Auswärtigen Amt in der Reichskanzlei, 1918 zum Legationsrat ernannt, nach Kriegsende Referent für innere Politik im Auswärtigen Amt, Mitglied der DDP/StP, 1920 Konsul in Triest, 1921-1927 Botschaftsrat an der Botschaft in Rom, 1927-1933 Botschafter in Washington, nach 1933 Rücktritt und in den Ruhestand versetzt, in den folgenden Jahren Wirtschaftsberater. - Mitbegründer der CSU, 1946 Vorsitzender des Arbeitsausschusses der CSU für Fragen Zwischenstaatlicher Beziehungen, seit Februar 1947 Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU, 1950/1951 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1954 MdL (CSU) und 1950/1951 stellvertretender Vorsitzender der CSU-Landtagsfraktion, seit 1948 deutscher Vertreter im Rat der Europäischen Interparlamentarischen Union, 1950 Mitglied der Internationalen Diplomatischen Akademie in Genf, Vorsitzender der Münchner Gesellschaft für Auslandskunde.

Probst, Maria

Geb. 1.7.1902 in München, gest. 1.5.1967 in Bonn, kath., 1921-1923 an der deutschen Botschaft in Paris, 1925-1930 Studium der Germanistik und der Geschichte in Freiburg i.Br., Zürich und München, 1930 Promotion zum Dr. phil. - Nach 1945 Lehrerin in Hammelburg, seit 1946 in der Redaktion der "Bayerischen Rundschau" in München, Mitbegründerin der CSU in Hammelburg, seit 1946 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1946-1949 MdL (CSU) und Mitglied des Vorstands der CSU-Landtagsfraktion, 1949-1967 MdB (CSU), 1965-1967 dessen Vizepräsidentin, 1958-1967 MdEP, Mitglied des Hauptvorstands des Verbands der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Sozialrentner Deutschlands, Mitglied des Präsidiums der Europäischen Frauenunion.

Pröttengeier, Johann

Geb. 31.12.1881 in Offenhausen/Mfr., gest. 3.4.1970, ev., Landwirt und Bauwarenhändler, vor 1933 Mitglied des Landbunds. - Mitbegründer der CSU, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV, 1947 Bürgermeister von Offenhausen, Kreisrat (CSU) in Nürnberg.

Prüschenk, Josef

Geb. 26.10.1908 in Kirchenthumbach/Opf., gest. 21.11.1966, kath., Höhere Handelsschule in Bayreuth und kaufmännische Ausbildung im elterlichen Kalkwerk, dessen Gesamtleitung er zusammen mit seinem Bruder 1940 übernahm, vor 1933 BVP-Mitglied. - Nach 1945 CSU-Mitglied, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1950 MdL (CSU), im April 1945 von den amerikanischen Militärbehörden als 1. Bürgermeister von Eschenbach eingesetzt, seit 1945 Landrat in Eschenbach.

Radek, Karl

1885-1939 (?), Politiker, seit 1904 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei des Königreiches Polen und Litauen, Tätigkeit als Journalist, 1905 Teilnahme an der russischen Revolution, 1918 am Aufbau der KPD beteiligt, 1920 aus Deutschland ausgewiesen, 1923 Mitglied des Präsidiums der KOMINTERN, erneute Deutschland-Aufenthalte, 1927 als Anhänger Trotzki verbannt, 1937 als Opfer einer Säuberungswelle nach Sibirien deportiert.

Ramelsberger, Ludwig

Geb. 6.8.1899 in Passau/Ndb., gest. 22.1.1965, kath., kaufmännische Lehre, 1917/1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, anschließend kaufmännischer Angestellter, Buchhalter und Prokurist in Industriebetrieben, 1929-1935 Zweigstellenleiter der Bank für Landwirtschaft und Gewerbe in Griesbach, 1935 Direktor und Vorstandsmitglied dieser Bank, 1944/1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - Mitbegründer der CSU in Vilshofen und deren Kreisvorsitzender, Stadtrat (CSU) und Kreisrat (CSU) in Vilshofen und Vorsitzender der CSU-Fraktionen, 1946-1948 2. Bürgermeister von Vilshofen, 1953-1965 MdL (CSU), Dekanatsvorsitzender der Katholischen Aktion und Mitglied des Diözesansteuerausschusses in Passau.

Rathgeb, Caspar

Geb. 13.7.1900 in Dalkingen/Württemberg, gest. 20.10.1983 in Neu-Ulm/Schw., kath., Studium der Rechtswissenschaften und der Volkswirtschaft in München, 1928 Examen als Diplom-Volkswirt, 1929 Promotion, seit 1929 Assistent beim Verband der Bayerischen Industriellen, dann Volontär, seit 1931 Redakteur, später stellvertretender Chefredakteur des "Fränkischen Volksblatts" in Würzburg, vor 1933 BVP-Mitglied, Mitglied des Vorstands des Katholischen Männervereins Würzburg, 1936 nach Presseprozeß entlassen und Berufsverbot, seit 1939 im Baufach in Augsburg tätig, während des Zweiten Weltkriegs Dienst bei der Flugabwehr in Augsburg. - Seit 1945 Leiter des Ernährungsamts Augsburg, Mitbegründer der CSU in Kempten, Herausgeber der Zeitung "Der Allgäuer" in Kempten.

Rattenhuber, Ernst

Geb. 4.8.1887 in München, gest. 16.11.1951 in München, Hochschule für Landwirtschaft und Brauerei in Weihenstephan, 1910 Diplomalndwirt, Übernahme des elterlichen Besitzes in Englschalking bei München, 1914-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, nach Kriegsende Krongutverwalter bayerischer Prinzen, 1936 zur Wehrmacht eingezogen, landwirtschaftlicher Berater des Befehlshabers im Wehrkreis XIII und ab 1944 im Wehrkreis VII, Kontakte zum militärischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus, vor dem Volksgerichtshof wegen defätistischer Äußerungen angeklagt, das Verfahren verzögerte sich jedoch bis Kriegsende. - 1945 Wiederaufbau der genossenschaftlichen Milchversorgung Münchens, Mai-September 1945 von den amerikanischen Militärbehörden ernannter Leiter des Landesamts für Ernährung und Landwirtschaft, bis September 1945 de facto im Range

eines Kabinettsmitglieds, im Juli 1945 zum Staatsrat ernannt, Mitbegründer des BBV und der CSU, 1949 MdWR (CSU), 1949-1951 Bayerischer Bevollmächtigter beim Bund, Mitglied des Vorstands der Vereinigung der Arbeitgeberverbände, stellvertretender Vorsitzender der Arbeitgeberverbände in Bayern.

Rattler, Georg

Geb. 8.9.1908 in Nürnberg, gest. 4.12.1984, kath., Fernmeldemechaniker, Delegierter zum Landesausschuß der CSU für den Bezirksverband Nürnberg-Fürth, 1946-1948 Stadtrat (CSU) in Nürnberg, öffentlicher Kläger an der Spruchkammer Nürnberg II.

Raum, Hans

Geb. 1.11.1883 in Hilpoltstein/Mfr., gest. 20.10.1976 in Freising/Obb., kath., seit 1921 außerordentlicher Professor für Acker- und Pflanzenbau an der Hochschule für Landwirtschaft und Brauerei in Weihenstephan, seit 1926 ordentlicher Professor an der TH München, 1946 MdVLV (CSU).

Reese, Robert A.

1945 Executive Officer (Oberstleutnant) bei der amerikanischen Militärregierung in München, 1946-1947 Direktor der Internal Affairs and Communications Division der amerikanischen Militärregierung in München.

Reichstein, Willy

Geb. 9.12.1915 in Breslau, gest. 22.8.1978, nach Abitur und Arbeitsdienst Studium der Medizin, 1942 Staatsexamen, Promotion zum Dr. med., 1939-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg als Sanitätsoffizier. - Seit 1947 praktischer Arzt in Landau an der Isar, seit 1948 Stadt- und Kreisrat (zunächst CSU, seit 1950 BHE) in Landau an der Isar, zwei Jahre stellvertretender Landrat in Landau an der Isar, 1948-1950 Delegierter zum Landesausschuß der CSU für den Bezirksverband Niederbayern, 1950 Austritt aus der CSU und Mitbegründer des BHE, 1953-1957 MdB (GB/BHE), 1958-1962 MdL (zunächst GB/BHE, dann FDP).

Reiser, Adolf

Geb. 11.12.1907 in Aidling/Obb., kath., Schreiner und Kaufmann, Mitbegründer und Vorsitzender der CSU in Wolfratshausen, 1946-1965 Mitglied des Vorstands des CSU-Betriebsverbands Oberbayern, 1948-1952 Kreisrat (CSU) in Wolfratshausen.

Reitzner, Richard

Geb. 10.8.1893 in Einsiedel bei Marienbad (heute Tschechische Republik), gest. 11.5.1962, nach Besuch der Lehrerbildungsanstalt als Lehrer tätig, 1914-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, seit 1920 in der Arbeiterbewegung engagiert und Mitglied der Deutschen Sozialdemokratischen Partei in der Tschechoslowakei, Mitarbeiter der Arbeitersportinternationale und Ämter in der Gemeinde- und Bezirksverwaltung, 1938-1946 Emigration nach Großbritannien, Leiter der Flüchtlingsfürsorge der Sudetendeutschen in London. - Seit August 1946 in Bayern, 1947/1948 stellvertretender Staatssekretär für das Flüchtlingswesen in Bayern, 1948/1949 stellvertretender Vorsitzender der bayerischen SPD, 1948/1949 Mitglied des Flüchtlingsausschusses beim Parteivorstand der SPD, 1949-1962 MdB (SPD).

Reuter, Georg

Geb. 24.6.1902 in Rotthausen bei Essen, Schlosser, 1923-1925 Geschäftsführer des Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter in Gelsenkirchen, 1925-1927 dessen Bezirksleiter

im Rheinland, 1927-1933 Sekretär und Vorstandsmitglied des Gesamtverbands der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs, nach 1933 wiederholt verhaftet. - 1946-1949 Generalsekretär des BGB, 1947-1949 MdWR (SPD), 1949-1959 stellvertretender Vorsitzender des DGB und Leiter der Hauptverwaltung Organisation und Werbung, Mitglied des Generalrats des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften, bis 1952 Geschäftsführer der Bund-Verlag GmbH.

Riedel, Georg

Geb. 10.11.1900 in Selb/Ofr., gest. 18.7.1980 in Rehau/Ofr., ev., kaufmännische Lehre, anschließend sechs Jahre Angestellter in der Porzellanindustrie in Selb, 1926 Prokurist einer Tuchwarenfabrik, Teilnahme am Ersten und Zweiten Weltkrieg. - Seit 1947 wirtschaftlicher und steuerlicher Berater von Industrie-, Handels- und Handwerksbetrieben, 1946-1952 Stadtrat (CSU) in Nördlingen, Kreisrat in Nördlingen, Bezirksrat für Schwaben, 1946 MdVLV (CSU), 1959-1962 MdL (CSU), 1962 Austritt aus der CSU.

Rief, Max

Geb. 7.9.1893 in St. Gallen, gest. 22.4.1980, kath., Teilnahme am Ersten Weltkrieg, nach Kriegsende Studium der Volkswirtschaft und des Staats- und Verwaltungsrechts in München und Tübingen, 1921 Promotion zum Dr. rer. pol., 1921-1929 Angestellter, seit 1930 selbständiger Möbelkaufmann in Regensburg, vor 1933 BVP-Mitglied, nach 1933 vorübergehend verhaftet, 1943 Geschäftsstillegung, 1943 zum Instandsetzungsdienst der Luftschutzpolizei eingezogen. - 1945 Referent für Wohnungs- und Siedlungswesen und 1946 Leiter des Landessiedlungsamts bei der Regierung von Niederbayern/Oberpfalz, Mitbegründer der CSU in Regensburg, Ende 1946 Übertritt zur WAV, 1946 MdVLV (zuerst CSU, dann WAV), 1946-1950 MdL (bis 1949 WAV, dann verschiedene parlamentarische Gruppierungen).

Riemer, Franz Josef

Geb. 16.9.1919 in Graz/Österreich, kath., 1936-1939 Steuerinspektor, 1939-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - 1945 Stadtkämmerer in Günzburg, Mitbegründer der CSU in Günzburg.

Rindt, Eugen

Geb. 7.4.1907 in München, gest. 24.6.1979, Studium in München und Innsbruck, Promotion zum Dr. phil., 1933 Hilfsarbeiter in einer Desinfektionsanstalt, 1934-1938 freier Schriftsteller, dann Angestellter der Stadtverwaltung Augsburg, seit 1939 aktiv im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, 1942-1945 bei der Organisation Todt, Repressionen des NS-Regimes ausgesetzt. - Mitbegründer der CSU in den Kreisen Augsburg-Stadt und -Land, 1946/1947 Vorsitzender der CSU-Bezirksverbände Augsburg und Schwaben, 1946-1950 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1950 MdL (CSU) und stellvertretender Vorsitzender der CSU-Landtagsfraktion, Leiter des Landessiedlungsamts Schwaben, 1948 Gründer des überparteilichen Sozialen Helferrings in Bayern.

Rinke, Walter

Geb. 5.1.1895 in Kattowitz, gest. 21.5.1983 in Rottach-Egern/Obb., kath., Ausbildung am Lehrerseminar in Myslowitz, 1914-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1919-1922 Studium der Volkswirtschaft in Breslau und Würzburg, 1922 Promotion zum Dr. rer. pol., 1923-1934 im Versicherungswesen tätig, zuletzt Direktor der Oberschlesischen Pro-

vinzialversicherungsanstalten in Ratibor, 1919-1933 Zentrums-Mitglied, 1934 in den Ruhestand versetzt, Tätigkeit im privaten Versicherungswesen in Breslau, 1939-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg und bis Juli 1945 in russischer Kriegsgefangenschaft. - 1946 bayerischer Ministerialrat, Ende 1952 im Ruhestand, seit 1946 CSU-Mitglied, 1946-1955 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1953-1957 MdB (CSU), 1946 Mitbegründer der Vereinigung der Schlesier in München, Mitbegründer des Hauptausschusses für Flüchtlinge und Ausgewiesene in Bayern, 1950-1954 Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien.

Riss, Josef

Geb. 30.7.1883 in Todtenweis/Obb., gest. 9.4.1958, Landwirt, arbeitete auf dem elterlichen Anwesen, das er 1908 übernahm, 1911-1933 Bürgermeister von Todtenweis, 1913 Mitglied des Distriktsrats, BVP-Mitglied, 1919-1933 Bezirksrat (BVP) in Aichach, 1926 Kreisrat (BVP) für Oberbayern, 1926 Mitglied der Kreisbauernkammer Oberbayern, 1927-1933 Vorsitzender der Bezirksbauernkammer Aichach, seit 1927 stellvertretender Vorsitzender der Flurbereinigungsgenossenschaft Todtenweis. - Nach 1945 erneut Bürgermeister von Todtenweis, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1950 MdL (CSU).

Robertson, Sir Brian

1896-1974, britischer General, 1933 Mitglied der britischen Militärmission bei der Genfer Abrüstungskonferenz, aus dem aktiven Dienst ausgeschieden, 1939 reaktiviert und Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - 1945-1947 stellvertretender Militärgouverneur, 1947-1949 Militärgouverneur in Deutschland, 1949/1950 Hoher Kommissar in der Bundesrepublik Deutschland, seit März 1950 Oberbefehlshaber der britischen Streitkräfte im mittleren Osten, 1953 Abschied vom aktiven Dienst, 1953-1961 Präsident der staatlichen Transportkommission.

Röder, Karl

Geb. 23.3.1894 in Kulmbach/Ofr., gest. 3.4.1953. ev., Hauptlehrer, bis 1932 Mitglied der DDP/StP, bis März 1933 Vorsitzender des Bezirkslehrervereins Kulmbach, im Mai 1933 strafversetzt, März-August 1943 wegen "staatsfeindlicher Äußerungen" in Untersuchungshaft in Fürth und Bayreuth, im August 1943 Freispruch. - 1945-1947 Landrat in Kulmbach, 1948-1953 Landrat in Münchberg, 1946/1947 Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Kulmbach-Stadt und -Land.

Röhm, Ernst

1887-1934, Berufsoffizier und Politiker, Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1919 Mitglied des Freikorps Epp, NSDAP-Mitglied, 1923 Teilnahme am Hitler-Putsch, 1924 Reorganisation der SA, 1925 nach Differenzen mit Hitler Rücktritt als Chef der SA, 1928-1930 militärischer Berater in Bolivien, 1931-1934 Stabschef der SA, 1933 Reichsminister ohne Geschäftsbereich und Bayerischer Staatsminister, am 1.7.1934 erschossen.

Röhl, Wilhelm

Geb. 4.3.1921 in München, kath., während der NS-Zeit in der verbotenen katholischen Jugendbewegung aktiv, 1938-1945 Arbeitsdienst und Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - Nach Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft Studium der Philosophie und Volkswirtschaft, 1950 Diplom-Volkswirt, seit 1946 CSU-Mitglied, 1948-1957 Geschäftsführer der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag und verantwortlicher Redakteur der "CSU-Corre-

spondenz", ehrenamtlicher Geschäftsführer des CSU-Bezirksverbands Oberbayern, 1958-1978 MdL (CSU), 1957-1970 im Bayerischen Wirtschaftsministerium tätig, zuletzt Ministerialrat und Referatsleiter für innerdeutschen Handel und stellvertretender Referatsleiter für Außenwirtschaft.

Roosevelt, Franklin Delano

1882-1945, US-amerikanischer Politiker (Demokratische Partei), 1913-1921 Unterstaatssekretär im Marineministerium, Gouverneur des Staates New York, 1933-1945 Präsident.

Rosenberg, Alfred

1893-1946, Schriftsteller und Politiker, seit 1919 NSDAP-Mitglied, 1930-1945 MdR (NSDAP), 1933 Leiter des außenpolitischen Amtes der NSDAP, 1934 Beauftragter Hitlers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP, seit 1941 Reichsminister für die besetzten Ostgebiete. - 1946 im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß zum Tode verurteilt und am 16.10.1946 hingerichtet.

Roßhaupter, Albert

Geb. 8.4.1878 in Pillnach/Opf., gest. 14.12.1949 in Nannhofen/Obb., kath., Lackierergehilfe, seit 1897 SPD-Mitglied, 1907-1933 MdL (SPD), 1909 Geschäftsführer der Gewerkschaft des Süddeutschen Eisenbahn- und Postpersonals, 1913 Redakteur der "Schwäbischen Volkszeitung" in Augsburg, seit 1921 Redakteur des "Bayerischen Wochenblattes", 1915-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1918/1919 bayerischer Minister für militärische Angelegenheiten, nach 1933 mehrmals verhaftet. - 1945-1947 Bayerischer Arbeitsminister, Oktober 1945-Dezember 1946 zugleich stellvertretender Ministerpräsident, 1946 MdVLV (SPD) und Vorsitzender der SPD-Fraktion, 1948/1949 MdPR (SPD).

Roth, Hans

Ev., kaufmännischer Direktor in Erlangen-Bruck, Mitbegründer der CSU in Erlangen und 1946 deren Kassier, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV.

Rothermel, Fridolin

Geb. 26.11.1895 in Oberrohr/Schw., gest. 6.10.1955 in St. Dizier/Frankreich, kath., 1914-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1919-1921 Studium der Volkswirtschaft in München, 1921 Promotion zum Dr. oec. publ., 1923 Landwirt und Bürgermeister in Bayersried-Ursberg, seit 1924 Mitarbeit in landwirtschaftlichen Genossenschaften und Verbänden, 1932/1933 MdL (BVP) und MdR (BVP), nach 1933 vorübergehend verhaftet. - 1945 Leiter des Ernährungsamts in Krumbach, 1946 Landrat in Krumbach, Mitbegründer des BBV und 1946-1955 dessen 1. Präsident, 1948 Mitglied des Präsidiums, 1954/1955 Präsident des DBV, zugleich Vizepräsident des Verbands der europäischen Landwirtschaft, 1946 MdVLV (CSU), 1947-1955 MdS, Mitglied des Vorstands der Raiffeisen-Zentralkasse und der Bayerischen Versicherungsbank.

Rucker, Eugen

Geb. 18.10.1900 in Höchstädt/Schw., kath., Studium in München und Erlangen, Promotion zum Dr. rer. pol., Besitzer der "Steinindustrie Dr. Rucker" in Regensburg. - Mitbegründer der CSU in Regensburg und deren Vorstandsmitglied, 1946 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Oberpfalz, 1946/1947 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1945-1954 Präsident der Katholischen Aktion in Bayern, Mitglied mehrerer Aufsichtsräte.

Rupprecht, Kronprinz von Bayern

Geb. 18.5.1869 in München, gest. 2.8.1955 in Leutstetten/Obb., kath., Sohn König Ludwigs III. von Bayern und Kronprinz, 1889-1891 Studium in München und Berlin, Teilnahme am Ersten Weltkrieg, genöß nach dem Sturz der Monarchie in Bayern das Ansehen eines "heimlichen Königs", 1939-1945 Aufenthalt in Italien, im November 1945 Rückkehr nach Bayern.

Sattler, Dieter

Geb. 2.2.1906 in München, gest. 9.11.1968 in Rom, kath., Studium der Architektur in München, 1929 Diplom, 1931 Promotion, 1929-1939 freischaffender Architekt, ergänzende volkswirtschaftliche Studien in Berlin, nach Ausbruch des Zweiten Weltkriegs kurzzeitig Soldat, seit 1940 Betreuung kriegswichtiger Bauwerke. - 1945-1947 erneut freier Architekt, Mitglied des Kunstausschusses der Stadt München, seit 1946 Vorsitzender des Berufsverbands der Architekten und Bauingenieure in München, 1947-1950 Staatssekretär für die Schönen Künste im Bayerischen Kultusministerium, 1947-1950 Mitglied des Landesvorstands der CSU, seit November 1950 Präsident des Deutschen Bühnenvereins, später auch des Rundfunkrats des Bayerischen Rundfunks, 1952 Botschaftsrat und Kulturreferent bei der deutschen Botschaft in Rom, 1959 Ministerialdirektor und Leiter der Kulturabteilung im Auswärtigen Amt, 1966-1968 Botschafter beim Vatikan.

Sauer, Franz Ludwig

Geb. 1.10.1893 in Binsfeld, gest. 28.3.1950, kath., nach Besuch der Landwirtschaftsschule Gutspraktikant und Verwalter in Westfalen, Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1919 Heirat in einen landwirtschaftlichen Betrieb mit Getreidemühle, 1926-1933 Obermeister der Müllerinnung, Mitglied der Bezirks-, Kreis- und Landesbauernkammer, Mitbegründer der BVP und deren Vorsitzender in einem unterfränkischen Landkreis, Mitglied des Landesvorstands der BVP, nach 1933 zweimal vorübergehend verhaftet, Stilllegung der Mühle. - Mitbegründer und Vorsitzender der CSU im Landkreis Karlstadt, 1946-1949 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1946-1949 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Unterfranken, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1950 MdL (CSU), Bürgermeister von Binsfeld, Kreisvorsitzender des BBV.

Sauer, Fritz

Nach Jurastudium Staatsanwalt in Bamberg, 1945 Mitbegründer der CSU in Bamberg, 1946 als Kandidat (CSU) für den Bayerischen Beratenden Landesausschuß abgelehnt.

Schachtner, Richard

Geb. 5.2.1902 in Landshut, gest. 30.8.1961, kath., 1922-1927 Studium der Betriebswirtschaft in München, Frankfurt am Main, Königsberg und Berlin, Examen als Diplom-Kaufmann, Mitglied des Katholischen Männervereins Berlin, 1929-1933 Zentrums-Mitglied und Schriftführer im Ortsverein Berlin-Mahlsdorf, 1928-1931 wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Statistischen Reichsamt, anschließend in leitender Funktion Statistiker bei der Reichsrundfunkgesellschaft und seit 1936 bei der Reichsgruppe Luftfahrtindustrie bzw. seit 1939 bei der Messerschmitt AG. - Nach 1945 CSU-Mitglied, 1946-1948 Mitarbeiter der CSU-Landesgeschäftsstelle, Abteilung Finanzen, Buchhaltung, Statistik, 1948/1949 Landesschatzmeister der CSU, 1959-1961 2. Landesschatzmeister der CSU, 1961 Landesschriftführer der CSU, 1948-1950 und 1959-1961 Mitglied des Landesvorstands, 1948/1949 und 1959-1961 Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU, 1946

an das Bayerische Statistische Landesamt berufen, Landeswahlleiter, 1960/1961 Präsident des Bayerischen Statistischen Landesamts.

Schäfer, Franz

Geb. 6.1.1899 in Ingolstadt/Obb., gest. 18.12.1973 in Ingolstadt/Obb., kath., Lehre als Dachdecker, 1916 Gesellenprüfung, 1917-1920 Teilnahme am Ersten Weltkrieg und französische Kriegsgefangenschaft, nach seiner Rückkehr bis 1925 bei der Reichsbahn tätig, 1927 Meisterprüfung im Dachdeckerhandwerk und Aufbau eines eigenen Geschäfts, seit 1920 Mitglied der Christlichen Gewerkschaften und der BVP, 1933 Stadtrat (BVP) in Ingolstadt, nach 1933 vorübergehend verhaftet. - Mitbegründer der CSU in Ingolstadt und 1945-1954 deren Vorsitzender, 1947-1955 Mitglied des Landesvorstands der CSU, September/Oktober 1945 2. Bürgermeister von Ingolstadt, 1946-1966 Stadtrat (CSU) in Ingolstadt und Vorsitzender der CSU-Stadtratsfraktion, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV, 1946-1950 und 1958-1962 MdL (CSU), Kreishandwerkermeister und Vorstandsmitglied der Handwerkskammer für Oberbayern, 2. Vorsitzender des oberbayerischen Arbeitgeberverbands, Beisitzer beim Obersten Finanzgericht München, Steueraussschußmitglied beim Finanzamt Ingolstadt, bis 1958 Vorstandsmitglied der AOK Ingolstadt.

Schäfer, Karl

Geb. 12.8.1912 in Obereschenbach/Ufr., kath., nach Besuch des Gymnasiums 1931 kaufmännische Lehre, 1940-1946 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg und Kriegsgefangenschaft. - Seit 1946 CSU-Mitglied, seit 1950 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1952-1977 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Nürnberg-Fürth, 1952-1954 Stadtrat (CSU) in Nürnberg, 1954-1978 MdL (CSU), Vorsitzender der Deutschen Jugendkraft in Bayern.

Schäffer, Fritz

Geb. 12.5.1888 in München, gest. 29.3.1967 in Berchtesgaden/Obb., kath., Jurastudium in München, 1915/1916 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1916 große juristische Staatsprüfung, 1917 im Bayerischen Innenministerium tätig, 1918 Bezirksamtsassessor in Kelheim, 1920 in das Bayerische Kultusministerium berufen, zuerst Regierungsrat, dann Oberregierungsrat, Vorsitzender des BVP-Kreisverbands München, 1929-1933 Vorsitzender der BVP, 1920-1933 MdL (BVP), 1931-1933 als Staatsrat mit der Führung der Geschäfte des Bayerischen Finanzministeriums beauftragt, nach 1933 mehrmals vorübergehend verhaftet, Rechtsanwalt in München. - Mai-September 1945 Bayerischer Ministerpräsident, Mitbegründer der CSU, 1945/1946 Mitglied des Vorläufigen Landesausschusses der CSU, Januar-April 1946 Vorsitzender des Ausschusses der CSU für Verwaltungsaufbau und Staatsfinanzierung sowie stellvertretender Vorsitzender des Staatspolitischen Ausschusses der CSU, März/April 1946 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands München, Mai 1946-Januar 1948 durch eine Anordnung der Militärregierung von jeder politischen Betätigung ausgeschlossen, Februar-September 1948 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Oberbayern, Parteischiedsgerichtsverfahren und Austritt aus der CSU, 1949 erneut CSU-Mitglied, 1949-1961 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1949-1957 Bundesfinanzminister, 1957-1961 Bundesjustizminister, 1949-1961 MdB (CSU), 1949-1953 Vorsitzender der CSU-Landesgruppe.

Schäffer, Hans

Geb. 16.12.1897 in Sulzbach-Rosenberg/Opf., gest. 28.6.1974, Schlosserlehre, seit 1912 Dreher bei der Maxhütte, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV.

Scharnagl, Karl

Geb. 17.1.1881 in München, gest. 6.4.1963 in München, kath., Höhere Handelsschule und Bäcker- und Konditorlehre, übernahm das elterliche Geschäft in München, seit 1911 MdL (Zentrum, dann BVP), Stadtrat in München, 1925-1933 1. Bürgermeister von München, nach seinem Rücktritt im März 1933 erneut im Bäckerhandwerk tätig, 1944 vorübergehend verhaftet. - Mitbegründer der CSU, 1945/1946 Mitglied des Vorläufigen Landesausschusses der CSU, 1946 stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses der CSU für Verwaltungsaufbau und Staatsfinanzierung, 1945-1948 erneut Oberbürgermeister von München, 1948/1949 2. Bürgermeister von München, 1946 MdVLV (CSU), 1947-1949 MdS, Ehrendoktorwürde der Universität München, Mitbegründer der Columbus-Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit.

Schedl, Otto

Geb. 10.12.1912 in Sinzing/Opf., kath., Studium der Philosophie, Psychologie, Publizistik, Volkswirtschaft sowie der Literatur- und der Kunstgeschichte in Regensburg, München und Würzburg, 1941 Promotion zum Dr. phil., 1937-1940 Mitarbeiter des "Regensburger Anzeigers", 1940-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - Nach kurzer Kriegsgefangenschaft erneut journalistisch tätig, Mitbegründer und Organisator der CSU in Regensburg und im Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, 1947/1948 Landesgeschäftsführer der CSU, 1947 Mitglied im Vorstand der JU Bayern, 1955-1972 Mitglied des Landesvorstands und 1967/1968 Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU, 1955-1972 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Oberpfalz, 1948-1957 Landrat in Neumarkt/Opf., 1957-1970 Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr, 1970-1972 Bayerischer Finanzminister, 1969-1972 zugleich stellvertretender Ministerpräsident, 1950-1974 MdL (CSU).

Schefbeck, Otto

Geb. 25.9.1900 in Straubing/Ndb., gest. 10.4.1972, 1920-1924 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in München und Tübingen, 1927 Staatsprüfung für den höheren Justiz- und Verwaltungsdienst, 1928-1930 im Bayerischen Landwirtschaftsministerium, Abteilung Landessiedlung, tätig, seit Oktober 1930 Rechtsanwalt in München. - Mitbegründer der CSU, 1945/1946 Mitglied des Vorläufigen Landesausschusses der CSU, 1948-1951 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1950 MdL (CSU) und Mitglied des Landtagspräsidiums.

Schell, Karl

Geb. 31.7.1912 in Bamberg/Ofr., gest. 29.6.1988, kath., Friseur, später Berufssoldat, im spanischen Bürgerkrieg bei der Legion Condor eingesetzt, 1939-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - 1946/1947 Ermittler bei der Spruchkammer Lichtenfels, dann als Kraftfahrer bei einer Zeitung in Lichtenfels beschäftigt, Vertrauensmann der CSU in Schney, 1946 Delegierter zum Landesausschuß der CSU.

Schell, Max

Geb. 27.12.1914 in Lichtenfels/Ofr., kath., Bruder von Karl Schell, vor 1933 Mitglied der katholischen Jugendbewegung Quickborn, 1937-1945 Wehrdienst und Teilnahme am Zweiten Weltkrieg (zuletzt Oberleutnant). - Studium der Rechtswissenschaften und der Volkswirtschaft in München und Erlangen, 1948 1. und 1952 2. juristische Staatsprüfung, seit 1954 Leiter des Postamts Bamberg, seit April 1963 Referent, dann Unterabteilungslei-

ter bei der Oberpostdirektion Nürnberg, zuletzt Leitender Oberpostdirektor, Mitbegründer der CSU, 1946 als Versammlungsredner für die CSU tätig, Mitbegründer der JU in Oberfranken, bis 1957 stellvertretender Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Lichtenfels, 1951-1957 Vorsitzender des CSU-Ortsverbands Lichtenfels, Delegierter zu Landesauschuß und Landesversammlung der CSU, Kandidat (CSU) für Kreistags- und Landratswahlen.

Schieckel, Horst¹⁴

Geb. 20.2.1896 in Dresden, Jurastudium, 1. und 2. juristisches Staatsexamen, Promotion zum Dr. rer. pol., vor 1933 Grundbuch- und Vollstreckungsrichter an Arbeitsgerichten und Oberversicherungsämtern in Dresden und Leipzig, Lehrer an der Betriebsräte- und Volkshochschule Dresden, 1934 entlassen, 1938 Übersiedlung nach Bayern, während des Zweiten Weltkriegs Leiter des Ernährungs- und Wirtschaftsamts Wolfrathshausen, 1942 nach Konflikten mit den zuständigen NS-Stellen entlassen, bis 1945 bei der Wirtschaftsgruppe Baugewerbe in Berlin tätig. - Nach 1945 zunächst im Versicherungsamt München beschäftigt, seit August 1945 Leiter der Abteilung für Sozialversicherung und Arbeiterfürsorge im Bayerischen Arbeitsministerium, seit 1946 im Range eines Ministerialrats.

Schiefer, Gustav

Geb. 17.7.1876 in Fautspach/Württemberg, gest. 19.5.1956 in München, konfessionslos, Schreiner-geselle, 1908 Mitbegründer der Münchner Ortskrankenkasse, 1918-1933 geschäftsführender Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in München, 1924-1933 Stadtrat (SPD) in München, nach 1933 im Widerstand. - Seit 1946 stellvertretender Vorsitzender des BGB, 1950-1953 stellvertretender Landesvorsitzender des DGB in Bayern, 1945-1952 Stadtrat (SPD) in München, 1946 MdVLV (SPD), 1947-1954 MdS.

Schinagl, Hannes

Geb. 1899 in München, kath., Verlagskaufmann, seit 1913 im katholischen Jugendverein Kolping engagiert, seit 1919 BVP-Mitglied, in den zwanziger Jahren Geschäftsführer des Friedensbundes Deutscher Katholiken in München, 1933 aus seinem Beruf verdrängt. - Mitbegründer der CSU und Vorsitzender der CSU im Münchner 9. Stadtbezirk, Mitglied im Dienstag-Club.

Schinnerer, Adolf

Geb. 25.9.1876 in Schwarzenbach an der Saale/Ofr., gest. 30.1.1949 in Ottersheim/Obb., Maler und Graphiker, Schüler an der Akademie Karlsruhe, Mitbegründer der Neuen Sektion München, 1946 Mitglied des Kunstausschusses der CSU.

Schirmer, Carl

1864-1942, Schlosser, 1896/1897 Sekretär der Katholischen Arbeitervereine, Mitbegründer der Christlichen Gewerkschaften und des Bayerischen Postverbands, Mitarbeiter und Redakteur bei verschiedenen Zeitungen, 1899-1907 MdL (Zentrum), 1907-1918 und 1920-1928 MdR (Zentrum, seit 1920 BVP), 1919/1920 MdVNV (BVP).

¹⁴ Die korrekte Schreibweise des Familiennamens konnte erst nach Abschluß des Manuskripts der Protokolle ermittelt werden; auf S. 706 daher fälschlich "Schickel".

Schlange-Schöningen, Hans

1886-1960, Agrarfachmann und Politiker, 1921-1928 MdL (DNVP) in Preußen, 1924-1932 MdR (zunächst DNVP, dann Christlich-Nationale Arbeitsgemeinschaft und Deutsches Landvolk), 1931/1932 Reichsminister ohne Geschäftsbereich und Reichskommissar für die Osthilfe, Kontakte zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus. - Mitbegründer der CDU, 1947-1950 Direktor für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Vereinigten Wirtschaftsgebiets, 1949/1950 MdB (CDU), 1950 Generalkonsul in London, 1951-1955 deutscher Geschäftsträger in London, seit 1953 im persönlichen Rang eines Botschafters.

Schlögl, Alois

Geb. 4.4.1893 in Pleinting/Ndb., gest. 27.9.1957 in München, Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in München und Erlangen, Promotion zum Dr. rer. pol., 1914-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, seit 1920 journalistisch tätig, zunächst in der Redaktion der "Bayerischen Volkszeitung", 1922 Vorsitzender des Christlichen Bauernvereins in Passau, 1925 Direktor des Niederbayerischen Christlichen Bauernvereins sowie Herausgeber und Hauptschriftleiter des "Niederbayerischen Bauern", 1932/1933 MdL (BVP), nach 1933 Wirtschafts- und Steuerberater, 1941-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - Mitbegründer der CSU, 1945/1946 Mitglied des Vorläufigen Landesausschusses der CSU, 1948-1954 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1948-1954 Bayerischer Landwirtschaftsminister, 1948/1949 stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses des Länderrats des Vereinigten Wirtschaftsgebiets für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1957 MdL (CSU), Mitbegründer des BBV, 1945-1948 Generalsekretär des BBV.

Schmid, Andreas

Geb. 25.9.1900 in Röthenbach an der Pegnitz/Mfr., gest. 24.3.1985, private Handelsschule und kaufmännische Lehre in Nürnberg, 1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, Umschulung zum Werkzeugdreher. - Mitbegründer der CSU und Gemeinderat (CSU) in Röthenbach an der Pegnitz, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1950 MdL (CSU), Treuhänder einer Spiralfederfabrik.

Schmid, Karl

Geb. 20.9.1883 in Jettingen/Schw., gest. 31.5.1954, kath., Buchbinderlehre, anschließend in Württemberg, im Rheinland und in München tätig, Meisterprüfung, 1912 Geschäftsgründung in München, Mitglied des Katholischen Gesellenvereins, 1930-1933 Stadtrat (BVP) in München, 1933 MdL (BVP), 1933 vorübergehend verhaftet, 1944 zwei Monate im KL Dachau. - Seit 1945 CSU-Mitglied, 1946 Mitglied des Vorstands des CSU-Bezirksverbands München, 1946-1955 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1954 MdL (CSU) und 1946-1950 Mitglied des Vorstands der CSU-Landtagsfraktion, 1945-1954 Präsident der Handwerkskammer von Oberbayern, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der bayerischen Handwerkskammern, Mitglied in Aufsichtsgremien verschiedener Organisationen des Handwerks.

Schmideder, Franz

Geb. 18.9.1902 in Nürnberg, kath., seit 1946 Delegierter zur Landesversammlung der CSU für einen Nürnberger Kreisverband.

Schmidt, August Wilhelm

Geb. 1902, Versicherungskaufmann bei der Versicherungsgesellschaft Allianz, Mitbegründer der CSU, 1945/1946 Mitglied des Vorläufigen Landesausschusses der CSU, 1945/1946 Landesgeschäftsführer der CSU, 1946 stellvertretender Vorsitzender des Organisations- und Werbeausschusses der CSU, 1946 und 1948-1955 Mitglied der Landesvorstands und 1948-1953 Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU.

Schmitt, Franz August

Geb. 11.10.1894 in Darmstadt, kath., Studium in Heidelberg und München, Promotion zum Dr. oec. publ., praktische Arbeit in landwirtschaftlichen und industriellen Betrieben, als Syndikus tätig, Mitarbeit am Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Herausgeber der Zeitschrift "Der Deutsche Süden", BVP-Mitglied, vor 1933 Geschäftsführer und Schriftführer des Wirtschaftsbeirats der BVP, vor 1933 Stadtrat (BVP) in München. - Nach 1945 CSU-Mitglied, 1946 Vorsitzender des Finanzausschusses der CSU, legte dieses Amt im Dezember 1946 nieder, 1947 Vorsitzender des CSU-Kreisverbands München-Bogenhausen.

Schmitt, Hanns

Geb. 7.9.1909 in Erlangen/Mfr., Diplom-Volkswirt und Dr. rer. pol., Vorsitzender des CSU-Ortsverbands und des CSU-Kreisverbands Sulzbach-Rosenberg, Mitglied des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der CSU und des Ausschusses der CSU für Zwischenstaatliche Beziehungen, im Oktober 1947 Rücktritt von allen Parteiämtern.

Schmitt, Heinrich

Geb. 6.10.1895 in Waldbüttelbrunn/Ufr., gest. 13.8.1951 in München, konfessionslos, Dreher, seit 1913 SPD-Mitglied und Gewerkschafter, Betriebsratsvorsitzender der Leuna-Werke, 1928-1930 MdR (KPD), bis 1933 Generalsekretär der Internationalen Gummiarbeiter-Organisation, 1933 Emigration, 1934 illegale Gewerkschaftsarbeit im Ruhrgebiet und im Rheinland, 1935 verhaftet und 1937 vom Volksgerichtshof zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt, 1937-1945 in Haft. - 1945/1946 Bayerischer Staatsminister für Sonderaufgaben, 1946 MdVLV (KPD), 1947-1949 MdS, 1947 Austritt aus der KPD.

Schmitt, Kurt

1886-1950, Wirtschaftsfachmann und Politiker, nach Promotion zum Dr. jur. seit 1913 beim Allianz-Versicherungskonzern tätig, seit 1921 Generaldirektor des Allianz-Versicherungskonzerns, seit 1933 Bevollmächtigter Preußens beim Reichsrat, 1933-1935 Reichswirtschaftsminister, Generaldirektor der Münchner Rückversicherungsgesellschaft. - 1947 von der Spruchkammer Starnberg als minderbelastet eingestuft, 1948 von der Berufungskammer Oberbayern entlastet.

Schneider, Georg

1892-1977, kaufmännischer Angestellter und Politiker, Mitbegründer der CDU in Leipzig, 1946/1947 Generalsekretär der CDU in Thüringen, im Dezember 1947 ausgewiesen 1953-1965 MdB (CDU), 1948-1960 Mitglied des Hauptvorstands der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, seit 1951 deren stellvertretender Bundesvorsitzender, Vorstandsmitglied der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Mitglied des Hauptvorstands der CDU-Sozialausschüsse.

Schniewind, Otto

1887-1970, Ministerialbeamter und Bankier, 1919-1922 im Reichsschatzministerium, 1922-1925 Mitglied des Chefkabinetts der Diskontgesellschaft, 1925-1928 im Preußischen Handelsministerium, seit 1927 Ministerialrat, 1928-1931 Finanzberater der persischen Regierung in Teheran, seit 1931 wieder im Preußischen Handelsministerium, 1933 Staats- und Reichskommissar an der Berliner Börse, seit 1935 als Ministerialdirektor im Reichswirtschaftsministerium, 1937 in das Direktorium der Reichsbank berufen, 1938 von diesem Amt zurückgetreten, seit 1938 Privatbankier in München, Kontakte zum Widerstand, nach dem 20. Juli 1944 verhaftet und bis Kriegsende im KL Ravensbrück. - Im Juli 1947 zum Direktor der Verwaltung für Finanzen des Vereinigten Wirtschaftsgebiets gewählt, lehnte die Wahl ab, seit 1948 Mitglied des Verwaltungsrats der Kreditanstalt für Wiederaufbau, 1948/1949 Leiter des Büros für die Koordinierung der Verwaltungen des Vereinigten Wirtschaftsgebiets in Fragen des Marshall-Plans.

Schnitzer, Alois

Geb. 16.7.1900 in Mindelheim/Schw., gest. 4.8.1988, kath., Küfermeister, später Weingroßhändler in Traunstein, Mitglied des katholischen Jugendbundes und des Katholischen Gesellenvereins, Mitglied der Bayerischen Einwohnerwehr und des Bayerischen Heimatschutzes, 1933 Stadtrat (BVP) in Traunstein, 1935 wegen unerlaubten Besitzes militärischer Waffen zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, 1944 KL Dachau. - Mitbegründer und Oktober/November 1945 Vorsitzender der CSU im Stadt- und Landkreis Traunstein, Geschäftsführer des CSU-Kreisverbands Traunstein, Stadtrat (CSU) in Traunstein.

Schnurr, Max

Geb. 1911, gest. 1973, kath., Kaufmann und Jurist, nach 1945 Treuhänder, 1930-1938 hauptamtlicher Diözesansekretär des Katholischen Jungmännerverbands in München, Mitbegründer der CSU.

Schregle, Hans

Geb. 1890, kath., Studium der Kunstgeschichte und Germanistik, Gymnasiallehrer, Promotion, SPD-Mitglied, nach 1933 von Erlangen nach Ansbach strafversetzt. - Im April 1945 von den amerikanischen Militärbehörden als Oberbürgermeister von Ansbach eingesetzt, im Oktober 1945 zum Regierungspräsidenten von Ober- und Mittelfranken berufen.

Schrott, Hans

Geb. 31.5.1891 in Neunain/Opf., gest. 7.6.1978, kath., Gymnasiallehrer für Germanistik und neue Sprachen zuerst in Regensburg, dann in Weiden, 1925 Promotion zum Dr. phil., vor 1933 BVP-Mitglied und Ortsvorsitzender der BVP in Weiden, 1920 mit dem Vorsitz des Katholischen Männervereins Weiden betraut. - Im Oktober 1945 Mitbegründer der CSU in Weiden, seit Januar 1946 Vorsitzender, später Ehrenvorsitzender der CSU in Weiden, Mitglied des Vorstands des CSU-Kreisverbands Weiden und Delegierter zur Bezirksversammlung, Dezember 1945-1956 Oberstudiendirektor und Leiter der Oberrealschule bzw. des Kepler-Gymnasiums in Weiden.

Schubert, Alfons

Geb. 23.10.1900 in Würzburg, gest. 14.12.1987 in Würzburg, kath., Uhrmacher, seit 1928 selbständiger Kaufmann. - Mitbegründer der CSU in Würzburg, 1946-1948 Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Würzburg, Delegierter zum Landesaussschuß der CSU für den Bezirksverband Unterfranken.

Schütz, Hans

Geb. 14.2.1901 in Hemmehübel (heute Tschechische Republik), gest. 24.1.1982 in München, kath., Schreinerlehre, Fortbildung an der Sozialen Volkshochschule in München, 1920 Gewerkschaftssekretär, 1921 Geschäftsführer des Christlichen Textilarbeiterverbands im Sudetenland und Herausgeber der Monatsschrift "Sudetendeutsche Arbeit", 1923-1938 Vorsitzender des Gesamtverbands der sudetendeutschen Christlichen Gewerkschaften, 1935-1938 Abgeordneter der DCSVP im tschechoslowakischen Parlament, nach 1938 Berufswechsel, 1941-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg und amerikanische Kriegsgefangenschaft. - Nach 1945 CSU-Mitglied, 1946 Vorsitzender des Landesflüchtlingsausschusses der CSU, 1947 Vorsitzender der Union der Vertriebenen, in den sechziger Jahren Vorsitzender der CSA, 1946-1951 und 1962-1968 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1946 sozial- und volkspolitischer Referent der kirchlichen Hilfsstelle für Heimatvertriebene in München, 1948/1949 MdWR (CSU), 1949-1963 MdB (CSU), 1950-1962 Vertreter der CDU/CSU-Fraktion beim Europarat in Straßburg, 1962-1964 Staatssekretär im Bayerischen Arbeitsministerium, 1964-1966 Bayerischer Arbeitsminister, Vorsitzender der Sudetendeutschen Ackermannsgemeinde.

Schulz, Heinrich

Geb. in Zeil am Main/Ufr., gest. 12.7.1977, kath., kaufmännischer Angestellter, nach 1945 Journalist, Mitbegründer des CSU-Kreisverbands Haßfurt, im Mai 1946 zum Geschäftsführer und zum Schriftführer des CSU-Kreisverbands Haßfurt bestellt, seit 1947 2. Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Haßfurt.

Schumacher, Kurt

1895-1952, Politiker, 1924-1931 MdL (SPD) in Württemberg, 1930-1933 MdR (SPD), 1933-1943 im KL, 1944 erneut vorübergehend verhaftet. - 1946-1952 SPD-Vorsitzender, 1949-1952 MdB (SPD) und Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion.

Schwägerl, Hans

Geb. 29.7.1901 in Waldsassen/Opf., gest. 24.9.1973 in Rehau/Ofr., kath., kaufmännische Lehre in einer Porzellanfabrik in Marktredwitz. - Nach 1945 selbständiger Kaufmann und Inhaber einer Porzellanhandlung. - Mitbegründer der CSU, 1946 Schriftführer und Vorstandsmitglied der CSU in Marktredwitz, langjähriger Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Wunsiedel und dessen Ehrevorsitzender, 1946 MdVLV (CSU), 1950 MdL (CSU), 1946-1948 und 1972/1973 Kreisrat (CSU) in Wunsiedel, 1948-1973 Stadtrat (CSU) in Marktredwitz, 1959/1960 2. Bürgermeister von Marktredwitz.

Schwalber, Josef

Geb. 19.3.1902 in Fürstenfeldbruck/Obb., gest. 16.8.1969, kath., Studium der Rechtswissenschaften und der Volkswirtschaft in München, 1927 Promotion zum Dr. oec. publ., 1928 Staatsexamen für den höheren Justiz- und Verwaltungsdienst, 1929-1945 Rechtsanwalt in Dachau, bis 1933 Stadtrat (BVP) und Bezirksrat (BVP) in Dachau, 1933 vorübergehend verhaftet, 1943-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - Mitbegründer der CSU, 1947-1952 Mitglied des Landesvorstands der CSU, stellvertretender Landrat, dann Landrat in Dachau, 1945-1947 1. Bürgermeister von Dachau, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1950 MdL (CSU), 1948/1949 MdPR (CSU), 1947-1950 Staatssekretär im Bayerischen Innenministerium, 1951-1954 Bayerischer Kultusminister.

Schwappacher, Friedrich

Geb. 5.7.1885 in Bamberg/Ofr., gest. 8.3.1979 in Bad Reichenhall/Obb., Kaufmann und Kurdirektor, Geschäftsführer der CSU-Kreisverbände Berchtesgaden und Bad Reichenhall, Schriftführer des CSU-Kreisverbands Bad Reichenhall.

Schwarzer, Rudolf

Geb. 3.3.1879 in Koritschau/Österreich, gest. 26.2.1964 in München, kath., nach Schreinerlehre Fortbildung an einer Fachschule und bis 1905 in seinem Beruf tätig, seitdem Gewerkschaftssekretär, 1899-1901 Militärdienst, 1914-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, nach Kriegsende Vorsitzender im Süddeutschen Verband katholischer Arbeitervereine, 1918/1919 MdL (BVP), 1919/1920 MdVNV (BVP), 1920-1933 MdR (BVP), 1933 und 1944 vorübergehend verhaftet, 1944 KL Dachau, bis 1945 in der eigenen Immobilienfirma tätig. - Mitbegründer der CSU in München und Vorsitzender eines Ortsverbands, 1945-1948 Stadtrat (CSU) in München, langjähriges Mitglied und 1945-1949 Vorsitzender des Aufsichtsrats der Witwen- und Waisenkasse des Reichs- und Staatsdienstpersonals der Allgemeinen Lebensversicherungs AG.

Schweiger, Andreas

Geb. 20.1.1878 in Ismaning/Obb., gest. 17.1.1953, kath., Metzgermeister, Gast- und Landwirt, 1919-1933 Gemeinderat (BBB) in Ismaning. - Nach 1945 Ortsbeauftragter für Landwirtschaft in Ismaning und Leiter des Ernährungsamts A für München-Land, 1946 2. Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Oberbayern und 2. Vorsitzender des BBV in Oberbayern, 1946-1952 1. Bürgermeister von Ismaning.

Schweizer, Albert Charles

1900-1949, US-amerikanischer Architekt und Stadtplaner, seit 1943 Mitglied der European Civil Administration Division (Captain bzw. Major), 1945 Administration Officer im Regierungsbezirk Schwaben, dann Chief Administrator für die Local Military Governments, 1946-1949 Direktor der Civil Administration Division der amerikanischen Militärregierung in Bayern, 1949 Direktor der Political Affairs Division beim Landeskommissar für Bayern.

Schwend, Karl

Geb. 30.5.1890 in Bayreuth, gest. 24.2.1968 in München, kath., zunächst Laufbahn als Berufsoffizier, 1911 Leutnant, Teilnahme am Ersten Weltkrieg als Kompaniechef und Bataillonskommandeur, nach Kriegsende Jura- und Geschichtsstudium in München, Mitbegründer der BVP, 1920-1933 Chefredakteur der "Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz", Vorsitzender des Landesverbands der Bayerischen Volksparteipresse, zusammen mit Anton Pfeiffer Schriftleiter der "Politischen Zeitfragen", nach 1933 vorübergehend stellungslos, seit 1937 Aufbau des Werkschutzes bei den Dornier-Werken und bis 1945 deren 1. Sicherheitsbeauftragter, seit 1940 NSDAP-Mitglied. - Seit Mai 1947 in der Bayerischen Staatskanzlei tätig, Leiter der Abteilung Innenpolitik, seit 1948 stellvertretender Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, 1949-1954 Leiter der Bayerischen Staatskanzlei im Range eines Ministerialdirektors, 1952-1955 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1958 Generalsekretär der Akademie der bildenden Künste in München.

Schwingenstein, August

Geb. 9.3.1881 in Memmingen/Schw., gest. 5.11.1968 in Hausham/Obb., kath., nach dem Ersten Weltkrieg Verlags- und Schriftleitung des "Iller-Roth-Günzboten" in Illertissen,

dann Journalist im Bayerischen Landtag und Gründer der Pressestelle des BBMB, seit 1919 für diese Partei tätig, nach 1933 entlassen und 1935 vorübergehend verhaftet, erwarb 1939 von der Verlagsanstalt Manz in München deren Romanverlag, Kontakte zu Widerstandskreisen. - Mitbegründer der CSU, 1945/1946 Mitglied des Vorläufigen Landesausschusses der CSU, 1946 stellvertretender Vorsitzender des Agrarpolitischen Ausschusses der CSU, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1948 MdL (CSU), 1945-1952 Lizenzträger und Mitherausgeber der "Süddeutschen Zeitung".

Sedlmayr, Lorenz

Geb. 7.4.1887 in Moorenweis/Obb., gest. 14.2.1971, kath., Buchbindergehilfe, 1907/1908 Weiterbildung an der Handwerker- und Kunstgewerbeschule in Elberfeld, seit 1911 Verbandssekretär des Graphischen Zentralverbands in Köln, 1916-1919 Stadtverordneter (Zentrum) in Köln, danach in München tätig, seit 1921 Schriftleiter der Verbandszeitung des Bayerischen Postverbands, Post- und Telegraphenbeamter, 1927-1933 Redakteur der "Deutschen Post", 1928-1933 Vorstandsmitglied des Reichsbeamtenbeirats des Zentrums. - Nach 1945 CSU-Mitglied, 1946 3. Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands München, Mitglied des Vorstands des CSU-Bezirksverbands München, 1946-1950 Mitglied des Landesvorstands und des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU, 1948 Mitinitiator des Wirtschaftsbeirats der Union e.V., seit 1950 Mitherausgeber des "Bayernkurier", 1946 MdVLV (CSU) und deren Vizepräsident, Januar-September 1947 Staatssekretär im Bayerischen Wirtschaftsministerium, 1947-1950 Staatssekretär im Bayerischen Verkehrsministerium, 1948/1949 Vorsitzender des Ausschusses für Post- und Fernmeldewesen des Länderrats des Vereinigten Wirtschaftsgebiets, Mitglied des Vorstands der Fachgruppe Post im BGB.

Seelos, Gebhard

Geb. 13.3.1901 in München, gest. 18.12.1984 in Seehausen/Obb., kath., nach kaufmännischer Lehre Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in München, Diplom-Volkswirt, Promotion zum Dr. jur., 1925 Eintritt in den diplomatischen Dienst, 1927-1931 Attaché und Legationssekretär an der Botschaft in Madrid, 1931-1935 Vizekonsul in Sidney, 1935-1937 Legationssekretär an der Botschaft in Warschau, anschließend im Auswärtigen Amt tätig, 1939 Konsul in Lemberg, 1940-1942 Gesandtschaftsrat in Kopenhagen, 1944 aus politischen Gründen entlassen, bis 1945 Angehöriger einer Dolmetscherkompanie, Kontakte zum bayerischen Widerstand. - 1945-1949 Bayerischer Bevollmächtigter beim Länderrat in Stuttgart, seit 1947 Mitglied des Exekutivrats und Bayerischer Bevollmächtigter beim Vereinigten Wirtschaftsgebiet in Frankfurt, zum Staatsrat ernannt, seit 1949 BP-Mitglied, 1949-1951 MdB (BP) und Vorsitzender der BP-Fraktion, 1952 aus der BP ausgeschlossen, Rückkehr in den diplomatischen Dienst, 1953-1955 Generalkonsul in Istanbul, 1955-1958 Gesandter bzw. Botschafter in Portugal, 1958-1961 Botschafter in Griechenland, 1962-1966 Botschafter in Brasilien.

Seidel, Hanns

Geb. 12.10.1901 in Schweinheim/Ufr., gest. 5.8.1961 in München, kath., Studium der Rechtswissenschaften, Volkswirtschaft und Germanistik in Würzburg, Freiburg i.Br. und Jena, 1929 Promotion zum Dr. jur., anschließend Rechtsanwalt in Aschaffenburg, seit 1932 BVP-Mitglied, nach 1933 Konflikte mit dem NS-Regime, kurzzeitige Emigration, 1940-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - Mitbegründer der CSU in Aschaffenburg, 1947-1961 Mitglied des Landesvorstands und 1955-1961 Mitglied des geschäftsführenden

Landesvorstands der CSU, 1955-1961 Landesvorsitzender der CSU, 1945-1947 Landrat in Aschaffenburg, September 1947-1954 Bayerischer Wirtschaftsminister bzw. seit 1952 Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr, 1948/1949 Mitglied im ERP-Ausschuß des Länderrats des Vereinigten Wirtschaftsgebiets, Oktober 1957-Januar 1960 Bayerischer Ministerpräsident, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1961 MdL (CSU).

Seifried, Josef

Geb. 9.5.1892 in München, gest. 8.7.1962 in München, kath., Tätigkeit im Zeitungswesen, seit 1919 leitende Funktionen in der freigewerkschaftlichen Angestelltenbewegung in Südbayern, 1928-1933 MdL (SPD), nach 1933 vorübergehend verhaftet und aus politischen Gründen verfolgt. - 1945 aktiv am Wiederaufbau der Gewerkschaften und der SPD in Bayern beteiligt, Stadtrat (SPD) in München, 1946 MdVLV (SPD), 1946-1950 MdL (SPD), 1948 MdPR (SPD), 1946/1947 Bayerischer Innenminister.

Semler, Johannes

Geb. 16.12.1898 in Hamburg, gest. 31.1.1973 in München, ev., Studium der Rechtswissenschaften und Volkswirtschaft in Freiburg i.Br., Kiel und Berlin, 1. und 2. juristische Staatsprüfung, Promotion zum Dr. jur., Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1924 Rechtsanwalt in Hamburg und Rechtsberater verschiedener wirtschaftlicher Unternehmen, 1930-1946 Vorstandsmitglied der Deutschen Warentreuhandgesellschaft AG in Hamburg, in deren Aufsichtsrat er 1947 gewählt wurde, 1932 Ernennung zum öffentlich bestellten Wirtschaftsprüfer, seitdem Berater namhafter Industrieunternehmen und Mitglied bzw. Vorsitzender in verschiedenen Aufsichtsräten. - Mitbegründer der CSU, 1946 Vorsitzender des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der CSU, 1946/1947 Mitglied des Landesvorstands der CSU, von Landesbischof Meiser autorisierter Vertreter der evangelischen Interessen in der CSU, 1946 MdVLV (CSU), 1947 MdWR (CSU), August 1947-Januar 1948 Direktor der Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebiets, wegen Angriffen gegen die Wirtschafts- und Ernährungspolitik der Alliierten seines Amtes enthoben, 1950-1953 MdB (CSU), Mitglied der deutschen Delegation der Beratenden Versammlung des Europarats und Mitglied des europäischen Verfassungsausschusses, Vizepräsident des deutschen Rats der europäischen Bewegung, seit 1953 erneut als Wirtschaftsberater tätig.

Severing, Carl

1875-1952, Schlosser und Politiker, 1907-1912 und 1920-1933 MdR (SPD), 1919/1920 MdVNV, 1919-1933 MdL (SPD) in Preußen, 1920-1926 und 1930-1932 Preußischer Innenminister, 1928-1930 Reichsinnenminister. - 1947-1950 MdL (SPD) in Nordrhein-Westfalen.

Simpfendorfer, Wilhelm

1888-1973, Lehrer und Politiker, 1929-1933 Mitglied des Reichsvorstands des CSVD, 1930-1933 MdR (CSVD) und Vorsitzender der CSVD-Reichstagsfraktion. - Mitbegründer der CDU in Nordwürttemberg, 1946-1960 MdVLV (CDU) bzw. MdL (CDU) in Württemberg-Baden und Baden-Württemberg, 1946/1947 Kultusminister in Württemberg-Baden, 1953-1958 Kultusminister in Baden-Württemberg, 1948-1958 Vorsitzender der CDU Nordwürttemberg.

Söllner, Alwin Karl

Geb. 21.2.1914 in Hof/Ofr., ev., Schriftsetzer, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV, Geschäftsführer des CSU-Kreisverbands Hof.

Speicher, Rosine

Geb. 4.3.1884 in Wolframs-Eschenbach/Mfr., gest. 2.2.1967 in Erlangen/Mfr., kath., seit 1919 politisch aktiv, Kandidatur in der Rheinpfalz für den Land- und Reichstag, 1920/1921 Stadträtin (SPD) in Ludwigshafen, im Januar 1921 Austritt aus der SPD und der SPD-Stadtratsfraktion, im Februar 1921 Aufgabe des Stadtratsmandats, 1921 in Nürnberg Gründung der "Nürnberger Hausfrauenzeitung", 1924 Vorsitzende des Nürnberger Hausfrauenbundes, nach 1933 mehrfach vorübergehend verhaftet und politisch verfolgt, Übersiedlung nach Wien. - 1946 Delegierte zum Landesausschuß der CSU, wieder Vorsitzende des Hausfrauenbundes in Nürnberg, 1962 Rücktritt und Ehrenvorsitz, 1945-1957 Herausgeberin der "Frauenwelt".

Sporer, Ludwig

Geb. 8.4.1884 in München, gest. 6.1.1963, Architekt und Diplomingenieur, nach dem Ersten Weltkrieg mit der Kraftfahrtausbildung und der Organisation des Fahrschulwesens in Bayern betraut, April-Juli 1933 Stadtrat (BVP) in München. - Leitete die Neugründung des ADAC ein, 1946-1948 Präsident, 1948-1963 Ehrenpräsident des ADAC, nach 1945 CSU-Mitglied, 1946 Mitglied des Vorstands des CSU-Bezirksverbands München, 1946-1948 Stadtrat (CSU) in München.

Spreti, Karl Graf von

Geb. 21.5.1907 auf Schloß Kapfing bei Landshut, gest. April 1970, kath., 1930-1934 Studium der Architektur in München, Ulm und Berlin, anschließend Architekt im In- und Ausland, vor 1933 Mitglied der volkskonservativen Bewegung, später der BVP, 1939/1940 und 1944/1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg und amerikanische Kriegsgefangenschaft. - Nach seiner Entlassung Architekt in Lindau am Bodensee, CSU-Mitglied, seit 1947 Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Lindau, seit 1948 Stadtrat (CSU) in Lindau, 1949-1956 MdB (CSU), 1953-1956 Delegierter beim Europarat, 1956 Eintritt in den diplomatischen Dienst, 1956-1959 Botschafter in Luxemburg, 1959-1963 auf Kuba, 1963-1965 in Jordanien, 1965/1966 im Auswärtigen Amt in Bonn tätig, 1966-1968 Botschafter in der Dominikanischen Republik, 1968-1970 in Guatemala, am 31. März 1970 von Guerillas entführt und am 5. oder 6. April 1970 ermordet.

Staab, Otto

Geb. 1895 im Elsaß, gest. 26.9.1960 in Nürnberg, kath., Lehrer, später Rektor und Schulrat, Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1946-1948 Stadtrat (CSU) in Nürnberg, Mitglied in den Ausschüssen für Beamte und Angestellte sowie für kirchliche Angelegenheiten und Schule der CSU in Nürnberg, Spruchkammerbeisitzer, Vorsitzender der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit.

Stalin, Josef Wissarionowitsch

1879-1953, sowjetischer Politiker, 1917-1923 Volkskommissar für Nationalitätenfragen, seit 1922 Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU, nach dem Tod Lenins 1924 dessen Nachfolger in der Leitung der Partei, Vorsitzender des Ministerrats der Sowjetunion.

Stang, Georg

Geb. 20.2.1880 in Amorbach/Ufr., gest. 10.5.1951, kath., Studium der klassischen Philologie und Geschichte in Würzburg, 1902/1903 Staatsexamina für das höhere Lehramt,

Gymnasiallehrer in Amorbach, Hof, Würzburg und München, 1917/1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1912-1933 MdL (bis 1918 Zentrum, dann BVP), 1919-1929 stellvertretender Vorsitzender der BVP-Landtagsfraktion, 1929-1933 Präsident des Bayerischen Landtags, Ehrendoktorwürde der Universität Würzburg, nach 1933 mehrmals vorübergehend verhaftet. - Seit 1945 Landrat in Kaufbeuren, 1946-1951 MdL (CSU), 1950/1951 dessen Präsident, nach 1945 Oberstudiendirektor am Wilhelmsgymnasium in München.

Staudinger, Karl

Geb. 27.8.1878 in Regensburg, gest. 6.2.1964 in Regensburg, kath., Lehrer, 1912-1924 Stadtrat in Regensburg, 1935-1942 Mitglied im NS-Lehrerbund. - Seit Juli 1945 Leiter des städtischen Wohnungsamts in Regensburg, 1949 von einer Regensburger Spruchkammer als vom Befreiungsgesetz nicht betroffen erklärt, 1947-1949 Oberstadtschulrat in Regensburg, Mitglied des Kulturpolitischen Ausschusses der CSU, 1946-1956 Stadtrat (CSU) in Regensburg.

Steber, Franz

Geb. 1904, gest. 1983, kath., 1922-1926 Landessekretär der Katholischen Jungmännervereine in Bayern, seit 1926 Mitarbeiter im Jugendhaus Düsseldorf, der Zentrale des Katholischen Jungmännerverbands, vor 1933 Reichsführer der Sturmshar, 1937 vom Volksgerichtshof zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. - Mitbegründer der CSU, 1945/1946 Mitglied des Vorläufigen Landesausschusses der CSU, 1946-1948 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1946 Vorsitzender des Jugendausschusses der CSU, Mitbegründer der JU in Bayern und in Deutschland, 1947 Mitglied des Vorstands der JU Bayern, 1945 Mitbegründer der Katholischen Jungen Mannschaft in München, 1949 Direktor des Bayerischen Jugendsozialwerks, 1955-1965 Sozialreferent im Jugendhaus Düsseldorf.

Stegerwald, Adam

Geb. 14.12.1874 in Greußenheim/Ufr., gest. 3.12.1945 in Würzburg, kath., Schreinerlehre, Besuch der gewerblichen Fortbildungsschulen in Stuttgart und München, 1900/1901 und 1903-1905 volkswirtschaftliche und staatswissenschaftliche Studien in München und Köln, 1899 Mitbegründer des Zentralverbands Christlicher Holzarbeiter und bis 1903 dessen Vorsitzender, seit 1908 internationaler Sekretär der Christlichen Arbeiterorganisationen, 1902-1929 Leiter des Gesamtverbands der Christlichen Gewerkschaften und 1919-1929 Leiter des christlich-nationalen DGB, 1916 in die Führung des Kriegsernährungsamts und 1917 in das Preußische Herrenhaus berufen, 1919-1921 MdL (Zentrum) in Preußen, 1919/1920 MdVNV (Zentrum), 1920-1933 MdR (Zentrum), 1929 Vorsitzender der Zentrumsfraktion, 1919-1921 Preußischer Minister für Volkswohlfahrt, April-November 1921 Preußischer Ministerpräsident, 1929/1930 Reichsverkehrsminister, 1930-1932 Reichsarbeitsminister, Ehrendoktorwürde der Universität Bonn, 1944 vorübergehend verhaftet. - Mitbegründer der CSU in Würzburg, 1945 von den amerikanischen Militärbehörden zum Regierungspräsidenten von Unterfranken ernannt.

Stegerwald, Wilhelm

Geb. 16.5.1916 in Köln, kath., Sohn Adam Stegerwalds, humanistisches Gymnasium und höhere Handelsschule, anschließend bei der "Terra" Spar- und Lebensversicherungs AG tätig, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg, nach schwerer Verwundung Mathematikstudium. - Nach 1945 Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Füssen, 1945/1946 Leiter der AOK-Verwaltungsstelle Füssen, stellvertretender Vorsitzender der Spruchkammer Füssen, Kreisrat

(CSU) in Füssen, 1946-1948 Landrat in Neumarkt/Opf., 1946-1949 MdL (CSU), Wechsel in den diplomatischen Dienst und an der deutschen Botschaft in Südafrika tätig.

Stein, Erwin

1903, Jurist und Politiker, 1933 Staatsanwalt und Richter im hessischen Justizdienst, 1943-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg und Kriegsgefangenschaft. - 1945 Rechtsanwalt und Notar in Offenbach, 1946-1951 MdL (CDU) in Hessen, 1947-1950 Hessischer Kultus- und seit 1949 Justizminister, 1950-1971 Richter am Bundesverfassungsgericht.

Stein, Otto

Geb. 10.7.1893 in Würzburg, gest. 25.9.1980, nach 1945 zunächst CSU-Mitglied, nach innerparteilichen Querelen jedoch bald wieder ausgetreten und Mitglied der Wählergemeinschaft Wiederaufbau Würzburg, 1946-1966 Stadtrat in Würzburg, 1952-1956 3. Bürgermeister von Würzburg.

Steltzer, Theodor

1885-1967, Offizier und Politiker, 1907-1909 Studium der Volkswirtschaft, 1909-1918 Berufsoffizier, 1920-1933 Landrat in Rendsburg, seit 1939 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg, Mitglied des Kreisauer Kreises, im Januar 1945 verhaftet und wegen Vorbereitung zum Hochverrat zum Tode verurteilt. - Mitbegründer der CDU, 1945-1947 Ober- bzw. Ministerpräsident von Schleswig-Holstein.

Stiller, Walter

Geb. 1.2.1914 in Graslitz (heute Tschechische Republik), gest. 12.12.1991, nach 1945 CSU-Mitglied, Geschäftsführer des CSU-Kreisverbands Wasserburg und Mitglied des Vorstands des CSU-Bezirksverbands Oberbayern, Delegierter zum Landesausschuß der CSU, im April 1947 zum Vorsitzenden des Bezirksflüchtlingsausschusses Oberbayern gewählt, Kreisrat (CSU) in Wasserburg.

Stock, Jean

Geb. 7.6.1893 in Gelnhausen/Hessen, gest. 13.1.1965 in Aschaffenburg/Ufr., konfessionslos, Buchdruckermeister, seit 1911 Mitglied des freigewerkschaftlichen Buchdruckerverbands und SPD-Mitglied, 1917 Übertritt zur USPD, 1914-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1918 Arbeitersekretär der Freien Gewerkschaften, seit 1919 Stadtrat in Aschaffenburg, 1920-1924 MdL (SPD bzw. USPD), 1922-1933 Geschäftsführer der "Aschaffener Volkszeitung", 1933 Gründung einer eigenen Druckerei, nach 1933 mehrfach vorübergehend verhaftet. - 1945 Oberbürgermeister und Landrat in Aschaffenburg und Alzenau, seit 1946 erneut Stadtrat (SPD) in Aschaffenburg, im Dezember 1945 zum Regierungspräsidenten von Unterfranken ernannt, 1946 MdVLV (SPD), 1946-1962 MdL (SPD), 1946-1950 Vorsitzender und 1950-1958 stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, 1947-1949 Mitglied des Parlamentarischen Rats des Länderrats der US-Zone und dessen Schriftführer, 1948/1949 MdPR (SPD).

Strathmann, Hermann

Geb. 30.8.1882 in Opherdicke/Westfalen, gest. 30.11.1966 in Erlangen/Mfr., ev., Studium der ev. Theologie in Tübingen, Halle und Bonn, 1910 Habilitation und Inspektor des theologischen Stiftes in Bonn, 1910-1915 Privatdozent an der Universität Bonn, 1915/1916 außerordentlicher Professor an der Universität Heidelberg, 1916 ordentlicher Professor an der Universität Rostock, 1918 ordentlicher Professor für ev. Theologie an der Uni-

versität Erlangen, 1915-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg als Feldgeistlicher , 1919/1920 MdL (Bayerische Mittelpartei), 1920-1933 MdR (bis 1924 Bayerische Mittelpartei, bis 1930 DNVP, dann CSVD). - Nach 1945 CSU-Mitglied, 1946/1947 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV, 1946-1950 MdL (CSU), der Bayerische Verfassungsgerichtshof erkannte aufgrund eines Einspruchs der amerikanischen Militärregierung im September 1947 Strathmann das Mandat ab, hob seine Entscheidung jedoch im März 1949 wieder auf, 1946 von seiner Lehrtätigkeit suspendiert, 1947 entlassen, 1948 rehabilitiert und im selben Jahr emeritiert.

Straub, Johannes

Geb. 18.10.1912 in Ulm, kath., Studium der klassischen Philologie und Geschichte in Tübingen und Berlin, Mitglied im Windthorst-Bund und in der Studentenorganisation des Zentrums, Promotion und Habilitation in Berlin, 1943 Dozent an der Universität Berlin, 1944 außerordentlicher Professor, 1946 ordentlicher Professor für Alte Geschichte an der Universität Erlangen, 1953 ordentlicher Professor an der Universität Bonn.

Strauß, Franz Josef

Geb. 6.9.1915 in München, gest. 3.10.1988 in Regensburg, kath., 1936-1941 Studium der klassischen Philologie, Germanistik, Geschichte, Archäologie und Volkswirtschaft in München, 1. und 2. Staatsexamen für das höhere Lehramt, 1943 Studienrat, 1939-1945 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg (zuletzt Oberleutnant), April-Juni 1945 amerikanische Kriegsgefangenschaft. - Mitbegründer der CSU in Schongau, 1946 stellvertretender Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Schongau, 1946-1988 Mitglied des Landesvorstands und des geschäftsführenden Landesvorstands bzw. Präsidiums der CSU, 1948-1952 Generalsekretär der CSU, 1952-1961 stellvertretender Vorsitzender, 1961-1988 Vorsitzender der CSU, 1945 von den amerikanischen Militärbehörden zum stellvertretenden Landrat in Schongau ernannt, 1946-1948 Landrat in Schongau, Jugendreferent im Bayerischen Kultusministerium, 1948 Oberregierungsrat im Bayerischen Innenministerium und Leiter des Bayerischen Landesjugendamts, 1948/1949 MdWR (CSU), 1949-1978 MdB (CSU), 1953-1957 und 1963-1966 Vorsitzender der CSU-Landesgruppe und zugleich stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion, 1953-1955 Bundesminister für besondere Aufgaben, 1955/1956 Bundesminister für Atomfragen, 1956-1962 Bundesverteidigungsminister, 1966-1969 Bundesfinanzminister, 1978-1988 MdL (CSU), 1978-1988 Bayerischer Ministerpräsident, 1980 Kanzlerkandidat der CDU/CSU.

Strauß, Walter

1900-1976, Jurist und Politiker, 1928-1935 Referent im Reichswirtschaftsministerium, 1935 zwangsweise in den Ruhestand versetzt. - Mitbegründer der CDU in Berlin, 1946/1947 Staatssekretär im Hessischen Justizministerium, 1947/1948 stellvertretender Direktor der Verwaltung für Wirtschaft, 1948/1949 Leiter des Rechtsamts des Vereinigten Wirtschaftsgebiets, 1948/1949 MdPR (CDU), 1949-1963 Staatssekretär im Bundesjustizministerium, 1963-1970 Richter am Europäischen Gerichtshof.

Streicher, Julius

1885-1946, Lehrer und Politiker, 1919 Mitbegründer der Deutsch-Sozialen Partei, seit 1921 NSDAP-Mitglied, 1923 Teilnahme am Hitler-Putsch, 1923-1945 Herausgeber des von ihm gegründeten "Stürmer", 1925-1940 Gauleiter in Franken, 1924-1932 MdL (NSDAP), 1932-1945 MdR (NSDAP). - 1946 im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß zum Tode verurteilt und am 16.10.1946 hingerichtet.

Strenkert, Paul

Geb. 9.1.1899 in Oedheim/Württemberg, gest. 1.12.1989, kath., 1913-1930 Bergmann im Steinsalzbergbau, Weiterbildung an der christlichen Gewerkschaftsschule und 1928/1929 an der Katholischen Sozialen Volkshochschule, Teilnahme am Ersten und Zweiten Weltkrieg, Kriegsgefangenschaft, seit dem Ersten Weltkrieg in der katholischen Jugend-, Arbeiter- und der christlichen Gewerkschaftsbewegung engagiert, seit 1918 Mitglied des Zentrums bzw. der BVP, 1932/1933 Stadtrat (BVP) in Kempten, 1930-1933 Arbeiter- und Diözesansekretär in der Diözese Augsburg, nach 1933 vorübergehend verhaftet und seiner Stellung enthoben. - Mitbegründer der CSU, 1952-1967 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1945-1962 erneut Stadtrat (CSU) in Kempten, 1950-1966 MdL (CSU), 1957-1962 Staatssekretär im Bayerischen Arbeitsministerium, 1962-1964 Bayerischer Arbeitsminister, 1946-1957 Arbeiter- und Diözesansekretär in der Diözese Augsburg, nach 1945 beteiligt am Aufbau der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Arbeitnehmerorganisationen sowie an der Gründung des BGB und des DGB, 1950-1957 Mitglied im Vorstand der Landesversicherungsanstalt Schwaben in Augsburg und Vorstandsvorsitzender der AOK Kempten, 1953 und 1957 Präsident des Allgäuer Katholikentags, 1958 Vizepräsident des 78. Deutschen Katholikentags in Berlin.

Stücklen, Georg

Geb. 24.7.1875 in Nürnberg, gest. 5.3.1956 in Heideck/Mfr., kath., Schlosser, als Geselle in verschiedenen Werkstätten tätig, Meisterprüfung, 1898 Übernahme einer Schlosserei, 1915-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1922-1933 Bürgermeister von Heideck, nach 1933 vorübergehend verhaftet und bis 1945 unter Polizeiaufsicht. - Mitbegründer und Kreisvorsitzender der CSU, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1950 MdL (CSU) und dessen Alterspräsident, 1945-1948 Bürgermeister von Heideck, stellvertretender Landrat und Kreisrat (CSU) in Hilpoltstein.

Stücklen, Richard

Geb. 20.8.1916 in Heideck/Mfr., kath., Sohn Georg Stücklens, Lehre im Elektrohandwerk und Gesellenprüfung, anschließend Studium der Ingenieurwissenschaften (Elektrotechnik), 1936 zum Arbeitsdienst eingezogen, bis 1942 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg, dann in der Elektroindustrie dienstverpflichtet, 1944 Abschluß des Studiums (Elektroingenieur) und Abteilungsleiter in einem Betrieb der AEG in Freiberg/Sachsen. - Mitbegründer der CSU und der JU Mittelfranken, seit 1950 Mitglied des Landesvorstands sowie 1953-1955 und seit 1967 Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands bzw. Präsidiums der CSU, 1949-1990 MdB (CSU), 1953-1957 stellvertretender Vorsitzender der CSU-Landesgruppe und der CDU/CSU-Fraktion, 1966-1976 Vorsitzender der CSU-Landesgruppe und stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion, 1976-1979 und 1983-1990 Vizepräsident des Deutschen Bundestags, 1979-1983 Bundestagspräsident, 1957-1966 Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen.

Stürmann, Josef

Geb. 1906 in Münster, gest. 1.1.1959, kath., Studium der Philosophie und Psychologie, 1928 Promotion zum Dr. phil., seit 1932 wissenschaftlicher Assistent (Psychologie) an der Universität München, vor 1933 Landesleiter der katholischen Studentenschaft der BVP, nach 1933 Habilitationsverbot und wiederholt vorübergehend verhaftet, 1944 KL Dachau, Mitglied des monarchistischen Widerstandes in Bayern, 1933-1945 in kaufmännischen Berufen tätig. - 1948-1950 MdL (CSU), 1945/1946 geschäftsführender Präsident des BRK,

1947 Habilitation, im selben Jahr zum Universitätsdozenten und außerplanmäßigen Professor für Philosophie an der Universität München ernannt, 1957 beamteter außerordentlicher Professor in München.

Strützel, Karl

1872-1944, Jurist und BVP-Politiker, nach Jurastudium und Promotion im bayerischen Staatsdienst tätig, 1920 Ministerialrat im Staatsministerium für soziale Fürsorge, Bayerischer Staatskommissar für das Hilfswerk Oppau, 1924-1933 Bayerischer Innenminister.

Sturm, Joseph

Geb. 5.2.1888 in Thürnthenning/Ndb., gest. 24.9.1962 in Greßlsbach, kath., seit 1914 Landwirt in Greßlsbach, 1914-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1919 Mitglied der Bezirksbauernkammer Dingolfing, Bezirksobmann der Bayerischen Christlichen Bauernvereine, seit 1919 Gemeinderat in Thürnthenning, seit 1928 Bezirksrat in Dingolfing, 1932/1933 MdR (BVP), 1933 und 1944 vorübergehend verhaftet, 1944 Arbeitseinsatz in einer Landshuter Fabrik. - 1945 von den amerikanischen Militärbehörden zum Bürgermeister von Thürnthenning ernannt, Mitbegründer der CSU, 1945/1946 Gründungspräsident des BBV, 1946-1962 Kreisrat (CSU) in Dingolfing, 1947-1962 MdS.

Sühler, Adam

Geb. 25.3.1889 in Lindau/Ofr., gest. 27.1.1964, ev., 1903-1905 Landwirtschaftsschule in Wunsiedel, 1907-1910 Militärdienst, 1914-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1919 Übernahme des elterlichen Hofes, den er bis 1952 bewirtschaftete, stellvertretender Vorsitzender des Bayerischen Landbundes, 1928-1932 MdL (Bayerischer Landbund), 1925 1. Bürgermeister von Lindau/Ofr., Mitglied der Bezirksbauernkammer Kulmbach-Land und der Kreisbauernkammer Oberfranken, ehrenamtliches Mitglied des Finanzgerichts und des Oberbewertungsausschusses beim Landesfinanzamt Nürnberg, 1922-1928 Sachverständiger der Steuerkommission der Bayerischen Landesbauernkammer, Mitglied des Deutschen Landwirtschaftsrats, nach 1933 aller Ämter enthoben. - Seit 1945 CSU-Mitglied, 1946-1950 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1949 MdL (CSU) und Mitglied des Vorstands der CSU-Landtagsfraktion, 1950-1963 MdS, 1952-1958 als Schriftführer Mitglied des Senatspräsidiums, 1958-1961 Vertreter des Senats im Rundfunkrat, September 1947-1950 Staatssekretär im Bayerischen Landwirtschaftsministerium, nach 1945 erneut Bürgermeister von Lindau/Ofr., 1947 Landrat, 1946-1958 Präsident, später Ehrenpräsident des BBV in Oberfranken.

Temmel, Andreas

Geb. 26.10.1891 in Steinach/Ndb., gest. 5.12.1949, kath., Bankbeamter, vor 1933 BVP-Mitglied. - 1945 von den amerikanischen Militärbehörden als Oberbürgermeister von Straubing eingesetzt, Mitbegründer der CSU in Straubing und Kassier des CSU-Kreisverbands Straubing, Direktor der Gewerbebank Straubing.

Thierfelder, Franz

Geb. 24.4.1896 in Deutschenbora/Sachsen, gest. 23.4.1963 in Dachau/Obb., ev., Fürstenschule in Meißen und Studium in Leipzig, Promotion zum Dr. phil. und Dr. rer. pol., 1923-1926 politischer Redakteur in Beuthen, Kattowitz, Goslar und Dresden, seit 1926 Referent bei der Deutschen Akademie in München, 1931-1937 deren Generalsekretär, 1937 Rücktritt aus politischen Gründen, bis 1945 freier Schriftsteller, Veröffentlichungs-

verbot, 1943 Vermögen durch die Gestapo beschlagnahmt. - Nach 1945 CSU-Mitglied, 1946 stellvertretender Vorsitzender des Jugendausschusses der CSU, 1946 MdVLV (CSU), kommissarischer Generalsekretär der Deutschen Akademie in München, Syndikus der Universität München und der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, außerordentliches Mitglied der Historischen Kommission in München, 1949/1950 Referent im Hessischen Kultusministerium, 1951-1960 Generalsekretär des Stuttgarter Instituts für Auslandsbeziehungen.

Thomas, Georg

1890-1946, Berufsoffizier (General der Infanterie), Teilnahme am Ersten Weltkrieg, nach Kriegsende in die Reichswehr übernommen, 1935 Chef der Amtsgruppe Wehrwirtschaftsstab im Oberkommando des Heeres, 1939-1942 Chef des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamts, nach dem 20. Juli 1944 wegen angeblicher Kontakte zum Widerstand verhaftet und bis Kriegsende in Haft.

Thomas, Otto

Geb. 12.6.1907 in Erbdorf/Opf., gest. 2.8.1973, kath., 1922-1925 Schreinerlehre, 1925-1936 Geselle, dann Meisterprüfung, seit 1938 selbständiger Gewerbetreibender im Möbelfachhandel, 1940/1941 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - 1945-1953 Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Neustadt an der Waldnaab, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV, nach 1945 freiberuflicher Werksvertreter, 1953 Aushilfsangestellter, 1960-1963 Angestellter beim Ausgleichsamt Neustadt an der Waldnaab, 1964-1970 Angestellter beim Landkreis Neustadt an der Waldnaab.

Timm, Johannes

Geb. 13.4.1866 in Schashagen/Holstein, gest. im Dezember 1945, Schneiderlehre, 1891-1898 Angestellter bei der Berliner Filiale des Deutschen Schneider- und Schneiderinnenverbands, seit 1898 Arbeitersekretär in München, seit 1911 Geschäftsleiter des Arbeiter- und Gewerkschaftssekretariats München und Vorsitzender des Gewerkschaftsvereins München, 1904-1919 Vorsitzender des Bezirks Südbayern der SPD, 1905-1933 MdL (SPD) und zeitweise Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, 1918/1919 Bayerischer Justizminister, 1920-1931 Leiter der Landesabteilung Bayern der Reichszentrale für Heimatdienst. - 1945 an der Wiedegründung der SPD in Bayern beteiligt.

Tresckow, Henning von

1901-1944, Berufsoffizier (Oberst), Teilnahme am Ersten Weltkrieg, nach Kriegsende Börsenmakler, 1924 Eintritt in die Reichswehr, nach Ausbruch des Zweiten Weltkriegs Generalstabsoffizier bei verschiedenen Verbänden, führendes Mitglied der Militäropposition gegen den Nationalsozialismus und Planer mehrerer Attentate, beging nach dem Scheitern des Attentats am 20. Juli 1944 Selbstmord.

Trettenbach, Martin

Geb. 13.11.1891 in Kempten/Schw., gest. 30.10.1971, kurzzeitig Besuch der Handelshochschule in München, bis 1933 Geschäftsführer einer Landkrankenkasse und des Landesverbands der bayerischen Landkrankenkassen, vor 1933 BVP-Mitglied und Mitglied des Wirtschaftsbeirats der BVP, nach 1933 entlassen, bis 1941 Vertreter der Firma Kaut-Bullinger & Co. in München, später Geschäftsführer des Reichsverbands der Betriebskrankenkassen. - Mitbegründer und bis 1950 Kreisvorsitzender der CSU in Pfaffenhofen an

der Ilm, 1952-1955 Mitglied des Landesvorstands der CSU, bis 1949 Stadtrat (CSU) in Pfaffenhofen an der Ilm, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1950 MdL (CSU), Geschäftsführer des Landesverbands der Betriebskrankenkassen in Bayern.

Ulrich, Fidelis

Geb. 22.9.1876 in Fürth/Mfr., gest. 5.8.1958, kath., Glasarbeiter, 1910-1912 Mesner der Kirche St. Heinrich in Fürth, 1912-1938 und während des Zweiten Weltkriegs Mesner an der Stadtpfarrkirche Zu unserer Lieben Frau in Fürth, 1899 Mitbegründer und Vorsitzender des Katholischen Werkvolks in Fürth, Leiter des Katholischen Arbeitervereins, 1901 Mitbegründer des Christlichen Keramik-Arbeiterverbands und dessen Vorsitzender in Fürth. - Mitbegründer der CSU in Fürth, Armenrat, Laienrichter und Jugendpfleger in Fürth, Vorsitzender des Bezirksfürsorgeverbands.

Vacca, Peter

Intelligence Offizier (Major), 1945-1947 Leiter der Intelligence Branch der amerikanischen Militärregierung in Bayern, 1947-1949 Leiter der Intelligence Division bzw. der Intelligence Branch der amerikanischen Militärregierung in Württemberg-Baden.

Voretzsch, Ernst-Arthur

Geb. 13.8.1868 in Lucka/Sachsen-Altenburg, gest. 17.5.1965, ev., 1889-1892 Jurastudium in Göttingen und Berlin, 1892 Kammergerichtsreferendar, 1893/1894 juristischer Vorbereitungsdienst, 1893 Promotion zum Dr. jur., 1895 Regierungsreferendar, 1898 Regierungsassessor, 1899 Aspirant im höheren Konsulardienst im Auswärtigen Amt, 1901 am Generalkonsulat in Kalkutta, seit April 1904 Vizekonsul, 1904 im Auswärtigen Amt, 1905 Vertreter des Generalkonsuls in Kristiania, seit Mai 1905 Vizekonsul beim Generalkonsulat in Kapstadt und mit der kommissarischen Leitung der Geschäfte des Konsulats Johannesburg beauftragt, 1906 zum Konsul in Hongkong ernannt, Dezember 1913-März 1914 vertretungsweise mit der Leitung des Konsulats Triest beauftragt, 1915 im Generalkonsulat Shanghai, 1916 mit der Leitung des Konsulats Hankau beauftragt, 1917 Rückkehr nach Deutschland, im Juni 1917 Vertreter des Generalkonsuls in Kristiania, 1917 Generalkonsul, 1917-1920 verschiedene Ämter bei der deutschen Vertretung in Kristiania, im September 1920 Gesandter in Lissabon, im April 1928 Botschafter in Tokio, im Dezember 1933 wegen Erreichens der Altersgrenze in den Ruhestand getreten. - Mitbegründer der CSU in Mittelfranken, 1946 Mitglied des Ausschusses der CSU für Zwischenstaatliche Beziehungen, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV, 1958 Ehrendoktorwürde der Universität Erlangen.

Vorhölzer, Robert

Geb. 13.6.1884 in Memmingen/Schw., gest. 28.10.1954 in München, kath., 1904-1908 Architekturstudium in München, 1910/1911 wissenschaftlicher Assistent an der TH München, 1911/1912 Regierungsbaumeister und Anwärter für den höheren Dienst bei der Eisenbahndirektion München, 1913-1919 Eisenbahnassessor bei den Eisenbahndirektionen München und Augsburg, 1916-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1919/1920 Direktionsrat bei der Reichsbahndirektion Augsburg, 1920-1930 Oberpostbaurat bei der Oberpostdirektion München, 1930-1935 ordentlicher Professor an der TH München, 1935 in den einstweiligen Ruhestand versetzt, seit 1939 Professor an der Kunstakademie Istanbul. - November 1945-1952 ordentlicher Professor für Baukunst an der TH München, 1946 Mitglied des Kunstausschusses der CSU.

Wackerl, Josef

Geb. 3.3.1900 in Ottmarshart/Obb., gest. 6.1.1947 in Prittlbach/Obb., kath., seit 1927 Landwirt in Prittlbach. - 1945 von den amerikanischen Militärbehörden zum Bürgermeister von Prittlbach ernannt, 1946 durch Wahl bestätigt, Mitglied der CSU in Dachau, 1946/1947 Delegierter zum Landesauschuß der CSU.

Wäger, Alfred

1883-1956, Berufsoffizier (General der Infanterie), 1914-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1919 in die Reichswehr übernommen, seit Oktober 1931 Oberst und Chef des Stabs der 7. (bayerischen) Division, seit April 1934 Generalmajor und Kommandant von Regensburg, 1938 als Generalleutnant Kommandeur des Kommandostabs Oberrhein, 1939 Kommandeur des XXV. Armeekorps, 1939-1941 Kommandeur des XXXIV. Armeekorps, im August 1942 ausgeschieden.

Wagner, Adolf

1890-1944, Bergwerksdirektor und Politiker, seit 1923 NSDAP-Mitglied, seit 1924 MdL (Völkischer Block bzw. NSDAP), seit 1933 MdR (NSDAP), 1928 Gauleiter für die Oberpfalz, seit 1929 Gauleiter für München/Oberbayern, seit 1933 Bayerischer Innenminister, seit 1936 Bayerischer Kultusminister und stellvertretender Ministerpräsident.

Warmuth, Karl

Geb. 7.11.1903 in Freising/Obb., gest. 30.1.1954 in Freising/Obb., kath., Buchdruckermeister und Druckereibesitzer, 1920 Mitbegründer des katholischen Studentenbundes Amicitia, BVP-Mitglied, 1930-1933 Stadtrat (BVP) in Freising, 1933 vorübergehend verhaftet. - Mitbegründer der CSU in Freising und 1946-1948 deren Ortsvorsitzender, 1946-1954 Stadtrat (CSU) in Freising und zeitweise Vorsitzender der CSU-Stadtratsfraktion, 1947-1951 2. Bürgermeister von Freising.

Wechs, Thomas

Geb. 6.3.1893 in Bad Oberdorf/Schw., gest. 21.7.1970 in Augsburg, nach Studium der Architektur im Reichspostministerium tätig, seit 1922 freischaffender Architekt in Augsburg (Kirchenbauten, Wohnungs- und Städtebau), in den dreißiger Jahren führender Kirchenbaumeister in der Diözese Augsburg. - Nach 1945 Baureferent bei der Regierung von Schwaben, dann wieder Kirchenbaumeister, 1946 Mitglied des Kunstausschusses der CSU.

Wegner, Franz

Geb. 6.11.1916 in Würzburg, kath., seit 1933 Direktor der Fränkischen Gesellschaftsdruckerei und des Echter Verlags, 1945 als Mitglied des Presseausschusses der CSU vorgesehen.

Weig, Josef

Geb. 10.2.1891 in Schönbrunn/Opf., gest. 7.11.1963, kath., Bauer und Gutsbesitzer, vor 1933 BVP-Mitglied, 1937 aus politischen Gründen von einem Sondergericht in Nürnberg verurteilt und mehrere Monate inhaftiert. - Nach 1945 CSU-Mitglied, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV, Gemeinderat (CSU), im landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen (Raiffeisen) und in Berufsverbänden engagiert.

Wein, Karl

Geb. 15.7.1899 in Donauwörth/Schw., gest. 4.6.1969 in Cham/Opf., kath., Schriftsetzer, Besitzer einer Druckerei und eines Bürobedarfshauses, journalistische Tätigkeit beim in der elterlichen Druckerei hergestellten "Chamer Tagblatt", vor 1933 BVP-Mitglied, 1933 vorübergehend verhaftet, 1934 Einstellung des "Chamer Tagblatts", Mitglied einer Widerstandsgruppe, Einberufung zur Luftschutzpolizei und zur Wehrmacht. - 1945 von den amerikanischen Militärbehörden als 2. Bürgermeister von Cham eingesetzt, CSU-Mitglied, 1946-1952 Kreisrat (CSU) in Cham, 1946-1960 Stadtrat (CSU) in Cham, Mitglied im Presseausschuß der CSU, Mitbegründer des Industrie- und Handelsgremiums in Cham, Mitglied der Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer Regensburg, Mitglied des Vorstands einer gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft in Cham, 1953-1969 Vorstandsvorsitzender der AOK Cham.

Weinkamm, Otto

Geb. 13.2.1902 in Aschaffenburg/Ufr., gest. 27.1.1968 in Augsburg, kath., 1921-1926 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften sowie der Wirtschaftswissenschaften in München, 1926-1928 Referendarzeit, 1928 große Staatsprüfung für den höheren Justiz- und Verwaltungsdienst, seit 1929 Rechtsanwalt, später Fachanwalt für Steuerrecht in Augsburg, 1930-1933 Stadtrat (BVP) in Augsburg, nach 1933 vorübergehend verhaftet, 1942-1945 Dienst bei der Luftnachrichtentruppe in Augsburg. - Mitbegründer der CSU in Augsburg, in der Folgezeit auch Vorstandsmitglied der CSU in Augsburg, 1957-1961 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Schwaben, 1957-1961 Mitglied des Landesvorstands der CSU, 1945-1952 hauptamtlicher Wirtschaftsreferent in der Augsburger Stadtverwaltung, im Juni 1946 Wahl zum Oberbürgermeister von Augsburg, die Bestätigung durch die amerikanische Militärregierung erfolgte jedoch nicht, 1947-1949 MdWR (CSU), 1953-1957 MdL (CSU), 1957-1965 MdB (CSU), 1959-1966 MdEP, 1950-1952 Staatssekretär im Bayerischen Justizministerium, 1952-1954 Bayerischer Justizminister.

Weinzierl, Georg

Geb. 5.12.1896 in Sinzing, Schlosserlehre, 1914-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, nach Kriegsende Schlosser im Reichsbahn-Ausbesserungswerk Ingolstadt, 1925 als Schlossermeister Gründung eines eigenen Betriebs, 1927-1933 BVP-Mitglied, 1939-1941 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - Im Januar 1946 Mitbegründer des CSU-Kreisverbands Eichstätt und bis 1947 dessen Vorsitzender, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1950 MdL (CSU), 2. Bürgermeister von Eichstätt, 1945-1947 mit der Leitung der Kreishandwerkerschaft betraut, Obermeister der Schlosserinnung, Vorstandsmitglied der Handwerkskammer Mittelfranken.

Weiskopf, Heinrich

Geb. 18.10.1889 in Augsburg, gest. 1986, ev., 1908 Militärdienst, seit 1919 Studium in München, Berlin und Würzburg, 1913 Promotion zum Dr. jur. et rer. pol., 1919 große juristische Staatsprüfung, anschließend Assessor in der Bayerischen Finanzverwaltung, 1920 Regierungsrat am Landesfinanzamt Nürnberg, stellvertretender Amtsvorsteher in Hersbruck, 1926-1931 Vorsteher des Finanzamts Kulmbach, dann Fachanwalt für Steuerrecht in Kulmbach, nach 1933 Aberkennung des Titels Fachanwalt für Steuerrecht, gegen Ende des Zweiten Weltkriegs zum Volkssturm eingezogen. - Nach 1945 wieder als Anwalt zugelassen, 1946 Mitbegründer und langjähriger Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Kulmbach-Stadt, seit 1968 dessen Ehrevorsitzender, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV, 1946-1952 und 1956-1972 Stadtrat (CSU) in Kulmbach.

Weismantel, Leo

Geb. 10.6.1888 in Obersinn/Ufr., gest. 16.9.1964 in Rodalben/Pfalz, kath., 1908-1914 Studium der Philologie, Philosophie, Naturwissenschaften und Geographie in Würzburg, 1914 Promotion zum Dr. phil., bis 1919 Studienrat in Würzburg, anschließend freier Schriftsteller in München, 1924-1928 MdL (Freie Vereinigung), 1928 Gründer der "Schule der Volkschaft" in Marktbreit, 1936 nach deren Schließung erneut freier Schriftsteller, 1939 und 1944 in Gestapo-Haft. - 1945-1947 kommissarischer Schulrat in Gemünden, 1947-1951 Professor am Pädagogischen Institut in Fulda, dann in Jugenheim an der Bergstraße.

Weixler, Franz Peter

Geb. 31.8.1899 in München, gest. 23.4.1971 in Bad Reichenhall/Obb., kath., nach Besuch der Realschule Studium der Bankwissenschaft an der Handelshochschule Berlin, 1917/1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1919 Mitglied im Freikorps Epp, 1922-1924 Leiter der Börsen- und Effektenabteilung bei der Creditbank für Industrie und Landwirtschaft in Berlin, 1924-1926 Direktor der Reichsbundbank AG in Berlin, 1926-1930 Mitinhaber der Baukommandite Weixler & Co. in Berlin, 1930-1936 Direktor der Filiale der Preußischen Landespfandbriefanstalt in München, 1937 aus politischen Gründen entlassen, 1937-1939 stellungslos und als Fotograf und Schriftsteller tätig, vor 1933 im katholischen Vereinswesen engagiert, Mitglied der Christlichen Gewerkschaften, Mitglied der BVP und des Wirtschaftsbeirats der BVP, 1933 Anwärter der NSDAP und der allgemeinen SS, im März 1934 ausgeschlossen, Mitglied verschiedener Widerstandsgruppen, 1934 Verhaftung und Einleitung eines Sondergerichtsverfahrens, das aufgrund einer Amnestie eingestellt wurde, 1939-1941 Teilnahme am Zweiten Weltkrieg, aus politischen Gründen aus der Wehrmacht entlassen, degradiert und als "wehrunwürdig" eingestuft, 1943 erneut vorübergehend verhaftet, Januar 1944-April 1945 in Haft und wegen Wehrkraftzersetzung und Verstoß gegen das Heimtückegesetz angeklagt. - Mitbegründer und Vorsitzender der CSU in Krailling, Delegierter zu Landesausschuß und Landesversammlung der CSU.

Werkmeister, Leopold

Geb. 30.6.1889 in München, gest. 26.5.1966 in Amberg/Opf., kath., Landwirtschaftsrat, 1934-1946 Direktor der Landwirtschaftsschule Münchberg bzw. der Landwirtschaftsstelle Münchberg, im November 1945 mit der vorläufigen Führung der Amtsgeschäfte des Landrats in Münchberg betraut, im Februar 1946 seines Amtes enthoben.

Wetzel, Georg

Geb. 26.7.1915 in Forchheim/Ofr., kath., 1930-1933 kaufmännische Lehre in einem Bau-geschäft und dort bis 1934 als Angestellter tätig, dann vorübergehend stellungslos, vor 1933 in der Bayernwacht engagiert, während des Dritten Reiches als politisch unzuverlässig eingestuft und beruflich benachteiligt. - Mitbegründer der CSU in Forchheim, Dezember 1945-März 1946 Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Forchheim, Stadtrat (CSU) in Forchheim und mehrere Jahre Vorsitzender der CSU-Stadtratsfraktion, 1966-1972 3. Bürgermeister von Forchheim, 1954-1962 Bezirksrat (CSU) für Oberfranken, nach 1945 zunächst einige Jahre im Landratsamt Forchheim tätig, dann bis 1980 im elterlichen Geschäft.

Weyh, Robert

Geb. 9.11.1900 in Schmalkalden, gest. 1.4.1986, ev., Jurist, 1946-1957 Rechtsanwalt in Riedenburg, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV, 1948 juristischer Beisitzer des Land-schiedsgerichts der CSU.

Wildenauer, Eduard

Geb. 30.4.1920 in Regensburg, kath., seit 1931 Mitglied im Bund Neudeutschland. - Nach 1945 CSU-Mitglied in Karlstadt, Stadtrat in Bamberg.

Wilhelm, Josef

Geb. 13.2.1919, nach Studium der Medizin und Promotion zum Dr. med. praktischer Arzt in Pfullingen, als Student 1947/1948 Vorsitzender der JU in Erlangen, März-Juni 1948 3. Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Erlangen.

Wimmer, Thomas

Geb. 7.1.1887 in Siglfing/Obb., gest. 18.1.1964 in München, kath., Schreinerlehre in Erding, 1903 Übersiedlung nach München, dann Wanderschaft nach St. Gallen und Winterthur, 1904 Rückkehr nach München und bis Kriegsausbruch in einer Möbelfabrik tätig, Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1918-1933 Mitarbeiter des Arbeitsamts München, 1925-1933 Stadtrat (SPD) in München, nach 1933 mehrmals verhaftet. - Im August 1945 zum 3. Bürgermeister von München ernannt, 1946 2. Bürgermeister von München, 1948-1960 Oberbürgermeister von München, 1946 MdVLV (SPD), 1946-1958 MdL (SPD), Vorsitzender des Bezirks Südbayern der SPD.

Winkler, Martin

Geb. 15.2.1885 in Amberg/Opf., gest. 30.5.1959, kath., Jurastudium in München und Erlangen, 1910 Promotion zum Dr. jur., anschließend Studium der Volkswirtschaft in München, nach seiner Übersiedlung nach Schnaittenbach in Landwirtschaft und Industrie tätig, 1918-1928 Geschäftsführer, BVP-Mitglied, 1919-1933 Vorsitzender des Bezirkstags Amberg, Gemeinderat in Schnaittenbach, 1933 seiner Ämter enthoben und vorübergehend verhaftet, während des Zweiten Weltkriegs Führung eines landwirtschaftlichen Gutes. - Mai 1945-1958 Landrat in Amberg, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1950 MdL (CSU).

Winkler, Wilhelm

Archivrat, Mitbegründer der CSU, 1946-1949 Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Ebersberg.

Wittmann, Franziska

Geb. 28.12.1885 in Vohburg, gest. 12.11.1982 in Augsburg, kath., Volksschullehrerin, bis 1933 Leiterin der städtischen Berufsschule für Mädchen in Augsburg, 1919-1933 Stadträtin (BVP) in Augsburg, nach 1933 vorübergehend verhaftet, 1934 in den Ruhestand versetzt. - 1945 Direktorin der Hauswirtschaftlichen Berufsschule, der städtischen Haushaltungsschule und der Frauenfachschule in Augsburg, 1945 Mitglied des Stadtbeirats in Augsburg, 1946-1948 Stadträtin (CSU) in Augsburg und Stadtschulrätin.

Wittmann, Julian

Geb. 8.1.1891 in Buchberg/Opf., gest. 17.8.1951, kath., Studium der Philosophie in Eichstätt, 1914-1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, nach Kriegsende Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Erlangen, 1921 Promotion zum Dr. jur., 1923 juristische Staatsprüfung, dann Syndikus einer Fabrik in Burgkunstadt, 1924-1943 Rechtsanwalt in Burgkunstadt, seit 1928 BVP-Mitglied, Vorsitzender des Bezirkstags Lichtenfels, nach 1933 zweimal vorübergehend verhaftet. - 1945 von den amerikanischen Militärbehörden zum stellvertretenden Bürgermeister von Burgkunstadt ernannt, seit Juli 1945 Bürgermeister von Lichtenfels, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1951 MdL (CSU).

Wölfel, Johann

1902-1944, Jurist, Rechtsanwalt in Bamberg, 1944 vom Volksgerichtshof wegen Wehrkraftzersetzung und Feindbegünstigung zum Tode verurteilt und am 3.7.1944 hingerichtet.

Wohleb, Leo

1888-1955, Gymnasiallehrer und Politiker, 1931-1934 Mitglied des Badischen Staatsrats, 1934-1945 Direktor des Gymnasiums Baden-Baden. - Mitbegründer und 1946-1948 Vorsitzender der CDU in Südbaden, 1946 Leiter des Badischen Kultusministeriums, Präsident des Staatssekretariats, Präsident der Beratenden Landesversammlung, 1947-1952 Staatspräsident von Baden, 1952-1955 Botschafter in Lissabon.

Wolf, August

Geb. 27.8.1883 in Heidenfeld/Ufr., gest. 1.3.1961, kath., Landwirt, vor 1933 Mitglied der Bayerischen Christlichen Bauernvereine und der BVP, 1925-1935 Bürgermeister von Heidenfeld, 1935 auf Anweisung der NSDAP-Kreisleitung abgesetzt, Schöffe am Landgericht Schweinfurt. - 1945-1948 erneut Bürgermeister von Heidenfeld, seit 1946 Kreisrat (CSU) in Schweinfurt, 1946 Kandidat (CSU) für die VLV.

Wutzlhofer, Hans

Geb. 2.4.1893 in Kelheim/Ndb., gest. 24.4.1969 in Heigenbrücken/Ufr., kath., Studium der Philosophie, Staatswissenschaften und Kunstgeschichte in Regensburg, Würzburg, München und Erlangen, Promotion zum Dr. phil., vor 1933 bei Finanzbehörden und Verlagen tätig, 1924-1933 Geschäftsführer der BVP im Regierungsbezirk Oberpfalz, nach 1933 mehrfach in Haft und vorübergehend arbeitslos, 1935 Direktor einer Buch- und Verlagsdruckerei, aus politischen Gründen entlassen, übernahm 1936 Hotel und Gaststätte der Schwiegereltern in Heigenbrücken, Kontakte zum Widerstand, stand unter strenger Bewachung und entging 1944 knapp einer erneuten Verhaftung. - Mitbegründer der CSU im Landkreis Markttheidenfeld und in Unterfranken, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1950 MdL (CSU), im Juli 1945 von den amerikanischen Militärbehörden zum Landrat in Markttheidenfeld berufen und 1946 durch Wahl im Amt bestätigt, Verzicht wegen seiner Berufung zum stellvertretenden Generalsekretär des Länderrats der US-Zone in Stuttgart, 1948 Leiter der Dienststelle Bayern beim Parlamentarischen Rat, dann mit der Führung der laufenden Verwaltung der bayerischen Vertretung beim Bund beauftragt, staatlicher Bäderkommissar für die Staatsbäder Bad Kissingen, Bad Bocklet und Bad Brückenau, trat 1953 in den Ruhestand.

Zahn, Josef Alois

Geb. 20.4.1888 in Tirschenreuth/Opf., gest. am 17.1.1965 in Tirschenreuth/Opf., kath., Bankier, 1917 Übernahme der Privatbank des Vaters, die er bis 1962 leitete, vor 1933 Mitglied der Christlich-Sozialen Einigung. - Im Mai 1945 von den amerikanischen Militärbehörden zum Bürgermeister von Tirschenreuth ernannt, Bürgermeister bis 1948, CSU-Mitglied, 1946 MdVLV (CSU), 1952-1956 Betrieb eines Garn- und Textiliengroßhandels.

Zehner, Zita

Geb. 8.11.1900 in Rannungen/Ufr., gest. 10.9.1978, kath., während des Ersten Weltkriegs auf dem elterlichen Anwesen tätig, seit 1919 Ausbildung zur Wirtschaftslehrerin an der Hauswirtschaftsschule Aschaffenburg, dem Lehrerinnenseminar in Bamberg und dem Wirtschaftslehrerinnenseminar in Landshut, seit 1927 Mitglied des Katholischen

Frauenbundes, Vertreterin der Bäuerinnen in verschiedenen Kreisbauernkammern, nach 1933 entlassen, 1935 vorübergehend verhaftet, Aufbau eines Lebensmittelgroßhandels mit Teigwarenfabrikation in München. - Nach 1945 CSU-Mitglied, 1950-1968 Mitglied des Landesvorstands und 1955-1968 Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands der CSU, Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Frauen in der CSU, 1945-1947 Stadträtin (CSU) in München, 1946-1970 MdL (CSU), betrieb in den sechziger Jahren eine kleine Pension in Fischbachau-Birkenstein.

Zentner, Wilhelm

Geb. 21.1.1893 in Pforzheim/Baden, gest. 7.3.1982, kath., Studium in Heidelberg und München, Promotion zum Dr. phil., Schriftsteller und Musikwissenschaftler, Dozent an der Staatlichen Hochschule für Musik in München, 1946 Mitglied des Kunstausschusses der CSU.

Ziebell, Jürgen

Geb. 3.7.1906 in Berlin, Rechtsanwalt, SPD-Mitglied, 1946 Ministerialdirektor und maßgeblicher juristischer Berater Heinrich Schmitts im Bayerischen Sonderministerium, im Dezember 1946 von seinem Amt suspendiert.

Ziegler, Franz

Geb. 23.6.1899 in Lingau (heute Tschechische Republik), gest. 27.12.1949, Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Prag, 1925 Promotion zum Dr. jur., 1925-1930 Rechtsanwaltsanwärter in Mies, Marienbad, Pilsen und Prag, seit 1930 Rechtsanwalt in Lingau, Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. - 1945 nach der Besetzung des Gebiets durch die US-Armee zunächst Landrat und Bürgermeister in Mies, nach seiner Ausweisung aus dem Sudetenland Gerichtsvorstand und Oberamtsrichter in Cham, Januar-November 1947 Stellvertreter des Bayerischen Staatssekretärs für das Flüchtlingswesen, seit Dezember 1947 Rechtsanwalt in München, 1948/1949 MdL (zunächst CSU, dann fraktionslos bzw. Freie Parlamentarische Vereinigung und Freie Fraktionsgemeinschaft), 1949 MdB (BP).

Ziegler, Helmut

1921, Angestellter, Mitbegründer der CDU in Baden, 1948-1955 Bundessekretär der JU Deutschlands, 1955-1970 beim Presse- und Informationsamt der Bundesregierung und 1973-1987 in der CDU-Bundesgeschäftsstelle tätig.

Zimmermann, Ludwig

Geb. 11.3.1895 in Schachten/Hessen, gest. 25.3.1959 in Riffan bei Meran, ev., Geschichtsstudium, seit 1926 Studienrat in Marburg, 1931 Habilitation und bis 1935 Privatdozent, seit 1933 NSDAP-Mitglied, seit 1935 außerordentlicher Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Erlangen, seit 1938 ordentlicher Professor in Erlangen. - Im November 1945 entlassen, 1950 erneut außerplanmäßiger, seit 1954 ordentlicher Professor.

Zitzler, Georg

Geb. 8.12.1903 in Amberg/Opf., gest. 24.5.1986, kath., Maschinenbauer, Weiterbildung in Arbeitsrecht und Sozialpolitik, Vertrauensmann des Christlichen Metallarbeiterverbands, seit 1928 dessen Sekretär in Regensburg, BVP-Mitglied, nach 1933 mehrmals verhaftet, nach seiner Entlassung Bezirksdirektor einer Versicherung. - Mitbegründer der CSU, 1945 in den Beirat der Stadt Regensburg berufen, 1946-1978 Stadtrat (CSU) in Regensburg,

1946 Kandidat (CSU) für die VLV, 1946-1950 MdL (CSU), 1948-1952 Oberbürgermeister von Regensburg, 1954-1974 Bezirksrat (CSU) für die Oberpfalz.

Zorn, Rudolf

Geb. 24.12.1893 in Kempten/Schw., gest. 21.1.1966, Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in München und Promotion zum Dr. jur., Teilnahme am Ersten Weltkrieg, Assessor bei den Bezirksregierungen von Schwaben und Oberbayern, 1926 Bezirksamtmann von Lichtenfels, 1927 1. Bürgermeister von Ludwigshafen-Oppau, SPD-Mitglied, 1933 aus politischen Gründen entlassen, zunächst als Sprachlehrer und Repetitor tätig, dann in der sächsischen Tabakindustrie. - 1946 Präsident des bayerischen Landesamts für Vermögensverwaltung und Wiedergutmachung, Dezember 1946-September 1947 Bayerischer Wirtschaftsminister, Januar-Juni 1951 Bayerischer Finanzminister, 1946/1947 Mitglied des Verwaltungsrats für Wirtschaft der Bizone, 1949/1950 und 1951-1964 geschäftsführender Direktor bzw. Präsident des Bayerischen Sparkassen- und Giroverbands.

Zürlein, Hermann

Geb. 21.3.1920 in Rimpar/Ufr., gest. 23.4.1991, kath., Rechtsanwalt, seit 1946 CSU-Mitglied, 1965-1991 Stadtrat (CSU) in Würzburg, 1972 Kandidat bei der Würzburger Oberbürgermeisterwahl, 1972-1978 2. Bürgermeister von Würzburg.

Zwicknagl, Max

Geb. 6.7.1900 in Rott am Inn/Ndb., gest. 10.1.1969 in Rott am Inn/Ndb., kath., Studium der Volkswirtschaft in München und Würzburg, 1924 Promotion zum Dr. rer. pol., BVP-Mitglied, 1924-1927 Syndikus des Wirtschaftsbeirats der BVP und der Deutsch-Österreichischen Handelskammer in Wien, seit 1927 Guts- und Brauereibesitzer, 1930 Kreisrat (BVP) in Wasserburg am Inn. - CSU-Mitglied, 1946 Mitglied des Ausschusses der CSU für Zwischenstaatliche Beziehungen, 1946 MdVLV (CSU), 1946-1948 MdL (CSU), 1948/1949 MdWR (CSU), 1952/1953 Leiter der Dienststelle für besondere Aufgaben beim Bundesernährungsministerium, 1956-1962 Konsul in Innsbruck.

Sach- und Ortsregister

Das Sach- und Ortsregister erfaßt alle Orte, Regionen, Länder und Sachverhalte, die in den Protokollen zur Sprache kommen. Nicht aufgenommen wurde jedoch das Schlagwort Bayern; das Land wird so häufig erwähnt, daß dies wenig hilfreich erschien. In den Protokolltexten differierende Bezeichnungen und Umschreibungen gleicher Sachverhalte, Institutionen, Organisationen wurden unter einem Stichwort zusammengefaßt; Institutionen, Zeitungen usw. finden sich jeweils unter ihrer korrekten Bezeichnung, sofern eine eindeutige Zuordnung möglich war. Schwierig war dies insbesondere hinsichtlich der vorläufigen Führungsgremien der CSU, die vor der Verabschiedung der Parteisatzung uneinheitlich bezeichnet wurden und nicht immer eindeutig identifizierbar waren. Zweifelsfälle sind unter dem Stichwort "Landesleitung der CSU, vorläufige" zusammengefaßt, alle übrigen Einträge finden sich unter den korrekten Bezeichnungen der betreffenden Gremien.

Die alphabetische Ordnung des Registers wurde an zwei Stellen unterbrochen. Für die Ordnung der Unterpunkte des Stichwortes "Geschichte (Betrachtungen und Rückblicke)" erschien eine chronologische Einteilung sinnvoll; die unter "Satzung der CSU" aufgenommenen Unterpunkte orientieren sich an der Gliederung und Paragraphennummerierung der Satzung in der Fassung vom 4. Oktober 1946 und folgen ihrer Ordnung. Inhalte einzelner Paragraphen über dieses relativ grobe Raster hinaus wurden aufgeschlüsselt und unter den entsprechenden Stichworten vermerkt, wenn sich Diskussionen daran entzündeten. Soweit die Satzung nicht besprochen, sondern lediglich vorgelesen wurde, erscheinen die entsprechenden Seitenangaben unter dem Sammelbegriff "Satzungsverlesung" ohne weitere inhaltliche Unterteilung.

In den Protokollen erwähnte einzelne Kreis- und Ortsverbände sind in der Regel unter den Ortsnamen zu finden, Diskussionen über diese Verbände als Organisationseinheiten finden sich unter "Kreisverbände" bzw. "Ortsverbände der CSU". Dabei ist zu beachten, daß nach der Tradition der BVP die Kreisverbände zunächst häufig als Bezirksverbände (und diese umgekehrt als Kreisverbände) bezeichnet wurden, das Register hingegen der seit der Satzung vom 17. Mai 1946 geltenden Nomenklatur folgt. Einzelne Kreisverbände, die in den Sitzungen zum Thema erhoben wurden, erhielten ein eigenes Stichwort.

Das Register enthält Querverweise, die entweder zu einem alternativen Stichwort führen oder auf weiter zu beachtende Begriffe hinweisen. Die Querverweise benennen jeweils nur das Hauptstichwort, es empfiehlt sich also gegebenenfalls, die Unterstichworte auf exaktere Differenzierungen zu prüfen.

Ältestenrat der CSU 1191f., 1199, 1201f., 1217, 1221

Ärztammer (→ Berufs- und Interessenverbände) 445

Agrarpolitik (s. Landwirtschaft)
Aichach 23, 32

Akademien (→ Universitäten und Hochschulen) 561, 697

– Akademie der Bildenden Künste 454
– Akademie der Wissenschaften 1108

Aktivisten (s. Entnazifizierung)

Alliierte (s. Besatzungsmächte)

Alpenverein 407f.

Altbayern 74, 121, 209, 493, 511, 578f., 801, 853, 923, 951, 1064, 1311f., 1360, 1411, 1416, 1437, 1449, 1528, 1602, 1647

Altdorf 339, 1240

Altötting 1328

Alzenau 339, 520

American Press Club 402

Amerika (→ Vereinigte Staaten von Amerika) 1462

Angestellte (s. Arbeiter und Angestellte)

Ansbach 82, 338, 365, 649, 658, 1155, 1372

Antisemitismus (s. Programmatik der CSU)

Anwaltskammer 749

Arbeit (→ Programmatik der CSU; Verfassung, Bayerische) 434, 445, 792, 925, 928, 936, 996, 1070, 1177f., 1185, 1187, 1338f., 1344, 1406f., 1467, 1505f., 1517, 1539

Arbeiter und Angestellte (→ Arbeitsgemeinschaften der CSU; Flügel und Gruppierungen in der CSU) 22, 37, 89, 92, 219, 326, 394, 441ff., 525, 527, 550f., 553, 560f., 570f., 577, 589, 687, 693, 696, 707f., 733f., 736, 768, 775, 820, 822f., 878, 885, 887, 927ff., 933, 936f., 941, 943, 946, 1008, 1089f., 1132, 1167, 1180, 1305, 1341, 1344, 1456, 1505, 1511f., 1517, 1528, 1542, 1655f., 1674, 1690f.

Arbeitgeber/Unternehmer 219, 442, 550, 570, 577, 707, 715, 885, 929, 1511, 1517

Arbeitsausschüsse der CSU (s. Parteiausschüsse der CSU)

Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU (s. CDU/CSU, überzonaler Zusammenschluß)

Arbeitsgemeinschaften der CSU 1181, 1190, 1196, 1211, 1259, 1291, 1300, 1303f., 1315, 1321,

- 1323, 1326, 1374, 1379, 1381, 1393, 1405ff., 1416f., 1419, 1462, 1692
- der Arbeitnehmer (Christlich-Soziale Arbeitnehmerschaft, CSA) 1181, 1291, 1304, 1322, 1406f., 1572, 1650, 1655f., 1690f.
 - der Ausgewiesenen (Union der Ausgewiesenen, UdA, bzw. der Vertriebenen, UdV) 1181, 1291, 1304, 1321ff., 1326, 1405f., 1523, 1525f., 1528, 1691
 - der Bauern 1181, 1291, 1407
 - der Frauen (Frauenarbeitsgemeinschaft, FAG) 780, 1162, 1181, 1189, 1291, 1304, 1321ff., 1326, 1405, 1654f.
 - für Handel, Handwerk, Gewerbe und Industrie 1181, 1291, 1321f., 1406f.
 - Junge Union (s. dort)
- Arbeitslosigkeit 441, 445, 733, 756, 928, 946, 1073, 1503
- Arzberg 1453
- Aschaffenburg 23, 125, 339, 662
- Asien 111, 1091
- Associated Press 785, 796
- Atheismus 106, 178, 1137
- Aufbau, Der 1104
- Augsburg 14, 26, 31, 35, 204, 212, 238, 358, 425, 427, 454, 520, 538, 595, 652, 665, 674, 759, 777f., 781, 796f., 961, 996, 1026, 1028, 1030, 1050, 1052, 1086, 1116, 1155, 1238, 1330, 1519
- Außenhandel/Export 403, 1334, 1338f., 1343, 1345f., 1361, 1364, 1502, 1506, 1519, 1626
- Außenministerkonferenz, Londoner 1225, 1333f., 1347, 1351, 1368, 1476, 1483, 1526
- Außenpolitik, bayerische/deutsche 198f., 202, 232, 404, 434, 443, 504, 512, 704, 752f., 879, 891, 906, 930, 1472, 1475, 1551
- Bad Aibling 1636
- Bad Berneck 1332
- Bad Brückenau 339
- Bad Honnef 1419
- Bad Kissingen 339
- Bad Mergentheim 387
- Bad Neustadt an der Aisch 339
- Bad Neustadt an der Saale 339, 777f.
- Bad Reichenhall 494
- Bad Tölz 117, 330
- Baden 441, 885, 935, 1401, 1457ff.
- Bamberg 23, 26, 31, 34, 38, 41, 45–49, 56f., 62, 69, 79, 103, 114, 140, 145f., 158, 178f., 185f., 198f., 206, 213, 231, 235, 251, 292, 297, 299, 311, 321, 337, 355, 358, 408ff., 427f., 431, 444f., 454, 462, 490, 498, 507f., 516ff., 530, 533, 602, 659, 684ff., 688, 1049, 1161, 1460, 1517f., 1541, 1546, 1551, 1576f., 1594, 1600, 1607f., 1639, 1675f.
- Bamberger Denkschrift (Gerhard Kroll) 1049
- Bamberger Tagung der CSU (s. Landesausschuß, Erweiterter Vorläufiger der CSU)
- Bamberger Zeitung (s. Fränkischer Tag)
- Banken und Versicherungen 36, 225, 239, 245, 275, 279, 438, 441, 552, 555, 572, 757, 1255, 1504, 1520
- Basler National-Zeitung 195, 213
- Bauern (→ Arbeitsgemeinschaften der CSU; Bevölkering; Flügel und Gruppierungen in der CSU; Landwirtschaft) 22, 92, 203, 205, 253, 344, 428, 452, 491f., 494, 498f., 525, 544, 551, 553, 569, 577, 647, 662, 667, 685, 693, 696, 715, 719, 724ff., 747, 766–769, 775, 827, 878, 880, 885, 887, 942, 948, 972, 987, 1008, 1053, 1089f., 1167, 1180, 1343, 1397, 1407, 1517, 1520, 1524, 1527–1530, 1617, 1623, 1637, 1653, 1689, 1691
- Bauernpartei 77, 125, 205f., 493, 495, 499
- Bayerische Heimat- und Königspartei 29f., 32, 52, 134f., 143, 153, 193, 195f., 201f., 206ff., 220f., 229ff., 234f., 250, 262, 508
- Bayerische Rundschau 29f., 120, 123, 181, 185ff., 195, 407, 430, 1251, 1256f., 1259, 1270f., 1545, 1599
- Bayerische Staatsregierung (s. Staatsregierung, Bayerische)
- Bayerische Volkspartei (BVP) 23, 39, 45, 53, 82, 113, 115, 117, 119, 121f., 125f., 128, 130f., 135, 141, 160f., 163, 198, 204f., 251f., 413, 499, 696, 760, 888, 943, 974, 1034, 1059, 1116, 1236, 1492, 1582f., 1586f., 1601, 1622, 1677
- Abgrenzung/Identifizierung der CSU 7f., 40, 53, 74, 76, 78f., 81, 106, 112f., 122, 126, 131, 135f., 161f., 164, 167f., 195, 198, 205, 344, 426f., 499, 760, 974, 1004f., 1059, 1087, 1216, 1255, 1408, 1492f., 1557, 1576, 1598, 1601, 1651, 1691
 - ehemalige BVP-Mitglieder in der CSU 112f., 122, 888, 1116, 1493, 1599
 - und Nationalsozialismus 53, 81, 113, 117, 141, 165, 195, 253, 404, 974f., 1034, 1557, 1582f., 1586
 - lokale Neugründungen nach 1945 23
- Bayerischer Anzeiger 164
- Bayerischer Bauern- und Mittelstandsbund (BBMB) 123, 125, 251f., 385, 696, 1576, 1571, 1677
- Bayerischer Bauernverband (→ Flügel und Gruppierungen in der CSU) 34, 38f., 41f., 77, 119, 124f., 142, 173f., 179, 194, 205, 219, 249, 251ff., 334f., 352, 402, 489–493, 495f., 498, 503, 551, 554, 566, 576, 583, 687ff., 691f., 765ff., 788, 855, 973, 977, 1010, 1026, 1070, 1180f., 1211, 1214, 1291, 1623
- Bayerischer Beratender Landesausschuß (auch "Bayerische Beratende Landesversammlung", "Vorparlament") 25, 27, 29–32, 35, 360, 385, 387f., 397f., 490f., 1027
- Bayerischer Heimat- und Königsbund 206, 1599
- Bayerischer Landtag (s. Landtag, Bayerischer)
- Bayerischer Senat (s. Senat, Bayerischer; Verfassung, Bayerische)
- Bayerischer Staatsanzeiger 221, 226f.

- Bayerischer Volksbund 23, 1542, 1576, 1675f., 1678
- Bayernpartei 1172f., 1387, 1426, 1437, 1439, 1447, 1463, 1465, 1473, 1489, 1491f., 1523, 1526, 1528f., 1535f., 1546–1549, 1579ff., 1588ff., 1594, 1597ff., 1602, 1609, 1636ff., 1642f., 1646f., 1656, 1658, 1661, 1663, 1666, 1668f., 1677, 1680, 1689ff.
- Bayernwacht 82, 1583
- Bayreuth 214, 220, 337f., 388, 426f., 591, 1373
- Beamte, Beamtentum 33, 36, 82, 92, 196, 221, 223, 227f., 239, 268, 272, 275, 279, 332, 364, 372, 383, 446, 474, 499, 504, 560ff., 587, 597, 677, 714, 794, 920, 936, 945, 972, 976, 984, 996, 1000, 1028, 1180, 1398, 1524–1527
- Beamtengesetz 221, 227f., 819
- "Befreiungsgesetz" (s. Entnazifizierungsrichtlinien und -gesetz)
- Belgien 865, 906, 1103, 1337
- Benzinzuteilung 23, 190, 522f., 691, 744f., 1251f., 1280
- Berlin 33f., 135, 193, 198, 200f., 219, 232, 258, 260, 311, 314, 397, 399f., 403ff., 417, 443, 456, 465, 470, 476–480, 482, 489, 491–494, 496f., 505f., 510–513, 543f., 547, 601, 657, 754f., 759, 794, 882, 905, 910f., 949, 1036, 1040, 1061, 1067, 1088, 1104f., 1109, 1167f., 1174, 1178, 1208, 1211f., 1229, 1259, 1351f., 1371, 1373, 1398–1401, 1409, 1440, 1469, 1472, 1501, 1514, 1543, 1552, 1583, 1622
- Berufs- und Interessenverbände (→ einzelne) 180, 219, 551–554, 557, 566, 569f., 573f., 582, 788, 1090, 1512, 1528, 1550
- Berufsständischer Beirat der CSU (→ Satzung der CSU) 781–785, 787f., 1332
- Berufswahl und -ausbildung 734ff., 1103
- Berufungskammern (s. Spruchkammern)
- Besatzungsmacht, amerikanische (→ Entnazifizierungsrichtlinien) 4, 17, 21, 37, 80ff., 94, 110f., 116, 119, 141, 158ff., 171f., 180, 190, 193f., 196–199, 207f., 212, 227, 232, 235, 244, 250, 310f., 315, 361, 363f., 372f., 379ff., 390, 393, 395–401, 403, 405, 407ff., 414, 416, 424, 428, 440ff., 455, 464f., 467, 470, 482f., 497, 515, 522f., 529, 542, 567, 576, 599f., 653ff., 658f., 661f., 666, 744f., 773, 812, 825, 832, 879, 883, 916, 927, 949, 957, 988, 995, 1010, 1035f., 1061, 1063, 1088f., 1101, 1106, 1150f., 1154, 1159, 1167f. 1173, 1193, 1221, 1230, 1357f., 1361, 1376, 1397, 1402, 1434, 1469, 1476, 1484, 1486, 1490, 1503, 1506, 1513, 1516, 1545f., 1584ff., 1599f., 1604, 1616, 1619, 1621, 1623, 1627, 1637
- Bildungs- und Erziehungswesen 1105, 1109, 1131, 1133, 1627
- CSU und 79, 101, 103, 119, 199f., 202f., 230ff., 243, 317, 319, 375ff., 396–399, 401, 403f., 409–412, 417, 464f., 467, 470, 475, 507–510, 650, 662, 767f., 796, 801, 803f., 807, 809f., 811f., 825, 879ff., 898, 943, 1022, 1338–1341, 1344f., 1352, 1354, 1356f., 1359, 1361, 1377, 1397, 1463f., 1468, 1473, 1475, 1487, 1489, 1552, 1585
- Parteipolitik (→ Parteilizenzen) 8f., 85, 89, 126f., 185, 229ff., 260f., 380, 392–396, 464, 520, 522, 535, 592, 744, 804, 837, 839, 1249, 1256, 1431, 1481, 1531, 1542f., 1568
- Bayerische Heimat- und Königspartei (BHKP) 30, 207f., 229f.
- Bayerische Volkspartei (BVP) 113, 141, 160
- Christlich-Soziale Union (CSU, → Reaktionsvorwurf gegen die CSU) 23, 32, 46, 69, 73f., 78f., 84, 100, 103ff., 107, 142, 159, 200, 203f., 212, 216f., 230, 236, 242, 260, 285, 303, 331ff., 335f., 376f., 379–382, 384f., 387f., 398–402, 410ff., 425, 430, 458ff., 464, 494, 501, 506, 508ff., 520f., 531, 592, 618f., 647, 774f., 793f., 801f., 804, 806f., 809f., 812, 846, 904, 910f., 957, 1008, 1086, 1147, 1431, 1468, 1481, 1530, 1533, 1570
- Satzungsgenehmigung 38, 44f., 69f., 75f., 79, 83, 101, 167, 170, 176f., 217, 266, 292f., 321, 356, 373–377, 380f., 388, 412, 433, 507, 515, 519, 521, 530, 535f., 599–604, 609, 617–624, 626–629, 631, 670, 672, 835ff., 839–842, 847–851, 855f., 1221
- Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) 832
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) 832
- Presse und Medien 14, 24, 27, 185, 227, 430, 499, 592, 1169f., 1259, 1269f., 1272f.
- Staatsregierung, Bayerische 110f., 130, 137f., 204, 395f., 468, 475, 648, 785, 793f., 802, 816, 818, 828, 910, 925, 1541–1544, 1577, 1579
- Verfassung, Bayerische 32, 196, 555f., 569f., 573, 723, 1590
- Wahlen und Wahlrecht 23f., 31f., 182, 326, 328, 332, 365, 368, 392, 459, 647f., 670, 685ff., 744, 746, 793, 809, 987
- Wirtschaftspolitik 439, 556, 569f., 573, 1325, 1338f., 1341f., 1348, 1468, 1502f., 1506, 1512f., 1516
- Besatzungsmacht, britische 33f., 198, 202, 317, 405, 1068, 1101, 1272, 1335f., 1340ff., 1344, 1364, 1487–1490, 1616, 1621, 1623
- Besatzungsmacht, französische 33, 199, 202, 541, 901, 1008, 1101, 1335, 1364
- Besatzungsmacht, sowjetische 405, 506, 544, 1088, 1334, 1347, 1351f., 1366f., 1400, 1465, 1472, 1543, 1552, 1558
- Besatzungsmächte (→ Kontrollrat, Alliiertes) 129, 199ff., 207, 375, 434, 478, 480, 497, 512, 752ff., 792, 900, 906, 936, 953, 975, 1090, 1093, 1096, 1105, 1193, 1334, 1337, 1339, 1348, 1350, 1353, 1355ff., 1362f., 1365, 1476ff., 1490, 1514, 1519, 1593, 1604
- CSU und (→ Entnazifizierungskritik in der CSU) 434, 437, 441, 752f., 792, 866, 880, 900, 906,

- 944, 975, 1339–1343, 1347, 1352f., 1356, 1359, 1363, 1473f., 1476f., 1517
- Sozial- und Wirtschaftspolitik 434, 436ff., 441, 443, 555, 715, 916, 1069f., 1088, 1336, 1340–1344, 1468, 1502–1505, 1507, 1513, 1590, 1593, 1623
- Besatzungsrecht 190, 381, 441, 654f., 1357, 1469, 1478, 1511, 1568, 1570
- Besatzungsstatut 1476
- Besatzungszonen (→ Bizone; Zonengrenzen) 33, 111, 180, 191, 197f., 258, 260, 313f., 434, 466, 479f., 541ff., 712, 885, 1038, 1061, 1068, 1091, 1108, 1151, 1168, 1174, 1176f., 1297, 1333ff., 1353, 1369, 1401, 1419, 1471, 1501f., 1593
- amerikanische 51, 179, 197, 258, 261, 314, 440, 442, 445, 475, 481, 483, 542, 544, 547, 592, 793, 833, 975, 1016, 1036, 1087f., 1097, 1151, 1153, 1156, 1167, 1174, 1176f., 1344, 1350, 1358, 1364, 1368f., 1458, 1490, 1502, 1516, 1593
- britische 191, 258, 314, 371, 446, 542, 551, 634, 669, 831ff., 885, 975, 1062, 1087, 1092, 1097f., 1168, 1174, 1176ff., 1272, 1335, 1344, 1350, 1364, 1370, 1397, 1483, 1490, 1502, 1516, 1569f., 1593, 1617, 1620f.
- französische 252, 541, 666, 1168, 1174, 1207, 1333, 1335, 1364, 1435, 1458, 1502, 1593, 1623
- sowjetische 111, 191, 258, 260, 371, 405, 441, 446, 477ff., 505f., 512, 531, 533, 542, 544, 547, 592, 736, 869, 1067, 1088, 1091, 1168, 1174, 1265, 1297, 1333f., 1339, 1347, 1350ff., 1354ff., 1358, 1364ff., 1372f., 1398–1401, 1440, 1442, 1448, 1471ff., 1502, 1514, 1535, 1543, 1558, 1593
- Westzonen 111, 1091, 1297, 1333f., 1347, 1349, 1355f.
- Betriebsräte 441, 1067, 1511
- Bevölkerung 8, 53, 55, 106, 113, 180, 205, 242, 262, 313, 348, 366, 435, 482, 500, 536, 539, 594, 676, 703, 767, 814, 816, 820, 824, 826, 876, 920f., 928, 931f., 975, 985, 1019, 1025, 1045, 1090f., 1096f., 1140, 1144, 1345, 1396, 1513, 1585f., 1670
- ländliche 49, 250, 301, 308, 312, 342, 499, 769, 827, 885, 942f., 968, 973f., 1097, 1690
- Bewirtschaftung (→ Benzinzuteilung; Ernährung und Ernährungslage; Papierzuteilung) 833, 1099f., 1347, 1466, 1503ff., 1507–1513, 1517, 1590
- Bezirksverbände der CSU (→ Satzung der CSU; Kreisverbände Bamberg, Regensburg, Würzburg) 21, 23, 26, 36–41, 44f., 47, 55ff., 65f., 68ff., 73–77, 84ff., 93, 97f., 100f., 103, 105, 108f., 148, 152, 163, 176, 181f., 189f., 203, 206, 211, 213–216, 228, 255ff., 266, 288, 290, 293f., 296, 304, 309, 327ff., 351–356, 374f., 377, 382, 386, 407, 409, 413f., 417–421, 423f., 428, 431, 433f., 436, 444, 516, 520ff., 524f., 530f., 536, 549, 595, 599, 602, 626f., 635, 640, 642, 644f., 648, 670, 672ff., 684, 686–694, 743f., 747, 763, 765, 775–780, 809, 814f., 821, 853, 861, 962, 976, 980ff., 987, 990, 1000, 1008, 1033, 1038f., 1050, 1058f., 1062, 1094, 1157, 1160, 1162, 1220, 1231, 1234f., 1237, 1239–1244, 1246, 1248ff., 1252ff., 1256f., 1262f., 1266f., 1269, 1275, 1277–1282, 1287, 1290, 1298, 1303, 1306, 1312, 1323, 1326, 1331, 1428, 1442, 1447, 1481, 1518, 1520f., 1534, 1557–1560, 1563, 1569f., 1574, 1589, 1605, 1613f., 1619, 1625, 1645, 1650, 1652, 1661ff., 1677, 1679, 1681ff., 1696
- Vorsitzende 36, 47, 54, 62, 84, 98, 109, 161, 216f., 237, 252, 293, 303, 332, 335, 380, 432, 500, 503, 516, 643, 672, 691, 744, 775f., 808, 815, 962, 981, 983, 1000, 1267, 1270, 1297, 1303, 1481
- Bezirksverband Augsburg der CSU 29, 37–40, 44, 55f., 66, 70, 72, 84, 86, 166, 206, 213, 218, 292, 295ff., 300, 504, 520, 538, 595, 630, 645, 692, 699, 820f., 842, 996, 1045, 1276, 1278, 1282f., 1323, 1661, 1663, 1665ff.
- Bezirksverband Mittelfranken der CSU 23, 29f., 37, 44, 55f., 61, 66, 70, 72, 75, 84, 86, 183, 212, 224, 291, 332, 338f., 343, 347, 352ff., 425ff., 457, 519f., 594f., 600, 645, 648, 685, 818, 1000, 1004, 1252, 1262, 1265, 1323f., 1444, 1606, 1661, 1669ff., 1694
- Bezirksverband München der CSU 23, 29f., 37f., 40, 43f., 55f., 63, 65f., 70f., 74, 76, 80, 83–86, 88, 97f., 103f., 106, 108f., 119, 122, 144, 149, 173, 175, 177, 186, 190, 193ff., 206, 212, 216, 224, 300, 322, 328ff., 352, 354f., 425, 516, 520, 525, 528, 530ff., 534, 595, 599, 645, 673, 759, 763, 776, 780f., 819, 842, 849, 897, 899, 904, 986, 990f., 1157, 1240, 1255, 1268, 1276, 1278, 1282f., 1419, 1446, 1560, 1571f., 1595, 1606f., 1615, 1639, 1650, 1657, 1659, 1661f., 1669f.
- Bezirksverband Niederbayern der CSU 23, 25f., 29, 37f., 40, 44, 55f., 63, 66, 68–71, 73–76, 82ff., 86, 99, 101, 103, 108, 139, 144, 149, 153, 178, 212, 224, 291, 296, 329, 331ff., 336f., 352ff., 425, 436, 520, 595, 645, 674, 687–690, 817f., 991, 994f., 1005, 1269, 1323, 1325, 1481, 1560, 1570, 1575, 1588f., 1595, 1606, 1639, 1667f.
- Bezirksverband Nürnberg-Fürth der CSU 29f., 37–40, 44, 55f., 61, 66f., 70, 72, 84ff., 193f., 206, 293f., 296f., 328, 332, 339, 347, 353, 427, 500, 520, 593, 595, 600, 602, 619, 645, 797, 818, 903, 911, 1005, 1240, 1276, 1278, 1280, 1282f., 1323f., 1445f., 1607, 1629, 1661, 1671
- Bezirksverband Oberbayern der CSU (→ Revolte, Oberbayerische) 23, 25f., 29f., 37ff., 41, 43f., 55f., 66, 69ff., 77f., 82ff., 86, 91, 108, 119, 125, 149, 173, 178, 212, 224, 235, 237, 241, 261, 292, 300, 329f., 337, 352f., 423ff., 430, 520, 595, 645, 673, 691, 694f., 699, 763, 782, 814f., 842, 897–900, 904f., 958, 960, 983, 985f., 1003, 1005, 1161, 1187, 1266, 1284, 1291, 1322,

- 1319, 1321–1324, 1379ff., 1385, 1390f., 1410, 1412f., 1416f., 1419, 1421ff., 1426f., 1437ff., 1444, 1447ff., 1460, 1515, 1517, 1539, 1541, 1549, 1553, 1559f., 1562, 1576, 1582, 1593, 1603, 1605ff., 1611, 1614, 1619, 1622, 1632, 1634, 1636f., 1639, 1647, 1656f., 1659, 1663, 1670, 1682f., 1686f., 1694f.
- Bezirksverband Oberfranken der CSU** 23, 29f., 37, 44, 48, 55f., 66, 70, 72f., 82, 84, 86, 96, 102f., 145f., 182, 212, 214, 216, 224, 263, 291, 300, 304, 329, 332, 337f., 352f., 360, 425–429, 457, 460, 519f., 529, 533f., 592, 594f., 635, 645, 685f., 693, 798, 812, 815, 818, 884, 963, 1000f., 1003, 1124, 1209, 1262, 1265, 1280, 1323, 1372, 1391, 1439, 1444, 1518, 1561, 1606, 1615, 1639, 1648, 1661, 1669, 1674, 1676, 1689
- Bezirksverband Oberpfalz der CSU** 23, 25f., 29, 35, 37, 44, 55f., 66, 70, 72, 75, 84, 86, 96, 144, 212f., 216f., 224, 291, 293f., 296, 303, 328f., 332–337, 353f., 380, 425, 431, 436, 520, 595, 620, 643, 645, 686f., 689f., 694, 761, 780, 818, 842, 1000f., 1049, 1242, 1252, 1265, 1269, 1322f., 1444, 1449, 1570, 1606, 1650, 1661, 1668f.
- Bezirksverband Schwaben der CSU** 23, 29f., 37, 44, 55f., 66, 70, 72, 84, 86, 94, 144, 154, 166, 193, 216, 224, 263, 295, 300, 328f., 331, 352, 425, 520, 538, 589f., 595, 630, 645, 687, 689f., 696, 698f., 760, 820f., 842, 995, 998, 1045, 1129, 1252, 1262, 1265, 1323, 1444, 1447, 1460, 1560, 1606, 1639, 1661, 1663, 1665–1669, 1682, 1694
- Bezirksverband Unterfranken der CSU** 23, 29f., 37, 44, 55f., 67, 70, 72f., 84, 86, 212, 224, 328, 339f., 379, 381f., 417, 429, 457, 520, 595, 645, 691f., 718, 819, 821, 842, 1000, 1007, 1010, 1129, 1242, 1286, 1323, 1444, 1606, 1661, 1669, 1673
- Bildung** (s. Akademien; Besatzungsmacht, amerikanische; Programmatik der CSU; Schule und Erziehung; Universitäten und Hochschulen; Verfassung, Bayerische; Volkshochschulen)
- Bizone** (Vereinigtes Wirtschaftsgebiet, → Bewirtschaftung; einzelne Institutionen; Ernährung und Ernährungslage; "Hühnerfutterrede") 832f., 885, 975, 1062, 1087f., 1090, 1092, 1167, 1171, 1174ff., 1182f., 1191, 1203, 1354ff., 1364f., 1440, 1456, 1483ff., 1499, 1502, 1506, 1510, 1513, 1537, 1549, 1598, 1608, 1610, 1615f., 1622, 1624, 1626, 1629, 1635, 1648, 1694f.
- **Direktoren und Verwaltungsämter** 1062, 1098f., 1179f., 1191, 1203, 1349, 1355
- **personelle Besetzung** 792, 821, 1088, 1176–1180
- **Verwaltungsamt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten** 1088, 1097, 1100, 1177, 1179, 1549, 1579, 1617, 1622–1625, 1630, 1635
- **Verwaltungsamt für Wirtschaft** 1100, 1176–1180, 1333, 1335ff., 1339, 1342, 1344, 1347, 1349, 1356, 1375, 1458, 1507, 1509, 1512, 1514ff., 1625
- **Neuordnung** 1487–1491, 1516, 1537, 1590, 1598, 1604, 1609f., 1616, 1621, 1625, 1627
- **Organisation und Aufbau** 832, 1037f., 1068, 1087, 1092, 1176f., 1604, 1625
- Bodenreform** 43, 407, 417, 454, 498, 528, 726, 1067, 1088, 1524f., 1527
- Böhmen** 1139, 1525f., 1533f.
- Bogenhausen (München)** 740
- Bolschewismus** 89, 91, 122, 133, 950, 1364
- Bolschewismusgefahr** 24, 88, 106, 110f., 122, 133, 178, 505, 1265, 1435
- Bonn** 1398
- Brand (bei Marktredwitz)** 1453
- Brasilien** 1107f.
- Bremen** 828, 1091
- Bruck (Oberpfalz)** 334
- Buchenwald** 132, 1369
- Büchenbach** 1274
- Büchlhof (Oberpfalz)** 334
- Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)** 225, 240
- Bund deutscher Mädel (BDM)** 1154
- Burghausen** 1327f.
- Burgkunstadt** 36
- Burglengenfeld** 333
- Capri** 89, 126, 132, 147, 161, 1541
- Care-Pakete** 1339, 1341, 1486, 1505, 1517
- Caritas** 344, 347, 378, 382
- Caux** 1310
- CDU/CSU ("Reichsunion")** 497, 875f., 1168, 1351, 1354, 1368ff., 1458, 1472ff., 1609, 1620ff.
- CDU/CSU, überzonaler Zusammenschluß ("Reichsunion")** 8, 31, 33ff., 51, 135f., 162, 177f., 186, 193, 197–201, 203, 221, 232f., 245, 247, 252, 258–262, 313ff., 371, 405, 423, 477ff., 497, 506, 515, 519, 541–545, 1012, 1180, 1291, 1378, 1399ff., 1408, 1440, 1458, 1471
- **Arbeitsausschüsse** 542, 544, 1371
- **föderative Struktur** 201, 233, 404, 477, 479, 542, 544, 1471, 1494
- **Interzonenrat und Arbeitsgemeinschaft** 31, 33ff., 200, 259, 542f., 755, 1177, 1179, 1284, 1369–1372, 1471, 1494
- **Parteiename** 186, 200, 542
- **Programm** 186, 197f., 542
- **Zentrale** 34, 186, 189, 198, 200f. 232f., 404
- CDU/CSU, US-Zone** 31, 33f., 51, 179, 185f., 193, 197, 199ff., 203, 221, 232, 247, 258–262, 313ff., 543
- Cham** 14, 33, 333f., 336
- Chile** 1306
- Christentum** (→ Programmatik der CSU; Selbstverständnis der CSU) 22, 82, 94, 106f., 178, 231, 233, 253, 309, 312f., 316, 324, 344–347, 349, 415f., 428, 447, 449, 462, 499, 526, 533, 537f., 545, 547, 590, 592, 638, 666f., 675, 678, 681, 711ff., 717, 719, 739f., 748, 755, 766, 784, 791, 799, 804, 820f., 826, 835, 860, 865, 867, 869,

- 871, 874, 877, 887, 890, 893f., 905, 907, 917, 929, 941, 951, 976, 979, 1004, 1021, 1030ff., 1042, 1059, 1078ff., 1093, 1102, 1117f., 1123f., 1128–1131, 1133, 1136ff., 1144, 1166, 1178, 1182f., 1230, 1259, 1369, 1373f., 1400, 1409f., 1439, 1441, 1445, 1462f., 1469, 1472, 1479, 1530, 1535, 1537f., 1549, 1552, 1555, 1558, 1576, 1585, 1593, 1597, 1602, 1609, 1626, 1629, 1638, 1641f., 1644, 1646, 1653, 1655, 1664, 1668, 1670
- Christlich-Demokratische Parteien in Europa (→ Christliche Union Europas) 539, 865, 871, 1353, 1474, 1535
- internationale Zusammenarbeit 538, 698, 724, 871, 1435, 1474f., 1535
 - Italien 701ff.
 - Österreich 885
- Christlich-Demokratische Union (CDU) 186, 189f., 314, 478f., 542, 874, 1049, 1061, 1179, 1182, 1397, 1457, 1471, 1610, 1616f.
- amerikanische Besatzungszone 258, 314, 541f., 544, 1177, 1598
 - Berlin und sowjetische Besatzungszone 33f., 135, 186, 189, 198, 200f., 258, 260, 314, 404f., 417, 478ff., 491f., 506, 511f., 541–544, 546f., 754f., 759, 1061, 1178, 1351, 1365ff., 1373, 1397–1401, 1440, 1442, 1472, 1514, 1558
 - Berliner Parteitag 1946 (→ CDU/CSU, überzonaler Zusammenschluß) 186, 189, 193, 198, 258, 260, 314, 404f., 477–480, 491ff., 496f., 505
 - britische Besatzungszone 258, 314, 541f., 634, 1062, 1177f., 1397, 1568f., 1598, 1617, 1620f., 1661, 1680
 - französische Besatzungszone 541, 1435
 - Hessen 34, 258, 831ff., 951, 1369, 1402, 1457f.
 - Lindau 1435
 - Pfalz 199
 - Rheinland-Pfalz 1419
 - "Saarpfalz" 775
 - Südbaden 1457ff.
 - Württemberg-Baden 258, 542, 1397ff., 1401
- Christliche Union Europas (→ Christlich-Demokratische Parteien in Europa) 232f., 258, 260ff.
- Christlicher Volksdienst 340
- Coburg 23, 117f., 147f., 160f., 181, 307, 337, 348, 362, 383, 394, 447, 449, 460, 531, 579, 811, 1361, 1639, 1675
- Coburger Neue Zeitung 1105
- Counter Intelligence Corps (CIC) 39, 158, 244, 501
- Dachau 23, 39, 330, 1330, 1544, 1576, 1578
- Dänemark 906
- Danzig 141, 372
- Deggendorf 14, 382
- Delegiertenschlüssel 25, 37–40, 43ff., 47, 55ff., 59–64, 66–70, 73–87, 100f., 204, 206, 218, 224, 291f., 295ff., 300, 780, 843f., 849, 853f., 1288ff., 1296, 1298f., 1302, 1305, 1307–1312, 1314f., 1318ff., 1379–1382, 1384, 1391, 1404f., 1409–1417, 1420f., 1425–1434, 1436–1450, 1452, 1557f., 1563, 1574, 1593, 1604–1607, 1615f., 1625, 1637, 1639, 1643f., 1652, 1662, 1665, 1672, 1674, 1687f.
- Demokratie 42, 54, 69, 75, 82, 88, 91, 94, 103, 108, 120, 126f., 134, 138, 142, 151, 168f., 180, 218, 231, 242f., 253, 262, 286ff., 290, 311f., 317, 319, 324, 348f., 359, 361, 363, 375, 380, 393, 398, 409, 438, 450, 461ff., 472f., 475, 480, 486, 498, 518, 540, 548, 560, 563, 567f., 590f., 593, 602, 634, 639, 673, 675, 683, 686, 688f., 691f., 695f., 702f., 705, 712ff., 717f., 757, 763f., 768, 772, 786, 790, 792, 795, 798f., 803ff., 808, 811f., 816, 818, 824, 826f., 829, 831, 835f., 839–843, 851f., 854ff., 867, 870, 874, 880f., 890, 899, 906, 915, 920f., 929f., 933, 935, 942f., 945f., 949f., 953f., 959, 965ff., 976, 978, 981, 987, 989f., 998, 1004, 1009, 1020, 1022, 1024f., 1050, 1059, 1062f., 1069, 1071–1074, 1079, 1087, 1089, 1121, 1132, 1134, 1145, 1164–1171, 1180, 1182f., 1186f., 1193, 1211, 1222, 1226, 1259, 1310, 1352f., 1359, 1363, 1365, 1376, 1381, 1391, 1405, 1433, 1445, 1456, 1463, 1465, 1470, 1472, 1475, 1477f., 1480, 1489, 1524, 1539, 1542f., 1551, 1554ff., 1570, 1574, 1628, 1651, 1655, 1659f., 1662, 1673
- Demontage (s. Industrie)
- Deutsche Allgemeine Nachrichten-Agentur (DANA) 140f., 232f., 258–263, 314, 378, 385f., 391, 785, 793f., 802, 1029
- Deutsche Arbeitsfront (DAF) 394
- Deutsche Einheit (s. Staatsaufbau, deutscher künftiger)
- Deutsche Nachrichten-Agentur (DENA) 1454, 1521f.
- Deutsche Partei (DP, s. Niedersächsische Landespartei)
- Deutsches Museum München 256, 372
- Deutsches Reich (s. Deutschland; Geschichte)
- Deutschland (→ Staatsaufbau, deutscher künftiger; Weststaatsgründung) 8, 17, 22, 24, 34, 37, 51, 78, 126, 128f., 197f., 200, 228, 250, 253, 258ff., 312, 314ff., 318, 323f., 371, 397, 415, 434, 437f., 453f., 477–480, 482, 496f., 506, 511f., 518, 533, 537ff., 542, 547, 551, 557, 587, 592, 634, 653, 663, 679, 684, 706, 713, 722, 730, 734, 743, 750, 791, 793, 795, 797, 811, 825f., 829, 836, 852, 859, 865f., 871, 873–877, 879–882, 884ff., 888, 892, 898, 900, 902f., 916f., 944, 949ff., 955, 960, 963, 973ff., 977, 981, 991, 1001, 1012, 1016, 1025, 1028, 1033, 1038, 1045, 1063, 1074ff., 1078, 1082, 1088ff., 1092, 1108, 1117, 1144, 1168, 1172, 1174f., 1178f., 1207, 1226, 1230, 1233, 1284, 1296, 1302, 1336, 1338ff., 1343, 1345, 1348, 1350f., 1353, 1364f., 1373, 1376, 1378, 1399, 1401, 1403, 1419, 1423, 1441, 1459, 1461, 1463f., 1466f., 1472, 1474, 1476ff., 1491, 1493–1496, 1501–1504, 1526, 1537, 1551, 1555, 1587, 1593, 1642, 1647, 1668

- deutsches Volk (Deutsche) 21f., 48ff., 133, 180, 242f., 253, 293, 317, 319, 325, 375, 398, 434, 457, 478-482, 484, 486, 496f., 512, 542, 584, 592, 650, 660, 669, 675, 701, 709, 712, 750, 755, 767, 791, 795, 824, 867, 871, 892, 935, 942, 945, 975, 998, 1068, 1081, 1130, 1142, 1152, 1226, 1301, 1310, 1344, 1350f., 1361, 1399ff., 1409, 1476-1479, 1513, 1585, 1593, 1658
- Grenzen 242f., 435, 542, 709, 713, 753f., 1333
- territoriale Verluste (→ Ostgebiete, ehemalige deutsche) 141, 199ff., 203, 232, 242f., 314, 434, 676, 704, 709ff., 774f., 1226
- Wiedereingliederung in Europa und die Welt 244, 314-319, 434, 471, 512, 684, 717, 1065
- Deutschlandlied 472
- Deutschlandpolitik (s. Besatzungsmächte)
- Deutschnationale Volkspartei (DNVP) 529, 831, 974, 1691
- Dießen 330
- Diktatur 81, 178, 243, 319, 510, 675, 713f., 804, 867, 976, 1016f., 1022, 1071ff., 1354, 1376, 1538, 1546, 1621
- "Führerprinzip" in der CSU 217, 290, 617, 849, 1620, 1630, 1632ff.
- Vorwurf diktatorischer Bestrebungen in der CSU 41, 44, 78, 84, 103f., 108, 142, 168, 172, 214f., 253, 377, 380, 384, 462, 507, 618ff., 764-767, 808, 840, 850, 881, 893, 986, 1023, 1093, 1190f., 1196, 1203, 1250, 1310, 1553ff., 1557, 1582, 1634
- Dillingen 14
- Dingolfing 36, 382, 645, 929
- Dinkelsbühl 339
- Displaced Persons (DP) 1469f.
- Document Center, Berlin 1109
- Donauföderation 200, 885f., 901, 1008, 1370
- "Drittes Reich" (s. Geschichte)
- Ebermannstadt 337, 426
- Ebern 339
- Ebersberg 1266
- Egerland 1139
- Eichenau 1113
- Eichstätt 339, 834ff., 846, 864, 872, 910, 932, 938, 954ff., 965, 967, 986, 992, 994, 1011, 1022, 1025, 1029, 1045, 1052, 1061, 1086, 1090f., 1093, 1161, 1163, 1224, 1226, 1232, 1284, 1286, 1289, 1295, 1299, 1303, 1313, 1326, 1328, 1331, 1361, 1375, 1377, 1387, 1391, 1422, 1438, 1445, 1460f., 1482, 1522, 1591, 1604, 1608, 1612, 1619, 1633, 1672f.
- Eigentum (s. Programmatik der CSU; Verfassung, Bayerische)
- Ellwangen 1363, 1368f., 1374
- Ellwanger Kreis 1363, 1368-1372, 1374
- Eltershausen 164
- Emskirchen 1274
- Energieversorgung 198, 480, 1037, 1067, 1070f., 1151, 1336, 1338, 1340-1344, 1361f., 1505ff., 1512, 1518
- Kohle 138f., 402, 480, 775, 831, 1037, 1070f., 1080f., 1336, 1340-1344, 1347, 1502, 1505ff., 1512f.
- Entnazifizierung (→ einzelne Institutionen; Internierung; Parteigenossen; Spruchkammern; Treuhandwesen und Vermögensverwaltung) 21, 24, 31, 72, 87, 113, 183, 189, 193f., 197, 255, 310, 316, 361, 372f., 381, 387, 411, 417, 423f., 450, 456, 459f., 469-472, 491, 501, 508, 599f., 641f., 649, 654f., 670, 751, 758, 801, 814, 828, 916, 920, 972, 976f., 996, 1040f., 1072, 1101, 1106, 1109, 1121, 1127, 1216f., 1265, 1372f., 1463, 1545, 1586
- Amnestien 653, 658, 665, 669, 1035f., 1040, 1042, 1155, 1659
- Denunziantentum 36, 310, 325, 398, 470, 657, 714, 828, 843, 896, 898, 1152
- Instrumentalisierung, politische 109, 141, 158, 160, 196, 213, 310f., 325, 361-364, 373, 382f., 400, 403f., 456, 470, 472, 485f., 812, 884, 995, 1001, 1041, 1151, 1260, 1372
- Kategorien und Sühnen 94, 395, 424, 465, 481, 483-487, 527, 535, 603, 649-653, 657-661, 664, 666-668, 754-758, 800, 897, 1150-1156, 1167
- Militärgerichtshof, Internationaler (s. dort)
- Entnazifizierung einzelner Gruppen und Personen
- CSU-Mitglieder und -Abgeordnete 31, 36f., 94, 159, 217, 244, 372f., 377, 392, 460, 501, 506, 649, 757, 812, 897f., 995
- Kreisverband Viechtach 371, 382, 385, 423, 425f., 457, 459, 495
- Kreisverband Würzburg 371, 373, 377-385, 387, 389, 391, 423, 425f., 429, 457ff., 461, 495, 506
- Josef Müller 658, 749, 767f., 772f., 793-798, 800ff., 804-807, 810ff., 815, 862f., 883f., 891, 894-900, 902-907, 917, 949, 957, 959, 1004, 1480, 1604, 1669
- Öffentlicher Dienst 18, 31, 82, 197, 483, 665, 975, 1106, 1109
- Fritz Schäffer (s. Fall Schäffer)
- Wirtschaft 18, 424, 483, 665, 757, 1152
- Entnazifizierungskritik der Parteien 310, 359f., 392-397, 463f., 466f., 470, 527, 654, 662, 751, 755, 814, 830, 989, 1152, 1168
- an der CSU 244, 387, 394f., 397ff., 401, 456, 464, 466, 491, 655, 662
- in der CSU 17f., 36f., 244, 246, 325, 359, 393f., 398ff., 464, 642, 648ff., 652-662, 665-669, 755, 757, 960, 1150ff., 1154ff., 1167f., 1619
- Entnazifizierungsausschüsse 17f., 37, 72, 1150
- Entnazifizierungsrichtlinien und -gesetz 17, 24, 484, 659, 916, 1149f., 1187f.
- Direktiven der amerikanischen Besatzungsmacht 17f., 32, 113, 1150f., 1154
- "Befreiungsgesetz" 17f., 32, 35, 37, 182, 187, 191, 244, 246, 319, 360, 363, 371, 393-404,

- 463–468, 481–488, 527, 535, 603, 648, 655f., 658–662, 665–669, 714, 755, 757, 884, 888, 897f., 920, 960, 1035f., 1042, 1149–1154, 1156, 1167f., 1260, 1480, 1619
- Militärgesetz Nr. 8 18, 37, 484, 662
- Entschädigung/Lastenausgleich 178, 449, 683, 716, 935, 1067, 1183, 1185, 1187, 1189, 1225f., 1468, 1528, 1530
- Erbendorf 334
- Erding 330
- Erlangen 84, 186, 208, 338, 343, 347, 354, 390, 762, 798, 988, 1022, 1112, 1161, 1229, 1274, 1284, 1330, 1374, 1377f., 1390f., 1396, 1404, 1407, 1409, 1411ff., 1419–1425, 1428ff., 1467, 1516f., 1522, 1557, 1574, 1587, 1612f., 1618, 1626, 1629, 1686, 1688
- "Ermächtigungsgesetz" (s. Geschichte)
- Ernährung und Ernährungslage 22, 90, 178, 434, 756, 792, 826ff., 885, 889, 892, 922, 925, 946, 996, 1015, 1069f., 1086–1092, 1095–1099, 1151f., 1177, 1179, 1207, 1334, 1336, 1338f., 1341, 1345, 1350, 1358f., 1363, 1385f., 1434, 1447, 1454–1457, 1463, 1465–1470, 1483–1487, 1500ff., 1504, 1507f., 1518f., 1529, 1538f., 1549, 1608, 1622ff., 1626, 1637
- Bewirtschaftung 197, 826f., 885, 1087, 1091f., 1097, 1179, 1334, 1338f., 1358, 1468, 1483ff., 1507f., 1520, 1623, 1637
 - bizonale Lebensmittelerfassung und -verteilung 1087f., 1090ff., 1097, 1179, 1338f., 1358, 1483–1486, 1508, 1623
- Erziehung (s. Schule und Erziehung; Programmatik der CSU; Verfassung, Bayerische)
- Eschenbach (Oberpfalz) 334, 761
- Europa (→ Wirtschaft) 23f., 91f., 110f., 198f., 253, 434, 464, 547, 587, 632, 698, 713, 734, 865, 867, 870f., 874, 876, 900f., 938, 1001, 1045, 1077–1080, 1102, 1137, 1226, 1340, 1342f., 1350, 1352, 1357, 1364f., 1369, 1435, 1462, 1467, 1474, 1476f., 1479, 1494f., 1501ff., 1513, 1525, 1535, 1537, 1539, 1598, 1657
- europäische Integration 199, 434, 538, 698, 701, 704, 724, 730, 871, 876, 900, 1078, 1083, 1350, 1356, 1364, 1376, 1474, 1494f., 1535, 1598, 1647
- Evakuierte (s. Flüchtlinge, Evakuierte und Vertriebene)
- Exekutivrat des Vereinigten Wirtschaftsgebietes 1068, 1088, 1167, 1176, 1179, 1355, 1621
- Fall Schäffer 39, 41, 43, 46f., 87, 109ff., 113f., 116–121, 123ff., 137f., 140f., 146f., 158–161, 163f., 167f., 186, 193ff., 211ff., 230, 250, 310f., 389, 394, 401, 410, 427, 457, 809, 811f., 1402, 1541, 1545f., 1578, 1584, 1586, 1588, 1594, 1599f., 1604, 1674
- Coburger Rede 117f., 147, 160f., 394
 - Denunziationsvorwurf 39, 117f., 141, 158ff., 213, 311, 1545f., 1599f.
 - Entlassung als Ministerpräsident 111, 137f., 311, 456, 812, 1541f., 1597f.
 - Schäffer-Horlacher-Konflikt 47, 116–120, 124f., 158, 160f., 168, 195, 1601
 - Schäffer-Müller-Konflikt (s. Führungsstreit in der CSU)
 - Schäffer-Pix-Konflikt 47, 119f., 124, 140, 157–160, 163, 165, 167
- Familie (→ Programmatik der CSU) 540, 642, 702, 791, 876, 928, 953, 1102
- Faschismus 110, 705, 1079
- Feuchtwangen 204, 212, 339
- Finanzstatut der CSU (→ Parteifinanzierung und -finanzen der CSU) 206, 228f., 241, 407, 417–422, 429f., 608, 612, 764, 1229–1234, 1249, 1257, 1262–1269, 1271, 1273–1283, 1332
- Flossenbürg 23, 132, 461, 529
- Flüchtlinge, Evakuierte und Vertriebene (→ Arbeitsgemeinschaften der CSU; Entschädigung/Lastenausgleich; Programmatik der CSU; Staatssekretariate; Wähler; Wahlrecht) 22, 31ff., 48, 144, 179, 187, 189, 191, 208, 225, 344, 434, 442, 449, 499, 533, 545, 579, 715, 726, 744f., 750, 753f., 756, 814, 888, 891, 900, 926, 939, 970, 977, 996, 1011, 1015, 1037, 1067, 1080, 1087, 1090, 1108f., 1113, 1150, 1166, 1181, 1198, 1216, 1226, 1239f., 1253, 1372f., 1496, 1503ff., 1525, 1602, 1606, 1616, 1626
- in der CSU 144, 443f., 533, 689, 691ff., 696, 745, 753, 780, 782, 887ff., 894f., 942, 986, 1000, 1010ff., 1216, 1226f., 1238, 1240f., 1258, 1280, 1372, 1406, 1431, 1449, 1522, 1657f., 1691
 - Integration 32f., 178, 180, 190f., 366, 444, 446ff., 496, 499, 592, 716, 751, 875, 920, 926, 934f., 941, 1010, 1080, 1110, 1115, 1138f., 1374, 1405f., 1470, 1524–1530, 1656, 1658f.
 - Isolation 33, 190
 - rechtliche Gleichstellung 180, 183, 444–446, 500, 527, 1208
 - Vertretung in Partei und Staat 180f., 225, 239, 301, 444, 448, 689, 692, 694, 696, 780–784, 788, 887, 934, 942, 946, 987, 1010, 1012, 1297, 1307, 1319, 1321ff., 1326, 1417, 1448, 1450, 1523ff., 1530, 1546, 1650, 1658, 1689ff., 1695f.
 - Vertriebenengruppen (s. einzelne)
- Flüchtlingengesetz 443, 445f., 936, 1527
- Flüchtlingsorganisationen 180, 933f., 1011f.
- Flüchtlingspartei 32f., 179, 1010, 1173, 1658
- Flügel und Gruppierungen in der CSU (→ Arbeitsgemeinschaften der CSU; Fraktion der CSU) 230, 246, 376, 433, 461, 479, 488, 498, 509, 524, 537, 577, 591, 635, 695, 765, 773, 783, 785, 790, 795, 799–802, 804, 806, 835f., 843, 850, 872, 882, 979, 983, 988, 990, 992, 994, 999f., 1003f., 1012, 1018, 1020, 1023f., 1026, 1033, 1039f., 1042f., 1045f., 1050f., 1054, 1062, 1087, 1116, 1136, 1170f., 1197, 1200ff., 1224, 1270, 1405, 1426, 1462, 1603, 1612, 1618, 1626, 1651, 1664, 1677

- Altbayerischer Flügel (auch "Opposition"; "rechter Flügel"; "Schäffer/Hundhammer-Flügel") 38, 88f., 105, 121, 123, 161, 212, 216, 250, 253, 310, 456, 493, 578f., 800, 805-809, 814f., 853, 879, 881, 899-902, 904, 949, 951, 982, 985, 999, 1002, 1004, 1006, 1020, 1026f., 1051, 1093, 1117, 1192, 1194, 1200ff., 1215, 1225, 1446, 1641, 1656, 1666
- Arbeiter und Angestellte 48, 94, 125, 297f., 306, 426, 496, 525f., 531, 545, 695, 767, 788, 820, 900, 915, 929, 933, 1089, 1181, 1258, 1305, 1406, 1572, 1588, 1656, 1690f.
- Vertretung in den Gremien 40, 70, 101, 173f., 223, 225, 239, 297ff., 306, 330, 332, 577, 687, 692, 763f., 772, 789, 820, 878, 931, 987, 1305, 1319, 1321f., 1690f., 1696
- Bauern 38f., 48, 77, 123, 125, 171, 179, 194, 250-253, 297f., 306, 333f., 402, 426, 428, 433, 450, 489-496, 498f., 525, 527, 573, 695, 725f., 765-768, 820, 1089, 1181, 1188, 1291, 1321, 1407, 1528f., 1589
- Vertretung in den Gremien 22, 34, 39f., 101, 173f., 179, 203, 205, 223, 226, 239, 297ff., 305, 330, 332, 503f., 577, 687, 691f., 763, 765, 769, 788, 878, 987, 1196, 1205, 1321f., 1689ff., 1696
- Fränkischer Flügel 38, 80f., 105, 121, 123, 216, 250, 253, 290, 402, 452, 488, 493, 496, 498, 578, 587f., 594f., 813, 853, 990, 1003, 1005, 1008, 1048, 1051, 1162, 1423, 1437, 1439, 1444, 1446, 1449, 1560, 1690
- Frauen 22, 26, 47, 174, 182f., 257, 297ff., 435, 639, 696, 749, 780, 821, 893, 938, 1162ff., 1181, 1198f., 1372f., 1405, 1650, 1653ff., 1682
- Vertretung in den Gremien 35, 172ff., 217, 223, 225f., 239, 297ff., 328ff., 332, 338f., 352f., 414, 432, 435, 503, 644f., 692, 694, 771, 773f., 777f., 780, 782, 785, 787, 838, 946, 1196, 1297, 1307, 1321ff., 1332, 1405, 1417, 1560, 1654, 1696
- Jugend (→ Junge Union) 26, 47, 53, 80, 88, 93ff., 99f., 102, 130, 161, 194, 199, 257, 300, 321, 392, 450, 525f., 577, 589f., 669f., 691, 693, 695, 718, 730, 747, 749f., 779f., 783, 797f., 805, 822ff., 836, 842, 851f., 854, 896-900, 903f., 911, 915, 935f., 1022, 1026, 1083f., 1121ff., 1211, 1241, 1300f., 1405, 1609, 1635, 1653, 1659f., 1672, 1693ff.
- Vertretung in den Gremien 34, 172ff., 194, 217, 223, 225, 300, 328, 332, 414, 432, 503, 585, 644f., 692f., 695f., 764, 771, 773f., 776-780, 782f., 785, 787ff., 838, 842, 946, 1022, 1196, 1307, 1321f., 1332, 1415, 1417, 1696
- Katholiken (→ Konfessionen) 48, 80ff., 226, 237, 239, 306, 337, 339, 346f., 353, 757, 873, 910, 1027, 1030, 1117, 1393, 1411, 1522, 1649, 1651, 1697
- Vertretung in den Gremien 276, 284, 300, 306, 427, 758-763, 780-783, 787
- Konservative/Sozialisten 42, 106f., 132, 136, 145, 309, 315, 479, 555, 803
- Mittelstand 48, 93, 306, 767, 1181f., 1657
- Vertretung in den Gremien 101, 332, 504, 577, 1321f., 1696
- Monarchisten (s. Monarchisten in der CSU)
- Müller-Gruppe (auch "linker Flügel") 88f., 432, 808f., 879, 904, 992, 1002, 1020, 1026f., 1093, 1194, 1200ff., 1209, 1656
- Protestanten (→ Konfessionen) 14, 45, 48, 73f., 78-82, 123, 164, 183, 238, 306, 337, 339, 346f., 413, 426ff., 488, 534, 565, 756f., 781f., 873, 910, 1027, 1030f., 1117, 1158, 1522f., 1587, 1649ff., 1682, 1695
- Vertretung in den Gremien 34, 74, 80, 204, 353, 427ff., 543, 758-763, 779-784, 787, 1058f., 1202, 1411, 1560, 1689, 1691
- Stände 25f., 48, 112, 204f., 435, 450, 546, 696, 767, 769, 779f., 783, 949, 1012, 1089, 1192, 1206, 1305
- Vertretung in den Gremien 101, 144, 198, 203ff., 216f., 223, 225f., 239, 288, 297-300, 306, 328ff., 332, 338, 404, 692f., 769, 779, 783f., 789, 838, 987, 1191, 1697
- Föderalismus (→ CDU/CSU, überzonaler Zusammenschluß; Staatsaufbau, deutscher künftiger) 24, 132f., 135, 197, 201f., 204, 212, 310, 313, 477, 482, 491f., 537, 712, 759, 826, 881f., 888, 900, 905, 949, 975, 981, 1074, 1077f., 1082, 1088, 1175, 1241, 1295, 1299, 1301, 1303, 1305f., 1308, 1312, 1365, 1376, 1416, 1439, 1459, 1489, 1496, 1537, 1557, 1587, 1590f., 1610, 1615, 1620, 1622, 1625f., 1629, 1644, 1655, 1680
- Forchheim 190f., 337, 1274
- Forstwesen 561, 1090, 1095, 1337
- Fragen der Zeit 753
- Fraktion der CSU
 - Bayerischer Landtag (1946-1948) 204, 345, 432, 502, 581, 590, 694, 696, 766, 772f., 786, 805, 823, 831, 834, 844, 850, 898, 902, 914-917, 919, 922f., 925f., 929, 932, 935, 939, 945, 947ff., 951, 953-958, 960f., 963, 966-970, 983-986, 988, 992, 994f., 1000, 1002, 1004, 1006-1009, 1023f., 1027f., 1030, 1033, 1037ff., 1042ff., 1047f., 1050, 1052, 1054, 1064ff., 1093f., 1119, 1121, 1127f., 1160, 1162, 1182, 1184, 1189ff., 1205-1208, 1215ff., 1221f., 1225, 1246, 1249, 1258, 1269, 1295, 1303, 1307, 1310, 1320, 1322-1326, 1329f., 1379, 1381, 1383, 1402, 1405, 1410-1413, 1416ff., 1426, 1460, 1480, 1520f., 1530, 1584, 1589, 1591f., 1604, 1608, 1619, 1625f., 1630f., 1634f., 1639-1642, 1644f., 1670
 - Vertretung in den Parteigremien 278, 432f., 608f., 1160, 1222f., 1303, 1305, 1307, 1320, 1322-1326, 1329, 1379, 1381, 1383f., 1411f., 1414, 1416ff., 1426, 1460, 1639ff., 1647, 1692

- - Vorsitz 898, 922, 925, 945, 951, 964f., 984, 1006, 1033, 1049, 1196, 1216, 1222, 1225, 1257, 1297, 1324, 1418, 1644, 1692
- - Zusammensetzung 204, 345, 693, 772f., 932
- Verfassunggebende Landesversammlung (1946) 328f., 354, 414, 447, 451, 473, 498, 502f., 516, 526ff., 531f., 548ff., 552, 554-560, 564-571, 573-578, 580-592, 595ff., 645-649, 653, 656, 687f., 694, 762, 794, 803, 807, 813f., 844, 902, 904f., 948, 980, 1128, 1142
- - Zusammensetzung 328f., 585f., 591f., 687
- Verhältnis von Partei und Fraktion 515f., 519, 533, 548, 557, 559, 567ff., 575ff., 589-592, 807, 809, 834, 844, 902, 914, 919, 925, 932f., 947ff., 954ff., 958, 961, 963f., 986, 1042, 1046f., 1058, 1093, 1119, 1205, 1213, 1216f., 1219, 1305, 1592, 1605, 1626, 1630f., 1634f., 1639ff., 1647
- Fraktion der FDP 1119, 1173
- Fraktion der SPD 549f., 555f., 560, 562, 564, 566f., 578ff., 585f., 588, 595, 750, 811f., 870, 905, 923f., 980, 983f., 986, 988, 1031, 1038, 1620
- Fraktionszwang 470, 498, 567f., 575-578, 582, 584, 586, 588f., 593-597, 713, 834, 917, 922, 939, 951, 979f., 992, 1033
- Fränkische Volksstimme, Mitteilungsblatt der CSU 32
- Fränkischer Tag, Bamberg 109, 120, 226
- Franken 3, 40, 49, 81, 101f., 121, 133, 143, 154, 173, 198, 201, 205, 208, 212, 326, 337, 361, 467, 474, 488, 498, 511, 516, 525, 578f., 587ff., 593ff., 641, 670f., 695, 745, 750, 756, 760, 763, 772, 777, 780f., 783, 790, 813, 830, 835, 853, 873, 896, 904, 923, 935, 971, 982, 990, 995, 1004, 1008, 1023, 1027, 1030, 1039, 1043, 1048, 1051, 1059, 1064, 1123, 1130, 1138, 1172, 1241, 1262, 1305, 1311f., 1327, 1360, 1410-1413, 1416, 1437, 1439, 1446f., 1449, 1458, 1467f., 1523, 1558, 1560, 1602, 1607, 1647, 1670, 1673, 1675, 1681f.
- Frankenpost 1105, 1141, 1372, 1522
- Frankfurt am Main 30, 34, 111, 201, 793, 911, 1068, 1086, 1088, 1097f., 1171, 1175f., 1179f., 1182, 1189, 1191, 1203, 1220, 1284, 1333, 1335f., 1347-1350, 1354ff., 1358, 1364, 1381, 1409, 1440, 1459, 1483ff., 1487-1491, 1499, 1507, 1513, 1516, 1520, 1537, 1541f., 1544, 1549, 1584, 1590, 1598, 1603f., 1608, 1610, 1617, 1620ff., 1624ff., 1635, 1648, 1686, 1694f.
- Frankreich 133, 657, 755, 865, 901, 1008, 1103, 1335, 1357, 1370, 1435, 1468, 1507, 1513
- Frauen (→ Arbeitsgemeinschaften der CSU; Flügel und Gruppierungen in der CSU) 22, 299, 353, 435, 499, 590, 640, 893, 928, 938, 1198, 1373, 1406, 1653, 1655
- Freie Demokratische Partei (FDP, auch "LDP", "Demokraten", → Fraktion der FDP) 40, 212, 236, 382, 394ff., 424-427, 429f., 472f., 717, 750f., 795-798, 818, 820-823, 828f., 831ff., 887, 925, 929, 943, 981ff., 1066, 1115, 1155, 1176, 1447
- Freiheitsaktion Bayern (FAB) 94
- Freising 844, 846f., 850, 852, 857, 1204, 1330, 1381, 1482, 1612
- Fremdenfeindlichkeit in der CSU (→ Preußenfeindlichkeit) 32f., 35, 190f., 447, 500, 528f., 531ff., 679, 1106, 1108f., 1135, 1138f., 1208, 1496, 1525f., 1675
- Friedensregelung, künftige 134, 200f., 247, 434, 480, 752f., 816, 825, 866, 878f., 918, 923, 926, 931, 938, 1065, 1078, 1080, 1225f., 1297, 1365, 1399, 1467
- Friedenswahrung 318, 434, 512f., 560, 565, 698, 713, 755, 869, 871, 877f., 890, 916, 1078, 1080, 1226, 1467
- Führungsstreit in der CSU (→ Diktatur; Kultur, politische in der CSU) 5, 8, 40f., 47, 81f., 86ff., 91f., 95, 102, 106, 110, 112, 114, 116, 119, 122, 129, 131, 141, 143, 149, 161, 163f., 168, 183, 202, 1539, 1543, 1576f., 1584, 1595, 1607, 1637f., 1643, 1645
- Führungsanspruch Schäffers 40, 91, 109, 122, 131, 158, 161, 163, 1543, 1576f., 1584, 1639, 1643
- Kommunismusvorwurf gegen Müller 88ff., 106, 111, 127, 132, 136, 1465, 1551f., 1558, 1631-1634
- Müller/Schäffer-Konflikt 10ff., 41, 47, 58f., 62, 87f., 96, 106f., 110ff., 118ff., 123f., 129-132, 136f., 139-142, 145f., 148f., 202, 310, 1539-1546, 1548-1551, 1553ff., 1568, 1575-1581, 1599f., 1611, 1619, 1637f., 1645, 1651, 1676, 1679
- Spionagevorwurf gegen Müller 128f., 153
- Fürsorgewesen 425
- Fürstenfeldbruck 886, 897
- Fürth 338, 648, 779, 781, 783, 1093f., 1099, 1144, 1147, 1274, 1278, 1330, 1446
- Füssen 890
- Fulda 1352
- Furth im Wald 336
- Garmisch-Partenkirchen 232ff., 258, 260ff., 330, 1637
- Geheime Staatspolizei (Gestapo) 175, 202, 410, 657, 749, 795, 797f., 806, 810, 883f., 891, 1113, 1669
- Geld- und Kreditwesen (s. Banken und Versicherungen; Währung; Währungsreform)
- Gemeinde- und Stadträte 87, 431, 450, 607, 653, 759, 946, 985, 1162
- Gemeinden 561, 1302, 1343, 1526
- Gemünden 339
- Generalsekretär der CSU (s. Landesgeschäftsstelle der CSU)
- Generalstreik (in Bayern 1948) 1379, 1381, 1395, 1398, 1402, 1464f., 1472, 1486f., 1500f., 1506, 1515, 1521f., 1674

- Genfer Konvention 927
 Genossenschaften 438, 554f., 561, 584, 726, 1067, 1098
 Germania 14
 Gerolzhofen 339
 Geschäftsordnung 66ff., 71, 84f., 100, 102, 109, 114ff., 129, 167, 185, 217, 240, 286, 289, 320f., 519, 532, 536, 584, 593, 595, 602, 609, 625–629, 642, 693, 776ff., 841, 848f., 852, 908f., 913f., 918, 954, 1094, 1185ff., 1190, 1218f., 1222, 1431–1434, 1436ff., 1452f., 1450f., 1572, 1574f., 1678
 – Geschäftsordnungsdebatten 57–65, 148, 150, 176, 516ff., 692, 912ff., 965, 1144–1149, 1157, 1232f., 1294, 1403, 1420, 1429, 1443, 1450, 1573ff., 1682
 Geschichte (Betrachtungen und Rückblicke) 22, 58, 141, 198, 200, 242f., 287, 324, 346, 477f., 511, 560, 565, 592, 635, 675, 702, 709, 713, 730, 754f., 804, 830, 865, 867, 870, 873, 875, 881, 888, 915, 931, 946, 950, 963, 974, 1034, 1075f., 1082, 1092f., 1136f., 1165, 1210, 1352, 1366, 1376, 1462, 1470, 1478, 1495, 1534, 1536, 1557, 1598, 1601, 1627, 1643f., 1646, 1657f.
 – Antike und Mittelalter 345, 730, 875, 1078, 1366, 1462, 1470, 1534ff., 1644
 – Französische Revolution 58, 60, 388f., 1381, 1674
 – 19. Jahrhundert und Kaiserreich 200, 830, 876, 886, 891, 1075f., 1495f., 1534, 1599, 1644, 1647, 1674
 – Weimarer Republik (→ Weimarer Verfassung) 49, 53, 106, 117, 125f., 128, 135, 163f., 200, 204, 218, 362, 462, 482, 548, 641, 665, 696, 795, 822, 830, 973ff., 1024f., 1028, 1052, 1074, 1076, 1208, 1263, 1362, 1369, 1455f., 1462, 1465, 1496, 1501ff., 1538, 1553, 1582, 1586, 1588, 1601, 1609f., 1622, 1680
 – NS-"Machtergreifung" 141f., 195, 250, 253f., 372f., 404, 653, 659, 893, 951, 1545, 1553f., 1582f.
 – NS-Zeit (→ Konzentrationslager; Nationalsozialismus; NSDAP; Widerstand gegen den Nationalsozialismus) 49, 52ff., 81, 127, 129, 141f., 175, 202, 242, 317, 324, 362, 373, 389, 394, 463, 470, 482, 640, 658, 663, 665, 772, 805, 865, 874, 891, 906f., 1104, 1168, 1369, 1496, 1536, 1544f., 1553, 1557, 1578, 1683f.
 Gesellenvereine, katholische 87, 385, 589, 1114
 Gesellschaftsordnung (→ Programmatik der CSU; Verfassung, Bayerische) 9, 540, 577, 679, 792, 877, 929, 1072, 1074, 1164, 1166f., 1171f., 1183, 1189, 1463
 Gesundheit und Gesundheitswesen (→ Ärztekammer; Sozialversicherung) 442, 446, 653, 946, 1065, 1091f., 1103, 1105, 1112, 1523
 Gewerkschaften 14, 36, 181, 187, 214, 219f., 251, 329, 333, 339, 489, 496, 531, 544, 551, 554, 561, 577, 687, 788, 820, 933, 1010, 1070, 1088, 1180f., 1214, 1398, 1406, 1464, 1466, 1473f., 1485ff., 1501, 1506ff., 1510ff., 1515, 1521, 1524, 1623, 1655
 – christliche 820, 1406, 1515
 Göttingen 1107, 1138
 Graz 885
 Griesbach 190
 Großbritannien 33, 200, 231, 234, 317, 371, 386, 413, 451, 567, 634, 755, 829, 881, 951, 967, 1028, 1071, 1103, 1110f., 1210, 1342, 1501, 1506f., 1549, 1674
 Gründung der CSU (1945 – Januar 1946, → Vorbereitende Ausschüsse der CSU) 3–6, 24, 49, 130f., 135, 256, 323, 548, 865, 872, 904, 1059, 1202, 1211, 1360, 1460, 1493, 1576f., 1586ff., 1607, 1662, 1664, 1672, 1675f., 1678, 1690
 Gründungsaufrufe der CSU 3, 5f., 1478
 "Gründungsväter" der CSU 41, 45, 78, 116, 486, 1209, 1211, 1648f., 1664
 Gründungsversammlung der CSU 5, 7–12, 21–26, 85, 130, 238, 285
 Günzburg 36
 Gunzendorf 29
 Gunzenhausen 82, 212, 339, 353, 1426

 Haager Konvention 1476
 Haidhof 1482
 Hamburg 551, 1272
 Hammelburg 340, 360f.
 Handelskammer (→ Berufs- und Interessenverbände) 566
 Handwerkskammer (→ Berufs- und Interessenverbände) 329, 445, 566, 583
 Hannover 496, 511, 1177, 1370, 1461, 1472
 Harlaching (München) 661
 "Harzburger Front" 113, 1034, 1553, 1636
 Haßfurt 340, 1423, 1425, 1451
 Hauptstadt, künftige deutsche (auch: "Reichshauptstadt") 198, 200f., 232, 311, 456, 511, 548, 905
 Heideck 339
 Heppenheimer Verfassungsausschuß 1371
 Herrlehof 30
 Hersbruck 339, 520
 Herzogenaurach 1274
 Hessen 30, 34, 197, 258, 441f., 483, 485, 511, 537, 647, 785, 823, 831–834, 882, 951, 978, 1048, 1103f., 1208, 1369, 1402, 1457f.
 Heßdorf 1274
 Hiltpoltstein 212
 Hiltpoltstein 1446
 Hitlerjugend (HJ) 587, 664, 712, 1115, 1154
 Hochland-Bote 261
 Höchstädt 520
 Hof 190, 214, 337f., 531, 579, 1155, 1328, 1372
 Hofheim 340, 520
 Holzkirchen 899
 Hubertshöhe (bei Roßbach) 334
 "Hühnerfutterrede" 1333–1350, 1354, 1360f., 1363, 1375, 1377, 1467, 1506, 1515ff., 1538, 1549

- Humanismus 36, 866, 1102, 1128, 1131
 Humanitarismus 1079
 Illertissen 960
 Industrie 219, 552f., 561, 653, 682, 693, 706, 709, 715f., 719, 721, 725, 734, 885, 996, 1008, 1098f., 1334, 1336ff., 1340–1344, 1396f., 1447, 1449, 1501ff., 1505, 1507–1512, 1696
 – Demontage und Kriegsproduktion 422, 434, 715, 739, 1334, 1339ff., 1502f.
 – Entflechtung 709, 869, 1073, 1182, 1406, 1466
 Industriepan 1069, 1341f.
 Inflation 1166f., 1265, 1504
 Information Control Division (ICD) 1270
 Informations- und Rednerdienste der CSU 14, 24, 117, 182, 185, 187, 195, 205, 231, 234, 257, 308, 444, 526f., 749, 762
 Ingolstadt 29, 66, 330, 425, 491, 750, 848, 1012, 1239f., 1559
 Innere Mission 190, 347
 Innungen (→ Berufs- und Interessenverbände) 219, 758
 Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin 1501
 Interessenverbände (s. Berufs- und Interessenverbände)
 Internationalismus 730
 Internierung 42, 487, 665, 1140
 Isar-Post 52, 56, 120, 158, 160, 162, 186, 384ff., 389–392, 490, 773, 793f., 796, 802, 805, 1028
 Italien 701ff., 865, 1468, 1507
- Jalta (s. Konferenz von Jalta)
 Journalisten (s. Presse)
 Journalistenverband (→ Berufs- und Interessenverbände) 386, 390
 Juden 711, 740, 1104
 Jugend (→ Flügel und Gruppierungen in der CSU;
 Junge Union) 18, 35ff., 53, 93f., 450, 524–527, 579, 587, 589, 669, 705, 711f., 714ff., 734, 742f., 766, 798, 806, 822f., 829, 851, 875, 877, 896, 915, 935, 982, 975, 1001, 1022f., 1029, 1032, 1077, 1087, 1102, 1110, 1126, 1142, 1198, 1350, 1362, 1409, 1441, 1470f., 1475, 1514, 1599, 1603, 1606, 1659f.
 Junge Union 779f., 787, 793, 819, 821ff., 836, 872, 883, 896, 898f., 1027, 1083ff., 1181, 1196, 1198, 1212, 1245, 1251, 1253, 1282, 1291f., 1294f., 1300, 1304, 1306f., 1321ff., 1390, 1405, 1416, 1440, 1471, 1603, 1629, 1635, 1640f., 1650, 1658ff., 1681, 1683, 1685f., 1694, 1696
 Justiz (→ Programmatik der CSU; Recht/Rechtsbewußtsein; Verfassung, Bayerische) 187, 440, 1208, 1342, 1469
- Kapitalismus 243, 319, 545f., 571, 869, 929, 1029, 1069, 1406, 1464, 1553
 Karlsruhorst 1088, 1465, 1552
 Karlstadt 36, 340, 858
 Kassel 1352
 Katholiken/Katholizismus (→ Flügel und Gruppierungen in der CSU; Konfessionen) 7, 23, 48, 50, 79, 426, 448, 499, 542, 757, 761ff., 782, 872f., 1021, 1027, 1030, 1106, 1112f., 1117, 1324, 1370f., 1577, 1687, 1653f.
- Kaufbeuren 890
 Kempten 398, 401, 498
 Kirchen (→ Programmatik der CSU; Verfassung, Bayerische) 14, 180, 205, 213, 235, 315, 341–346, 349, 351, 398, 426, 453f., 472, 498, 554, 561, 563, 565, 648, 652, 656, 660, 664, 667, 693, 702, 760, 762, 970, 1079, 1113, 1118, 1123, 1137, 1152f., 1329, 1664
 – Erziehungsaufgabe 36, 970, 1123
 – Geistliche in Staats- und Parteiämtern 212f., 216ff., 221, 226, 235–239, 255, 293, 300, 305, 329, 331, 339–351, 472, 686, 693, 760
 – katholische 235, 238, 342, 345, 350f., 652, 762, 831, 906f., 928, 938, 970, 1112f., 1118, 1522, 1587
 – und Nationalsozialismus 652, 655f., 664, 667, 1153, 1587
 – protestantische 128, 213, 235–238, 341, 345, 350f., 499, 532, 564f., 648f., 656, 659, 760, 762, 970, 1059, 1113, 1117f., 1159, 1587
 – Verhältnis von Staat und Kirche 344, 454, 1117f.
- Kirchenthumbach 334
 Kirchenverträge 565, 1113
 Kitzingen 340, 692
 Klerikalismus 236, 472
 Kochel 408
 Köln 186, 1062, 1272, 1398
 Königshofen 340
 Königstein im Taunus 542
 Kötzing 212, 235
 Kolbermoor 1636
 Kollegiatsspitze (s. Satzung der CSU)
 Kollektivismus 122, 131, 178, 313, 316, 319, 544, 547, 577, 682, 713, 715, 728, 752, 979, 1071–1074, 1077, 1079, 1462f., 1468, 1535, 1552, 1609
 Kommunismus 127, 131, 133, 348, 379, 462, 510, 537, 713, 716, 950, 1000, 1088, 1352, 1441f., 1463, 1535, 1552, 1631, 1634
 Kommunismusgefahr 52, 88f., 106, 207, 505, 532, 547, 587f., 595, 900, 982, 1006, 1447f., 1535, 1552, 1582, 1663
 Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) 8, 22, 37, 54f., 89f., 94, 106, 121f., 127, 137, 139f., 164, 189, 197, 207f., 212f., 216, 234, 243, 249, 252, 290, 310, 315, 349, 359ff., 364ff., 373, 378, 388, 390f., 398, 400, 403, 416, 424ff., 428f., 448f., 456, 462, 466f., 498f., 527, 585, 587, 594, 623, 649, 653, 662f., 665, 704, 717, 734ff., 754, 819, 821ff., 828f., 831f., 887, 900, 930, 989, 997, 1025, 1155, 1176, 1359, 1439, 1474f., 1543ff., 1552, 1632, 1635
 – Mitglieder in Regierung und Verwaltung 43, 88ff., 111, 137, 139, 469, 499, 665, 971f., 1011
 – Regierungsbeteiligung 54, 110f., 136f., 139, 822f., 1541, 1543, 1578

- Verhältnis zur CSU 195, 213, 383, 394f., 466, 469, 807f., 1122f.
- Verhältnis der CSU zur KPD 43, 53, 110f., 178, 189, 195, 365, 461, 505, 734f., 752, 1642
- vor 1933 117, 164, 461f., 1544, 1552
- Kompensation 1098, 1100, 1341, 1344, 1510f., 1517
- Konferenz von Jalta 1339, 1357
- Konfessionen (→ einzelne; Flügel und Gruppierungen in der CSU) 7, 75, 82, 106, 128, 142f., 204, 212f., 341, 426f., 472, 480, 499, 542, 589, 646, 660, 675, 692f., 804, 941, 970, 1079, 1106, 1112f., 1139, 1493, 1650
- Einigung der Konfessionen 7, 50, 73, 90, 143f., 204f., 217, 238, 542f., 756f., 761, 763, 767, 804f., 872f., 887, 1007, 1027, 1030f., 1117, 1125, 1159, 1191, 1522f., 1542, 1558, 1577, 1587, 1649, 1665
- Konfessionskampf 106, 212, 428
- Vertretung in Partei und Staat 34, 74, 112, 142, 144, 204, 212, 237, 275, 305f., 337f., 346f., 427ff., 757, 761-764, 781ff., 1112, 1158, 1411, 1689, 1691
- Konservatismus/Konservative 144, 309, 791, 1079
- Kontrollrat, Alliiertes 191, 227, 258, 399, 406, 438, 440-443, 483, 501, 904, 916, 938, 1017, 1067f., 1167, 1335, 1344, 1346, 1476, 1478, 1511, 1590
- Konzentrationslager 23, 37, 88f., 115, 132, 349, 461, 529, 653, 668, 755, 795, 801, 1351, 1369, 1540, 1544, 1578, 1583
- Kraft durch Freude (KdF) 870
- Krailling 66
- Krankenkassen (s. Gesundheit und Gesundheitswesen)
- Krankenversicherung (s. Sozialversicherung)
- Kreise 80f., 258, 426, 429, 560, 652, 987, 995, 1520f.
- Landkreise 37, 75, 82, 197, 327f., 368, 426, 596, 803
- Landkreisordnung 365ff.
- Stadtkreise 44, 75, 327, 367
- Kreisgeschäftsführer der CSU (s. Satzung der CSU)
- Kreistage und Kreisräte 256, 343, 365-368, 946, 984, 1035, 1162
- Kreisverbände der CSU (→ Satzung der CSU) 23, 25f., 29, 31, 36, 38ff., 56, 64, 69, 72, 78, 102f., 104f., 121, 182, 204, 212f., 215f., 228, 235, 238, 250, 257, 266, 293f., 327-333, 335, 353, 355f., 374, 377, 417-421, 429ff., 433f., 444, 448, 520ff., 524ff., 648, 672f., 686-692, 694, 747, 762, 775f., 803, 809, 844, 846, 861, 976, 990, 999, 1064, 1093, 1162, 1220, 1234f., 1237-1246, 1248-1254, 1256ff., 1262f., 1265f., 1269f., 1275, 1277-1283, 1298, 1302f., 1312, 1315, 1328, 1379-1384, 1411, 1414ff., 1430, 1433, 1445, 1515, 1518, 1563, 1568, 1570f., 1576, 1582, 1613, 1616, 1632, 1639, 1661, 1675f., 1681
- Kreisverband Bamberg der CSU 56, 206, 292
- Kreisverband München der CSU 7f., 10-13, 76
- Kreisverband Regensburg der CSU 44, 56, 64, 68, 75, 206, 218, 291f., 296, 407f., 780
- Kreisverband Viechtach der CSU (s. Entnazifizierung einzelner Gruppen und Personen)
- Kreisverband Würzburg der CSU (→ Entnazifizierung einzelner Gruppen und Personen) 44, 56, 64, 68, 70, 292, 1242, 1276
- Krieg (s. Weltkrieg)
- Kriegsgefangene und Heimkehrer 212, 407, 451, 482, 892, 916, 926, 938f., 953, 1028, 1166, 1198, 1200, 1224, 1357, 1366ff., 1374, 1470f., 1514, 1659
- Kriegsopfer und Hinterbliebene 178, 180, 500, 545, 657, 705, 875, 1189
- Kriegsverbrechen/Kriegsverbrecher (→ Militärgerichtshof, Internationaler) 1150, 1545
- Kriegsversehrte 82, 95, 174, 178, 180f., 187, 407, 450, 656, 668, 717, 739, 875, 938, 1015, 1036, 1189
- Kronach 218, 337, 1446
- Kulmbach 207, 337f., 426f., 531, 829, 1109, 1127, 1697
- Kultur, politische in der CSU 42, 51f., 57-61, 63, 65, 67f., 86f., 90f., 94, 98f., 101, 105, 114ff., 146, 148f., 161f., 165f., 169ff., 186, 213, 246, 286, 334, 412f., 488, 506, 684, 691, 693, 695f., 724, 790, 799-803, 805ff., 811, 841f., 851f., 854f., 860, 863, 889, 891f., 896, 914, 932, 955, 958, 960, 966, 1007, 1014, 1020, 1026, 1129, 1145, 1162f., 1183, 1198, 1591, 1604, 1628f., 1642f., 1654
- Beobachter, parteifremde in Parteisitzungen 99, 116, 261, 516, 592
- Diskretion/Indiskretion über Parteinterne 232, 409-414, 458, 461f., 515ff., 530, 803, 911f., 914, 1214, 1268
- Vorwurf nationalsozialistischer Methoden 38, 114f., 202, 214, 851, 855, 1025, 1553
- Zulassung der Parteiöffentlichkeit zu Parteisitzungen 57-61, 64f., 67f., 97-100, 102, 104f., 114ff., 169, 183, 407, 413, 515-518, 592, 790, 911-914, 1332
- Zwischenfall Messmer 47, 86-97, 107, 155ff., 213, 409-412, 462, 507, 509, 530f., 909
- Kulturgemeinschaft, christlich-abendländische 23f., 93, 133, 537, 539, 684, 698f., 704, 706, 724, 884, 1079f., 1352
- Kulturpolitik (→ Einzelbereiche; Kirchen; Programmatik der CSU; Verfassung, Bayerische) 312, 341, 348f., 371, 414f., 453f., 471f., 503, 537, 539, 791, 1102ff., 1136, 1156f., 1302
- Kulturszene, zeitgenössische bayerische 1113f., 1139
- Kunst (→ Programmatik der CSU) 453f.
- Länderrat der amerikanischen Besatzungszone 34, 258, 440f., 455, 483, 485, 505, 515, 519, 916, 975, 1036f., 1086-1089, 1151, 1153f., 1167, 1174, 1368, 1458, 1490, 1509, 1686

- Länderrat des Vereinigten Wirtschaftsgebietes 1621
Landau 385, 425, 1576, 1586
- Landesarbeitsausschuß der CSU (auch "Landesleitung", "Parteileitung", Parteivorstand, → Landesleitung, vorläufige der CSU) 40f., 43, 45ff., 108, 143, 148, 152, 162f., 165, 175, 177, 181f., 185f., 189, 193, 205, 211, 213, 218, 221, 223, 244, 263, 342, 371, 423f., 433, 500–504, 508, 530, 543, 602, 625ff., 629, 631f., 645, 809
- Landesausschuß der CSU (→ Satzung der CSU) 38, 108, 110, 145, 152, 154, 167, 170–174, 185f., 205f., 211, 218, 263, 308f., 329, 355, 357ff., 374, 409, 411, 421, 423, 430, 432, 515f., 532, 599, 601, 620, 623f., 626, 636, 641f., 671ff., 765f., 771, 781, 789, 835f., 846f., 852, 857f., 953, 960f., 1061, 1200, 1204, 1212, 1215, 1220ff., 1225f., 1248, 1266, 1281, 1283f., 1289, 1370, 1379, 1387, 1407, 1409, 1427, 1429, 1451f., 1519f., 1523, 1530, 1533, 1559, 1563, 1566, 1569, 1670, 1688, 1690, 1692
- Landesausschuß, Erweiterter Vorläufiger der CSU 34f., 37f., 41, 43ff., 47, 69f., 76, 80, 104f., 151f., 175, 179, 185, 297, 308, 358, 409, 602, 1541, 1546, 1551, 1576f., 1600, 1607f., 1675f.
- Landesausschuß, Vorläufiger der CSU 17, 19, 21, 27, 29ff., 34f., 39ff., 43f., 47, 55f., 59, 65, 67–70, 73f., 76f., 84, 86, 96, 111, 118f., 124, 142f., 147, 151f., 321
- Landesgeschäftsstelle der CSU (→ Satzung der CSU) 13, 31, 35, 47, 78, 97, 121, 185, 188, 193, 206, 211f., 216, 219, 221, 224, 226, 228, 246f., 255ff., 309, 371f., 408, 414, 417, 419, 421, 429f., 444, 497, 515, 519f., 522f., 526, 646f., 671, 744, 1093, 1157f., 1206, 1216, 1237, 1241, 1243, 1246, 1248f., 1251–1257, 1259ff., 1264–1269, 1276f., 1279, 1284, 1287, 1291–1295, 1306, 1321, 1332, 1374, 1381, 1387f., 1456, 1564, 1566, 1595, 1671, 1685f.
- personelle Besetzung 13, 212, 390, 392, 396f., 404, 423f., 500, 528f., 531f., 534, 1093, 1206, 1216
- Sekretariat München 13ff., 256
- Landesleitung der CSU 764, 844, 885, 889, 894, 960, 995, 1032, 1064, 1085, 1092f., 1187, 1205, 1213, 1223, 1250f., 1256, 1282, 1284, 1287, 1290, 1292, 1329, 1380, 1383, 1387, 1430f., 1518, 1520f., 1556, 1561, 1563, 1565, 1597, 1613f., 1668 f., 1671
- Landesleitung, vorläufige der CSU (unter wechselnden Bezeichnungen, → Landesarbeitsausschuß der CSU; Landesausschuß, vorläufiger der CSU; Vorbereitende Ausschüsse der CSU) 40f., 103f., 119, 165, 194, 214ff., 220, 248, 263, 319, 337f., 341, 347, 353, 368, 383, 386, 388, 391f., 428, 431, 434, 436, 438, 440, 447ff., 517f., 522, 524, 527, 532f., 558, 576, 684, 687, 794, 807, 809f.
- Landesschatzmeister der CSU (s. Parteifinanzierung und -finanzen der CSU)
- Landesstelle für Feinmechanik und Optik 657
- Landesstelle Papier 745
- Landesverband der CSU (→ Landesleitung, vorläufige; einzelne Organe, Gremien und Verbände; Parteiausschüsse der CSU; Satzung der CSU) 51, 79, 105, 212, 233, 257, 276, 327ff., 331, 335–338, 354, 356f., 374, 382, 417, 419ff., 429ff., 458, 520f., 534, 672, 849, 1234f., 1238, 1240–1244, 1246, 1248, 1262f., 1275–1279, 1281, 1283, 1298, 1303, 1568, 1570f.
- Landesversammlung der CSU (→ Satzung der CSU) 13, 37ff., 41, 45, 47, 68ff., 73, 75, 98–103, 105, 108f., 145f., 148f., 151f., 175–178, 185ff., 193, 201, 206, 211, 214, 221, 228, 238, 240, 242, 244, 246f., 254f., 262f., 266, 306f., 327, 374, 376, 388, 397, 402, 407f., 423, 432f., 448, 464, 490, 494, 503, 516, 530, 538, 547, 581, 601f., 617f., 620, 623f., 628, 631, 636, 641, 673, 742, 748, 751, 776, 778f., 787, 824, 831, 834f., 842, 846, 851, 855, 863, 910, 925, 932f., 954, 962, 976, 994, 1022f., 1025, 1037, 1061, 1085, 1188, 1201, 1204, 1231, 1285, 1288, 1294, 1307, 1313, 1326–1332, 1374, 1377, 1385f., 1388f., 1392, 1395, 1404, 1421f., 1452–1455, 1460, 1518f., 1559, 1563, 1566, 1569, 1574, 1614f., 1625, 1629, 1633, 1639ff., 1666, 1670, 1684, 1688
- Landesvorsitzender der CSU (→ Satzung der CSU) 250f., 308f., 323f., 331, 342, 346, 350, 352, 366, 371, 375, 387, 389, 396f., 401, 412, 423f., 428, 457, 461, 478f., 489, 491, 494f., 509, 515, 518f., 522, 533f., 549, 558, 572, 579, 581, 591, 595, 601, 619f., 653, 687, 748, 751f., 762–766, 773, 786, 790, 793, 796f., 800, 802, 806ff., 810, 813, 815f., 854f., 858, 862, 864, 873, 877, 881, 885, 889f., 893ff., 897, 899f., 908, 910, 933, 952, 955, 957ff., 966, 968, 986, 989, 1007, 1023, 1033, 1051, 1055, 1061, 1063, 1094f., 1121, 1157, 1169, 1173, 1180, 1188, 1190, 1195f., 1203f., 1210–1220, 1223f., 1229, 1255, 1265f., 1270, 1289, 1291, 1297, 1338, 1354, 1379, 1381, 1387, 1392, 1408, 1481, 1498ff., 1515, 1517ff., 1530, 1533, 1551, 1553ff., 1562, 1565, 1569, 1576f., 1594f., 1601ff., 1608, 1618, 1626, 1630–1633, 1635, 1643, 1645, 1662, 1666, 1676, 1678f., 1683, 1690, 1697
- Wahl 47, 87, 91, 99f., 102–105, 108, 122, 143, 147, 150f., 161, 835f., 839, 872, 878, 884, 886, 888, 890, 893ff., 897, 903f., 908ff., 1386f., 1395, 1402f., 1453, 1459, 1461, 1479–1482, 1496, 1498ff., 1516–1519, 1553, 1601, 1618
- Landesvorsitzende, Stellvertretende der CSU 1689–1692, 1697
- Landesvorsitzender der CSU, vorläufiger (bis März/Mai 1946) 19, 21, 26, 30, 38, 45, 62, 70, 77f., 88, 101, 112, 122f., 148, 152f., 176ff., 182, 187, 195, 200, 216, 233, 238, 241f., 245, 247, 252, 255f., 259, 262, 288, 308, 320, 323, 1541, 1576
- Bestätigung/Wahl 40f., 43, 45, 47, 101, 122f.,

- 143, 145ff., 149–153, 163, 169, 177, 187, 249, 254ff., 308, 318, 320–324, 1541
- Landesvorstandschaf der CSU (→ Satzung der CSU) 358f., 374, 417, 420f., 432, 670ff., 763f., 768, 771, 773f., 777–790, 803, 808, 814f., 834, 839, 848, 861, 864, 888, 896, 902, 953, 1012, 1014, 1058ff., 1187, 1204, 1206, 1220, 1231, 1244, 1254, 1276, 1281f., 1294, 1332, 1361, 1392, 1556, 1559, 1564–1567, 1571, 1573, 1595f., 1607, 1670, 1678, 1683, 1685, 1690, 1693f., 1696
- Landesvorstandschaf, geschäftsführende der CSU (auch "Landesvorstand", "Landesleitung", → Landesleitung der CSU; Satzung der CSU) 696, 764, 768, 773, 779, 786f., 789f., 808, 834, 848, 863, 901, 907, 910, 914, 919, 932, 946, 1062, 1160, 1192, 1210, 1214, 1216, 1233, 1281, 1291, 1294, 1327, 1331, 1460, 1480, 1518f., 1559–1562, 1564–1569, 1571, 1596, 1619, 1631f., 1634, 1654, 1661, 1678f., 1681f., 1685, 1690, 1692f.
- Landräte 31, 36, 212f., 218, 236, 238, 339f., 341, 343, 359, 362–365, 367f., 380, 382, 459, 591, 652, 691f., 832, 890, 984, 1001, 1028, 1031, 1035, 1040, 1208
- Wahl 31, 196, 213, 227f., 365, 367f., 380, 382, 394, 459
- Landsberg am Lech 946
- Landshut 56, 120, 124, 352f., 371, 383–392, 495, 688–691, 1028, 1482
- Landshuter Zeitung (→ Isar Post) 160
- Landtag, Bayerischer (→ Fraktion der CSU, FDP und SPD) 196, 213, 218, 228, 235, 341, 590, 596f., 686, 691, 748, 773, 785, 791, 802, 816, 818ff., 823, 827, 834, 878, 887f., 891, 915ff., 922f., 927f., 931, 939, 944, 946, 960, 962f., 966–969, 981, 984, 987, 993–996, 1007, 1009f., 1017f., 1023, 1027, 1029, 1033, 1039, 1044, 1053, 1064–1067, 1086f., 1089, 1094ff., 1103, 1112, 1119, 1173f., 1177, 1205f., 1210, 1215, 1217, 1269, 1300, 1363, 1391, 1405, 1417, 1524, 1530, 1589, 1591f., 1620
- Ältestenrat 1096f.
- Landtagspräsidium 1095f., 1196, 1222, 1297, 1305, 1325, 1418, 1460, 1692
- vor 1933 25, 49, 117, 161, 202, 693, 918, 1582
- Landwirtschaft (→ Bodenreform; Bizone; Ernährung und Ernährungslage) 14, 78, 90, 219, 223, 226, 239, 252, 414, 432, 492f., 503, 510, 552, 554, 556, 560, 563, 569f., 583, 630, 682, 693, 709, 716, 719, 721, 724ff., 826f., 885, 918, 942, 1041, 1069f., 1086f., 1089–1092, 1095, 1097–1100, 1179, 1188, 1207, 1334, 1338, 1344, 1397, 1449, 1486, 1501, 1505, 1507f., 1623
- Betriebsmittel 716, 725, 1090, 1099ff., 1338, 1507
- Langfuhr 373
- Lastenausgleich (s. Entschädigung/Lastenausgleich)
- Lauf 339
- Laufen 30, 330, 425, 1266, 1269
- Leipzig 450, 1178, 1372
- Liberaldemokratische Partei (LDP, s. Freie Demokratische Partei)
- Liberalismus 714f., 868, 978, 982, 1079f., 1126, 1653
- Wirtschaftsliberalismus (→ Programmatik der CSU; Verfassung, Bayerische; Wirtschaftsordnung) 472, 571, 682, 714f., 869, 943, 978, 1073, 1464
- Lichtenfels 337
- Lindau 197, 666, 774, 1435
- Linksblockbildung 394, 579
- Löhne und Lohnpolitik (→ Programmatik der CSU; Verfassung, Bayerische) 915f., 927f., 1345, 1503ff., 1511, 1674
- Lohr 340
- London 198, 1011, 1225, 1333f., 1342, 1347, 1351, 1368, 1473, 1475f., 1526
- Ludwigshafen 199
- Luxemburg 1353, 1474, 1535
- Mähren 1525
- Mai-Feiertag 35f.
- Main-Post, Würzburg 24
- Mainbrücke/-linie 1557, 1583f., 1668
- Mainburg in der Hallertau 662
- Manchester Guardian 1466
- Marburg 1370
- Marktheidenfeld 23, 340
- Marktrechwitz 358, 759, 1327–1332, 1379, 1395f., 1412f., 1453, 1455, 1482, 1518, 1524, 1530, 1535ff., 1548, 1556, 1559ff., 1566, 1574, 1581, 1587, 1601, 1602, 1606f., 1612f., 1626, 1629, 1641, 1656, 1662, 1672ff., 1684, 1686ff., 1694
- Marshall-Plan 1339, 1366, 1467f., 1474, 1513, 1537
- Marxismus 415, 538, 540, 544f., 574, 703f., 708, 714, 748, 833, 979, 1000f., 1030, 1058, 1072, 1171, 1176, 1179, 1475, 1636
- Materialismus 106, 178, 309, 379, 415, 428, 540, 869, 982, 1059, 1072, 1102, 1136, 1138, 1161, 1179
- Maxhütte 334
- Mecklenburg 529
- Meinungsfreiheit (s. Programmatik der CSU; Verfassung, Bayerische)
- Mellrichstadt 340, 520
- Menschenrechte 679, 1074
- Miesbach 161, 168, 899
- Militärgerichte 36, 382, 385, 460, 654
- Militärgerichtshof, Internationaler 141, 803, 1151, 1356f., 1362, 1545
- Militarismus 243, 319, 481, 483, 676, 698, 707, 714, 722, 729ff., 751, 756, 885, 1016, 1149, 1152
- Militaristen in der CSU 88, 362, 364, 382, 459
- Militärpolizei (MP) 1469
- Militärregierung (s. Besatzungsmächte)

- Miltenberg 340
 Minden 833, 1176, 1347
 Ministerien, Bayerische (→ Regierungsbildung 1946/47) 138f., 226, 474, 930, 975, 1008, 1034, 1037, 1040f., 1046, 1086, 1089, 1114, 1156, 1225, 1418
 – Arbeit (und Soziales) 442, 700, 796, 820f., 921, 924f., 931, 941, 948, 982, 984, 990, 1048, 1225, 1578
 – Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 43, 89f., 924f., 931, 934, 955, 975, 1070, 1085–1091, 1094ff., 1098–1101, 1120, 1146, 1188, 1548, 1550f., 1576, 1579, 1617, 1622ff., 1637
 – Finanzen 924, 972, 984, 990, 1347
 – des Innern 137, 445f., 684, 796, 924, 926, 931, 934, 937, 941, 952, 955, 972, 977, 982, 990, 993f., 996, 1000, 1028, 1032, 1035f., 1040, 1048, 1051, 1056, 1059, 1225, 1381, 1671
 – Justiz 135, 440, 796, 924, 1048, 1225, 1344, 1469, 1521, 1548, 1550
 – Kultus 35f., 138, 474, 796, 924, 931, 934, 937, 940f., 955, 982, 995, 1028, 1058f., 1101f., 1105, 1107–1113, 1115f., 1119f., 1122–1128, 1131–1135, 1138–1141, 1144, 1146, 1157–1160, 1173, 1184, 1194, 1362, 1471, 1514f., 1529f., 1544, 1578, 1627, 1644, 1651
 – für Sonderaufgaben (→ Entnazifizierung) 197, 360, 362f., 395, 399f., 403, 416, 466, 468ff., 481, 485–488, 649–655, 658–663, 665–669, 755, 767f., 796, 818, 823, 828, 830, 924f., 949, 960, 969, 983, 988f., 995, 1000f., 1005, 1035f., 1041f., 1133, 1149, 1153f., 1156, 1480, 1600
 – Verkehr 17, 24, 743, 924, 1041
 – Wirtschaft 219, 474, 515, 599, 671f., 771, 796, 924f., 931, 933f., 940, 955, 972, 977, 982, 984, 990f., 993f., 996, 1000, 1012, 1028f., 1035f., 1040f., 1048f., 1051, 1056, 1110, 1177, 1225, 1387, 1395, 1403, 1509ff., 1514ff.
 Ministerpräsident, Bayerischer (→ Regierungsbildung) 139, 227, 401, 446, 586, 588, 785, 794, 802, 926, 934, 970, 980, 982, 1007, 1024, 1035, 1086, 1196, 1222, 1297, 1304, 1418
 – Hans Ehard 981, 1008f., 1015, 1019, 1024, 1029, 1037, 1039, 1041f., 1053, 1055, 1059, 1061–1065, 1082ff., 1092, 1107, 1114ff., 1118, 1146, 1162f., 1124, 1265, 1284, 1316, 1325, 1329, 1338, 1354, 1357, 1375, 1381, 1395, 1402f., 1482, 1485, 1491, 1497f., 1514f., 1574, 1579, 1620, 1622, 1625, 1644, 1663, 1681, 1683, 1692
 – Wilhelm Hoegner 25, 31f., 35, 361, 366, 393f., 399f., 402, 438f., 468f., 474f., 483, 588, 785f.
 – Fritz Schäffer 87, 110, 117, 130, 456, 475, 1497, 1541ff., 1576, 1579, 1585, 1587, 1612, 1674
 Ministerpräsidentenkonferenzen 828, 1067ff., 1082, 1084, 1339f., 1487–1491
 Ministerrat, Bayerischer 307, 442, 820, 970ff., 975, 1038, 1086f., 1089, 1644
 Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer (s. Programmatik der CSU; Verfassung, Bayerische)
 Mitglieder der CSU 9, 74, 81, 84, 101, 108, 112, 179, 206, 212, 228–231, 591, 1092, 1239, 1250, 1258, 1279f., 1300, 1304, 1360, 1383f., 1558, 1568, 1570, 1607, 1663f., 1666
 – ehemalige Mitglieder anderer Parteien 34, 74, 79f., 112f., 122, 236, 238, 473, 529, 769, 888, 1030ff., 1116, 1493, 1586, 1599
 Mitgliederwerbung der CSU 212, 214, 221f., 431, 524f., 1256, 1258f., 1265f., 1427, 1447f.
 Mitgliederzahl der CSU 75, 78, 81, 94, 100, 189, 212, 214, 284, 407, 425, 590f., 967, 1237, 1240, 1250, 1252f., 1255f., 1258, 1262f., 1265, 1269, 1279f., 1298, 1305, 1307f., 1312, 1315, 1318, 1382, 1387, 1391, 1410f., 1414f., 1427, 1430, 1436, 1447f., 1558, 1604, 1606, 1639, 1643f., 1672
 Mitläufer (s. Entnazifizierung)
 Mitteilungen der Christlich-Sozialen Union 101, 186, 430, 444f., 464, 490, 498, 563, 565, 604, 607, 844, 865, 1170, 1205, 1215, 1217, 1257, 1270, 1591, 1643, 1645
 Mittelbayerische Zeitung, Regensburg 120, 164, 917
 Mittelfranken 82, 457, 520, 595, 649, 667, 744, 803, 879, 1031f., 1155, 1671
 Mittelstand (→ Arbeitsgemeinschaften der CSU; Flügel und Gruppierungen in der CSU) 92, 219, 550, 554f., 560, 563, 577, 583, 682, 708f., 719, 721, 734, 1008, 1182, 1406f., 1466, 1502
 – Handel 552, 560, 682, 709, 721, 823, 936, 1406, 1509ff.
 – Handwerk 187, 329, 446, 551, 554f., 561, 577, 583, 682, 709, 721, 734f., 767, 823, 936, 1114
 Mittenwald 954
 Monarchie 208, 231f., 234f., 508, 584
 Monarchisten in der CSU 134, 208f., 231, 508
 Monarchistische Bestrebungen in Bayern (→ Bayerische Heimat- und Königspartei) 134, 207ff., 1599
 Moosburg 333, 662
 Morgenthau-Plan 1353, 1502
 Moskau 505, 1351, 1472, 1551
 Münchberg 36, 338, 1681, 1693
 München 3, 5, 7f., 10–14, 23, 27, 29ff., 39, 41, 43, 45, 48, 58f., 62f., 68, 72f., 76, 78, 80ff., 84, 88, 99, 102f., 108f., 111, 114f., 119ff., 130, 135, 140, 149, 151, 157, 160, 172, 183, 185f., 189f., 193ff., 197, 201, 206, 208, 211f., 218, 221, 224, 229, 241, 255, 258, 263, 329f., 333, 358, 362f., 371, 373, 380, 390, 407, 410f., 413, 415, 425f., 432, 454, 485, 492, 503f., 515f., 520, 526ff., 532f., 551, 594f., 634, 654f., 659ff., 666ff., 671, 693, 695, 740, 746f., 757, 759, 763, 771f., 777f., 782f., 786, 835, 846, 849, 865, 894, 897, 899, 904, 921, 934, 960, 971, 983, 986, 990, 991, 995, 1031, 1067f., 1082, 1084, 1097, 1106, 1108, 1111, 1114, 1116, 1155, 1163,

- 1187, 1192, 1239ff., 1244, 1250, 1255, 1263, 1283, 1327–1331, 1363, 1370f., 1377, 1380, 1386, 1403, 1439, 1445, 1447, 1460, 1465f., 1482, 1520, 1541, 1543, 1561f., 1564–1567, 1576ff., 1581, 1585, 1607, 1612, 1651, 1662, 1665, 1669, 1672, 1675, 1695f.
- Münchner Mittag 1043
Münchner Neueste Nachrichten (MNN) 4
- Nabburg 1482
Nagen 1455
Naila 23, 338, 520, 798
Nationalismus 49, 128, 472, 497, 698, 707, 729ff., 754f., 775, 829, 877, 901, 906, 974, 981f., 1016, 1077f., 1132, 1166f., 1172, 1350, 1352, 1359, 1362, 1401, 1462, 1468, 1472f., 1477f., 1495, 1536, 1538, 1553, 1582, 1638, 1680
Nationalsozialismus (→ Geschichte; Neozitismus; Parteigenossen; Widerstand) 31, 52f., 88, 94, 117, 155, 164, 180, 202, 242ff., 301, 379, 394, 397, 433, 482, 499, 548, 651, 666, 675, 705, 715, 733, 754, 758, 767, 795, 800, 812, 825, 829, 869, 873, 916, 935, 942, 944, 958, 974, 978, 1008, 1022, 1024, 1066, 1081, 1115, 1117, 1130, 1138, 1142, 1166, 1207, 1210, 1230, 1352, 1361, 1364, 1400, 1441, 1447, 1457, 1462, 1491, 1503f., 1551f., 1557, 1578, 1586f., 1589, 1594, 1598, 1600, 1653f.
– Aktivitäten nach Kriegsende 310, 455f.
– Verantwortung für die Machtübernahme 49, 483, 585, 659, 663f., 667, 740, 752, 768f., 875, 893, 1089, 1094, 1097, 1168, 1463, 1485
– Verfolgte und Opfer 352, 388, 653, 657, 659, 663, 667f., 705, 716, 779, 954, 1605, 1653
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) 32, 82, 117, 234, 372f., 378, 382, 398, 404, 428, 459, 473, 481, 485, 487, 649, 657f., 660, 663, 665, 668, 790, 831, 874, 1059, 1154, 1167, 1609
Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV) 1154
Nationalsozialistisches Kraftfahrer-Korps (NSKK) 653
Naturrecht 679f., 700, 732, 1074
Nauheim 794
Neonazismus 482ff.
Neu-Ulm 1225
Neue Zeitung 14, 314, 384, 461, 469, 489, 495, 746, 814
Neufahrt 1482
Neumarkt (Oberpfalz) 120, 334, 459
Neunburg 694
Neusäß 23
Neusorg/Fichtelgebirge 334
Neuss 1343
New York Times 246
Niederbayern 82, 112, 120, 139, 208, 238, 489, 689, 760, 994f., 1027, 1155, 1250, 1413, 1523, 1663
Niederlande 128, 865, 906
Niedersachsen 1622
Niedersächsische Landespartei 1176, 1622
Nordbayern 81, 106, 135f., 164, 216, 408, 416, 426f., 531, 644, 763, 830, 835, 885, 898, 903, 982, 1005, 1045, 1059, 1319, 1397, 1410, 1427, 1440, 1449, 1534, 1583, 1605, 1616, 1669
Norddeutschland 33, 135f., 201, 480, 510, 551, 755, 791, 875, 972, 975, 1139, 1174f., 1179, 1207, 1343, 1370, 1376, 1397, 1584, 1647
Norwegen 127, 906, 937
Nouvelles de France 1435
Nürnberg 14, 23, 26, 31, 34, 72, 81, 85, 113, 115, 141, 204, 235, 237, 362, 411, 415, 426f., 460, 476, 499, 520, 526, 595, 619, 649, 656, 668, 777f., 797, 1005, 1155, 1161, 1171, 1316, 1327, 1330, 1373, 1389, 1446, 1482, 1525, 1545, 1612, 1639, 1659f., 1672
Nürnberger Prozesse (s. Militärgerichtshof, Internationaler)
Oberbayerisches Volksblatt, Rosenheim 98
Oberbayern 26, 77, 144f., 190, 235, 251, 425, 506, 575, 647, 666, 756, 985, 996, 1003, 1027, 1155, 1413, 1427, 1439, 1447, 1449, 1523, 1601, 1606, 1635, 1637f., 1663, 1669
Oberfränkisches Volksblatt, Mitteilungsblatt der CSU in Oberfranken 402, 490
Oberfranken 48, 82, 106, 207, 209, 415, 427, 457, 490, 520, 526, 531, 592, 595, 795, 798, 1002, 1031, 1049, 1363, 1372f., 1444, 1455, 1561, 1672
Obernburg 340
Oberndorf 520
Oberpfalz 14, 75, 96, 120, 201, 237, 372, 431, 459, 525, 744, 761, 1027, 1045, 1155, 1250, 1413
Observer 310, 455f., 464, 496
Ochsenfurt 340
Österreich 200, 408, 455, 865, 885f., 906f., 1008, 1075, 1435, 1536, 1583, 1604, 1647
OMGBY/OMGUS (s. Besatzungsmacht, amerikanische)
Ortsverbände der CSU (→ Satzung der CSU) 23, 69, 212, 257, 266, 326f., 374, 377, 417–421, 433, 448, 521f., 536, 644, 673, 778, 782, 1234–1238, 1240, 1244ff., 1248, 1262f., 1269, 1278–1282, 1298f., 1518, 1570, 1607
Ostgebiete, ehemalige deutsche 48, 179f., 190, 199ff., 417, 434, 449, 753f., 891, 936, 993, 1175, 1207, 1333f., 1338, 1501f., 1593
Papierzuteilung 522, 745, 1169, 1251, 1257, 1259, 1521
Paris 1541
Parsberg 387
Parteiarchiv der CSU 257, 371
Parteiaufbau der CSU, zentraler/dezentraler (→ Diktatur) 214–217, 284, 289ff., 374f., 621, 843
Parteiausschlußverfahren (s. Schiedsgericht; Schiedsgerichtsordnung der CSU)

- Parteiausschüsse (Arbeits- und Parteiausschüsse) der CSU (→ Vorbereitende Ausschüsse der CSU) 21, 25, 29ff., 35, 41, 43, 49, 61f., 65, 80, 97, 103, 124, 130, 144, 153, 182f., 187, 190, 201, 211, 219, 246f., 256f., 358, 371, 374, 414, 423, 432–436, 451, 454f., 472, 499, 503, 541, 582, 632, 634, 645, 715, 725, 788f., 961, 1012ff., 1043, 1046f., 1189, 1251, 1253, 1392, 1694
- Agrarpolitischer Ausschuß 25, 724f., 1097, 1188
 - Ausschuß Frau und Familie 25, 35, 71, 173, 182f., 434f.
 - Ausschuß zur Gestaltung des Regierungsprogramms 431–433
 - Ausschuß für Rednerschulung 25
 - Ausschuß für Verwaltungsaufbau und Staatsfinanzierung 25, 206, 450
 - Ausschuß für (Fragen) Zwischenstaatliche(r) Beziehungen 25, 247, 432ff., 512, 1225
 - Finanzausschuß 25, 229, 419, 764, 1248
 - Flüchtlingsausschuß (Landesflüchtlingsausschuß) 434, 443–449, 515, 519, 595, 894f., 1011
 - Informationsausschuß 25
 - Jugendausschuß 25, 41, 450
 - Kulturpolitischer Ausschuß 25, 183, 435, 453ff., 499, 645f., 1013, 1698
 - Kunstausschuß 454, 1698
 - Organisations- und Werbeausschuß 25
 - Personalausschuß 185, 219
 - Presseausschuß 14, 185, 1014, 1206
 - Sozialpolitischer Ausschuß 25, 181f., 185, 219, 436, 440–443, 549, 1187, 1697
 - Staatspolitischer Ausschuß 25, 206, 251, 409, 413ff., 454, 537, 541, 543, 1013, 1037
 - Verfassungsausschuß 251, 450–453, 488, 497
 - Währungsausschuß 1520
 - Wirtschaftspolitischer Ausschuß (Wirtschaftsbeirat) 25, 181f., 185, 187, 219, 434–440, 443, 471, 515, 519, 549, 553, 558, 568f., 571ff., 582f., 644f., 719, 779, 1012, 1188, 1253, 1694, 1696f.
- Parteien, politische 22, 74, 88, 99, 112, 121, 161, 205, 212, 325, 359, 366, 413, 479, 535, 575f., 634, 687, 709f., 737, 758, 874, 966, 1029, 1062, 1068, 1087, 1169, 1255, 1352f., 1418, 1494, 1597ff., 1634, 1646
- bayerische und deutsche (→ einzelne) 21, 24, 38, 50, 54, 108f., 180, 190, 197, 214, 216, 236, 285, 290, 309, 311, 344, 365, 444, 455, 458, 461ff., 470, 526, 560, 567, 585, 640, 652, 657, 689, 716, 745f., 748, 751, 753, 772f., 795, 814, 836f., 839, 878, 887, 893, 925f., 930, 950, 954f., 971, 977, 1019, 1029, 1050, 1082, 1165, 1168, 1173, 1193, 1270, 1361, 1439, 1454f., 1464, 1475, 1486, 1490, 1500, 1524, 1605, 1646, 1679f.
 - Weimarer Parteien 53, 112f., 125, 127, 161, 373, 545, 769, 1024, 1074, 1117, 1542, 1552, 1554, 1646
- Parteiensystem (→ Regierungs- und politische Systeme des Auslandes) 111, 118f., 121, 132, 950, 1066, 1365
- Parteifinanzierung und -finanzen der CSU (→ Finanzstatut der CSU; Satzung der CSU) 9, 206, 371, 377, 417, 421, 429ff., 1206, 1216, 1236, 1240, 1249–1283, 1296, 1298, 1383, 1415
- Bausteine der CSU 371, 377, 407, 1251, 1257, 1265, 1267
 - Mitgliederbeiträge 182, 418, 421, 608, 1216, 1234ff., 1238ff., 1242f., 1249f., 1254ff., 1263, 1266f., 1269, 1277, 1279ff., 1283, 1296, 1298, 1383, 1415
 - Spenden 420ff., 429, 1236, 1246, 1251, 1257, 1264f., 1267, 1383f., 1415
- Parteigenossen (Pg., → Entnazifizierung) 32, 94, 237, 378, 382, 390, 392, 394, 404f., 415, 423, 425, 447, 465, 527, 642, 650, 652f., 656ff., 660f., 664–668, 752, 757f., 798, 888, 893, 996, 1031, 1041, 1109, 1154, 1239, 1659
- ehemalige in der CSU 9, 82ff., 88, 94, 194, 234, 310, 372f., 378, 382, 389–392, 396, 424, 456, 458ff., 500, 506, 652
 - ehemalige in der Landesgeschäftsstelle der CSU (s. dort)
- Parteilizenzierung 7–11, 51, 79, 1010, 1460, 1542, 1570, 1589, 1594
- Parteiename der CSU 7–10, 21, 23, 31, 54, 90, 112, 200, 260, 285, 308, 315, 478, 494, 542, 571, 711, 791, 793, 800, 864f., 890f., 1020, 1042, 1576, 1586, 1591, 1601, 1654, 1658, 1675f.
- als Verpflichtung 60ff., 558, 696, 792f., 803, 863, 890, 1576, 1651f., 1654
- Parteiorganisation der CSU (→ Landesleitung, vorläufige; einzelne Organe, Gremien und Verbände; Parteiausschüsse; Satzung der CSU) 9, 54, 59ff., 107, 196, 216, 378, 515, 518f., 521f., 601, 616, 671f., 685, 763, 773, 850, 861, 968, 1039, 1206, 1269, 1405, 1407, 1593, 1613, 1652
- Aufbau und organisatorische Probleme 13f., 21, 23, 25ff., 44f., 51, 60, 68f., 75, 77ff., 81ff., 101, 108, 110, 126f., 130, 142–145, 159, 175, 177, 187, 206, 212f., 215f., 221, 256f., 261, 284, 288, 304, 307ff., 331, 369, 371, 374, 377f., 444, 448, 454, 461f., 515, 519–522, 533, 616, 632, 673, 763ff., 769, 773f., 853, 856, 962, 1021, 1190, 1236, 1252, 1261, 1460
- Parteipresse (→ einzelne Organe; Besatzungsmacht, amerikanische) 14, 21, 24, 27, 101, 131, 141, 182, 185f., 257, 299, 371, 430, 491, 493, 499, 591ff., 817, 1086f., 1089, 1091f., 1124, 1170, 1205f., 1215, 1246, 1251, 1256f., 1259, 1261, 1263, 1266, 1269, 1271ff., 1297, 1347, 1557, 1563, 1643
- Parteischulung 407f., 450, 531
- Rednerschulung 13f., 231, 257, 449, 524ff., 528, 747
- Parteivorsitzender der CSU (s. Landesvorsitzender der CSU)

- Partei Vorstand der CSU (s. Landesvorstandschaf der CSU)
- Partikularismus 587, 829, 981f., 1017, 1074, 1077, 1082, 1088, 1092, 1172, 1174, 1207, 1473, 1496, 1536, 1591
- Passau 23, 112, 387f., 425, 447, 848, 985
- Patriotenpartei 1599
- Pegnitz 338, 415
- Pfaffenhofen 330
- Pfalz 199, 774f., 1075
- Plankenhammer (bei Floß) 334
- Plattling 29, 42, 128, 153, 160, 689, 768, 994, 1575, 1588
- Polen 32, 922, 1333
- Polizei 714, 991, 1037, 1041, 1455, 1469
- Pommern 935
- Potsdamer Konferenz 1501
- Präsidialspitze (s. Satzung der CSU)
- Prag 1525
- Presse (→ einzelne Zeitungen und Agenturen; Besatzungsmacht, amerikanische; Parteipresse) 13f., 21, 24, 31, 87, 123, 131, 140, 162, 165, 182, 185, 199, 227, 248, 299, 315, 345, 364, 371, 405, 426, 446, 459, 461, 463, 467, 497, 500, 543, 547, 561, 563, 584, 604, 660, 669, 699, 748, 772, 785, 793, 807, 823, 828, 830, 832f., 844, 850, 885, 910, 915, 974, 978, 995, 1000, 1028ff., 1034, 1044, 1086, 1091, 1096, 1098, 1111, 1135, 1153, 1169, 1177, 1199, 1259, 1329, 1333, 1342, 1352, 1363, 1366f., 1415, 1435, 1464, 1496, 1505, 1525, 1527f., 1539, 1545, 1548, 1577, 1581
- amerikanische 110, 121f., 195, 246, 384, 392, 402, 416, 1104, 1159
 - ausländische 139, 310, 364, 371, 402, 463, 592, 1088, 1435, 1474, 1545, 1552, 1597
 - bayerische 226, 384, 489f., 494, 499, 510, 1522, 1597
 - britische Besatzungszone 371
 - französische Besatzungszone 252
 - sowjetische Besatzungszone 371, 1088, 1372
- Presse und CSU 24, 41, 43, 110, 118-121, 158ff., 164, 232f., 243, 258-261, 310, 364, 376, 382, 384, 386f., 389-392, 402, 445, 456, 459, 490f., 495, 592, 785f., 793-797, 800ff., 810, 816, 884, 898, 917, 978, 984f., 1009f., 1021f., 1062, 1082, 1088, 1104, 1107, 1113, 1140f., 1207, 1370, 1372, 1413, 1422, 1447, 1453f., 1456f., 1473f., 1501, 1517, 1521, 1551f., 1597, 1606, 1611, 1626, 1670
- Beeinflussung CSU-naher Redakteure 384-391, 494f., 510
 - Pressevertreter in Parteisitzungen 232, 260ff., 431, 481, 489, 495, 599, 911, 1230, 1274, 1313, 1391, 1447, 1454, 1456, 1459, 1522
 - Verhältnis der CSU zur Presse 27, 41, 232f., 261ff., 384-387, 494f., 592f., 794, 818, 821, 824, 916f., 947, 969, 1033, 1140, 1169f., 1370ff., 1500f., 1510, 1517, 1521f.
- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der CSU (→ Parteischulung; Wahlkampf) 14, 24, 27, 185, 190, 194, 233, 256f., 371f., 377, 407, 489f., 493, 545, 592, 699, 704, 741, 744, 748, 822, 832, 947, 1170, 1206, 1246f., 1250-1254, 1256f., 1259, 1271, 1273, 1297, 1373, 1454, 1528
- Rundfunkreden 190, 194, 739, 749, 772, 792, 812, 814, 941, 1087, 1352, 1375
- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Regierung Ehard 1029, 1091, 1096, 1098, 1501
- Pressefreiheit 165f., 169
- Pressegesetz 818
- Presserundschau 371, 699
- Preußen 32f., 163, 200, 202, 311, 313, 456, 478, 492, 511f., 528, 532, 833, 892, 974, 1008, 1074f., 1092, 1135, 1207, 1215f., 1496
- Preußenfeindlichkeit 33, 202, 512, 528, 532f., 973, 1473, 1495f.
- Programmatik der CSU (→ Programme der CSU; Selbstverständnis der CSU; Sammlungsgedanke) 3, 7-10, 22, 49f., 54, 94, 107, 134, 178, 182, 187, 205, 242-245, 286, 315ff., 319, 375, 435, 538, 540f., 700f., 874-878, 1479, 1493-1497, 1601
- Flüchtlinge 247, 674, 716, 872
 - Gleichberechtigung von Mann und Frau 639f., 678, 681, 700, 868
 - Kriegsgefangene 247
 - Kulturordnung 453f., 538f., 630, 632f., 681, 683f., 697f., 716f., 722f., 732, 867, 870, 1124f.
 - Schule, Erziehung, Bildung 22, 454, 680, 684, 697f., 706, 710, 712, 722f., 733-736, 739, 868
 - - - Schularzt 646, 697, 710, 723, 748
 - Rassenhaß 638, 711, 739ff.
 - Rechtsordnung 440, 630, 640, 677ff., 713f., 728f., 732f., 867f.
 - Sozialordnung 242f., 316, 319, 539, 546f., 630, 640, 682, 704-708, 711f., 715ff., 719ff., 724ff., 728, 731f., 736, 739, 867ff., 872, 947f., 969f.
 - Staatsaufbau (s. Staatsaufbau, bayerischer; Staatsaufbau, deutscher künftiger; Verfassung, Bayerische)
 - Staatsordnung 197f., 242f., 316, 318f., 539, 630, 632, 637ff., 675ff., 684, 704, 709-713, 717, 729, 737, 748, 774f., 867, 870, 1092f.
 - Ablehnung der Diktatur 243, 319, 639, 675, 713, 867
 - ständische Prinzipien 345, 540, 550, 552, 557f., 675, 677ff., 695, 768, 868, 877
 - Wirtschaftsordnung 219, 242f., 245, 247, 319, 435-438, 440, 471, 488, 538f., 550f., 630, 632, 638, 682f., 700f., 708f., 715f., 719-722, 724ff., 867, 869, 969f., 982, 1189
 - Arbeit und Entlohnung 22, 677, 679ff., 700, 731f., 868
 - - Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer 682, 708, 719f., 722, 870, 929f.
 - Privateigentum 22, 187, 242, 319, 471, 683, 716, 869f., 872, 935

- - Sozialverpflichtung des Eigentums 243, 319, 541, 564, 683, 870
- Zwischenstaatliche Ordnung 247, 630, 698, 701, 704, 706f., 715, 724, 727, 729ff., 736, 867, 871
- Programmatik deutscher und europäischer Parteien 315, 539, 634f., 701–705, 1171
- Programmatik der SPD 254, 315f., 634, 638, 866, 941, 969f., 974, 978, 981f., 984f., 993, 1028f., 1059, 1171
- Programme der CSU (→ Gründungsauftrufe der CSU) 44, 130, 134f., 153, 193, 196f., 212, 219, 241, 246, 253, 315, 371, 413, 425, 428, 438ff., 471, 526, 528, 533f., 546, 565, 571, 590f., 671, 673, 695, 725, 748f., 752f., 764f., 769, 771, 773f., 791, 818, 820, 865, 881, 895, 905, 931, 949, 1045, 1116, 1369, 1664, 1691
- Die Fünf-Punkte der CSU (1946) 221, 242–251, 254, 318ff., 489f., 497f., 500, 512
- Die Dreißig-Punkte der Union (auch "Aktions-" oder "Sofortprogramm", 1946) 537f., 590, 630, 632ff., 674f., 698f., 704f., 711–718, 725f., 735–738, 740–743, 748, 774, 835f., 865f., 871f., 936, 969f., 974, 981f., 984f., 993, 1024, 1029, 1053, 1124, 1126, 1243, 1460f., 1660
- Grundsatzprogramm (1946) 186f., 219, 255f., 316, 358, 537f., 540, 590, 599f., 630, 632–634, 646, 674f., 699, 704f., 711, 713f., 717–720, 724f., 726ff., 730ff., 735–738, 740, 742f., 748, 752ff., 764, 766f., 770, 774f., 791, 818, 835f., 866–871, 895, 936, 969, 993, 1026f., 1029, 1143, 1460f., 1616
- Wirtschafts- und Sozialprogramm (1947) 1183, 1185–1189, 1197, 1203, 1633
- Programm Vorbereitungen 13f., 26, 43, 144, 182, 186, 190, 455, 515, 519, 541, 628, 630, 632, 634f., 642–646, 724f., 735, 738, 741
- Protestanten/Protestantismus (→ Flügel und Gruppierungen in der CSU; Konfessionen) 7, 23, 48, 50, 79f., 204, 426–429, 448, 488, 499, 542ff., 756–763, 781f., 872f., 960, 994, 1003, 1021, 1027, 1030, 1058f., 1104, 1106, 1112f., 1117, 1158f., 1324, 1370f., 1523, 1577, 1587, 1651
- Puch 886
- Radikalisierungsgefahr und Revolutionsangst 33, 136, 145, 449, 480, 547, 587, 662, 792, 875, 927, 950, 1006, 1025, 1152, 1166, 1352, 1464ff., 1470, 1478, 1491f., 1497, 1513, 1524, 1609f.
- Linksradikalismus 1465, 1553
- Rechtsradikalismus 52, 1465, 1553
- Ratibor 217
- Reaktionsvorwurf gegen die CSU 195f., 207, 213, 219, 243, 246, 310f., 364, 388, 391, 413, 456, 461, 479, 500, 508, 825, 974f., 991f., 1111, 1182
- innerhalb der CSU 80f., 89, 195, 231, 248, 377, 383, 390f., 403f., 461, 477, 500, 826, 902, 904, 1092
- seitens der Militärregierung 207, 248, 364, 379, 389, 592, 904
- seitens anderer Parteien 195, 469, 808
- Recht/Rechtsbewußtsein 50, 108, 915, 1466, 1469f.
- Rechtsordnung (s. Programmatik der CSU; Verfassung, Bayerische)
- Regensburg 14, 23, 29, 44, 56, 65, 68, 75, 89, 91, 96, 120f., 126, 164, 203, 206, 235, 291f., 296, 331–334, 336, 358f., 372, 407f., 425, 450, 600, 668, 671, 686f., 689f., 746, 760ff., 777–780, 783, 902, 904, 924, 1155, 1161, 1327, 1482, 1533f., 1559, 1564, 1566, 1610f., 1615, 1660, 1691, 1698
- Regensburger Anzeiger 119, 160
- Regierung Ehard (1946ff., → Regierungsbildung 1946/47) 961, 963f., 971–975, 977, 982–985, 990f., 993, 995–1004, 1007–1011, 1015, 1019f., 1023ff., 1029ff., 1033, 1036–1041, 1043–1060, 1065–1068, 1080, 1082, 1085f., 1091f., 1096, 1098, 1102, 1115, 1145, 1160, 1169, 1173f., 1176, 1193f., 1223f., 1230, 1286, 1300, 1343f., 1372f., 1385f., 1395, 1402f., 1405, 1431, 1438ff., 1455f., 1461, 1464, 1473, 1483, 1486, 1489, 1491, 1499ff., 1510, 1515, 1519, 1521, 1529, 1607f., 1625f., 1629, 1637, 1641, 1644f., 1652, 1671, 1674f., 1681ff.
- Partei und Regierung Ehard 961, 963, 1015, 1018ff., 1024, 1046, 1056, 1066, 1093, 1118, 1124, 1140, 1145, 1169, 1193f., 1223f., 1286, 1500, 1608, 1625, 1644, 1681f.
- Personalpolitik 970–973, 976f., 984, 1003, 1011, 1035, 1049, 1052, 1059, 1160
- Regierungserklärung 1002, 1039, 1058
- Regierung Hoegner (1945/46, → Regierungsbildung 1945/46) 111, 139, 196, 227f., 365, 438ff., 445f., 463, 470, 474f., 483, 501f., 648, 746, 809, 830, 889, 910f., 927, 945ff., 949, 951, 1002, 1025, 1037, 1040, 1086, 1512
- Beteiligung der CSU 18f., 21, 24, 129, 137, 196, 400, 439, 475, 501f., 889, 1037, 1086, 1541, 1578
- Beteiligung der KPD 43, 88, 90, 137, 1578
- Kritik der CSU 36, 47, 62, 219, 400f., 438ff., 447, 947, 951
- Personalpolitik 31f., 36, 43, 183, 185, 212, 944, 951f., 1040
- Regierung Schäffer (1945, → Fall Schäffer; Regierungsbildung 1945/46) 25, 110f., 131, 138, 1543, 1577ff.
- Regierung, Bayerische (s. Staatsregierung, Bayerische)
- Regierungen, außerbayerische
- amerikanische 803, 906, 1078, 1357
- (süd-)badische 1458
- britische 128, 200, 371, 387, 906f., 1340
- französische 199, 1370
- hessische 785, 823, 831–834, 951, 978, 1048, 1103f., 1369
- österreichische 885

- sowjetische 1351, 1472, 1551f.
- württemberg-badische 818, 823, 833, 967f., 975, 978, 1111, 1368f., 1398
- Regierungs- und politische Systeme des Auslandes
- Großbritannien 119, 204, 206, 218, 232, 234, 386, 413, 451, 538, 567, 634, 818, 829, 881, 951, 967, 989, 1150, 1210, 1489, 1549
- Schweiz 452, 829, 886, 1306
- Sowjetunion 1072
- USA 42, 434, 452, 479, 512, 562, 567, 619, 634f., 643, 791, 842, 848, 881, 1150, 1210, 1221, 1255, 1306, 1415, 1489, 1665f.
- Regierungsbezirke, bayerische 19, 26, 38, 81, 325ff., 560, 573, 652, 887, 1053, 1296, 1412, 1604f.
- Mittelfranken 26, 325, 332, 365, 383, 416, 425f., 1671
- Niederbayern 26, 31, 291, 325, 331f., 336, 425, 691, 1570, 1605
- Oberbayern 26, 325f., 424, 1605
- Oberfranken 26, 325, 332, 365, 383, 416, 424ff.
- Oberpfalz 26, 291, 325, 331f., 336, 425, 691, 1570
- Schwaben 26, 325, 425, 1605
- Unterfranken 26, 325, 379f., 429, 474
- Regierungsbildung in Bayern (1945/46) 111f., 136-139, 395, 1541-1545, 1576ff.
- Regierungsbildung in Bayern (1946/47) 396, 596, 648, 785, 802f., 805, 874, 884, 914, 917, 957, 959, 963ff., 978, 997-1001, 1025, 1042, 1045, 1133, 1405, 1438, 1461, 1500, 1523, 1555, 1619, 1626, 1679
- Koalitions-/Alleinregierung der CSU 50, 131, 136, 196, 204, 587, 597, 750, 752, 796f., 814-824, 827-831, 833f., 921-926, 929-933, 935, 937, 940f., 943ff., 947, 950ff., 954ff., 967ff., 976f., 979, 982-985, 989, 992f., 1002ff., 1023ff., 1030, 1033, 1037f., 1050, 1058, 1065f., 1091, 1137, 1173, 1592, 1607f., 1626
- Ministerpräsidentenkandidatur 786, 793f., 796f., 800f., 949, 952, 958, 966f., 969, 979, 984, 986, 988, 990, 992, 1002f., 1006f., 1023f., 1028, 1049, 1127, 1141f.
- Regierungsarbeit und -programm, Vorüberlegungen 311f., 407, 414f., 431-434, 436, 439, 471ff., 475, 502ff., 540, 581, 630, 751, 792, 818f., 822, 824f., 827-831, 835f., 875, 889, 896, 917, 919-927, 929-939, 943, 946-949, 969f., 975f., 977, 981f., 984, 993ff., 1002, 1008, 1011f., 1014-1018, 1021-1024, 1028f., 1032, 1038f., 1041, 1043f., 1050, 1053, 1058, 1065f., 1223
- Regierungsübernahme durch die CSU 50f., 139f., 312, 394, 414, 431, 439, 471, 475, 488, 501f., 769, 805
- Verteilung der Ministerien 796f., 819f., 921, 924f., 931ff., 937, 940ff., 948f., 970-973, 977, 979, 982, 984f., 989ff., 993-996, 1000, 1002, 1005, 1009, 1011f., 1020, 1028, 1031, 1035f., 1047-1054, 1056-1060, 1115f., 1133, 1544
- Regierungspräsidenten (→ Regierungsbezirke) 29, 196, 228, 365, 474, 1060, 1671
- Rehau 23, 337, 693, 797f.
- Reichskriegsgericht 397
- Reichspartei des deutschen Mittelstands (Wirtschaftspartei) 750
- Reichsunion (s. CDU/CSU, überzonaler Zusammenschluß)
- Rentenversicherung (s. Sozialversicherung)
- Reparationen 823, 891, 928, 936, 1342, 1364, 1503
- Revolte, Oberbayerische 1533, 1539, 1549, 1553, 1555ff., 1561-1574, 1594-1597, 1611, 1613ff., 1618f., 1624-1628, 1631f., 1637f., 1644ff., 1649, 1651, 1656-1662, 1664f., 1667-1676, 1678-1687, 1693f.
- Revolutionsangst (s. Radikalisierungsgefahr und Revolutionsangst)
- Rhein/Ruhrgebiet 199, 201, 203, 232, 434, 480, 511, 885, 1088, 1108, 1340f., 1467, 1476, 1537, 1622
- Rheinland-Pfalz 1419
- Rheinland 480
- Riedenburg 333, 761
- Roding 36
- Rohstoffe und Rohstoffwirtschaft 831, 926, 1037, 1070, 1090, 1097, 1110, 1336, 1347, 1363, 1501f., 1506-1509
- Rom 198, 906, 1462, 1470
- Rosenberg 694
- Rosenheim 14, 41, 66, 118, 253, 304, 803, 806, 1113, 1433, 1515
- Roßbach 334
- Roth 86
- Rothenburg 263, 339, 1132, 1327, 1542
- Rottalmünster 447
- Ruhpolding 1549
- Rumänien 865
- Rundfunk 21, 24, 27, 190, 194, 231, 248, 382, 467, 469, 490, 492, 739, 748f., 772, 793, 812, 814, 916, 941, 947, 974, 992, 1009, 1030, 1034, 1087, 1091, 1111-1115, 1140, 1206f., 1342, 1352, 1372f., 1375, 1453, 1670
- Rußland (→ Sowjetunion) 1470
- Saargebiet 141, 199, 434, 480
- Sachsen 1502
- Sammlungsgedanke (→ Selbstverständnis der CSU) 7-10, 12, 22f., 26, 42, 48, 50-53, 73, 77, 79f., 92, 101, 130, 132, 135f., 144f., 196, 205, 308, 537, 540, 757, 761, 764, 767, 769, 805, 821, 879, 887, 900, 962, 1021, 1065, 1396, 1399, 1460, 1493, 1542, 1577
- Satzung der CSU (→ Ältestenrat der CSU; Arbeitsgemeinschaften der CSU; Besatzungsmacht, amerikanische; Delegiertenschlüssel; Flüchtlinge, Evakuierte und Vertriebene; Flügel und Gruppierungen in der CSU; Fraktion der CSU; Kirchen; Parteaufbau der CSU; Revolte, Oberbayerische; Staatsregierung, Bayerische; Stimmrecht, vorläufig

- ges) 9ff., 26, 30, 38, 41, 43ff., 51, 54, 61, 69f., 79, 104, 118, 129, 151, 154f., 170, 176, 187, 193, 195, 203f., 211, 228, 247, 255, 263, 286, 288, 306f., 309, 321, 331, 355, 357, 371, 382, 392, 412, 417, 433, 459, 504, 507f., 510, 530, 535f., 599–602, 765f., 808, 835f., 847, 859, 864, 911f., 991, 1223, 1229f., 1232f., 1238, 1264, 1283–1286, 1386, 1388, 1390, 1392, 1395, 1402f., 1460f., 1492, 1533, 1609f., 1630f., 1666, 1698
- Name, Sitz und Aufgabe (§§ 1–2) 264, 285, 301, 603, 837
 - Mitgliedschaft (§§ 3–8) 221f., 264f., 292f., 303f., 355ff., 535, 603, 837, 844
 - Ortsverbände (§§ 9–18) 218, 223, 264, 266f., 298, 300, 373, 603ff., 779, 837f., 842, 844, 1296ff., 1303, 1425
 - Kreisverbände (§§ 19–30) 214–217, 223f., 264, 266f., 269, 287, 298, 300, 304, 356f., 373, 381, 521, 605f., 616, 623, 837f., 842f., 1296f., 1302f., 1385, 1418, 1425, 1451
 - Bezirksverbände (§§ 31–42) 217f., 223ff., 264, 266f., 272, 287, 291f., 294–301, 356f., 381, 521, 606f., 614, 616f., 620, 625, 629, 837f., 842f., 1296f., 1303, 1307, 1312, 1384, 1416, 1570
 - Landesverband (§§ 43–59) 218f., 264, 276, 280, 356f., 373, 611, 613, 837f., 843, 845, 1203, 1296f., 1640
 - - Landesvorsitz 198, 205, 217, 225, 276, 285, 289f., 305f., 374ff., 609f., 616f., 619ff., 625–629, 838–841, 843, 845, 848–851, 853–856, 1093, 1190f., 1195f., 1199, 1203ff., 1209–1213, 1219–1222, 1288–1291, 1293, 1296f., 1299–1304, 1306–1311, 1314, 1317ff., 1379, 1381, 1385, 1389, 1391, 1404, 1408f., 1413, 1417, 1420–1425, 1459, 1563, 1574, 1639, 1666, 1688
 - - Landesgeschäftsführer 240, 610, 839
 - - Landesaussschuß 225f., 276, 288, 290, 292, 297, 299, 301, 375, 522, 535f., 608f., 611, 624, 838ff., 843f., 849, 851, 853, 856, 1014, 1191, 1196, 1199, 1222, 1283, 1291, 1297, 1304, 1306, 1308, 1311, 1314, 1318f., 1381, 1391, 1393, 1404, 1409, 1416f., 1419–1425, 1427, 1640, 1643, 1647, 1688
 - - Landesversammlung 217, 225f., 276, 286f., 289f., 297, 299, 305f., 374ff., 535f., 607f., 611, 616, 624, 631, 838ff., 842–846, 848f., 856, 1196, 1199, 1222, 1291, 1297, 1304, 1306ff., 1311, 1314, 1318ff., 1379f., 1383f., 1391, 1404, 1408f., 1415, 1420, 1422–1426, 1459, 1574, 1639ff., 1666
 - - Landesvorstandschafft 205, 215, 217f., 225f., 237, 276, 285, 288, 300, 302, 374f., 522, 608ff., 617, 619, 621f., 625–629, 778f., 787, 838ff., 842–845, 849, 851, 856, 1205, 1221f., 1297, 1302, 1305, 1307, 1314, 1318, 1320, 1404, 1415ff., 1424, 1643, 1692
 - - Landesvorstandschafft, geschäftsführende 215, 217, 276, 373, 609f., 616f., 620ff., 625, 627, 629, 631, 838ff., 845, 848, 851, 853, 856, 1196f., 1199, 1205, 1221f., 1297, 1304f., 1307, 1311, 1417f., 1424, 1459
 - - Berufständischer Rat der Landesvorstandschafft 226, 235, 239, 275, 297f., 300f., 345, 525f., 608, 838f., 1304
 - - Arbeits- und Organisationsausschüsse 145, 240, 276, 838
 - Beiträge (§ 60) 224, 241, 254, 1234
 - Allgemeine Bestimmungen (§§ 61–74) 228f., 264, 611–615, 839
 - - Geschäftsstellen 237, 240f., 287ff., 302f., 521f., 612, 616f., 621ff., 627, 845, 1240
 - - Geschäftsführer, Anstellung 214–217, 237, 286, 288f., 302f., 428, 520ff., 612, 616, 618, 621ff., 627, 845, 1631f.
 - - Finanzen (→ Finanzstatut der CSU) 223, 241, 535, 612f., 616f., 844ff., 1234
 - - Abstimmungen und Anträge 241, 301, 613f., 623, 839
 - - - Stimmrechtsübertragung 613, 623, 672, 1298ff., 1381, 1384f., 1418
 - - - Stimmhäufung 1293, 1298f., 1301, 1303, 1381, 1384, 1391, 1418
- Satzung, Vorläufige (8. Januar 1946) 9, 21, 23, 37–40, 45, 56, 68ff., 74ff., 83f., 97f., 101, 103f., 108, 151, 167, 171f., 176f., 321, 377, 1576
- Verbindlichkeit/Gültigkeit 37f., 45, 56, 59, 68f., 75f., 79, 108
- Satzungsänderung (→ Revolte, Oberbayerische) 286, 290ff., 305ff., 374f., 377, 601, 616, 618, 624, 628f., 839, 846, 857f., 1685
- Satzungsausschuß/-kommission 847, 1212, 1221, 1232f., 1264f., 1284f., 1287–1290, 1292–1295, 1307ff., 1311–1315, 1318–1326, 1379–1384, 1388ff., 1685
- Satzungsverlesung 264–284, 306, 603
- Satzungsvorbereitungen 38, 41, 43f., 51, 79, 101f., 144, 193, 221, 263f., 288
- Schatzmeister der CSU (s. Finanzstatut der CSU; Parteifinzen und -finanzierung der CSU)
- Scheinfeld 339
- Schiedlitz 372
- Schiedsgericht der CSU 25, 29f., 43f., 92f., 97, 114, 116, 118, 124f., 160, 168, 185, 200, 218, 222, 302, 304, 576, 611, 767f., 771, 773ff., 777f., 803, 805, 861–864, 888f., 901, 907, 991, 994f., 1045, 1199, 1258, 1332, 1392, 1660, 1679, 1694ff., 1698
- Vorläufiges 47, 154ff., 162f., 165ff., 170f., 173f., 307, 336, 384, 386–391, 413
- Schiedsgerichtsordnung der CSU 43, 97, 118, 124, 154f., 221f., 357, 533, 603, 611, 768, 771, 773–776, 835f., 838, 859–864, 936, 1395, 1402ff.
- vorläufige 154–157, 167–172, 307f., 354–357, 775
- Schlesien 200, 211, 217, 782, 935, 1501, 1525, 1527

- Schlesier 191, 782, 1011, 1525, 1527
 Schnaittenbach 334
 Schöneberg 1368–1371
 Schönsee 372
 Schongau 36, 330, 501, 783
 Schule und Erziehung (→ Besatzungsmacht, amerikanische; Kirchen; Programmatik der CSU; Verfassung, Bayerische; Volkshochschulen) 36, 435, 453, 640, 702, 734ff., 931, 969f., 982, 1067, 1090, 1092, 1102–1105, 1109–1113, 1122ff., 1126f., 1130–1133, 1135ff., 1140, 1142ff., 1160, 1208, 1302, 1362, 1515, 1529, 1651
 – Schulart 970, 982, 1113, 1123, 1128
 – Schulreform 1103, 1122, 1125ff., 1130ff., 1136, 1140, 1627
 – Züchtigungsrecht (auch "Prügelstrafe") 1110f., 1122f., 1130, 1135f., 1140
 Schutzstaffel (SS) 94, 459, 481, 658, 1031f., 1150
 Schwabach 339
 Schwaben 95, 143, 202, 238, 452, 652, 696, 760, 797, 835, 996, 1039, 1064, 1139, 1155, 1241, 1398, 1413, 1447, 1601, 1647, 1663, 1668
 Schwabhausen 807
 Schwäbische Landeszeitung, Augsburg 796f., 824, 1522
 Schwandorf 95, 107, 333, 501, 1482, 1511
 Schwarzer Markt 665, 714, 917, 941, 946, 975, 1028, 1041, 1070, 1096f., 1099f., 1110, 1260, 1343f., 1453, 1484, 1505, 1507f., 1511, 1548f.
 Schweden 1110, 1342
 Schweinfurt 23, 29, 340, 649, 653ff., 674, 1322, 1379
 Schweiz 403, 416, 451, 455, 580, 829, 906, 1103, 1106f., 1111, 1306, 1363, 1435, 1491, 1544
 Sebaldus-Verlag 14, 426
 Selbstverständnis der CSU (→ Parteiname der CSU; Programmatik der CSU; Sammlungsgedanke) 539, 545, 571, 695, 705, 860, 865, 1042, 1408, 1467, 1500, 1558, 1646, 1664
 – christliche Weltanschauungspartei 9, 74, 80, 82, 128, 315, 324, 346, 499, 537., 539, 621, 630, 791, 800, 868, 872, 979, 1203, 1408, 1440, 1500, 1664
 – neue/junge/moderne Partei 7f., 22, 40, 54, 80, 125f., 131, 144, 159, 161, 164, 284, 290, 309, 312, 323, 479, 495, 533, 694f., 711f., 769, 843, 865, 871, 1171, 1405, 1408, 1411, 1439, 1471, 1598, 1651, 1666, 1680
 – politische Bewegung 54, 68, 94, 126f., 136, 865, 874, 1461f., 1471, 1500, 1646
 – Sammel- und Volkspartei 112, 540, 713, 821, 836, 872, 1021, 1258, 1396, 1577, 1587
 Senat, Bayerischer (→ Verfassung, Bayerische) 760, 1524
 Sendungsbewußtsein, bayerisches 24, 34, 133, 200, 415, 537, 825, 884f., 1137, 1143, 1376, 1491, 1537, 1642, 1644
 Separatismus 133, 231, 242f., 313, 371, 477, 479, 676, 712, 774, 791, 805, 811, 826, 1017, 1088, 1092, 1494, 1536f., 1587, 1591, 1661, 1680
 – separatistische Bewegungen und Bestrebungen 135, 201f.
 Siedlung 414, 432, 503, 680, 724, 726, 1397, 1524f., 1626, 1674
 Simplizissimus 1622
 Sonthofen 29
 Sophienthal 426
 Sowjetunion 133, 462, 1072, 1216, 1258, 1306, 1352, 1367, 1400, 1472, 1507, 1552, 1634
 Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) (→ Programmatik der SPD; Fraktion der SPD) 8, 22, 32f., 52, 89, 103, 106, 108, 122, 136, 163f., 208f., 212ff., 219, 233, 243, 247, 249, 252ff., 324, 349, 359ff., 365f., 375, 378f., 382, 388, 398, 401, 403, 408, 424ff., 429, 437, 439, 441, 444f., 447ff., 451, 455f., 467, 493, 499, 501, 506, 525f., 531, 534, 545f., 549f., 563, 565, 572, 578, 585, 593ff., 623, 647, 649, 653, 662f., 687, 689, 695, 717, 745, 747, 751, 754ff., 785, 811f., 814, 832, 870, 887, 898ff., 905, 938, 942, 945, 949, 979, 1009, 1011, 1027, 1030, 1043, 1088, 1094, 1115f., 1155, 1161, 1170, 1176–1180, 1182, 1191, 1256, 1262, 1335, 1348, 1372, 1398, 1447, 1461, 1510, 1513, 1527, 1578, 1588f., 1616f., 1636, 1646, 1671
 – Arbeitsgemeinschaft der SPD/KPD 1543
 – Mitglieder in Regierung und Verwaltung 36, 227, 363, 368, 379, 499, 833, 935, 971f., 977, 993f., 997, 1010ff., 1028, 1032, 1035f., 1040f., 1046, 1048, 1060
 – Personalpolitik 415ff., 442, 449, 457, 474, 580, 588, 591f., 750, 816, 818f., 821f., 827, 830, 832, 921, 931, 934, 937, 1031, 1040, 1060
 – Regierungsbeteiligung 110f., 137, 139, 588, 751, 786, 796f., 814, 816–824, 826–832, 921, 923–926, 929ff., 933, 935, 937f., 940ff., 945, 947, 951f., 967, 969f., 972, 976f., 979, 982ff., 988–991, 993ff., 997, 1000, 1002, 1009, 1024, 1028, 1031, 1035f., 1046–1050, 1061, 1066f., 1115, 1300, 1461, 1541, 1543, 1578, 1592
 – Sopade 1472
 – Tagungen und Parteitage 186, 496, 923, 938, 1171
 – Verhältnis zur CSU (→ Reaktionsvorwurf gegen die CSU) 53, 164, 195f., 213, 248, 310, 363, 382f., 394f., 415, 427, 455, 493, 579, 586, 588, 750, 811, 866, 924f., 952, 954, 1088, 1170, 1461, 1473, 1475, 1538
 – Verhältnis der CSU zur SPD 53, 55, 111, 178, 186, 258, 364, 415f., 427f., 456f., 497, 501, 538, 579ff., 586, 588, 748, 750, 816f., 821f., 824, 826, 828ff., 882, 924, 941, 951, 991, 1000, 1049, 1059, 1171, 1178f., 1376, 1472–1475, 1642
 – vor 1933 33, 117, 163, 974, 1028, 1030, 1582
 – Zusammenarbeit mit der CSU 414ff., 428, 466, 473ff., 496, 526, 549, 555, 562, 579f., 597, 750f., 812, 816f., 824, 930f., 984
 Sozialethik, christliche 22, 32, 51, 309, 315, 541

- Sozialisierung (→ Programmatik der CSU; Verfassung, Bayerische) 315, 438, 497f., 572, 574, 683, 700, 708, 719f., 828, 831, 1067, 1072, 1151, 1188f., 1340
- Sozialismus 33, 178, 233, 260, 309, 313, 316, 436, 540, 545f., 574, 714ff., 754, 791, 833, 870, 900, 943, 946, 948, 950, 1000, 1072, 1079, 1352, 1475
- christlicher (aus christlicher Verantwortung) 182, 309, 540f., 544–547, 1000, 1093
- Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) 54, 531f., 579, 592, 819, 821, 830, 905, 923, 982, 1364, 1400, 1439, 1447f., 1475, 1642, 1646
- Vereinigung von SPD und KPD zur SED 89, 94, 111, 499, 531, 1475
- Sozialistische Internationale 233, 260, 538, 871, 1474
- Sozialordnung (s. Gesellschaftsordnung; Programmatik der CSU; Programme der CSU; Verfassung, Bayerische)
- Sozialpolitik (→ Einzelbereiche) 182, 312, 316, 346, 349f., 371, 414, 432, 471, 477, 503, 539, 725, 792, 821, 939, 943, 970, 1467
- Sozialversicherung 22, 181, 187, 440–443, 681, 706, 721, 736, 1036, 1090, 1112
- Krankenversicherung 22, 441f., 1036
- Rentenversicherung 22, 442
- Special Branch 197, 362f.
- "Speisekammergesetz" 1485
- Spenden (s. Parteifinanzierung und -finanzen der CSU)
- Spiegel, Der 1370
- Sport 407, 1470f., 1514
- Spruchkammern 72, 191, 197, 361, 392f., 395f., 400, 465ff., 469, 483f., 486ff., 517, 527, 535, 649f., 652–657, 659f., 662–669, 758, 800, 812, 883, 897, 906, 959, 1000, 1035f., 1105, 1150, 1152–1156, 1480, 1578, 1588, 1600
- Besetzung 37, 182, 185, 187, 197, 359–365, 393ff., 399f., 465, 487, 650, 653f., 656f., 662, 1152, 1155f.
- Staat, Bayerischer 312, 442, 496, 712, 724, 730, 774, 1017, 1039, 1075, 1270, 1529, 1616, 1668, 1676
- Staatsaufbau der deutschen Länder 201, 511
- Staatsaufbau, bayerischer (→ Verfassung, Bayerische) 200f., 511
- föderale Struktur 197, 201, 310, 456
- Münchner Zentralismus 197, 201
- Staatsaufbau, deutscher künftiger (→ Programmatik der CSU; Verfassung, deutsche künftige) 33f., 178, 181, 193, 198, 200ff., 205, 248, 312, 414, 432, 464, 475f., 478, 491f., 496, 515, 519, 579, 684, 706, 722, 730, 775, 825, 829, 880ff., 884, 888, 900, 903, 931, 944, 949, 975, 1037f., 1050, 1065, 1088, 1174f., 1226, 1348, 1353, 1356, 1363, 1365, 1459, 1514, 1547, 1593, 1610, 1615
- Bayerns Stellung im Reich 9, 32, 133ff., 177, 200, 202, 242, 250–253, 312f., 316, 318, 417, 453, 480, 505, 510ff., 564, 586f., 713, 750, 792, 811, 825f., 879, 882f., 885f., 892, 894, 903, 906, 981, 1172, 1207, 1489, 1491f., 1494–1497, 1499, 1536f., 1587, 1616, 1647, 1675f.
- Deutsche Einheit ("Reichseinheit") 135, 181, 201f., 231, 242, 251, 313, 476, 480, 490, 497, 512f., 542, 676, 709, 753, 774, 791, 825f., 829, 867f., 879, 892, 894, 975, 1067, 1174, 1207, 1226, 1334, 1347, 1351f., 1355f., 1372, 1399, 1456, 1475ff., 1647
- föderale Struktur 197, 200f., 242, 258, 314, 319, 477, 490, 497f., 510ff., 538, 543f., 548, 564, 587, 676, 791, 809, 811, 816, 868, 876, 1012, 1016, 1074–1077, 1083, 1092, 1207, 1409, 1494f., 1616, 1621f.
- – Stellung der Länder im Reich 197, 200ff., 242, 245, 313, 319, 453, 510ff., 564, 676, 791, 876, 891, 905, 1016f., 1076f., 1092, 1207, 1356, 1621, 1675
- Gefahr des Einheitsreiches 135, 181, 201, 242, 250f., 253, 313, 476, 490, 510, 537, 712
- Wirtschaftseinheit 181, 187, 190, 200, 247, 480, 490, 497, 511, 712, 825, 876, 879f., 918, 1038, 1065, 1067f., 1226, 1334f., 1348, 1475, 1501, 1537, 1593
- Staatshaushalt und -finanzen (→ Steuern) 1143, 1490
- Staatskanzlei, Bayerische 111, 139, 393, 469, 984, 989, 1107, 1499, 1541, 1633
- Staatspräsident (s. Verfassung, Bayerische)
- Staatsregierung, Bayerische (→ Geschichte; Ministerien, Bayerische; Ministerpräsident, Bayerischer; Regierung Ehard, Hoegner, Schäffer; Regierungsbildung in Bayern; Staatskanzlei, Bayerische; Staatssekretariate, Bayerische) 24, 31, 182, 197, 226f., 332, 368, 438, 1035
- Regierungsmitglieder 197, 949
- – aus der CSU 45, 65, 186, 196, 227f., 413, 438, 469, 501f., 792, 946, 949, 951, 1037, 1061ff., 1083f., 1086f., 1093, 1118, 1120, 1124, 1173, 1230, 1315f., 1325, 1327, 1329, 1369, 1385f., 1397, 1523, 1574, 1683
- – – Vertretung in den Gremien der CSU 41, 44, 47, 56, 70, 84ff., 148, 152, 206, 321, 373f., 432f., 503, 515, 519, 799, 815, 889, 918, 1196, 1205, 1222, 1297, 1304f., 1307, 1381f., 1416ff., 1641, 1692
- Staatssekretariate, Bayerische 111, 137, 139, 393, 469, 924f., 971, 975, 984, 995f., 1003, 1009, 1020, 1028, 1034f., 1048ff., 1105, 1118, 1159, 1544, 1641
- für das Bauwesen 830, 926, 937f., 1035
- für das Flüchtlingswesen 444, 446, 449, 830, 926, 934, 937, 942, 984, 989f., 1011, 1037
- – Flüchtlingskommisare 31, 449, 934, 1011f.
- Stadelheim 1578, 1600
- Stadtsteinach 338, 798
- Stände (→ Flügel und Gruppierungen in der CSU; Programmatik der CSU; Verfassung, Bayerische)

48, 112, 204f., 540, 550–554, 557f., 566, 767, 769, 877f., 887, 918, 987, 1089f., 1132, 1167, 1305, 1396f., 1496, 1657

Staffelstein 338

Starnberg 330, 669, 1575, 1609, 1636, 1689

Steierer, Der 885

Steuern 683, 716, 722, 946, 1070, 1108, 1270, 1346f., 1362, 1466ff., 1490, 1505, 1590

Stimmrecht, vorläufiges in der CSU (→ Delegierten-schlüssel) 43f., 47, 55f., 59–65, 67f., 71ff., 76f., 80, 85, 103ff., 263, 275, 293f., 320f., 351, 602, 625f., 628, 673f., 742

– Delegiertenbestellung 70–73, 101, 103f., 107, 293f.

Straßburg 141

Straubing 23, 36, 368

Streik (s. Generalstreik in Bayern 1948)

Studenten 450, 453, 798, 899, 1022, 1107ff., 1127, 1135, 1245, 1282

Sturmabteilung (SA) 31, 459, 481, 658, 1583, 1609

Stuttgart 34, 179, 185f., 198f., 201, 232f., 250f., 258, 260ff., 441, 454, 483, 515, 519, 754, 826, 975, 1087f., 1458, 1490, 1509

Sudetendeutsche 31ff., 48, 179, 449, 690, 745, 782, 888, 1011, 1431

Sudetenland 689, 1139, 1431

Südbayern 73, 135, 208, 372, 394, 408, 644, 759, 763, 772, 835, 873, 879, 898, 982f., 1005, 1039, 1041, 1138, 1265, 1312, 1332, 1397, 1427, 1440, 1449, 1534, 1571, 1583, 1605, 1616, 1663, 1677

Süddeutsche Zeitung 15, 24, 27, 120f., 131, 376, 384, 445, 489, 495, 557, 565, 785, 862, 897, 899, 969, 987, 1022, 1028, 1069, 1096

Süddeutschland 200, 202, 258, 480, 510, 512, 755, 826, 832, 875, 956, 975, 1076, 1087, 1174, 1207, 1213, 1344, 1370, 1376, 1524, 1584

Südost-Kurier 1086

Südtirol 1541

Sulzbach 694, 1452

Tagesspiegel, Berlin 1552

Tegernsee 456

Telegraf, Berlin 489

Thüringen 48, 1366

Tiefbrunn (bei Moosham) 333

Tirol 455

Tirschenreuth 334, 689

Totalitarismusgefahr 106, 178, 492, 1072f., 1082, 1462f.

Traunstein 330, 1443, 1445, 1446, 1639

Treuhandwesen und Vermögensverwaltung 18, 187, 407, 439, 483f., 767

Tschechoslowakei 190, 198, 372, 434, 1337, 1675

Uffenheim 82, 86, 339, 368, 403, 431, 1030, 1031, 1032

Ungarn 128, 865, 885

Union-Dienst (s. Informations- und Rednerdienste der CSU)

Unitarismus (→ Staatsaufbau, deutscher künftiger) 202, 242, 250, 476f., 479, 676, 791, 825f., 891, 1016, 1074, 1092, 1496

Unitarismusvorwurf in der CSU 200, 250f., 253, 375, 476, 492, 497, 791

United Nations Organization (UNO) 1306, 1665

United States of America (s. Vereinigte Staaten von Amerika)

Universitäten und Hochschulen (→ Akademien; Studenten) 390, 450, 454, 561, 659, 698, 762, 798, 1103, 1105–1109, 1112, 1132, 1135, 1138, 1140, 1143, 1161, 1525, 1651

– Personalpolitik 1105–1108, 1112, 1161

Unterfranken 37, 237, 457f., 520, 623, 1031

Unternehmer (s. Arbeitgeber/Unternehmer)

Unternehmerverband (s. Berufs- und Interessenverbände)

Vagen 1636

Vatikan 906

Veitshöchheim 1548, 1579

Vereinigte Staaten von Amerika 317, 402, 464, 483, 562, 567, 619, 634, 643, 791, 804, 842, 848, 881, 1071, 1078, 1103, 1168f., 1210, 1255, 1306, 1338f., 1357, 1361, 1366, 1462, 1468, 1473, 1475, 1503, 1506, 1517, 1665f., 1685f.

Verfassung, Bayerische (→ Verfassungsgebende Landesversammlung, Bayerische; Verfassungsausschuß der Bayerischen Verfassungsgebenden Landesversammlung; Verfassungsausschuß, Bayerischer Vorbereitender) 32, 203–207, 227, 231, 387, 398, 402, 425, 463, 490, 493, 496, 515f., 519, 526, 592f., 632, 637, 645, 693, 714f., 717, 720, 750, 752, 791, 817, 830, 856, 894, 902, 905, 930, 945, 949f., 1005, 1029, 1034f., 1044, 1065, 1112f., 1118, 1143, 1296, 1369, 1524, 1590

– Bayerns Stellung im Reich (s. Staatsaufbau, deutscher)

– Bildung und Schule 563, 723, 734, 753, 970, 1102, 1110, 1117, 1127f., 1142, 1144, 1160

– Gesetzgebung 561f., 566

– – Notstandsgesetzgebung 561

– Grundrechte und -pflichten 22, 560, 563ff., 714

– Landtag 205, 342, 345, 550, 560ff., 566, 573, 966, 1416f.

– Präambel 560, 565, 592

– Senat 205f., 237, 342, 345, 452, 473, 549–552, 554f., 560–563, 566, 574, 578, 584, 596, 677, 708, 736f., 762, 811, 813

– Sozialisierung 437f., 555ff., 572, 574

– Sozial- und Wirtschaftsordnung 415f., 436f., 548f., 551–557, 560, 563ff., 567–575, 578, 582f., 595, 708f., 721, 723f., 734, 753, 811, 824, 870, 928, 948, 953, 969f., 1102, 1110, 1117, 1127f., 1142, 1144, 1160

– Staatsordnung 196, 417, 452, 557, 560–563, 566, 596f., 638, 692

– Staatspräsident 414, 416f., 451ff., 473, 488,

- 498f., 528, 534, 549f., 558f., 561, 566f., 577–581, 584–589, 594ff., 703, 807, 813, 840, 882, 980, 1046, 1128, 1142, 1592
- Staatsregierung 561, 566, 967, 971, 1119, 1210, 1418
 - - Stellung des Ministerpräsidenten 452, 561f., 586, 967, 970, 1035, 1119, 1210
 - Verfassungsgerichtshof 560, 562
 - Verfassungsvorbilder (s. Weimarer Verfassung; Regierungssysteme, ausländische)
 - Wahlsystem 204f., 316, 414, 451f., 473, 559, 561f., 586, 596, 811, 813, 828, 887, 1592f.
 - Zweikammersystem 204ff., 213, 237, 342, 345, 414, 451ff., 473, 762
- Verfassung, deutsche künftige (→ Staatsaufbau, deutscher künftiger) 201, 205, 313f., 315, 512f., 548, 550, 905, 1016f., 1038, 1077, 1363, 1369–1372, 1621
- Zweikammersystem 314f., 548, 905, 1016f., 1077
- Verfassung, Hessische 831
- Verfassungsgebende Landesversammlung, Bayerische (→ Fraktion der CSU; Fraktion der SPD; Fraktionszwang) 29, 45, 186f., 237f., 255f., 328, 334, 341, 414f., 435, 443, 446, 451, 474, 498, 559, 563, 566, 570, 575, 582, 584, 586, 596, 645f., 653, 693, 753, 780, 811, 814, 818ff., 828, 878, 898, 901, 904, 928, 948, 1013, 1027, 1031, 1128, 1310, 1592
- Verfassungsausschuß der Bayerischen Verfassungsgebenden Landesversammlung 415, 474, 550, 553f., 556f., 559, 563, 565f., 568ff., 589, 645, 647, 670, 694, 902, 1128
- Verfassungsausschuß, Bayerischer Vorbereitender 193, 197, 203, 463
- Verkehrswesen 197, 552, 1070, 1334f., 1337f., 1507, 1518
- Eisenbahn 197, 756, 1091, 1336ff., 1341, 1398, 1453, 1490
- Vertriebene (s. Flüchtlinge, Evakuierte und Vertriebene)
- Verwaltung, Bayerische 33, 311, 414, 432, 435, 451, 499, 503, 560, 562f., 676f., 697, 832, 837f., 971, 973, 993, 1020, 1040, 1090, 1109, 1208, 1301
- Viechtach 371, 382f., 385, 423, 425ff., 457, 459, 495
- Vilsbiburg 14, 120, 688ff.
- Vilshofen 1588
- Völkerrecht 1090, 1476, 1504, 1514, 1526
- Völkischer Beobachter 133, 463
- Volkbund für das Deutschtum im Ausland (VDA) 373
- Volkgerichtshof 659
- Volkshochschulen 640, 698
- Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden 1366, 1475
- Volkswacht 120
- Volkszählung 211
- Vorbereitende Ausschüsse der CSU (August bis Dezember 1945, → Gründung der CSU) 3ff., 15, 149, 153, 308f., 1270, 1577
- für München 5, 15, 24, 76, 111, 114, 119f., 1654
 - - Vorstand 5, 7, 9–12
- Wähler 61, 101, 112f. 179, 205, 250, 284, 298, 328, 576, 588f., 591, 594f., 685, 687, 747, 758, 920f., 967, 993, 996, 999f., 1008, 1025, 1028, 1038f., 1045, 1049, 1051, 1117, 1252f., 1256, 1262, 1298, 1493, 1582, 1588f., 1608, 1636, 1666f., 1677, 1690
- Flüchtlinge, Vertriebene, Evakuierte 32f., 190f., 426, 443–450, 496, 527, 689, 772, 887, 894, 942, 987, 1010, 1173, 1523f., 1597, 1636, 1689
 - Frauen 174, 298, 435, 696, 893, 938, 1162, 1654
 - Protestanten 426ff., 499, 758, 873, 995, 1004
- Währung 212, 314, 414, 432, 442, 503, 716, 875, 892, 975, 1070, 1263, 1504f.
- Währungsreform (→ Inflation) 24, 437, 441, 449, 734, 825, 875, 918, 931, 975, 1038, 1098, 1132, 1166, 1237, 1263, 1265ff., 1278, 1343–1347, 1349, 1362, 1397, 1415, 1468, 1520
- Wahlen in Bayern (→ Besatzungsmacht, amerikanische) 27, 29, 103, 108, 142f., 162, 183, 185, 187, 211, 214, 288, 293, 330, 348, 369, 378, 457, 522, 581, 726, 794, 932, 947, 954ff., 966, 1021, 1064, 1260, 1415, 1570, 1593, 1597, 1664
- Aufstellung von Kandidaten 29, 31f., 45, 162, 186f., 204, 211, 217, 221, 255f., 277, 324–340, 343, 350–354, 362, 377, 425, 427, 506, 585, 623, 648, 652, 670, 684–696, 758–763, 773, 809, 966, 986f., 1256, 1258, 1263, 1570
 - Bezirkstagswahlen 29, 368, 1267
 - Gemeindewahlen (1946) 21–24, 27, 31, 139, 308f., 325f., 362, 1021, 1030, 1260
 - Gemeindewahlen (1948) 1266, 1287, 1372, 1377, 1500, 1520, 1527f., 1561, 1589f., 1602, 1610, 1613, 1618, 1635, 1674f., 1689
 - Kreistagswahlen 29, 75, 84, 182, 257, 361, 365, 1527
 - - Stadtkreise 29, 45, 108, 139, 143, 309, 327, 339, 425, 429
 - - Landkreise 29, 35f., 75, 82, 108, 143, 211ff., 309, 325f., 379, 1267
 - Landtagswahlen 33, 211, 276, 330, 588, 599f., 636, 640, 647f., 670f., 673, 684–696, 743–754, 756–763, 765f., 768–773, 785, 793ff., 797f., 805, 809ff., 814, 817, 843f., 878ff., 887, 892f., 895, 897, 929, 931, 987, 989, 1025, 1030, 1038, 1051, 1064, 1087, 1242, 1251, 1520f., 1527, 1588f., 1592
 - Verfassungsgebende Landesversammlung 29, 45, 162, 187, 219, 324–340, 343, 351–354, 358, 362, 371, 414, 423–427, 429, 431, 443ff., 447f., 452, 460, 463, 468, 476, 502, 506, 578, 584, 744, 807, 1251, 1592

- Wahlprüfung 325, 361ff., 378, 457
- Wahlen in der CSU 171f., 204, 331, 433, 517, 536, 582, 601, 632, 670, 672, 674, 1014, 1220, 1229ff., 1307f., 1326, 1332, 1379, 1533, 1556, 1684, 1687, 1689, 1692ff., 1698
- Wahlergebnisse der CSU 49f., 75, 194ff., 212f, 257, 297, 308f., 324, 348, 359f., 366, 382, 413, 424-429, 478, 480, 523, 528, 667, 771f., 797, 827, 831, 872, 878, 880, 882f., 937, 943, 978, 1008, 1030, 1410ff., 1588, 1605f., 1639, 1670
- Wahlgesetz 23f., 29, 31f., 187, 211, 213, 325-328, 332, 337, 392, 647f., 670, 684-688, 691, 694, 746, 758, 761, 1263
- Wahlkampf (→ Parteischulung) 27, 51, 140, 162, 168, 179, 182, 212, 216, 256f., 309, 328, 335f., 363, 372, 375, 378, 395, 416, 423, 425f., 429ff., 435, 445, 451, 455, 458, 463, 472, 476, 515, 517, 519, 522-528, 538, 547, 566, 590, 599, 619, 621, 635ff., 643, 646ff., 669, 673, 695, 704f., 726, 741, 743-754, 756-760, 762, 767, 769, 771f., 774f., 779, 791, 793, 795ff., 805ff., 810f., 814, 863ff., 872, 874, 877, 880, 882, 891, 893, 895, 897, 905, 934, 939, 945, 948, 987, 1005, 1010, 1015, 1030, 1236f., 1239f., 1251, 1256, 1259, 1261, 1305, 1377, 1383, 1398f., 1414, 1454f., 1530, 1540, 1561, 1589, 1603, 1635
- Wahlkreise 325-328, 336-339, 352, 359, 452, 562, 594, 684, 686-690, 693f., 696, 743, 759, 766, 797, 828, 945, 967, 987, 1296, 1381, 1592, 1601, 1605
- Wahlrecht (→ Besatzungsmacht, amerikanische) 31f., 94, 182, 187, 206, 227, 325, 348, 350, 392, 445, 758f., 771, 830
- Flüchtlinge, Evakuierte und Vertriebene 182, 445, 527
- Wahlsystem (→ Verfassung, Bayerische) 33, 185, 187, 204, 326ff., 771, 986, 1592
- Wahlversammlungen 103, 371f., 435, 446, 448, 524-527, 532, 596, 636, 643, 647, 669, 746-749, 753, 791, 797, 898, 989, 996, 1592
- Waldershof (bei Marktredwitz) 1453
- Waldmünchen 333
- Waldsassen 1138
- Washington 1071
- Washingtoner Abkommen 1506
- Wasserburg 330
- Wegscheid 745, 1208
- Wehrmacht 141, 456, 1150
- Weiden 333f., 761
- Weihenstephan 330, 1580
- Weimarer Republik (s. Geschichte)
- Weimarer Verfassung (→ Geschichte) 205, 218, 452f., 492, 548, 701, 840f., 891, 1024, 1065, 1075ff., 1083, 1210, 1365, 1553
- Weißenburg 82, 339
- Weltanschauung, christliche (→ Selbstverständnis der CSU) 9, 73, 89ff., 153, 259, 444, 538, 937, 1125, 1178, 1351
- Weltkrieg I. 34, 730, 877, 917, 938, 1348, 1352, 1472, 1539
- Weltkrieg II. 34, 316f., 551, 560, 565, 659, 665, 705, 730, 829, 877, 906f., 916, 922, 935, 938, 996, 1066, 1071, 1080, 1091, 1110, 1125, 1152, 1163ff., 1189, 1336, 1339, 1348, 1352, 1361, 1470, 1472, 1504, 1517, 1539ff., 1602, 1659, 1697
- Weltwirtschaft 315, 471, 1065, 1071, 1353
- Westfalen 450
- Weststaatsgründung 1335, 1348, 1350, 1352f., 1355f., 1365, 1476, 1488, 1491, 1623
- Widerstand gegen den Nationalsozialismus 49, 53, 90f., 110, 113, 127ff., 175, 228, 410, 518, 529, 659, 749, 772, 795, 800f., 896, 906f., 974, 1477, 1480, 1551
- Wiederaufbau (→ Wirtschaft) 9, 197, 204, 242, 312ff., 474f., 478f., 487, 585, 656, 666, 717, 751, 814, 817, 819, 854, 888, 916, 926, 935, 939, 950, 954, 975, 995, 1018, 1020, 1156, 1336f., 1339, 1363, 1373, 1376, 1399, 1461, 1464, 1477, 1493, 1503, 1513
- Wien 198
- Wiesbaden 541, 1339f.
- Winterthur 1106
- Wirtschaft (→ Bewirtschaftung; einzelne Institutionen; Energieversorgung; Ernährung und Ernährungslage; Industrie; "Hühnerfütterrede"; Landwirtschaft; Programmatik der CSU; Programme der CSU; Rohstoffe und Rohstoffwirtschaft; Verfassung, Bayerische; Weltwirtschaft) 18, 24, 33, 203f., 286, 312-315, 346, 348, 352, 366, 371, 414, 432, 434, 436-439, 441, 443, 465, 467, 471, 477, 480, 484, 496, 503, 537, 558, 569, 583f., 596, 677, 733, 754, 757, 792, 823f., 830, 832f., 875f., 918, 920, 933, 938-941, 943, 953, 966, 969f., 972, 977, 982, 993f., 996, 1000, 1006, 1014, 1036, 1041, 1067f., 1074, 1098f., 1121, 1143, 1150, 1152, 1154f., 1167, 1176-1179, 1225, 1261, 1333ff., 1342, 1346, 1354, 1356, 1360f., 1363ff., 1369, 1377, 1406, 1463, 1474, 1477, 1500f., 1505, 1512, 1516, 1526, 1529, 1537, 1590, 1593
- Europa 199, 314, 871, 1342ff., 1354, 1364, 1502, 1513, 1538
- europäische Wirtschafts- und Währungsunion 698, 871, 876, 1343f.
- Wiederaufbau 50, 138, 219, 314, 402, 437, 439, 465, 471, 475, 546, 550-553, 666, 931, 935, 950, 954, 977, 1016, 1071, 1176, 1338, 1353, 1396f., 1464
- wirtschaftsfördernde Maßnahmen 139, 219, 366, 403, 435, 437-440, 465f., 480, 551ff., 715, 792, 826, 833, 933, 939, 974f., 1009, 1016, 1041, 1066, 1068-1071, 1098ff., 1176, 1182, 1336-1339, 1341-1348, 1350, 1363f., 1396f., 1406, 1464, 1466-1469, 1502, 1504-1507, 1509-1513, 1537f., 1590
- Wirtschaftslage 437, 443, 475, 776, 825, 917f.,

- 932f., 936, 946, 993, 1041, 1065, 1068–1071, 1087, 1091, 1093, 1099f., 1166, 1334–1338, 1340–1344, 1348, 1353, 1359, 1463f., 1466, 1468, 1475, 1501–1510, 1512, 1516, 1538
- - Alltag 189, 256f., 296, 322, 430, 448, 454, 465, 523, 663, 665, 743ff., 757, 915, 917, 1087, 1098, 1104, 1110, 1112, 1328, 1331, 1341ff., 1386, 1419
- Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung (WAV) 213, 378ff., 416, 424f., 427, 429, 457f., 462f., 527, 587, 662, 748–751, 818, 820ff., 828f., 831, 930, 948, 983, 989, 1025, 1035, 1155, 1176, 1465
- Regierungsbeteiligung 821, 925, 929, 938, 983, 993ff., 1000, 1036, 1041, 1046, 1066, 1115, 1132ff., 1592
- Wirtschaftseinheit, deutsche (s. Staatsaufbau, deutscher künftiger)
- Wirtschaftsordnung (→ Liberalismus; Programmatik der CSU; Programme der CSU; Verfassung, Bayerische) 50, 219, 314, 436–439, 443f., 546, 548, 550, 552ff., 556f., 563, 569ff., 573f., 577f., 583f., 703, 706, 714f. 719f., 833, 869, 928f., 936, 977, 1000f., 1041, 1070–1073, 1093, 1348f., 1369, 1406, 1463f., 1466, 1504, 1512, 1538
- Lenkung 550, 572, 869, 978, 1072f., 1364, 1466, 1512
 - Planwirtschaft 219, 243, 550, 556, 563, 569ff., 573, 682, 700, 714, 869, 931, 978, 982, 1071ff., 1364, 1466, 1636
 - Selbstverwaltung 219, 437, 550f., 553f., 556f., 563, 572ff.
- Wirtschaftsrat des Vereinigten Wirtschaftsgebietes 1068, 1176f., 1179, 1335, 1339, 1347f., 1355, 1488, 1490, 1584, 1616f., 1620f., 1623, 1630, 1635, 1695
- Wissenschaft (→ Programmatik der CSU) 453, 916, 1138
- Wohnung und Wohnungsbau 212, 407, 472, 660f., 665, 677, 680, 716ff., 726, 925, 996, 1035, 1041, 1067, 1526f.
- Wohnungsnot 212, 665, 668, 717, 996, 1005, 1151, 1165, 1524–1527
- Wunsiedel 337, 358, 361, 759, 798, 1327, 1330, 1395, 1453, 1457
- Württemberg-Baden 258, 483, 485, 511, 537, 647, 1154, 1208, 1458
- Württemberg 34, 197, 441, 543, 818, 823, 833, 885, 935, 967f., 975, 978, 1111, 1343, 1368f., 1397ff., 1435
- Würzburg 14, 44, 56, 65, 68, 70, 72, 85, 182, 292, 307, 340, 367f., 371, 373, 377–385, 387, 389, 391, 425ff., 429, 454, 457ff., 461, 495, 506, 623, 1109, 1155, 1161, 1242, 1276, 1542, 1577, 1584, 1668
- Zentralismus 34, 197, 201, 242, 311, 313, 456, 477, 479, 492, 512, 547, 621, 676, 712, 816, 832f., 876, 891, 931, 975, 1016, 1074, 1083, 1092, 1207, 1241, 1305, 1364, 1376, 1471, 1489, 1494, 1496, 1537, 1616, 1621, 1630, 1635, 1661, 1680
- Berliner 482, 511
- Zentrum 53, 113, 163, 1176, 1599
- Zonengrenzen 197, 315, 480, 497, 511, 542, 918, 1066
- Zürich 1106

Personenregister

Das Personenregister wurde mittels EDV erstellt und umfaßt alle Personen, die in Einleitung, Protokollen und Dokumenten zu Programmatik, Organisation und Satzung der CSU Erwähnung finden. Die Personen sind nur auf den Seiten ausgewiesen, auf denen sie namentlich genannt sind. Bei Wortbeiträgen oder Reden, die sich über mehr als eine Seite erstrecken, erscheinen die Redner daher nur mit der Seitenangabe im Register, die den Beginn ihrer Ausführungen einleitet. Personen des gleichen Nachnamens wurden in allen Zweifelsfällen im Text auf ihre Identität hin geprüft und im Register, das neben den Nachnamen in der Regel auch die Vornamen enthält, getrennt ausgewiesen, soweit ihre eindeutige Zuordnung möglich war. In den Fällen, in denen dies nicht gelang, sind die Seitenangaben hinter dem betreffenden Nachnamen zu finden, der somit mehrere Personen umfassen kann und daher kursiv gesetzt wurde. Personen, die nicht biographisch annotiert werden konnten, sind durch Asteriskus gekennzeichnet. In Ausnahmefällen war es nicht möglich, die Nachnamen zweifelsfrei zu verifizieren; solche Namen wurden in der Schreibweise der Vorlage in das Register aufgenommen, ohne daß dies zusätzlich vermerkt wird. Sofern weitere Angaben wie Ort oder Funktion aus den entsprechenden Dokumenten zu ermitteln waren, sind diese in Klammern vermerkt.

Abeghian* (OMGBY, Public Relations Branch) 771, 794, 812
 Adenauer, Konrad LIX, 186, 198, 201, 233, 258, 542, 1062, 1088, 1177, 1181f., 1335, 1369, 1397, 1419, 1474, 1568f., 1610, 1620f., 1680, 1841
 Agartz, Viktor 832, 1176, 1841
 Albert, August 25, 423, 1013, 1841
 Albert, Martin 120, 467, 1841
 Albrecht* (Leiter der Landesstelle Bayern für Feinmechanik und Optik) 657
 Albrecht, Lisa 900, 1841
 Alledag* (Frauenvertreterin für den CSU-Bezirksverband Oberbayern) 961
 Allwein, Max 330, 1061, 1094, 1186f., 1190, 1841
 Altmeier, Peter 1419, 1842
 Amann* (Kunstauschuß der CSU) 454
 Ammann, Erwin 47, 85, 152, 423, 599, 671, 691f., 718, 771, 778, 780, 903f., 961, 1842
 Ammann, Franz Xaver 1520, 1521, 1842
 Andre, Josef 1397ff., 1842
 Anker Müller, Willi LVIII, 154, 167, 170, 365ff., 671, 682, 777f., 836, 841f., 855-859, 929, 932, 944, 961, 989, 1028, 1055, 1229, 1242, 1250, 1317, 1381, 1455, 1533, 1695, 1842
 Anspach, Ernst XXV, XLVII, 1843
 Anzenhofer, Karl 329, 1843
 Aretin, Anton Freiherr von LIV, LXIX, 229, 302, 305f., 515, 528, 536, 594, 599, 671, 759, 763, 961, 1054, 1548, 1843
 Aretin, Erwein Freiherr von 229, 1843
 Arnold, Wilhelm 21, 23, 30, 47, 66, 85, 92f., 147, 185, 193, 208, 221f., 227, 235, 291, 293f., 318, 338, 371, 390, 423, 425, 515, 534, 546, 582, 593f., 645, 658, 671, 705, 722, 727f., 733f., 736, 738f., 742, 777f., 903, 1695, 1843

Balling, Karl August 913, 920, 922, 924, 959, 1844
 Banger* 294
 Banzer, Georg 121, 1844
 Bartel, Hans 1099, 1101, 1226, 1229, 1402, 1431, 1533, 1695, 1844
 Barth, Georg XLI, LXI, LXXIX, LXXXI, 47f., 60, 66, 72, 85, 102, 147-151, 182, 185, 193, 202, 207, 320-323, 337, 361, 371f., 377, 383, 392, 460, 812, 1229, 1265, 1322f., 1326, 1360f., 1371f., 1515, 1518, 1533, 1560f., 1648f., 1661, 1674, 1676, 1844
 Bauer 14, 659
 Bauer, Hermann 290, 295ff., 336, 357, 1844
 Baumeister XIX, XXI, 3, 5f., 912f., 919
 Baumeister, Leonhard 671, 766ff., 1845
 Baumgartner, Joseph IX, XXII, XXXV, LIV, LIX, LXVII, LXIX, LXXVIII, XCII, 5f., 25, 29f., 35ff., 44, 47, 57, 67, 70, 84, 139, 150, 193f., 241, 252f., 257, 259, 262, 290, 292, 296, 300, 305ff., 318, 320ff., 328, 339f., 372, 385, 412, 414, 432, 503ff., 771, 785f., 795, 812, 815, 854, 863f., 961, 963, 980, 987f., 997f., 1009, 1070, 1083, 1085, 1088f., 1094ff., 1098-1101, 1115f., 1120ff., 1130, 1141f., 1146f., 1179f., 1187f., 1190f., 1194, 1206, 1218, 1498, 1541, 1546-1550, 1579ff., 1589, 1604, 1622, 1637, 1646f., 1656, 1668, 1762, 1845
 Beck, Ludwig 127, 129, 529, 906f., 1551, 1581, 1845
 Beer* 1121
 Behrisch, Erich Arno 811, 1845
 Bender, August 961, 1845
 Bender, Reinhard 599, 671, 1846
 Bengel* 371
 Berberich, Ludwig 454, 1846
 Berger, Norbert* 599, 771, 961, 1028

- Berger, Rupert 330, 515, 599, 671, 771, 1229, 1533, 1846
- Bergmann, Karl* 671, 710, 734, 759, 762, 771, 1057
- Bergsträsser, Martin 47, 67, 167, 380, 458, 1846
- Berthold, Fritz Josef 1550, 1579, 1846
- Bevin, Ernest 371, 1846
- Beyerle, Josef 1369, 1846
- Bezzel, Dieter 4, 1847
- Bickleder, Karl 21, 23, 42, 961, 1026, 1847
- Birkel, Rudolf 780, 787ff., 961, 1229, 1533, 1847
- Bismarck, Otto von V, 876, 891, 1076, 1496
- Blaser, Kurt 30, 47, 66, 85, 211, 214, 216f., 337f., 350, 1847
- Blum, Léon 134, 1847
- Blum, Ludwig 599, 625, 1395, 1419, 1460, 1498, 1511, 1848
- Böcht* (Frauenvertreterin für den CSU-Bezirksverband Niederbayern) 66, 71
- Böck, Toni 423, 1229, 1533, 1848
- Böcker, Bernhard 21, 23, 1848
- Boehlke, Friedrich 47, 66, 85, 211, 423, 515, 599, 671, 771, 961, 1229, 1533, 1661, 1848
- Bogendorfer, Otto 334, 1848
- Bolz, Eugen 1369, 1848
- Bonhoeffer, Dietrich 127, 1848
- Boßlet, Albert 454, 1849
- Bräu, Lorenz 334, 1849
- Brand, Erich 330, 1849
- Brand, Ludwig 21, 23, 343, 362, 365, 1849
- Brand, Paul 339, 1849
- Brandl, Otto 14, 1849
- Brandner, Johann 47, 66, 71, 85, 515, 536, 545, 599, 621, 625, 627f., 632, 643f., 647, 1849
- Braun 1131, 1156, 1410f., 1420, 1422f., 1427, 1429f.
- Braun, Alois 961, 1134, 1138, 1229, 1533, 1849
- Braun, Josef 1379f., 1850
- Braun, Otto 163, 1850
- Breidbach-Bürresheim, Anna Maria Freifrau von 1229, 1533, 1850
- Brenner, Eduard 1161, 1850
- Brentano, Heinrich von 1369, 1371, 1850
- Breuer* 581
- Briner, Robert 1106, 1850
- Brückl* (CSU-Kreisverband Kitzingen) 692
- Brünig, Heinrich XII, 135, 164, 461, 822, 1538, 1622, 1850
- Brumberger, Josef 339, 1851
- Bühner, Eustach 47, 67, 339, 1851
- Burges, Bernhard 47, 66, 85, 1851
- Burns, Paul LVf., LXVIII, 507, 535, 601, 618f., 622, 673, 1256, 1804, 1851
- Busch, Martin 47, 66, 85, 211, 337, 364, 423, 671, 766, 1851
- Butterhof, Franz Xaver LXXXI, 515, 599, 771, 797, 864, 896, 961, 1120f., 1123f., 1229, 1242, 1280, 1295, 1300, 1322, 1324, 1440, 1533, 1648f., 1658, 1661, 1686, 1851
- Byrnes, James Francis XXVI, 753, 906, 1851
- Canaris, Wilhelm 127, 410, 1852
- Caspar, Karl 454, 1852
- Centmayer, Hans 339, 961, 1229, 1533, 1852
- Chadweek* (Leutnant, amerikanische Militärregierung Würzburg) 380ff., 458f.
- Chrambach, Erich 382, 1852
- Churchill, Sir Winston 91, 1852
- Clark, Delbert* 1104
- Clay, Lucius Dubignon XXV, 393, 395, 486, 883, 910f., 986, 988, 1036, 1088, 1154, 1173, 1338, 1358, 1476, 1487f., 1516, 1543, 1852
- Clemens, Hans* 371
- Clusius, Klaus 1106f., 1852
- Dahm, Else 25, 47, 66, 71, 85, 211, 423, 599, 671, 961, 1852
- Dahrendorf, Gustav 1616, 1853
- Debus, Karl 14, 66, 334, 1853
- Deggendorfer, Emanuel 185, 339, 423, 1853
- Dehler, Thomas 750, 797, 823, 983, 1115, 1853
- Deku, Maria 21, 23, 26, 35, 66, 172ff., 211, 334, 352, 407, 423, 694, 771, 937ff., 942, 961, 1028, 1853
- Deku, Rudolf 1028, 1854
- Demmler* (Stadtrechtsrat) 668
- Detsch 47, 66, 85, 304, 1515
- Detsch, Jakob, 1854
- Detsch, Josef 515, 599, 771, 803, 806, 897, 1854
- Dietrich* (CSU-Bezirksverband Nürnberg-Fürth) 1229, 1237, 1240, 1280, 1282, 1316, 1323
- Dill, Hans 1582, 1854
- Dinkelbach, Heinrich 1340, 1854
- Dittrich, Konrad* LXI, 599
- Döhl* 767
- Döppert, Konrad 47, 67, 85, 211, 423, 771, 961, 1854
- Dörpinghaus, Bruno 29f., 542, 1854
- Dötsch, Berta 599, 771, 1229, 1533, 1855
- Dötsch, Ludwig, 1855
- Dohnanyi, Hans von 127, 906f., 1855
- Dollinger, Werner 339, 1855
- Donavan* (General) 1545
- Donderer, Karl LXXXI, 387f., 848, 1229, 1533, 1667, 1856
- Donhauser, Anton LXIX, 3, 1856
- Donsberger, Josef 211, 407, 411, 423, 515, 545, 597, 599, 671, 736, 771, 961, 1187f., 1229, 1274, 1294, 1322-1325, 1533, 1635, 1856
- Dorn, Walter L. XXVII, 17, 393, 1168, 1856
- Dürr, Kaspar 47, 67, 72, 85, 182, 185, 189, 211f., 221, 237f., 240, 318, 339f., 368, 377f., 380, 382, 391, 458, 1752f., 1856
- Eberhard, Rudolf 1229, 1533, 1857
- Eberle, Anton 1113, 1857
- Eberling* 11
- Ebner, Hans* 1229, 1533
- Eder(er), Hans 26, 333, 335, 337, 1857
- Eggensberger, Franz Xaver 1229, 1533, 1694ff., 1857

- Ehard, Hans LXI, LXV, LXVIIIf., LXXIX, LXXXI, LXXXIV, XCII, 17, 44, 47, 57, 70, 84, 185, 193, 197, 211, 238, 328ff., 352-355, 371, 390, 398f., 401f., 404, 483, 559, 671, 700, 732, 746, 796f., 961, 963, 981ff., 987, 990f., 1001ff., 1006f., 1010, 1014f., 1020, 1023ff., 1027, 1029, 1037, 1039-1042, 1044f., 1047-1053, 1055f., 1062f., 1081-1085, 1100ff., 1107, 1114f., 1118ff., 1125, 1127, 1138, 1141ff., 1144ff., 1158, 1162, 1173, 1175, 1190, 1192, 1200ff., 1205, 1209, 1211ff., 1220-1225, 1229f., 1265, 1284, 1286, 1315f., 1325, 1327f., 1332, 1338, 1354, 1359f., 1362, 1366, 1370, 1375f., 1379ff., 1387, 1395, 1397, 1402f., 1409, 1425f., 1431, 1433, 1436-1441, 1443f., 1446, 1450, 1453, 1455, 1481f., 1496ff., 1500, 1514ff., 1523, 1525, 1533, 1560, 1574, 1579, 1587, 1603f., 1608, 1611, 1616, 1620, 1625, 1627, 1637, 1644, 1656, 1662ff., 1670, 1681ff., 1762, 1858
- Eichhorn, Wilhelm XXII, XXXI, XXXIII, LXXX, 5, 10, 14, 21, 24, 27, 29, 31-36, 39-45, 56, 67, 70, 73f., 78, 80, 84ff., 123, 185, 189, 190f., 193, 201, 204, 211, 213, 215, 217, 221, 225-228, 230f., 233f., 236-241, 245ff., 249, 300, 339f., 345, 347, 350-353, 371ff., 376f., 382, 389, 391, 402, 407, 413, 416, 599, 626, 642, 651, 659, 661, 671, 755, 759, 761, 777ff., 781, 783ff., 788, 1202, 1229, 1238, 1533, 1648ff., 1652, 1662, 1678, 1695, 1751ff., 1761, 1858
- Eicken, Hans Hermann von XIX, 3ff., 11, 17, 17, 27, 29, 44, 56, 67, 70, 84, 86, 185, 189, 193, 195, 200, 211, 221f., 225, 227-231, 233f., 238f., 242-245, 248f., 251, 301, 303, 358, 407f., 410f., 413f., 423f., 476, 500, 515, 519, 532ff., 536, 544f., 547, 558f., 571, 582, 595, 626, 636, 647, 649, 661, 665, 669, 912, 933, 955, 1753, 1761, 1858
- Eirainer, Isidor 330, 1858
- Eisenhower, Dwight David XXV, XXVI, 1543, 1703, 1859
- Elhardt, Heinrich 211, 329, 515, 759ff., 1859
- Elmenau, Johannes von 31, 1620, 1859
- Emmert, Heinrich LXI, 1158, 1229, 1322f., 1326, 1379, 1389, 1533, 1859
- Emnet, Wilhelm 1104, 1859
- Endres, Fritz 1582, 1860
- Endrulat* (Journalist, SPD) 164
- Engelhardt, Hans 599, 625, 645, 1860
- Engels, Friedrich* 703
- Englert, Rudolf 340, 1860
- Ensslin, Wilhelm 1112, 1860
- Epp, Franz Ritter von 1578, 1600, 1860
- Erber, Peter 599f., 648, 662, 1860
- Erzberger, Matthias 128, 1861
- Etterer, Hans 47, 66, 85, 423, 515, 599, 771, 961, 1861
- Euerl, Alfred LXI, LXXXI, 47, 67, 85, 348f., 423, 433, 488, 499, 515, 599, 636, 671, 718, 723, 733, 753, 771, 783, 818, 908, 961, 1005ff., 1157f., 1160, 1229, 1244, 1522, 1533, 1661, 1671, 1673, 1683, 1697, 1861
- Fackler, Franz Xaver XVIIIIf., 3, 5, 175, 423, 515, 518, 593f., 599, 622, 671, 961, 1229, 1244, 1316, 1319, 1321, 1533, 1562, 1571, 1861
- Fahy, Charles 483f., 1861
- Falkenberg* (Landrat in Viachtach) 459f.
- Falkner, Ernst XL, 21, 26, 29, 31, 47, 56, 66, 68, 71, 73, 76, 83, 85, 98, 100f., 103f., 139, 144, 153, 156f., 167, 185, 189, 193, 195, 202, 208f., 211f., 221f., 225f., 228, 230, 237f., 240, 246, 275, 293, 300f., 331, 354, 368, 371, 377, 447, 508, 599, 1862
- Faltermeier, Josef 333, 1862
- Faulhaber, Michael von V, 238, 1862
- Faust* 771
- Feistle, Anton 14, 1862
- Felder, Josef LXVf., 1862
- Felsenthal, Leonhard* 494
- Fendl* 385
- Fendt, Franz 984, 990, 1111, 1863
- Ficker, Ludwig 315, 1863
- Figl, Leopold 408, 885, 1863
- Fink 932f., 954f.
- Fink, Hugo LVIII, 599, 645, 674, 771, 796, 856, 961, 1012, 1055, 1229, 1533, 1661, 1667, 1694, 1696f., 1863
- Fischer* (Herausgeber der Fränkischen Volksstimme) 32
- Fischer, Franz 1035, 1533, 1863
- Fischer, Heinz 1083ff., 1229, 1533, 1681, 1693, 1864
- Fischer, Josef LXXXI, LXXXIV, 211f., 423, 425, 504, 515, 599, 648, 652, 671, 691, 746, 766f., 771, 961, 1229, 1238f., 1274, 1533, 1648f., 1663, 1665ff., 1688, 1864
- Fischer, Margarete 1229, 1533, 1864
- Fischer, Wilhelm 415, 1864
- Fißlthaler, Franz* 507, 599
- Fleckenstein* (Schriftsteller, CSU-Kreisverband Garmisch-Partenkirchen) 260, 301, 330
- Försch, Konrad 417, 1864
- Franckenstein, Georg von und zu 339, 359, 361, 365f., 1864
- Frank, Albert 777f., 1694, 1865
- Frankl, Franz-Xaver 423, 599, 671, 1865
- Frantz, Konstantin* 1078
- Frentzel, Heinz 1207, 1865
- Frenzel, Curt 1522, 1865
- Freundl, Otto 349, 1865
- Frick, Wilhelm 141, 1545, 1865
- Fritzsche, Hans 657, 1866
- Fröhlich, Valentin 337, 1866
- Frommknecht, Otto 1229, 1428, 1866
- Frühwald, Konrad 667, 1866
- Fuchs* 4
- Fuchs von Bimbach und Dornheim, Hans Freiherr 339, 1866
- Fuhrig* 1084

- Gamperl, Georg LXXXI, 332, 335, 371f., 385, 403, 407, 423, 515, 599f., 620f., 623f., 643, 648, 668, 671, 691, 759, 761, 767, 771, 779, 783, 785, 788, 818, 961, 1000, 1059, 1229, 1235, 1245, 1430, 1443, 1449, 1533, 1649, 1650, 1661, 1668f., 1866
- Gans, Richard 1107, 1867
- Gassenmeyer, Hermann 47, 85, 423, 429, 599, 669, 1867
- Gaßner, Alfons 599, 671, 761, 768, 961, 998, 1867
- Gaulle, Charles de 199, 1867
- Geibel, Emanuel* 1585
- Geiger, Hugo 1069, 1229, 1533, 1867
- Geiselberger, Hans 211, 215, 292, 295f., 299, 423f., 431, 433, 502, 504, 515, 582f., 599, 623f., 628f., 640f., 771, 813f., 914, 1229, 1236, 1243, 1278f., 1314, 1317, 1319, 1330, 1332, 1421f., 1432, 1533, 1867
- Geisner* (CSU-Kreisverband Gunzenhausen) 1426
- Gentner, Hans 1589, 1868
- Gerathewohl, Fritz 21, 24f., 47, 95, 152, 193, 195, 221f., 225, 231, 234, 238, 240, 371f., 402, 407f., 423, 515, 524, 531, 538, 599, 633f., 643, 646, 671, 674, 699, 722, 724, 727-731, 733, 735, 740ff., 746f., 751, 753, 762, 1868
- Gerlin* (CSU-Kreisverband Erlangen) 762
- Gerstl, Max* IX
- Gerstner, Max 329, 1868
- Gessner, Herbert 739, 1036, 1114, 1372, 1868
- Gick, Johann 686, 1868
- Gierl, Andreas 47, 66, 85, 1869
- Glockner, Hermann 1112, 1869
- Glonner* (CSU-Jugendvertreter) 780, 787f.
- Glum, Friedrich 556, 1869
- Goderski, Walter Josef* 941, 961, 1026, 1053
- Goebels, Joseph XL, 98, 944, 1869
- Gögler, Hermann 1368f., 1869
- Goethe, Johann Wolfgang von* 804
- Goldhammer, Bruno XXVII, 394f., 1869
- Goldschagg, Edmund 899, 1870
- Gonella, Guido 701, 703, 1870
- Graemer* 371, 407f.
- Grasmann, Max IX, XIff., XV, XVIII, XXII, LXXIII, 11, 25, 407, 423, 515, 556f., 671, 746, 771, 779, 783, 785, 788, 790, 961, 1229, 1233ff., 1237f., 1244f., 1266, 1268, 1275f., 1278, 1280, 1282f., 1520, 1533, 1870
- Grieser, Andreas 1229, 1870
- Gröber, Franziska 671, 771, 961, 1870
- Grötsch, Heinrich 334, 1871
- Gromer, Georg 760, 1871
- Gronwald, Karl 211, 214f., 217, 221f., 224ff., 228, 235-238, 240, 248, 254, 263f., 276, 299, 301ff., 305, 344, 348, 350, 361, 371, 373, 377, 384, 390, 396, 403ff., 407, 421, 529, 531-536, 538, 540f., 634, 1871
- Groß von Trockau, Otto Philipp Freiherr 359, 1871
- Grothe* (Staatsrat, KPD) 111
- Güttler, Josef 337, 1871
- Gugelweid* (CSU-Bezirksverband Schwaben) 961
- Guttenberg, Erich Freiherr von 1112, 1871
- Guttenberg, Karl Theodor Freiherr von und zu 338, 1872
- Haas* (Regensburg) 761
- Haas, Josef 454, 1872
- Haaser, Otto* 336
- Haecker, Johannes* 771
- Hafenbrädl, Centa 515, 771, 1872
- Hagemann, Walter 14, 25, 27, 1873
- Hagenauer, Ludwig 25, 29, 35, 43, 97, 124, 154, 167, 170, 218, 222, 355, 777f., 1101, 1149, 1156, 1229, 1694, 1873
- Hagenauer, Wilhelm 599, 1873
- Hagn, Hans LXXXI, 515f., 528, 532, 771, 912, 1133f., 1381, 1533, 1648f., 1661f., 1683, 1873
- Hahn, Elisabeth 25, 35, 47, 66, 71, 85, 173f., 182, 297f., 329ff., 352f., 407, 414, 423, 435, 449, 500, 515, 599, 771, 780, 785, 787, 961, 1873
- Haiger, Heinrich 339, 1874
- Halder, Franz 127, 907, 1874
- Halifax, Edward Frederick 198, 906, 1874
- Hamacher, Hedwig 185, 193, 1874
- Hanfstaengl, Edgar 433, 777f., 1695f., 1874
- Harnier, Adolf 749, 1874
- Hart, Gottfried 340, 1874
- Hassel, Hans 1229, 1533, 1875
- Hassell, Ulrich von 906f., 1875
- Hatzinger, Max 674, 927, 929, 1875
- Hauck, Georg 936, 1875
- Haugg, Pius 423, 515, 599, 671, 961, 1875
- Haugh* (Sonthofen) 29
- Haunhorst, Hanswolf J. LIV, LVI, LXI, 515, 535, 567, 576, 592, 599, 602, 619f., 634, 671, 746, 771, 794, 805, 1212f., 1220, 1229f., 1322, 1533, 1696, 1759, 1804, 1875
- Haunhorst, Hans-Anna 771, 803, 1876
- Hausleiter, August L, LXI, LXV, LXXIIIff., LXXXVI, LXXXIXff., LXXXIII, 47, 66, 80, 85, 106, 164, 177, 179, 182, 211f., 219, 290, 292, 295, 337, 371ff., 388-392, 398, 407, 413, 415f., 423, 426, 488, 499, 502, 515, 526f., 530-533, 546f., 575, 580, 586, 589, 592f., 595, 599, 628, 630-639, 641-644, 671, 674, 685f., 688, 693f., 698f., 704, 706, 709ff., 718f., 722, 724f., 727, 730, 735, 737-742, 748, 753, 762, 771, 790, 806, 813, 815, 824, 829, 832, 860, 863, 866, 871f., 900, 905, 907, 910, 918f., 922, 933, 957ff., 961, 964f., 980f., 988f., 991, 1024, 1026, 1029, 1033, 1040, 1044, 1049, 1051ff., 1055f., 1059, 1082, 1084, 1120, 1124, 1127-1134, 1141, 1143, 1158, 1220, 1229, 1241, 1274, 1287f., 1292f., 1295, 1307-1310, 1312ff., 1317, 1319, 1373, 1379, 1388, 1423, 1426, 1429, 1438, 1444, 1448-1451, 1533, 1553, 1559f., 1568f., 1589, 1592, 1604, 1607, 1612,

- 1614, 1630f., 1633f., 1637, 1665, 1669, 1677,
1682, 1684, 1686-1692, 1697f., 1729, 1876
- Heath, Donald R.* XLVII
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich* 638
- Hegelweiser* (CSU-Bezirksverband Oberpfalz) 66
- Heim, Georg 42, 205, 251, 1587, 1876
- Heinlein, Alfons* 1229, 1533
- Heiszler, Ladislaus 1229, 1533, 1876
- Held 47, 66, 72, 85, 164, 173, 193, 209, 806
- Held, Heinrich 106, 125, 135, 141f., 1545, 1554,
1582f., 1599f., 1877
- Held, Josef 14, 1877
- Held, Philipp 5, 1877
- Held, Walter 211, 296, 332f., 694f., 1877
- Heller, Vitus 378f., 1877
- Hellmuth, Otto 380, 458, 1878
- Helmerich, Michael XXII, 3, 5, 44, 47, 57, 67,
70, 84, 138, 185, 189f., 211, 318, 328, 333,
337, 371, 375, 391, 396, 407, 410f., 423f., 599,
671, 743, 771, 961, 1762, 1878
- Hemmeter, Walter* 195
- Herding, Wilhelm 47, 66, 84, 1878
- Hergenröder, Anton 350, 1518, 1753, 1878
- Hermes, Andreas 506, 1623, 1878
- Herold* (Frauenvertreterin für den CSU-Bezirksver-
band Nürnberg-Fürth) 343, 364, 367, 961
- Herrigl, Eugen 1112, 1879
- Heubl, Franz 13, 47, 65f., 71, 85, 99, 423, 515,
771, 780, 787ff., 1229, 1533, 1879
- Heurich, Fridolin 1401, 1879
- Heydrich, Reinhard 772, 1879
- Hielscher, Erwin 984, 990, 1879
- Hilpert, Werner 198, 543, 771, 785, 823, 831,
833f., 1368ff., 1402, 1457f., 1880
- Himmler, Heinrich 142, 772, 1583, 1880
- Hindenburg und Beneckendorff, Paul von 49, 126,
1545, 1610, 1622, 1880
- Hirschmann, Josef 334, 1880
- Hitler, Adolf XXV, 38, 81, 119, 128f., 133, 141,
208, 301, 317, 325, 395, 397, 433, 463, 470,
548, 657, 663, 713, 812, 851, 855, 869, 873-
876, 891, 906f., 916, 1074, 1091f., 1104, 1168,
1226, 1340, 1353f., 1361, 1400, 1462, 1477,
1493, 1536, 1553, 1582f., 1587, 1680, 1714,
1880
- Hochstetter, Josef 1229, 1533, 1880
- Hoegner, Wilhelm XXVIIIff., 18, 21, 24, 31, 35,
43, 111, 132, 136f., 139, 207, 219, 234, 258,
310f., 361, 366, 387f., 393-396, 398-402, 414ff.,
428, 436ff., 440, 451f., 455f., 466-470, 473ff.,
483, 485f., 491, 496, 498, 502, 556, 566, 570,
578ff., 586ff., 592, 647, 651, 660, 662, 710,
750, 785f., 796, 816, 821, 829f., 832, 924, 949,
952, 961, 963, 982f., 986f., 1006, 1023, 1025,
1045, 1051ff., 1128, 1133, 1143, 1161, 1171,
1455, 1529, 1541, 1543f., 1578, 1677f., 1880
- Höhenberger, Fritz 961, 1229, 1533, 1881
- Höhne, Max 454, 1881
- Höltermann, Arthur Ernst 661, 669, 1881
- Hölzl, Hans* 599
- Hönekopp, Willi 47, 84f., 91, 97, 762, 961, 1057,
1229, 1316, 1330, 1881
- Holy, Max 197, 360, 362, 1881
- Holy, Rudolf* 197
- Holzer, Ernst 47, 66, 71, 85, 100, 115, 165f.,
306, 423, 504, 507, 771, 779f., 783, 787, 822f.,
961, 1056, 1881
- Holzmann* (Vorsitzender des Presseausschusses
der CSU) 21f., 25, 47, 85ff., 150, 152, 183,
211, 321, 324f., 327f., 361, 423, 515, 746
- Holzner, Sebastian 384f., 391f., 671, 689, 771,
1751, 1753, 1882
- Hoover, Herbert 1503, 1747, 1882
- Horlacher, Michael XXI, XXXf., XXXIII-XXXVII,
XLI, XLIIIff., LI, LIII, LIX-LXII, LXIVff.,
LXXIII, LXXVIIIff., 5f., 10f., 13, 17ff., 21,
23-27, 29ff., 33-47, 56, 60, 63, 65, 67f., 70f.,
78f., 82, 84ff., 100, 103f., 114, 116-120, 122,
124f., 129, 144, 146f., 149ff., 153, 155-158,
160, 164, 167-174, 176-179, 185, 193-196, 200,
203-207, 211, 214, 216ff., 221, 223f., 240f.,
243-254, 259, 262f., 286f., 289, 292, 297f.,
301ff., 306f., 318, 321f., 329, 333-337, 341f.,
344, 351ff., 361ff., 371, 374, 384f., 389-392,
394, 397, 402ff., 407, 411ff., 423f., 431, 433,
439, 452, 464, 468, 476f., 479, 493, 495, 500-
505, 507, 509, 512, 553-557, 569f., 582, 587,
626, 671, 684-689, 691f., 695f., 724ff., 738,
742ff., 747, 750, 752, 754, 765f., 768f., 771,
779, 783, 785f., 788, 790, 799f., 803, 805f.,
809ff., 815, 824, 829, 832, 834, 841, 851, 858f.,
886, 892, 900, 909f., 913-916, 919, 921f., 927,
929, 932f., 935f., 938ff., 942, 945f., 948-954,
956f., 959ff., 963ff., 973, 976f., 980f., 983f.,
987f., 999, 1001ff., 1007, 1009, 1013, 1020,
1025ff., 1029f., 1045ff., 1052ff., 1082, 1085f.,
1094ff., 1099, 1101, 1116, 1118f., 1129, 1141,
1146ff., 1157, 1175, 1180f., 1189f., 1192,
1202, 1206, 1209, 1213ff., 1219, 1229, 1236-
1239, 1241ff., 1273, 1275-1278, 1280-1283,
1289f., 1292, 1310, 1313f., 1316-1320, 1322ff.,
1330, 1338, 1374, 1379f., 1384, 1386, 1390,
1404, 1407, 1410f., 1421ff., 1426f., 1429, 1436,
1440, 1442f., 1449ff., 1460, 1479, 1481f.,
1496ff., 1533, 1544f., 1547f., 1553, 1556,
1573f., 1583, 1586, 1593, 1598, 1600, 1608,
1611ff., 1615ff., 1619f., 1622f., 1629ff., 1633,
1649ff., 1678, 1681, 1689-1692, 1697, 1751,
1753, 1761, 1882
- Horstmann* (München) 13f.
- Hort, Sepp 898f., 1533, 1694, 1882
- Huber 1134f.
- Huber* (Maler, Kunstauschuß der CSU) 454
- Huber, Karl 897, 912, 1883
- Huber, Kurt 394, 659, 1883
- Huber, Sebastian 259, 330, 1883
- Hugenberg, Alfred 141, 1883
- Hundhammer, Alois IV, XXIIff., XXXI, XXXIII,
XXXVff., XLf., XLIII, XLVIIIff., LIff., LV,

- LVIII., LXIII., LXVff., LXIXf., LXXIXf., XCI,
 11, 21, 23, 25ff., 29, 31, 33-39, 41, 43f., 47,
 56, 66-71, 83-86, 88, 90ff., 96, 99f., 102f.,
 123f., 134, 137, 146f., 153, 185, 189f., 193ff.,
 202f., 208f., 211, 213, 215-218, 221-226, 231,
 235, 237, 288ff., 304f., 322, 330, 371, 376f.,
 382, 390ff., 396f., 404, 407, 409-412, 423f.,
 430, 432f., 451, 488, 500, 503ff., 508, 510,
 515, 545, 559, 563f., 567-572, 574ff., 581, 588,
 599f., 610, 614, 616-621, 623, 625-629, 631,
 642, 645-648, 661, 663f., 671, 674, 690, 693ff.,
 723, 739, 741f., 771, 776, 780-785, 805-816,
 824, 840, 849-853, 856f., 859, 881-884, 892,
 898-906, 908f., 918, 922, 934, 941, 945, 957ff.,
 961, 963ff., 974, 982f., 985f., 988, 996, 999,
 1002ff. 1006, 1023, 1027f., 1050ff., 1054,
 1058, 1101f., 1104, 1107, 1111ff., 1116, 1118-
 1141, 1143f., 1146ff., 1156, 1158-1162, 1173,
 1181, 1184, 1194f., 1202, 1208, 1213, 1217,
 1222, 1224, 1229, 1251, 1253, 1257, 1265ff.,
 1269, 1273, 1276, 1283, 1291f., 1294f., 1313,
 1316, 1319-1323, 1325, 1329f., 1362, 1370,
 1388, 1391, 1402, 1419f., 1423, 1425, 1430,
 1433, 1437, 1451f., 1455, 1460, 1481, 1498,
 1515, 1533, 1559f., 1562, 1574, 1580, 1583ff.,
 1588, 1590, 1600, 1611f., 1619, 1626ff., 1632,
 1634, 1636ff., 1640f., 1645-1648, 1652, 1663,
 1668f., 1673, 1682f., 1685f., 1751, 1753, 1761,
 1817, 1883
 Huth, Friedrich 339, 1884

 Ibler, Franz 599, 1884
 Imler, Hans 47, 66, 72, 85, 211, 599, 671, 692,
 694, 771, 777f., 961, 1229, 1533, 1695f., 1884

Jäger 946, 953, 1424, 1431
 Jaeger, Richard 31, 35, 189, 193, 221, 227f., 515,
 1144, 1146, 1156, 1229, 1322, 1533, 1884
 Jaenicke, Wolfgang 446, 449, 934, 1011f., 1885
 Jahn, Walter 47, 66, 85, 211, 599, 671, 706, 721,
 730, 739, 1229, 1533, 1885
 Jörg, Josef 339f., 1885

 Kaas, Ludwig 1584, 1885
 Käss, Friedrich 3, 5, 13, 17, 35, 37, 189ff., 193,
 203, 211, 217, 231, 293f., 302, 304, 307, 321,
 327, 331f., 337, 340, 352, 354f., 357, 366,
 1229, 1275, 1291, 1317, 1320, 1322, 1885
 Kahn, Karl 371f., 599, 1229, 1316f., 1331, 1533,
 1885
 Kahr, Gustav Ritter von 457, 584, 1680, 1886
 Kaifer, Albert 21, 23, 295, 771, 961, 1753, 1886
 Kaiser, Adam 360, 1886
 Kaiser, Fritz 337, 599, 671, 771, 961, 1886
 Kaiser, Jakob 135, 198, 258, 260, 314, 405, 477,
 479, 491f., 510, 542-545, 547f., 758f., 1061,
 1181, 1351, 1366f., 1369, 1373, 1398-1401,
 1472, 1474, 1514, 1886
 Kalbskopf, Otto 338, 1886

 Karpf, Hugo 21, 23, 30, 47, 67, 85, 124, 211,
 215, 339, 515, 599, 662, 671, 758, 771, 952,
 961, 1229, 1533, 1887
 Kaschnik* 211, 217
 Kastner, Josef 1454, 1456, 1887
 Katzler von* 47, 152
 Keegan, Charles E. IV, 1887
 Keil, Wilhelm 1398, 1887
 Keim, Walter*¹ 219
 Keller, Louis Joseph Comte de 1101, 1887
 Kempner, Robert M. 803, 1887
 Kern, Ernst 656f., 1888
 Kettner, Josef* 1581
 Kiefer, Josef 25, 1888
 Kienitz, Erwin von XVII-XX, XXII, 3, 1888
 Klein, Emil 1115, 1888
 Klemm, Otto 379, 1888
 Klenk, Wilhelm 47, 66, 85f., 339, 349, 368, 423,
 431, 515, 599, 643, 671, 771, 781, 961, 1030,
 1032, 1889
 Klug* 36
 Kluge, Hans Günther von 127, 1889
 Klytta, Waldemar 1229, 1533, 1889
 Knaab* (CSU-Bezirksverband Nürnberg-Fürth) 599
 Knappe, Karl 454, 1889
 Kneipp, Sebastian* 350
 Knoeringen, Waldemar von 984, 989, 1889
 Knothe, Wilhelm 1171, 1889
 Knott, Georg* 1581
 Koch* (Ministerialdirektor) 367
 Koch, Edmund 334, 515, 771, 1890
 Köhler, Erich 1616, 1620ff., 1625, 1627, 1630,
 1635, 1890
 Köhler, Karl 211, 330, 407, 423, 453, 500, 599,
 669, 671, 674, 732, 771, 1013, 1140, 1229,
 1237, 1533, 1689, 1692, 1698, 1890
 Koenig, Joseph 43, 47, 157, 167, 170f., 179f.,
 185, 189ff., 193, 423, 443, 449, 515, 1890
 Kokorin, Wassilij* 89, 132f.
 Kolb, Georg* 338
Konrad 339
 Konrad, Adolf 14, 47, 66, 92f., 96f., 113, 599,
 914, 934, 939, 961, 1033, 1054, 1890
 Kopf, Hinrich Wilhelm 551, 1891
 Kothmann, Fritz 338, 1891
 Krapp, Lorenz 170, 337, 1891
 Kraus, Engelbert 340, 515, 599, 1229, 1242, 1288,
 1329, 1891
 Kraus, Hans 961, 1891
 Krehle, Heinrich IX, XIII, XIX, XXXIII, LXXVIII.,
 LXXXI, 3, 5, 11, 13, 17f., 25, 27, 31-35, 39ff.,
 43f., 47, 56f., 59, 67, 70, 84ff., 125, 136,
 138ff., 148, 185, 193, 211f., 221, 226f., 238,

¹ Die korrekte Schreibweise des Familiennamens konnte erst nach Abschluß des Manuskripts der Protokolle ermittelt werden; auf S. 219 daher fälschlich "Kain".

- 249, 307, 318-322, 328f., 371, 403, 407f., 414, 423, 425, 432, 440, 500, 503, 595, 599f., 626, 642, 645, 648, 671, 674, 708, 720, 722f., 727f., 731, 771f., 776f., 788, 819ff., 908f., 961, 990, 1085, 1188, 1229, 1279, 1329f., 1455, 1533, 1544, 1556, 1559, 1561, 1567, 1571-1575, 1655, 1657, 1669, 1690ff., 1697, 1751, 1753, 1761f., 1892
- Krempf, Josef 47, 66, 85, 95, 106, 142, 156, 170, 176, 211, 296, 333f., 350, 423, 425, 501, 504, 599, 641f., 958, 1124, 1134, 1511, 1892
- Kreying* (Frauenvertreterin für den CSU-Bezirksverband Oberfranken) 599
- Kroll, Gerhard XLI, LXI, LXXIXf., 21, 23, 47, 57, 60f., 63-66, 73, 85, 93, 102, 105, 109, 157, 179, 181, 185, 189, 193, 195, 198, 201, 203, 205, 211, 216, 218, 290, 303f., 318, 337f., 345-348, 350f., 360, 402, 404, 414, 427, 432, 490f., 493, 498, 503, 505, 515, 533, 545, 567f., 590, 593, 595, 599, 623, 635f., 641f., 645f., 657, 666, 771, 781, 795, 797, 810, 818, 863, 881-884, 942, 950f., 961, 963ff., 1001, 1004, 1006, 1012, 1044, 1048, 1051ff., 1055ff., 1099f., 1134, 1136, 1143, 1185, 1209, 1212f., 1229, 1293, 1322ff., 1326, 1332f., 1363, 1372, 1379, 1391, 1443, 1448, 1450, 1452, 1468, 1482, 1506, 1516, 1533, 1553, 1560f., 1615ff., 1624, 1628ff., 1633, 1689, 1692, 1752, 1892
- Kronthaler, Josef 331, 961, 996, 998, 1893
- Kroth, Alfred 1541, 1545, 1578, 1893
- Kroth, Karl August LXI, LXIII, 21, 23, 29, 47, 67, 85, 211, 340, 371, 377f., 380ff., 391, 423, 458, 599, 610, 645, 649, 653, 671, 674, 771, 961, 1148, 1229, 1322, 1379f., 1404, 1533, 1893
- Krüger, Klara 771, 961, 1229, 1372f., 1533, 1893
- Kubel, Alfred 1176, 1893
- Kübel* (CSU-Bezirksverband Mittelfranken) 47, 86
- Kübler, Konrad LXI, 66, 71, 211, 214, 354, 363, 388, 423, 425, 431, 493, 499, 515, 575, 583, 585, 599, 642, 645, 690, 771, 777, 817f., 823, 888f., 896, 939, 961, 991, 995, 1114, 1229, 1240f., 1322-1326, 1446, 1481, 1533, 1576, 1586, 1589, 1893
- Künzel* 367
- Kugler, Martin* 364, 1695
- Kuhmann, Alfred 211, 1894
- Kurz, Andreas 515, 517, 961, 1084, 1192, 1221, 1460, 1894
- Lacherbauer, Carl Hannsjörg XXXIII, XL, 17f., 21, 26f., 31f., 34-37, 39f., 42-45, 47, 56, 66f., 70, 84ff., 97, 104f., 108, 119, 124, 150f., 171, 185, 189, 191, 193f., 196, 203, 207f., 329, 423, 515, 517f., 528, 599, 626, 761, 771, 776f., 788, 809, 1095, 1146, 1205f., 1212, 1220f., 1229, 1424, 1533, 1548, 1641, 1650, 1683, 1686f., 1751, 1753, 1761, 1894
- Lades, Heinrich 1694ff., 1894
- Laforet, Wilhelm 189, 1895
- Lallinger, Wilhelm 1229, 1242, 1533, 1648f., 1895
- Lamla, Ernst 1107f., 1895
- Lang 14, 1649f.
- Lang, Andreas 771, 961, 1229, 1528, 1530, 1533, 1895
- Lang, Carl Peter LXXIX, 1229, 1533, 1559ff., 1572-1575, 1663, 1681f., 1690, 1895
- Lang, Hugo 1369f., 1896
- Lang-Brumann, Thusnelda LXI, 172ff., 211, 298f., 329f., 352f., 407, 414, 423, 432, 503, 599, 645f., 674, 1162, 1164, 1323, 1896
- Langbehn, Julius* 886
- Langenfaß, Friedrich 5, 1896
- Lebsche, Max 200, 207, 1896
- Leeb, Wilhelm Ritter von 1583, 1896
- Lehmer, Max 330, 366, 1897
- Lehner, Philomena* 423, 771, 961
- Lehr, Robert 551, 1897
- Lei* 1438
- Leibniz, Gottfried Wilhelm* 804
- Leicht, Johann 106, 1897
- Leierseder* 689
- Leininger* (Würzburg) 378
- Lemmer, Ernst 1351, 1367, 1373, 1399, 1401, 1472, 1514, 1897
- Lenz, Karl 30, 211, 322, 330, 423, 425, 506, 1897
- Lenz, Otto 314, 1398f., 1401, 1897
- Lenzenhuber, Ferdinand 599, 1898
- Lex, Hans Ritter von 119, 141, 206, 211, 221ff., 225, 228, 240f., 243, 246, 253f., 318, 371, 376, 390, 391f., 402, 404, 407, 414, 417, 420, 423, 432, 450, 497, 500, 502f., 694, 1013, 1898
- Lichti, Philipp 30, 1898
- Liedig, Franz 371, 515, 519f., 534, 542, 597, 599f., 602, 610f., 614, 616, 622, 625-630, 632, 645, 671f., 686, 720-726, 729f., 732ff., 736f., 743, 746, 753, 761, 771, 774-778, 781, 784f., 787ff., 793, 814f., 850f., 872, 897, 909, 911ff., 955, 960f., 998, 1055, 1057, 1061, 1216, 1260, 1533, 1688f., 1898
- Lill, Georg 329, 454, 1898
- Lingmann, Friedel* 771, 961, 1229, 1533
- Lippl, Alois Johannes 454, 1899
- Lobinger, Alfred 21, 23, 42, 47, 66, 71, 85, 211, 423, 425, 771, 848, 1899
- Lochner* 5
- Lohbauer, Josef 334, 1899
- Loritz, Alfred 416, 526f., 555, 562, 748-751, 825f., 829, 831, 929, 938, 961, 963, 983, 993ff., 1000f., 1005, 1023, 1025, 1041f., 1045, 1051, 1115f., 1133f., 1143, 1311, 1465, 1592, 1899
- Loßmann, Julius 467, 1899
- Ludendorff, Erich 457, 1680, 1899
- Luksch, Josef* 1229, 1533
- Luschka, Felix Max Edler von Selheim 1229, 1377, 1533, 1900
- Luther, Hans 1520, 1900

- Mack, Georg 47, 66, 72, 85, 338, 599, 771, 778, 784, 813, 961, 1900
- Maderer, Andreas 382f., 1900
- Maier 201
- Maier, Anton 36, 211, 382, 459f., 515, 590, 645, 929, 1900
- Maier, Eugen* 14
- Maier, Johann* 47, 92, 95
- Maier, Michael* 330
- Maier, Reinhold 818, 1900
- Manteuffel-Szoego, Georg Heinrich Baron von 1695f., 1901
- Mark* 810
- Marshall, George Catlett 1339, 1366, 1467f., 1474, 1513, 1537, 1747, 1901
- Martin* (Bayerische Versicherungskammer) 36
- Martin, Rudolf 193, 211, 221, 228, 238, 249, 423, 515, 589, 599, 645, 671, 674, 728, 736f., 764, 771, 781, 787, 860, 872, 961, 1054f., 1661, 1901
- Marx, Franz 821, 1901
- Marx, Karl* 703, 928
- Marx, Wilhelm 49, 126, 1901
- Maslowski, Peter 1104f., 1141, 1902
- Mathäser, Hans 1429, 1902
- Mauerer, Josef H. 193, 211, 515, 599, 1216, 1229, 1269ff., 1643, 1902
- Mayr, Karl Sigmund LXXXI, 338, 599f., 648, 659, 671, 779, 781, 783ff., 788, 961, 1004, 1094, 1144, 1147, 1158, 1229, 1235, 1278, 1281, 1324, 1533, 1661, 1670f., 1684, 1902
- McNarney, Joseph T. 773, 793f., 801, 807, 1036, 1902
- Meier, Heinrich 1229, 1533, 1902
- Meinzolt, Hans 1058, 1104, 1158f., 1903
- Meiser, Hans 213, 237, 341, 407, 565, 648, 649, 656, 659, 760, 1903
- Meisner* (Justizrat, Würzburg) 379
- Meisner, Michael 379f., 457, 1903
- Meissinger, Karl August 454, 1903
- Meixner, Georg 235, 686, 693, 696, 760, 953, 1202, 1903
- Melchner, August 330, 1904
- Messmer, Josef Eduard XXXIX, XL, 47, 87f., 91, 93, 95, 409-412, 462, 507, 509, 530f., 895, 909, 1904
- Meyer-Spreckels, Elisabeth LXXIII, LXXXI, 339, 352, 354, 515, 589, 599, 643, 771, 780, 785, 787f., 790, 918, 961, 1229, 1330, 1533, 1654, 1678, 1689, 1697, 1904
- Michel, Franz 301, 961, 1124, 1225, 1426, 1443, 1481, 1498, 1529, 1904
- Michel, Konrad* 671
- Miesgang, Georg 47, 66, 174, 515, 599, 668, 671, 673, 1905
- Mikolaschek, Paul 1229, 1533, 1905
- Miller, Walther von XXX-XXXIII, 9ff., 13, 17, 21, 23, 27, 29, 31f., 35, 38-42, 44, 47, 56, 67, 70, 84ff., 140, 185, 193, 211, 221, 225, 246, 330, 350, 352ff., 371, 390, 599, 777f., 1695f., 1751ff., 1761, 1905
- Miltenberger, Hermann 1661, 1905
- Molotow, Wjatscheslaw Michailowitsch 806, 1372, 1465, 1634, 1905
- Montgelas, Gräfin Anna Maria Gabrielle (Amia) 1229, 1533, 1906
- Moor* (Major, amerikanische Militärregierung in der Oberpfalz) 686f.
- Morgenthau, Henry 1353, 1502, 1906
- Mostar, Gerhart Hermann 1139, 1906
- Motzet, Josef 221, 1906
- Müller* (Münchner Neueste Nachrichten) 4
- Müller, Hans 1229, 1906
- Müller, Heinrich 142, 1906
- Müller, Josef (Ochsensepp) IV, IX-XIII, XV-XIX, XXIff., XXVII-LXII, LXIV-LXVIII, LXX-LXXVI, LXXVIII-LXXXII, LXXXIV, XCff., XCVf., 3ff., 10f., 13, 15, 17ff., 21-27, 25, 27, 29-48, 55-74, 76, 79, 81-89, 91, 93-107, 109-112, 114-120, 122f., 146f., 149-158, 160f., 163-183, 185ff., 189, 191, 193-196, 198, 200-208, 211, 213, 215-219, 221-226, 229-240, 245-255, 257-263, 275, 284f., 286f., 289, 291-309, 318, 320, 322f., 327-341, 346, 348-354, 357-368, 371ff., 377, 382-392, 396ff., 401-405, 407f., 409-417, 423f., 429-433, 436, 438, 449f., 454, 461, 468, 488ff., 491-496, 499-509, 507, 511ff., 515-519, 524, 528-531, 533f., 535f., 539, 542, 544, 546f., 558f., 564, 567f., 570f., 574ff., 582f., 585, 588-597, 599f., 602, 610f., 616-629, 631-635, 640-649, 651, 661, 669-672, 671, 674f., 684-691, 693f., 696-699, 701, 707, 709ff., 718, 720-733, 735-739, 741ff., 746, 749f., 753ff., 758-761, 763-769, 771, 775-789, 790, 793-801, 803-824, 830f., 833ff., 841f., 846f., 849ff., 854-860, 862, 864, 871f., 878, 881-884, 888-891, 893f., 896-905, 907-911, 914, 922, 952f., 957ff., 961, 963ff., 973f., 976, 981, 983-991, 995, 997f., 1000-1007, 1009f., 1012ff., 1020, 1024, 1026ff., 1030, 1032, 1034, 1040, 1043f., 1046, 1048-1057, 1059ff., 1081-1085, 1093-1096, 1099ff., 1116, 1118-1121, 1123ff., 1127-1134, 1136, 1138f., 1141, 1143f., 1146-1149, 1156-1162, 1164, 1181, 1184-1190, 1192, 1194-1197, 1199-1206, 1208-1213, 1218-1226, 1229, 1229ff., 1233f., 1236f., 1239ff., 1243ff., 1249f., 1258, 1264, 1267, 1269, 1272, 1274-1284, 1286ff., 1290, 1294f., 1300, 1306, 1312, 1314-1317, 1319-1326, 1329-1333, 1341, 1344, 1348, 1359-1362, 1365, 1369, 1371, 1373, 1375ff., 1379f., 1385-1391, 1393, 1395f., 1398f., 1401f., 1410ff., 1417, 1419-1431, 1434-1438, 1440-1443, 1445f., 1450-1454, 1456, 1458f., 1466, 1480, 1482, 1498ff., 1514-1523, 1527-1530, 1533f., 1541, 1545f., 1548, 1550, 1553, 1559-1562, 1564f., 1567f., 1570-1573, 1575, 1578f., 1581, 1589, 1596, 1600-1604, 1606f., 1611ff., 1616f., 1621, 1624, 1626, 1628, 1630-

- 1633, 1635-1641, 1643, 1645, 1647-1652, 1654-1658, 1660-1663, 1665, 1667-1671, 1673, 1676, 1678, 1681-1698, 1751, 1753f., 1757, 1761f., 1804, 1816, 1906
- Müller, Josef Maria* 423, 515
- Münter* (CSU-Bezirksverband Nürnberg-Fürth) 211
- Muhler, Emil IX, LXXIII, 5, 25, 47, 114f., 126, 137, 183, 235ff., 407, 409f., 414, 416, 423, 432, 453, 503, 515, 599, 779, 781, 783, 785, 788, 790, 872, 877f., 881-884, 886, 888f., 891, 893, 897-901, 903ff., 907ff., 1013, 1028, 1192, 1200ff., 1206, 1209, 1212f., 1218f., 1229, 1460, 1533, 1544, 1564, 1568, 1578, 1698, 1907
- Muller, Walter J. 392f., 396-399, 401ff., 801f., 1619, 1759, 1907
- Murphy, Robert Daniel XXVff., 138, 1543f., 1577, 1907
- Mutzbauer* 1229, 1240
- Naemendig* 259
- Nassarow, P.F. 1367, 1907
- Naumann, Johann Wilhelm 14, 1907
- Nawiasky, Hans 554f., 580, 592, 1908
- Neckermann, Adalbert 340, 671, 696f., 729, 731, 1908
- Neidlinger* (CSU-Bezirksverband Schwaben) 211
- Nell-Breuning, Oswald von 1093, 1908
- Nemitz, Fritz 454, 1908
- Nentwig, Georg 671, 753, 894, 934, 961, 1012, 1908
- Nerkenschlager* (CSU-Bezirksverband Oberbayern) 26
- Nerretter, Paul 21, 23, 26, 29, 31, 47, 60, 63, 66, 72, 81, 84ff., 91, 96f., 116, 145, 147, 150, 156, 169, 181, 193, 204-208, 211f., 216, 339, 347, 351-354, 383, 1032, 1146, 1229, 1276, 1360, 1533, 1634, 1694ff., 1752, 1909
- Neuhäusler, Johannes 235, 1480, 1909
- Neumann, Ferdinand 334, 423, 515, 599, 671, 961, 1044, 1052f., 1909
- Neuner* (ev., Fabrikant) 338
- Nickl* 259
- Niemöller, Martin 127, 1909
- Nientimp, Hans 599, 1909
- Niklas 11
- Niklas, Wilhelm 1622ff., 1910
- Nirschl, Josef 771, 778, 784, 813, 961, 1910
- Nostitz, Gottfried von 906, 1910
- Nothhaft, Alfons 13f., 1910
- Nüssel, Adam 337, 1910
- Öfele, Armin Freiherr von 385, 1911
- Oesterle, Joseph 13f., 1911
- Olbricht, Friedrich 127, 1911
- Ortloph, Klement 21, 23, 26, 47, 66, 85, 185, 189, 193, 211f., 318, 332, 335, 599, 645f., 771, 792, 799, 813, 897f., 952, 956-959, 1911
- Osborne, Sir Francis D'Arcy Godolphin 906, 1911
- Oster, Achim 528f., 1911
- Oster, Hans 127, 529, 906f., 1912
- Ostermaier, Josef 958, 1912
- Ostermeier 11
- Ostwald, Bernhard 337, 407, 423, 515, 671, 685, 693, 696, 707, 720ff., 771, 778, 782, 784, 788f., 797, 813, 815f., 823f., 884, 961, 1229, 1518, 1533, 1912
- Ott, Anton 47, 94f., 300, 423, 515, 671, 693f., 734, 741, 771, 778, 781, 784, 805, 822, 842, 857, 961, 1229, 1519, 1533, 1695, 1912
- Papen, Franz von 1601, 1912
- Papstmann, Hans 337, 1912
- Patton, George Smith XXIII-XXVIII, 110, 1913
- Pauker* 407
- Pestalozzi, Johann Heinrich* 1111
- Petersen, Rudolf H. 551, 1913
- Pfeiffer, Anton III, IX-XIV, XVI-XXII, XXIX, XXXI, LIII, LXI-LXV, LXVII, LXXX, XCII, 17, 25, 32, 44, 47, 57, 67, 70, 84, 112, 130, 148, 185ff., 193, 195-198, 201f., 206, 211, 213, 218, 227, 229, 322, 328, 333, 337, 395, 401, 416, 423, 431, 468ff., 481, 488, 491, 527, 600, 648-655, 658-663, 665-669, 739, 750, 949, 961, 964f., 969, 971, 983, 986, 1013, 1024, 1034, 1040, 1042f., 1048, 1054, 1116, 1127, 1141f., 1188, 1229, 1231ff., 1235f., 1241, 1243, 1261, 1265, 1283f., 1286ff., 1290-1295, 1300, 1306, 1312ff., 1317, 1319, 1322ff., 1326, 1328, 1368f., 1371f., 1379f., 1382, 1385, 1387f., 1391, 1393, 1407, 1409, 1412, 1417, 1421ff., 1425-1434, 1436, 1445, 1450f., 1455, 1480, 1498, 1533, 1560, 1573ff., 1603, 1607, 1611f., 1616-1621, 1623ff., 1627-1635, 1637, 1639, 1641, 1648, 1651, 1659-1662, 1670f., 1682-1686, 1697, 1762, 1913
- Pfeuffer, Adolf 340, 692f., 766, 768, 1913
- Pflaum, Richard LVIII, 25, 30, 47, 65f., 71, 74, 79, 85, 185f., 189, 193, 198, 200, 211f., 221, 318, 329, 334, 371, 377, 515f., 528, 530f., 534, 671, 746, 759, 762, 771, 782f., 849, 936, 961, 1014, 1160, 1229, 1533, 1913
- Pfleger, Franz Josef 14, 333, 1914
- Pflüger 1156
- Pflüger, Hans* 515, 528, 594, 771, 1229, 1533
- Pflüger, Heinrich 779, 783, 785, 788, 1229, 1533, 1914
- Pflugler* 599
- Philippi, Harry 669, 1914
- Piechl, Josef 211, 259, 302, 318, 599, 643, 648, 662f., 771, 781ff., 961, 980, 1026, 1229, 1533, 1914
- Piechler, Arthur 454, 1914
- Pieterek, Hubert LXXXI, 1229, 1533, 1673, 1915
- Pike* (Captain, amerikanische Militärregierung Viechtach) 459
- Pittroff, Claus 982, 1058f., 1124, 1915
- Pius XI. (Achille Ratti) 928, 1915
- Pius XII. (Eugenio Maria Giuseppe Pacelli) 90, 238, 938, 1915

- Pix, Georg XLI, XLIII-XLVI, 13, 17, 46f., 119f., 124, 140f., 157-167, 384-391, 494f., 510, 805, 895, 1028, 1915
- Planck, Max 1138, 1915
- Plonner, Josef 599, 771, 1061, 1063, 1134, 1160, 1915
- Podeyn, Hans G. 1549, 1617, 1622f., 1915
- Pöhlmann, Karl Christoph 1395, 1916
- Pölnitz, Götz Freiherr von 1112, 1916
- Pongratz, Joseph 235, 238, 1916
- Prechtl, Wolfgang 235, 238, 342, 347, 350, 671, 709f., 714, 723, 753, 760, 771, 778, 961, 1057, 1125, 1139, 1229, 1533, 1674, 1916
- Preis, Karl Sebastian 234, 1917
- Preysing, Gustav Graf von* 771, 961
- Prittwitz-Gaffron, Friedrich Wilhelm von XXXVIII., XLVI., 25, 47, 86f., 148, 167, 174, 179, 183, 221, 234, 236, 247f., 250f., 253f., 262, 318, 329, 337f., 342, 352ff., 404, 407, 414, 416f., 423, 432f., 451, 500, 503, 505, 512f., 515, 559, 564f., 671, 709, 729, 732, 944, 949, 951, 974, 1013, 1146, 1157, 1202, 1225, 1229, 1371, 1533, 1693, 1917
- Probst, Maria IX, 515, 599, 671, 674, 738, 771, 821, 893, 961, 1055, 1229, 1280, 1297, 1315, 1320ff., 1325, 1533, 1692f., 1697, 1917
- Prottengeier, Johann 339, 1917
- Prüschenk, Josef 334, 423, 450, 761, 1918
- Purves, Pierre M.* LVI, 507, 1086
- Radek, Karl 1463, 1918
- Rätsch* (SPD) 398
- Ramelsberger, Ludwig 47, 66, 85, 1918
- Rathgeb, Caspar 1533, 1668, 1683, 1689f., 1918
- Rattenhuber, Ernst 1577, 1918
- Rattler, Georg 211, 423, 515, 599, 1919
- Raum, Hans 330, 1919
- Reese, Robert A. Viff., 392-395, 397, 399, 508, 1919
- Reichstein, Willy 1229, 1533, 1919
- Reiser, Adolf 26, 47, 66, 85, 961, 1919
- Reitzner, Richard 984, 989f., 1011, 1919
- Rendle* 913
- Reschke* (DANA) 140
- Retting* 599
- Reuter* IX
- Reuter, Georg 1180, 1467, 1473, 1486f., 1506, 1508, 1919
- Reznizek* (Flüchtlingsvertreter im CSU-Bezirksverband Unterfranken) 692
- Riddleberger, James W.* XLVII
- Riedel, Georg 599, 666, 771, 961, 1920
- Rief, Max 193, 204, 334, 1920
- Riemer, Franz Josef 36, 1920
- Rindke* 41
- Rindt, Eugen XIX, LXI, 21, 23, 29, 31, 35f., 47, 64ff., 72, 83, 85, 105, 166, 171, 193, 195, 202f., 206, 211, 221, 226f., 231, 237-240, 248ff., 263, 293, 295, 318, 322, 331, 515f., 536, 541, 544f., 593, 599, 628ff., 632-639, 641-645, 671, 674, 698, 701, 704f., 708, 711, 714, 716-719, 723f., 726-730, 736, 760, 771, 782, 787, 789, 802, 810, 820, 846, 856, 858, 865, 871, 904, 956, 961, 1043, 1045, 1048ff., 1052, 1054-1057, 1229, 1235f., 1308f., 1312ff., 1316f., 1322f., 1326, 1331, 1365, 1374, 1379, 1390, 1392f., 1426, 1443, 1446, 1453, 1455, 1460, 1533, 1705, 1707, 1717, 1752, 1920
- Rinke, Walter LXXXI, 47, 158ff., 185, 189, 191, 193, 211, 221, 231, 234, 236, 371, 407, 410, 423, 501, 771, 780-784, 788, 941, 961, 1010, 1012, 1021, 1156, 1184, 1219, 1229, 1234, 1297, 1321, 1323, 1460, 1522f., 1527-1530, 1533, 1546, 1600, 1648f., 1657, 1663, 1690ff., 1697, 1920
- Riss, Josef 330, 1921
- Robertson, Sir Brian 1487f., 1921
- Röder, Karl 771, 788, 961, 1921
- Röhm, Ernst 1583, 1921
- Röhl, Wilhelm 771, 1567, 1921
- Roosevelt, Franklin Delano XXV, 1168, 1922
- Rosenberg, Alfred 711, 1922
- Roßhaupter, Albert XXVII, 234, 556, 586, 796, 984, 990, 1578f., 1922
- Roth, Hans 338, 1922
- Rothenbücher, Heinz* 25
- Rothermel, Fridolin 47, 66, 85, 211, 241, 259, 423, 515, 599, 1922
- Rucker, Eugen 26, 778f., 788, 857, 1922
- Rüttger, Margarete* 1229, 1533
- Rupprecht, Kronprinz von Bayern 92, 207, 234, 1923
- Sattler, Dieter 1229, 1533, 1923
- Sauer 259
- Sauer, Franz Ludwig 47, 67, 85, 211, 214, 340, 407, 416, 423, 429, 431, 452, 515, 599f., 623, 670f., 691, 746, 769, 771, 819, 821, 961, 968, 972, 1007-1010, 1229, 1533, 1923
- Sauer, Fritz 29, 31, 1923
- Schachtner, Richard 1229, 1249f., 1257, 1265f., 1923
- Schädel* 761
- Schäfer, Franz 29, 47, 66, 85, 185, 189, 193, 195, 203, 208, 211, 221, 330, 371, 373, 407, 413, 423, 425, 504, 515, 599, 771, 848, 961, 1127, 1229, 1239f., 1533, 1559, 1924
- Schäfer, Karl 1229, 1533, 1924
- Schäfer, Fritz IV-XVII, XIX-XXXIII, XXXV-XLIX, Liff., LV, LVIII, LX, LXVI-LXXXIV, XCIII, 5, 10f., 17ff., 21, 23, 25ff., 35-47, 55-67, 70f., 74, 76-79, 81, 83-88, 91f., 96-99, 102-109, 114ff., 119ff., 123-126, 128-132, 136, 137-142, 147ff., 153ff., 157-161, 163-167, 171, 175f., 186f., 190f., 193ff., 202, 206, 211ff., 216, 250, 310f., 389, 394, 401, 410, 427, 456, 475, 809, 811f., 1402, 1497f., 1533, 1539, 1541ff., 1545f., 1548-1551, 1559-1565, 1567ff.,

- 1571-1575, 1578f., 1581, 1583, 1589f., 1598-1601, 1603-1612, 1614, 1619, 1624ff., 1628, 1634, 1636-1639, 1641-1645, 1650f., 1656ff., 1661ff., 1665, 1667-1671, 1673-1676, 1678ff., 1682f., 1686, 1690, 1697, 1751, 1753, 1761, 1924
- Schäffer, Hans 334, 1924
- Schantz* 259
- Scharf* (Riedenburg) 761
- Scharnagl, Karl IXff., XIV, XVff., XIX-XXII, XXVIII-XXXII, XCII, 5, 7, 10-13, 15, 25, 34, 112, 130, 136, 139f., 189, 193, 207f., 329, 379, 387, 407, 449, 505, 515, 546, 593, 1544, 1703f., 1925
- Schedl, Otto LXI, 332f., 371f., 407, 417, 423, 431, 515, 599, 647, 671, 690, 719, 746, 1160, 1187, 1225, 1229, 1269, 1274, 1277, 1291, 1295, 1303, 1320, 1323, 1325ff., 1329f., 1332, 1373, 1379, 1388f., 1403, 1433, 1453, 1456, 1481f., 1514f., 1517-1521, 1533, 1562, 1567, 1575, 1589, 1606, 1640, 1661, 1668, 1680f., 1683f., 1686, 1688f., 1692, 1694ff., 1752f., 1925
- Schefbeck, Otto 13, 17, 19, 330, 1651, 1695f., 1751ff., 1925
- Schell, Karl 599, 1925
- Schell, Max, 1925
- Schieckel, Horst² 706, 1926
- Schiefer, Gustav 553, 1926
- Schinagl, Hannes 211, 1926
- Schinnerer, Adolf 454, 1926
- Schirmer, Carl 42, 1926
- Schlageter, Albert Leo* 1463
- Schlange-Schöningen, Hans 1088, 1097, 1548f., 1579, 1617, 1622-1625, 1630, 1635, 1927
- Schlögl, Alois XIIIf., XIX, XXXIVf., XLI, XLV, LIIf., LVIII, 3, 13f., 29, 41f., 47, 67, 119, 161, 173, 211, 217, 221, 241, 251ff., 259, 285, 297ff., 308, 318, 321, 329, 332, 352f., 371, 384f., 388, 391f., 397, 404, 488, 492, 495f., 498, 505, 512, 553ff., 599f., 666, 671, 685f., 688-696, 724ff., 750, 768, 841, 851, 854f., 857f., 862f., 878, 884, 891, 900, 903, 905f., 908, 961, 987f., 1002, 1043f., 1053, 1056, 1099, 1116, 1130, 1146ff., 1181, 1188, 1215, 1217, 1459, 1533, 1622, 1624, 1697, 1927
- Schmid, Andreas 339, 1927
- Schmid, Georg* 1229, 1533, 1649, 1691
- Schmid, Karl LXI, LXXXI, 11, 329, 583, 886, 900, 961, 1229, 1533, 1610, 1657, 1688, 1690, 1692, 1927
- Schmieder, Franz 911, 1927
- Schmidt* (CSU-Bezirksverband Mittelfranken) 961
- Schmidt, August Wilhelm 21, 25, 27, 29, 31ff., 35, 43, 47, 99, 185, 189f., 211, 221, 226-229, 246, 256, 295, 350-353, 371f., 376f., 386, 423, 429, 500f., 507, 671, 729, 771, 790, 1229, 1245, 1259, 1278, 1329, 1533, 1634, 1928
- Schmitt, Franz* 340
- Schmitt, Franz August LI, LII, 25, 211, 407, 409f., 417, 421, 423, 429ff., 599, 1928
- Schmitt, Hanns 1452, 1928
- Schmitt, Heinrich 17f., 183, 197, 234, 360, 362f., 395, 399f., 403, 469, 483, 527, 662, 669, 1000, 1042, 1928
- Schmitt, Kurt 669, 1928
- Schneider, Georg 1366, 1928
- Schneider, Josef* 38
- Schneider, Reinhold* 1137
- Schneller* (Regierungsrat im Bayerischen Landwirtschaftsministerium) 1550, 1579
- Schniewind, Otto 1520, 1929
- Schnitzer, Alois 1443-1446, 1929
- Schnurr, Max XIX, XXII, 3, 5, 1929
- Schregle, Hans 365, 383, 416, 474, 1929
- Schrott, Hans 292, 771, 961, 1049, 1053, 1229, 1533, 1929
- Schubert* (Jugendvertreter für den CSU-Bezirksverband Oberfranken) 961
- Schubert, Alfons 599, 771, 1229, 1242, 1533, 1929
- Schütz, Hans 689f., 887f., 1012, 1229, 1323, 1523, 1527, 1529, 1533, 1658, 1930
- Schulz, Heinrich 1423, 1425, 1451, 1930
- Schumacher, Kurt 132, 244, 247, 253f., 311, 324, 401, 456, 538, 579, 669, 695, 745, 753f., 758, 816, 832, 866, 905, 931, 977, 1177f., 1181, 1376, 1472f., 1475, 1608, 1610, 1930
- Schwägerl, Hans 361, 515f., 599, 671, 745, 759, 961, 1229, 1278, 1322f., 1327f., 1330, 1332, 1596, 1616, 1632, 1695, 1930
- Schwalber, Josef 322, 330, 1063, 1229, 1930
- Schwanke* 373
- Schwappacher, Friedrich 599, 1931
- Schwarzer, Rudolf IX, XXI, 5, 408, 911, 1120f., 1931
- Schweiger, Andreas 38, 47, 66, 85, 125, 241, 259, 318, 1931
- Schweizer, Albert Charles 31, 507, 673, 1804, 1931
- Schwend, Karl XIII, XCII, 14, 1931
- Schwiegk* 1482
- Schwingenstein, August XXXIII, 11, 14, 25, 27, 29, 31, 35, 43f., 47, 56, 67, 70, 84ff., 118, 160f., 211, 221, 241, 254, 259, 263, 318, 329, 331, 352, 423, 431, 495, 497, 504, 691, 771, 785f., 790, 1751, 1753, 1761, 1931
- Sedlmayr, Lorenz LXXIII, 65f., 70f., 211, 329, 599, 645, 671, 674f., 682, 684f., 697f., 719, 721, 725, 732, 759, 771f., 779, 783, 785, 788, 790, 820, 860, 864, 872, 894, 909-914, 918ff., 941, 946, 954, 961, 1050, 1229, 1533, 1564, 1566, 1568, 1610, 1642, 1683, 1691f., 1697, 1932

² Die korrekte Schreibweise des Familiennamens konnte erst nach Abschluß des Manuskripts der Protokolle ermittelt werden; auf S. 706 daher fälschlich "Schickel".

- Seelos, Gebhard 1176, 1932
 Seidel, Hanns IV, 339f., 363, 859f., 1028, 1201, 1229, 1272, 1295, 1313, 1321, 1343, 1387, 1395, 1403, 1455, 1500, 1514ff., 1533, 1932
 Seifried, Josef 18, 36, 446, 591, 684, 796, 941, 1040, 1933
 Seitz* 1229, 1322
 Semler, Johannes XIX, XXII, XXXIX, 3, 5, 25, 48, 87, 111, 137, 167, 176, 183, 211, 219, 329, 337f., 351, 371, 407, 413f., 423, 430, 432f., 435, 503, 515, 531, 534, 545, 548, 557ff., 561, 567f., 570-573, 575, 577, 581-584, 596, 599, 623ff., 674, 700, 771, 779, 783ff., 788, 961, 984, 1012, 1179, 1188, 1229, 1315, 1332f., 1341, 1348ff., 1354, 1358, 1360f., 1363, 1375, 1377, 1398, 1407, 1458, 1467, 1473, 1481, 1506f., 1509, 1515ff., 1538, 1549, 1578, 1620, 1694, 1933
 Seutter von Lötzen, Wilhelm* 175
 Severing, Carl 163, 1933
 Sichart* (Jugendvertreter für den CSU-Bezirksverband Niederbayern) 961
 Simpfendörfer, Wilhelm 543, 1933
 Söllner, Alwin Karl 48, 55f., 338, 1933
 Specht* (KPD) 121, 311
 Speicher, Rosine 48, 62, 67, 85, 114f., 173f., 211, 407, 411, 423, 499, 515, 595, 599, 638, 640, 656, 1934
 Sporer, Ludwig XXII, 48, 61, 64, 66, 71, 85, 129, 172, 193, 423f., 507, 515f., 518, 599, 671, 726f., 732-735, 739ff., 749f., 754f., 759-762, 764f., 846, 848f., 852, 883, 1189, 1229, 1235, 1274, 1428, 1533, 1559, 1562, 1624, 1683, 1934
 Spreti, Karl Graf von 1435, 1934
 Staab, Otto 211, 423, 499, 515, 671, 741, 771, 961, 1934
 Stadelmayer, Franz Xaver* IX
 Stadler* 599
 Stalin, Josef Wissarionowitsch 1631, 1634, 1934
 Stang, Georg 25, 693, 696, 890, 912f., 918, 920, 952, 959, 983, 1229, 1330, 1934
 Staudinger, Karl 26, 777f., 904, 1229, 1533f., 1694ff., 1935
 Steber, Franz 11, 13ff., 18, 25, 27, 31, 34-37, 42ff., 48, 56, 67, 70, 84ff., 120, 174, 185, 193, 211, 221, 329, 404, 407, 423, 432, 450, 503, 505, 515, 626, 645, 670, 780, 787ff., 961, 1229, 1753, 1761, 1935
 Stegerwald, Adam XII, XVI, XXVIII, XCIII, 137f., 379, 1541f., 1577f., 1935
 Stegerwald, Wilhelm 48, 66, 72, 85, 211, 771, 1935
 Stein, Erwin 1369, 1936
 Stein, Otto 379f., 1936
 Steltzer, Theodor 551, 1936
 Stifter, Adalbert* 1526
 Stillner, Walter 599, 1229, 1533, 1936
 Stock, Jean 379, 429, 474, 1936
 Straimer* XIX
 Strathmann, Hermann 338, 340, 343, 347f., 354, 599, 637, 639, 642, 644, 661, 762, 961, 1059, 1936
 Straub, Johannes 1112, 1937
 Strauß, Franz Josef LXXIII, 36, 48, 93f., 146, 148, 157, 211, 501, 779, 783, 785, 788, 790, 886, 946, 948, 961, 978, 983, 1013, 1040, 1049, 1055, 1217, 1229, 1460, 1533, 1607, 1630f., 1634f., 1649, 1657, 1659, 1661, 1685, 1937
 Strauß, Walter 1457f., 1937
 Streicher, Julius 362, 1937
 Strenkert, Paul 599, 1938
 Stücklen 48, 66, 85, 515, 599
 Stücklen, Georg 211, 339, 423, 1938
 Stücklen, Richard 211, 371, 671, 1229, 1533, 1938
 Stürmann, Josef 130, 515, 517f., 599, 627, 633f., 645, 651, 656, 660, 671, 727, 738, 741, 759, 1938
 Stützel, Karl 1583, 1939
 Sturm, Joseph 259, 1939
 Sühler, Adam 337, 599, 624, 647, 670, 771, 961, 1205, 1229, 1533, 1939
 Surbak* 199
 Temmel, Andreas 21, 23, 26, 1939
 Thierfelder, Franz 25, 329, 331, 352, 423, 670, 1939
 Thoma, Ludwig* 145
 Thomas, Georg 127, 1940
 Thomas, Otto LXIII, 334, 1229, 1379, 1385-1387, 1450, 1452, 1533, 1940
 Thwaites* (englischer Generalkonsul) 1101
 Timm, Johannes 1582, 1940
 Tortz* 322
 Trapeter* 689
 Treppesch, Franz* 13
 Tresckow, Henning von 129, 1940
 Trettenbach, Martin 330, 671, 1940
 Ulrich, Fidelis 48, 67, 85, 423, 515, 599, 671, 771, 961, 1941
 Vacca, Peter 4, 21, 23, 69, 137, 372, 380f., 392, 396, 460, 506, 810, 1761, 1941
 Vogl* 193, 515, 599, 771
 Vollmann, Albert* 960
 Voretzsch, Ernst-Arthur von 179, 185, 338, 515, 599, 629, 644, 961, 974, 1059, 1941
 Vorhölzer, Robert 454, 1941
 Wackerl, Josef 599, 771, 807, 961, 1942
 Wäger, Alfred 1583, 1942
 Wagner* (CSU-Kreisverband Starnberg) 671
 Wagner, Adolf 1583, 1942
 Wagner, Alois* 14
 Waldmüller* (Eichstätt) 211
 Warmuth, Karl L, LI, 211, 423, 431, 501, 504, 515, 582, 593, 596, 599, 624f., 631, 771, 783, 842, 847f., 850, 852, 858, 1942

- Weber, Peter* 338
Wechs, Thomas 454, 1942
Weger* (Jugendvertreter für den CSU-Bezirksverband Niederbayern) 961
Wegner, Franz 14, 1942
Weig, Josef 334, 1942
Wein, Karl 14, 1943
Weinberger* (CSU-Bezirksverband Niederbayern) 48, 66, 85
Weinkamm, Otto 48, 66, 85, 154, 167, 170, 211, 515, 599, 671, 674, 729, 771, 777f., 961, 998, 1000, 1056, 1229, 1533, 1683, 1695, 1943
Weinzierl 259, 920
Weinzierl, Georg 48, 66, 85, 211, 339, 423, 515, 599, 671, 771, 961, 1943
Weiskopf, Heinrich 170, 338, 1943
Weismantel, Leo 454, 1132, 1140, 1944
Weiss/Weiß* (CSU-Bezirksverband München) 48, 65f., 71, 515, 961
Weiß* (Vilsbiburg) 689
Weixler, Franz Peter 13, 1229, 1373, 1533, 1944
Werkmeister, Leopold 36, 1944
Wetzel, Georg 367, 1944
Wetzelsberger* (Kunstausschuß der CSU) 454
Weyh, Robert 333, 1695f., 1944
Wieser, G.* (CSU-Bezirksfrauenvertreterin) 211, 423
Wildenauer, Eduard 858, 935, 1134, 1138f., 1438, 1945
Wilhelm, Josef 1225, 1229, 1533, 1945
Willke* 515, 671, 738
Wimmer, Karl* 1229, 1533
Wimmer, Thomas 315, 1945
Winkler, Martin 334, 1945
Winkler, Wilhelm 358, 1945
Wittmann 241, 259
Wittmann, Franziska 423, 599, 663, 671, 696, 771, 961, 1229, 1533, 1945
Wittmann, Julian 337, 599, 1945
Wölfel, Johann 659, 1946
Wohleb, Leo 1457f., 1946
Wolf, August 340, 1946
Würz* 1162
Wutzlhofer, Hans 21, 23, 340, 1946

Zahn, Josef Alois 334, 1946
Zehner, Zita LXXXI, 1229, 1533, 1652f., 1946
Zentner, Wilhelm 454, 1947
Ziebell, Jürgen 669, 767f., 984, 988-991, 1004, 1028, 1947
Ziegler, Franz 33, 782, 1947
Ziegler, Helmut 1457ff., 1947
Zimmermann, Ludwig 1112, 1947
Zitzler, Georg 29, 333, 1947
Zobel, Otto* 261, 899, 949, 954
Zöllner* 48, 82
Zorn, Rudolf 972, 1510, 1948
Zülein* (Jugendvertreter für den CSU-Bezirksverband Mittelfranken) 961